ak

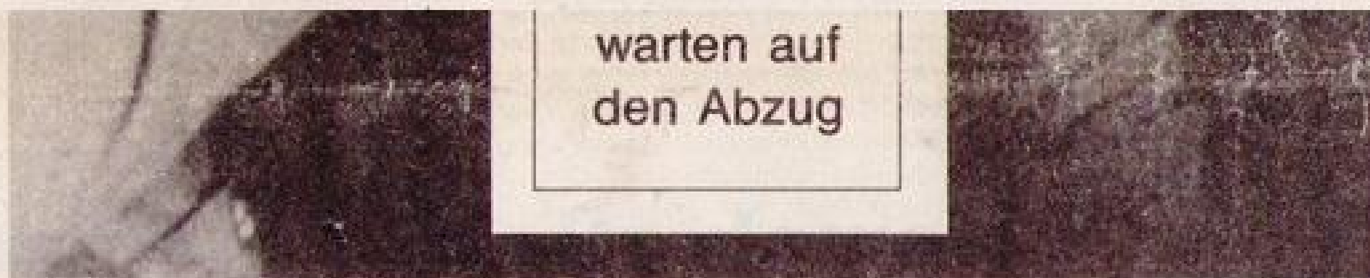
ARBEITERKAMPF / ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Jg. 18 Nr. 294 2. 5. 88 5 DM C 21734 E

AIDS — Neues zur Afrika-Spur Seite 29



Kriegsmüde
Sowjetsoldaten warten auf den Abzug



warten auf den Abzug

Wohin geht das „Neue Denken"?

Afghanistan — Wirtschaft — Perestroika

Afghanistan

Innerhalb von neun Monaten will die Sowjetunion ihre Truppen aus *Afghanistan* zurückziehen, darauf einigten sich in Genf die SU und die USA. Der Vertrag sei „Ausdruck des neuen politischen Denkens", verkündete Außenminister Schewadnadse. Die Genfer Vereinbarungen erlauben der Sowjetunion den geordneten Rückzug. Doch was kommt danach? Ein Blutbad wird befürchtet. Wir kommentieren die Genfer Vereinbarungen und werfen einen Blick zurück auf die Geschichte des Afghanistan-Konflikts. Auf den Seiten 6 und 7

Pressekrieg

Meinungskampf in der *Sowjetischen Presse!* Die „Sowjetskaja Rossija" veröffentlichte kritische Betrachtungen zur Reformpolitik Gorbatschows. Die „Prawda" konterte scharf. Da wurde „mit Stalinorgeln auf Spatzen geschossen", behauptet unser Autor. Über den sowjetischen Zeitungskonflikt, die westlichen Spekulationen eines bevorstehenden „inneren Aufruhrs" in der SU — alle Jahre wieder seit Oktober 1917 — und die lange Leitung der SED auf Seite 10

Filialleiter

Volker Einhorn — ausgeschlossener DKP-Funktionär aus Erlangen, schildert im AK-Interview die Probleme der DKP mit der Demokratie in der Partei: „Gorbatschow hat uns wachgeküßt."

„Moskaus Filiale" konserviert „altes Denken": Parteikritik gleich *Kampagne des Verfassungsschutzes.* Neues Denken auch?

Wohin mit dem Neuen Denken? In den „Marxistischen Blättern" läuft eine Diskussion um *Die Organisationsfrage.* Georg Fülberth greift ein DKP-Tabu an: Kader- oder Pseudo-Massenpartei?
Auf den Seiten 36-38

Exklusiv im AK

Boris Kagarlitzkij, **Journalist und Sprecher der „Sozialistischen Klubs", untersucht kritisch die neue Begeisterung in der Sowjetunion für den freien Markt. Wir veröffentlichen den Text erstmals auf deutsch auf den** **Seiten 8 und 9**

Nahost

Shultz-Plan

Nahost

Shultz-Plan

Die PLO und die Entwicklung zum Aufstand

Israel: Mit aller Gewalt für den Status quo

Opposition, Patrioten, Antizionisten

Töpfers Bluff

Die Entflechtung der Atomindustrie

„Allein gegen die Mafia" sah die tik waren die messerscharfen An-

Töpfers Bluff

Die Entflechtung der Atomindustrie

„Allein gegen die Mafia" sah die „taz" (18.12.87) den Bonner Umweltminister Töpfer kämpfen. Bis in die alternativen Reihen hinein leuchtete das unschuldige Weiß des pfälzischen Saubermanns, der im Atomskandal die Wahrheit zu suchen versprach — selbst auf die Gefahr hin, sie zu finden, wie er unnachahmlich bekannte. Die Lieblingsvokabeln „lückenlos", „rückhaltlos" und „tiefe Schnitte" auf den Lippen und den kleinen hessischen Kollegen Weimar an der Seite, machte sich der CDU-Mann an das, was er Neuordnung und Entflechtung der Atomwirtschaft zu nennen beliebte. Das Resultat veranlaßte den „Spiegel" (11.4.88) zu der Überschrift, Töpfer sei der „Totengräber der deutschen Kernenergie". Der mehr als schwachsinnige Aufmacher wurde vom Bundesverband der Deutschen Industrie mit nur einem Sätzchen in den Papierkorb verwiesen: „BDI begrüßt Neuordnung der nuklearen Entsorgung" (Pressemitteilung vom 20.4.88). Beinahe überflüssig, anzumerken, daß hinter den Verlautbarungen von Töpfer und Weimar die Atomindustrie ihre Neuordnung selbst betreibt.

Das Beste an der demochristlichen Umweltpolitik waren die messerscharfen Ankündigungen. Die *„rückhaltlose Aufklärung"* des *„unglaublichen Skandals"* („taz", 18.12.87) wurde wild entschlossen konkretisiert: Dem Versprechen einer *„vollständigen und lückenlosen Darlegung des bisherigen Sachverhaltes betreffend die Hanauer Nuklearbetriebe"* („FR", 21.1.88) folgte das Konzept einer *„lückenlosen Beaufsichtigung schwach aktiver Abfälle bis zur Endlagerung"* („Welt", 27.1.88) bzw. einer *„lückenlosen Kontrolle der staatlichen Aufsicht"* („FAZ", 27.1.88). Im Februar erfand das Kernforschungszentrum Karlsruhe das *„EDV-gestützte Buchhaltungssystem, mit dem jederzeit Verursacher und Verbleib der radioaktiven Reststoffe lückenlos nachgewiesen werden können"* („Handelsblatt", 8.2.88), was allerdings die Frage nahelegt, weshalb sowas nicht schon längst installiert war. Im März war es unter Dach und Fach, das *„lückenlose Kontrollsystem"* („FAZ", 15.3.88). Besser gesagt, das *„lückenlose Abfallverfolgungs-und Produktkontrollsystem"*, wie die „Süddeutsche Zeitung" präzisierte, oder noch besser das *„lückenlose, computergestützte Abfallverfolgungs- und Produktkontrollsystem für alle schwach-und mittelaktiven Abfälle"*, wie das „Handelsblatt" am rückhaltlosesten meldete.

Fortsetzung auf Seite 3

Heidegger

Heideggers Nazi-Vergangenheit und die Propagierung Schopenhauers als Untergangsprophet — über Philosophie wird wieder debattiert.
Seite 40

Mosambik

Wir dokumentieren die Rede des FRELIMO-Vertreters vom Bundestag-Hearing der Grünen „Apartheid tötet auch in Mosambik"
Seite 19

USA

Die Lage der US-Wirtschaft ist prekär, die Hegemonie der USA ist dennoch nicht gefährdet.
Seite 16

Le Pen im Aufwind
Das andere Frankreich

Fast schon ein Nebenergebnis des ersten Durchgangs der französischen Präsidentschaftswahlen ist es, daß der bisherige Amtsinhaber Mitterrand (PS) und sein bisheriger Premierminister Chirac (RPR) die Stichwahl am 8. Mai bestreiten. Ihre jeweils 34% bzw. 19%, womit Chirac seinen Konkurrenten Barre (UDF/Rechtsliberale, 16%) aus dem Rennen warf, werden von dem spektakulären Vormarsch der Rechtsradikalen überschattet. Die französische bürgerliche Öffentlichkeit gibt sich überrascht und sucht nach der Schuld — nur nicht bei sich selbst.

„Selbst Elsaß!" soll Kohl gestaunt haben. Mit Le Pens landesweit 14,38% — und wer kann versichern, daß dieser Rekord nicht mehr zu übertreffen ist? — kommt in Westeuropa niemand mit. Knapp 5% erhielten alle Rechtsradikalen zusammen bei der baden-württembergischen Landtagswahl vom März 1988; 6,8% erreichte die italienische MSI im Juni 1987; die britische National Front lag zuletzt unter 1% und die spanische Falange bei 0,2%; in Belgien konnten sich die Faschisten (Vlaamse Blok) bei den letzten allgemeinen Wahlen allein in Flandern behaupten; dafür weisen sie allerdings in den sog. Wohlstandsoasen Dänemark und Schweden regional bis zu 10% auf. Unsicherheit bleibt: Vor 14 Jahren erhielt der blonde Fallschirmjäger der FN (Front National) auch erst 0,76% im ersten Durchgang der Präsidentschaftswahl 1974.

Überflüssig, zu betonen, Mitterrand habe sein Wunschergebnis von 37 bis 38% nicht erreicht, oder sich mit der sichtbaren Enttäuschung des konservativen Tandems Chirac-
Barre zu trösten. Die Zahlen für Le Pen haben eine ganz ordinäre Bedeutung: jeder siebente. In den blitzblank-schmucken Städtchen mit ihren roten Geranienbänken am Oberrhein jeder vierte. In Marseille jeder dritte.

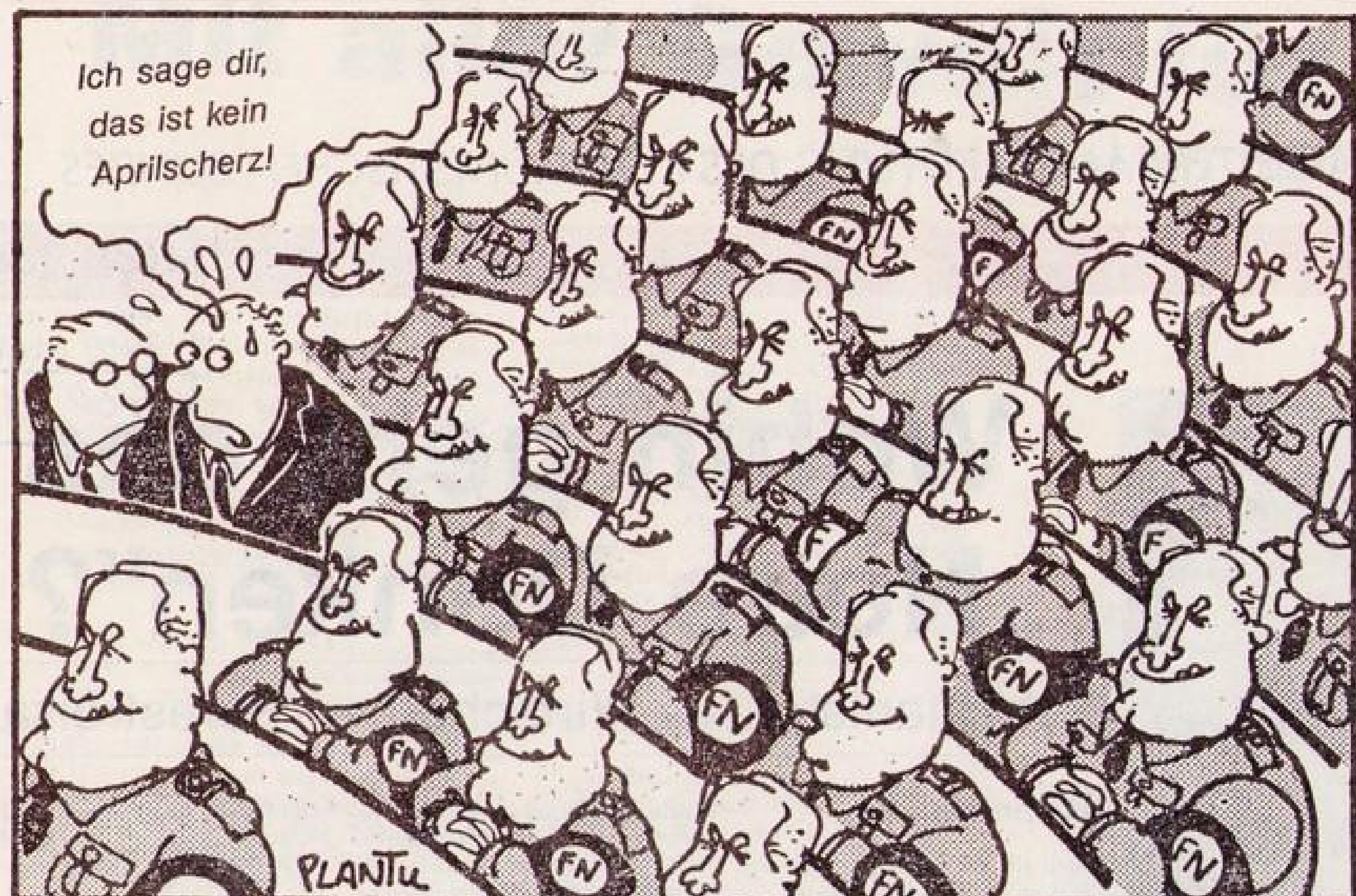
Ein Erdbeben, sagt der FN-Führer, ein französisches Tschernobyl, schreibt „Le Monde". Schock und kein Ende. Schnell haben sich die Geißlers aller Länder vereint, um in den Fernsehnachrichten aus Paris oder Hamburg zum x-ten Mal die Analyse zu präsentieren: die FN-Wähler sind mutierte KPFler. Wer die jetzt nur noch 6,76% für die KPF (1969: 21% für Jaques Duclos, 1981: 15% für Marchais) schlicht empirisch als Zeichen anhaltender Schwächung der Kommunisten sieht, ist ein Idiot. Denn an ihm oder ihr ist der Fortschritt intellektuellen Scharfsinns vorbeigerauscht: Stalin ist gleich Hitler, Gulag gleich KZ, die französische Revolution hat Pol Pot vorweggenommen (indem sie einen Aufstand von Royalisten und Bauern in der Vend'ee niederschlug), Marx war Antisemit, Heidegger hingegen nicht. Analogie ist alles.

Fortsetzung auf Seite 2



Wem gehört Rosa?

Mehr als die „Freiheit der Andersdenkenden" ist den meisten von Rosa Luxemburg kaum bekannt. Über die Revolutionärin, ihren Text „Zur russischen Revolution" und die Luxemburg-Diskussion Seite 32



Le Pen auf dem Vormarsch

Das andere Frankreich

Fortsetzung von Seite 1

Jeder siebente französische Wähler findet nichts dabei, daß sein Kandidat Auschwitz, Gaskammern, Konzentrationslager zum *„Nebenaspekt der Geschichte des Zweiten Weltkriegs"* erklärt, den er obendrein noch ausdrücklich anzweifelt. Aber... — das rechts-links Schema ist „überholt". Wer die 14,4% der FN schlicht empirisch als Zeichen anhaltender Stärkung des Rechtsextremismus interpretiert, hat das eben Gesagte nicht kapiert und muß zurück zum vorigen Absatz. Alles klar?

Nicht ganz? Dann bleibt man eben etwas schockiert, darf sich aber schon etwas wohler fühlen. Weshalb gaben Proleten früher Moskau ihre Stimme? Weil sie jeden Sonntag ein Huhn im Topf haben und sich am Feierabend nach Herzenslust und sich am Feierabend nach Herzenslust besaufen wollten. Weshalb geben sie jetzt den Zettel für Le Pen ab: weil Krimsekt und Kaviar allein nicht glücklich machen. Das Ganze ist halt ein Transferproblem. Marchais' Bande konnte im Zuge einer nationalen Anstrengung klein gemacht werden, aber die Arbeiterklasse kommt eben nicht ohne Diktatur aus, wie die bourgeoisen Kenner derselben wissen.

Tatsächlich sollen 21% der Le Pen-Stimmen von Arbeitern kommen, darunter zu 19% Arbeitslose. Von diesen Wählern werden 21% dem Spektrum der gelben sozialdemokratischen Gewerkschaft FO zugerechnet und nur 3% der KPF-nahen CGT. Diese Stimmen geben zweifellos Anlaß zur Sorge und bewahrheiten die alte Weisheit, daß Ausbeutung und Unterdrückung, allen ungewollt zynischen Glaubensauffassungen zutrotz, die Menschen per se nicht besser machen. Doch vor allem und mit zunehmender Tendenz sind es Kleinhändler und Handwerker (31%), denen Le Pen seinen Aufstieg verdankt (Bauern und Landarbeiter: 20%; siehe „Le Monde" vom 27.4.88).

Übrigens sollen die Le Pen-Wähler laut Umfragen zu 18% bereit sein, im zweiten Wahlgang Mitterrand zu wählen. Liest man, hört man deswegen, die PS stehe im Schatten Hitlers? Wenn schon, dann sollten die 52% des rechtsradikalen Potentials, die Chirac wählen wollen, in diese Richtung denken lassen.

Als Le Pen im vergangenen September seine Ansichten zu den „Detailfragen" des Nationalsozialismus bekanntmachte, tröstete man sich über das erste Entsetzen damit hinweg, daß an dieser Provokation auch etwas Gutes sei. Denjenigen, die noch darauf warteten, habe Le Pen die Au- noch darauf warteten, habe Le Pen die Au- gen geöffnet und ihnen gezeigt, wer er sei. An diesen frommen Wunsch erinnert sich heute niemand. Vielleicht weil es — nach den wiederholten Schocks an Wahlabenden — das Saloppe an den Trendanalysen stören würde, wonach das rechtsradikale Lager aus reinen „Protestwählern" bestehe, ausgestattet mit dem „typischen lateinischen Temperament". Abgesehen davon, daß diese Erkenntnis an den elsässischen Putzfanatikern vorbeigeht, schreitet man noch direkter zur Selbstbezichtigung. Man spricht dann von einem „typisch französischen Temperament": launig, kapriziös, perfide. Mal im Bistrot an der Ecke auf die Pauke hauen: der berühmte gallische Humor. Ja, der durchschnittliche FN-Wähler könnte den Stammtischbrüdern in Wolinskys Zeichnungen oder den Reiser-Figuren nicht unähnlich sein. Aber über die kann man lachen, denn sie sind aus Papier...

Es gab Poujade (1), es gab Pétain (2). Es gibt sie heute nicht mehr, die republikanischen Werte siegten. Stimmt: das ist die zweite Seite des französischen Temperaments. Doch es gab auch Dutzende und aber Dutzende Ausländer in Frankreich, die heute nicht mehr leben. Müssen die ermordeten Kinder extra hervorgehoben werden?

Gegen diese Spielart von „launigem lateinischem Protest" genügen fortschrittliche Konzerte offensichtlich nicht. Chevènement, der den hartnäckigen Ruf eines PS-Linken genießt, lanciert ein Rezept: Falsch sei gewesen, Le Pen das Monopol auf die Trikolore zu überlassen. Zu überlassen? Pardon, aber *das* dürfte sich doch bis zum letzten Kretin herumgesprochen haben: Von rechts bis links — inklusive KPF — rivalisieren alle, wer am blau-weiß-rotesten ist. Muß daran erinnert werden, wie schwer es der etablierten Linken von Mitterrands Vorläufern bis zur KPF gefallen ist, sich von einem französischen Algerien zu lösen? Und daß sie eine wohl ähnlich motivierte Mühe mit der so häßlich bezeichneten „Ausländerfrage" haben? Wäre die Selbstbezichtigung in diese Richtung gemeint, wäre was dran.

Erwähnt sei, daß man sich am Wahlabend immerhin freuen konnte, als — die Reihenfolge ist Zufall — Arlette Laguil- Reihenfolge ist Zufall — Arlette Laguil- ler (Lutte Ouvrière, 1,99%), der Ökologe Waechter (Grüne, 3,77%), Lajoinie, Marchais und Fiterman (KPF, 6,76%) und Pierre Juquin (Rénovateurs, 2,09%) relativ angemessene Worte gegen Le Pen fanden. Mitterrand jedoch schwieg hierzu. Makabres Spiel: Jeder weiß, daß Mitterrands Kandidatur vom Zuwachs der FN-Stimmen profitiert. Chirac, der neuerdings einer „zivilisierten Rechten" zugeordnet wird — der Theorie vom kleineren Übel sind keine Grenzen gesetzt — stotterte. Im Gegensatz zu beiden sagte Barre wenigstens, während er seine Anhänger zur Unterstützung Chiracs aufforderte, er lehne Fremdenhaß ab.

Zwanzig Jahre nach dem Mai '68 titelte die italienische „La Stampa" *„Ein schwarzes 68"* und die westdeutsche „Nationalzeitung" frohlockte: *„Das Signal aus Frankreich"*. Le Pen paradiert: *„Nichts läuft mehr ohne mich"*. Der Umkehrschluß: Nichts läuft mehr, ohne gegen Le Pens FN zu sein.

E., Ffm.

Anmerkungen:
(1) Poujade-Bewegung: Gewann im Zusammenhang des Algerienkrieges 52 Abgeordnete in der Nationalversammlung (1956); einer davon Jean Marie Le Pen.
(2) Marschall Pétain: Chef der Kollaborateurs-Regierung in Vichy.

„FR" erregt Heiterkeit

Einen kapitalen Bock schoß die „Frankfurter Rundschau" in ihrer wöchentlich erscheinenden Lokalbeilage für die westlichen Vororte der Stadt („FR-Lokalrundschau", 25.3.88). Auf der Suche nach Helden im grauen Alltag war eine freie Mitarbeiterin an ein *„Multitalent"* geraten, den 74jährigen Erwin Schönborn, den sie in einem vier Spalten-Porträt abfeierte: ehrenamtlicher Sozialarbeiter, der nicht locker läßt, wenn's ums Helfen geht; Herz für Kinder, Ausländer, Behinderte, nein, sogar *„ein großes Herz"*; Sprachbegabung (Englisch, Französisch, Russisch, Latein und Italienisch), die ihm die Tür zu ausländischen Mitbürgern öffnet, für welche er den Lehrer, Fürsorger und Babysitter in einer Person mimt; Sportsmann, dem das angeschlagene Image des englischen Fußballs (Brüssel) schlaflose Nächte bereitet und der als neuestes Ziel eine Olympiade für Behinderte nach Frankfurt holen will usw.usf., kurz: ein guter *„Papa"* im Viertel, wie es in dem Artikel gleich zweimal heißt, obwohl Opa doch angemessener wäre.

Daß der Mann gerade aus dem Knast entlassen worden ist, wo er eine Freiheitsstrafe wegen fortgesetzter Volksverhetzung verbüßte, erwähnt die „Lokalrundschau" nicht und wußte es wohl auch nicht. Selten ist die in dieser Hinsicht unverdächtige „FR" so geleimt worden: Schönborn war vor seinem Gefängnisaufenthalt einer der bekanntesten Ziehväter neonazistischer Banden; immer waren es gerade die gewalttätigsten und brutalsten Faschisten, mit denen er gemeinsame Sache machte. Durch die Schule des Trios Roeder-Christophersen-Schönborn ging Michael Kühnen wie Roland Tabbert, Frank Schubert wie Horst Graefe, Walter Kexel wie Odfried Hepp, Wolfgang Koch wie Arndt-Heinz Marx. Schönborn ließ keinen Versuch zu einer NSDAP-Neugründung aus, und derer gab es nicht wenig. Insbesondere im Rhein-Main-Gebiet liefen eine Zeitlang — und so weit liegt das noch gar nicht zurück — alle Fäden bei Schönborn zusammen (Bornheimer NS-Buchladen, um dessen Schließung Frankfurter Antifaschisten jahrelang kämpften, bis er während einer Demonstration gegen die Startbahn West in der Nacht vom 3./4. November '81 so nachhaltig zerstört wurde, daß seine Inhaber aufgaben).

Jede Ungereimtheit ließ sich die Autorin erzählen, um sie unbesehen zu übernehmen: Ehemaliger Offizier der Deutschen Wehrmacht und Patriot, aber auch Pazifist und Humanist? Schon während des Krieges strikter Gegner jedweder Rassenpolitik? Nachfragen überflüssig: Schönborn gehört(e?) zu den eifrigsten Propagandisten der von den Neonazis so bezeichneten „Auschwitz-Lüge". Er nahm an den einschlägigen Aufzügen teil, wo Neonazis mit Eselsmasken und Plakaten wie „Ich Esel glaube an sechs Millionen ermordete Juden" durch die Fußgängerzonen zogen, bot zynisch Wetten darüber an und trieb es soweit, daß er sogar einen Kongreß gegen die alliierte „Rachejustiz", passenderweise in Nürnberg, organisieren wollte. Ja, der „Papa"...

Der Verfasserin kann, wenig tröstlich, zugute gehalten werden, daß Schönborn auch früher schon ein gewisses Talent im Verstellen, Tarnen und im scheinbar harmlosen Klamauk an den Tag legte. So gründete er allerlei Bürgerinitiativen und hängte sich an die GAZ des ehemaligen CDUlers Gruhl an (heute ÖDP). Natürlich war er auch im Knast bemüht, den Biedermann zu spielen, worin er es seinem Kumpanen Roeder gleichtat, der es sogar schaffte, mit einem Leserbrief gegen Zimmermanns „Sicherheitsgesetze" in den „Pflasterstrand" zu kommen (s. AK 279, Feb. '87), auch in Frankfurt und damals ohne Verheimlichung der rechtsradikalen Vergangenheit. Resozialisierung von Faschisten? Keinesfalls: Dann hätte Schönborn mindestens den Mund halten und sich still und leise in ein Loch verkriechen müssen, anstatt unkritischen Schreib-Amateuren einen Bären aufzubinden. Oder er hätte ein paar Worte zu seiner realexistierenden Verbrecherlaufbahn gefunden.

Das Gelächter, das die „FR" verdient, kann einem schnell im Hals steckenbleiben: Geleimt werden kann nur, wer sich leimen läßt. Wer halt irgendwie innerlich eine gute und intakte deutsche Großfamilie inklusive 74jähriger Ex-Offiziere und Immernoch-Patrioten herbeisehnt. Vermutlich verhält es sich bei tausenden ähnlicher Artikel über „verdiente ältere Mitbürger" gar nicht mal so viel anders als bei Schönborn.

D., Ffm.

„Demokratie im Notstand"

Der unter diesem Titel zunächst für Ende Mai in Frankfurt geplante Kongreß wurde auf den Herbst verschoben. Seit Ende letzten Jahres diskutiert eine Vorbereitungsgruppe über das Projekt, das die Verabschiedung der Notstandsgesetze vor 20 Jahren durch die große Koalition zum Anlaß nehmen, aber nicht beim Historisieren bleiben will. Zu den beteiligten Organisationen gehören die Grünen, das Sozialistische Büro, DFU, Friedensliste, DKP, Jusos, SDAJ, Republikanischer Anwaltsverein und Humanistische Union. Grund für die Verschiebung sind organisatorische und finanzielle Probleme — von den Grünen beteiligt sich die Bundestagsfraktion nicht, und der Bundesvorstand bewilligte weniger Mittel als erhofft —, aber wohl auch solche inhaltlicher Art. So haben sich die Initiatoren auf ein enormes Pensum verständigt, das an einem Kongreßwochenende erst einmal bewältigt werden will.

Fünf Foren, eingerahmt durch einführende Vorträge und eine Podiumsdiskussion, sind vorgesehen:
— Notstandsgesetze bzw. Notstandsverfassung im engeren Sinn, der Widerstand der APO gegen ihre Verabschiedung und die Verarbeitung der damaligen Niederlage;
— Repression und Kriminalisierung seitdem, „Sicherheitsgesetze", §129a, polizeiliche Aufrüstung, Überwachungs- und Verdatungstechnologien, Anti-Terrorismus;
— struktureller Demokratieverlust durch Großtechnologien und Krise;
— Notstandspolitik und Kriegsvorbereitungen;
— Notstandskonzepte von CDU und SPD.
Dazu sollen Referenten von der Hafenstraße bis zu Linksliberalen geladen werden.

Im Entwurf zu einem Aufruf heißt es: *„Die BRD hat seit Ende der sechziger Jahre ihr Gesicht grundlegend gewandelt. Die BRD ist der Notstandsstaat auf Abruf. Und der Notstand ist ihr Normalfall."* Die Militärpolitik sei Teil der „Sicherheitspolitik" geworden, wie umgekehrt Polizei und Politik der „Inneren Sicherheit" militarisiert wurden. Staatliche Notstandspolitik habe sich in den Bereich der Prävention vorverlagert. Die aktuellen Kriminalisierungswellen richteten sich nicht in erster Linie gegen vermeintliche „GewalttäterInnen", sondern gegen außerparlamentarische Bewegungen insgesamt. Die präventive Drohung mit notstandspolitischen Maßnahmen sei im Deutschen Herbst 1977 in reales Handeln umgeschlagen, von dem verantwortliche Politiker inzwischen eingestehen, man habe „überzogen" und „unangemessen" reagiert. *„Diese Unangemessenheit und Überzogenheit ist jedoch das geheime Maß und Ziel eben jeder staatlichen Notstandspolitik: Abschreckung nach innen."*

Den Texten und Konzeptionen merkt man die Mühe an, die historische Entwicklung und den heute weitgefächerten Katalog an Repressionsmaßnahmen auf den politischen Punkt zu bringen — ein Problem, das jede linke Gruppe aus ihren eigenen Debatten kennt, und daher eine Schwäche, die die Notwendigkeit der Initiative mit begründet.

Kontakt über **Rolf Mütze, Liebigstr. 39, 6000 Frankfurt 1.**

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Töpfers Gesamtkunstwerk

Alte Zöpfe...

Fortsetzung von Seite 1

Töpfers *„Kommandounternehmen"* zur Herbeiführung einer *„kleinen Revolution"*... — aber Schluß jetzt mit den schlappen Presse-Witzchen (das letzte: „Spiegel" vom 11.4.88). Zur Entsorgung der schwach- bis mittelaktiven Abfälle erarbeiteten die AKW-Betreiber selbst ein Konzept. Einiges deutet darauf hin, daß es schon in den Schubladen lag, bevor Transnuklear die Schlagzeilen beherrschte. Töpfers „Reform" bestand darin, dieses Konzept mit den unternehmenspolitischen Vorstellungen zur Zukunft der Hanauer Nuklearbetriebe abzugleichen. Für die letztgenannte Aufgabe schaltete sich der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, mit einem Papier ein. Noch vor den marxistischen Grunderkenntnissen lehrt schon die Lebenserfahrung, wer hier wen an der Leine führt.



Am Anfang der Maßnahmen standen Kapitalaufstockungen bei der Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS) Essen und der Hanauer NUKEM. Das Stammkapital der GNS wurde mit Beschluß einer Gesellschafterversammlung vom 1.12.87 auf 6 Mio. DM verdoppelt, also eine Woche, bevor die Verschiebepraktiken der Konkurrentin Transnuklear ins belgische Mol aufflogen. Bei NUKEM, von der Frankfurter Degussa vorübergehend in die „unternehmerische Obhut" genommen, wurde das Eigenkapital Ende Februar sogar um 50 Mio. DM auf nun 77 Mio. DM erhöht („taz", 16.3.88). Dies wird kaum als Bestrafung, Schwächung oder auch nur Einschränkung der Aktivitäten der betreffenden Firmen interpretiert werden können. Nachdem zwischenzeitlich ein Rückzug der Degussa aus der Beteiligung an NUKEM gemeldet wurde, ohne daß sich diese Nachricht bisher bestätigt hat, wurde Ende März bekanntgegeben, daß die RWE ihre 45% Anteile an NUKEM aufgeben. Und immer wieder sprachen Töpfer und Weimar von bedeutsamen Verhandlungen, wichtigen Transaktionen, dramatischen Entflechtungen oder klaren Verhältnissen.

Was aber ist an dem, was bisher bekannt geworden ist, wirklich klar? Angeblich werden die Bereiche Brennelemen-

Was aber ist an dem, was bisher bekannt geworden ist, wirklich klar? Angeblich werden die Bereiche Brennelemen-

te-Produktion, Transporte und Entsorgung „entflochten". Gleichzeitig findet eine Monopolisierung in jedem dieser Bereiche statt. Das Grobschema lautet: Für die Produktion der Brennelemente sind die Kraftwerks-*Erbauer* verantwortlich, für die Atomtransporte die GNS unter der Aufsicht der Bundesbahn, für die Entsorgung die AKW-*Betreiber* und der Staat. Für den ersten Bereich werden zwei Unternehmensgruppen gebildet: RBU (Brennelemente für Druck- und Siedewasserreaktoren), ALKEM (Plutoniumbrennelemente), Advanced Nuclear Fuels und Uranit (Urananreicherung) werden unter Führung von KWU/Siemens zusammengefaßt. NUKEM und HOBEG als zweite Gruppe werden nur noch Brennelemente aus hochangereichertem Uran für Hochtemperaturreaktoren produzieren.

Im Konkreten ändert sich dadurch: Die NUKEM-Gruppe verliert ihre Beteiligungen an RBU und ALKEM (vormals je 40%). RWE scheidet aus der NUKEM-Gruppe wie auch aus Uranit aus. Statt dessen steigt bei NUKEM der HTR-Hersteller BBC/Babcock ein. Ferner verzichtet NUKEM angeblich auf die proliferationsverdächtige Produktion spezieller Brennelemente für Forschungsreaktoren in aller Welt. Für die politische Wertung fällt die *Integration* der Plutoniumfirma ALKEM in einen wirtschaftlich potenten Komplex unter Dominanz von KWU/Siemens auf. Hier übernimmt also ein traditionell am „nationalen Interesse ausgerichteter" Rüstungskonzern mit der Deutschen Bank im Hintergrund die Führung. Hinter die Beurteilung von Klaus Traube, der in einem „taz"-Interview (14.4.88) von *„insgesamt eher peripheren"* Veränderungen sprach, ist deshalb ein dickes Fragezeichen zu setzen.

Aus dem Transportbereich werden Entsorgungsgeschäfte, wie von Transnuklear getätigt, ausgegliedert. Auch hier verliert das ehemalige Hanauer Flaggschiff NUKEM den Einfluß, den es über die Tochter TN bisher hatte. Mit der Gesamtverantwortung der Bundesbahn sollen die Transporte hauptsächlich auf die Schiene verlagert werden.

Was schließlich den dritten Bereich betrifft, soll die Konditionierung der schwach- bis mittelaktiven Abfälle am Ort der Atomkraftwerke vorgenommen werden. Dazu sollen mobile Konditionierungsanlagen benutzt werden. Verlautbarungen aus Politik und Wirtschaft machen deutlich, daß man mit Macht die Endlagerung dieser Abfälle im niedersächsischen Schacht Konrad durchsetzen will, und zwar Anfang der neunziger Jahre (siehe „FAZ" vom 27.1.88). Ebenso versucht die Atomfamilie, aus dem Skandal Argumente für die Wiederaufarbeitung der abgebrannten Brennelemente — das eigentliche Entsorgungsproblem — zu ziehen, aber welcher Anlaß dient nicht für die WAA-Propaganda?

Auf der Ebene von Politik und Verwaltung ordnet Töpfer sein Instrumentarium mit der Einrichtung eines Bundesamts für Strahlenschutz. Zum einen handelt es sich hierbei um eine verwaltungstechnische Maßnahme zur Zentralisierung der Abteilungen, die dem Bund ohnehin schon unterstanden. Die neue Behörde er-

sche Maßnahme zur Zentralisierung der Abteilungen, die dem Bund ohnehin schon unterstanden. Die neue Behörde er-

hält Zuständigkeiten *„für die staatliche Verwahrung von Kernbrennstoffen, die Genehmigung zur Aufbewahrung und Beförderung von Kernbrennstoffen, ferner für die Errichtung und den Betrieb von Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle, sowie für die Erfassung und Kontrolle radioaktiver Abfälle, die an Anlagen des Bundes abzuliefern sind, und schließlich für die bundesweite Erfassung und Bewertung der Umweltradioaktivität nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz"* („Bayernkurier", 9.4.88).

Zum anderen klingt immer wieder die Absicht durch, mit Hilfe dieser Zentralbehörde noch besser als bisher die Bundeskompetenz in der Atompolitik gegenüber den Ländern anzuwenden. Am deutlichsten formulierte es der Töpfer-Gesandte Walter Hohlefelder auf dem Deutschen Atomforum: *„Um es klar zu sagen: Man kann nicht bei Transnuklear die Maßnahmen der Bundesaufsicht beschwören und sie beim Schnellen Brüter als Instrument zur Entmündigung der Länder diffamieren."* („Handelsblatt", 28.1.88) Hinzugefügt werden muß allerdings, daß der NRW-Regierung, gegen die sich dieser Seitenhieb richtet, nichts gelegener kommt als Bundesanweisungen, gegen die angeblich nichts zu machen ist. Denn die Politik des Protestanten Rau ist ja in dieser Hinsicht rein katholisch: NRW will zum Brüter kommen wie die Jungfrau zum Kind. Den schwarzen Peter der Verantwortung soll natürlich Bonn allein behalten.

Wie die „deutsche Kernenergie" auf diesem Weg ins Grab geraten soll, bleibt das Geheimnis des großen Hamburger Nachrichtenmagazins. Aber vielleicht erliegt sie ja ihrem eigenen Appetit. Der dürfte durch Töpfers Zentralisierungs-und Effektivierungsprogramm beträchtlich stimuliert worden sein. Hier geht es um nichts anderes, als daß Staat und Wirtschaft ihre Anstrengungen vereinen, um das Atomprogramm einschließlich Schnellem Brüter, WAA und Endlager zu beschleunigen. Einschließlich natürlich auch der militärischen Optionen, die bei Siemens in den bewährtesten Händen liegen. Hier kommt sozusagen ein ganz alter Zopf wieder in Mode. In dieser Beziehung ist man echt rückhaltlos. Die lückenlose Aufklärung des Atomskandals ist von den vielbeschäftigten Herren Töpfer und Weimar glatt vergessen worden.

rh., de.

IAEO Wien:

Kontrollbehörde oder Ideologieagentur?

Rings um den Hanau-„Skandal" ist vieles noch unklar. Sicher ist nur: Die Politik von Bundesregierung und SPD zielt darauf ab, das Vertrauen in die staatlichen, sprich: atomstaatlichen Institutionen wiederherzustellen oder zu vertiefen. Insbesondere geht es darum, ein für allemal klarzustellen, daß der „ungeheuerliche" Verdacht einer Verletzung des Atomwaffensperrvertrages, bei dieser unserer Regierung nicht durchgeht sondern erbarmungslos und ohne Rücksicht auf Geschäftsinteressen aufgeklärt wird.

All diese absurden Bonner Pirouetten dienen letztlich nur einem einzigen Ziel: man will mit Wackersdorf, Hanau, Gronau und Kalkar die reinsten Waffenfabriken ausbauen und gleichzeitig verhindern, daß jemand etwas Böses dabei denkt. Eine der Hauptrollen bei diesem Theater spielt die Kontrollbehörde der IAEO. Immer mehr schält sich heraus, daß diese Behörde in der Frage der Waffenoptionen zumindest objektiv eine ganz ähnliche Rolle spielt, wie die SSK für den Strahlenschutz oder die RSK für die Reaktorsicherheit. Die Strahlenschutzkommission soll die Strahlen vor öffentlicher Kritik schützen, die Kontrollbehörde die vielfältigen Abzweigungspraktiken und -möglichkeiten vor öffentlicher Aufmerksamkeit und Kontrolle zu bewahren.

Zwar wurde durch die Hanau-Debatte im Januar 1988 ein wenig auch am Image der IAEO-Kontrollen gekratzt. Viel zu wenig! Es kommt jetzt darauf an, diese Kritik zu vertiefen und die Alibi-Funktion dieses Gremiums bloßzustellen. So gab es rund um die Ereignisse bei NUKEM und TRANSNUKLEAR eine Reihe hochinteressanter Beiträge von IAEO-Offiziellen, die selbst im Versuch der Beschönigung noch das Material liefern für die These, daß die IAEO-Kontrollen wirkungslos sind und das ganze Gerede über die Unmöglichkeit der militärisch motivierten Abzweigung nichts als Volksverdummung. Diese Stellungnahmen werden im folgenden ausgewertet und vorgestellt.

Die Papierversion

Die Papierversion

1957 wurde auf Initiative der USA und unter der Federführung der Vereinten Nationen in Wien die „Internationale Atomenergie-Organisation", IAEO gegründet. (Die englische Abkürzung ist IAEA, International Atomic Energy Agency.) Diese sog. „Wiener Agentur" hat zwei Aufgaben: Erstens soll sie die Atomenergie weltweit fördern, zweitens soll sie die Einhaltung des Atomwaffensperrvertrages überwachen, also dafür sorgen, daß der Kernspaltstoff bzw. Kernsprengstoff (beide Begriffe bezeichnen dasselbe Material: Plutonium und angereichertes Uran) nicht für militärische Zwecke abgezweigt wird. 250 sogenannte „safeguard"-Inspektoren der IAEO verteilen sich aus diesem Grund rund um den Globus. Nach dem Statut der IAEO ist es nicht ihr Ziel, eine Plutoniumabzweigung zu verhindern, sondern es geht darum, die Abzweigung von signifikanten Mengen an Spaltstoffen, nachdem es passiert ist; rechtzeitig zu entdecken. Die Möglichkeit der frühzeitigen Entdeckung durch die IAEO soll Nicht-Atomwaffenstaaten, etwa die BRD davor abschrecken, Plutonium sperrvertragswidrig abzuzweigen. Der Begriff „signifikant" ist definiert als die Menge an Spaltstoff, die für die Herstellung eines Atomsprengkörpers nötig ist. Sie ist folgendermaßen festgelegt:

— bei Plutonium: 8 kg
— bei Uran 233: 8 kg
— bei Uran über 20% U 235: 25 kg
— bei Uran unter 20% U 235: 75 kg.

„Rechtzeitiges" Entdecken einer Abzweigung ist definiert als der Zeitraum, der für die Umwandlung von Spaltmaterial in eine Atomwaffe nötig ist. Nach den IAEO-Kriterien heißt das:

— 7 - 10 Tage bei Plutonium sowie Uran 235 oder Uran 233
— 1 - 3 Wochen bei Plutoniumoxid und MOX-Brennelementen
— 1 - 3 Monate bei abgebrannten Brennelementen.

Die Lebenswirklichkeit

Beginnen wir mit der „Rechtzeitigkeit" der Entdeckung einer Abzweigung und mit dem Aufsatz, den der ehemalige Leiter des IAEO-Safeguard-Abteilung, Professor Dr. Hans Grümm aus Österreich, am 28.1.88 in der FAZ mit dem Ziel veröffentlichte, das Image der IAEO aufzupolieren: Bestätigen mußte Grümm, daß

— im März 1986 der IAEO in 70 Fällen unbekannt war, wohin die 1985 verschickten „signifikanten" Mengen an Spaltmaterial geblieben waren

— im März 1987 die IAEO in 188 Fällen nicht wußte, wo das Spaltmaterial der 1986 getätigten Transporte geblieben ist.

Ob „rechtzeitig" oder nicht — vielfach werden die IAEO-Inspektoren schon froh sein, wenn sie überhaupt irgendetwas erfahren: *„Bei der Mehrzahl der 147 Atomanlagen, die mit Photo- oder Videokameras überwacht werden, kann die IAEO überhaupt nicht feststellen, ob spaltbares Material abgezweigt wird oder nicht. Oft liegt es an der Beleuchtung in den Bunkern: Sie ist mangelhaft oder fällt zeitweise ganz aus"*, schreibt z.B. der „Spiegel" (18.1.88) nach Lektüre IAEO-interner Unterlagen. Das „Wall Street Journal" (WSJ, 4.2.82) berichtete schon vor etlichen Jahren, daß 1980 einem internen IAEO-Bericht zufolge allein 12% aller Überwachungskameras ausgefallen seien. Darüberhinaus verfüge die IAEO bei den von ihr kontrollierten Anlagen oftmals noch nicht einmal über die nötigen Daten, heißt es weiter im WSJ. Dieses Problem scheint sich in jüngerer Zeit noch zu verschärfen. Ende 1986 berichtete der derzeit für die Safeguards zuständige IAEO-Generaldirektor Peter Tempus von der computerisierten Prozeßkontrolle in modernen Atomanlagen. Die Überprüfungssicherheit dieser Computer ist lt. Tempus gleich Null: *„Ein entsprechend programmierter Computer könnte den Anlagenbetreibern die absolut richtigen Daten, den IAEO-Inspektoren jedoch völlig falsche Informationen ausspucken"*. (Tempus, zit. nach Nuclear Fuel, 1.12.86)

Der IAEO-Tätigkeitsbericht von 1987 nennt darüberhinaus sechs Großanlagen, in denen die Inspektoren lt. „Spiegel" überhaupt nicht inspizieren dürfen, weil zu den Rahmenverträgen mit der IAEO noch die Ausführungsbestimmungen fehlen. Aber selbst wenn Inspektoren in eine Atomanlage gelangen, dürfen sie nur speziell ausgesuchte Teile einer Atomanlage, die sog. „strategic points" besuchen. Darüber hinaus ist der zusätzlichen Behinderung von Inspektoren Tor und Tür geöffnet: Jedes Land kann ohne Angabe von Gründen die in Wien benannten IAEO-In-

rung von Inspektoren Tor und Tür geöffnet: Jedes Land kann ohne Angabe von Gründen die in Wien benannten IAEO-In-

spektoren ablehnen. So wollte sich der Irak zeitweilig beispielsweise ausschließlich von Kontrolleuren aus Ungarn oder der Sowjetunion inspizieren lassen (lt. WSJ). In der BRD müssen die IAEO-Inspektionen (mit einer einzigen Ausnahme: Gronau) grundsätzlich ein bis sieben Tage im voraus angekündigt werden. Sie finden, wenn es das Gastgeberland wünscht, stets in Begleitung von Regierungsvertretern statt. Über bürokratische Schikane (Visa-Vergabe etc.) kann jeder Staat den Inspektoren-Zugang zusätzlich und nahezu beliebig verzögern oder torpedieren (vgl. „Atombomben made in Germany", Köln 1986, S. 120). Oder mit den Worten des ehemaligen IAEO-Inspektors Emanuel R. Morgan: „Die Kontrollen werden von denen kontrolliert, die kontrolliert werden sollen." (Wall Street Journal, 4.2.82)

Fahren wir fort mit der Frage der zu entdeckenden „signifikanten" Mengen. Zuerst ist festzuhalten, daß die geltenden Definitionen für „signifikante" Mengen hoffnungslos veraltet sind. Schon im Februar 1980 berichtete beispielsweise Amory Lovins in der Zeitschrift „Nature", daß bei entsprechend modernem Waffendesign bereits weniger als 2 kg Plutonium für eine beträchtliche Superkritikalität, also Bombenkraft, ausreichen. Selbst unser Professor Grümm wollte im Gespräch mit dem „Wall Street Journal" nicht leugnen, daß die geltenden Werte „out of date" seien. In seiner Funktion als oberster Safeguard-Verantwortlicher der IAEO erläuterte Dr. Grümm 1982 mit einer bemerkenswerten Offenheit, warum man bei den veralteten Definitionen bleibt: *„Er sagt, daß man an diesen Werten festhält, weil die Wiener Agentur kleinere Kilogrammbeträge, wie sie in den riesigen Verarbeitungsanlagen in der BRD, Belgien und Japan verloren gehen, überhaupt nicht entdecken kann. Deshalb wäre es nach Aussage von Dr. Grümm für den Betreiber solch einer Anlage möglich, die einmalige Abzweigung einer für die Bombenherstellung ausreichenden Menge an angereichertem Uran oder Plutonium vorzunehmen, ohne daß dies entdeckt würde."* (Wall Street Journal, 4.2.82) Diese Aussage aus der IAEO-Führungsetage beweist, daß man in Wien in der Sache selbst längst resigniert hat. Die für die Kontrollen wichtigste Definition, die Festlegung der „signifikanten" Menge, deren unklärbare Abzweigung zu verhindern ist, orientiert sich nicht an technischen Optionen und physikalischen Gesetzmäßigkeiten, sondern einzig und allein daran, was für die IAEO selbst als gerade noch „machbar" gilt. Ob 2 kg oder 8 kg als eine „signifikante" Menge gelten, ist keineswegs unerheblich. So können nach den offiziösen Kontrollvorschriften alle Atomanlagen der Kontrolle entzogen werden, deren Spaltstoffinventar unterhalb der definierten „signifikanten" Menge bleibt. Dies alles jedoch scheint für die IAEO-Führungsspitze zweitrangig zu sein. Vorrangig ist die für die Weltöffentlichkeit fabrizierte Notlüge. Es muß wenigstens so getan werden, als seien die IAEO-Kontrollen hinreichend.

Ein weiteres nicht weniger wichtiges Selbsteingeständnis über die eigene Wirkungslosigkeit stammt von dem Repräsentanten der IAEO-Öffentlichkeitsabteilung, Hans-Friedrich Meyer. *„Kleinere Mengen spaltbaren Materials sind trotz Kontrolle durchaus abzweigbar"*, erläuterte er gegenüber der FR (16.1.88) und fuhr fort: *„Wenn ein Anlagenbetreiber es auf die kontinuierliche, insignifikante Beiseiteschaffung spaltbaren Materials anlegt, kann und wird er auch gegenüber den Kontrollinstanzen vertretbare Gründe vorweisen. Inzwischen könnte er das so abgezweigte Material im geheimen Kämmerchen horten."* Mit anderen Worten: Wer peu a peu das Bombenmaterial abzweigt, wird eh nicht erwischt.

Doch selbst unter Berücksichtigung dessen, was die IAEO für „signifikant" erklärt, wird in sehr vielen Fällen ihr Kontrollziel nicht erreicht: Nach Auskunft des ehemaligen IAEO-Verantwortlichen Prof. Grümm konnte 1986 nur bei 76% der für waffentaugliches Material bestimmten Kontrollen das Prädikat „Ziel erreicht" verliehen werden. Bezogen auf das gesamte Spaltmaterial wurde nur in 63% der 306 ausgewerteten Anlagen das selbstdefinierte Kontrollziel erreicht. (FAZ, 28.1.88)

Die Frage bleibt, welchen Sinn angesichts der sich selbst und die Öffentlichkeit betrügenden Praxis die IAEO-Kontrollen noch haben. Sicher ist, daß man sich in den obersten Rängen des Atomstaats über die tatsächliche Reichweite der IAEO-Kontrollen — entgegen aller öffentlicher Bekundung — schon lange kei-

staats über die tatsächliche Reichweite der IAEO-Kontrollen — entgegen aller öffentlicher Bekundung — schon lange kei-

ne Illusionen mehr macht. So betonte 1981 das US-Verteidigungsministerium in einem geheimgehaltenen Dokument des Nationalen US-Sicherheitsrates seine *„Bedenken hinsichtlich der Effektivität der IAEO-Kontrollen ... Diejenigen; die für die nationale Sicherheit die Verantwortung tragen, werden sich davor hüten müssen, ein übertriebenes Vertrauen in die IAEO zu setzen"* (zit. nach Wall Street Journal, 4.2.82).

Die wesentliche Funktion der IAEO liegt heute offenkundig in erster Linie im Ideologischen. Diese „Kontrollbehörde" wird von den Atomstaat-Führern in aller Welt gebraucht, um der eigenen Bevölkerung fortlaufend ein „übertriebenes Vertrauen" in die IAEO-Kontrollen zu suggerieren und somit die Kritik an den militärischen Dimension der Atomenergie im Zaum zu halten. Da man sich offenkundig auch im internationalen Maßstab gerne einen in die Tasche lügt, erfüllt die IAEO eine zweite Funktion. Hans-Friedrich Meyer von der IAEO-Öffentlichkeitsabteilung: *„Durch die Kontrolle werde letztendlich den Ländern die internationale Bestätigung gegeben, daß sie kein spaltbares Material für den Bau eigener Atomwaffen nutzen oder es zu diesem Zweck nicht an andere weiterliefern."* Ebenso Prof. Dr. Hans Grümm: Er charakterisiert diesen Aspekt der IAEO-Tätigkeit als *„vertrauensbildende Maßnahme, die die Staaten davon überzeugt, daß jeder andere Staat des Systems zu seinen Verpflichtungen steht. Diese Vertrauensbildung bei der Mehrzahl der Staaten steht im Vordergrund der Kontrollmaßnahmen der IAEO. Die Abschreckung ist ein Nebeneffekt, der nur jene Staaten betrifft, die bewußt vertragsbrüchig werden wollen — wenn es solche Staaten im Nichtverbreitungs-System überhaupt gibt ..."*.

Staaten, die bewußt vertragsbrüchig werden wollen, werden aber die allerwenigste Mühe haben, durch das weitmaschige Kontrollnetz durchzuschlüpfen. Ohnehin könnten sie den Atomwaffensperrvertrag und die damit verbundenen Kontrollen jederzeit kündigen. Ob ein Staat nun „bewußt" oder eher en passant die stillen Vorbereitungen für den künftigen Atommachtstatus trifft, ist zweitrangig. Wichtig ist nur, daß die Verantwortlichen die IAEO nicht zu fürchten brauchen. Im Gegenteil, leistet doch die IAEO, indem sie für das nötige internationale wie innenpolitische Vertrauen sorgt, geradezu unschätzbare Dienste ...

M.K.

Lohnverzichtsdebatte

War das nun ein „halber Rückzieher von Lafontaine", wie die TAZ (27.4.) schrieb oder hat sich nur die Dramaturgie geändert? Nach dem Spitzengespräch von SPD und DGB über Oskars neue Thesen scheint der Streit zwischen beiden Organisationen erstmal eingeebnet. Die FAZ behauptete in ihrem Nachrichtenteil, daß sich der SPD-Parteivorstand *„weitgehend die Positionen der Gewerkschaften zu eigen gemacht und sich von den Ansichten Lafontaines distanziert"* habe (FAZ, 27.4.). In der Äußerung der SPD-Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs, die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit habe vor allem die Bundesregierung, sah die FAZ „die Kompromißformulierung" des Gesprächs.

Schon vor dem Spitzengespräch hatte Lafontaine versucht Brücken zu bauen. Er hatte erklärt, im Mai-Aufruf des DGB könne er sich durchaus wiederfinden. Und nach dem Spitzengespräch sah Lafontaine dann Einigkeit darin, *„daß bei Arbeitszeitverkürzungen niemand weniger verdienen dürfe als vorher"* (FAZ, 27.4.88). Der SPD-Parteivorsitzende Vogel hatte schon Ende März auf das Verbindende zwischen Lafontaines Thesen auf der einen Seite sowie der gewerkschaftlichen Realpolitik und den Beschlüssen vom Nürnberger Parteitag auf der anderen Seite hingewiesen. Schon in Nürnberg sei *„bei der Lohnentwicklung zwischen hohen Einkommen und den übrigen Einkommen unterschieden"* worden (FAZ, 30.3.). *„Im übrigen haben die Gewerkschaften schon bisher bei einschlägigen Abschlüssen auf die Durchsetzung möglicher Lohnerhöhungen verzichtet, um stattdessen die Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen"* (ebenda). Tatsächlich hat die IG Metall-Führung für den Bereich der Metallverarbeitung zugunsten der Arbeitszeitverkürzung seit 1985 auf Einkommensverbesserungen von 9,4% verzichtet (Der Gewerkschafter, 4/88). Und auch in dem neuesten Positionspapier der IG Metall wird noch einmal darauf hingewiesen, daß man bereit sei, auf „mögliche Löhnerhöhungen" zugunsten von Arbeitszeitverkürzungen zu verzichten. Wörtlich heißt es: *„Gewollt ist, so das Modell, die Verwendung bloß der Preiskomponente für Lohn- und Gehaltsforderungen und die Verwendung sowohl der Produktivitäts- als auch der Umverteilungskomponente für die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich.*

Eine solche tarifpolitische Strategie nimmt die Solidarität der sogenannten Arbeitsplatzbesitzer praktisch beim Wort. Mit der Verwendung des Produktivitätszu-

Eine solche tarifpolitische Strategie nimmt die Solidarität der sogenannten Arbeitsplatzbesitzer praktisch beim Wort. Mit der Verwendung des Produktivitätszuwachses für die teilweise Finanzierung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich wird ein Solidarbeitrag der Arbeitnehmer geleistet
— nicht durch den Verzicht auf Lohn
— wohl aber durch den Verzicht auf ansonsten mögliche Lohnerhöhungen.

Die Gewerkschaften haben also keine Belehrungen darüber nötig, daß der Produktivitätszuwachs nicht zweimal verteilt werden kann.

Eine solche tarifpolitische Strategie läßt aber auch die Solidarität der Produktionsmittelbesitzer nicht außen vor. Mit der Verwendung der Umverteilungskomponente für die restliche Finanzierung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich wird der Solidarbeitrag der Arbeitgeber angemahnt. Der Verzicht der Arbeitnehmer auf einen Teil der Einkommensverbesserungen soll durch den Verzicht der Unternehmer auf einen Teil der Gewinnsteigerungen ergänzt werden" (FR, 7.4.88).

Während die IG Metall auch von den Arbeitgebern einen Solidarbeitrag anmahnt, orientiert Lafontaine mit seinen Thesen auf den Verteilungskampf unter den Lohnabhängigen. Nicht dumm versucht er, aus den Zugeständnissen, die die Gewerkschaften bisher im Bereich der Reallöhne gemacht haben, eine Brücke zu seinen Vorstellungen zu bauen. Es scheint, er hat damit Erfolg. Diesen Eindruck hat man zumindest, wenn mensch sich die Ergebnisse des Spitzengespräches genau ansieht. DGB-Papa Breit formulierte danach vor der Presse die gemeinsame Position von SPD und DGB folgendermaßen: Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich wird in Zukunft *„auch eine ‚Nullrunde' bei Gehaltstarifverhandlungen bedeuten"* können, *„wenn der Produktivitätszuwachs voll für eine Verkürzung der Arbeitszeit verwendet"* wird. Lafontaine selbst hob nach dem Gespräch hervor, daß *„keiner einer ‚Nullrunde' insbesondere bei Beziehern hoher Gehälter widersprochen habe — zwar nicht auf alle Jahre, aber doch auf ein Jahr bezogen"* (TAZ, 27.4.). Von einem „halben Rückzieher" Lafontaines (TAZ) kann also eigentlich keine Rede sein. Es sei denn, mensch mißt den Erfolg Lafontaines an der Durchsetzung seines Gesamtprogramms.

Flexibilisierung der Arbeitszeit durch den Sechs-Stunden-Tag

Daß es mit dem „halben Rückzieher" nicht weit her ist, wird auch daran deutlich, daß, wie die FAZ berichtete, die Diskussion *„über die Rolle der Erwerbsarbeit (...) nicht abgeschlossen"* wurde (FAZ, 27.4.88). Ja, Lafontaine scheint auch in dieser Frage gerade erst anzusetzen, indem er mit neuen Bündnispartnern, (den SPD-Frauen), an die Öffentlichkeit tritt. Auf einer Pressekonferenz, einen Tag vor dem Spitzengespräch von SPD und DGB, die er zusammen mit der stellvertretenden Vorsitzenden der Programmkommission Inge Wettig-Danielmeier durchführte, redeten die beiden viel über die „Selbstbestimmung von Frauen und Männern". Diese sei nur zu erreichen, so erklärte Lafontaine, wenn die *„völlige (...) Beziehungslosigkeit von Erwerbsarbeit zu Familien- oder Eigenarbeit"* aufgehoben werde (FAZ, 26.4.). Ein 6-Stunden-Arbeitstag biete, so wurde erklärt, *„die Chance zur Berufstätigkeit (...) und zur Teilhabe an der Nichterwerbsarbeit"* (FAZ, 26.4.88).

Hier stutzt der/die LeserIn. Hört sich doch ganz gut an. Fordern nicht gerade die Frauen und linken GewerkschaftsaktivistInnen (ganz zu schweigen von Kommunisten und Müßiggängern) den 7 Stunden-Tag, um die gleichberechtigte Teilhabe an Hausarbeit und Kindererziehung zu erleichtern?

Betrachtet mensch den Vorschlag eines 6 Stunden-Arbeitstages allerdings vor dem Hintergrund von Lafontaines Gesamtkonzept, so wird der Zusammenhang klar. 6 Stunden-Arbeitstag heißt auch Wochenendarbeit. Und das ist gerade das, was das Kapital heute in immer stärkeren Maße durchsetzt. Rechnen wir einmal nach: Um den 6 Stunden-Arbeitstag zu erreichen, gleichzeitig aber die Ausdehnung der Arbeitszeit auf das Wochenende zu verhindern, wäre eine 30 Stunden-Woche nötig. Selbst bei einer 35 Stunden-Woche ließe sich der 6 Stunden-Arbeitstag nur an 6 Arbeitstagen in der Woche realisieren. Da dem Profiteschoner und Realisten Lafontaine nicht unterstellt werden kann, er wäre für die 30 Stunden-Woche, bleibt also nur die Wochenendarbeit, um den 6 Stunden-Arbeitstag zu verwirklichen. Das allerdings als ein Mehr an Selbstbestimmung zu bezeichnen ist der blanke Hohn!

Bruttolohnquote und Arbeitnehmerquote 1960 bis 1986
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)
— in vH —

Jahr	Bruttolohnquote[1] tatsächlich	Bruttolohnquote[1] strukturbereinigt[2]	Arbeitnehmerquote[3]
1960	60,1	65,0	77,2
1965	65,3	67,3	80,9
1970	68,0	68,0	83,4
1975	73,1	71,5	85,3
1976	71,8	69,8	85,7
1977	72,7	69,8	86,2
1978	71,4	68,8	86,6
1979	71,5	68,5	87,0
1980	73,5	70,0	87,4
1981	74,4	70,8	87,5
1982	73,8	70,1	87,3
1983	71,6	68,7	87,1
1984[4]	70,5	67,5	87,1
1985	69,5	66,6	87,1
1986	68,6	65,7	87,3

1) Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen. — 2) Bereinigt vom Einfluß, der sich aus der Änderung der Beschäftigtenstruktur ergibt. Die Arbeitnehmerquote des Jahres 1970 (83,4 vH) wird über alle Jahre hinweg konstant gehalten. — 3) Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen. — 4) Ab 1984 vorläufiges Ergebnis.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Wirtschaft und Statistik, 3/1987. — Eigene Berechnungen.

Aus: WSI-Mitteilungen 7/87

Aus: samtrechnungen. Wirtschaft und Statistik, 3/1987. — Eigene Berechnungen.

Erwerbstätige außerhalb des Normalarbeitsverhältnisses 1984 und 1986 (in 1000)

	1984	1986
1. Erwerbstätige[1]	25304	25736
2. Abhängig Beschäftigte[1]	22038	22465
3. Registrierte Arbeitslose[1]	2266	2228
4. Stille Reserve[1]	1288	1161
Σ 3+4	3554	3389
5. Kurzarbeiter[2]	384	197
6. ABM-Beschäftigte[2]	80	102
7. Befristete Arbeitsverhältnisse[3]	900	1900 (1750)[4]
8. Registrierte Leiharbeitskräfte[2]	32	70
9. Teilzeitarbeitskräfte[5]	2891	3150
10. davon: nicht sozialversichert	1056	ca. 1200
Σ 5–10 (in Prozent von 2)	4287 (19,4)	5419 (24,1)
Σ 3–10 (in Prozent von 2–4)	7841 (30,6)	8808 (34,0)

1 Ifo, Wirtschaftskonjunktur 7/1987, S. A 11.
2 ANBA, Arbeitsstatistik 1984 und 1986 – Jahreszahlen. Die Angaben sind Jahresdurchschnittszahlen, die Zahl der während eines Jahres Betroffenen ist weitaus höher.
3 Ergebnisse einer Repräsentativumfrage von FORSA Dortmund.
4 Angaben nach einer Untersuchung des Wissenschaftszentrums Berlin im Auftrag des BMAS, Berlin/W. 1987.
5 Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.2; MittAB 3/1986, S. 362; für 1986 eigene Schätzung.
(Quelle: K. Pickshaus, Das Flexibilisierungskonzept des Kapitals und die Perspektive des Kampfes um das Normalarbeitsverhältnis, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, Frankfurt 1987, S. 211)

Aus: Nachrichten 12/87

Einkommenszuwachs von Arbeitnehmern, Unternehmern und Vermögensbesitzern 1982–86

	Brutto (vor Steuern und Abgaben)	Netto (nach Steuern und Abgaben)	Netto real (in Preisen von 1986)
a) in DM			
Zuwachs der Einkommen aus unselbständiger Arbeit	101,6 Mrd.	53,7 Mrd.	13,5 Mrd.
Zuwachs der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	151,0 Mrd.	139,5 Mrd.	119,1 Mrd.
b) in Prozent			
Zuwachs der Einkommen aus unselbständiger Arbeit	13,8 %	9,9 %	2,5 %
Zuwachs der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	47,0 %	53,8 %	42,6 %

Errechnet aus Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1987/88, Tab. 24+ und 24, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Statistischer Anhang Tabellen VIII 7 und 8

Aus: Sozialismus 4/88

Die FAZ hat den ganzen Diskussionsprozeß um Lafontaines Thesen realistisch eingeschätzt. Schon Ende März, kurz vor der ersten SPD-internen Debatte, hieß es in der Zeitung für Schlauberger: *„(...) in der SPD und in den Gewerkschaften — wird man Formeln finden, die den Spalt an der Oberfläche kitten. Doch das, was Lafontaine wirklich gewollt hat, wird die Gewerkschaften nicht mehr in Ruhe lassen: Er hat sie aus der Tabu-Zone herausgeholt, in die sie sich — im Windschatten der ‚Tarifautonomie' — zunehmend hineingemogelt hatten. Die Gewerkschaften haben sich hinter der Grundgesetz-Garantie der Koalitionsfreiheit verschanzt und damit die fatalen Ergebnisse ihrer Lohnpolitik einer grundsätzlichen Kritik entzogen."* (FAZ, 28.3.88)

Nach dem Spitzengespräch wies die FAZ richtig auf das Dilemma hin, in welchem die Gewerkschaften als systemkonforme Organisationen, die sich am „gesamtwirtschaftlichen Wohl" zu orientieren haben, z.Zt. stecken: *„nur vordergründig"* gehe es, so die FAZ, den Gewerkschaften *„um die Frage von Arbeitszeitverkürzungen ohne oder mit Lohnausgleich"* (FAZ, 27.4.). Begründung: Die Gewerkschaften hätten bisher immer verminderten Lohnerhöhungen zugunsten der Arbeitszeitverkürzung zugestimmt. *„Wirklich erbittert hat sie* (dagegen) *etwas, was sie öffentlich nicht zugeben werden. In Lafontaines Thesen steckt die öffentliche Feststellung, daß die Arbeitnehmer-Organisationen über ihre Tarifpolitik eine Mitverantwortung für die Höhe der Beschäftigung tragen. Das ist die schlichte Wahrheit, aber nie hat es in den zurückliegenden Jahren ein Sozialdemokrat gewagt, sie auszusprechen."* (FAZ, 27.4.88) Bei der Formulierung ihres neuen Grundsatzprogramms, werde die SPD, so vermutet die FAZ, *„in der ‚Verantwortungsfrage' endgültig zu Kreuze kriechen müssen."* (FAZ, 27.4.).

Doch die von Lafontaine angezettelte Debatte ist nicht nur eine Grundsatzdebatte innerhalb der SPD. Für Sozialisten stellt sich die Frage, in welchem Gesamtrahmen Lafontaines Thesen gesehen werden müssen und wie es zu erklären ist, daß seine Forderung nach einem Lohnverzicht, laut Meinungsumfragen, in breiten Bevölkerungskreisen positiv aufgenommen wird.

Umverteilung? Endlich abhaken!

Umverteilung? Endlich abhaken!

Keynesianische Lösungsstrategien seien nicht mehr praktikabel, hört man von einem Lafontaine-Vordenker („Der Spiegel"). Nicht daß sich die SPD irgendwann ernsthaft auf dem Gebiet der Nachfragesteuerung und der beschäftigungsorientierten Investitionslenkung versucht hätte. Professor Scharpf, Direktor am Kölner Max-Planck-Institut, plagt sich nicht mit solchen Ansprüchen. Er stellt nur ganz nüchtern fest: Die Reaktion der sozialdemokratisch geführten Länder auf die Situation der frühen achtziger Jahre habe gezeigt, daß *„die programmatisch legitimierten Strategien nicht praktikabel und die pragmatische Praxis nicht legitimationsfähig"* war. Auf nationaler Ebene, so Scharpf weiter, scheitere die keynesianische Nachfragesteuerung an dem international hohen Realzinsniveau. Und auch eine Europäisierung oder Internationalisierung der keynesianischen Steuerung, so Scharpf, sei derzeit wegen der ökonomischen Machtstellung der USA bzw. der innereuropäischen Konkurrenzen zum Scheitern verurteilt. *„An den Thesen der Angebotstheoretiker"* führe deshalb *„kein Weg vorbei: Zusätzliche, arbeitsplatzschaffende Investitionen werden nur unternommen, wenn die nachhaltig zu erwartenden Gewinne mit den international gebotenen Kapitalzinsen konkurrieren können."* Jetzt gehe es um die *„strategische Einsicht, daß vorderhand die Vollbeschäftigung weder ‚kostenlos' durch eine keynesianische Wachstumspolitik, noch ‚auf fremde Rechnung' durch Umverteilung zu Lasten des Kapitals gewonnen werden kann — sondern allenfalls durch die Umverteilung von Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitseinkommen zu Lasten der großen Mehrheit der derzeit Beschäftigten selbst." „Sozialismus in einer Klasse"* nennt Scharpf das. Die Arbeiterbewegung müsse die *„vorläufig irreversible Niederlage im Verteilungskampf"* akzeptieren. Alles andere führe *„nur zum Kampf aller gegen alle im eigenen Lager"*. Diesen Kampf von privilegierten Arbeitnehmern und an den Rand Gedrängten müßten Sozialdemokraten und Gewerkschafter verhindern, indem sie *„allen Arbeitnehmern durch höhere Steuern und durch den Verzicht auf Einkommens-Zuwächse den notwendigen Solidarbeitrag für die Teilhabe aller Arbeitswilligen am Arbeitsleben abverlangen."* Dieser Solidarbeitrag soll dem Staat die nötigen Mittel verschaffen, um die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auszuweiten und weitere Arbeitszeitverkürzungen zu subventionieren (Gewerkschaftliche Monatshefte, 1/88).

Vor dem Hintergrund einer wahren Gewinnexplosion ist dieser von den Arbeitenden geforderte Solidarbeitrag schon ziemlich dreist. Die Bruttogewinneinkommen haben sich im Zeitraum von 1982-87 um 54%, die Bruttoarbeitseinkommen dagegen nur um 20% erhöht (Vgl. IGM-Positionspapier, FR, 7.4.88). Die Lohnquote, die den relativen Anteil der Bruttoarbeitseinkommen am Volkseinkommen mißt, setzte damit ihren Rückgang fort. 1986 lag sie etwa auf dem Wert des Jahres 1960.

Auch die Nettogewinne der Unternehmen sind immens gestiegen. Zwischen 1980 und 86 um 65%! Insbesondere der Dollarverfall, sowie der Preisverfall bei Rohöl und Rohstoffen im Jahre 1986 ermöglichten diese Steigerungsraten. Der „Terms-of-trade-Effekt" schlug im Jahre 1986 mit einem Plus von 10,9%, so Rudolf Welzmüller vom WSI, *„im historischen Vergleich gesehen, alle Rekorde. Nicht einmal während des Korea-Krieg-Booms (1952) (...) war die Entwicklung günstiger (die Terms-of-Trade stiegen damals um 10,6 vH)"* (WSI-Mitteilungen, 7/87). Der „Terms-of-trade-Effekt" erweiterte den *„verfügbare(n) Verteilungsspielraum* (in der Bundesrepublik) *(...) um rund 30 Mrd. DM (...) — zu Lasten der ‚übrigen Welt', das heißt insbesondere der rohstoffliefernden Länder. (...) der tatsächlich verfügbare Verteilungsspielraum* (hat damit) *wesentlich stärker zugenommen, als es aufgrund der inländischen Produktion vorgegeben war."*

Daß die Reallöhne in den letzten drei Jahren (nach sechs Jahren Rückgang) nun wieder angestiegen sind (+4,0 / +1,5 / +1,5%), 1986 allerdings erst wieder das Niveau von 1978 erreichten (Welzmüller), ist jedoch nicht einem Umverteilungserfolg zuzuschreiben, der den neuen Spielraum ausgenutzt hätte. Vielmehr hängt der leichte Anstieg der Reallöhne mit verschiedenen steuer- und sozialpolitischen Maßnahmen zusammen: Die erste Stufe der Steuerreform führte bei kleineren und Normaleinkommen zu Entlastungen. Die Einführung des Erziehungsgeldes sowie die Verlängerung der Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld wirkte sich auf die Reallöhne ebenfalls entlastend aus.

geldes sowie die Verlängerung der Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld wirkte sich auf die Reallöhne ebenfalls entlastend aus.

Insgesamt gesehen sind die entlastenden Wirkungen der staatlichen Politik jedoch Randerscheinungen. Von der zweiten und dritten Stufe der Steuerreform werden vor allem die mittleren und höheren Einkommen profitieren. Um die Steuerausfälle wieder reinzuholen werden besonders die Arbeitnehmereinkommen geschröpft (so z.B. durch die Einschränkung der Steuerfreiheit auf Lohnzuschläge sowie durch die Erhöhung der Verbrauchsteuern). Insgesamt gesehen hat die Steuerreform eine arbeitnehmerfeindliche Gewichtung und begleitet damit die Umverteilung von der staatlichen Seite her.

Die staatliche Umverteilungspolitik bekamen besonders die Arbeitslosen zu spüren. 1986 bekam schon über ein Drittel der registrierten Arbeitslosen wegen langer Arbeitslosigkeit und der Ausgrenzung aus der Arbeitslosenversicherung keine Unterstützung vom Arbeitsamt mehr. Damit waren diese Menschen auf Sozialhilfe angewiesen. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger stieg von 1980 bis 86 um 56%. Berücksichtigt mensch die „Stille Reserve" von rund 1,2 Mio. nichtregistrierten Arbeitssuchenden, so erhielten 1986 rund 2 Mio. Arbeitslose keine Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung.

„Intelligente Organisation der Arbeit"

Die Supergewinne des Kapitals basieren jedoch nicht nur auf der staatlichen Umverteilung und dem Auspressen der 3. Welt. Zentral ist die Ausbeutung in der Bundesrepublik. Dies wird u.a. an der gestiegenen Produktivität, von 100 (1980) auf 120,6 im Jahre 1986, deutlich. Mit Hilfe der neuen Technologien und modernen Formen der Arbeitsorganisation versuchen die Unternehmer diese Entwicklung weiter zu beschleunigen. Um das eingesetzte Kapital maximal zu nutzen, sind die Unternehmer, besonders in den kapitalintensiven Betrieben, bestrebt, über eine stärkere Flexibilisierung von Ar-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

beitsorganisation und Arbeitszeiten zu einer Ausdehnung der Betriebsnutzungszeiten zu kommen. *„Bei längeren Betriebszeiten sinken die Kapitalstückkosten, Investitionen können eingespart werden (...), im Gegensatz zu Investitionen ist die zusätzliche Kapazität leichter reversibel, kostspielige Anlagen amortisieren sich schneller, und das Unternehmen kann damit auf dem jeweils neuesten technologischen Stand produzieren"* (Bosch, WSI 12/87).

Solche Überlegungen liegen offensichtlich auch Lafontaine am Herzen. Mit seiner These von der Arbeitslosigkeit als Folge einer *„unzureichend intelligenten Organisation der Arbeit und des Arbeitsmarktes"* und seinem kürzlich vorgebrachten Vorschlag des 6 Stunden-Arbeitstages, liegt er gut im Trend.

Das was Lafontaine als „intelligente Organisation" umschreibt, setzt sich schon jetzt immer mehr durch. So gab nach einer vom nordrhein-westfälischen Arbeitsministerium im Dezember 1987 veröffentlichten Repräsentativbefragung des ISO und des Emnid-Instituts ein Drittel der Befragten an, daß sie regelmäßig an Wochenenden arbeiten. Die Befragung ergab außerdem: *„(...) nur 27% der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Bundesrepublik erbringen ihre Arbeitsleistung ohne Wochenend- und Schichtarbeit, kennen weder regelmäßige Überstunden noch „normale" verlängerte Arbeitszeiten, sind nicht von Kurzarbeit, Arbeit auf Abruf oder sonstigen Formen flexibler Arbeitszeitgestaltung betroffen, leisten auch keine Teilzeitarbeit und haben keine gleitende Arbeitszeit. Auf rund drei Viertel der Beschäftigten hingegen trifft zumindest eines der genannten Merkmale zu, meistens kommen verschiedene dieser Merkmale zusammen."* (NRW-Arbeitsminister Heinemann, in: Arbeitszeit '87).

Wochenendarbeit ja bitte?

Allein *„die regelmäßige Wochenendarbeit* (stieg) *von 1984 bis 1987 von 20 auf einen Anteil von 32 %"* (Bosch, 12/87). Insgesamt müssen heute mehr als 7 Millionen Lohnabhängige regelmäßig samstags arbeiten (Vgl. Heinemann). Der Schwerpunkt dieser enormen Ausweitung der Samstagsarbeit lag im industriellen Bereich, wo *„sich der Anteil der regelmäßigen Samstagsarbeiter an den Beschäftigten seit 1981 von 11% auf 29% nahezu verdreifacht"* hat (ebenda). *„Die Ausdehnung der Betriebszeiten wird"*, so Bosch, z.Zt. nur *„durch das geringe Wachstum und nicht durch die Arbeitszeitordnung und die Tarifverträge behindert."* Denn nur *„die wenigsten Tarifverträge* (enthalten) *eine klare Festlegung der Arbeitszeit auf die Arbeitstage Montag bis Freitag"* (Ingrid Kurz-Scherf, WSI 12/87). Die Kapitalisten konnten in puncto Samstagsarbeit in den letzten Jahren außerdem noch Ausnahmebestimmungen in den Tarifverträgen durchsetzen, die ihnen, unter der Voraussetzung, daß der Betriebsrat sein Ja-Wort gibt, die Einführung der Samstagsarbeit für einzelne Beschäftigte oder Beschäftigtengruppen, erleichtert.

Vergleicht man die Betriebsnutzungszeiten auf internationaler Ebene, liegt die BRD hier an der Spitze. *„In der Bundesrepublik arbeiten 18 vH der Beschäftigten in Schicht gegenüber 8 vH in Frankreich und in den USA sowie 13 vH in Großbritannien; 12 vH arbeiten nachts gegenüber 11 vH in USA und 5 vH in Frankreich (...) Im verarbeitenden Gewerbe werden in der Bundesrepublik wöchentlich im Schnitt 60,6 Stunden (...) gearbeitet, gegenüber 46 Stunden (1982) in Frankreich und diese Unterschiede gelten auch für die meisten Einzelbranchen".* (Bosch) Die derzeitige Deregulierung der bundesweiten Arbeitsgesetze ist für Gerhard Bosch vom WSI Teil eines internationalen Deregulierungswettlaufs der *„die Arbeitsbedingungen verschlechtern und* (den) *wirtschaftliche(n) Konzentrationsprozeß (...)* (fördern) *wird."*

Ungeschützte Arbeitsverhältnisse

Die moderne Arbeitsorganisation bringt jedoch nicht nur Wochenend- und Nachtarbeit mit sich, sondern auch die Zunahme „ungeschützter Arbeitsverhältnisse". Das soziale Sicherungssystem der BRD ist jedoch auf das „Normalarbeitsverhältnis" ausgerichtet, was für die Menschen in den „ungeschützten Arbeitsverhältnissen" weitreichende Konsequenzen hat. Beispiel Teilzeitarbeit: Jeder dritte Teilzeitbeschäftigte ist heute weniger als 19 Wochenstunden tätig und damit nicht in die Arbeitslosenversicherung einbezogen (Vgl. Heinemann). So wundert es nicht, daß Studien der Arbeitsministerien von NRW und Baden-Württemberg zu dem Ergebnis kommen, daß ein Großteil der Teilzeitbeschäftigten längere Arbeitszeiten bevorzugen würde.

Nicht zuletzt das Beschäftigungsförderungsgesetz von 1985 hat den enormen Schub auf dem Sektor der „ungeschützten Arbeitsverhältnisse" verstärkt. So hat sich die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse von 900.000 (1984) auf 1,9 Mio (1986) mehr als verdoppelt. Die Gruppe der Erwerbstätigen außerhalb des Normalarbeitsverhältnisses (Kurzarbeiter, ABM-Beschäftigte, befristete Arbeitsverhältnisse, registrierte Leiharbeitskräfte und Teilzeitarbeitskräfte) machte 1986 schon ein Viertel der Lohnabhängigen in der BRD aus! Von 1984 bis 1986 vergrößerte sich diese Gruppe der Lohnabhängigen um ca. 1 Mio. auf insgesamt etwa 5,2 bis 5,4 Millionen. Zusammen mit den registrierten und nicht registrierten Arbeitslosen (3,4 Mio.) ergibt dies einen Anteil von 34 Prozent der Erwerbstätigen, die heute nicht mehr den Schutz des „Normalarbeitsverhältnisses" in Anspruch nehmen können (Vgl. Nachrichten 12/87).

Lafontaine, dem die Aufwertung der unbezahlten Arbeit ja so sehr am Herzen liegt, kann diese Entwicklung eigentlich nur recht sein, gibt sie doch so vielen Männern und Frauen die Chance, die *„völlige Beziehungslosigkeit von Erwerbsarbeit zu Familien- oder Eigenarbeit"* (FAZ, 26.4.) zu überwinden. Besonders die Frauen „profitieren" von dieser Entwicklung. 1986 waren von den 3,1 Mio Teilzeitbeschäftigten 90% Frauen ! Etwa 40% der Teilzeitbeschäftigten gehörten zu der Gruppe der „geringfügig Beschäftigten" (Nachrichten 12/87), die weniger als 15 Wochenstunden arbeiten, unter 430 DM im Monat verdienen und deshalb aus der Renten- und Krankversicherung herausfallen.

Tarifvertraglich hat sich auf diesem Gebiet bisher wenig getan. Die Einrichtung und Ausgestaltung der Teilzeitarbeitsplätze liegt nach wie vor fast vollständig im Ermessen der Kapitalisten. Dieser Zustand hält DGB-Papa Breit nicht davon ab, auf dem letzten Spitzengespräch mit BDA-Präsident Murmann darin übereinzukommen, daß *„das Potential für die Arbeitsmarktentlastung durch Teilzeitarbeit oberhalb der Sozialversicherungspflicht"* noch nicht ausgeschöpft sei (FAZ 28.4.).

Die Lafontainsche Neudefinition des Arbeitsbegriffs, versüßt mit einer mageren „Grundsicherung", wird die Benachteiligung der Frauen nicht aufbrechen. Bedingung wäre heute, die Möglichkeit eines gleichberechtigten Zugangs zu den „Normalarbeitsverhältnissen". Die FR-Redakteurin Jutta Roitsch sieht da erst einmal ganz andere Probleme: *„Vom Ideal einer unbefristeten Dauerstellung , mit der ohne Angst ein ‚normales' Leben zu planen ist, entfernt sich inzwischen fast eine ganze Generation, während eine andere, die laut gegen den Lohnverzicht wettert, auf wohldotierten und ziemlich sicheren Posten sitzt"* (FR, 3.3.88). Wie war das? Die gutbezahlte Redakteurin kritisiert die gutbezahlten Gewerkschaftsführer, die den gutbezahlten Lafontaine dafür kritisieren, daß dieser den noch besser bezahlten Kapitalisten schonen, die Arbeitenden aber stärker schröpfen will.

uh

Vermittler oder Verräter?

Wo bleibt Raus Ehrenwort?

Die Techno-Guerilla brachte es an den Tag. Ein abgehörtes Telefongespräch ließ mal wieder einen Blick hinter die Kulissen der Macht zu. Und da sollen die Sozialdemokraten von der nordrhein-westfälischen Landesregierung den Krupp-Managern geraten haben, Rheinhausen — wenn es schon sein müsse — möglichst schnell zu schließen. Glaubwürdig ist dies schon deshalb, weil es die Mentalität der SPD-Führer so treffend charakterisiert. Jetzt wird natürlich eifrig dementiert. Aber: Ist der um die politische Kultur so eifrig besorgte Protestant Rau bereit, das schwer beschädigte Ansehen des deutschen Ehrenworts zu retten und sein eigenes in die Waagschale zu werfen? Bisher nicht!

Im April hat die seit Dezember 1987 um ihre Arbeitsplätze kämpfende Belegschaft von Krupp in Duisburg-Rheinhausen noch mal zugelegt. Als BILD am 7. April die definitive Schließung des Stahlwerks meldete, beschlossen die Vertrauensleute den Streik. Eine Woche lang, vom 8. bis 14. April, stand bis auf den Notdienst die Produktion still. Ohne Streikunterstützung durch die IG Metall wirkte sich dieser Streik erstmals ernsthaft auf die Produktion aus. Im Bochumer Krupp-Werk wurde der Mangel an Nachschub spürbar, allerdings auch der an Solidarität der Bochumer Kollegen. Die Veröffentlichung des Telefonats von Krupp-Chef Cromme mit Thyssen-Chef Kriwet durch die „taz" am 9. April heizte die Auseinandersetzung zusätzlich an. Am Vormittag des 11.4. wurden die Düsseldorfer Rheinbrücke und der NRW-Landtag blockiert. Neue Popularität einer alten Parole: „Wer hat uns verraten?" Am 12. April wurde der bis dahin befristete Streik verlängert, am 14. nach heftigen Auseinandersetzungen mit einer radikalen Minderheit im Betrieb beendet. Zuvor hatte Johannes Rau ultimativ den Abbruch gefordert, sonst stünde er als Vermittler oder Moderator nicht mehr zur Verfügung. Seither wird vor allem die Niederlage der Rheinhausener beschworen.

Nie war es so deutlich: Die Rheinhausener Belegschaft, die viel Solidarität erfahren hat, die seit Monaten immer wieder engagiert für ihre Arbeitsplätze auf die Straßen ging und in den Streik getreten ist, wird von jenen Institutionen systematisch in die Isolation getrieben, denen die größten realpolitischen Hoffnungen galten: die Sozialdemokratie, die immer wieder „Solidarität" beschwört, und ihre Gewerkschaft IG Metall, die sich völlig abgemeldet hat. Letztere läßt zwar überall Solidarität mit dem Rührstück Rheinhausen erklären, je weiter weg, desto deftiger in Worten, ist aber auffällig inaktiv und findet an der Spitze zur Zeit nicht einmal mehr die Sprache zu Rheinhausen. Offensichtlich rechnet man in der Frankfurter IGM-Zentrale immer noch durch, wie man auf 30.000 Entlassungen bei Stahl gemäß der „Frankfurter Vereinbarung" vomOktober kommt.

Die SPD praktiziert die Isolierung auf verschiedenen Ebenen. Immerhin gelang es den Rheinhausenern noch stets, Partei und Landesregierung unter Druck zu setzen. Aber die Tonart wird merklich schärfer. Farthmann (SPD-Fraktionsvorsitzender) kündigte gegenüber den Blockaden die Grenzen des Langmuts an: *„Irgendwann kommt der Punkt, an dem die Polizei im Interesse der betroffenen Bürger handeln muß."* Zöpel (stellv. Landesvorsitzender) warnte angesichts der Verletzung der Bannmeile, daß Gesetzesbrüche *„nicht dauerhaft hingenommen werden"* könnten und unterstellte den Rheinhausenern *„übertriebene Dramatisierung"* ihrer Lage. Parallel dazu verstärkt sich das Vorgehen der staatlichen Organe. Wegen Nötigung sind mehrere Ermittlungsverfahren eingeleitet. Beim stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden Theo Steegmann und einem Sprecher des Bürgerkomitees, Pfarrer Kelb, wurden Haussuchungen nach dem Band mit den Telefonmitschnitten Cromme/Kriwet vorgenommen. Ein deutlicher Fingerzeig, weil das Band bekanntermaßen an mehreren Stellen vorliegt.

Rau und Cromme dementieren nicht!

Am 9. April veröffentlichte die „taz" einen Mitschnitt aus Telefonaten Crommes mit Kriwet und mit dem Krupp-Arbeitsdirektor (IGM) Meyerwisch vom 8. Januar 1988. Cromme berichtete seinem Gesprächspartner Kriwet über eine bis dahin nicht bekanntgewordene Unterredung, die er und Liestmann (Mannesmann) am 7. Januar mit Ministerpräsident Rau, den Ministern Jochimsen und Heinemann sowie Farthmann geführt hatten. Die Sozialdemokraten, so Cromme am Autotelefon, hätten zur Schließung Rheinhausens erklärt: *„Macht es möglichst schnell, denn dann ist das Thema gelöst usw. und der Krach ist weg."* (taz, 9.4.88) Die Annahme, Cromme würde intern die SPD-Spitze fälschlich für sich in Anspruch nehmen, macht wenig Sinn. Wenn nicht aufs Wort, so sind seine Aussagen doch dem Sinn nach absolut plausibel. Doch anders stellt es sich für die meisten Krupp-Kollegen dar, die aus der SPD kommen und auf sie bauen, wenn sie zum hundertsten Mal ihr Wort gibt, fest an der Seite der Kollegen zu stehen. In dem zentralen Punkt — das Problem schnell aus der Welt zu schaffen — hat Rau bislang auch gar nicht dementiert, ebensowenig wie Cromme, auch wenn alle den gegenteiligen Eindruck zu erwecken versuchen.

1. In der ersten Stellungnahme nach der „taz"-Veröffentlichung hieß es am 10.4. schlapp: *„Die Landesregierung hat weder zum Entscheidungsverfahren noch zum Inhalt der Entscheidung über das Stahlwerk Rheinhausen ihre Zustimmung gegeben."* Das hatte auch niemand behauptet, und vermutlich haben Cromme & Co auch nicht danach gefragt. Oder um mit Farthmann zu reden: *„Nach der bei uns bestehenden Wirtschaftsordnung hat kein Politiker die Kompetenz zu entscheiden, ob die Hütte in Rheinhausen eine Chance hat oder nicht."*

2. Unter dem Druck demonstrierender Stahlarbeiter warf Rau am Vormittag des 11.4. Cromme *„übelste Unterstellungen"* vor. Es sei *„absolut falsch"* zu behaupten, die Sozialdemokraten seien für ein schnelles Ende in Rheinhausen gewesen. Statt dessen habe er, Rau, dem Krupp-Chef gesagt: *„Wenn Sie glauben, daß der Bundeskanzler oder ich am 24. Februar (Anm.: Montankonferenz) ein Okay geben dazu, zu ihren Unternehmensentscheidungen, dann irren Sie sich."* Auch das geht am Kern vorbei, da es um dieses Okay gar nicht gehen kann, sondern darum, ob die führenden Sozialdemokraten dem Krupp-Vorgehen Widerstand entgegensetzen oder nicht.

3. Am 13. April wird ein Brief von Cromme an Rau bekannt: *„Ich habe in diesem Gespräch keineswegs erklären wollen, Vertreter der Landespolitik hätten ihre Zustimmung zum Kooperationsmodell der Unternehmen zum Ausdruck gebracht. Die Vertreter der Landesregierung haben in diesem Gespräch (...) keine Zweifel darüber gelassen, daß die Entscheidung ausschließlich bei den Organen der Unternehmen liegt, und daß eine positive Unterstützung einer Stillegung nicht zu erwarten wäre."* Dieses „Dementi" ist eine Bestätigung, daß die Landesregierung das Unternehmen nicht in seinen Entscheidungen beeinflussen will. Der Hinweis auf die fehlende „positive Unterstützung" durch die SPD ist nur noch lächerlich, weil man der Partei durchaus unterstellen kann, ihre Demontage bei den Arbeitern nicht auch noch selbst zu betreiben. Ansonsten gibt Cromme zu verstehen, daß eine Tolerierung seines Vorgehens erkennbar war. Vollends lächerlich wird das „Dementi", wenn Cromme schreibt: *„Ich stelle fest, daß ich in dem Gespräch mit Herrn Dr. Kriwet, den ich ja als betroffenen Kooperationspartner selbstverständlich vom Verlauf des Gesprächs unterrichten mußte, lediglich die* ***aus meiner Sicht relevanten positiven Gesprächseindrücke mitteilte.„*** Cromme bestätigt also, daß er am Telefon den Inhalt des Spitzengesprächs — nur mit seinen eigenen Worten — treffend wiedergegeben hat.

Cromme-Telefonat seit 3 Monaten bekannt

„Ich gehe davon aus, daß man gewählten Politikern eher glauben sollte als Vorstandsmitgliedern der Krupp Stahl AG", sagte Rheinhausen-Betriebsrat Verhofen in einem Interview. Dabei fiel ihm noch der Nachsatz ein: *„...wenn es auch in letzter Zeit schwer fällt, das zu tun."* So ist es. Deshalb muß von Johannes Rau das Ehrenwort eines Politikers eingeholt werden, wenn es die SPD ernst damit meint, anders sein zu wollen als Barschel. Solange es nicht vorliegt, muß davon ausgegangen werden, daß Rau und Kollegen gelogen haben, was die zentrale Aussage betrifft, das Problem Rheinhausen aus der Welt zu schaffen. Rau hat offenkundig in Absprache mit dem Krupp-Vorstand gehandelt, als er zwei Ultimaten für seine „Vermittlungs"tätigkeit stellte: Das eine an Cromme, zu dementieren. Der hat reagiert und Rau hat den Brief als ausreichend akzeptiert. Der Preis war umgekehrt das Ultimatum an die Krupp-Belegschaft, den Streik abzubrechen, wofür sich der Betriebsrat(Mehrheit) kräftig ins Zeug gelegt hat. Was da vermittelt werden soll, kann nur eine zeitliche Streckung der Stillegung und ein guter Sozialplan sein.

Vielleicht ist nicht mehr drin. Man muß befürchten, daß die Belegschaft sich nur noch vor diese Alternative gestellt sieht. Erzählt worden ist ihr von den Organisationen ihres Vertrauens allerdings anderes. Problematisch ist vor allem das falsche Spiel, das da getrieben wird. Es stellt sich heraus, daß die Telefonaufzeichnung schon lange in eingeweihten Kreisen kursierte. Bereits im Januar war sie zunächst der WAZ (Westdeutsche Allgemeine) und danach verschiedenen Zeitungen zur Veröffentlichung angeboten worden. Die bürgerliche Presse wollte ebensowenig ran wie das Fernsehen, für das „Monitor" einen Beitrag vorgesehen hatte (der vermutlich intern gestoppt wurde). Bereits Anfang Februar, behauptet der „Spiegel" (18.4.), hätten Theo Steegmann und Pfarrer Kelb das Band führenden Sozialdemokraten (den Bundestagsabgeordneten Westphal und Schmude) vorspielen wollen, die angeblich ablehnten, da es sich um ein illegal mitgeschnittenes Gespräch handele. Danach sei das Band bei einem Anwalt hinterlegt worden. Anfang März hatte der Grüne Abgeordnete Stratmann im Bundestag auf seine Existenz hingewiesen. Am 4. April veröffentlichte der „Spiegel" in einem Artikel über die Sicherheit von Autotelefonen einen Hinweis. Doch über den Inhalt wurden die Betroffenen fast drei Monate lang nicht aufgeklärt, bis die „taz" — auch erst nach Wochen — verdienstvollerweise die falsche „Ruhe" um Rheinhausen, die nach der Montankonferenz Ende Februar drohte, aufstörte. Doch darf es jetzt keine Ruhe um die NRW-Landesregierung und die SPD geben, die als „Vermittler" am Schacher um das Stahlwerk beteiligt ist.

hr.

Offener Brief

An die Kolleginnen und Kollegen in Rheinhausen

Seit Wochen beobachten wir, wie alle möglichen Gruppierungen versuchen, mit der Not der Betroffenen in Rheinhausen ihr eigenes politisches Süppchen zu kochen.

Mit hysterischen Unterstellungen und Tatsachenverdrehungen wurde immer wieder versucht, einen Keil zwischen die SPD und die ihr nahestehenden Arbeitnehmer zu treiben.

Alle bisher gegen uns gerichteten Lügenkampagnen sind in sich zusammengebrochen. Trotzdem wird weiterhin versucht, neues Mißtrauen zu säen.

Laßt Euch durch solche Verleumder und Heuchler nicht in die Irre führen.

Nach der bei uns bestehenden Wirtschaftsordnung hat kein Politiker die Kompetenz zu entscheiden, ob die Hütte in Rheinhausen eine Chance hat oder nicht.
Aber wir Sozialdemokraten stehen zu dem, was wir von Anfang an gesagt haben:

"Ein Abbau von Arbeitsplätzen in der Hütte darf nur erfolgen, wenn gleichzeitig Schritt für Schritt neue Arbeitsplätze in entsprechendem Umfang geschaffen werden."

Das wäre die beste Lösung für die Arbeitnehmer in Rheinhausen! Wer das nicht anerkennen will, treibt ein falsches Spiel.

Für uns Sozialdemokraten ist klar: Wir stehen an Eurer Seite! Immer wieder hat Johannes Rau dem Krupp-Stahlchef Cromme gesagt: "Sollten Sie sich einbilden, daß Sie jemals politische Unterstützung bekommen für ihre Schließungspläne, dann irren Sie sich gewaltig."



Johannes Rau vermittelt zwischen Euch und der Unternehmensführung. Er drängt darauf, daß alle Konzepte ernsthaft geprüft werden. Wir fordern aufrichtige Verhandlungsbereitschaft. Dazu gehört allerdings auch, daß die Arbeitnehmer von Rheinhausen nicht alle Türen zuschlagen. Die Bemühungen von Johannes Rau, in Rheinhausen zu helfen, können nur Erfolg haben, wenn wir uns gegenseitig vertrauen.

Mit den besten Grüßen
Euer

Friedhelm Farthmann
Vorsitzender der SPD-Fraktion im
Landtag von Nordrhein-Westfalen

Afghanistan: Historischer Vertrag oder: „Rückzug von verbrannter Erde“?

Zehn Jahre nach der April-Revolution in Kabul, die die heute herrschende demokratische Volkspartei in Afghanistan an die Macht brachte und acht Jahre nach dem Beginn der sowjetischen Invasion in Afghanistan, wurde am 14.4.1988 in Genf ein Abkommen geschlossen, das den Weg der sowjetischen Truppen zurück in die Sowjetunion freimacht. Innerhalb von neun Monaten wird die Sowjetunion ihr Invasionsheer von rund 100.000 Mann abziehen. Der Vertrag sei *„Ausdruck des neuen politischen Denkens“* und von *„ähnlich historischer Bedeutung wie der Mittelstreckenvertrag zwischen Moskau und Washington“* verkündete der sowjetische Außenminister Schewardnadse in Genf. (1) Die USA und die Sowjetunion hätten für *„einen zur Verbesserung der internationalen Lage dringend benötigten Präzedenzfall ‚konstruktiver Wechselwirkung‘ gesorgt“*, fügte Gorbatschow in Moskau bei einem Empfang für fünfhundert Geschäftsleute aus den USA hinzu. (2)

Vier Abkommen wurden am 14.4. in Genf unterzeichnet:

— Ein Abkommen zwischen Afghanistan und Pakistan soll die freiwillige Rückkehr der Flüchtlinge unter UNO-Aufsicht innerhalb von 18 Monaten ermöglichen. (Nach pakistanischen Angaben befinden sich rund 3,5 Mio. afghanische Flüchtlinge auf ihrem Gebiet.)

— Im zweiten Abkommen bekennen sich die beiden Länder zu den im Völkerrecht festgeschriebenen Grundsätzen der Nichteinmischung und des Gewaltverzichts. Das wird sogar detailliert ausgeführt. *„Weder direkt oder indirekt sollen die Aktivitäten von Aufständischen und Sezessionisten, von Söldnern, Terroristen oder subversiven Gruppierungen gegen das Land des Vertragspartners gefördert, ermutigt oder unterstützt werden. Auf ihrem Staatsgebiet sollen ebenfalls der Aufenthalt, die Errichtung von Basen, die Ausbildung und Ausrüstung, Waffentransporte und die Finanzierung von ethnischen Gruppen unterbunden werden, die Subversion, Unruhe und Unordnung ins Nachbarland tragen wollten.“* (3) Verstöße gegen das Abkommen sollen durch eine fünfzig Mann starke UNO-Truppe

Subversion, Unruhe und Unordnung ins Nachbarland tragen wollten.“ (3) Verstöße gegen das Abkommen sollen durch eine fünfzig Mann starke UNO-Truppe

und durch eine gemeinsame Kommission überprüft werden.

— In einem weiteren Abkommen mit Afghanistan erklärt die Sowjetunion den Rückzug ihrer Truppen.

— In einer „Erklärung über internationale Garantien“ verpflichten sich USA und Sowjetunion zur Respektierung der geschlossenen Abkommen und dazu, sich auch ihrerseits jeder Einmischung und Intervention in die beiden Länder zu enthalten. (4)

Die sowjetischen Truppen sollen zurück

Nur selten dürfte es in der Geschichte ein Abkommen gegeben haben, bei dessen Abschluß so offen über dessen Nichteinhaltung geredet wurde. Am Tag der Unterzeichnung des Abkommens prophezeite der pakistanische Präsident Zia-ul-Haq in Islamabad: *„Der Krieg in Afghanistan werde innerhalb eines Jahres enden, der kommunistische Präsident Afghanistans, Najibullah, bis zum Schluß kämpfen. Aber schließlich ‚wird sein Kopf rollen, und dann werden die Mudschahedin die Regierung bilden‘. (...) Die Russen hätten schon früher, in Genf und andernorts, klargemacht, daß sie bereit seien, Najibullah fallenzulassen. (...) Er schloß nicht aus, daß bei einer Fortsetzung des afghanischen Widerstandskampfes und seiner weiteren Unterstützung durch Pakistan ein Resultat sein könne, daß Pakistan ‚der Arm verdreht wird‘. (...) ‚Vielleicht müssen wir dann einen etwas höheren Preis bezahlen, aber dazu sind wir bereit‘.“* (2)

Pakistan ist das zentrale Hinterland für die islamischen Widerstandsgruppen. Der pakistanische Geheimdienst verteilt die von den USA gelieferten Waffen und *„hat diese Gaben allzeit als politisches Instrument benutzt“*. Die in Peschawar (Pakistan) residierende Siebener-Koalition der afghanischen Mudschahedin, die das Abkommen strikt ablehnt, wird von Pakistan politisch betreut. Dem Verbot jeder Intervention zum Trotz wird Pakistan zentraler Stützpunkt bleiben, soweit nicht die Stützpunkte nach Afghanistan selbst verlagert werden, denn schon jetzt beginnen die afghanischen und sowjetischen Truppen, sich aus dem besonders umkämpften Grenzgebiet zurückzuziehen. (5) Immerhin hat Pakistan den sieben Führern der Siebener-Koalition *„den Rat gegeben, die Russen beim Rückzug ‚nicht zu stören‘.“* (2)

Eine vorrübergehende Reduzierung der Waffenlieferungen ist allerdings denkbar; vorsorglich wurden die Munitionslager im letzten Jahr bis an den Rand gefüllt, die USA verdoppelten ihre Hilfe auf eine Milliarde Dollar. (6)

Über 110.000 Flüchtlinge sind Angaben der Regierung in Kabul zufolge schon zurückgekehrt. 24 Empfangszentren seien für sie eingerichtet worden. Auch das UNO-Hochkommissariat rechnet mit *„Massen von spontanen Rückkehrern“*, (7) aber das dürfte unrealistisch sein: Der pakistanische Präsident Zia-ul-Haq erwartet den Beginn der Rückkehr von Flüchtlingen erst nach sechs Monaten, also wenn der Großteil der sowjetischen Truppen nicht mehr im Land ist. (2) Die Allianz der sieben Widerstandsparteien hingegen will vorerst jede Rückkehr der Flüchtlinge verhindern, sie *„hat kategorisch erklärt, in die Heimat solle das geflüchtete Volk erst zurückkehren, wenn das verhaßte Regime Najibullah verjagt sei.“* (8) Pakistanische Vertreter bezweifeln, daß die Mudschahedin den Rückstrom blockieren können, *„sei es durch Drohungen, sei es durch Gewalt oder mittels Bestechung der pathanischen Grenzstämme“*. Man weiß, Pakistan will nach Abzug der Sowjets die Flüchtlinge loswerden. (8)

Die Sowjetunion hatte gleich zu Beginn ihres Einmarsches internationale Abkommen vorgeschlagen. Sie werde ihre Truppen wieder zurückziehen, wenn die USA, Pakistan, China und andere arabische Länder ihre Intervention beenden würden. Das Abkommen konnte nach sechsjährigen Verhandlungen aber nur deshalb abgeschlossen werden, weil die Sowjetunion diese Position aufgegeben hatte. Anfang dieses Jahres hat sie den USA die „Symmetrie“ der militärischen Versorgung der jeweiligen Klientel zugesagt. Das, so heißt es, sei in Geheimabmachungen festgehalten worden. (2)

Erst nach Rückkehr der Flüchtlinge und Errichtung einer „unabhängigen Regierung“ in Kabul *„könne eine Fortsetzung der Militärhilfe entfallen“*, erklärte US-Außenminister Shultz.

Als einzige eindeutige Substanz der Abkommen bleibt der Rückzug der sowjetischen Truppen. Anfang April, als es noch ein zähes Feilschen um das Abkommen gab, erklärte Shewardnadse in Kabul, man *„bevorzuge nach wie vor ein von USA und UdSSR garantiertes Abkommen“*, falls aber Pakistan dazu nicht bereit wäre, würden *„die Modalitäten des sowjetischen Truppenabzuges bilateral zwischen Moskau und Kabul festgelegt“*. (10) Die Entscheidung, die Truppen auf jeden Fall zurückzuziehen, war also längst gefallen, Gorbatschow wollte den bei Regierungsantritt ererbten Krieg auf jeden Fall loswerden. Die Vertragsunterzeichnung wurde in der „Prawda“ kritisch kommentiert: *„So sehr die Vereinbarung ein ‚Sieg des Realismus und der Vernunft‘ sei, so wenig lasse sich voraussagen, ob sie dem afghanischen Volk in absehbarer Zeit den Frieden bringen werde.“* (2) Feinsinnig bemerkte die „Frankfurter Allgemeine“, daß die 1.Mai-Parolen in der Sowjetunion der neuen Situation angepaßt worden sind. (11) Den Kämpfern gegen imperialistische Ausbeutung werde zwar wieder ein *„flammender Gruß“* entboten, aber die Hochrufe auf den „proletarischen Internationalismus“ und auf den *„Ruhm der tapferen Streitkräfte der UdSSR“* sind gestrichen, ebenso wie die Versicherung sowjetischer Solidarität mit den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Jetzt solle zum *„Kampf für Freiheit der sozialen und politischen Wahl eines jeden Volkes und Landes“* aufgerufen werden und *„Hoch lebe die Neuerungsaußenpolitik der Sowjetunion“*. Dem Militär wird zugerufen, seine Disziplin zu stärken.

Die Invasion war ein „Fehler“

Heute wird in der Sowjetunion zugegeben, daß die am 27.12.1979 in Afghanistan begonnene Invasion ein „Fehler“ gewesen sei. (2) Inzwischen konnte sich ein prominenter Wirtschaftswissenschaftler in der sowjetischen Presse zu Wort melden und erklären, er habe bereits am 20.1.1980 die „zuständige Instanz“ vor den negativen Folgen der Invasion gewarnt. (12) Basis der Intervention war ein Freundschaftsvertrag, den die Sowjetunion nach der April-Revolution 1978 in Kabul mit Afghanistan abgeschlossen hatte. Angeblich war die Sowjetunion im Dezember 1979 zu einer „begrenzten Aktion“ zu Hilfe gerufen worden, um die „Banditen“ zu vernichten und weil man der *„Umwandlung Afghanistans in einen imperialistischen Brückenkopf zuvorkommen mußte“*. (Pjotr Abrassimow) (13) Auch Breschnews Nachfolger Andropow verteidigte die Intervention: *„Wir verteidigen unsere nationalen Interessen, wenn wir Afghanistan helfen“*, da *„dies in unserer Ecke geschieht, an unserer Grenze und uns nicht gleichgültig ist, was für ein Afghanistan das sein wird.“* (13) Ganz offenkundig wollte die Sowjetunion — ähnlich wie elf Jahre zuvor in der CSSR — mit einer auf Monate befristeten Machtdemonstration die ins Wanken geratene Herrschaft ihrer Klientel, der Volksdemokratischen Partei Afghanistans, absichern. (14) *„Es gab eine falsche Prognose“*, aber man solle nicht von einem Fehler sprechen, schrieb Alexander Prochanow kürzlich in der „Literaturnaja Gazeta“. (15) Die sowjetische Politik unter Breschnew hielt solche Schritte für grundsätzlich gerechtfertigt: So sprach die sowjetische „Neue Zeit“ vom Recht der Sowjetunion, *„unter außergewöhnlichen Umständen zwecks Unterstützung einer Revolution in jedem beliebigen Land zu intervenieren.“* (13) Die Erfolgsaussichten in Afghanistan waren ganz offenkundig falsch eingeschätzt worden — hatte man schon interveniert, könne man auch bleiben: *„Der Status quo in Afghanistan wird durch keinerlei Verhandlungen zu ändern sein.“* (13)

Der internationale Schaden war gewaltig. Hatte Kuba noch 1979 auf der Blockfreien-Konferenz beantragt, die Sowjetunion zum natürlichen Verbündeten zu erklären, so erfolgte jetzt die regelmäßige Verurteilung der sowjetischen Invasion von mehr als 110 Staaten in der UNO. (2) (16) Für China, das die Mudschahedin in Pakistan mit Waffen beliefert, gehört Afghanistan zu einem der sogenannten drei Hindernisse für eine Wiederannäherung. (China hat das jetzt geschlossene Abkommen begrüßt.) Die USA stellte nun die Sowjetunion für die Verschärfung der internationalen Lage an den Pranger. Die USA hatten damals gerade mit der NATO den „Nachrüstungs“-Beschluß verkündet. Sie waren es, die mit einem Interventionsabenteuer 1979 versucht hatten, Khomeini zu stürzen. Im Windschatten der zweiten Ölkrise (1979), noch vor dem Amtsantritt Reagans, wurde bereits unter Carter eine wilde Interventionspropaganda betrieben. Afghanistan war ein höchst willkommener Anlaß für die US-Propaganda. Selbst Khomeini soll die Sowjetunion vor einer Intervention gewarnt haben, weil ihm an guten Beziehungen der islamischen Staaten zur Sowjetunion gelegen war. (17)

Aufgrund ihrer Waffenlieferung an die Mudschahedin hatten es die USA in der Hand, den Afghanistan-Konflikt je nach Wunsch hochzukochen. Ab 1986 etwa lieferten die USA modernste Luftabwehrraketen, die einen erheblichen Einfluß auf das Kriegsgeschehen hatten.



Am verheerendsten war die sowjetische Einschätzung der „afghanischen Revolution“. Im Auftrag des ZK der SED erschien 1980 eine Untersuchung, in der eingestanden wird, daß die soziale Basis der Revolution in Afghanistan die *„nichtadlige Intelligenz“* gewesen sei und die *„Armee den Stoßtrupp“* der Revolution bilde. Die traditionelle Lage in Afghanistan, habe *„praktisch die Möglichkeit aus (geschlossen), die unterworfenen Schichten in breitem Maße politisch zu organisieren und zum Kampf für die soziale Befreiung zu mobilisieren.“* Trotzdem wird unverdrossen behauptet, daß die Revolution von der *„Mehrheit des afghanischen Volkes“* unterstützt worden sei. Ein Musterbeispiel für den sogenannten dritten Weg zum Sozialismus. Zwecks Ehrenrettung erklärte Norman Paech in einer von „Konkret“ veranstalteten Diskussionsrunde, auch die französische Revolution habe doch mit einer kleinen Minderheit angefangen. Auch Mao meinte bekanntlich, aus einem Funken könnte ein Steppenbrand werden, allerdings weiß selbst der Volksmund, daß, wo kein Holz ist, da ist auch kein Feuer.

Nach dem sowjetischen Einmarsch wurde das Revolutionsprogramm erst einmal eingestampft und erklärt, man werde jetzt die alten gesellschaftlichen Gegebenheiten anerkennen. (20) Gleichzeitig wurde die proklamierte „nationale Versöhnung“ mit Militärmacht und sowjetischen Panzern wieder niedergetrampelt. Der „Spiegel“ meinte dazu: *„Mit einer Doppelstrategie von brutalem militärischen und geheimpolizeilichen Druck sowie Reformen werden die Menschen unter das Joch des Regimes gezwungen, von seinen Vorteilen überzeugt oder aus seinen Gebieten verjagt.“* (13) Das erstaunliche war, daß die „Spiegel“-Autoren (1985) davon ausgingen, die Sache würde funktionieren, weil sie der Masse der Afghanen sozialen Fortschritt bringen könnte. Tatsächlich sind jedoch die alten Herrschaftsstrukturen der afghanischen Stammesgesellschaft durch den Krieg keineswegs zerstört worden. (2) Aber die Hälfte der Landbevölkerung wurde von den „Revolutionären“ entweder ins Ausland oder in den Schutz der Städte getrieben, es wurde mehr Ackerland zerstört als bei der Bodenreform verteilt wurde. (20)

Ein geordneter Rückzug ...

Das in Genf geschlossene Abkommen wird den sowjetischen Truppen einen geordneten Rückzug erlauben; Bilder wie in Vietnam von hektischer Flucht mit den letzten amerikanischen Hubschraubern wird es nicht geben. Und Kabul ist auch nicht Saigon. Kabul, so heißt es in einem Pressebericht, *„das ist nicht Phnom Penh kurz vor dem Roten-Khmer-Sturm, als man das Flugzeug unter schwerem Artilleriebeschuß im Laufschritt verließ und sich bis zur Empfangshalle zweimal flach auf den Boden werfen mußte. Das ist auch nicht Beirut im Inferno des libanesischen Bürgerkrieges, wo die Flughafenstraße zum lebensgefährlichen Spießrutenlauf zwischen Granatfeuer, Heckenschützen und Entführungskommandos wurde. Kabul ist anderes. ‚Kabul — Stadt des Friedens‘ steht auf einem Empfangsplakat. Das stimmt auf den ersten Blick und stimmt doch nicht.“* (21)

Teilen der bürgerliche Presse paßt es nicht, daß die Sowjetunion zu „ungeschoren“ aus Afghanistan davonkommt. *„Aus einer Niederlage einen Sieg zu machen — das gelingt nur wenigen. Gorbatschow ist dabei, dieses Kunststück zu vollbringen. Der sowjetische Parteichef hat gute Aussicht, daß im Beifall über den gestern in Genf besiegelten Rückzugsbeschluß aus Afghanistan untergehen wird, wie schmachvoll es für die östliche Weltmacht ist, von einem kleinen Nachbarland in die Schranken verwiesen zu werden. Er braucht kaum zu fürchten, daß nun noch lange von den Untaten die Rede sein wird, die das sowjetische Invasionsheer in Afghanistan begangen hat. Wer will davon jetzt noch etwas wissen? Gorbatschow steht da als der große Friedensfürst, der mit dieser Geste der Entspannung der Welt hoffnungsvolle Zukunftsperspektiven eröffnet.“* (2)

Wir haben keinen Grund, der Sowjetunion die Beseitigung von Altlasten nicht zu gönnen. Die Frage ist jedoch vielmehr, welche Perspektive verbindet die Sowjetunion mit ihrer neuen Politik?

„Mildes oder wildes Blutbad?“

Der oben zitierte Prochanow schreibt, die afghanische PDPA habe zwar ihr Ziel ver-

„Mildes oder wildes Blutbad?“

Der oben zitierte Prochanow schreibt, die afghanische PDPA habe zwar ihr Ziel ver-

fehlt, Afghanistan zu einem sozialistischen Land umzuformen, weil sie versuchte, *„einen Sozialismus unafghanischen, unislamischen Zuschnitts einzuführen, mit dem gegen Traditionen verstoßen, Gewalt und Unterdrückung heraufbeschworen wurde.“* Gleichzeitig aber habe die Intervention erreicht, daß in Afghanistan ein *„Fundamentalismus iranischen Typs nun unmöglich“* geworden sei. (15) Anläßlich der 42. UN-Vollversammlung erklärte Gorbatschow die neue Politik so: *„Unbedingte Voraussetzung für allgemeine Sicherheit ist die bedingungslose Respektierung der UN-Charta und des Rechts der Völker, die Wege und Formen ihrer Entwicklung — ob revolutionär oder evolutionär — souverän zu wählen. Das gilt auch für das Recht auf einen sozialen Status quo. Er ist ebenfalls eine ausschließlich innere Angelegenheit. Jegliche Versuche, seien sie direkt oder indirekt, auf die Entwicklung ‚fremder‘ Länder einzuwirken oder sich in diese einzumischen, müssen ausgeschlossen werden. Ebenso unzulässig sind auch die Versuche, bestehende Regierungen von außen zu destabilisieren.“* (22)

Konkret für Afghanistan priesen Gorbatschow und Najibullah in einer gemeinsamen Erklärung die „Politik der nationalen Aussöhnung“, sie *„gestattet es, die Situation in Afghanistan zu regeln, Krieg und Brudermord zu beenden“*. Die Sowjetunion unterstütze die Absicht, in Afghanistan ein Mehrparteiensystem und das Nebeneinander verschiedener Wirtschaftsformen zu dulden. (23) Und die Versuche auf diesem Weg kennen keine Grenzen. Selbst der gestürzte und verjagte König wurde als Kandidat bei den jüngst in Afghanistan abgehaltenen Wahlen aufgeführt und ein indischer Emissär in sein römisches Exil geschickt — vergeblich allerdings. (24) Die Najibullah-Regierung bot in einer zukünftigen Regierung selbst den Mudschahedin, die sie ansonsten als „Banditen“ zu Tode ver-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 7

... Afghanistan

Die Angaben über die Kräfteverhältnisse im Land ergeben ein konfuses Bild. Die Sowjetunion soll jährlich rund fünf Milliarden Dollar nach Afghanistan pumpen. (12) Die USA wenden 500 Millionen Dollar auf. Hinzu kommen die Gelder aus Saudi-Arabien, China, etc. und die Erlöse des Heroinhandels, insgesamt rund zwei Milliarden Dollar. (6) Die Mudschahedin sprechen von 200.000 Bewaffneten in ihren Reihen. Die Zahl der ausgebildeten und ständigen Kämpfer wird mit 20-30.000 angegeben, der CIA schätzt sie auf 65.000. (19) Die afghanische Regierung spricht von 50.000 Mann (11) und davon, daß sich „40.000 bewaffnete Contras (...) inzwischen der Politik Kabuls" angeschlossen hätten. (20) Westliche Quellen beklagen die Kampfweise der Mudschahedin, die die mobile Guerillataktik und die Möglichkeit von Offensiven ignoriere. Zwar hätten die seit 1986 gelieferten Stinger- und ähnliche britische Raketen die Luftangriffe weitgehend unmöglich gemacht, an deren Stelle sei jetzt die Artillerie getreten. Die Mudschahedin hätten Schwierigkeiten, von der Armee kontrollierte Gebiete anzugreifen. *„Eine Widerstandsgruppe wird von Angehörigen eines Klans, eines Stammes, einer Volksgruppe oder Bewohnern eines Tales gebildet. (...) Wenn ihre Region einmal befreit ist, wird sie befestigt; man richtet eine Verwaltung ein, oder man bekämpft sich untereinander. Man kommt jedoch nicht auf die Idee, den Feind in dessen Stützpunkten aufzuspüren, wenn sich diese auf dem Operationsgebiet einer anderen Widerstandsgruppe befinden."* Teilweise werde *„ein mörderischer Stellungskrieg geführt"*. (20) Nur im Nordosten des Landes werde unter Mossoud mit hundert mobilen Einheiten und Kämpfern sogar aus verschiedenen Regionen und Volksgruppen erfolgreich gekämpft. (20)

Die Mudschahedin geben die Stärke
und Volksgruppen erfolgreich gekämpft. (20)

Die Mudschahedin geben die Stärke der Regierungstruppen mit 50.000 Mann an, wobei *„Zwangsrekrutierungen anscheinend durch Desertionen stets wieder ausgeglichen"* worden seien. (19) Die Regierung beziffert die Stärke ihrer Armee, Milizen und Sicherheitskräfte auf 500.000 Mann. Aber schon 1985 kam Karmal zu dem *„bitteren Schluß, daß unsere Streitkräfte trotz ihrer verglichen mit dem Gegner überlegenen Zahl, Bewaffnung und Ausrüstung noch keine grundlegende Veränderung im Kampf gegen die bewaffnete Konterrevolution erreicht haben."* (19)

Auf beiden Seiten könnten jederzeit auch untereinander heftige Kämpfe ausbrechen: *„Eine Rechnung der sowjetischen und der afghanischen Führung scheint zu sein, daß sich die politisch zersplitterte und zerstrittene Widerstandsbewegung in den ihr zufallenden Gebieten um zukünftigen Einfluß und Macht zerfleischen wird und sich dadurch den regimetreuen Kräften die Chance eröffnet, zumindest Teile des Landes weiter unter ihrer Kontrolle zu behalten. Die Rechnung könnte aufgehen."* (15)

Nicht besser sieht es auf der anderen Seite aus: Ein hochrangiger Parteivertreter erklärte im Oktober 87 im Radio: *„Wenn es uns jetzt nicht gelingt, die Kämpfe innerhalb der Partei zu beenden, so könnte es bald zu spät sein. (...) Wir werden alle Errungenschaften der Revolution verlieren; uns erwartet der politische und möglicherweise auch der physische Tod."* (21) Die „Frankfurter Allgemeine" schrieb dazu: *„Nicht nur die beiden Hauptfraktionen ‚Chalq' und ‚Parcham' haben noch manche Rechnung untereinander zu begleichen; auch zahlreiche neue kommunistische Gruppen und Grüppchen warten darauf, endlich aufeinander losgehen zu können."* (15)

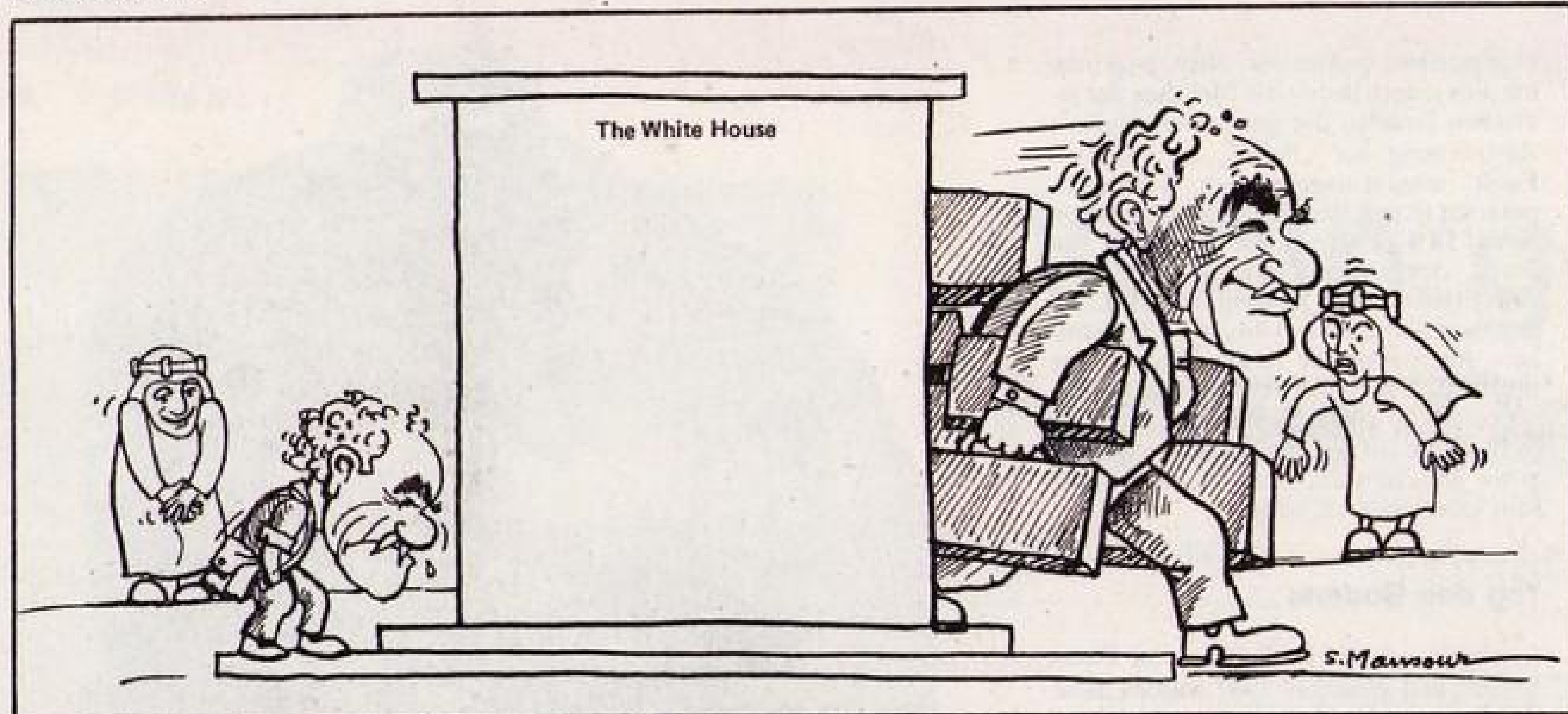
HH

ANMERKUNGEN

(1) Im AK sind eine ganze Reihe von lesenswerten Afghanistan-Artikeln im Zeitraum von 1978 bis 84 erschienen; soweit nicht weiter angegeben, beziehen sich die Angaben auf diese Quellen; eine Übersicht liefert das Antimil-Register.
(2) Spiegel, 28.3.88
(3) Konkret 3/88
(4) FAZ, 30.12.85
(5) Zeit, 17.8.79
(6) Al Karamah, Nr. 7/88
(7) NZZ, 13.4.88
(8) zitiert nach AK 172, 25.2.80, S. 44
(9) taz, 8.4.88, laut Ayatollah Assef Mohseini, der in Hamburg seinen Sitz hat
(10) Spiegel, 18.4.88
(11) UZ, 23.4.88, nach Angaben des afghanischen Botschafters Safi in der UdSSR
(12) Spiegel, 4.11.85
(13) *„Weitgehend in der heimischen Bevölkerung integriert sollen die in den Iran geflüchteten Afghanen sein. (...) Kenner der Lage meinen, die Zahl der ‚echten' Flüchtlinge auf iranischen Boden übersteige kaum eine halbe Million."* TAGES-ANZEIGER, 15.4.88
(14) FR, 9.4.88
(15) FAZ, 13.4.88
(16) FR, 15.4.88
(17) FAZ, 26.1.88
(18) FAZ, 11.4.88
(19) TAGES-ANZEIGER, 15.4.88
(20) UZ, 22.4.88
(21) NZZ, 15.1.88
(22) NZZ, 13.4.88

Shultz-Plan:
Alter Kack im neuen Frack

AL-FAJR, 27.3.1988



Da schien sich jemand in den Schuhen Kissingers einen Friedensnobelpreis verdienen zu wollen: Von Ende Februar bis Anfang April rotierte US-Außenminister Shultz zwischen den Staaten des Nahen Ostens, um einen nach ihm benannten „neuen Friedensplan" anzubieten. An manchen guten Tagen schaffte der rasende Werber drei Hauptstädte hintereinander.

In den besetzten Gebieten löste jede An-

In den besetzten Gebieten löste jede Anwesenheit von Shultz in Israel Streiks und heftige Proteste gegen den absolut unerwünschten „Friedensplan" aus. In Tel Aviv demonstrierte der größte Teil der israelischen Friedensbewegung unter der Parole *„Sag ja zu Shultz"* für die Annahme des amerikanischen Vorschlags. Im Bundestag verkündete der grüne Abgeordnete Schily, die Shultz-Initiative könne „bei gutem Willen Bewegung in die verhärteten Fronten bringen" und „hilfreich" sein. Eine Autonomie-Regelung, wie von Shultz vorgeschlagen, bedeute *„eine bessere Ausgangsposition für die Gründung eines palästinensischen Staates als der gegenwärtige Zustand."*

Das sehen die Palästinenser, und zwar wirklich quer durch sämtliche sozialen Schichten und politischen Fraktionen, offensichtlich völlig anders. Die Frage ist also: Wer hat recht, Schily oder die Palästinenser?

Die USA hatten Ende Januar damit begonnen, zunächst inoffiziell und bruchstückhaft ihren „neuen Friedensplan" ins Gespräch zu bringen. Der „bewährte Nahostunterhändler" Habib und der stellvertretende US-Außenminister Murphy bereiteten durch Gespräche in Amman, Damaskus, Riad (Saudi-Arabien), Kairo und Jerusalem die große Shultz-Tournee vor. In der zweiten März-Woche, nachdem Shultz bereits heftig rotiert hatte, wurde die Substanz des bis dahin nur gerüchteweise gehandelten „neuen Friedensplans" durch eine sogenannte gezielte Indiskretion an die Presse gegeben, und Shultz brauchte nur noch offiziell die Richtigkeit der Meldung zu bestätigen.

Ein „Friedensplan"

Der „Friedensplan", wie er von Shultz in einem Brief an Schamir formuliert wurde, besteht aus folgenden Punkten:

1. „Sobald wie möglich" sollten zweiseitige Verhandlungen zwischen Israel und jedem seiner Nachbarstaaten beginnen. Verhandlungsbeginn könnte schon der 1. Mai sein. Grundlage aller Verhandlungen sollten die UNO-Resolutionen 242 und 338 sein. Dabei geht es einerseits um die Anerkennung Israels durch die arabischen Staaten, andererseits um den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten. Dies wird von Israel mit Unterstützung der USA allerdings so „interpretiert", daß keineswegs der Rückzug aus *allen* besetzten Gebieten gemeint sei.

2. Die Verhandlungen zwischen Israel und einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation sollen mit Vereinbarungen über eine „Übergangsperiode" beginnen und in diesem Sinn möglichst innerhalb von sechs Monaten erfolgreich abgeschlossen werden. Sieben Monate nach Beginn der Verhandlungen über die „Übergangsperiode" sollen Verhandlungen über den „endgültigen Status" der besetzten Gebiete beginnen, *„mit dem Ziel, innerhalb eines Jahres zu einem endgültigen Ergebnis zu gelangen"*. Die „Übergangsperiode" soll aber in jedem Fall drei Jahre dauern. Die USA wollen an beiden Phasen dieser Verhandlungen teilnehmen und zu Beginn der Verhandlungen einen Vereinbarungsentwurf vorlegen.

3. Zwei Wochen vor Beginn der Verhandlungen soll eine internationale Konferenz stattfinden, zu der außer den regionalen Konfliktparteien auch die fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats eingeladen werden: USA, UdSSR, China, Großbritannien und Frankreich. *„Alle Teilnehmer an der Konferenz müssen die Resolutionen 242 und 338 des Weltsicherheitsrates anerkennen, Verzicht auf Gewalt erklären und dem Terrorismus abschwören."* — Irgendeine Funktion und

sicherheitsrates anerkennen, Verzicht auf Gewalt erklären und dem Terrorismus abschwören." — Irgendeine Funktion und

Kompetenz soll die Konferenz nicht haben; an den eigentlichen Verhandlungen sollen außer den Konfliktparteien selbst nur noch die USA teilnehmen.

Der „neue Friedensplan", den Schily offensichtlich schon für hilfreich hielt, bevor er überhaupt seinen genauen Inhalt kennen konnte, ist von absoluter inhaltlicher Leere. Er macht weder für die „Übergangslösung" noch für den „endgültigen Status" irgendeinen konkreten Vorschlag, sondern gibt lediglich einen Zeitplan für die Verhandlungen an; dies allerdings betont exakt. Alles weitere scheint sich ausschließlich im Reich der „gezielten Indiskretionen" zu bewegen. Selbst dies gilt aber nur für die „Übergangslösung", die etwas mit Kommunalwahlen und begrenzter „Autonomie" für die besetzten Gebiete zu tun haben soll. Über den „endgültigen Status" schweigen sich die USA total aus. Insofern sind der Phantasie von Träumern, Amateurstrategen und Verwirrern selbstverständlich keine Grenzen gesetzt, in den Leerräumen des Shultz-Plans ganz neue politische Akzente und Chancen zu erkennen.

Außer beim sozialdemokratischen Außenminister Israels, Peres, fand der Shultz-Plan nirgendwo Zustimmung. In den arabischen Hauptstädten wurde vor allem darauf verwiesen, daß über die besetzten Gebiete nicht an der PLO vorbei verhandelt werden könne. Israels Ministerpräsident Schamir andererseits mag sich erstens immer noch nicht mit einer internationalen Konferenz, selbst in rein symbolischer Form, abfinden, und ihm ist zweitens der vorgeschlagene Zeitplan für die Verhandlungen „zu eng". Seiner Ansicht nach muß erst einmal der Aufstand in den besetzten Gebieten brutal und gründlich niedergeschlagen werden, und die in diesem Jahr anstehenden Parlamentswahlen in Israel sollten abgewartet werden.

Es hat aber auch niemand, außer der PLO, deren Meinung jedoch offiziell gar nicht gefragt war, den Shultz-Plan eindeutig abgelehnt. Einheitlich verfolgten die Konfliktparteien stattdessen die Taktik, der anderen Seite den Vortritt zu lassen, sich durch ein klares Nein als friedensunwillig darzustellen. Aus unterschiedlichen Gründen wollte keine der angesprochenen Regierungen, auch die allzeit gern verbalradikal agierende in Damaskus nicht, die Tür zu Gesprächen mit den USA einfach zuschlagen.



Es blieb somit Shultz selbst überlassen, sich schließlich bei seinem vorerst letzten Auftritt in Israel der von Anfang an unglaubwürdigen Rolle des „ehrlichen Maklers" zwischen den Konfliktparteien zu entledigen. Er stimme mit den von Peres verkündeten „Drei Nein" der israelischen Außenpolitik völlig überein, sagte Shultz, nämlich: *kein palästinensischer Staat, keine Rückkehr zu den Grenzen von 1967, keine Verhandlungen mit der PLO.*

„Autonomie"-Status

„Autonomie"-Status

Allgemein unbeachtet blieb seltsamerweise die Tatsache, daß es ein Abkommen über einen „Autonomie"-Status der besetzten Gebiete seit 1978 bereits *gibt* und daß dieses Abkommen niemals außer Kraft gesetzt, sondern lediglich von Israel nicht angewendet wurde. Dieses Abkommen ist Teil der Camp-David-Vereinbarungen zwischen Israel und Ägypten vom September 1978 sowie indirekt auch des Friedensvertrags zwischen den beiden Staaten vom März 1979. Dieses Abkommen, dem damals die rein rechte Regierung Begin zustimmte, enthält einige erstaunliche, selbstverständlich längst vergessene Punkte:

1. Es geht davon aus, daß an künftigen Verhandlungen neben Ägypten, Israel und Jordanien auch *„die Vertreter des palästinensischen Volkes"* teilnehmen sollen, erkennt diesen also eine selbständige und gleichberechtigte Rolle zu.

2. Es wird explizit erwähnt, daß das Verhandlungsergebnis *„auch die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes und seine gerechtfertigten Bedürfnisse anerkennen"* müsse.

3. Es wird für die Westbank und den Gazastreifen eine Übergangsphase von maximal fünf Jahren vorgeschlagen. Im Verlauf dieser Phase sollen die Bewohner der besetzten Gebiete „volle Autonomie" erhalten. Die Bewohner sollen sich eine eigene „Selbstverwaltungsbehörde" frei wählen können, die die bestehende israelische Militär- und Zivilverwaltung ablöst.

4. Die israelischen Streitkräfte ziehen sich aus den Bevölkerungszentren in sogenannte Sicherheitszonen zurück, bleiben also als Drohpotential und Reserve immer noch präsent.

5. Die Aufgaben der Repression gehen im Wesentlichen an eine aufzustellende örtliche (also palästinensische) Polizeitruppe über, die von Jordanien unterstützt werden soll. Zusätzlich soll es gemeinsame israelisch-jordanische Patrouillen und Kontrollposten geben.

6. Sobald wie möglich, spätestens im dritten Jahr nach Beginn der „Übergangsperiode", sollen Verhandlungen über den „endgültigen Status" der besetzten Gebiete beginnen. (Ein Element, das sich sehr ähnlich im Shultz-Plan wiederfindet).

Über die Konkretisierung dieser Vereinbarungen fanden seit Mai 1979 in intensiver Folge israelisch-ägyptische Verhandlungen statt, die letztlich zu absolut nichts führten und sich, da Einigung in den Grundfragen offensichtlich nicht zu erreichen war, mehr und mehr mit abseitigen Details befaßten. So konnte man sich zwar nicht im geringsten über die *Kompetenzen* der palästinensischen Autonomie-Behörden einigen, legte aber dafür in allen Einzelheiten die zu bildenden Ausschüsse und Unterausschüsse samt Zahl ihrer Mitglieder fest. Diese mehr und mehr zum Nonsense-Gekasper verkommenden Verhandlungen wurden bis ins Jahr 1982 fortgesetzt. Der israelische Einmarsch in den Libanon setzte ihnen schließlich ein Ende.

Schon der im Abkommen enthaltene zentrale Begriff der „vollen Autonomie" für die Palästinenser der besetzten Gebiete wurde von Israel und Ägypten völlig unterschiedlich interpretiert. Für Israel ging es im Grunde nur darum, den Besatzungsstatus in bequemerer Form zu stabilisieren: mit Hilfe einer kollaborierenden palästinensischen Polizei und der jordanischen Armee, und mit kollaborierenden Kommunalpolitikern, die man nach Gutdünken einsetzen und absetzen könnte.

Für die Palästinenser waren die Begleiterscheinungen der ägyptisch-israelischen „Autonomie"-Verhandlungen ausschließlich negativ. Erstens forcierte die Regierung Begin genau in diesem Zeitraum die Anlage und Ausweitung jüdischer Siedlungen sowie die Beschlagnahme arabischen Landes in den besetzten Gebieten enorm. Zweitens waren viele der aus den 1976 abgehaltenen Kommunalwahlen in den besetzten Gebieten hervorgegangenen palästinensischen Bürgermeister heftigen Repressalien ausgesetzt.

nalwahlen in den besetzten Gebieten hervorgegangenen palästinensischen Bürgermeister heftigen Repressalien ausgesetzt.

So wurde der Bürgermeister von Nablus, Bassam Schaka, im November 1979 verhaftet und mit Ausweisung bedroht, dann wieder eingesetzt — nachdem aus Protest alle 21 Bürgermeister in den besetzten Gebieten ihren Rücktritt erklärt hatten — und schließlich im Juni 1980 durch einen Bombenanschlag jüdischer Faschisten schwer verletzt. (Ihm mußten beide Beine amputiert werden.) Das gleiche geschah dem Bürgermeister von Ramallah, während als dritter der Bürgermeister von Al Bireh mit Glück einem Anschlag entging. Schon im Mai 1980 waren die Bürgermeister von Hebron und Chalchul abgesetzt und in den Libanon abgeschoben worden. Im März 1982 verbot Israel das Komitee für Nationale Führung, zu dem sich mehrere Bürgermeister der besetzten Gebiete zusammengeschlossen hatten. Ebenfalls im März 1982 wurde der Bürgermeister von El Bireh abgesetzt und der Stadtrat aufgelöst. Die Bürgermeister von Nablus und Ramallah wurden erneut abgesetzt, der Bürgermeister von Anabta sogar vor Gericht gestellt.

Für die Palästinenser der besetzten Gebiete wurde also die Situation durch die „Autonomie"-Verhandlungen nicht nur nicht besser, sondern verschärfte sich erheblich, weil die israelischen Behörden nun *erst recht* motiviert und bestrebt waren, auf der Westbank und im Gazastreifen die vollendeten Tatsachen auszuweiten. Diese Phase hat selbst den ganz „gemäßigten" Sektoren der palästinensischen Bevölkerung demonstriert, daß „Autonomie" bei Aufrechterhaltung der Besatzung nur die Alternative zwischen Kollaboration und brutaler Repression bedeutet. Die „Autonomie"-Projekte sind kein kleiner Schritt in die richtige Richtung, den die Palästinenser aus Maximalismus zurückweisen, sondern sie sind hundertprozentig genau das Verkehrte.

Der Unterschied zwischen Peres und Schamir besteht darin, daß der eine ungefähr zwei Drittel der besetzten Gebiete an Jordanien geben möchte, während der andere „keinen Quadratmeter" räumen will. Selbst die gemäßigtere der beiden Varianten wäre für die Palästinenser absolut kein Fortschritt, denn Untertan Husseins zu sein ist mindestens ebenso unerfreulich wie das Leben unter israelischem Besatzungsregime. Und selbst den abgehobensten Träumern müßte klar sein, daß die Palästinenser in ihrer Gesamtheit die Rückkehr unter Husseins Regime nicht wollen. Wer solche Projekte auch nur als Übergangslösung für „hilfreich" hält, sollte ehrlicherweise auf die Lippenbekenntnisse zum palästinensischen *Selbstbestimmungsrecht* verzichten. Selbst die „gemäßigtere" israelische Option von Peres — von der zur Zeit ganz unklar ist, ob sie in Israel mehrheitsfähig und durchsetzbar wäre — ist weit von dem entfernt, was die moderatesten Sektoren der Palästinenser akzeptieren könnten. Es muß sich erst einmal in Israel sehr viel bewegen, bevor sich realistischerweise über eine Kompromißlösung nachdenken und sprechen läßt.

Kt.

Mit aller Gewalt für den Status quo

— Israel im 40. Jahr —

In Israel könne man derzeit erleben, „wie eine Nation Schritt für Schritt einer Art Kollektivwahn“ verfalle, berichtet Henryk M. Broder aus Jerusalem: „Hört man sich in Israel um, könnte man meinen, palästinensische Truppen stünden am Strand von Aschkelon, palästinensische Soldaten würden in israelische Dörfer einfallen, Wohnungen demolieren, Jugendliche krankenhausreif prügeln.“

Mehr als einen Monat war Kabatija, jenes Dorf, in dem ein mutmaßlicher Kollaborateur, nachdem er in die Menge der ihn Belagernden gefeuert hatte, gelyncht worden war, durch die Besatzungstruppen von der Außenwelt abgeschnitten. Außer dem schon üblichen Vollzug von Strafaktionen — in diesem Falle: Verhaftung von 400 Männern und Sprengung von vier Häusern „Verdächtiger“ — wurde das Dorf von der Stromzufuhr, von fließendem Wasser und vom Bezug frischer Lebensmittel abgeschnitten. Der Export der im Ort produzierten Baumaterialien nach Jordanien, wovon die Einwohner Kabatijas leben, wurde verboten. Nach Aufhebung der Einsperrung zeigte sich jedoch, daß die Bewohner Kabatijas nicht nur nicht gebrochen waren, in den Wochen der Einsperrung war ihr innerer Zusammenhalt gewachsen, und sie hatten erkannt, daß sie auch dieser militärischen Gewalt standhalten können.

Wie Kabatija so der Volksaufstand insgesamt: obwohl die israelische Besatzungsmacht ihre Bemühungen, den Aufstand zu zerschlagen seit Ende März noch erheblich verstärkt hat, erlahmten die Aufständischen nicht in ihrem Widerstand und dem Bemühen um den Ausbau ihrer eigenen Strukturen.

Mehrmals für einige Tage bis zu einer Woche wurden Israel und die besetzten

Mehrmals für einige Tage bis zu einer Woche wurden Israel und die besetzten

Gebieten gegeneinander abgeriegelt, die Ein- und Ausreise von und nach Jordanien erheblich erschwert, die Fahrt vom Gasastreifen in die Westbank wurde Palästinensern völlig verboten. Die besetzten Gebiete waren zeitweise für die Medien weitgehend bis völlig gesperrt, so daß — zusätzlich zu dem Umstand, daß der Aufstand allmählich für die Medien „keine Meldung“ mehr ist — „vieles weder berichtet noch ausgestrahlt“ wird (so der Israel-Korrespondent der „FR“). Die Zahl der palästinensischen Toten ist auf etwa 200 gestiegen: erschossen, totgeschlagen oder auch nach einem „Tränengas“einsatz gestorben. (Ein Arzt des palästinensischen Hilfswerks der UNO äußerte den Verdacht, daß es sich um ein Nervengas handeln müsse, da die an den Folgen eines Gaseinsatzes Erkrankten bzw. Gestorbenen Symptome aufwiesen, die für Tränengaseinwirkungen völlig atypisch seien. Das Militär dementierte: es sei nur „international zugelassene Gase“ eingesetzt worden.) Massenverhaftungen, bei denen das Militär nach dem Schleppnetz-Prinzip versuchte, der örtlichen Führer des Aufstands habhaft zu werden, komplettierten den Versuch, den Aufstand zu brechen. Rabin begründete den deutlich massiveren Einsatz der Unterdrückungsmaschinerie damit, daß das Militär nunmehr „die Konfrontation suchen“ würde, man werde sehen, „wer siegt“.

Nach Angaben des Militärs sind zwischen dem Beginn des Aufstands (9.12.) und Mitte April 4.800 Palästinenser festgenommen worden (palästinensische Quellen sprechen von bis zu 15.000 Festnahmen), 900 seien zu Administrativhaft verurteilt worden (sechsmonatige Haftstrafe, die bisher von Militärgerichten und ohne Berufungsmöglichkeit ausgesprochen wurde, seit Neuerem aber von jedem Gebietskommandeur verhängt werden kann). Mit 10.000 bis 15.000 Soldaten in den besetzten Gebieten ist die Mannschaftsstärke gegenüber normaleren Zeiten etwa verfünffacht worden. Um die dadurch allenthalben in der Militärstruktur entstandenen Lücken zu stopfen, wurde die Reservedienstzeit mit einer Verlängerung auf 62 Tage etwa verdoppelt; die Vereinigte Kibbuz-Bewegung schickt Freiwillige zum jeweils zehntägigen Sondereinsatz in die besetzten Gebiete. Durch den daraus resultierenden Mangel an Arbeitskräften in Israel wird jedoch der wirtschaftliche Schaden (der „Aufbau“ nennt Produktionseinbußen in Höhe von 500 Millionen Dollar), der durch das Ausbleiben palästinensischer Arbeitskräfte und den verringerten Absatz israelischer Produkte in den besetzten Gebieten verursacht worden ist, noch vergrößert. Die Aufrechterhaltung des Status quo wird für Israel auf allen Gebieten teurer und teurer. Nicht begriffen hat dies jedoch bisher die Mehrheit der jüdischen Israelis: die ganz überwiegende Zustimmung zur „Politik der Eisernen Faust“ scheint ungebrochen. Rabins Popularität ist seit Beginn des Aufstands von 50 auf 58% gestiegen; die Popularität von Peres, dem offensichtlich sein Gerede von Frieden übel genommen wird, im gleichen Zeitraum von 44 auf 38% gesunken. Internationaler Kritik wird — wie jüngst im UN-Sicherheitsrat vom Vertreter Israels — entgegengehalten, Israel sei in Hinblick auf den Holocaust mehr als je zuvor entschlossen, seine Sicherheit und sein Überleben zu sichern.

Tag des Bodens

Erstmals seit der Eroberung von Gasastreifen und Westbank 1967 wurden diese Gebiete und Israel gegeneinander abgeriegelt. Dem vorausgegangen war die Verhaftung von (nach offiziellen Angaben) rund eintausend Palästinensern sowie das Verbot der einzigen arabisch-sprachigen Tageszeitung in Israel und des besonders von den ausländischen Medien geschätzten Palästinensischen Pressedienstes in der Westbank. Den Medien war während der Abriegelung vom 28.3.-1.4. der Zugang zu Westbank und Gasastreifen untersagt, die Telefonverbindungen nach Israel waren unterbrochen worden, eine Berichterstattung konnte nur noch aufgrund (militär-)amtlicher Darstellungen erfolgen.

Der Grund dieser „präzedenzlosen“ Maßnahmen (Jerusalem Post) war vorgeblich, daß ein Übergreifen des Aufstands in den besetzten Gebieten auf Israel am „Tag des Bodens“ (30.3.) verhindert werden sollte. (An diesem Tag gedenken die palästinensischen Bürger Israels des 30.3.76, als bei Landbeschlagnahmungen palästinensischen Bodens sechs palästinensische Israeli getötet wurden.)

palästinensischen Bodens sechs palästinensische Israeli getötet wurden.)

In Galiläa und im sog. Triangle, dem Hauptwohngebiet der palästinensischen Israelis im Norden Israels, wurden zusätzlich 4.000 Polizisten stationiert. Die Aktionen und Demonstrationen in rund sechzig palästinensischen Orten im Norden Israels verliefen, wie vom Rat der Bürgermeister palästinensischer Ortschaften in Israel und der Kommunistischen Partei (Rakach), der bestimmenden politischen Kraft in diesem Gebiet, vorgeplant, weitgehend ohne „Zwischenfälle“. Die Demonstration in Taiba wurde von den Organisatoren aufgelöst, als es zu einem Zusammenstoß von kommunistischen und islamischen Teilnehmern kam. Polizeiminister Chaim Bar-Lew lobte sowohl die Organisatoren wie die Polizei für die „Aufrechterhaltung der Ordnung“. Wo die „Araber“ in Israel nun eine effektive Führung herausgebildet hätten, die auch in der Lage sei, die Ordnung zu wahren, sei es geraten, konstatierte ein Kommentator der „Jerusalem Post“, daß das israelische Establishment mit dieser Führung die Herrschaft teile.

Geleitet von Rabins Devise, die Konfrontation zu suchen und unbehelligt von ausländischen Medienvertretern sorgte das Militär in Gasastreifen und Westbank für die bisher blutigsten Tage seit Beginn des Aufstands. Sechs PalästinenserInnen wurden allein am 2. April getötet, etwa zwanzig waren es insgesamt während der Absperrung der besetzten Gebiete und der folgenden Ostertage.

Im Verlauf der Massenverhaftungen, hatte das Militär angegeben, seien zahlreiche Führer des Aufstands festgenommen worden, darunter auch die Verfasser der im Abstand von ein bis zwei Wochen erscheinenden Kommuniqués der Vereinigten Aufstandsführung. Am 2.4. erschien prompt das zwölfte der Kommuniqués. Die noch im Dienst der Besatzungsbehörden verbliebenen Palästinenser, heißt es darin, seien für die Folgen ihrer Haltung selbst verantwortlich: „Ihnen sei gesagt, daß das Volk sie hinwegfegen wird.“ In den besetzten Gebieten sollten weitere Aktionskomitees gebildet werden. Die palästinensischen Ingenieure und Agrarexperten werden aufgerufen, die Bauern in Fragen der Selbstversorgung zu beraten, um den wirtschaftlichen Sanktionen widerstehen zu können. An jedem Tag sollen wiederum besondere Aktionen geführt werden, am 5. April z.B. sollen alle palästinensischen Firmen und Institutionen „mit voller Kraft arbeiten“, der Erlös solle denen zugute kommen, die durch den Aufstand Verluste erlitten haben.



Pogrom

Das Dorf Beita auf der Westbank gilt als ein Zentrum palästinensischen Widerstands. Von hier aus wurde zum ersten Mal ein Bus angegriffen, der palästinensische Arbeiter nach Israel bringen wollte, von hier aus wird auch regelmäßig die Hauptstraße Nablus-Jerusalem blokkiert. Palästinensische Flaggen wehen über den Häusern, Beita hat sich mehrmals zum „befreiten Dorf“ proklamiert.

Ausgerechnet dieses Beita war das Ziel des „Ausflugs“ einer Gruppe von Siedlerjugendlichen mit zwei bewaffneten Begleitern. Nach Darstellung der Gruppe hätten sie sich zum Picknick am Rand von Beita niedergelassen, dabei seien sie von palästinensischen Jugendlichen mit Steinen beworfen worden. Einer der Begleiter habe einen der Jugendlichen erschossen. Daraufhin sei die Gruppe in das Dorf Beita gegangen (um den Hinterbliebenen ihr Beileid auszusprechen?), wo die Ermordung des Jugendlichen bereits bekannt war. Die Gruppe sei von Dorfbewohnern mit Rufen wie „Tötet die Juden“ eingekreist worden, mit Kalaschnikows sei von den Dächern auf sie gezielt worden und sie seien mit Steinen beworfen worden. Dabei sei eines der Gruppenmitglieder, die 15jährige Tirza Porat, mit einem Steinwurf getötet worden.

Diese Version der Siedlerjugendlichen wurde, obwohl intern bekannt war, daß Tirza Porat von einem Schuß getroffen worden war, von israelischen Informationsstellen landes- und weltweit verbreitet. Israel werde, so will es jedenfalls „Bild“ von Außenminister Peres gehört haben, dem Mörder „die Hand abhacken“. Für den Tod des ersten zivilen Israeli drohte die israelische Regierung den Palästinensern harte Konsequenzen an (was sind auch schließlich die zuvor umgelegten rund 200 *zivilen* PalästinenserInnen dagegen?).

Das Begräbnis von Tirza Porat wurde zur Rachefeier. Dreitausend zum Teil schwer bewaffnete Siedler hatten sich versammelt und forderten Vergeltungsmaßnahmen sowie den Bau von zwei Dutzend neuer Siedlungen auf der Westbank. Rabbiner Druckmann verlangte, das Dorf Beita solle vom Erdboden ausgelöscht werden. Premier Schamir, der an dem Begräbnis teilnahm, schäumte: „Das Blut der ganzen Nation kocht. Gott wird ihr Blut rächen. Jedes Töten stärkt und einigt das israelische Volk, bindet es stärker an dieses Land (...) Dieses Land wird fühlen, daß es uns gehört und niemand anders.“

Nach dem Begräbnis veröffentlichte das Militär seinen Untersuchungsbericht. Tirza Porat sei nicht durch einen Steinwurf getötet worden, sondern durch einen Schuß aus der Waffe des Begleiters Romam Aldubi. Aldubi, der im Dorf um sich geschossen habe, habe möglicherweise versehentlich Tirza Porat getroffen. Der „Ausflug“ der Siedlerjugendlichen, ist weiter dem Bericht zu entnehmen, sei auch nicht wie die anderen sechzig Ausflüge an diesem Tag in der Westbank und wie überhaupt die Norm, zuvor mit dem Militär koordiniert worden. Dieser angeblich unschuldige Ausflug, schrieb die „Jerusalem Post“, sei als „politische Demonstration“ geplant gewesen, um den Palästinensern klarzumachen, daß sie „die Rechte und Herrschaft der Juden über dieses Land akzeptieren müssen“. Und ob Steinwürfe den ersten Schuß, oder ob die Erschießung des Palästinensers die Steinwürfe ausgelöst hätten, heißt es an der gleichen Stelle, sei ungeklärt. Überdies, so Generalstabschef Schomron, hätte die Dorfbewohner aufgrund ihrer Übermacht nichts hindern können, den Siedlerjugendlichen Ernsthaftes anzutun; ganz im Gegenteil aber hätten Dorfbewohner die Siedlerjugendlichen vor Steinwerfern in Schutz genommen, bei sich im Haus versteckt und auch die Ambulanz gerufen. — Die Veröffentlichung des Militärberichts sowie Schomrons Klarstellungen riefen bei den Siedlern nur wütenden Protest hervor und veranlaßten rechtsextreme Mitglieder der Knesset, den Rücktritt des Generalstabschefs zu fordern.

Es stellte sich weiter heraus, daß die Begleiter des „Ausflugs“ einschlägig vorbelastet sind. Der eine, ein 55jähriger Veteran der rechtsextremistischen Siedlerbewegung Gusch Emunim (Block der Getreuen) wurde 1984 verurteilt, weil er die Verurteilung eines Siedlers, der ein palästinensisches Mädchen erschossen hatte, durch die Vernichtung von Beweismaterial vereiteln wollte. Der 26jährige Todesschütze Aldubi war bereits wegen seiner fortwährenden Provokationen — er wollte u.a. eine jüdische Siedlung mitten in Nablus gründen — für ein halbes Jahr aus der Westbank ausgewiesen worden. Nicht einmal die Armee hatte ihn aufnehmen wollen. „Zwei ‚Idealisten‘ der schlimmsten Sorte also“, schreibt Broder, „deren Ressentiments und Neurosen sich unter den gegenwärtigen Umständen als patriotischer Aktionismus ausleben konnten.“

Aber ungeachtet der zum großen Teil ja eigenen Erkenntnisse des Militärs wurde Beita nicht nur unmittelbar nach der Tötung von Tirza Porat von Eliteeinheiten besetzt, wurden die ersten vier Häuser gesprengt und alle Männer des Ortes zusammengetrieben. Auch nach der Veröffentlichung des eigenen Berichtes wütete das Militär in dem Dorf: Ein Dorfbewohner wurde erschossen, dreißig Hektar Olivenhaine und insgesamt vierzehn Häuser wurden zerstört. (Eine israelische Bürgerrechtsvereinigung erreichte bei Gericht die Verfügung, daß weitere Häuser erst nach einer Frist von 48 Stunden gesprengt werden dürfen, um den Hausbesitzern eine Einspruchsmöglichkeit zu geben.) Sechs Einwohner Beitas sollen ausgewiesen werden. Die Rechnung der Provokateure scheint also aufgegangen zu sein, und der Vater des von einem Siedlerkollegen erschossenen Mädchens ist der Überzeugung: „Meine Tochter wurde für die Zukunft des Volkes ermordet.“

40 Jahre Israel

Zur Feier des 40. Jahrestages der Staatsgründung hatte sich Israel eine der berühmten Mossad-Aktionen gegönnt. In einem gemeinsamen Unternehmen von Mossad und Militär wurde (in getreuer Kopie der 1973 im Beiruter PLO-Hauptquartier veranstalteten Schlächterei) nach seinen Leibwächtern Abu Dschihad ermordet. Die „Enthüllung“, daß das sog. innere Kabinett der israelischen Regierung Abu Dschihads Ermordung beschlossen habe, ist allerdings so enthüllend auch wieder nicht: schließlich ist Israel eine Demokratie, und in einem demokratischen Staat entscheidet eben die gewählte Regierung über Steuerhöhungen wie über die Liquidation unliebsamer Personen.

Die Hoffnung einer israelischen Zeitung, daß „der psychologische Effekt auf die Palästinenser nicht ausbleiben“ und die PLO begreifen werde, daß „der strafende lange Arm Israels“ sie überall erreiche, ging allerdings nicht in Erfüllung. In den besetzten Gebieten brach massenhafter Protest und Widerstand hervor, das Militär antwortete mit ganzer Gewalt: allein am 16.4. (am Morgen dieses Tages war Abu Dschihad ermordet worden) wurden fünfzehn PalästinenserInnen erschossen, vier weitere erlagen später den an diesem Tag erlittenen Schußverletzungen. Allenthalben wurden schwarze Fahnen aufgezogen, auf den Demonstrationen wurde gerufen: „Wir alle sind Abu Dschihad.“

tionen wurde gerufen: „Wir alle sind Abu Dschihad.“

Die Besatzungsmacht verhängte am 17.4. über rund 400.000 PalästinenserInnen in 21 Lagern und zwei Städten die Ausgangssperre. Als Israel am 21.4. seinen 40. Jahrestag feierte, wurden, wie schon um den „Tag des Bodens“ herum, die besetzten Gebiete komplett dichtgemacht, Telefonverbindungen nach Israel und ins Ausland unterbrochen, die Medienvertreter ausgesperrt. Die Totalsperre wurde erst am 24.4. wieder aufgehoben. Bestehen bleibt das Verbot für Palästinenser vom Gasastreifen in die Westbank und umgekehrt zu reisen. Überdies sind mehreren hundert Bewohnern des Gasastreifens die Ausweise abgenommen worden, um sie an der Einreise nach Israel und der Aufnahme von Arbeit zu hindern. Palästinensische Bewohner Jerusalems im Alter von 16 bis 35 Jahren benötigen künftig für eine Reise nach Jordanien (dessen Staatsbürger sie größtenteils sind) eine Sondergenehmigung, die nur erteilt wird, wenn sie mindestens neun Monate in Jordanien bleiben. Nicht minder gleichzeitig schikanös und hysterisch ist die Aktion, die von der Polizei in den letzten April-Tagen in Ostjerusalem durchgezogen wird: Palästinensische Geschäftsinhaber erhielten den schriftlichen Befehl, sich an die allgemeinen Öffnungszeiten zu halten. Die Geschäftsinhaber, die diesen Befehl ignorierten und sich im Rahmen der Aktionen zivilen Ungehorsams weiter an die von der Vereinigten Aufstandsführung angegebenen Zeiten hielten, wurden verhaftet. Bis zu zwei Jahren Gefängnis wurden ihnen angedroht.

Mit der Verabschiedung ihres Programms für die anstehenden Wahlen hat die Arbeitspartei nun auch in diesem Rahmen klargestellt, daß, würde sie die Regierung stellen, von ihr keinerlei ernsthaftes Bemühen um eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes zu erwarten ist: Eine Rückkehr zu den Grenzen von 1967 wird ebenso abgelehnt wie die Räumung Ost-Jerusalems. Der Jordan (d.h. die jetzige Grenze zwischen Westbank und Jordanien!) solle Israels Sicherheitsgrenze sein. Die Gründung eines palästinensischen Staates in der Westbank und im Gasastreifen werde Israel nicht zulassen.

K., Hamburg

Quellen

Div. Ausg. der Monate März und April von: Al-Fajr (Ost-Jerusalem), Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Aufbau (USA), Basler AZ (Schweiz), Basler Zeitung (Schweiz), Bild-Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Jerusalem Post — International Edition (Israel), Neue Zürcher Zeitung (Schweiz), Palästina Bulletin, SonntagsZeitung (Schweiz), Spiegel, Süddeutsche Zeitung, Tages-Anzeiger (Schweiz), taz, Unsere Zeit, WochenZeitung (Schweiz), Die Zeit

NEIN zur Besatzung

Die Entwicklung des Volksaufstandes in Palästina

Als Anfang Dezember die zwei Monate dauernden Proteste vom Gaza-Streifen auch auf die Westbank übergriffen, schien alle Welt von der spontanen Erhebung des palästinensischen Volkes überrascht: niemand hatte den Aufstand erwartet, angeordnet oder geplant, auch nicht die Palästinenser in den besetzten Gebieten oder deren Führung. Noch erstaunlicher war die Fortdauer der Proteste — und auch heute ist kein Ende des Volksaufstandes abzusehen. Neue Widerstandsformen und Organisationen, die in Dörfern, Flüchtlingslagern und Städten verwurzelt sind und große Teile der Bevölkerung erreichen, bilden die Basis dieses friedvollen, disziplinierten Aufstandes um Menschenwürde und nationale Selbstbestimmung — gegen eine Besatzerpolitik, deren Repressionen und Erniedrigungen in den letzten Jahren angewachsen sind. Schnelle Erfolge — oder gar ein palästinensischer Staat an der Seite Israels — sind allerdings in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Das deutliche „Nein" der Palästinenser zur Okkupation aber wird sich langfristig auswirken — international und in der israelischen Gesellschaft.



Wenige Tage nach der als „Ausflug" von Siedlerjugendlichen getarnten Provokation gegen das palästinensische Dorf Beita, wobei von den bewaffneten Begleitern der Gruppe zwei Palästinenser erschossen wurden sowie (versehentlich) eine der Siedlerjugendlichen, unternehmen Siedler einen „symbolischen Marsch" in der von Palästinensern dicht besiedelten Region zwischen Bethlehem und Hebron.



Land ihre Stützpunkte verloren und ihre
Israel schließlich verschärfte in den be-

Noch vor knapp einem Jahr — im Sommer 1987 — schien die Lage in den besetzten Gebieten nahezu hoffnungslos. Die Repressionen der israelischen Militärverwaltung — „Sicherheitsmaßnahmen" im Sprachgebrauch der Okkupanten — gegen die palästinensische Bevölkerung nahmen zu; Verhaftungen — oft ohne Anklage —, Ausweisungen, Kollektivstrafen, tagtägliche Schikanen, Schließen von Universitäten, Institutionen und Selbsthilfeeinrichtungen häuften sich. Meron Benvenisti, der die israelische Politik in den besetzten Gebieten gründlich untersucht hat und vor Jahren die Öffentlichkeit mit der Feststellung schockierte, die nach dem Krieg 1967 geprägte Formel „Land gegen Frieden" sei von den geschaffenen Tatsachen überholt und nicht länger lebensfähig, kommentierte: Die neue Repressionswelle sei schlimmer als die vorhergehende und die wiederum schlimmer als frühere. Der Rhythmus dieser Eskalation aber liege in der Besatzung selbst, in der nächsten Zeit müsse noch Schlimmeres erwartet werden. Die Palästinenser und Israelis seien zu einer

Schlimmeres erwartet werden. Die Palästinenser und Israelis seien zu einer

„feindlichen Umarmung" verurteilt, die erst in ferner Zukunft auflösbar sei.

Auch die Palästinenser seien überzeugt, beschrieb ein anderer Beobachter die Situation, daß die Repressionen in den kommenden Monaten anwachsen werden. An einem gewissen Punkt allerdings werde die Lage nicht unerträglicher werden können, davon seien die Palästinenser überzeugt. Und dieser Punkt, der erwartet werde, sei die Grundlage eines scheinbar paradoxen Optimismus in der palästinensischen Bevölkerung, doch irgendwann einmal Gerechtigkeit zu erfahren.

Tatsächlich scheint die israelische Besatzerpolitik in den besetzten Gebieten unumkehrbar: die geschaffenen Fakten — Landraub und Siedlungspolitik —, der politische Wille, das Land endgültig zu annektieren; die militärische Macht, diese Pläne möglicherweise durchzusetzen, die vielfältige Unterstützung der israelischen Politik durch die USA. In dieser nahezu ausweglosen Situation, nach den vielen Niederlagen der palästinensischen Nationalbewegung hat aber dieser Optimismus der Palästinenser — allen düsteren Prognosen zum Trotz — dazu beigetragen, die Voraussetzungen für den Volksaufstand in Palästina zu schaffen: Im Lande selbst Formen des Widerstandes zu entwickeln, denen die militärisch überlegene Besatzungsmacht auf Dauer nicht gewachsen sein wird.

Dunkle Jahre

Der Abzug der PLO-Kämpfer aus Beirut im Sommer 1982, die Zerstreuung in mehrere arabische Länder schien das Schicksal des palästinensischen Widerstandes besiegelt zu haben. Die Befreiungsorganisation hatte in dem letzten arabischen Land ihre Stützpunkte verloren und ihre soziale und militärische Infrastruktur eingebüßt. Gewiß, während der Belagerung Beiruts durch die israelische Armee war die Weltöffentlichkeit auf die unerträgliche Lage der Palästinenser aufmerksam geworden; die israelische Expansionspolitik wurde deutlich kritisiert. In unmittelbare politische Erfolge aber konnte die PLO diese Niederlage nicht umwandeln. Im Gegenteil: nach der israelischen Invasion setzten die arabischen Staaten alles daran, den politischen Führungsanspruch der PLO im nationalen Befreiungskampf zu unterminieren. Syrien nutzte Differenzen innerhalb der PLO aus und suchte die Befreiungsorganisation zu spalten; bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den prosyrischen Organisationen und Arafat-treuen Strömungen im Libanon besiegelten den Bruch in der PLO 1983; der syrische Präsident Assad verwies PLO-Chef Arafat und seinen Stellvertreter Abu Jihad (vor wenigen Wochen vom israelischen Geheimdienst ermordet) des Landes. König Hussein hingegen suchte im jordanisch-palästinensischen Abkommen von Amman (Februar 1985) der PLO den Alleinvertretungsanspruch des palästinensischen Volkes wieder abzunehmen und Arafat zu immer neuen Kompromissen zu drängen. Ein Jahr später fühlte sich der jordanische König so stark, das Abkommen aufzukündigen — „auszusetzen", wie Hussein sagte — und ohne die PLO seine Kooperation mit Israel fortzusetzen.

Die Palästinenser in den besetzten Gebieten hatten von außen nichts mehr zu erwarten: Die bisherige Politik der PLO war in eine Sackgasse geraten; die arabischen Staaten hatten sich zwar noch 1982 in Fes für einen palästinensischen Staat (in den besetzten Gebieten mit Jerusalem als Hauptstadt) ausgesprochen, verwirklichen aber wollten sie diesen Staat nicht; Israel schließlich verschärfte in den besetzten Gebieten die Repression.

Diese Entwicklung war spätestens seit den Camp David-Abkommen zwischen Israel und Ägypten 1978 absehbar gewesen: Der israelische Ministerpräsident Begin hatte damals zwar einer Autonomieregelung für die Palästinenser in den besetzten Gebieten zugestimmt — nach einer Übergangsperiode von fünf Jahren gar neuen Verhandlungen über deren Zukunft, gleichzeitig aber seine Vorstellungen von dieser Autonomie veröffentlicht: Fortdauer der militärischen Besatzung und Fortführung der Siedlungspolitik (d.h. letztendlich fortgesetzte Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft und Vertreibung). Bei Wohlverhalten aber sagte er den Palästinensern gewisse Rechte in kommunalen Belangen zu — für eine Übergangsperiode sozusagen —, die sie seit Beginn der Besatzung ohnehin besaßen, die aber bis heute immer weiter durch Militärverordnungen und Willkürmaßnahmen eingeschränkt worden sind.

Die geplante Politik indes konnte nur sehr langsam umgesetzt werden: Es fanden sich weder genügend israelische Siedler noch palästinensische Kollaborateure. Gleichwohl wuchsen die Terroraktionen der extremistischen Siedler gegen die palästinensische Bevölkerung — am bekanntesten ist der Anschlag auf drei ihrer Bürgermeister 1980. Versuche, die Militärverwaltung in eine zivile Administration umzuwandeln und so die Besatzung zu

Bürgermeister 1980. Versuche, die Militärverwaltung in eine zivile Administration umzuwandeln und so die Besatzung zu

legitimieren und zu beschönigen, scheiterten. 1982 — im Jahr der israelischen Invasion in den Libanon — wurden die 1976 gewählten palästinensischen Bürgermeister abgesetzt.

Neue Wege

Für Illusionen war nun kein Raum mehr; Befreiung von außen nicht länger zu erwarten. In dieser verzweifelten Situation wuchsen die fundamentalistischen islamischen Bewegungen an (vgl. AK 291, S. 15/16) und gewannen an Einfluß. Um aber unter der Besatzung überhaupt leben zu können und der israelischen Politik langfristig zu widerstehen, besannen sich die nationalen palästinensischen Kräfte auf Widerstandsformen, die die Besatzungsmacht dort trafen, wo sie am schwächsten war: die Palästinenser begannen, ihre Rechte auch unter der israelischen Besatzung einzuklagen, freilich ohne aus den Augen zu verlieren, daß eine Verwirklichung der Menschenrechte erst nach einem Ende der Besatzung möglich sein würde.

Mit Beginn der 80er Jahre begann diese Arbeit: Institutionen wie „al-Haq" („Law in the Service of Man", 1979), die „Arab Studies Society" (1980), deren Unterabteilung „Palestine Human Rights Information Center" (1985) wurden gegründet; kleine Aktivistengruppen und Unterstützungskomitees entstanden zu speziellen Fragen („Family Reunion Comittee", „Comittee to Confront the Iron Fist", Gefangenenunterstützungkomitees; Universitäten, Gewerkschaften und die palästinensische Presse nahmen Informationsarbeit auf; Frauengruppen und Basisorganisationen in verschiedenen Lebensbereichen entwickelten sich. Der politische Stillstand in der Palästina-Frage nach 1982 gab diesem „Kampf um Rechte" Auftrieb — ob es sich um das Recht auf Erziehung, Organisationsfreiheit, Rede- und Pressefreiheit oder das Selbstbestimmungsrecht handelte. Diese vielen Initiativen gehen zwar davon aus, daß unter Besatzung demokratische Rechte und Menschenwürde letztlich nicht einklagbar sind; sie fordern also gleichzeitig implizit nationale Rechte. Eine Anerkennung nationaler Rechte oder gar die Gründung eines eigenen Staates werden indes in naher Zukunft nicht erwartet. Diese Politik steht so in einem gewissen Spannungsverhältnis zur bisherigen Strategie der PLO, die nationale Rechte oder die Befreiung ganz Palästinas mit Hilfe der internationalen Diplomatie oder des bewaffneten Kampfes durchsetzen wollte.

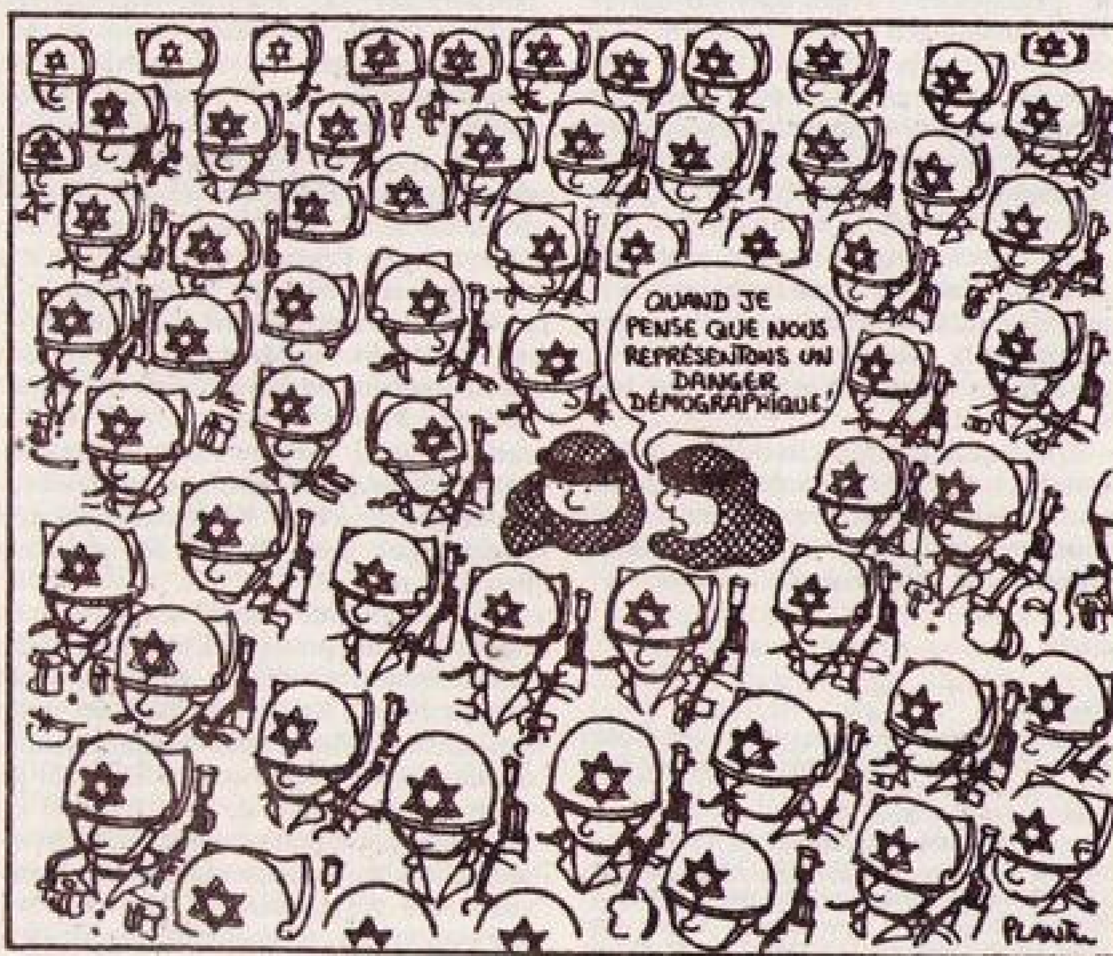
Der „Kampf um Rechte" birgt andererseits eine ungeheure Sprengkraft in sich: Er richtet sich gegen die Dynamik der langdauernden Besetzung und trifft die Okkupationspolitik im Kern. Er ermöglicht die Beteiligung und Organisierung aller Menschen auf verschiedenen Ebenen. Die Antwort der Besatzungsmacht auf diese Widerstandsformen ließ nicht lange auf sich warten.

Politik der „Eisernen Faust"

Politik der „Eisernen Faust"

Ein knappes Jahr war die Regierung der Nationalen Einheit unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Peres im Amt, da verschärfte ausgerechnet ein Minister der Arbeiterpartei die Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten. Während Parteigenosse Shimon Peres auf diplomatischer Ebene für die jordanische Option und eine internationale Konferenz zu werben begann, führte Verteidigungsminister Rabin am 4.8.85 die Politik der „Eisernen Faust" in der Westbank und im Gaza-Streifen ein. Die wichtigsten Maßnahmen der verschärften Politik waren: die Wiedereinführung der Administrativhaft (Gefangennahme ohne Anklage und Gerichtsverfahren, meist für einen Zeitraum von sechs Monaten, beliebig oft verlängerbar, innerhalb von zehn Monaten wurden 241 Menschen auf diese Weise in das Gefängnis gebracht); Ausweisungen politisch mißliebiger Aktivisten (in den folgenden anderthalb Jahren wurden etwa 40 Menschen des Landes verwiesen); Verhängen von Stadt- oder Hausarresten; Sprengung oder Zumauern von Häusern (102 in den Jahren 85/86); Schließen von Institutionen, Gewerkschaftsbüros und Universitäten für Wochen oder Monate (im akademischen Jahr 86/87 wurden gegen fünf Universitäten insgesamt 15 Schließungen verhängt). Wie üblich wurde die härtere Gangart mit „Sicherheitsbelangen" begründet, die Maßnahmen richteten sich indes vor allem gegen politische Aktivisten.

Anlaß für die Politik der „eisernen Faust" war die Ermordung zweier israelischer Lehrer bei Atula — ein krimineller Akt ohne politischen Hintergrund. In der langen Geschichte der israelischen Aggressionspolitik hat es an solchen Be-



Wenn ich daran denke, daß wir eine demographische Gefahr sind!

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

gründungen nie gemangelt, die wahren Ziele des harten Vorgehens wurden bald offensichtlich: Die Okkupationsmacht suchte so auf die neuen Formen des Widerstandes zu reagieren und eine nationale palästinensische Politik im Keim zu ersticken oder zumindest zu entmutigen. Sicher versprach sich die israelische Regierung *auch* eine Stärkung der pro-haschemitischen Kräfte und eine Belebung der wenig erfolgreichen jordanischen Option. Sicher wollte die Arbeiterpartei sich *auch* bei den traditionellen Likud-Wählern und der Siedlerbewegung profilieren. Aber selbst die Konkurrenz zum Koalitionspartner ist in dieser Frage bestenfalls zweitrangig, denn auch die Arbeiterpartei denkt nicht daran, territoriale Kompromisse zu machen, auch wenn sie manchmal davon spricht. Nationale Rechte der Palästinenser existieren für die Labour-Partei nicht, und deshalb ist die PLO für sie kein Verhandlungspartner.

Abu Jihad ermordet

Am 16. April wurde Abu Jihad (Khalil al-Wazir) in seinem Haus in Tunis von einem israelischen Kommando ermordet. Abu Jihad war der Stellvertreter Arafats in der größten palästinensischen Einzelorganisation al-Fatah, er leitete das Fatah-Büro für die besetzten Gebiete und war im Exekutiv-Komitee der PLO verantwortlich für Militärangelegenheiten. Abu Jihad soll der beliebteste PLO-Führer gewesen sein. Die Aufgabenbereiche Abu Jihads haben den Israelis ein einfaches Argument für ihre Mordtat geliefert: Der PLO-Führer soll die Aufstände in den besetzten Gebieten angeleitet haben und direkt verantwortlich für die Entführung eines israelischen Busses in der Negev-Wüste Anfang März gewesen sein, bei dem drei Israelis und drei Angehörige des palästinensischen Kommandos getötet worden sind. Diese Argumentation scheint sehr konstruiert zu sein. Bekanntlich wird der Aufstand in den besetzten Gebieten unter klaren Zielen (s. nebenstehenden Artikel) dezentral organisiert; angeleitet seit Anfang des Jahres von Flugblättern der „Vereinigten Untergrund-Führung des Aufstandes", die im Abstand von 10 bis 14 Tagen erscheinen. Zu Beginn des Aufstandes hatte Israel sogar vehement betont, die PLO habe überhaupt nichts mit dem Aufstand zu tun — nur um den Führungsanspruch der PLO zu unterminieren. Auch der Vorwurf, Abu Jihad habe die Busentführung geplant, ist nicht bewiesen.

die PLO habe überhaupt nichts mit dem Aufstand zu tun — nur um den Führungsanspruch der PLO zu unterminieren. Auch der Vorwurf, Abu Jihad habe die Busentführung geplant, ist nicht bewiesen.

Wahrscheinlicher ist, daß israelischer Geheimdienst sowie Armee- und Regierungsstellen mit diesem Mord die Palästinenser innerhalb und außerhalb der besetzten Gebiete zu unüberlegten bewaffneten Aktionen aufreizen wollen, die der israelischen Armee neue Anlässe für ein hartes Vorgehen liefern würden und die Palästinenser um die Früchte ihres friedvollen Aufstandes bringen könnten. Vielleicht sollte durch die Ermordung eines der fähigsten und verdienstvollsten PLO-Führers auch nur Resignation erzeugt werden oder aber den Palästinensern und der Welt wieder einmal die Überlegenheit des israelischen Geheimdienstes vor Augen geführt werden, vor dem scheinbar niemand sicher ist.

Abu Jihad wurde am 19.4. in Damaskus beigesetzt: Hunderttausende folgten seinem Sarg.

Die Dynamik der Besatzung

Die Politik der „Eisernen Faust" beschleunigte innerhalb von zwei Jahren die Entwicklung, die sie eigentlich zu verhindern suchte: einen politischen Bewußtseinsprozeß, Widerstand gegen die Besatzung und militante Aktionsformen. Die Proteste, Unruhen und Solidaritätsaktionen im Winter '86 und Frühjahr '87 zeigten die neue Qualität des Widerstandes — die von einer Radikalisierung der Jugend profitierten und, besonders im Gaza-Streifen, von der radikalen Haltung fundamentalistischer Gruppen.

Am 4.12.86 errichteten israelische Soldaten einen Kontrollpunkt am Tor der Bir Zeit-Universität, die für ihre Aktivitäten gegen die Besatzungsmacht berühmt ist. Ein durchaus „gewöhnliches" Ereignis. Schon Tage vorher hatte die Universität in einer Presseerklärung von einem „faktischen Schließen der Universität" durch Kontrollpunkte gesprochen. Diesmal aber begannen die Studenten und einige Mitglieder des Lehrkörpers einen Sitzstreik am Kontrollpunkt. Dem diensthabenden Offizier wurde erklärte es handele sich um keine Demonstration, sondern die Studenten wollten ihr Recht auf Ausbildung und ihr Recht, frei und ohne militärische Einmischung das Universitätsgelände zu betreten, durchsetzen. Der Sitzstreik indes war eine ungewöhnliche Anwort auf einen gewöhnlichen Fall militärischer Schikane. Die Soldaten setzten Tränengas ein, ein Mitglied des Lehrkörpers wurde verhaftet. Eine Stunde später protestierten die Studenten auf dem Universitätsgelände, die Soldaten schossen, zwei Studenten wurden getötet, zehn andere verletzt.

Aber auch das war neu: die Proteste dehnten sich aus, palästinensische Geschäftsleute streikten drei Tage lang, internationale Medien wurden aufmerksam, israelische Friedensgruppen reagierten. Eine Welle von Demonstrationen und Protesten folgte im Frühjahr 1987. Anlässe waren Angriffe auf Palästinenser in der Altstadt von Jerusalem (Dezember-Januar), die Belagerung der Palästinenserlager im Libanon durch die Schiitenmiliz Amal (Februar-März) und der Hungerstreik der palästinensischen Gefangenen (25. März bis Mitte April). Dieser Streik wurde von Gefangenen aller politischen Richtungen gemeinsam durchgeführt. Er spiegelte die neue Einheit der PLO wider, die auf dem Palästinensischen Nationalrat in Algier im gleichen Monat beschlossen wurde. Auch diese Entwicklung ermutigte die Palästinenser in den besetzten Gebieten.

Die israelischen Streitkräfte kämpften in den Gebieten, kommentierte der israelische Militärberichterstatter Hirsh Goodman in der „Jerusalem Post" vom 20.2.87 die Entwicklung, nicht mehr hauptsächlich gegen den Terrorismus, sondern gegen einheimische Ideologien und Ideen. Diese jedoch würden gedeihen und nicht sterben, wenn man sie mit Gewalt bekämpfe. Der Feind habe sich gewandelt. Aus guttrainierten Eindringlingen und Saboteuren, die israelische Soldaten gut bekämpfen könnten, seien Studenten und Schüler geworden; aus Bomben und Granaten Steine, Plakate und Parolen. Goodman sollte mit seiner Analyse Recht behalten: Die nationalen Ideen wuchsen.

Die Veränderung der Widerstandsformen bestätigte auch Meron Benvenisti im Jahresbericht des Westbank Data Base Project vom April '87: Er sehe einen Wechsel von geplanten Gewaltakten organisierter Zellen zu spontanem Steinewerfen und gewaltsamen Demonstrationen, von Gewehren zu Messern. Örtliche Initiativen würden nun über von außen kontrollierte Gewalt dominieren. In dem Bericht heißt es weiter: Die Unruhen in den besetzten Gebieten nähmen das Ausmaß eines Bürgerkrieges an, die Spaltung der öffentlichen Dienste in zwei separate Verwaltungen für jüdische Siedler und arabische Einwohner vertiefe sich, die verstärkte israelisch-jordanische Zusammenarbeit leiste einer Annexion Vor-

eines Bürgerkrieges an, die Spaltung der öffentlichen Dienste in zwei separate Verwaltungen für jüdische Siedler und arabische Einwohner vertiefe sich, die verstärkte israelisch-jordanische Zusammenarbeit leiste einer Annexion Vor-

schub, weil sie die Herrschaft über die arabische Bevölkerung festige und institutionalisiere, und auf diese Weise die faktische Annexion der besetzten Gebiete durch sich ausweitende jüdische Bevölkerungszentren erleichtere. Dabei werde die Notwendigkeit einer politischen Lösung des Problems ignoriert.

Auf die Aufstandswelle Anfang '87 reagierte die israelische Besatzung mit harten Repressionen (s. oben). Einem stürmischen Frühling folgte ein ruhiger Sommer; der 20. Jahrestag der Besatzung verstrich ohne nennenswerte Protestaktionen. Im Oktober '87 aber war die Aufstandswelle da und nicht mehr aufzuhalten.

Diese Kontinuität hat ihre Ursache in den neuen Widerstandsformen, aber auch in der klaren Zielsetzung. Die Palästinenser kämpfen nicht mehr um begrenzte Ziele: gegen neue Steuern oder für bessere Haftbedingungen in den israelischen Gefängnissen, gegen die Einführung einer „zivilen" Administration oder für die Unterstützung eines Hungerstreikes; gegen den Lagerkrieg im Libanon oder für die Ablehnung der Autonomieregelung; gegen Landraub oder Siedlungspolitik. Die Ziele dieses Aufstandes sind umfassend und klar: Ende der Besatzung, internationale Nahostkonferenz, nationale Selbstbestimmung und ein palästinensischer Staat in den besetzten Gebieten unter Führung der PLO.

Die israelische Gesellschaft wird sich mit den nationalen Forderungen des palästinensischen Volkes auseinandersetzen müssen — andernfalls wird die Politik der Gewalt kein Ende haben.

mst

Quellen:
Gespräche mit Palästinenserinnen und Palästinensern auf einer Reise nach Israel und Palästina im März/April 88;
Dan Tschirgi, A bleak year on the West Bank, The Middle East, August 1987, S. 11-16;
Penny Johnson, The Routine of Repression, MERIP-Reports 150, Jan-Febr. 88, S. 3-11;
Rashid Khalidi, The Palestians — twenty years after, MERIP-Reports 146, May-June 87, S. 6-11;
Charles Landsmann, Westbank: „Neue Stufe in Richtung Bürgerkrieg", Basler Zeitung, 18.9.87



Israelische Opposition und der Aufstand

Der folgende Beitrag ist ein Auszug aus einer umfangreichen Darstellung und vorläufigen Bilanz der Entwicklung des Aufstandes in den besetzten Gebieten sowie der Reaktion der Besatzungsmacht. Yaron Matras verfaßte diese Darstellung nach einem mehrwöchigen Aufenthalt in Israel im März.

Im wesentlichen sieht sich die israelische Opposition bestätigt in ihrer bisherigen Linie, die eine wenn auch allmähliche Abtrennung und eine Beendigung der Besatzung forderte. Die Aktionsformen sind — fast für alle Bewegungen und Gruppierungen — in der Regel Protestaktionen gegen die Besatzung und intensivere Diskussionen über Zukunftsperspektiven. Deutlicher als zuvor kann man heute, angesichts der Ereignisse und der intensivierten Diskussionen, zwei Spektren innerhalb der israelischen Friedens- bzw. Oppositionskräfte definieren, die sich voneinander auch immer stärker abgrenzen.

Moderate Patrioten

Das erste ist das moderat-patriotische Spektrum unter Führung von „Peace Now". Diese Kreise versuchen mit einer

Moderate Patrioten

Das erste ist das moderat-patriotische Spektrum unter Führung von „Peace Now". Diese Kreise versuchen mit einer

apologetischen, oft nationalistischen Argumentationsweise breitere Kreise des israelischen Publikums zu erreichen, indem sie es zu überzeugen versuchen, daß die Besatzung im Widerspruch zu den nationalen Interessen des israelischen Volkes und des zionistischen Staates steht. Gleichzeitig muß man jedoch feststellen, daß die Aktivitäten dieser Bewegung, dabei vor allem ihre Bereitschaft, sich für einen Dialog mit Palästinensern und für ein wirkliches Selbstbestimmungsrecht für das palästinensische Volk einzusetzen, entschiedener geworden sind. Dabei spielt nicht zuletzt ihre tiefe Enttäuschung über die Arbeitspartei als Koalitionspartner eine Rolle, nachdem viele Versprechungen, die in Richtung „Peace Now" gemacht wurden, als diese Partei noch in der Opposition war (z. B. die Oppositionsbündnisse zu Zeiten des Libanon-Krieges) sich als reine Wahltaktiken entlarvt hatten. Auch jetzt spielt die Arbeitspartei gegenüber der patriotischen Friedensbewegung ein doppeltes Spiel: Während Rabin als Verteidigungsminister für die Zerschlagung des Aufstandes zuständig ist, akzeptiert seine Partei augenscheinlich das Peace-Now-Prinzip „Land gegen Frieden" und stellt sich mit den Massen hinter den Shultz-Plan.

Auch die enttäuschten Koalitionspartner innerhalb des Maarachs (1) (Mapam und Personen wie Yossi Sarid, die früher Teil des Maarachs waren, sowie Personen aus „Ratz") stellen sich zur Zeit endgültig gegen die Regierung samt ihren sozialdemokratischen Komponenten und stärken auf diese Weise die genannte Front.

Die Hauptforderung dieses Spektrums ist zur Zeit ein positives Eingehen auf die Shultz-Initiative. Auch hier versucht „Peace Now", Kräfte innerhalb der herrschenden Arbeitspartei einzubeziehen, die das Gleiche befürworten. Sie geht jedoch weiter; indem sie zum Beispiel einen Dialog mit palästinensischen Prominenten sucht, darunter vor allem mit solchen, die als inoffizielle Vertreter von al-Fatah gelten; so wurde Hanna Siniora, der Herausgeber von Al-Fajr, einer pro-Fatah-Zeitung in Jerusalem, eingeladen, um auf einer Kundgebung zu sprechen. Auf der gleichen Kundgebung wurden auch israelische Soldaten dazu aufgefordert, die Durchführung illegaler Befehle zu verweigern.

Die Problematik der „patriotischen" Führungskräfte liegt vielmehr in der Rhetorik, die zwar den Status Quo kritisiert und den israelischen Nationalkonsens durchbricht, gleichzeitig aber chauvinistischen Gefühlen schmeichelt. So rufen diese Gruppierungen — allen voran „Peace Now" — zu einem Abzug aus den von arabischer Bevölkerung dicht besiedelten Gebieten auf, „um den jüdisch-zionistischen Charakter des Staates Israel zu bewahren"; sie wenden sich gegen die repressiven Maßnahmen der Armee, da diese der „moralischen Stärke unserer Armee" schaden; sie rufen Soldaten auf, den Militärdienst in den besetzten Gebieten nicht zu verweigern, „damit die Armee nicht den rechten Kräften überlassen wird", und sie fordern die Regierung auf, auf den Shultz-Plan einzugehen, „um die guten Beziehungen zu unseren besten Freunden, den U.S.A., aufrechtzuerhalten".

Links- und Antizionisten

Freunden, den U.S.A., aufrechtzuerhalten".

Links- und Antizionisten

Auf der anderen Seite entwickelt sich rasch und entschieden ein radikaleres Spektrum, das den patriotischen Parolen nicht folgt und sich statt dessen als Solidaritätsbewegung mit dem Aufstand in den besetzten Gebieten versteht. Dieses Spektrum ist erstens dadurch charakterisiert, daß es einen binationalen Charakter hat (auch, wenn es im allgemeinen eine Teilung Palästinas und die Errichtung eines palästinensischen Staates neben dem Staat Israel propagiert). Es definiert sich daher nicht als eine zionistische Bewegung, sondern als Dialog-Kreis, zu dem Links-Zionisten, Nicht-Zionisten und Antizionisten, jüdische Israelis und Palästinenser gehören. Viele Aktivitäten dieses Spektrums haben daher einen binationalen Charakter, was den Erfahrungsaustausch und die Qualität der Betroffenheit auch entscheidend mitprägt.

Zweitens ist für dieses Spektrum die große Zahl von relativ neuen, kleinen, oft örtlichen Initiativen charakteristisch, die in letzter Zeit im Zusammenhang mit dem Aufstand gegründet worden sind. Es handelt sich um Initiativen auf lokaler und beruflicher Basis (Studenten, Intellektuelle, Kriegsdienstverweigerer, Frauen, Ärzte, Juden orientalischer Herkunft etc.), die sich dann an Bündnissen zwecks größerer Aktionen beteiligen. Diese werden oft von Alt-Aktivisten geführt und gegründet, ihre Basis besteht jedoch meistens aus Leuten, die in den letzten Jahren — in manchen Fällen sogar durch die jüngsten Ereignisse — aktiv geworden sind.

Drittens werden in diesem Spektrum viele Tabu-Fragen offen diskutiert. Beispielsweise das angebliche „nationale Interesse", die Frage des Militärdienstes und die Frage der Verknüpfung zwischen der Besatzung und der systematischen Diskriminierung der Palästinenser innerhalb des Staates Israel. Es entsteht daher eine allgemeine Debatte über Rassismus und Staatsrassismus, die Motivation zur Mobilisierung gegen die Besatzung ist hier daher alles andere als Patriotismus.

Am besten organisiert innerhalb dieses Spektrums ist die Kommunistische Partei, die daher viele der Initiativen ideologisch prägt, zumindest, was die Position angeht, die innerhalb dieser Initiativen als Konsens gilt. Es gilt im allgemeinen die Formel „Anerkennung der PLO, Friedenskonferenz, zwei Staaten". Die KP und somit das Spektrum insgesamt steht jedoch, zumindest punktuell, unter dem Druck von radikaleren Kräften, nämlich Abnaa al-Balad (2) und antizionistischen Kreisen, die im wesentlichen eine stärkere Verknüpfung zum Aufstand, seine Ausdehnung auf die Palästinenser in Israel und stärkere Widerstandsformen suchen. Im arabischen Spektrum ist der Druck stärker und führt die KP oft dazu, ihre Aktionsformen zu radikalisieren (so der Aufruf zu einem Generalstreik am Tag des Bodens). Die KP gerät jedoch in einen Konflikt, da sie einerseits nicht von links überholt werden möchte, versteht sie sich doch als Hauptsprecherin der palästinensischen Bevölkerung in Israel; andererseits versucht sie ständig, ihre Basis unter der jüdischen Bevölkerung zu erweitern und muß dafür das Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volkes in Palästina und ihre Treue zum jüdischen Staat stets betonen. Schließlich arbeitet diese Partei auch in einem internationalen Kontext und in engem ideologischen Austausch mit Schwesterparteien im Ausland, kann also ihre Politik nicht beliebig und eigen-

und ihre Treue zum jüdischen Staat stets betonen. Schließlich arbeitet diese Partei auch in einem internationalen Kontext und in engem ideologischen Austausch mit Schwesterparteien im Ausland, kann also ihre Politik nicht beliebig und eigen-

mächtig ändern oder modifizieren.

Was das Engagement der antizionistischen Kräfte innerhalb des jüdischen Spektrums angeht, so sind diese nicht so offen und offensiv wie ihre „Genossen". Sie liefern dennoch in manchen wichtigen lokalen Initiativen einen wesentlichen Beitrag, da sie über Kontakte zu palästinensischen Aktivisten in den besetzten Gebieten verfügen, radikalere Tendenzen stärken und den Diskussionsprozeß mitprägen. Die Antizionisten sind zwar nicht in der Lage, nicht-aktive Anhänger zu mobilisieren, beim ständigen Diskussionsprozeß und bei der Entwicklung der politischen Strategien hat ihre Mitarbeit jedoch ein Gewicht.

Die radikaleren linken Kreise innerhalb der palästinensischen Bevölkerung Israels, nämlich Abnaa al-Balad oder die Nationale Fortschrittliche Bewegung, stehen mitten in einem Diskussionsprozeß, sind also in ihrem organisatorischen Rahmen auch noch nicht ganz arbeitsfähig. Im wesentlichen existierte diese Gruppe seit einigen Jahren nicht als Organisation, es waren vielmehr einige lose Diskussionskreise, die sich seit dem Aufstand wieder organisieren. Seit einem halben Jahr wird die Zeitung al-Raia herausgegeben, die als offizielles Organ der Bewegung gilt. Ideologisch haben diese Kreise noch keine eindeutige Position zu den palästinensischen Organisationen und auch nicht zu der jüdischen Bevölkerung, der Frage eines binationalen Staates und der Zusammenarbeit mit antizionistischen Israelis. Auch in der Bündnisfrage ist die Bewegung gespalten. Während einige einen engeren Draht zur KP suchen, arbeiten andere in der Progressiven Friedensliste mit.

Yaron Matras

Anmerkungen:

1) Zusammenschluß von Arbeitspartei und Mapam
2) marxistisch orientierte palästinensische Bewegung in Israel, die Israel nicht anerkennt und einen säkularen Staat fordert

Der „heimliche" Völkermord im Schatten des Golfkrieges

von Ellen Olms

Ende März 1988 erregten grauenhafte Bilder die internationale Öffentlichkeit. In der überwiegend von irakischen Kurden bewohnten Stadt Halabja konnten ausländische Journalisten auf Einladung Irans Hunderte von Leichen auf ihren Kameras festhalten — Frauen, Kinder, alte Männer, die alle an den folgenschweren Giftgasangriffen seitens der irakischen Luftwaffe starben. Über 5.000 Tote und ebenso viele Verletzte wurden nach dem Abwurf von Senf- und Blausäuregasbomben am 16.3.1988 gezählt. Doch der Einsatz der international seit 1925 geächteten chemischen Waffen auf die Stadt Halabja ist weder ein Einzelfall, noch auf den „großen" Golfkrieg zwischen dem Irak und dem Iran zurückzuführen. Vielmehr führt das faschistische irakische Regime Sadam Husseins einen systematischen Vernichtungs- und Vertreibungskrieg gegen die im Norden des Iraks lebenden und um Autonomie kämpfenden Kurden, aber auch gegen die christlich-assyrischen Minderheiten in dieser Region. Über 3.000 Ortschaften im irakischen Kurdistan wurden systematisch zerstört, wahlweise durch „normale" Bomben, Phosphorgranaten oder chemische Waffen (Senfgas, Tabun). Von den ca. 2,5 Millionen irakischen Kurden flüchteten schätzungsweise 350.000 bis zu einer halben Million in den Iran, während die türkische Grenze verschlossen bleibt. Weitere 500.000 irakische Kurden wurden zwangsweise entweder in den Süden verschleppt oder aber in Internierungslager nahe der Städte Kirkuk und Arbil deportiert. Folter, Massenerschießungen auch von Frauen und Kindern sind ebenso Bestandteile eines planmäßigen Völkermordes, einer „Endlösung" der Kurdenfrage seitens des irakischen Regimes, der sich klammheimlich im Schatten des Golfkrieges vollzieht. Die Zahl der durch Folter, Hinrichtungen, Bomben- und Giftgaseinsätze zu Tode gekommenen irakischen Kurden, der Kurden yezidinischen Glaubens, der christlichen Assyrer und Assyro-Chaldäer geht in die Tausende, wobei



Giftgasopfer

bis heute noch keine genaueren Angaben über das Ausmaß des Völkermordes gemacht werden können.

Der Einsatz chemischer Waffen

In der hauptsächlich von irakischen Kurden bewohnten Stadt Halabja nahe der iranischen Grenze lebten vor gut über einem Jahr noch 70.000 Menschen. Die Hälfte der Einwohner mußte fliehen, nachdem die irakische Armee sich die Stadt im Mai 1987 blutig unterworfen hatte. Am 13. März dieses Jahres gelang es der „Patriotischen Union Kurdistan" (PUK) mit Unterstützung iranischer Streitkräfte, Halabja wieder unter kurdische Kontrolle zu bringen. Postwendend, am 16. März, griffen irakische Bomber die Stadt mit Phosphorbomben („Stuttgarter Zeitung", 26.3.88), Senfgas und Cyanid an. Auch die umliegenden Städte und Ortschaften Khormal, Tovaila und Dujayla wurden mit einem Giftgas-Teppich überzogen („Süddeutsche Zeitung", 30.3.1988). Die Stadt Halabja, von Leichenbergen übersät, ähnelt einer Geisterstadt, denn die Überlebenden und Verletzten flohen vor den gelb-weißen Giftgasschwaden. Die Bilanz: 5.000 Tote und über 5.000 Verletzte.

Nach der Liquidierung der Stadt Halabja und der umliegenden kleineren Ortschaften sprach das irakische Militärkommuniqué von „Säuberungsaktionen" gegen Kurden in 21 Dörfern der Provinz Sulaimaniya, bei denen „sämtliche Verräter vernichtet" wurden („Tagesspiegel", 3.4.1988). Und in der Zeit zwischen dem 25.3. und 3.4.1988 berichtete die „Gesellschaft für bedrohte Völker" (GfbV) von weiteren Giftgaseinsätzen der irakischen Armee gegen sechs Dörfer in der Umgebung von Kara Dagh, bei denen 64 kurdische Partisanen (Peshmerga) ums Leben kamen und über 300 Zivilisten verletzt wurden. Am 26. März stießen die irakischen Truppen in das von Giftgas verseuchte Gebiet vor und deportierten etwa 400 Verletzte (darunter etwa 150 Kinder) in das Lager Tanjaro bei der Stadt Sulaimaniya, um sie dort alle umzubringen (nach „Frankfurter Rundschau", 5.4.88).

Zuvor, am 24. März, flogen irakische Piloten Giftgaseinsätze gegen die Stadt Mariwan auf iranischem Gebiet nahe der irakischen Grenze, um nachträglich — laut der irakischen Nachrichtenagentur INA in Kairo — dem Iran mit weiteren Giftgaseinsätzen zu drohen, die längst zum „normalen" Geschehen im Golfkrieg gehören („Süddeutsche Zeitung", 29.3.88).

Die jüngsten Angriffe des Iraks gegen die kurdische Bevölkerung im eigenen Land sind inzwischen eng mit dem „großen" Golfkrieg verquickt, was sich der Irak allerdings selbst zuzuschreiben hat. Die Eröffnung einer Nordfront im seit knapp acht Jahren währenden iranisch-irakischen Krieg wurde überhaupt erst dadurch ermöglicht, daß das irakische Regime den Kurden im Norden des Landes eine weitgehende Autonomie nicht zugestand, worauf die beiden wichtigsten kurdischen Organisationen, die PUK und die „Demokratische Partei Kurdistans" (DPK), die (bewaffneten) Kämpfe gegen den Irak nach 1980 wieder aufnahmen. Das ungeheure Ausmaß der irakischen Repression schmiedete nicht nur die bis dahin zerstrittenen kurdischen Parteien zu einem Bündnis auf der Basis einer Minimalplattform zusammen, sondern erst vor diesem Hintergrund kam es zu einem Arrangement unterschiedlicher Intensität zwischen den irakisch-kurdischen Parteien und dem Iran. Die iranische Pasdaran unterstützte seitdem die Kurden im Widerstand gegen die irakischen Machthaber und gestand ihnen auch eine relative Autonomie auf dem irakischen Territorium zu.

Das Chomeini-Regime unterstützt die irakischen Kurden ausdrücklich nur als „islamische Kämpfer des Irak" und eben nicht als kurdischen Widerstand. Der Vorsitzende des iranischen Kriegs- und Informationsbüros, Kemal Harazi, stellte erst kürzlich klar, daß sein Land die irakischen Kurden zwar im Kampf gegen das irakische Regime unterstütze, aber „das heißt nicht, daß wir einen eigenständigen kurdischen Staat dulden werden" („tageszeitung", 5.4.1988).

Das gilt selbstverständlich auch für die im Norden Irans lebenden Kurden, die vom iranischen Regime bekämpft werden. Allein 1981 fielen 10.000 iranische Kurden den iranischen Revolutionswächtern zum Opfer. Während die irakischen Kurden durch die Präsenz und das Eindringen iranischer Einheiten einen gewissen Schutz in den von ihnen kontrollierten Gebieten genießen, verfolgt das Chomeini-Regime wichtige Kriegsziele; zum einen bindet die Eröffnung der Nordfront irakische Armeeeinheiten, zum anderen liegen im Nordirak strategisch wichtige Ressourcen. Um die Stadt Kirkuk befinden sich die irakischen Ölfelder (ca. 50% der Ölvorkommen), und eine Ölpipeline führt von dort aus über die Türkei bis ans Mittelmeer.

In der Nähe der inzwischen durch Giftgaseinsätze zerstörten Stadt Halabja liegt der Stausee Darbandikham und ein Wasserkraftwerk, das einen Teil der Energieversorgung Bagdads sicherstellt.

Vor allem diese beiden strategischen Punkte sind Kriegsziele des Iran, während der Irak mit seiner Politik der „verbrannten und vergifteten" Erde die logistische Basis und Infrastrukturen der überwiegend von Kurden bewohnten und beherrschten Gebiete, die der Iran für seine Zwecke ausnutzt, zerstört. Die Opfer dieser kriegerischen Auseinandersetzungen sind allemal die Kurden, zumal ihre physische Vernichtung und Vertreibung vor dem Hintergrund des Golfkrieges als bloßes Folgeproblem erscheint und so auch von einem großen Teil der Weltöffentlichkeit wahrgenommen wird. Denn das Eindringen iranischer Kampfverbände in den Nordosten des Iraks wird von dem Hussein-Regime als willkommener Vorwand betrachtet, vom Völkermord an „ihren" Kurden abzulenken. Außerdem droht durch die Neueröffnung der Nordfront eine weitere Eskalation des Krieges; das angrenzende Nato-Land Türkei ist schon seit langem Komplize des Hussein-Regimes bei der Bekämpfung und Verfolgung der Kurden. So verwehrt die Türkei der kurdischen Bevölkerung die Fluchtmöglichkeit, und kann auch, gemäß einem Vertrag mit dem Irak, seit 1984 die Kurden bis 30 Kilometer hinter die irakische Grenze verfolgen. Mindestens drei Bombeneinsätze startete die Türkei bereits auf dem Gebiet der irakischen Kurden („Stuttgarter Zeitung", 26.3.1988). Die Türkei und die hinter ihr stehenden Interessen der Nato sind an einem ungefähren militärischen Gleichgewicht der kriegsführenden Länder interessiert, so daß die Türkei kein Interesse an einer Schwächung des Irak und seiner im Norden liegenden strategischen Ressourcen hat.

Planmäßiger Völkermord

Die jüngsten abscheulichen Giftgaseinsätze seitens des Irak gegen die im Norden

Die jüngsten abscheulichen Giftgaseinsätze seitens des Irak gegen die im Norden

lebenden Kurden laufen die Gefahr, unter dem Stichwort „Golfkrieg" abgehakt zu werden und in der allgemeinen Kriegsberichterstattung unterzugehen.

Die Geschichte der Verfolgung und Repression der irakischen Kurden ist jedoch älter als der Golfkrieg, und der Völkermord wurde bereits begangen, als der Iran sich noch nicht an der Eröffnung der Nordfront interessiert zeigte. Nach Untersuchungen der GfbV sind seit 1975 genau 3.159 Ortschaften im kurdischen Irak zerstört oder dem Boden gleichgemacht worden (Erklärung der GfbV vom 1.2.1988). Die ersten Giftgaseinsätze des Irak werden auf Oktober 1983 datiert. Bis Ende März habe der Irak seitdem über 20 Giftgaseinsätze gegen die dort lebenden Kurden geflogen („Frankfurter Allgemeine", 29.3.1988).

Die irakische Armee trennt den kurdischen Teil Iraks durch einen 20 Kilometer breiten Sicherheitskordon ab. Das Gebiet wurde zwecks Geheimhaltung hermetisch abgeriegelt, die kurdischen Bewohner zwangsweise umgesiedelt.

Nachdem eine bereits unterschriftsreife Autonomieregelung zwischen der PUK und der irakischen Regierung scheiterte, kam es im Herbst 1985 zu verstärkten Übergriffen gegen die Peshmerga und einer Wiederannäherung der PUK an den Iran („tageszeitung", 25.3.1988). Im Frühjahr 1986 soll Saddam Hussein den irakischen Kurden mit der Vernichtung gedroht haben („Frankfurter Allgemeine", 22.12.87). Ausmaß und Intensität des Völkermordes an den Kurden haben seit ca. zwei Jahren erheblich zugenommen, denn seit dieser Zeit wurden allein 685 Ortschaften zerstört bzw. dem Erdboden gleichgemacht (GfbV, 1.2.1988). Im Jahre 1987 steigerte das irakische Regime die Vertreibung und Liquidierung der kurdischen Bevölkerung durch systematische Giftgasangriffe auf Städte und kleinere Ortschaften. Zwischen dem 16. und 29.4.1987 warf die irakische Luftwaffe Kanister mit Senfgas und Tabun in weit über 100 Dörfer um Arbil, Kirkuk und Suleimaniya, auf Komshin, Hiran, Balisan und Shewasan. Das Dorf Sheikh Wazzan wurde dabei am 20.4.1987 völlig vernichtet. Im Mai 1987 wurde erneut Badinan angegriffen, am 24.5.1987 die Ortschaften Gurkan, Tumar, Tamari im Gebiet Shwan. Die Giftgaseinsätze ebbten danach etwas ab, im Juli 1987 sollen erneut die Provinz Badinan und Koshnaweti mit Senfgas bombardiert worden sein. Am 30.7.1987 sind ca. 8.000 Kurden, die der DPK angehören sollen, von irakischen Armeeeinheiten aus einem Internierungslager mit unbekanntem Ziel abtransportiert worden. Die GfbV geht davon aus, daß alle 8.000 Kurden getötet wurden (GfBV, 1.2.88).

Zwischen dem 3. und 17. September vergangenen Jahres startete die irakische Luftwaffe weitere massive Giftgaseinsätze in den Provinzen von Suleimaniya, Arbil und Balisan („Neue Zürcher Zeitung", 12.9.87 und GfbV, 1.2.88). Allein am 3.9.87 wurden 30 Dörfer nahe der Stadt Suleimaniya mit Senfgas und Tabun angegriffen (GfbV, 1.2.1988).

Die Bilanz der Giftgasoffensive vom April bis September 1987 lautet: rund 200 Ortschaften wurden zerstört und mindestens 560 der GfbV namentlich bekannte Kurden starben qualvoll an den Kampfgasen (GfbV, 1.2.88). Die intervallartigen Giftgaseinsätze (April 1987 — September 1987 — März 1988) entsprechen der berüchtigten faschistischen Kriegsführung der „verbrannten Erde" — im Fall des



Iraks mehr noch der „vergifteten Erde". Das Ziel des irakischen Regimes ist offenkundig, mit der systematischen Verga-

Das Ziel des irakischen Regimes ist offenkundig, mit der systematischen Verga-

sung der kurdischen Siedlungsgebiete im Nordirak die „Auslöschung" der Kurden zu betreiben. Ein Teil der dort lebenden Kurden stirbt an den Giftgasen, da vor allem die Zivilbevölkerung weder über Gasmasken verfügt, noch eine ausreichende medizinische Betreuung vorhanden ist. Die Überlebenden werden dann in verschiedene Internierungslager verschleppt und bei Widerstand gegen die Verschleppung getötet. So etwa geschehen am 20.11.1987 in Chimen, einem Dorf bei Kirkuk, wo irakische Soldaten ein Massaker an 205 Frauen, Kindern und alten Menschen verübten.

Die „Deutsche Volkszeitung" berichtete, daß die Kurden bis in Internierungslager im Süden, an der jordanischen Grenze, vertrieben wurden (22.5.1987). Bis heute sind nach Einschätzung der GfbV zwischen 60 und 80% aller Ortschaften und Städte zerstört und deren Einwohner vertrieben worden. Eine halbe Million Kurden, darunter eine Minderheit von christlichen Assyrern, wurden zwangsumgesiedelt, während nach wie vor keine präzisen Angaben über die Zahl der Toten existieren. Die GfbV spricht daher von einem „derzeit wohl einmaligen Kriegsverbrechen" durch die „systematische Vergasung kurdischer und christlich-assyrischer Siedlungsgebiete" („Badische Zeitung", 24.3.1988).

Unglaubwürdige Dementis

Die Kriegsverbrechen, die das irakische Regime am kurdischen Volk begangen hat und noch begeht, wurden seitens der Machthaber mehr schlecht als recht geleugnet. Erst einige Tage später, nach den grauenhaften Fotos über die jüngsten Giftgasopfer in Halabja, beschuldigte der Irak den Iran, die Verbrechen selber begangen zu haben („tageszeitung", 6.4.1988). Überlebende Augenzeugen aus Halabja widerlegten diese irakischen Behauptungen ebenso wie der Umstand, daß der Irak erst einige Tage später diese Version präsentierte. Als die UNO den Irak bereits vor vier Jahren verbrecherischer und völkerrechtswidriger Einsätze von chemischen Waffen beschuldigte, fiel das irakische Dementi eher wie eine Bestätigung aus: der Irak habe das Recht, zu seiner Verteidigung „alle zur Verfügung stehenden Waffen" (also auch C-Waffen) einzusetzen („Westdeutsche Allgemeine Zeitung", 30.3.1988).

Doch der Einsatz chemischer Waffen, von Phosphor-Brandbomben, Napalm zur Vernichtung des Getreides und auch der biologischen Waffen (das Pilzgift Mykotoxin) sind erwiesen. Eine UN-Kommission erhielt im April 1987 Zugang zu den mit Giftgas angegriffenen Ortschaften und stellte zweifelsfrei fest, daß das irakische Regime die Kampfgase aus dem Ersten Weltkrieg, Senfgas und Tabun, eingesetzt hatte. Ein längerer Untersuchungsbericht erschien von einem Mitglied der UN-Kommission, dem schweizerischen Oberst Imobersteg, in der „Neuen Zürcher Zeitung" am 19.6.1987.

Darüber hinaus existieren mindestens drei irakische Originaldokumente, die die Giftgaseinsätze belegen. Zum einen dokumentierte der britische „Observer" ein Telegramm des irakischen Offiziers Mahmud Hussein an seinen Distriktsvorgesetzten in Zakhq, wonach die DPK 4.000 Gasmasken gekauft habe, um sich „gegen unsere chemischen Waffen zu wehren, wenn wir ihre Stützpunkte attackieren". Zweitens existiert eine Anordnung des irakischen Generals Ezzat über die Lagerung von B- und C-Waffen, die

nung des irakischen Generals Ezzat über die Lagerung von B- und C-Waffen, die

ebenfalls im „Observer" dokumentiert wurde (nach „Süddeutsche Zeitung", 30.3.1988).

Das wohl eindrucksvollste Dokument über den irakischen Völkermord an den Kurden veröffentlichte die PUK am 10.8.1987. Es handelt sich um eine Anordnung des „Büros für die Angelegenheiten des Nordirak" an den ersten Armee-Korps vom 22.6.1987, das übrigens von Ali Hassan Madjid, einem Cousin des Präsidenten geleitet wird. Darin heißt es zunächst, daß „alle Dörfer, in denen sich Saboteure, Anhänger des Iran, die Verräter des Irak und ihresgleichen noch befinden, als sicherheitsgefährdete Dörfer betrachtet" werden. Weiter heißt es in nicht mehr zu überbietender Deutlichkeit: „Die menschliche Existenz und der Viehbestand in den oben erwähnten Dörfern werden endgültig vernichtet. Diese Dörfer werden als Todeszone betrachtet, und es darf ganz frei und ohne Rücksicht auf Regelungen geschossen werden". Nichts anderes als eine Anordnung zum Massenmord ist es, wenn die Armeeeinheiten „spezielle Angriffe" gegen eine „möglichst große Anzahl derer führen" sollen, die sich in den „Todeszonen" befinden. Die in den „Todeszonen", wie der Nordirak bezeichnet wird, Festgenommenen sollen durch Sicherheitskräfte verhört und, nachdem „man Informationen von ihnen herausbekommen hat", anschließend hingerichtet werden, was für alle Personen zwischen 15 und 70 Jahren gilt (Zitate nach: Informationsabteilung der PUK, 10.8.87).

Die Echtheit dieser Anleitung zum systematischen Völkermord wurde nach den bislang vorliegenden Informationen nicht dementiert; auch die GfbV geht von der Glaubwürdigkeit dieses Dokumentes aus, das im übrigen durch die bisherige Praxis des irakischen Regimes voll bestätigt wurde.

Wer liefert die chemischen Waffen?

Bekannt ist, wo sich die Produktionsstätten für die chemischen Waffen im Irak befinden. Es gibt derer zwei in Samarrah bei Bagdad und in Fallujah, sowie ein Forschungszentrum in Salman Pak, wo unter anderem auch ein Tierversuchs-Labor für die Giftgase bzw. Giftgasmischungen existiert. Vermutet wird, daß die Produktionsanlagen und Chemikalien aus Großbritannien, Belgien, Österreich, Italien, Indien und der BRD stammen. Konkret

Fortsetzung auf Seite 18

Despotie oder Kooperation?

Zur sogenannten „Hegemoniekrise“ des US-Imperialismus

Sind die USA nur noch ein Koloß auf tönernen Füßen? Ist das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ an seine (ökonomischen) Grenzen gestoßen? Müssen die USA ihre nach dem zweiten Weltkrieg errungene unbestrittene ökonomische, politische und militärische Hegemonierolle mit ihren Konkurrenten aus Japan und Westeuropa teilen? Befinden sich die USA in einer „Hegemoniekrise“, wie von Seiten einiger linker Autoren behauptet, oder in einer „posthegemoniealen Phase“, wie eher rechte Autoren einer amerikanischen Theorieschule analysiert haben?

Es klingt paradox: Hat ausgerechnet unter der Agide eines Ronald Reagan, der die USA wieder zur alten Größe und Stärke zurückführen wollte, der count-down gegen die USA eingesetzt?

Den Anlaß für diese Debatten liefert die prekäre Lage der US-Ökonomie selbst: die anhaltende Produktivitätsschwäche großer Teile der Industrie, die Ausdehnung nicht-produktiver Bereiche wie der Rüstungsindustrie, die Aufblähung des finanzwirtschaftlichen Sektors und der Spekulation der „Yuppies“ mit dem „Crash“ vom 19. Oktober 1987, horrende Handels- und Haushaltsdefizite und die neue Rolle der USA als größter Schuldner der Welt. Doch hinter der Aufzählung solcher Krisenerscheinungen werden allzu oft die nach wie vor bestehenden und bei weitem noch nicht ausgeschöpften ökonomischen und politischen Handlungsspielräume des US-Imperialismus vergessen — von ihrer unbestreitbaren militärischen Hegemonie ganz zu schweigen.

Dieser Beitrag möchte die Dinge ein wenig relativieren, sowohl vor einer Überschätzung der ökonomischen Krisenprozesse in den USA selbst (und deren Auswirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft), als auch vor einer Unterschätzung der USA hinsichtlich ihrer Hegemonierolle in der kapitalistischen Welt.

Das „doppelte Defizit“ der USA

Die prekäre Lage der US-Ökonomie, die materielle Basis ihrer Dominanz, drückt sich nahezu handgreiflich im „doppelten Defizit“ aus.

Zum einen hat sich das Handelsbilanzdefizit zwischen 1982 und 1987 gut vervierfacht und nahezu 150 Mrd. US-Dollar erreicht (siehe Tabelle). Entscheidend sind dabei die erreichten Größenordnungen, denn bereits seit 1971 — mit Ausnahme von 1973 und 1975 — wiesen die USA Importüberschüsse auf.

Die Stagnation der US-Warenexporte in den achtziger Jahren verweist auf eine nachlassende Konkurrenzfähigkeit großer Teile der US-Industrien, die nur noch in ausgewählten Bereichen der „high-tech“-Abteilungen, der Agrarindustrie und der Rüstungsindustrie Nettodevisenerlöse erwirtschafteten. Der „Economic Report of the President“ stellte fest, daß sich die Warenhandelsströme von neun aus zehn wichtigen Warengruppen zuungunsten der USA verändert haben. Selbst auf dem von den USA dominierten Mikrochip-Markt mußten die Yankees den Japanern den Vortritt lassen.

Die geringe Konkurrenzfähigkeit der US-Ökonomie zeigt sich auch darin, daß sich ihre Handelsbilanzposition trotz 50%iger Dollarabwertung seit 1985/86 gegenüber dem Yen und der DM kaum verbessert hat.

Umgekehrt wurden die US-Märkte mit einer wahren Importflut aus Konsum-und Investitionsgütern überschwemmt; Japan, westeuropäische Länder und auch einige wenige „Schwellenländer“ eroberten in bisher nicht gekanntem Ausmaß den US-Binnenmarkt und verwiesen die US-Industrien an die Ränder.

Parallel dazu mußten die USA seit 1983 eine rapide Verschlechterung ihrer Leistungsbilanz hinnehmen. Die positiven Erträge aus den ausländischen Direktinvestitionen reichten nicht mehr — wie noch Anfang der siebziger Jahre — aus, die Negativsalden der Handelsbilanzen zu kompensieren. Wies die Leistungsbilanz 1982 ein Minus von nur 9,1 Mrd. Dollar aus, so stieg sie auf 140,1 Mrd. Dollar (1986). Demgegenüber sanken die Einnahmen aus „Dienstleistungen und Übertragungen“, in denen auch die Direktinvestitionen enthalten sind, von ca. 30 Mrd. Dollar 1982 auf 6,6 Mrd. Dollar im Jahre 1986.

Zweitens waren die „Reagonomics“ einst angetreten, drei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Gleichzeitig wollten sie die Rüstung enorm ausweiten, die Unternehmensbesteuerungen senken und das Haushaltsdefizit beseitigen. Die beiden ersten Ziele sind bekanntlich erreicht worden. Die Rüstungsausgaben liegen, gemessen am Bruttosozialprodukt, bei 6,7% noch unterhalb der Raten während des Vietnamkrieges, und die jährlichen Steuergeschenke an das US-Kapital beziffern sich auf ca. 60 bis 80 Mrd. US-Dollar (1).

lar erreicht (siehe Tabelle). Entscheidend Steuergeschenke an das US-Kapital bezif-

Die Kehrseite der Medaille sind die hohen Haushaltsdefizite von durchschnittlich 200 Mrd. Dollar jährlich seit 1983 (siehe Tabelle). Dabei wird ersichtlich, daß die gestiegenen Rüstungsausgaben der USA nur *einen* Faktor des Defizitproblems darstellen — und keineswegs die Ursache allein sind, wie das von interessierter Seite immer wieder behauptet wird.

Das Problem des „Zwillingsdefizits“ aus Haushalt und Handelsbilanz beginnt bei deren *externer* Finanzierung. Im Jahre 1986 beanspruchten die USA ausländische Finanzressourcen in Höhe von rund 200 Mrd. Dollar, davon entfielen jeweils ein Drittel auf Japan und die westeuropäischen Länder, während das restliche Drittel in den Statistiken nicht ausgewiesen wird. Nach Aussagen des scheidenden Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank, Pierre Languettin, haben die ausländischen Zentralbanken mit Käufen in Höhe von 140 Mrd. Dollar schon allein das US-Leistungsbilanzdefizit des letzten Jahres finanziert („Stuttgarter Zeitung“, 7.3.88).

Die Inanspruchnahme ausländischer Ressourcen wirkt nicht nur zins- und wechselkurstreibend, um vermehrte Kapitalimporte zur Finanzierung des „doppelten Defizits“ zu induzieren, die Folgen betreffen die gesamte kapitalistische Weltwirtschaft:

— Es ist kein Zufall, daß der vermehrte Kapitalbedarf der verschuldeten USA zeitlich mit dem Ausbruch der internationalen Schuldenkrise zusammenfiel; denn mittels der Hochzinspolitik lenkten die USA das internationale Leihkapital in ihr Land und drehten damit die Kredithähne in Richtung „Dritte Welt“ zu.

— Durch die vereinbarten variablen Zinssätze bei Privatkrediten zwischen den imperialistischen Gläubigerbanken und den Schuldnerländern erhöhte sich für die Länder der „Dritten Welt“ der ohnehin schon mörderische Schuldendienst; der damit verbundene Zwang zur drastischen Warenimportreduktion zur Steigerung der Devisenerlöse für den Schuldendienst engte den Spielraum im Welthandel zwischen Imperialismus und „Dritter Welt“ ein und schlug so auch auf die Metropolen zurück.

— Um Warenimporte und Haushalt auch weiterhin finanzieren zu können, müssen die USA für das ausländische Kapital günstige Verwertungsbedingungen bereitstellen, was durch hohe Zinsen, genauer jedoch: durch ein Zinsgefälle zwischen dem Kapitalimporteur und den Gläubigern bewerkstelligt wird. Um den Zinsabstand bzw. die Zinsrelationen kam es zu heftigen Kontroversen zwischen den drei imperialistischen Zentren; sowohl Japan als auch die BRD mußten sich letzten Endes dem Druck aus den USA beugen, ihre Zinsen dem erforderlichen US-Niveau anzupassen. Anderenfalls wären die US-Zinsen auf ein noch viel höheres Niveau gestiegen und hätten die Investitionen völlig abgewürgt — mit der Folge einer tiefen Rezession.

stige Verwertungsbedingungen bereitstel- len, was durch hohe Zinsen, genauer je- doch: durch ein Zinsgefälle zwischen

— Die Bereitstellung lukrativer Zinsmargen und insgesamt günstiger Kapitalverwertungsbedingungen lockten nicht nur Waren und Kapital ins Land, sondern vor allem auch japanische und westdeutsche Konzerne, die ihre Auslandsproduktion und Investitionen in den USA enorm ausweiteten.

Das „doppelte Defizit“ verweist jedoch darüber hinaus auf die ambivalente Rolle der USA. Einerseits geraten die selbstgesteckten Weltherrschaftsambitionen zunehmend in Widerspruch zu den eigenen ökonomischen Möglichkeiten und dem eigenen ökonomischen Potential. Denn erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich die USA in einem höheren Maße von der übrigen Weltwirtschaft abhängig gemacht, während zuvor nur eine einseitige Abhängigkeit der übrigen kapitalistischen Welt von den USA existierte.

Und erstmals nach 1945 wurde die zyklische Aufschwungperiode 1983-1987 in den USA ausschließlich durch die Heranziehung internationaler Ressourcen ermöglicht. Der erreichte Grad gegenseitiger Abhängigkeit als Folge der Notwendigkeit, externe Ressourcen zur Finanzierung des „Zwillingsdefizits“ in Anspruch zu nehmen, darf jedoch nicht allein als Schwäche der USA interpretiert werden, denn diese eingetretenen Interdependenzen bieten den USA andererseits auch neue Möglichkeiten, ihre Hegemonie durchzusetzen.



Der US-Binnenmarkt als Zentrum der kapitalistischen Weltwirtschaft

Zum Nachweis der „Hegemoniekrise“ wird gern der Umstand angeführt, daß die USA inzwischen zum größten Schuldner der Welt aufgestiegen seien. Allerdings ergibt sich diese Netto-Schuldnerposition in Höhe von ca. 400 Mrd. Dollar (1987) aus der Saldierung der *Vermögensbestände* der USA im Ausland und des Auslands in den USA. Wie aus nebenstehender Tabelle zu ersehen ist, handelt es sich bei der Netto-Schuldnerposition der USA um eine rein formale Größe, die sehr wenig Aussagewert über die „echten“ Schulden besitzt, die sich aus der externen Verschuldung durch Kreditaufnahmen ergibt. Im übrigen befinden sich die USA nach diesen Vermögensstatistiken bereits seit den sechziger Jahren in einer Netto-Schuldnerposition gegenüber den westeuropäischen Ländern. Aus der Netto-Schuldnerposition der USA ist also nicht etwa eine Schwächung der US-Positionen ersichtlich, sondern etwas eher Gegenteiliges — nämlich die Fähigkeit der USA, ihre dominierende Stellung in der kapitalistischen Weltwirtschaft rücksichtslos zur weltweiten Ressourcenumverteilung zu nutzen — allerdings um den Preis hoher finanzieller Verpflichtungen für die Zukunft. Die Vermögensposition der USA weist vielmehr die Tatsache aus, daß sich die Internationalisierung des Warenhandels-, des produktiven und des Leihkapitals in den achtziger Jahren sehr stark auf den amerikanischen Binnenmarkt konzentriert hat, der US-Markt also im Zentrum der Internationalisierungsprozesse steht.

dings ergibt sich diese Netto-Schuldner- position in Höhe von ca. 400 Mrd. Dollar

Diese gravierenden Veränderungen der Waren- und Kapitalströme in Richtung USA sollen näher erläutert werden. Wie aus nebenstehender Kapitalverkehrsbilanz der USA hervorgeht, weisen die USA seit 1984 hohe Kapitalimporte aus, die die eigenen Kapitalexporte um ca. 80 bis 100 Mrd. Dollar übersteigen. Zusammengenommen haben sich die Kapitalströme seit 1983 umgekehrt, und Ausländer (vor allem Japan, die BRD, Großbritannien und Kanada) mehr Kapital in die USA exportiert als die USA ins Ausland. Die gesamten US-Kapitalexporte gingen sogar bis 1985 dramatisch zurück — eine Folge der Hochzinspolitik und des hohen Dollarkurses, der Kapitalanlagen in den USA attraktiver machte. Zwischen 1980 und 1987 stieg das Auslandsvermögen der USA um rund 500 Mrd. Dollar — das ausländische Vermögen *in* den USA dagegen auf das doppelte, rund 1000 Mrd. US-Dollar (siehe Tabelle). Das ist übrigens auch die materielle Basis der US-„Ausverkaufs“-Demagogien im jetzigen amerikanischen Wahlkampf.

Die Umlenkung der Kapitalströme in Richtung USA kann auch im Hinblick auf den Umfang oder Bestand der Direktinvestitionen belegt werden. Zwischen 1980 und 1986 nahmen die ausländischen Direktinvestitionen der USA von 215,6 auf 260 Mrd. Dollar zu, während sich die ausländischen Direktinvestitionen *in* die USA mehr als verdreifachten: von 68,4 Mrd. Dollar auf 210 Mrd. Dollar.

auf den Umfang oder Bestand der Direkt- investitionen belegt werden. Zwischen 1980 und 1986 nahmen die ausländischen

Konjunkturell betrachtet, übten die USA in den achtziger Jahren die „Lokomotivfunktion“ in der kapitalistischen Weltwirtschaft aus und hielten den Welthandel in Gang. Profitiert haben davon in erster Linie Japan und die BRD mit ihren mächtigen Handelsbilanzüberschüssen, japanische und westeuropäische Konzerne, die in den USA günstige Verwertungsbedingungen und den riesigen Binnenmarkt vorfanden, sowie einige lateinamerikanische und südostasiatische „Schwellenländer“. Die USA erwiesen sich insofern als das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“, was ihre Aufnahmefähigkeit von Waren, produktivem und Leihkapital anbelangte. Es ist, nebenbei bemerkt, pure Heuchelei, wenn Bundesbankpräsident Pöhl oder Finanzminister Stoltenberg den USA vorwerfen, „über ihre Verhältnisse zu leben“ oder „endlich ihre Hausaufgaben zu erledigen“, denn von der gigantischen Ressourcenumlenkung in die USA um jeden Preis der inneren und äußeren Verschuldung der USA hat u.a. die BRD als Weltexportnation Nummer 1 in erheblichem Maße profitiert.

Der Preis für diese Ressourcenumverteilung ist allerdings hoch:
Zum einen müssen die USA ihre Fähigkeit erhalten, die Warenimporte mit Kapitalimporten zu finanzieren, was günstige monetäre Verwertungsbedingungen voraussetzt. Umgekehrt wird von den Warenexportländern auch ein entsprechender Kapitalexport gefordert, d. h. die Warenausfuhren müssen durch die Bereitstellung von Krediten an die USA finanziert werden. Die internationale Umverteilung

Fortsetzung nächste Seite

Kapitalverkehrsbilanz der USA (in Mrd. Dollar)

(Kapitalexport: —)	1981	1982	1983	1984	1985	1986
US-Anlagen im Ausland						
Direktinvestitionen	− 9.6	+ 2.4	− 0.4	− 3.9	− 18.8	− 31.9
Portfolioinvestitionen	− 5.8	− 8.1	− 7.0	− 5.1	− 8.0	− 4.8
Unternehmensforderungen	− 1.2	+ 6.6	− 6.5	+ 5.1	+ 1.7	− 4.2
Bankforderungen	− 84.2	− 111.1	− 29.9	− 11.1	− 0.7	− 57.3
Regierungsforderungen	− 5.1	− 6.1	− 5.0	− 5.5	− 2.8	− 2.0
Insgesamt	− 105.9	− 116.3	− 48.8	− 20.5	− 28.6	− 100.1
Ausländische Anlagen in den USA						
Direktinvestitionen	+ 25.2	+ 13.8	+ 11.9	+ 25.4	+ 17.9	+ 25.6
Portofolioinvestitionen	+ 10.1	+ 13.4	+ 17.4	+ 35.8	+ 71.4	+ 80.0
Unternehmensverbindlichkeiten	+ 0.9	− 2.4	− 0.1	+ 4.7	− 1.2	− 3.1
Bankverbindlichkeiten	+ 42.1	+ 65.6	+ 50.3	+ 33.8	+ 40.4	+ 77.4
Regierungsverbindlichkeiten	− 0.3	+ 0.6	+ 0.7	+ 0.4	+ 0.5	+ 1.1
Insgesamt	+ 78.0	+ 91.1	+ 80.3	+ 100.2	+ 126.9	+ 181.0
Saldo des Kapitalverkehrs						
Direktinvestitionen	+ 15.6	+ 16.2	+ 11.6	+ 21.5	− 0.9	− 6.3
Portfolioinvestitionen	+ 4.3	+ 5.3	+ 10.4	+ 30.7	+ 63.4	+ 75.2
Unternehmenssektor	− 0.3	+ 4.2	− 6.6	+ 9.8	+ 0.5	− 7.3
Banken	− 42.0	− 45.4	+ 20.4	+ 22.7	+ 39.7	+ 20.1
Öffentliche Hand	− 5.4	− 5.5	− 4.3	− 5.1	− 2.3	− 0.9
Insgesamt	− 27.8	− 25.2	+ 31.4	+ 79.7	+ 100.3	+ 80.8

Die US-Staatsverschuldung

Jahr	US-Bundeshaushalt Einnahmen (in Mrd. Dollar)	US-Bundeshaushalt Ausgaben (in Mrd. Dollar)	Anteil der Rüstungsausgaben in %	Netto-Zinsaufwand	US-Etat-defizit	Etatverschuldung im Ausland
1982	617.8	745.7	24.8	85.0	− 127.9	140.6
1983	600.6	808.7	26.0	89.8	− 207.8	160.1
1984	666.5	851.8	26.7	111.1	− 185.3	175.5
1985	734.1	946.3	26.7	129.4	− 212.3	208.8
1986	769.1	989.8	27.6	136.0	− 220.7	255.3
1987	842.4	1015.6	27.8	137.5	− 173.2	o.A.

Handels- und Leistungsbilanz der USA (in Mrd. Dollar)

Jahr	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	Saldo der Leistungsbilanz*
1981	237,1	265,1	− 28,0	+ 6,3
1982	211,2	247,6	− 36,4	− 9,1
1983	201,8	268,9	− 67,1	− 46,6
1984	219,9	332,4	− 112,5	− 106,5
1985	214,4	338,9	− 124,4	− 117,7
1986	221,8	369,5	− 147,7	− 140,6

*) Saldo Handelsbilanz minus Saldo Dienstleistungen und Übertragungen

Netto-Vermögensposition der USA (in Mrd. Dollar)

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
Auslandsvermögen der USA	607	720	825	874	898	949	1068	1100
Ausländisches Vermögen in den USA	501	579	689	786	894	1060	1331	1500
Netto-Position	106	141	136	88	4	− 111	− 264	− 400

Vermögensposition der USA, aufgeschlüsselt (in Mrd. Dollar) 1986

Auslandsvermögen		Ausländisches Vermögen in den USA
Währungsreserven	49	240
Staatl. Vermögen	89	96
Privates Vermögen		
— Direktinvestitionen	260	210
— Festverzinsliche Wertpapiere	80	142
— Aktien	51	167
— Forderungen	32	27
— Bankforderungen	506	449
Zusammen	1068	1331

3.000 Milliarden Dollar für 200 private Firmen (Umsätze 1984)

Land	Anzahl	%	Umsatz in Mrd. Dollar	%	
USA	103	51,5	1.549,8	52,6	
Japan	37	18,5	667,5	22,7	75,3
BRD	18	9,0	190,0	6,5	
Großbritannien	11	5,5	150,1	5,1	11,6
NL/GB	2	1,0	105,7	3,6	
Kanada	7	3,5	59,7	2,0	
Israel	4	2,0	45,1	1,5	
Rep. Korea	5	2,5	44,0	1,5	
Südafrika	3	1,5	31,3	1,1	
Niederlande	2	1,0	22,8	0,8	
Italien	2	1,0	20,6	0,7	13,1
Schweiz	2	1,0	20,6	0,7	
Schweden	1	0,5	10,5	0,4	
Frankreich	1	0,5	10,4	0,3	
Belgien	1	0,5	8,7	0,3	
Brasilien	1	0,5	6,4	0,2	
Insgesamt	200	100	2.946,2	100	

Berechnet nach Angaben aus Forbes und Fortune

Fortsetzung von vorheriger Seite

von Waren und Kapital hat allerdings die Grenzen der amerikanischen Kapazitäten überschritten; das Ausmaß des „doppelten Defizits" und deren Bewältigung ist zu einem internationalen Störenfried der ökonomischen Beziehungen der imperialistischen Metropolen herangewachsen, wobei die USA versuchen, die Kosten der Überstrapazierung ihres Marktes wiederum *extern* zu lösen, d.h. den Konkurrenten aufzubürden.

Zweitens tragen die imperialistischen Konkurrenten der USA einen Teil der Kosten zur Neubegründung der US-Hegemonie, indem sie durch hohe Nettokapitalabflüsse der heimischen Wirtschaft finanzielle Ressourcen entziehen und damit ihre eigenen geld- und fiskalpolitischen Spielräume einengen. Die ökonomische Entwicklung in den Konkurrenzländern (Japan, EG) ist in hohem Maße abhängig von den finanz- und wirtschaftspolitischen Manövern der USA, vor allem der Zins- und Wechselkurse und auch potentiell bedroht von protektionistischen Maßnahmen der USA.

Den härtesten Preis jedoch haben drittens die Länder der „Dritten Welt" zu zahlen. Nicht nur durch die Folgen der Hochzinspolitik, auf die bereits hingewiesen wurde, sondern generell durch das Kappen des Kreditflusses. Die Inanspruchnahme der internationalen Kredit- und Kapitalmärkte seitens der USA ließen keine Expansion der Kreditlinien für die



„Dritte Welt" mehr zu, woran auch die vielen kosmetischen Operationen wie Baker-Plan, Umschuldungen usw. nichts ändern. Die Schuldenkrise ist somit auch eine klassische Kreditkrise.

Weltwirtschaftliche Interdependenz

Bevor auf die weltwirtschaftlichen Konfliktpotentiale und die Zunahme der innerimperialistischen Auseinandersetzungen näher eingegangen wird, ist es notwendig, in Kürze den heutigen kapitalistischen Weltmarkt zu charakterisieren.

Erstens zeichnet sich die kapitalistische Weltwirtschaft durch einen hohen Grad außenwirtschaftlicher Verflechtung aus. Die Exportabhängigkeitsquoten, also das Verhältnis der Exporte von Waren zum jeweiligen Bruttosozialprodukt, sind in allen entwickelten kapitalistischen Ländern zum Teil beträchtlich gestiegen. Diese Quoten reichen in Westeuropa von 14% (Griechenland) über 30% (BRD) bis 66% (Belgien). Nur in Japan (13%) und in den USA (6%) fallen die Quoten wegen der größeren heimischen Märkte deutlich geringer aus (2). Die internationale „Arbeitsteilung" zeichnet sich ferner durch den sogenannten „intra-industriellen" Handel aus, d.h. es werden zu 60 und 80% gleichartige Waren getauscht, die jedes Land potentiell auch selbst produzieren könnte. Dies zwingt jedes Land zu einer Spezialisierung und Diversifizierung ihrer Warenpaletten und zu einem Modernisierungswettlauf um die kostengünstigste Produktion. Hinsichtlich des Warenhandels dominieren drei Länder — die BRD, Japan und die USA — den Weltmarkt mit zusammen etwa 30%, wobei die BRD und Japan die USA überholt haben.

Zweitens vollzog sich parallel zur Internationalisierung des Warenkapitals auch die Internationalisierung des produktiven Kapitals (Direktinvestitionen), wobei auch hier die imperialistischen Konkurrenten der USA mächtig aufgeholt haben und heute bereits rund 50% aller Investitionen tätigen. Rund 80% der in den USA getätigten Investitionen wurden von ausländischen Konzernen und Banken vorgenommen.

In diesem Zusammenhang spielt die enorme Ausdehnung der transnationalen Konzerne eine große Rolle. Sie kalkulieren nicht nur ihren Output im Weltmaßstab („economics of scale"), sondern haben in den letzten Jahren ihre Auslandsaktivitäten durch Firmenaufkäufe, ausländische Filialen, Aktienbeteiligungen und Investitionen usw. beträchtlich erweitert. Die ausländischen Konzerne dominieren in den imperialistischen Ländern einen erheblichen Teil der Industrieproduktion — in den Ländern der EG beträgt er bereits zwischen 20 und 30% der inländischen Produktion. Die wirtschaftlichen Existenzbedingungen dieser Konzerne sind nur noch zu einem Teil vom „heimischen" Markt abhängig; Export und Auslandsproduktion sichern inzwischen schon etwa die Hälfte der Profite (3). Eine Untersuchung aus der „Le monde diplomatique" (März 1987) kommt zu dem Ergebnis, daß die 200 umsatzstärksten Konzerne der Welt 1985 Umsätze in Höhe von 3 Billionen Dollar erwirtschafteten — das entspricht einem Anteil von 27% des Bruttosozialprodukts aller kapitalistischen Länder. Dabei ist eine nach wie vor große Dominanz der US-Konzerne unverkennbar (siehe Tabelle).

Drittens besteht die hohe Interdependenz in der Internationalisierung des Leihkapitals in Form der Ausdehnung der Bankgeschäfte und der Herausbildung privater internationaler Kapitalmärkte seit Anfang der siebziger Jahre. Das Volumen dieser privaten Kapitalmärkte stieg von 500 Mrd. Dollar (1975) auf ca. 3.000 Mrd. Dollar (1986). Charakteristisch für diese Märkte ist, daß Banken ohne Kontrolle und Zwischenschaltung „ihrer" jeweiligen staatlichen Zentralbanken untereinander Kreditbeziehungen eingehen und erheblichen Einfluß auf Zinsen und Wechselkursrelationen ausüben, die sich gleichfalls somit staatlichen Kontrollen entziehen, wenn man bedenkt, daß täglich ca. 200 Mrd. Dollar auf diesen Märkten umgesetzt werden.

Die „Nicht-Banken", also die transnationalen Konzerne, haben auf diesen privaten Kapitalmärkten ca. 750-1.000 Mrd. Dollar „geparkt" (4), deren produktive Investition nicht lohnt.

Die jährlichen Zuwachsraten der „monetären" Akkumulation von Kapital übertreffen die Zuwächse aus der Akkumulation von produktivem Kapital vor dem Hintergrund eines tendenziellen Rückgangs der Zuwachsraten für Investitionen und wirtschaftliches Wachstum.

In Bezug auf die Hegemonierolle der USA kommt diesen sogenannten „Eurogeldmärkten" oder „Xeno-Märkten" insofern eine hervorragende Bedeutung zu, als beim „Recycling" dieses anlagesuchenden Leihkapitals die US-Banken, die über das weit größte Filialnetz verfügen, einen erheblichen Einfluß auf die Lenkung der Mittel und die Zinsen ausüben. Dazu gesellt sich die Weltgeldrolle des US-Dollar und die hohen US-Zinsen, die beide dafür sorgen, daß die finanziellen Transaktionen in Dollars abgewickelt werden. Die Eurobanken schreiben ihre Einlagen also auf Konten der US-Banken gut, um somit die Zinsgewinne einzutreiben, andererseits versorgen sich so die US-Banken mit der nötigen Liquidität. Diese Einlagen reklamierten die USA seit Beginn der achtziger Jahre aufgrund ihres gewachsenen Kapitalimportbedarfs zur Finanzierung ihres „doppelten Defizits" für sich und kappten die Kredithähne gegenüber den Ländern der „Dritten Welt".

Bezogen auf das Kräfteverhältnis zwischen den drei die Weltwirtschaft dominierenden imperialistischen Zentren heißt dies, daß die USA an internationaler Konkurrenzfähigkeit gegenüber Japan und der BRD verloren haben, hinsichtlich des produktiven Kapitals noch immer eine dominierende Stellung besitzen, aber sich der Aufholjagd Japans und der BRD (sowie weiterer EG-Länder) stellen müssen, die in diesem Bereich erheblichen Boden gutmachen konnten. Als entscheidende „Waffe" im internationalen Konkurrenzkampf verbleibt den USA ihre „monetäre" Stärke, ausgedrückt in der nach wie vor unangetasteten Rolle des Dollar als Weltgeld, den Zinsen und der Dominanz über die privaten Kapitalmärkte.

Die gegenseitige Verflechtung und Durchdringung des Weltmarktes, die sich im Kontext des internationalen Konkurrenzkampfes vollzieht, hat Konsequenzen für die jeweils nationalstaatlich verfaßten Ökonomien. Jede national betriebene kapitalistische Reproduktion und Wirtschaftspolitik, inzwischen auch die der USA, sieht sich mit den sogenannten „Sachzwängen des Weltmarktes" konfrontiert, die sich im „Diktat der Zahlungsbilanz" manifestieren. Die nationale Autonomie — nicht Autarkie! — von
le Autonomie — nicht Autarkie! — von
Wirtschaftspolitik ist begrenzt und muß immer die Rückwirkungen einer solchen Politik auf die Weltmarktbeziehungen mit einkalkulieren.

Infolge der Tatsache, daß sich der kapitalistische Weltmarkt aus der Summe national(staatlicher) Märkte konstituiert und eine „Stufenleiter" (Marx) hervorbringt, derzufolge die Nationen eine dominante Stellung einnehmen, deren Produktivitäts- und Produktionsniveau am höchsten entwickelt sind, gelten diese Interdependenzen nicht für alle Länder in gleicher Weise. Für die Länder der „Dritten Welt" besteht die Weltmarktabhängigkeit und Unterordnung handgreiflich — während die USA, Japan und die BRD selbst diese „Sachzwänge" ausüben, gleichfalls aber mit deren Rückwirkungen konfrontiert sind. Oder anders ausgedrückt: Die Spielräume für eine nationalstaatliche Wirtschaftspolitik und deren Autonomie unterliegen — je nach der Stellung in der internationalen Stufenleiter des Weltmarkts — möglichen Einschränkungen seitens der „internationalen Arbeitsteilung".

Vor diesem Hintergrund und der vorangeschrittenen Weltmarktintegration müssen die Weltherrschaftsambitionen der USA unter den veränderten Bedingungen beleuchtet werden.

Die Diskussion in den USA

Die gewachsenen Interdependenzen sowie die Veränderung der innerimperialistischen Kräfteverhältnisse zuungusten der USA (und zugunsten von Japan und der BRD) haben zu zwei unterschiedlichen Theorieschulen in den USA selbst geführt. Gemeinsamer Ausgangspunkt bildet die Einsicht, daß *„die Zeit, in der die Vereinigten Staaten noch die Ressourcen für einen Alleingang oder einen starken Hebel zur Durchsetzung ihres Willens gegenüber ihren Handelspartnern hatten, schon längst vorüber"* sei (Yochelson 1986, S. 460). Oder: *„Die Vereinigten Staaten sind nicht stark genug, um in der Lage zu sein sich anzumaßen, daß andere Länder ihre unilateralen Versuche, die Welt zu reorganisieren, einfach hinnehmen"* (Keohane/Nye 1985, S. 166).

In seinem Buch „After Hegemony" stellt der US-Politologe Keohane treffend fest: *„In diesem Jahrhundert ist es unwahrscheinlich, daß eine hegemoniale*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Führung für die Vereinigten Staaten oder für eine anderes Land wiederbelebt werden kann. Hegemoniale Macht konnte sich historisch nur nach Weltkriegen durchsetzen; in Friedenszeiten haben schwächere Länder gegenüber dem Hegemon weit eher Vorteile erlangt als umgekehrt" (Keohane 1984, S. 9).

Der Hinweis auf die „Weltkriege" ist bemerkenswert, denn er verweist darauf, daß die Atommacht Sowjetunion einen wesentlichen Hinderungsgrund für das offene Austragen der innerimperialistischen Widersprüche zur Wiedererlangung uneingeschränkter US-Hegemonie mittels eines weiteren Weltkrieges darstellt.

Über die Konsequenzen der Positionsverluste der USA gehen die Meinungen in den USA auseinander. Die offizielle Politik der Reagan-Administration setzt auf die „Wiedergewinnung von Stärke", wie sie u.a. von Reagan, Finanzminister Baker oder dem einflußreichen US-Ökonom Kindleberger vertreten werden. Politische und weltwirtschaftliche Stabilität ließen sich nur unter der eindeutigen Hegemonie der USA gewährleisten.

Auf der anderen Seite gibt es eine Denkrichtung, die den veränderten Kräfteverhältnissen durch mehr Kooperation, Kompromisse und Interessensausgleich Rechnung tragen will. Sie knüpft direkt an die Erfahrungen der „Trilateralen Kommission" der siebziger Jahre an, wo schon einmal der Versuch unternommen wurde, der „Tripolarität", der Existenz dreier imperialistischer Machtzentren, durch Kooperation Rechnung zu tragen.

In der wirtschaftspolitischen Praxis jedoch liegt die US-Politik genau im Spannungsfeld zwischen Weltherrschaftsambitionen und Hegemonie einerseits und dem Zwang zu Kooperation andererseits. Beide Varianten werden in den Bereichen der Ökonomie, der Militärpolitik und der politischen Beziehungen angewendet, wobei allerdings die Wahrung der amerikanischen Hegemonialinteressen eindeutig im Vordergrund stehen.

Das amerikanische Dilemma

Vor dem Hintergrund der großen Zahlungsbilanzungleichgewichte, den Wettbewerbsverlusten der US-Wirtschaft und dem „doppelten Defizit" ist der Urheber für die weltwirtschaftlichen Instabilitäten auf dem Währungssektor und die vorhandenen wie künftigen Konfliktpotentiale zwischen den drei imperialistischen Zentren leicht auszumachen: Es sind die USA und ihre Fähigkeit, ihre wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume rücksichtlos zu nutzen und die Folgekosten ihrer Maßnahmen zu externalisieren. Die komfortable Position des US-Imperialismus zeigte sich bereits in der Vergangenheit darin, daß unter Inanspruchnahme externer Ressourcen ihren Konsum- und Yuppie-Boom zu finanzieren — übrigens auch unter Rückgriff auf Netto-Devisenzahlungen aus den verschuldeten Ländern der „Dritten Welt". Sie trieben die Zinsen und den Wechselkurs des Dollar nach oben, um sich mit Waren- und Kapitalim-

oben, um sich mit Waren- und Kapitalim-
porten aus den Konkurrenzländern einzudecken.

Allerdings ist die Grenze bereits überschritten, in der die USA dieses Spielchen einfach so weitertreiben könnten, denn ihr „Konsum auf Pump" hat zu exorbitanten Defiziten geführt, die die US-Positionen untergraben könnten und die Manövrierfähigkeit der USA selbst einzuschränken drohen (5).

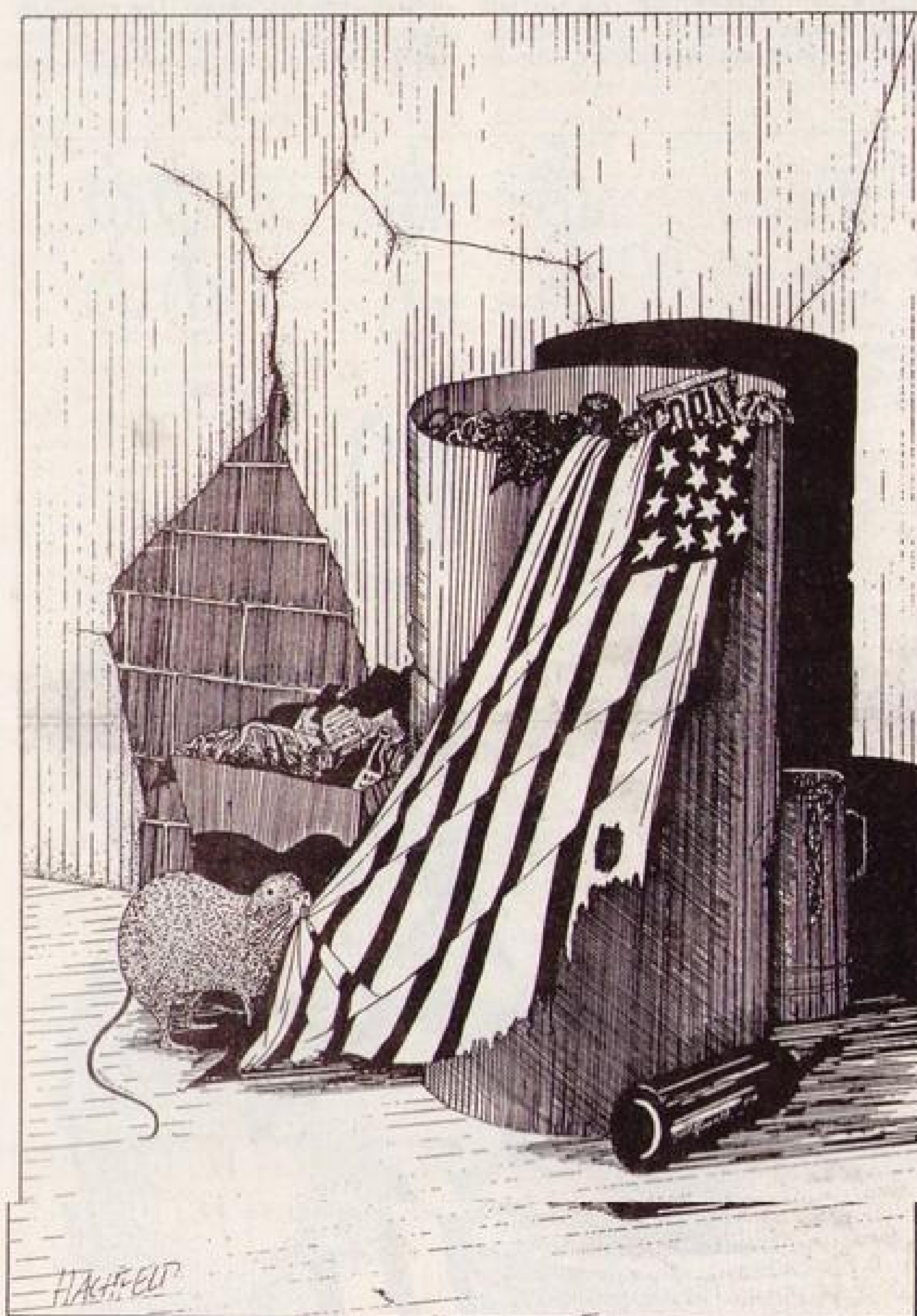
Bereits 1985/86 unternahmen die USA mittels einer koordinierten Abwertung des Dollar gegenüber Yen und D-Mark den Versuch, ihr Leistungsbilanzdefizit abzubauen („Plaza-Abkommen"). Aber selbst eine bis heute 50%ige Abwertung hat die Warenströme nicht umkehren können. Daher mehren sich die Stimmen in den USA, den Dollarkurs noch weiter fallen zu lassen, um die Warenimporte zu verteuern und die eigenen Exporte zu verbilligen. Das derzeitige Kursniveau konnte bisher nur dank massiver Dollarkäufe seitens der japanischen und westeuropäischen Zentralbanken (1987: 90 Mrd. Dollar) gehalten werden, denn die Exportindustrien dieser Länder haben kein Interesse an einer weiteren Abwertung. Die permanenten Wechselkurs-Instabilitäten sind den Exportindustrien ohnehin ein Ärgernis, sofern sie Waren austauschen — nicht jedoch, wenn es um Devisenspekulationsgeschäfte geht.

Die Politik der reinen Abwertung wird die negative Zahlungsbilanz der USA nicht entscheidend umdrehen können, denn eine erhebliche Steigerung der Warenexporte stößt an die (teilweise protektionistisch flankierten) Aufnahmekapazitäten der imperialistischen Konkurrenten; die verschuldeten Länder der „Dritten Welt" kommen ohnehin nicht in Betracht. Was den USA bleibt, ist die bittere Medizin, die ansonsten nur der IWF den Schuldnerländern zu verabreichen pflegt: Die USA müßten den „Gürtel enger schnallen", ihren Konsum drastisch einschränken und damit die Importe drosseln, gegebenenfalls auch mit protektionistischen Maßnahmen, verbunden mit einer Restrukturierung ihrer nicht-konkurrenzfähigen Industrien in der nächsten Rezession.

Aber auch hier wäre der Preis eine rezessive Entwicklung nicht nur in den USA selbst, sondern bei den besonders von den US-Märkten abhängigen ausländischen Exporteuren: Japan und die lateinamerikanischen bzw. südostasiatischen „Schwellenländer".

Bei einer weiteren Dollarabwertung plus niedrigeren Zinsen würde der Dollar noch weiter in den Keller fallen, das Vertrauen in das Weltgeld unterminieren und die Gefahr einer Kapitalflucht, dem kollektiven Ausstieg aus den US-Anlagen, heraufbeschwören.

Bei Abwertung plus relativ hohen Zinsen wären zwar die Kapitalimporte gesichert, allerdings um den Preis einer Rezession, da die hohen Zinsen die Investitionen lähmen würden. Man kann es also drehen und wenden, wie man will: Die Manövrierfähigkeit der USA zum Abbau ihres Leistungsbilanzdefizits hat sich reduziert; dieser ist nur zum Preis einer rezessiven Entwicklung zu haben, deren Kosten in einem Extremfall die USA, im anderen die übrigen kapitalistischen Länder zu tragen hätten. Die derzeitigen Auseinandersetzungen drehen sich um den Kurs des Dollar und das Zinsgefälle, wobei ein zu tiefer Fall von beiden den Fluß von Kapitalimporten schmälert — was in der letzten Zeit schon tendenziell der Fall gewesen ist.



Auch protektionistische Maßnahmen der USA werden immer wieder diskutiert, aber aufgrund von zwei entscheidenden Nachteilen nicht praktiziert: Zum einen würden Japan und die EG-Staaten mit den gleichen Maßnahmen antworten, außerdem gefährdet der Protektionismus „die wirtschaftliche Führungsrolle Amerikas", wie US-Finanzminister Baker erklärte, denn nur das Offenhalten der Märkte erlaubt es den USA, ihrerseits ihre Weltmarktpositionen zu behaupten oder sogar mittelfristig auszubauen.

Die amerikanischen Schulden

Bis Ende der achtziger Jahre wären jährliche Zinszahlungen von 60 Mrd. Dollar an die ausländischen Gläubiger fällig, aber dank der privilegierten Lage der USA haben sie bislang noch keinen Penny entrichtet. Und die USA werden auch in Zukunft nicht den Weg beschreiten müssen, den ansonsten der IWF den verschuldeten Ländern der „Dritten Welt" vorschreibt: Exportsteigerungen bei drastischer Importreduzierung und eine Politik des „Gürtel-enger-Schnallens".

Statt dessen können sich die USA ihrer stärksten ökonomischen „Waffe", dem als Weltgeld fugierenden Dollar bedienen, um ihre Auslandsschulden abzubauen. Im Grunde genommen besteht die Option der USA in einer Kapitalenwertung bzw. Vernichtung ihrer Schulden. Dazu gehört zum einen die Dollar-Abwertung. Allein durch die bisher erfolgte 50%ige Abwertung gegenüber Yen und D-Mark erfolgte eine ebenso hohe Schuldenentwertung. So mußten beispielsweise japanische Kapitalanleger, die 1986 ca. 90 Mrd. Dollar in den USA anlegten, einen Verlust von 45 Mrd. Dollar — in Yen gerechnet — hinnehmen.

Kapitalvernichtungen sind schon erfolgt. Allein beim Börsencrash vom 19.10.1987 verloren die Anleger in aller Welt rund 1 Billion Dollar; Firmen- und Bankenpleiten in den USA lassen die ausländischen Anleger leer ausgehen.

Eine weitere Möglichkeit wäre eine hausgemachte Inflationierung des Dollar, die die US-Schulden direkt und durch die Folge einer weiteren Kursabwertung indirekt entwertet.

Eine amerikanische Entschuldung bedeutet umgekehrt eine Entwertung japanischen und westeuropäischen Kapitals, was sich wiederum in einer Rezession niederschlagen würde. Und weder die EG-Staaten noch Japan besitzen die ökonomischen Kapazitäten, die Wachstums-und Lokomotivfunktionen der USA für das weltwirtschaftliche Getriebe zu übernehmen, um so die USA aus dem Sumpf zu ziehen.

Die weiteren Aussichten ...

Zweifellos ist das vom US-Imperialismus nach 1945 rekonstituierte und diktierte weltwirtschaftliche Nachkriegssystem im Zerfall und im Umbruch begriffen, deren Knotenpunkte im Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton Woods (1971/73), in den Weltwirtschaftskrisen 1974/75 und 1980/82, in der internationalen Schuldenkrise seit 1982 und der enormen Ressourcenumverteilung auf dem US-Binnenmarkt seit 1983 liegen.

Dieser Zerfall der von den USA geprägten Nachkriegsordnung hängt unmittelbar mit dem *relativen* ökonomischen Niedergang der USA im produktiven Sektor zusammen und sorgt so in erheblichem Maße für Unsicherheiten und Instabilitäten des Weltmarktgefüges.

Die USA fungieren nicht mehr uneingeschränkt als „Demiurg des bürgerlichen Kosmos" (Marx), historisch betrachtet offenbar eine wesentliche Voraussetzung für die relative Stabilität kapitalistischer Ausbeutung und Weltwirtschaftsbeziehungen (6). Wird diese Demiurgenrolle als eine Art Leithammelfunktion im internationalen Konkurrenzkampf unterminiert, so eskalieren die innerimperialistischen Widersprüche im Kampf um Einflußsphären in der Welt. Im Falle der Ablösung des einstigen Demiurgen Großbritannien durch die beiden Weltkriege — gegenwärtig ausgetragen in einem Modernisierungswettlauf und im Kampf um eine neue Rangordnung zwischen den drei imperialistischen Zentren.

Dabei besitzen die USA nach wie vor eine unbestrittene politische und militärische Führungsrolle. Vor allem im militärischen Bereich agieren die USA zunehmend unilateralistisch und den eigenen Interessen in Bezug auf die Weltherrschaft unter Hintenanstellung ihrer „Bündnisverpflichtungen" im Rahmen der NATO folgend (7). Und die USA sind nach wie vor in der Lage, über den Dollar als Weltgeld und über die Dominanz der internationalen Kredit- und Kapitalmärkte ihre hegemonialen Funktionen wahrzunehmen.

Im Unterschied zu den fünfziger und sechziger Jahren, wo sich die ökonomischen Hegemonialinteressen der USA noch einigermaßen in Übereinstimmung mit den Interessen der übrigen imperialistischen Ländern befanden und an der „pax americana" partizipierten, haben die politischen Konflikte im Zuge der Aufholjagd Japans und der BRD erheblich zugenommen. Aus der Veränderung der Kräfteverhältnisse und den gewachsenen ökonomischen Problemen (Schuldenkrise, anhaltende Investitions- und Wachstumsschwäche) machen die USA aus ihrer Hegemonialrolle zunehmend rücksichtsloseren Gebrauch.

Dabei ist weder eine andere Macht (Japan oder die EG-Länder) in Sicht, in die neue Rolle des „Demiurgen" zu schlüpfen, noch bestehen die Chancen für eine kooperative, konsensuale Lösung der weltwirtschaftlichen Probleme, denn die USA waren historisch immer nur dann zu solchen Verhandlungen bereit, wenn sie deren Ergebnisse auch diktieren konnten.

Angesichts dieser Widersprüchlichkeiten sind Entwicklungen hinsichtlich einer „Neuordnung" des Weltmarktes wahrscheinlich, die auf die Entstehung von regionalen Wirtschafts- und Währungszonen hinauslaufen und „merkanitilistisch" voneinander abgeschottet sind. Solche abgesteckten Einflußsphären sind schon heute sichtbar, manche von ihnen nach wie vor hart umkämpft:

— Die USA besitzen ihren traditionell größten Einfluß in ihrem „Hinterhof" Mittel- und Lateinamerikas; darüber hinaus haben sie erst kürzlich ein hier weniger beachtetes Freihandelsabkommen mit Kanada abgeschlossen, um sich so den gesamten nordamerikanischen Markt zu sichern. In Südostasien ringen sie mit Japan um die Aufteilung von Einflußsphären.

— Japans Außenhandel ist zu 35% auf den US-Markt konzentriert, woraus sich eine größere Abhängigkeit des japanischen Imperialismus von den USA ergibt. Die potentiellen Einflußsphären Japans liegen in Südostasien und der VR China.

— Die BRD dominiert schon heute den westeuropäischen Markt, spielt eine führende Rolle im Osthandel und sichert sich über die EG den afrikanischen Kontinent. Im „Europäischen Währungssystem" (EWS) ist bereits die Keimform eines eigenen regionalen Währungssystems vorhanden und bezüglich der fortschreitenden, keinesfalls widerspruchsfrei verlaufenden Realisierung des EG-Binnenmarktes, der im übrigen auch die anderen westeuropäischen Staaten mit in den Sog zieht, verfügt das BRD-Kapital über hervorragende Wachstums-und Expansionschancen (8).

D./Westberlin

D./Westberlin

Anmerkungen:

1) Gemessen als Anteil der Rüstungsausgaben am Bruttosozialprodukt lagen die USA klar vor allen anderen imperialistischen Ländern. 1986 betrug der Anteil bei den USA 6,7%, Japan 1,0%, BRD 3,1%, Frankreich 4%, Großbritannien 5,2% (SIPRI-Yearbook 1986).

2) Hinsichtlich der entsprechenden Importquoten und aufgeschlüsselt nach Industriebranchen ergibt sich ein noch eindrucksvolleres Bild über den Grad weltwirtschaftlicher Verflechtung. Im Schnitt liegen die Importquoten in den EG-Ländern zwischen 20 und 30%.

3) Dabei ist zu berücksichtigen, daß nach UNCTAD-Schätzungen ca. 30% des Welthandels bereits konzernintern abgewickelt werden. Die Exportquoten von BRD-Konzernen (Warenexporte plus Auslandsproduktion), gemessen an den Umsätzen, betrugen bei Siemens 49,3% und bei Bayer sogar 79,5%.

4) Die Firma Siemens hält beispielsweise ca. 23 Mrd. DM an den Finanz- und Devisenmärkten in Umlauf.

5) Gemessen am Bruttosozialprodukt ist die US-Staatsverschuldung nicht höher als in anderen imperialistischen Ländern. Entscheidend ist jedoch zum einen die geringe Sparquote in den USA, so daß sie nur sehr beschränkt auf die eigenen Ressourcen zurückgreifen können und die absolute Höhe dieser Verschuldung.

6) „Demiurg" heißt etwa Baumeister, Schöpfer; vergl. MEW 7, S. 400.

7) siehe AK 292, S. 24: „US-Strategie — Jenseits von Europa".

8) Die vorgenommene Absteckung von Einflußsphären der drei führenden imperialistischen Zentren erfolgte *schematisch*; denn infolge der hohen Weltmarktintegration besitzen alle drei Metropolen entsprechenden Einfluß und Marktanteile quer zu dieser „Arbeitsteilung". Es soll nur veranschaulicht werden, welche imperialstische Macht über den jeweils dominierenden Einfluß in den jeweiligen Regionen verfügt.

Quellen:

— Frank, André Gunder, „Der Weg in die Krise", in „links", Januar 1988.
— IPW-Berichte 1, 4, 5 und 8/1987.
— „Survey of Current Business" und „Main Economic Indicators" (Statistiken).
— „blätter des iz3w", Nr. 141, Mai 1987, S. 43 (zu den Multis).
— „Foreign Policy" Nr. 60/1985, S. 148f.
— „Europa-Archiv" 16/1986, S. 490f.

Fortsetzung von Seite 15

Giftgas gegen Kurden

werden schon seit langem diesbezügliche Beschuldigungen gegen den italienischen Chemiekonzern Montedison erhoben. Nach dem Bekanntwerden des Einsatzes von Chemiewaffen seitens des Irak vor etwa vier Jahren untersagten die britische und amerikanische Regierung den Export von Laboranlagen und Chemikalien, die zur Produktion von Senfgas und Tabun dienen können („Frankfurter Allgemeine", 29.3.88).

Es waren ebenfalls die USA, die die Bundesregierung davon in Kenntnis setzten, daß auch westdeutsche Firmen Anlagen und Chemikalien an den Irak geliefert haben sollen. Tatsächlich laufen Ermittlungen wegen Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz gegen mehrere Firmen. Nach einem Bericht des „stern" spielt bei diesem deal die in Hamburg ansässige „Water Engineering Trading" (W.E.T.) eine zentrale Rolle, an der auch ein Iraker beteiligt ist. Die W.E.T. bot dem Irak zwei Chemie-Anlagen zur Pestizid-Produktion sowie die Chemikalien Phosphortrichlorid und Phosphoroxidtrichlorid an. Ansprechpartner im Irak ist das „State Establishment for Pesticides Production" (SEPP), der Abteilung des irakischen Industrieministeriums für die Giftgasproduktion. Die W.E.T. soll ihrerseits Verbindungen zum Bauunternehmer Heberger, zur Preussag und zur Firma Kolb und dessen Tochter „Pilot Plant" unterhalten („stern", Nr. 51, 10.12.1987). Der Firma Kolb wird unter anderem vorgeworfen, eine „Inhalationskammer" — eine Art Gaskammer für Tierversuche — an den Irak geliefert zu haben. Die Problematik dabei: sowohl das Senfgas (ein Chloräthyl-Sulfid) als auch Tabun (ein Phosphorsäure-Ester) sind mit leicht zugänglichen Chemikalien, die in der chemischen und pharmazeutischen Industrie für diverse zivile Zwecke verwendet werden können, herstellbar. Bei Vorhandensein der entsprechenden Produktionsanlagen dürfte die Chemikalienbeschaffung auf dem Weltmarkt keine größeren Schwierigkeiten bereiten. Die Laboranlagen- und Chemikalienexporte in den Irak können so ohne weiteres als Anlagen für die Pestizid-Produktion ausgewiesen werden.

Wo bleibt der Aufschrei?

Nach dem Giftgaseinsatz gegen Halabja verurteilten die USA, die EG, UN-Generalsekretär Peres de Cuéllar und das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) die Verwendung chemischer Waffen gegen die irakischen Kurden — nicht jedoch den grausamen und verbrecherischen Sinn und Zweck des Einsatzes dieser C-Waffen: nämlich die „systematische Vergasung kurdischer und christlich-assyrischer Siedlungsgebiete" (Erklärung der GfbV, nach „Bonner Zeitung", 24.3.1988), die derzeit wohl „einmaligen Kriegsverbrechen", die der Irak an den Kurden verübt.

Die einhellige und eindeutige Verurteilung des vom irakischen Regime begangenen Völkermordes erfolgt nicht nur deshalb nicht, weil dem handfeste wirt-

genen Völkermordes erfolgt nicht nur deshalb nicht, weil dem handfeste wirt-
schaftliche Interessen seitens der Industriestaaten entgegenstehen (Rüstungsexporte in den Irak). Ein weiterer Grund ist darin zu suchen, daß die Nato-Staaten an einem ungefähren militärischen Gleichgewicht der kriegsführenden Staaten Irak und Iran interessiert sind, weil ein militärischer Sieg des einen oder anderen Landes die politischen Kräfteverhältnisse im Nahen Osten „destabilisieren" könnte. Eine internationale Verurteilung des Iraks wegen des Völkermordes gegen die Kurden, das Erwägen von Sanktionen oder gar der Abbruch der diplomatischen Beziehungen gegen ein Land, das tonnenweise chemische (und biologische) Waffen einsetzt, steht wegen der „übergeordneten" Interessenlagen bezüglich des „großen" Golfkrieges daher nicht zur Disposition.

Genau das aber wäre dringend geboten, um dem Völkermord an den Kurden im Schatten des Golfkrieges endlich Einhalt zu gebieten. Der Schlüssel zur Beendigung des Völkermordes liegt bei den Nato-Staaten, die allein schon mit der Drohung der Einstellung von Rüstungsexporten und Chemikalienausfuhren Druck auf das Hussein-Regime ausüben könnten.

Eine politische Lösung erscheint nur möglich, wenn der Irak international wegen seiner an den Kurden begangenen Verbrechen verurteilt wird und eine Autonomielösung für die irakischen Kurden zustande kommt. Das schließt die Forderung mit ein, daß der Iran sich unverzüglich wieder aus dem Nordosten Iraks zurückzieht und alle Kampfhandlungen an der „Nordfront" zwischen dem Irak und dem Iran eingestellt werden. Dadurch wird dem Irak eine Begründung seiner militärischen Angriffe gegen die Kurden entzogen, die Kurden würden dem Iran überhaupt erst das Einfallstor in den Nordirak bieten.

„Die Völker Südafrikas wollen Frieden"

Jose Luis Cabazo, FRELIMO, auf dem Hearing „Apartheid tötet auch in Mosambik"

Die folgende Rede hielt Jose Luis Cabazo anläßlich des Hearings „Apartheid tötet auch in Mosambik" der GRÜNEN im Bundestag Mitte März. Genosse Cabazo war der Delegationsleiter der FRELIMO und er gibt einen Überblick zur gegenwärtigen Lage in Mosambik. Der grausame Krieg gegen die Volksrepublik Mosambik wird von bewaffneten Banden getragen, die von der südafrikanischen Republik unterhalten werden.

Verehrte Parlamentsmitglieder,
sehr geehrte Gäste,
meine Damen und Herren,

ich möchte zunächst dieser Versammlung den Dank des Volkes von Mosambik, der Frelimo Partei, der Volksversammlung und der Regierung meines Landes überbringen für ihr Interesse an der komplizierten Situation im südlichen Afrika und in Mosambik.

Die Untersuchung der Wahrheit über unsere Region bedeutet gleichzeitig einen Akt der Solidarität mit den Völkern des südlichen Afrika und eine Ermutigung für uns angesichts der Opfer, die wir zu ertragen haben.

Die Wurzeln für Instabilität und Krieg im südlichen Teil unseres Kontinents liegen in der Existenz des Apartheidsystems. In der internationalen Gemeinschaft wächst das Verständnis dafür, daß Apartheid nicht nur eine Frage von Rassendiskriminierung ist. Apartheid ist ein totales System, dessen charakteristische Züge sind: eine Politik der Spaltung der südafrikanischen Nation nach Rasse und Stamm; der wachsenden Konzentration der Exekutivgewalt in den Händen einer militärischen Clique; Pressezensur; kolonialistische Beherrschung Namibias; eine terroristische, kriegerische Politik regionaler Destabilisierung und brutaler politischer Repression im Inneren.

Der Aggressionskrieg mit Hilfe bewaffneter Banditen, den wir in Mosambik erleben, ist ein integraler Bestandteil des gleichen Programms und der gleichen Ideologie, die Grundlage für die Invasion und Besetzung Angolas, die Kolonisierung Namibias, die Bantustanisierung Bophuthatswanas, die Repression in Soweto sind.

Es gibt keinen Unterschied zwischen dem Kind, das in Crossroads von den Vi-

Es gibt keinen Unterschied zwischen dem Kind, das in Crossroads von den Vigilantes genannten Terroristengruppen ermordet wird und dem Kind, das in der Tete Provinz den als MNR bekannten bzw. jüngst als RENAMO wiedergeborenen Terroristenbanden zum Opfer fällt. Der Konflikt im südlichen Afrika wurde von Südafrika einige Jahre lang unter dem Mantel des Ost-West-Konflikts getarnt. Die Zeit hat erwiesen, wie selbstgerecht und vorgeschoben dieses Argument war. Die neun freien Länder der Region haben eine Antwort auf die 1980 von Südafrika geplante Staatenkonstellation gefunden. Sie schlossen sich eigenständig in der Southern African Development Coordination Conference (SADCC) zusammen zu einer Entwicklungsregion. Traditionelle Monarchien, Länder mit sozialistischer Orientierung, konservative Verwaltungen, parlamentarische Demokratien — sie alle wiesen die Teilungsideologie zurück, die in dem südafrikanischen Vorschlag enthalten war. Stattdessen entschieden sie, ihre Einheit zu stärken für ein gemeinsames Ziel der Befreiung von der südafrikanischen Regionalhegemonie, die in Wirklichkeit koloniale Beherrschung durch Südafrika bedeutet.

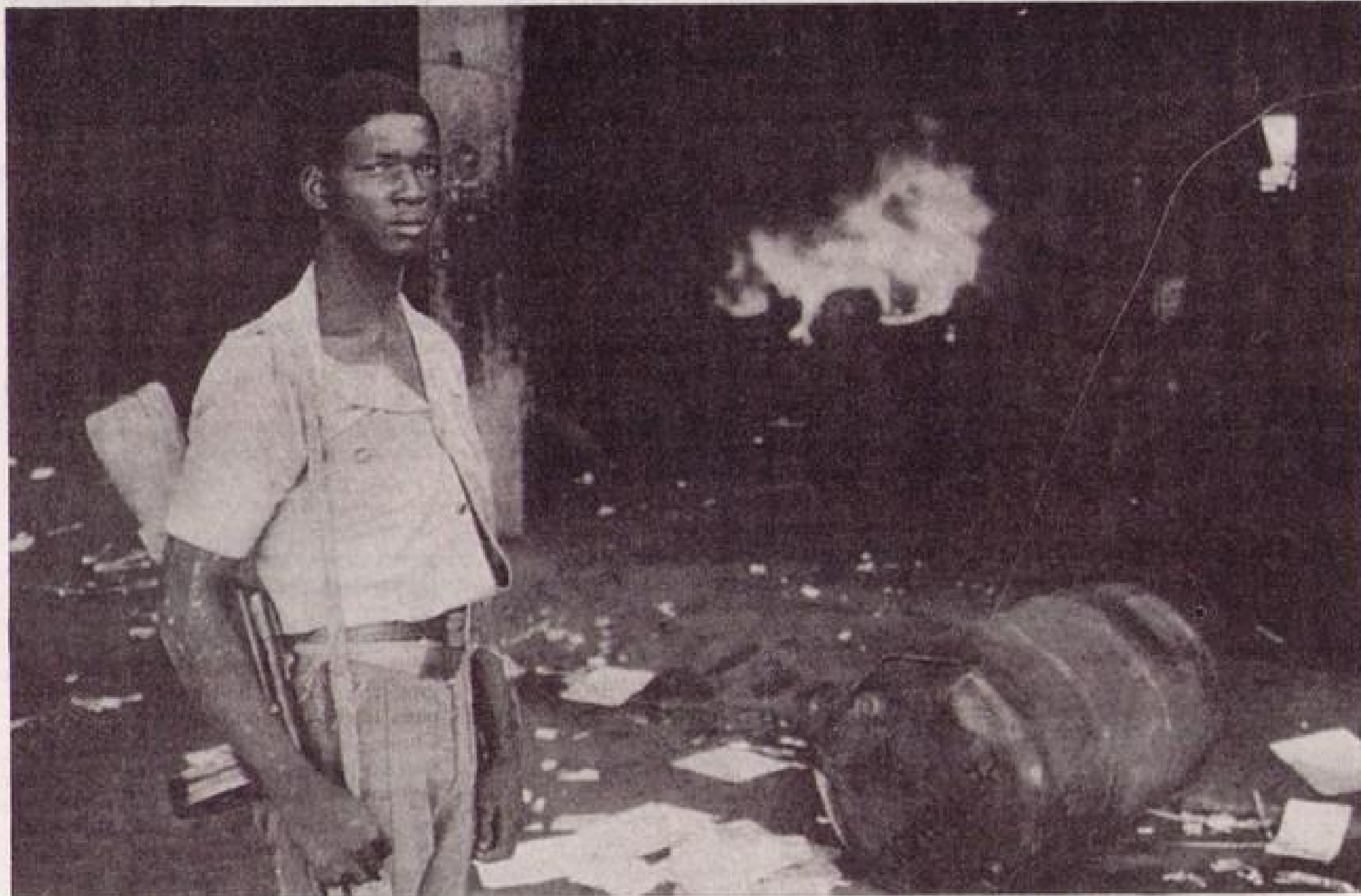
Als Gegenschlag zu dieser strategischen Initiative der freien Länder der Region und den Erfolgen, die wir beim Aufbau von Gesellschaften in Rassenharmonie, Wohlstand und Freiheit erzielt haben, entschied sich Pretoria, einen Schritt weiterzugehen und ihre Politik der regionalen Destabilisierung auszudehnen.

SADCC bedeutet ein enormes Wachstumspotential für die regionale Entwicklung, sie hat jedoch ihre Achillesferse: den Zugang zur See. Sechs der neun Mitgliedsländer sind davon abgeschnitten.

Daher wurde die Volksrepublik Mosambik zu einem bevorzugten Ziel der südafrikanischen Aggression. Die Gründe dafür sind klar: Mosambiks Transportwege entlang der Nacal, Beira und Limpopo Korridore sind für die vom Meer abgeschnittenen Nachbarn von entscheidender Bedeutung. Überdies steht das von Mosambik unter der Führung der Frelimo entwickelte soziale Modell in völligem Gegensatz zu den Greueln der Apartheid.

Als wir im Juni 1975 in Mosambik unsere Unabhängigkeit gewonnen hatten, war das erste Ziel unseres Freiheitskampfes erreicht. Diese Freiheit ermöglichte uns den Aufbau einer neuen Gesellschaft in Frieden, Gleichheit und Fortschritt — der Traum und die Hoffnung, von der unser Befreiungskampf gegen den portugiesischen Kolonialismus getragen war. Dank der Opfer und Mühen aller Mosambikaner, gleich welcher Klasse oder Rasse, konnten wir in den ersten fünf Jahren unserer Unabhängigkeit bedeutende wirtschaftliche Fortschritte erzielen. Die Entwicklung geht weiter, aber dies werden die südafrikanischen Propagandisten nie vergessen.

Unsere schweren wirtschaftlichen Probleme begannen Anfang der 80er Jahre. Ein Faktor war die Dürre, unter welcher Mosambik ebenso wie andere afrikanische Länder zu leiden hatte. Aber unter



Das Werk der Zerstörung durch Banditen — von Südafrika unterstützt und aufgebaut!

friedlichen Bedingungen und mit Hilfe der internationalen Solidarität, die wir immer erhielten, hätten wir diese Krise bewältigen können. Ein weiterer Faktor, der außerhalb unserer Kontrolle und Vorstellungskraft stand, war die Aggression von außen. Seit 1980 betreibt das Apartheidregime seine regionale Destabilisierungsstrategie mit aller Macht. Dieser unerklärte Krieg seitens des rassistischen Regimes in Pretoria eskalierte in den folgenden Jahren kontinuierlich, ohne daß er von dem Nkomati-Abkommen unterbrochen wurde, erst im März 1984 zur friedlichen Nachbarschaft geschlossen.

Kurz gesagt: Pretorias Destabilisierungspolitik ist eine Sackgasse. Für die Rassisten ist jede Veränderung innerhalb der politischen Administration von untergeordneter Bedeutung. Ihr Ziel ist es, die gesamte Region unter Druck zu halten, um die unabhängigen Länder in der Lage von Abhängigen zu halten und ein Überleben der Apartheid-Ideologie zu gewährleisten. Sie würden das gleiche gegenüber jeder anderen Regierung in Mosambik treiben, wenn diese Regierung das bedroht, was das Minderheitsregime in Südafrika als seine nationalen Interessen behauptet. Sein nationales Interesse ist die Bewahrung der Herrschaft der weißen Minderheit.

Aber auch das Volk von Mosambik hat seine nationalen Interessen — vor allem das Interesse an Freiheit und Gerechtigkeit. In Mosambik verläuft der Konflikt zwischen nationalen und antinationalen Interessen: zwischen der repressiven Apartheidgesellschaft in Südafrika auf der einen Seite und der freien Gesellschaft in Mosambik auf der anderen Seite.

Das Apartheidregime hat eine besonders bösartige Kriegführung gewählt. Um das zu schaffen, was die Spezialisten Krieg auf niedriger Stufe nennen, hat die militärische Führung der südafrikanischen Streitkräfte die Kontrolle über die bewaffneten Banden übernommen, die ursprünglich von dem illegalen rhodesischen Regime gebildet worden waren. Dies geschah 1980 und die erste Kernmannschaft wurde durch entführte Bauern und gewaltsam Rekrutierte ausgebaut. Diese gewaltsamen Rekrutierungen wurden unter den illegalen mosambikanischen Immigranten durchgeführt, die traditionell auf südafrikanischen Farmen in der Nähe der Grenze zu Mosambik arbeiteten.

Die Verwüstung, die durch Südafrikas Politik der Destabilisierung und ihr Banditentum begangen wird, ist maßlos. Ein Blick auf die Mitgliedsstaaten des SADCC zeigt, daß die ökonomischen Schäden über alle Jahre betrachtet nunmehr eine Gesamtsumme von 14 Mrd. US-Dollar erreicht haben. Wir schätzen heute die jährliche Rate dieser Schäden für alle SADCC-Staaten auf 2 Mrd. US-Dollar. Mosambiks Teil an dieser regionalen Last wird auf insgesamt 5 Mrd. US-Dollar geschätzt, diese Summe entspricht dem Anderthalbfachen der Außenschuld unseres Staates.

Wir haben jetzt den materiellen Schaden geschätzt. Natürlich ist es unmöglich eine Mengenangabe für das menschliche Leiden und die sozialen Kosten zu geben. Wir wollen nur daran erinnern, daß mehr als eine halbe Million Menschen direkt oder indirekt in diesem Krieg gestorben sind. Wir können nur an die Tausende erinnern, die ihr Leben in den Massakern an der unbewaffneten Bevölkerung verloren, an die Millionen, die ihr Zuhause verlassen mußten, und ihr Land, von dem sie lebten und das sie bebauten.

Aber vor allem müssen wir euch an die abscheuliche Konsequenz für das Leben unserer Kinder erinnern: die Verstümmelungen, die sie erlitten, die geistigen und körperlichen Narben, die sie tragen — und die sie vielleicht für immer tragen — von den Schrecken, die sie erlitten oder deren Zeugen sie waren. Wir empfinden es als besonders schrecklich, daß die Banditen — eben weil sie unfähig sind erwachsene Menschen für sich zu gewinnen — Kinder ab dem Alter von zehn Jahren stehlen, sie brutalisieren und zum Morden und Plündern erziehen.

Das unabhängige Mosambik machte enorme Anstrengungen, um eine gerechte Gesellschaft zu schaffen, Frauen und Männer in Würde leben zu sehen, Schulen und Spielplätze zu bauen, und auch im abgelegendsten Dorf gesundheitliche Versorgung möglich zu machen. Die Antwort der reaktionären Clique in Pretoria war eine Politik des organisierten Völkermordes, der Hungerepidemien und Krankheiten, eines unbeschreiblichen Elends. Trotz der Verbrechen des Terrors und der Aggression, die vom südafrikanischen Regime und seinen bewaffneten Banditen begangen werden, ist unser Volk fest entschlossen, seinen Kampf für Frieden, Gleichheit, Entwicklung und Fortschritt fortzusetzen. Unser Volk hat verstanden, daß ein andauernder Friede nur dann erreicht werden kann, wenn der Krieg gegen die bewaffneten Banditen gewonnen ist. Aber dieser Krieg kann wiederum nur gewonnen werden, wenn das Apartheidregime gefällt wird, das die Quelle und der Ursprung des Banditentums in dieser Region ist.

In Mosambik wird die Zahl derjenigen immer größer, die von einer unmittelbaren Bedrohung durch die bewaffneten Banditen befreit wurden. Diese Vertriebenen zählen nun rund 1.8 Millionen. Sogar unter diesen Kriegsbedingungen arbeitet die Zivilbevölkerung hart an der Rückkehr zu einem normalen Leben. Ihr könnt euch vorstellen, daß dieser Teil unserer Bevölkerung wirklich sehr harten Bedingungen ausgesetzt ist. Sie haben kein Dach über dem Kopf, da ihre Häuser von den Banditen zerstört wurden. Sie haben keine Kleidung, da ihre Kleider von den Banditen gestohlen wurden. Sie haben nichts zu essen, da ihre Ernten und ihre Vorratslager von den Banditen angezündet wurden. Wir haben über 200.000 Kinder, die nicht wissen wo ihre Eltern leben, oder ob diese überhaupt noch leben. Diese Kinder haben einen seelischen Schock erlitten, weil sie gesehen haben, wie ihre Mütter, Väter oder Verwandte grausam ermordet wurden.

Diese Grausamkeiten konnten das Gefühl für Solidarität und gegenseitige Unterstützung in unserem Volk nicht zerstören. Frauen und Männer, gleich welchen Alters, vereinigen ihre Kräfte und helfen ein neues Zuhause für die nunmehr Befreiten zu schaffen. Sie teilen sich in die Aufgabe verwaiste oder vertriebene Kinder in familiäre Zusammenhänge einzubetten. Sie teilen sich die Aufgabe, neue Gesundheitszentren und Schulen zu bauen.

Ich möchten mich nun einem weiteren Aspekt zuwenden: der Wirtschaft. Unser Land erfuhr durch das „Wirtschaftliche Erholungsprogramm" einen großen Wandel. Die Errichtung einer eigenen Produktion bei Dürre und Destabilisierung ließ unsere Außenschuld schnell anwachsen. Der 4. Parteikongreß der Frelimo beschloß Richtlinien für die Dezentralisierung der wirtschaftlichen Führung, gab der Landwirtschaft den Vorrang, besonders auf familiärer Ebene, und stellte den wahren Wert der Löhne und Einkommen wieder her. Wir haben Gesetze erlassen, um ausländische Kapitalanlagen und heimische Ersparnisse zu fördern, und erhöhten den Ansporn für Produzenten von Nahrungsmitteln und gewerblichen Gütern. Unsere Währung wurde auf den realen Austauschkurs abgewertet. Der Kurs des Metical war im Dezember 1986 bei 40 für einen US-Dollar, heute liegt dieser Kurs bei 450 für einen US-Dollar.

Diese Maßnahmen zur Stabilisierung der Versorgungslage hatten gute Auswirkungen. Innerhalb von einem halben Jahr gab es keinen Einbruch im Bruttosozialprodukt, sondern im Gegenteil eine Zunahme bei den Bestellungen um 6 Prozent. Auf den städtischen Märkten können Nahrungsmittel gekauft werden, und wir haben den Eindruck, daß wir uns nach vorne bewegen. Die industrielle Produktion nimmt um 18 Prozent zu, und die Vermarktung von privaten landwirtschaftlichen Gütern steigt sogar um 27 Prozent. Wir sind durch das Interesse von außen und durch Unterstützung aus dem Ausland ermutigt worden. Die westlichen Länder haben ihren Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit erhöht, und wir bauen mit einer gewissen Hoffnung auf weiteres Interesse.

Die Zusammenarbeit mit dem Westen erstreckt sich auch auf den militärischen Bereich, da wir den Kampf gegen die bewaffneten Banditen intensivieren. Wir haben Vereinbarungen für eine militärische Zusammenarbeit mit Großbritannien, Spanien und Portugal, und wir sind für ähnliche Vereinbarungen mit anderen Ländern in der Diskussion. Wir reorganisieren unsere bewaffneten Kräfte. Die Volksversammlung, unser Parlament, beschloß kürzlich eine Reduzierung der reinen Truppenstärke zugunsten einer besseren technischen Ausrüstung, um so eine straffere und zugreifendere Kampfkraft zu schaffen. Wir arbeiten zur Zeit an einem Programm für die Ausbildung zur Zivilverteidigung in den ländlichen Regionen.

Aber alle Maßnahmen, die wir in Mosambik einleiten, haben einen gemeinsamen roten Faden: Unsere Überzeugung in eine Gesellschaft, die offen ist für jeden Bürger bei der Errichtung unserer Nation eine aktive Rolle zu spielen. Dies spiegelt sich in unserer Sozialpolitik wieder, unserer Wirtschaftspolitik, unserem Vertrauen in die arbeitenden Menschen in Stadt und Land, unser Vertrauen in Gesundheit und Erziehung, unser Vertrauen in die Soldaten und Schüler.

Wir wollen aber ebenso diejenigen Mosambikaner wieder eingliedern, die von den südafrikanischen Tricks und Lügen auf falsche Wege geführt wurden. Sogar die bewaffneten Banditen sollen wieder eingegliedert werden, sofern sie sich freiwillig ergeben und sich für eine friedliche Rolle innerhalb der Familie Mosambiks entscheiden. Dies Jahr ist das Jahr der Amnestie. Gemäß der Frelimo-Tradition, dem Feind zu vergeben sobald er seine Feindseligkeiten einstellt, hat unsere Volksversammlung erst kürzlich Gesetze erlassen — das Gesetz zur Amnestie und Milde — die Banditentum und Verbrechen gegen die Staatssicherheit für Diejenigen vergibt, die sich von ihrer Vergangenheit lossagen. Das Angebot zur Amnestie wird von reuigen Banditen angenommen.

In Mosambik antwortet das Volk auf die Möglichkeiten und Herausforderungen, auf die es trifft. Es macht uns froh zu sehen, wie von Jahr zu Jahr die internationale Gemeinschaft mehr und mehr unserer Situation gewahr wird und zunehmend auf unsere Not eingeht. Was wir von euch erwarten ist, daß ihr herausfindet, was ihr tun könnt um den nichterklär-

ten Krieg gegen uns zu beenden, und mit welchen Mitteln ihr dazu beitragen det, was ihr tun könnt um den nichterklär-

ten Krieg gegen uns zu beenden, und mit welchen Mitteln ihr dazu beitragen könnt, die Apartheid abzuschaffen. Wir wollen eine freie und demokratische Gesellschaft in Südafrika errichtet sehen. Die nächste Frage ist, wie können wir helfen, daß sie errichtet wird. Anti-Apartheid Maßnahmen sind unverzichtbar. Sie können von Land zu Land unterschiedlich sein, aber sie müssen alle auf die Vernichtung der Apartheid gerichtet sein.

Es gibt keinen unmittelbaren Weg dorthin. Wie wir gezeigt haben, versucht das Apartheidregime Mosambik kleinzukriegen, und damit die ganze Region zu destabilisieren. Ihr könnt uns helfen, die südafrikanische Sache voranzutreiben, indem Mosambik durch wirtschaftliche Zusammenarbeit unterstützt wird. Denn Mosambiks Erfolg wird ein Erfolg für das ganze Südafrika sein. In gleicher Weise muß die internationale Gemeinschaft die freien Völker der Region und die unterdrückten Völker von Südafrika und Namibia unterstützen. Diese Unterstützung für das südliche Afrika wird humanitär, politisch und wirtschaftlich sein. Sie schließt militärische Hilfe mit ein, um die Verteidigungsfähigkeit der freien Völker der Region zu erhöhen. Unsere größere Fähigkeit zur Selbstverteidigung wird eine Warnung und Entmutigung für die südafrikanische Kriegstreiberei sein. Es ist nun an Euch in dieser Auseinandersetzung eure Rolle anzunehmen.

Die Völker der Region wollen nichts als Frieden für ihre Entwicklung und ihren Fortschritt. Ihr habt eine Verantwortung auf diesen Wunsch so effektiv zu antworten wie es euch möglich ist. Das südliche Afrika hat alles, was es braucht um eine Region der Hoffnung und der wirtschaftlichen Blüte zu werden. Es ist die Pflicht eines jeden Landes, seinen Beitrag für eine demokratische Lösung in Südafrika einzusetzen, und der Apartheid ein Ende zu machen.

Wir hoffen auf euer Verständnis und eine entsprechende Antwort auf unsere Bedürfnisse. Heute wie auch in der Vergangenheit bemühen wir uns um eine Rückkehr zum Frieden, und deshalb lautet unsere Parole nachwievor:

A luta continua!

Honduras:

Arias-Friedensplan, US-Manöver und Massenproteste

Nach jahrzehntelanger Abhängigkeit von US-Bananenmultis verwandelte die Reagan-Administration Honduras seit 1982 zum antikommunistischen Bollwerk in Mittelamerika. Honduras heute: Rückzugsgebiet der Contra, US-Kasernenhof und Manövergelände.

Auch nach Unterzeichnung des Arias-Friedensplans ist die Contra im Land, Manöver und Menschenrechtsverletzungen gehen weiter. Aber der Widerstand gegen den Ausverkauf der nationalen Souveränität, Hauptachse der Politik fortschrittlicher Organisationen, gewinnt an Dynamik.



Die Präsidenten Ortega, Duarte, Cerezo, Azcona, Arias

Die honduranische Regierung unter Präsident Azcona gilt neben dem christdemokratischen Regime Duarte in El Salvador als ergebenster US-Verbündeter in Mittelamerika. Beide Regierungen sind auf Gedeih und Verderb von US-Wirtschafts- und Militärhilfe abhängig.

1987 bewilligte der US-Kongreß 770 Mio Dollar Wirtschafts- und Militärhilfe für den Krieg gegen die revolutionäre Bewegung El Salvadors.

Honduras bekam 141 Mio Dollar Wirtschaftshilfe und 88,8 Mio Dollar Militärhilfe (1987). (1) Damit konnte die Regierung Azcona die Militarisierung des Landes weiter vorantreiben (Honduras hat bereits die weitaus stärkste Luftwaffe der Region) und die am Boden liegende Wirtschaft am Tropf halten. (2)

Honduras wurde seit 1982 zum Hauptstützpunkt der US-Marines in Mittelamerika aufgebaut. Mittlerweile sind im ganzen Land neun Flugpisten, Munitions-und Treibstofflager, Kommunikations-und Überwachungseinrichtungen unter direkter Beteiligung der US-Marines errichtet worden. In Palmerola, der militärischen Hauptbasis, sind ständig 1200 Marines stationiert. Diese Infrastruktur dient als Sprungbrett zur Offenhaltung der Option „direkte militärische Intervention in Nicaragua". Außerdem werden von Palmerola aus die Contra und die salvadorianische Armee unterstützt. (3)

Neben der regionalen Sprungbrettfunktion für die US-Armee, dient Honduras seit 1980 als Hinterland für die nicaraguanische Contra. Ohne die zunächst verdeckte und schließlich offene Komplizen-
tion für die US-Armee, dient Honduras seit 1980 als Hinterland für die nicaraguanische Contra. Ohne die zunächst verdeckte und schließlich offene Komplizen-
schaft der honduranischen, aus Wahlen hervorgegangenen Regierungen wäre es für die USA wesentlich schwieriger, die Contra zu unterhalten. (4) Unter diesen Umständen war es für viele Beobachter überraschend, daß Präsident Azcona am 6./7. August 1987 das Abkommen Esquipulas II, den sogenannten Arias-Friedensplan, mit unterzeichnet hat, obwohl Reagan noch im letzten Moment mit dem Wright-Plan versucht hatte, die Unterzeichnung von Esquipulas II zu verhindern.

Die Gründe für die Zustimmung von Honduras:

— Die Contra ist strategisch geschlagen und hat nach übereinstimmender Einschätzung keine Chance, auf militärischem Wege die Macht in Nicaragua zu übernehmen. Bei zunehmenden Problemen mit der Contrageldgenehmigung im US-Kongreß, obwohl im März wieder 48 Mio Dollar „humanitäre Hilfe" verabschiedet wurden, stellt sich für Honduras die Frage: Wohin mit der Contra, wenn die US-Hilfe abnimmt/gestoppt wird? Bereits jetzt gibt es große Probleme mit marodierenden Contra-Banden (Überfälle etc.). Diese Probleme nehmen tendenziell zu und sind eine Belastung für jede honduranische Regierung.

— Die USA scheiterten in ihrem strategischen Ziel, die sandinistische Regierung zu stürzen. Für Honduras stellt sich damit die Frage einer irgend gearteten Koexistenz. Esquipulas II birgt aus dieser Sicht die Möglichkeit, „mäßigend" auf die FSLN einzuwirken und ihr auf politischem Wege Zugeständnisse abzuverlangen, welche militärisch via Contra nicht erreicht werden können.

— Die Wirtschaft aller mittelamerikanischen Länder ist kaputt. Eine Erholung, unter ohnehin außerordentlich ungünstigen Rahmenbedingungen, ist nur bei verstärkter wirtschaftlicher Kooperation möglich. Notwendige Vorbedingung jedes Aufschwungs ist die Reaktivierung des Handels in Mittelamerika. Verlängerte militärische Konflikte können sich zwar die USA leisten, die Bourgeoisien der betroffenen Länder werden dadurch jedoch ökonomisch schwer geschädigt.

— Schließlich konnte es sich weder Honduras noch El Salvador leisten, nachdem der Arias-Plan einmal vorgestellt war und die Nicaraguaner zustimmten, den schwarzen Peter als „Friedensfeind" in der Hand zu behalten.

Es kommt noch hinzu, daß im Vertrag von Esquipulas II wesentliche Inhalte, die noch im Contadora-Friedensvertrag vorhanden waren, den Honduras und El Salvador auf Geheiß der USA erfolgreich hinauszögerten und schließlich verhinderten, nicht enthalten sind. Das sind vor allem die Punkte, die sich mit dem Verbot von Militärmanövern, Abzug aller Militärberater, Abzug aller ausländischen Militärstützpunkte befassen. Sie sind es, welche die regionale US-Konfliktstrategie, bei entsprechender Durchführung, erheblich beeinträchtigen würden. Dies hätte besonders für Honduras und El Salvador weitreichende Konsequenzen gehabt.

Während all diese sicherheitspolitisch relevanten Punkte fehlen, sind im Esquipulas II-Abkommen wesentlich günstigere Möglichkeiten vorhanden als beim Contadora-Abkommen, auf die innere Entwicklung Nicaraguas Einfluß zu nehmen.

Honduras und Esquipulas II

Honduras und Esquipulas II

Azcona hat den Friedensplan unterschrieben. Aber wird er auch umgesetzt? Die internationale Presse berichtet darüber nicht. Genausowenig, wie sie über die (Nicht)Erfüllung des Abkommens in El Salvador und Guatemala berichtet. Im folgenden konzentrieren wir uns auf die Untersuchung dreier, im Falle Honduras entscheidender Punkte des Abkommens: a) Einstellung der Hilfe an irreguläre Streitkräfte oder Aufstandsbewegungen (Contra-Unterstützung); b) Verbot, das nationale Territorium Organisationen und Gruppen zur Verfügung zu stellen, die andere Regierungen zu destabilisieren versuchen (Contra); c) Respektierung der Menschenrechte.

Weitere Einzelheiten des Artikels (3) „Demokratisierung" des Abkommens werden hier nicht genauer beleuchtet, obwohl im Land Pluralismus , Demokratie, individuelle/kollektive Freiheitsrechte, von sozialen Rechten ganz zu schweigen, nicht verwirklicht sind. Aber für den Nachweis, daß Honduras seine Verpflichtungen nicht einhält, genügen die erwähnten Punkte, die wichtigsten aus regionaler Sicht und vor allem im Hinblick auf die Diskussion um Nicaragua.

Zur Menschenrechtssituation: Die Morde gehen weiter

Der honduranische Präsident Azcona prahlte nach der Unterzeichnung von „Esquipulas II", sein Land sei dasjenige, welches *„die wenigsten Schwierigkeiten haben werde, den Friedensplan zu erfüllen".* Sein Militärchef ergänzte: *„Die honduranische Familie — lebt in Frieden."* (5) Wie sieht dieser „Frieden" aus?

Das unabhängige „Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte" (CODEH) im Bericht an die Verifizierungskommission (CIVS): *„In Honduras werden die Personen nicht juristisch sanktioniert. Es wird gemordet. 1987 gab es 267 Ermordete, 22 Verschwundene, die Todesschwadronen agieren täglich. Es werden Hausdurchsuchungen, Attentate, nicht rechtmäßige Festnahmen und Folter praktiziert."* (6)

Ein Beispiel: Am 14. Januar, dem Tag, als Präsident José Azcona nach San José/Costa Rica zur Esquipulas II-Nachfolgekonferenz reiste, wurden um 18.30 Ortszeit in der zweitgrößten Stadt des Landes, San Pedro Sula, Moises Landaverde, Vorsitzender der nationalen Schauspielervereinigung und Vorsitzender einer Lehrergewerkschaft, und Miguel Angel Pavón, CODEH-Vizepräsident und regionaler PINU-Abgeordneter (sozialdemokratisch orientiert), von „schwerbewaffneten Unbekannten in Zivil" erschossen. Die Büros beider waren seit Wochen überwacht worden. Miguel Angel Pavón war in einem im Juli 1987 im ganzen Land geklebten „Fahndungsplakat" gemeinsam mit vier weiteren Personen als „terroristischer Delinquent, Förderer der Subversion und des Kommunismus" zum Abschuß freigegeben worden. Erst zwei Stunden nach der Tat kam die zwei Blocks entfernte Polizei, welche die Brieftasche Pavóns an sich nahm, in der die Autonummer des Autos, das sie ständig verfolgt hatte, notiert war. Die Geldbörse wurde der Familie später ohne diese Notiz zurückgegeben.

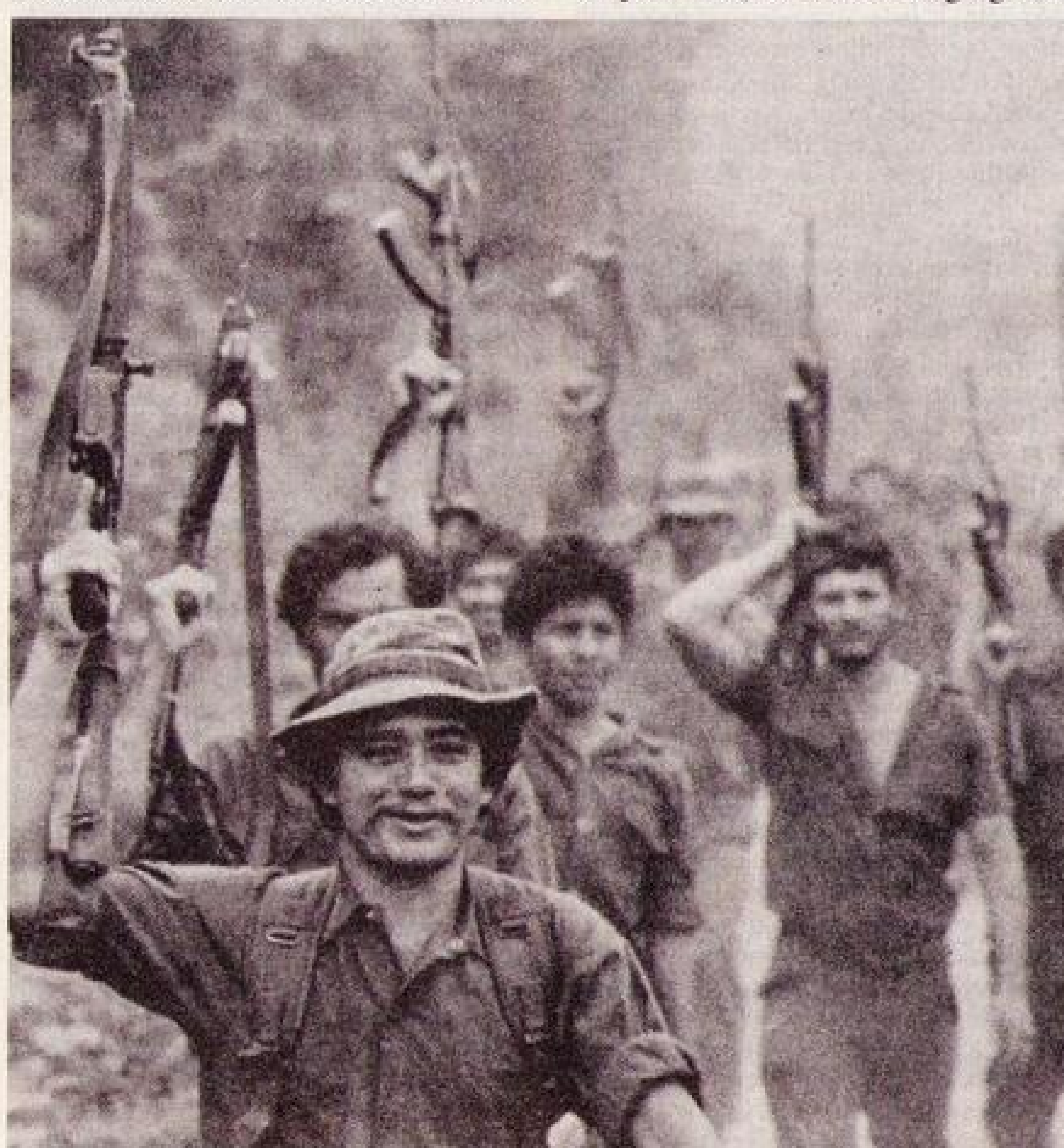
Im Januar/Februar 1988 sind weitere acht Personen ermordet worden, drei verschwunden. (7) Noch wichtig zu erwähnen sind zwei weitere Fälle: José Isaias Vilorio, Angehöriger des geheimen .Batal-
acht Personen ermordet worden, drei verschwunden. (7) Noch wichtig zu erwähnen sind zwei weitere Fälle: José Isaias Vilorio, Angehöriger des geheimen .Batal-
lions 3-16, das als Todesschwadron fungiert, wurde am 4. Januar in Tegucigalpa tot aufgefunden. Dort tauchte am selben Tag José Lito Aguilera, ehemaliger Angehöriger des „1. Bataillons der Spezialstreitkräfte" (Batallón de las Fuerzas Especiales), tot auf. Beide sollten zwei Wochen später vor der „interamerikanischen Menschenrechtskommission" in Costa Rica über die Praktiken der honduranischen Todesschwadronen aussagen. Einer der beiden war mit einer Fahne der MPL-Cinchoneros bedeckt, einer politisch-militärischen Organisation, weshalb die Regierung behauptete, die Guerilla sei für den Tot verantwortlich. CODEH zu den Fällen: *„Am wahrscheinlichsten ist es, daß es die Militärs waren, die Vilorio ermordet haben, weil sie nicht daran interessiert waren, daß er in Costa Rica aussagte."* (8)

In der Berichterstattung der bürgerlichen Presse werden diese Fakten schlicht und ergreifend verschwiegen. Die großen Verteidiger der Menschenrechte im Falle des benachbarten Nicaragua, die BRD-Christ- und Sozialdemokraten schweigen mit. Selbst dann, wenn Personen aus ihrem Bündnisumfeld in Honduras (Fall des regionalen PINU-Abgeordneten Pavón) ermordet werden.

Contra-Präsenz und Contra-Unterstüzung in Honduras

In Honduras befanden sich in den vergangen Jahren bis zu 12000 Contras in Ausbildungs-, Rückzugs- und Versorgungslagern. Sie kontrollierten ganze Landstreifen in den Departments Olancho, El Paraiso, Choluteca und Gracias a Dios und vertrieben dort über 10000 honduranische Kleinbauern. Die honduranische Regierung hatte sich mit der Unterzeichnung von „Esquipulas II" verpflichtet, *„solche Gruppen, die in anderen Staaten der Region Unruhe stiften oder*
sche Regierung hatte sich mit der Unterzeichnung von „Esquipulas II" verpflichtet, „solche Gruppen, die in anderen Staaten der Region Unruhe stiften oder
versuchen, deren Regierungen zu stürzen, nicht im Lande zu dulden ... und ihnen keine militärische oder logistische Unterstützung zu gewährleisten." (9)

Um zu verhindern, daß die Verifizierungskommission eindeutige Verstöße gegen Esquipulas II findet, entschlossen sich US-Regierung und Azcona zu kosmetischen Korrekturen: Einige Contra-Stützpunkte im Süden von Honduras wurden aufgelöst, die dort befindliche Infrastruktur unbrauchbar gemacht. Gleichzeitig verpachtete Azcona die vor der Karibik-Küste gelegenen Schwanen-Inseln (Islas del Cisne) an die USA. Dort sollen ein strategisch wichtiger Militärstützpunkt und gleichzeitig neue Versorgungsbasis der Contra, zu dem die Verifizierungskommission keinen Zugang hatte, aufgebaut werden. (10)



Die Azcona-Regierung verweigerte der Kontrollkommission bis einen Tag vor deren Abflug den Zugang zum Grenzgebiet. Ein honduranischer Abgeordneter, Manuel Zelaya Rosales, wurde beim Versuch, in Begleitung von nationalen und internationalen Journalisten über den Verbleib der Lager nachzuforschen, von honduranischen Militärs beschossen. (11)

Die Tatsache, daß die Contras teils in ihren Lagern blieben und teils lediglich in neuaufgebaute Lager wechselten, rief innerhalb Honduras heftige Kritik hervor. Bei fortschrittlichen Organisationen ist die Forderung seit Jahren eindeutig: Contras und Yankees, raus aus Honduras! Aber auch darüberhinaus werden die Stimmen gegen die US-hörige Politik lauter.

Die Christdemokratische Partei (PDCH): *„Honduras hat die Verträge nicht erfüllt. Die Anwesenheit der nicaraguanischen Contra dauert an, ebenso die US-Präsenz."* Die sozialdemokratische PINU: *„Honduras ist eine Plattform der Subversion gegen ein Bruderland geworden."* Die Direktoren der großen bürgerlichen Zeitungen und Radios: *„Die Presse hatte in den Momenten der größten Spannung keinen Zugang zu den Grenzgebieten und zu den Contralagern."* Die Regierung Azcona und die Militärführung baten den nordamerikanischen Kongreß in Briefen, der Verabschiedung weiterer Contra-Gelder zuzustimmen. Diese Briefe waren ebenfalls Ausgangspunkt heftiger Polemiken gegen die Regierung. (12)

Präsident Azcona leugnet nach wie vor, daß die Contra überhaupt im Land Basen hat: *„Was wollen Sie, daß wir die Auslöschung (der Contra, d.A.), den Völkermord zulassen? Hier gibt es keine Contra-Basen. Das Einzige was es in Honduras gibt sind einige verwundete Contras."* Die Contra-Führer selbst geben offen zu, was ohnehin alle Welt weiß und nur die honduranische Regierung, wie in einer grotesken Farce leugnet. *„Der Contra-Führer Alfredo Cesar sagte Reportern, den Rebellen in Nicaragua mangele es an Nahrung, weil seit Ende Februar keine Hilfe aus den USA mehr eingetroffen sei. Rund tausend Contras hätten sich deshalb in den vergangenen Wochen nach Honduras zurückgezogen. Derzeit hielten sich in diesem Land annähernd 4000 Rebellen auf."* (13)

Nach einer Großoffensive im Norden Nicaraguas in der Region um San José Bo-
sich in diesem Land annähernd 4000 Rebellen auf." (13)
Nach einer Großoffensive im Norden Nicaraguas in der Region um San José Bo-
cay wurde das größte Contra-Lager auf nicaraguanischem Boden zerstört, die Contras flüchteten nach Honduras. Die Sandinisten sprechen von hohen Verlusten der Söldner (Zahlen von mehreren Hundert bis über 1000 Tote und Verwundete wurden genannt). In dieser Situation trat Reagan auf den Plan, um die „Option Contra" nicht vollends abschreiben zu müssen.

US-Marines und ein „erfundener Krieg"

Am Abend des 17. März begann die Gegenoffensive der US-Regierung: Reagan verkündete der Weltöffentlichkeit eine „Invasion" nicaraguanischer Truppen in Honduras, im guatemaltekischen Fernsehen wurde stundenlag nur über die Entsendung von US-Truppen nach Honduras und eine möglicherweise bevorstehende Invasion der US-Marines in Nicaragua berichtet. In der BRD war die nicaraguanische Invasion auf der ersten Seite aller großen Zeitungen. Interventionsstimmung.

Nur in Honduras wollte niemand etwas von der sandinistischen Gefahr wissen: zu dem Zeitpunkt, als die 82. Luftlandedivision in Fort Bragg bereits die Transportfluggzeuge bestiegen hatte, widersprach selbst die honduranische Regierung der US-Version und wußte nichts von einem Eindringen sandinistischer Truppen nach Honduras. Erst Stunden nach der Landung der Marines in Honduras sandte Azcona den erforderlichen „Hilferuf" nach Washington.

Das Manöver war nicht neu: Bereits 1986 und 1987 hatte Reagan sandinistische „Invasionen" in Honduras erfunden, (14) kurzfristig Truppen entsandt und damit sein eigentliches Ziel — das Durchboxen von Contra-Hilfsgeldern im US-Kongreß — erreicht. Diesmal ging die Rechnung jedoch nicht ganz auf: Neben dem Protest der fortschrittlichen honduranischen Massenorganisationen gab es auch Kritik von Seiten der honduranischen oppositionellen Christdemokraten (!), der allermeisten lateinamerika-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

nischen Regierungen und breit angelegte Protestaktionen der US-amerikanischen Solidaritätsbewegung. Die noch im Februar abgelehnten Contra-Gelder wurden jedoch prompt genehmigt: 48 Mio Dollar „humanitäre Hilfe“. Das Ding mit der „humanitären Hilfe“ war ja auch schon einmal da (27 Mio Dollar im Jahre 1985).

Die Sandinisten brachen ihre erfolgreiche Offensive ab, die Contra war noch einmal davongekommen. Aber die internationale Kritik über dieses offenkundig inszenierte Theater war hart, besonders als sich Honduras weigerte, eine UN-Untersuchungskommission ins Land zu lassen, was die Sandinisten selbstverständlich akzeptierten. Eine mexikanische Zeitung sprach zusammenfassend von einem „erfundenen Krieg“ der USA.

Der Vorfall macht aber deutlich, daß Honduras weiter als US-Sprungbrett gegen Nicaragua fungiert. Esquipulas II hin oder her.

Ein Verfassungsbruch und die Folgen, oder: Warum die US-Botschaft in Tegucigalpa brannte

Am Donnerstag, den 7. April 1988, kam es zu den bisher folgenschwersten Protesten gegen die nordamerikanische Präsenz in Honduras und den Ausverkauf der nationalen Souveränität durch die gegenwärtige Regierung. Nach einer militanten, hauptsächlich von Studenten und Sekundarschülern getragenen Demonstration griffen die etwa 3000 Demonstranten ein Gebäude der US-Botschaft, in dem sich die US-Entwicklungsagentur AID, das US-Kulturzentum etc. befanden, mit Molotow-Coctails an und brannten ein Gebäude zum Großteil ab. Außerdem wurden mehr als 20 Autos von Botschaftsangehörigen verbrannt. Nachdem sich das honduranische Wachpersonal zunächst, von der Militanz der Demonstranten überrascht, in das Gebäude zurückgezogen hatte, erschossen bisher noch Unbekannte etwa zwei Stunden später aus der US-Botschaft heraus vier Demonstranten. Ein Mädchen kam unter noch ungeklärten Umständen ums Leben. Die Regierung behauptet, das Kind habe sich in einem der verbrannten Autos befunden und, zweite Version, sie sei von einem explodierenden Auto getötet worden. (15)

Vier Stunden nach Demonstrationsbeginn lösten Sondereinsatzkommandos der Polizei, die erst nach zwei Stunden zum Ort des Geschehens kamen, die Demonstration auf. Noch in derselben Nacht wurde ein Hochspannungsmast gesprengt, eine weitere Bombe explodierte in der Nähe des US-Konsulats. In der zweitgrößten Stadt San Pedro Sula wurde am selben Nachmittag ebenfalls das US-Konsulat von Demonstranten mit Molotow-Coctails angegriffen.

Drogenconnection und Verfassungsbruch

Drogenconnection und Verfassungsbruch

Anlaß der Proteste war die geplante und erfolgte Auslieferung eines honduranischen Staatsbürgers, Juan Ramón Matta Ballesteros, an die Gerichte der USA, wo er des Drogenhandels beschuldigt wird. Die honduranische Verfassung verbietet die Auslieferung von Staatsbürgern ans Ausland. Ein Auslieferungsabkommen mit den USA gibt es nicht. Die Auslieferung Mattas war demnach, unabhängig davon, ob er nun Drogendealer ist oder nicht, ein flagranter Bruch der Verfassung auf Druck der USA.

Und dagegen protestierten die Studenten: gegen den offenen, glasklaren Bruch der Verfassung auf Druck der US-Regierung. Und damit gegen ein weiteres Beispiel, wie die honduranische Souveränität von einer schamlosen Regierung an die USA ausverkauft wird. Die Parolen und Stellungnahmen aller Sektoren brachten diese Haltung eindeutig zum Ausdruck: *„Alle Organisationen der Demonstrierenden haben erklärt, daß sie nicht Matta wegen seiner möglichen Taten in Honduras oder im Ausland verteidigen, sondern ihn als honduranischen Staatsbürger verteidigen, der nicht hätte an die USA ausgeliefert werden dürfen.“* (16)

Die wichtige honduranische Tageszeitung „El Tiempo“, Sprachrohr des Industriekapitals, schrieb unter der Überschrift „Zwei nicht akzeptierbare Tatbestände gegen die honduranische Souveränität“: *„In weniger als einem Monat entrüstete sich die honduranische Nation einhellig aufgrund zweier unakzeptabler Tatsachen, welche das Wesen der Nation Honduras, ihre Würde, Integrität und Souveränität berühren. In beiden Fällen kamen die Verletzungen von staatlichen Autoritäten, um die Bedürfnisse eines ausländischen Staates zu befriedigen, was in letzter Konsequenz als Staatsterrorismus beurteilt werden muß. Wir beziehen uns auf die Invasion nordamerikanischer Luftlandetruppen, die unter dem Vorwand kamen, die nationale Souveränität von Honduras zu verteidigen, und auf die Entführung und den Hinauswurf von Ramón Matta Ballesteros aus dem Land. Im ersten Fall — bei der Invasion — regierte die Bevölkerung mit Ablehnung und Geringschätzung der Regierung. Im zweiten Fall mit Abscheu und Angst vor den juristischen und militärischen Autoritäten, welche die fundamentalen Prinzipien, die der honduranischen Nation und dem Staat zugrundeliegen, total respektlos behandeln.“* (17)

Den USA ist es sicher nicht um Drogenbekämpfung gegangen. Denn sowohl die CIA dealt in Honduras mit Drogen, als auch die wichtigsten honduranischen Offiziere. Es gab „eine Übereinkunft mit der CIA, die Contra mit Waffen und Munition zu versorgen und mit Kokain zurückzukehren“, berichtete jüngst ein Contra-Versorgungsflieger vor dem US-Kongreß. (18) Die Zeitungen „El Tiempo“ und Radio América haben eine ausführliche Liste aller hohen Militärs, die im Drogengeschäft sind, veröffentlicht. Die USA hatten die Auslieferung von Matta gefordert und im Gegenzug bei den übrigen Fällen Diskretion zugesichert. (19)

Ausnahmezustand ausgerufen

Nach den Unruhen wurde für zwei Wochen der Ausnahmezustnd ausgerufen: Ausgangssperren, Versammlungs- und Demonstrationsverbot für die Städte Tegucigalpa und San Pedro Sula, Verbot im Lande zu reisen, Verhaftungen mit möglicher Kontaktsperre von mehr als 24 Stunden und Pressezensur wurden verhängt. Alle privaten Radios wurden vorübergehend an den staatlichen Radiosender angeschlossen, gleichgeschaltet und durften nur noch Folkloremusik und offizielle Kommuniqués verbreiten. (20) Hunderte schwerbewaffneter Soldaten besetzten die großen Städte, Hubschrauber überflogen die Hauptstadt, die mit Tränengas eingenebelt war. Alle Demonstrationsansätze gegen den Ausnahmezustand wurden auseinandergeprügelt, Journalisten festgenommen, zwei Radioreporter wurden von „Unbekannten“ entführt.

Im Landesinneren (Yoro) attackierten Campesinos aus Protest gegen die Ermordung der vier Studenten us-amerikanische Militäringenieure mit Steinen und Prügeln, die in dieser Gegend eine Straße bauen, um eine Region, die als mögliches Guerillarückzugsgebiet eingeschätzt wird, zu erschließen.

Al., KB-Nürnberg (April 1988). Vielen Dank für die Mitarbeit an fg

Anmerkungen:

1) Zahlen nach: INSEH (Instituto de Investigaciones Socioeconómicas de Honduras), Honduras: El primer ano de gobierno de Azcona Hoyo, México D.F. 1987, S. 26/36.

2) Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage und zur Militarisierung des Landes siehe: AK 288, Honduras: Von der Bananenrepublik zur US-Drehscheibe.

3) Zur US-Militärstrategie in Honduras siehe: Gauger/Helwerth, Honduras:Drehscheibe der US-Intervention, in: Lateinamerika — Analysen und Berichte 9, Hamburg 1985, S. 178ff. Sehr gut, aber in der BRD nicht erhältlich: CEDOH

US-Drehscheibe.
3) Zur US-Militärstrategie in Honduras siehe: Gauger/Helwerth, Honduras:Drehscheibe der US-Intervention, in: Lateinamerika — Analysen und Berichte 9, Hamburg 1985, S. 178ff. Sehr gut, aber in der BRD nicht erhältlich: CEDOH

(Hg.), Honduras, Pieza clave de la politica de Estados Unidos en Centro América, Tegucigalpa D.F./ Honduras 1986.

4) Zur Contra in Honduras liegt eine gute Dokumentation vor: CEDOH (Hg.), La Contra en Honduras, Tegucigalpa D.F., April 1987.

5) Correos de Centroamérica, Zürich, Okt. 1987, S. 6. „Correos“, Postfach 1203, 8036 Zürich, ist übrigens die beste deutschsprachige Zeitschrift aus der Solidaritätsbewegung zu Mittelamerika.

6) INSEH-Informe No.31, México D.F., Jan. 1988, S. 2.

7) Zur detaillierten Darstellung des Falles Pavón/Landaverde siehe: INSEH, Boletin Especial 1, México D.F. Januar 1988. Die Zahlen bis Februar nach: INSEH-Informe No. 32, Feb. 1988, S.12f.

8) Alle Angaben nach: INSEH-Informe 31, a.a.O., S. 7.

9) Friedensplan „Esquipulas II“, zit. nach „El Gráfico“, Guatemala, 8.8.1987.

10) Genaue Angaben über die Contra-Verlagerungen in verschiedenen Nummern des Correos und in INSEH-Informe No. 31/32, a.a.O.

11) INSEH-Informe No. 31, a.a.O., S.3.

12) Alle Zitate nach: INSEH-Informe No. 32, a.a.O. S.2.

13) Zitat von Azcona nach El Pais 15.4.1988, S. 8. ; Zitat von Contras aus Süddeutsche Zeitung 25.4.1988, S. 8.

14) Damit soll nicht bestritten werden, daß sandinistische Truppen mehrmals bei der Verfolgung von Contras nach Honduras eingedrungen sind. Da aber bei diesen Aktionen nie honduranische Soldaten verletzt oder in Kämpfe verwickelt wurden, kann man davon ausgehen, daß die Sandinisten das honduranische Militär jeweils kurz vor derartigen Operationen unterrichten.

15) Alle Angaben nach Barricada/Managua vom 9.4.1988, S.4. In dieser Nummer ist auf Basis von Agenturmeldungen eine sehr ausführliche und glaubwürdige Zusammenfassung der Ereignisse zu finden. Die Zusammenfassung stimmt mit den kürzeren Meldungen der konservativen Zeitungen El Gráfico (Guatemala), La Nación (Costa Rica) und Prensa Gráfica (El Salvador) überein.

16) El Pais, 10.4. 1988.

17) El Tiempo, San Pedro Sula/Honduras, 7.4.1988.

18) Siehe: El Pais, 9.4.1988, S.2.

19) Dies wird in der Barricada, siehe Anm. 15) behauptet. Zur Drogenconnection der honduranischen Offizieren: Siehe laufende Nummern des INSEH-Informe.

20) Siehe: La Nación/Costa Rica, vom 9.4.1988.

„Die Gefahr geht von der CIA aus“

Interview mit dem Ex-Contra-Führer Chamorro

Edgar Chamorro, Ex-Propagandachef der Contra, bereiste kürzlich die BRD sowie Westberlin und stellte sein Buch vor, das er als Mitglied des „International Center of Development Studies“ herausgibt und das jetzt in deutscher Sprache erschienen ist. Er verarbeitete in diesem Buch seine Erfahrungen mit den Methoden der CIA. Chamorro ist seit 1984 nach der Verminung der nicaraguanischen Häfen durch die CIA aus der Contraführung ausgetreten. Er ist allerdings, das sei ausdrücklich betont, kein Sandinist geworden. Er möchte eines Tages nach Nicaragua zurückkehren, um mit von der CIA unabhängigen zivilen Oppositionsgruppen zu kooperieren. Am Rande einer Veranstaltung einiger westberliner Soligruppen gab Edgar Chamorro dem AK ein Interview.

AK: Der US-amerikanische Kongreß hat jüngst zweimal mit Mehrheit abgelehnt, die Contra weiter zu unterstützen. Nach meinen Informationen benötigt die US-Verwaltung aber nicht den Kongreß, um Geld zu bekommen, da sie seit 1986 von der CIA angewiesen ist, eine Finanzierung unabhängig von der amerikanischen Regierung und dem Kongreß sicherzustellen. Stimmt das?

Chamorro: Seit dem Iran-Contra-Skandal wissen wir, daß private Geldgeber den Krieg in Nicaragua mitfinanzieren. Ich glaube aber, daß diese Privatleute nicht allzu wichtig sind, da sie für eine Verlängerung des Krieges nicht genügend große Summen zur Verfügung stellen können. Die Gefahr geht von der CIA aus! Und hier steht die Kritik an, daß die CIA das „Ansehen“ der Vereinigten Staaten benutzt, um von Regierungen, die den USA freundlich gesonnen sind, Geld zu bekommen.

Können Sie Beispiele nennen?

Ja, die klassischen Beispiele sind Israel, Südafrika, Saudi-Arabien; Staaten, die im Austausch Sachen bekommen, die sie offiziell von den Vereinigten Staaten nicht bekommen könnten. Solche Quellen sind sehr ergiebig. Oder Süd-Korea oder irgendwelche anderen Diktaturen. Die USA haben genug befreundete Diktaturen, die stets um — gegenseitige — „Gefallen“ angegangen werden können. Das können dann Ausbilder sein, z.B. israelische Ausbilder für die Contras, oder Luftabwehrwaffen, um sandinistische Hub-

fallen“ angegangen werden können. Das können dann Ausbilder sein, z.B. israelische Ausbilder für die Contras, oder Luftabwehrwaffen, um sandinistische Hub-

schrauber zu zerstören. Israel bestreitet, Waffen an die Contras zu liefern. Aber durch die Kontakte zwischen dem israelischen Geheimdienst und der CIA ist das eben möglich.

Eine Frage zu Esquipulas II, dem Friedensabkommen von Guatemala-Stadt. Die nicaraguanische Regierung nennt das Abkommen der fünf zentralamerikanischen Länder einen gewaltigen Fortschritt und spricht von einem Wunder. Ich meine, daß die Übereinkunft insofern auf schwachen Füßen steht, als die USA nach wie vor der entscheidende Faktor bleibt. Die USA waren an dem Abkommen nicht beteiligt, und sie versuchen jetzt, das Abkommen als Waffe gegen Nicaragua zu wenden. Wie beurteilen Sie den Prozeß?

Ich glaube, daß es richtig ist, die Sache unter dem Aspekt zu betrachten, was das Hauptanliegen der USA ist. Die internen demokratischen Verhältnisse brachten sie erst in den letzten Jahren ins Spiel. 1982/83 war das zweitrangig. Da ging es um die angeblich bedrohte Sicherheit der USA. Also hatte die Contadora gesagt, da kümmern wir uns drum. Die Sandinisten sagten: Gut, wir sind bereit, darüber zu sprechen, und in dem Moment sagten die USA Stopp! Die USA wollten den Krieg unbedingt fortsetzen, also entschieden sie sich, von nun an mehr von der inneren Demokratie in Nicaragua zu reden. Nun kam Arias mit einem für alle Contras völlig unakzeptablem Plan. Aber dieser Plan hatte ebenso das grundlegende Problem, daß er ein passendes Instrument der Vereinigten Staaten ist. Die USA wollen im Grunde Nicaragua isolieren, indem sie behaupten, dort gäbe es keine Demokratie.

Der Arias-Plan benutzt, wenn er von Demokratie spricht, dieselbe Rhetorik wie die USA und meint auch dieselbe Art von Demokratie mit freier Propaganda und all diesem Brimborium, pluralistische Parteien usw. Ich würde sagen, daß der Arias-Plan für die USA sehr befriedigend war, auch wenn Arias herausgestrichen hatte, daß man mit allen Seiten reden muß. Um Nicaragua zu isolieren, waren sie mit dem Plan trotz einiger Kritikpunkte sehr zufrieden. Denn von Ländern wie El Salvador oder Guatemala, dort wo die Demokratie, das heißt vor allem die Menschenrechte, sehr gefährdet ist, spricht niemand. Ganz zu schweigen von der Tatsache, daß die Regierungen dieser Länder fest in der Hand der Militärs sind. Statt dessen redet die USA von dem „Militarismus“ in Nicaragua. Ich glaube, daß der Arias-Plan diese Strategie umrahmt; daß den Vereinigten Staaten Vorwände für ihren Angriff auf Nicaragua geliefert werden. Ich selbst habe von CIA und auch von Contra-Führern gehört, daß man vorhat, die Sandinisten mit Somoza zu vergleichen. Das ist eine sehr gefährliche Sache.

Die Sandinisten sind die einzigen in der ganzen Region, die das Abkommen erfüllen. Sie sind sogar noch darüber hinaus gegangen, indem sie Gespräche mit den Contras aufgenommen haben, was nicht Teil des Abkommens war. Der Punkt ist, daß der nächste Schritt eigentlich von den Vereinigten Staaten erfolgen müßte. Aber je mehr Zugeständnissse, desto mehr Erwartungen werden gegenüber den Sandinisten gestellt. Stimmen Sie damit überein?

Ja, natürlich. Ich weiß, daß die Contra

wartungen werden gegenüber den Sandinisten gestellt. Stimmen Sie damit überein?
Ja, natürlich. Ich weiß, daß die Contra

seit 1983 sagt, wir müssen kämpfen, da die Sandinisten unsere Angebote ablehnen. Die Contra wird vom CIA angewiesen, mehr und mehr zu verlangen, unmögliche Bedingungen zu stellen, um sicher zu sein, daß die Sandinisten ablehnen. Der Zweck ist nicht, eine Lösung auf der Verhandlungsebene zu erreichen, sondern die andere Seite für das Andauern des Krieges verantwortlich zu machen. Und deshalb halte ich das Esquipulas-Abkommen für ein Instrument, um Nicaragua als Verantwortlichen hinzustellen, um es international zu isolieren.

Was sind die Gründe für Nicaragua, sich darauf einzulassen?

Seit 1985 sagen die Sandinisten, gut, wir reden mit ihnen, aber erst muß es einen Waffenstillstand geben. Sie wollten zeigen, daß die Contras gegen die Contadora sind, sie sagten, die Contras müssen aufhören. Aber die USA wollten das Opfer als den Schuldigen hinstellen, als Auslöser der Aggression. Die Vereinigten Staaten versuchten stets, ihre Politik als „defensiv“ hinzustellen. Die Sandinisten verstanden es, darauf einzusteigen und Überzeugungsarbeit zu leisten. Die Sandinisten verstanden, daß wenn sie den Arias-Plan ablehnen würden, die USA sie in genau der Ecke gehabt hätten, wo die USA sie hinhaben wollten.

Es war eine ziemliche Überraschung für die Vereinigten Staaten, daß die Sandinisten unterzeichnet haben. In der Falle sitzen die Sandinisten trotzdem. Nur können sie es sich auf keinen Fall leisten, beschuldigt zu werden, die Türen geschlossen zu halten. Natürlich wissen die Sandinisten, daß sie so oder so den Schwarzen Peter spielen sollen. Aber so haben sie gewisse Chancen, Reagans Bluff aufzudecken. Und obwohl sie die Medien nicht kontrollieren, haben sich die Sandinisten bisher ausgezeichnet behauptet.

Nach meiner Information werden die Lebensbedingungen in Nicaragua schlechter und schlechter …

Ich persönlich glaube, daß die ökonomische Belastung des Landes die sandinistische Regierung nicht gefährden wird. Vielleicht werden viele Menschen der Mittelklassen das Land verlassen, um ihren Lebensstil beibehalten zu können. Aber ich glaube, und das ist eben der Irrtum der Vereinigten Staaten, daß insgesamt die ökonomische Situation die Sandinisten nur noch stärker machen wird.

Die Verschuldung nimmt dramatische Ausmaße an.

Ja, aber es handelt sich hier um eine Subsistenzökonomie. Man kann Geld umleiten, Ausgaben kürzen, das Militär abbauen. Der große Fehler der USA ist es, die Sandinisten in die Ecke zu drängen, in der sie Experten sind. Die Sandinisten wissen, wie man kämpft.

Ihrer Meinung nach gibt es also keine Chance für eine innere Front, die, wie ich meine, eine Absicht des Esquipulas-Abkommens ist?

Eine „interne Front“ entwickelt sich gerade, zum Beispiel die Konservative Partei, die Liberale Partei …

Und die Contras, die freigelassen werden.

rade, zum Beispiel die Konservative Partei, die Liberale Partei …
Und die Contras, die freigelassen werden.

Ja, auch die! Oder Contras, die sich noch im Exil befinden und nach Nicaragua zurückkehren möchten. Denn die Idee ist, eine interne Front zu entwickeln, die Streiks, Demonstrationen etc. organisiert.

Denken Sie, die Sache könnte eines Tages gefährlich werden für die Sandinisten?

Nein, denn Nicaragua ist nicht zu vergleichen mit Fällen wie z.B. die Philippinen oder damals Somoza. Die Vereinigten Staaten glauben, die sandinistische Regierung sei korrupt und geizig, so wie Marcos, Somoza, Duvalier, Leute, die unter dieser Art von Druck leicht aufgeben. Das einzige, auf das die Sandinisten reagieren würden, wäre, wenn es ein wirkliches und breites Anliegen im Volk geben würde für eine Veränderung. Ich glaube, daß die Sandinisten wissen, daß die Leute sie unterstützen, obwohl sie unter Entbehrungen leiden. Die Menschen ziehen die Volksregierung immer noch einer Rückkehr der Contras vor. Gefährlich könnte allerhöchstens eine Invasion werden.

Sie glauben an eine solche Intervention?

Nein, ich glaube nicht daran. Ich spreche mit vielen Leuten. Eine Invasion wäre sehr unpopulär. Die Vereinigten Staaten können Nicaragua zerstören, aber der Preis wäre sehr hoch. Die Sandinisten haben immer klar gemacht, daß sie bereit sind, ihr Leben zu verteidigen. Ich glaube, das hält die USA von einer Invasion ab. Es würde sie mindestens 10.000 Tote oder mehr kosten, und das ist schwerwiegend, auch für einen nordamerikanischen Präsidenten.

Vielen Dank für das Interview.

(Das Interview wurde geführt von E., Westberlin)



Tegucigalpa, Juli 87: Oppositionelle werden zu Freiwild erklärt. Pavon, rechts unten, wurde inzwischen ermordet

„Tour de Terror“

Veranstaltungsverbote in Bayern

„Tour de Terror — eine Veranstaltung des Anti-Atom-Plenums zu Versammlungsfreiheit und Widerstandsperspetkiven“: so etwas ist den bayerischen Behörden schon zuviel. Am 9. März sollte sie in München stattfinden, zwei Tage vorher wurde sie verboten und das Verbot mit Entschlossenheit durchgesetzt. Dieser vorläufig letzte Tiefschlag gegen linke Kommunikationsmöglichkeiten in Bayern ist besonders deshalb schwer zu verkraften, weil sich das Anti-Atom-Plenum mit seiner Veranstaltung zum Ziel gesetzt hatte, dem grassierenden Verbotswahn bayerischer Behörden Kontra zu bieten. Sie hatten deshalb Erich Fried, Rainer Trampert und die Frankfurter Lupus-Gruppe aufs Podium geladen. Die Ratlosigkeit, wie in Zukunft mit einer solchen Verbotsstrategie umgegangen werden kann, ist nach dem 9. März erheblich gewachsen. Insbesondere als sich bereits ein Gewöhnungseffekt einzustellen beginnt, denn zum einen gibt es bereits eine lange Kette von Veranstaltungsverboten und Verbotsversuchen, zum anderen reichte bisher die schlichte Anwendung des alten Versammlungsrechts, um die jeweiligen Veranstalter in die Defensive zu zwingen. Im folgenden ein (sicherlich unvollständiger) Überblick über die Veranstaltungsverbote in Bayern seit rund eineinhalb Jahren.

November '86: München

Am 4.11.86 stürmten mehrere Hundertschaften unter Leitung von BKA und LKA eine Veranstaltung mit dem Titel „Zur Lage der politischen Gefangenen in der BRD“. Der Veranstaltungsort wurde weiträumig abgeriegelt, so daß wirklich keine/r entkommen konnte. Alle rund 120 VersammlungsteilnehmerInnen wurden fotografiert, gefilmt und einzeln durchsucht. Insgesamt acht Festnahmen und ein Ermittlungsverfahren wg. §129a waren das Ergebnis.

Im Beschluß des Bundesgerichtshofs vom Vortag (3.11.86) heißt es: „...*die (im Aufruf der Veranstaltung vorkommende)*

vom Vortag (3.11.86) heißt es: „...die (im Aufruf der Veranstaltung vorkommende)

Aufzählung der Krisen- und Kriegsprojekte, wie Gen- und Hochtechnologie, ziviles und militärisches Atomprogramm, Volkszählung und Asylrecht ... beinhalten, daß sich die Veranstalter ... mit der RAF identifizieren ...“ (zitiert nach Kriminalisierungsrundbrief Nr. 3). Obwohl der BGH das Verbot schon einen Tag vorher aussprach, wurde den Veranstaltern keine Möglichkeit gegeben, gegen das Verbot juristisch vorzugehen, sie erfuhren von der Entscheidung erst bei Auflösung der Versammlung.

November '86: Regensburg

Vom 28.-30.11.86 verhängte die bayerische Staatsregierung faktisch ein Diskussionsverbot für die Anti-AKW-Bewegung. Anlaß war die geplante Bundeskonferenz in Regensburg, mit der die Kämpfe gegen die WAA in den bundesweiten Zusammenhang gestellt werden sollten. Die Begründung der Stadt Regensburg für das Verbot lautete im Kern: „*Die Stadt hält es durchaus für möglich, daß Äußerungen strafbaren Inhalts durch einzelne Veranstaltungsteilnehmer zu widersprechenden Erwiderungen anderer Versammlungsteilnehmer führen würden. Dies genügt aber nicht. Vielmehr geht es darum, daß solche Äußerungen gar nicht erst abgegeben werden dürfen.*“ Textstellen aus dem BuKo-Reader waren der Anlaß, um die §111 (öffentliche Aufforderung zu Straftaten, §90a (Verunglimpfung des Staates) und §129a heranzuziehen. Die Bundeskonferenz verkam zur nächtlichen Jagd über Straßen und Brücken und bedeutete eine herbe Niederlage.

Januar '87: Nürnberg

Die durchgesetzte Bundeskonferenz in Nürnberg vom 16.-18.1.87 war zwar eine erfolgreiche Reaktion auf die Regensburger Ereignisse. Sie kostete aber auch ungeheuren Einsatz, wäre in dieser Form nicht ständig zu wiederholen und hing im übrigen auch am seidenen Faden.

Mit dem breitestmöglichen Bündnis von autonomen Gruppen bis zu Gewerkschaftern geriet die Konferenz zur Machtprobe mit der bayerischen Staatsregierung. Zwar versuchte das Innenministerium, die BuKo ein zweites Mal zu verbieten, doch scheiterte sie diesmal sowohl juristisch als auch politisch. Allerdings mußten die Veranstalter weitgehende Auflagen hinnehmen:

— Die Leiter der einzelnen Arbeitsgruppen müssen in Anwesenheit eines Rechtsanwalts über das Versammlungsrecht informiert und der Stadt Nürnberg bzw. der Polizei namentlich bekannt gemacht werden.

— Die Veranstalter sind verpflichtet, alle Aufrufe zu Straftaten und gewalttätigem Widerstand zu unterbinden.

— Die Veranstalter verpflichten sich, die BRD nicht zu beschuldigen, die Ermordung ‚Gefangener aus der RAF‘ beschlossen zu haben und Personen aus politischen Gründen gefangen zu halten. (Siehe dazu AK 279.)

Daß diese Auflagen nicht eingehalten wurden, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß allein ihre Existenz eine permanente Bedrohung bedeutete und ein Klima verursachte, unter dem freie Meinungsäußerung kaum möglich war.

Zwar wurde durch das breite Bündnis und die Aufmerksamkeit der demokratischen Öffentlichkeit ein Stück Versammlungsfreiheit zurückerobert, doch als Modell eignet sich diese BuKo nur sehr eingeschränkt. Sie war wahrlich kein Spaziergang und erforderte einen Aufwand, der nicht für jede Versammlung betrieben werden kann.

März '87: München

Am 13.3.87 war die nächste Veranstaltung dran. BGS- und SEK-Einheiten stürmten in München das Caf'e ‚Normal‘ und erklärten eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zur Lage der palästinensischen Revolution für aufgelöst. Anlaß war ein vom Generalbundesanwalt eingeleitetes Ermittlungsverfahren wegen §129a. Wie immer in solchen Fällen wurde ‚Gefahr im Verzug“ angeführt, um den Veranstaltern jegliche juristischen Mittel aus der Hand zu nehmen.

Oktober '87: Oberpfalz

Während der „Herbstaktionen gegen die WAA“ (8.-10.10.87) erreichten die Angriffe auf das Versammlungsrecht den nächsten Höhepunkt. In sogenannten Aktionsplena sollten die stattgefundenen Aktionen diskutiert, das weitere Vorgehen koordiniert und eine stärkere Zusammenarbeit zwischen ‚auswärtigen‘ und Oberpfälzer WAA-GegnerInnen ermöglicht werden.

Das erste der beiden Plena dauerte nur wenige Minuten. Dann versuchten starke Polizeikräfte, das „Schwimmbadcaf'e“ zu umstellen. Die ca. 50 dort versammelten WAA-GegnerInnen konnten zwar fast alle entkommen, doch waren die Herbstaktionen damit eines wichtigen Diskussionsgremiums beraubt.

Zum zweiten Plenum am Tag darauf waren dann fast 250 AKW-GegnerInnen in die Gaststätte gekommen. Doch die Freude, sich nun endlich über die stattgefundenen Aktionen austauschen zu können, dauerte nicht lange. Schon nach 30 Minuten wurde bemerkt, daß die Staatsgewalt nicht untätig geblieben war. Mehrere Hundertschaften hatten die Gaststätte weiträumig abgeriegelt. „*In wilder Panik stürmten alle durch Fenster und Türen*

te weiträumig abgeriegelt. „In wilder Panik stürmten alle durch Fenster und Türen

nach draußen, um der Einkesselung zu entgehen. Es gelang jedoch nur wenigen, die Polizeikette zu durchbrechen.“

Nach kurzer Zeit erfuhren die Anwesenden per Megaphondurchsage: „*Wegen des Verdachts, daß sich in dem Raum potentielle Gewalttäter aufhalten oder Straftaten besprochen werden, wurden die TeilnehmerInnen aufgefordert, einzeln den Saal zu verlassen, ihre Personalien überprüfen zu lassen und sich einer Leibesvisitation zu unterziehen.*“ (Beide Zitate aus: „Bayern im Herbst“, Dokumentation Herbstaktionen gegen den atomaren Wahnsinn 8.-10. Okt. '87). Begründet wurde dieser Verdacht von einem Polizeisprecher gegenüber der „Mittelbayerischen Zeitung“ („MZ“) mit dem Hinweis, man habe beobachtet, wie innerhalb kürzester Zeit Fahrzeuge aus dem gesamten Bundesgebiet vorgefahren seien. Eine Begründung, die praktisch jedes bundesweite Treffen zur Räumung freigibt.

November '87: Nürnberg

Am 25.11.87 war wieder einmal Nürnberg dran. Eine Diskussionsveranstaltung von KB, „taz“ und einigen Autonomen konnte im „KOMM“ nur unter Schwierigkeiten durchgeführt werden. Eingeladen waren Detlef zum Winkel, Oliver Tolmein und Vertreter der Frankfurter Lupus-Gruppe.

Weder Titel („10 Jahre Deutscher Herbst“) noch Flugblatt lieferten offenbar ausreichende Gründe für ein Verbot. Also versuchten es die Herren von der Polizei auf andere Weise: Am Tag der Veranstaltung kündigten sie ihr Erscheinen in Form von drei Zivilbeamten an und bestanden gemäß Versammlungsgesetz darauf, von den Veranstaltern einen Platz zugewiesen zu bekommen.

Dummerweise kamen die Beamten zu spät. Die Veranstaltung war bereits begonnen worden, einige beherzte Teilnehmer schlossen die Türen von innen, die Polizei blieb außen vor. Als sich um das „KOMM“ eine bedrohliche Anzahl von Einsatzfahrzeugen gruppiert hatte, erklärte der Veranstaltungsleiter vom KB die Versammlung für offiziell beendet, verließ das Podium und meldete sich bei der Polizei.

Während im vollen „KOMM“-Festsaal die Diskussion ablief, zog die Polizei, verdutzt über diese ‚Lösung‘, wieder ab. Bis heute läuft ein Ermittlungsverfahren gegen die Veranstaltungsleiter von „taz“ und KB.

Dezember '87: Bamberg

Am 11.12.87 wurde auch die Veranstaltung der GAL Bamberg, der Bamberger Initiative gegen Atomanlagen und des AStA der Uni Bamberg zur Situation der politischen Gefangenen in der BRD und Westberlin Opfer des staatlichen Zugriffs. Mit einem Bescheid vom gleichen Tag wurde die Veranstaltung verboten. Zur Begründung mußten Textpassagen eines Artikels aus dem Blättchen „rafgier“

Fortsetzung nächste Seite

Der Erkennerbrief

Hallo Arne,

Nachrichten aus der Liberallala Bavariae.

S. hat mir Deinen Brief gezeigt, und ich hab spontan, was bei mir auch nicht so oft vorkommt, gesagt, laß mich ihm mal antworten.

Ich nutze also die Chance, Dir zu schreiben, weil ich es genieße, mal mit jemandem einer Meinung zu sein.

Deine Verblüffung über das, was Du hier erlebt hast, gibt mir einen Grund, den angestauten Groll von der Seele zu schreiben. Vielleicht kann ich Deine Eindrücke auch vertiefen und so erreichen, daß Du Dein erprobtes und hochbewährtes Widerstandspotential ein wenig auch auf diese Region konzentrierst.

Ich sag Dir, der Biergarten ist eine gute Erfindung. Und München liegt 800 km näher an Italien als Hamburg. Also ist das Wetter besser. Damit ist die Aufzählung der Vorteile Münchens beendet.

Ansonsten ist diese Stadt ein aufgeplustertes Provinznest. Die regierende SPD bildet den Südafrikaflügel ihrer Partei. Wenn Du auf ein Rock-Konzert gehst, wähnst Du Dich auf einer Vollversammlung der Schüler-Union. Das Schlimmste für die Jugend dieser Stadt wäre, wenn der Vorrat an güldenen Halskettchen ausginge und die Firma Bennetton pleite machte. Selbst die Münchener „Punks“ sind nichts anderes als hochgestylte Schrottfiguren: Kunstvoll zerrissene Klamotten aus Edelboutiquen, der Haarschnitt kostet mindestens 140 DM, und ein Gürtel unter 750 DM gilt als unstandesgemäß.

Die Grünen sitzen im Stadtrat, wo sie mit der CSU koalieren, wirklich! (So erklärt sich ihr relativ hoher Stimmenanteil.) Vorwiegend alternativ bewohnte Stadtteile, geschweige denn „befreite Gebiete“, wie beispielsweise HH-Paulsenplatz o.ä., findest Du hier nicht. Es gibt ja auch keine Kneipen, geschweige denn eine Kneipenkultur: um 0 Uhr 30 werden die Stühle auf die Tische gestellt, und es wird unfreundlich abkassiert. Eine „linke Szene“ ist nicht vorhanden, schon gar nicht miteinander streitende verschiedene linke Gruppierungen. Das einzige, was mir über den Weg gelaufen ist in den letzten 3 Jahren, ist die „Marxistische Gruppe“, ich glaube, die halten sich für Trotzkisten, und die produzieren hin und wieder auch mal ein Flugblatt.

Die Uni ist eine Kaderschmiede zur Aufzucht von kleinen Stoibers. Die „Schwabinger Kravalle“ existieren nur noch als romantische Erinnerung zwischen den Ikea-Regalen resignierter Grauköpfe.

Dieses München, lieber Arne, ist politisch ein Friedhof. So, und da kommst nun Du her. Kommst in ein Dorf, in dem nicht Gauweiler, nein, die SPD-Regierung jederzeit wesentlich mehr Prügelknaben auf die Straße schicken kann als Deine Freunde Köpfe zählen.

Und ich bin auch da. Stehe vorm Schwabinger Bräu, wollte Trampert und Fried einen schönen Abend wünschen und mal wieder ein bißchen Mut und Kraft unter unseresgleichen schöpfen.

Höre, sehe, erlebe die unsäglichen Dialoge mit der Staatsmacht. Denke, wie so oft: Der Pazifismus kann den Militarismus eben nur mit Gewalt ausrotten. Und schleich mich dann nach Hause.

Tja, und nun Du mit Deinen Fragen und Deiner Ratlosigkeit.

Warum Protest und Widerstand hier so schwach entwickelt sind, darüber kann man nur Mutmaßungen anstellen.

Nach unseren Erfahrungen — Umschulung unserer 11-jährigen Tochter — ist das Schulsystem gnadenlos wilhelminisch. Die Region ist außerordentlich reich. Die Industrie ist vorwiegend high-tech-orientiert, Proletariat à la HH oder Ruhrgebiet gibts nicht. Der christsoziale Filz sorgt dafür, daß alles funktioniert. Vielleicht über der meistens weiß-blaue Bayernhimmel auch eine hypnotische Wirkung aus: Der Bierpreis ist das Wichtigste im Leben, und gleich danach kommen Sicherheit und Ordnung.

Also, politisch betrachtet könnte sich München, selbst wenn es sich einen ganz energischen Ruck gäbe, zur Zeit nichtmal auf die Höhe von Neumünster hochschwingen.

Die AKWs ringsum nehmen die Menschen hier kaum zur Kenntnis. Widerstand gegen Wackersdorf wird überall, nur nicht in München getragen. Arbeitslose interessieren hier kaum. Nukem, Alkem? Da sind die Münchner ganz andere Durchstechereien gewöhnt: Und sie respektieren sowas, solange kräftig abgesahnt wird. „Dös is scho a Hund“ lautet die anerkennende Redensart ...

Die Menschen, die von all diesem angewidert sind und eigentlich prädestiniert, sich dagegen zu wehren, flüchten vorzugsweise in die Esoterik und andere Innereien. Nirgends triffst Du so viele Leute wie hier, die die Verhältnisse durch eine neue Atemtechnik verändern wollen. Und die füllen dann eben auch die Volkszählungsbögen aus ...

Wenn mich nicht alles täuscht, hast Du vor dem Schwabinger Bräu die ***gesamte*** *Münchner „Linke“ gesehen. Du meinst, es waren etwa 1.000 Leute. Ich denke, da täuschte Dich das liebende Auge des Revolutionärs. Unserer Schätzung nach waren es nichtmal halb so viele. Egal: Beschämend für München ist es allemal.*

Und da sind wir beim Punkt:

Mir scheint, hier gibt es keine erfahrenen Gruppen oder Organisationen, die so eine Veranstaltung professionell durchziehen können. Da kommt Sehnsucht auf nach dem guten alten Hamburger KB, aber selbst den gibt es hier nicht! Wo Erfahrung fehlt, gibts keine Durchsetzungskraft. Und der gute Wille allein produziert lediglich Dilettantismus.

Nach meinen Informationen wurden die Verhandlungen mit der Genehmigungsbehörde äußerst dilettantisch geführt. Und das Plakat war auch dilettantisch. Hier in München eine Veranstaltung unter dem Titel „Tour de Terror“ anzukündigen — das ist der Gipfel des Dilettantismus.

Dieser Veranstalter muß sich eigentlich fühlen wie ein Dilettantalus.

Und wenn eine solche Veranstaltung verboten wird, kann man die Menschen auch nicht so im Nieselwetter stehenlassen, angewiesen auf Durchsagen der Polizei. Da muß einem etwas einfallen. „Dilettantisch“ ist eigentlich ein viel zu nettes Wort: „Blöde“ muß es heißen. Diese Münchener Organisatoren waren offenbar zu blöde, um auch nur aus den Nürnberger Komm-Ereignissen zu lernen. Dort wurde das ja erfunden mit dem Verbot einer Veranstaltung, bei der nicht auszuschließen sei, daß Aufrufe zu Straftaten zu hören seien. Das ist auch Bayern, und trotzdem hat man die Veranstaltung gerichtlich durchgesetzt. Man muß es nur rechtzeitig angehen, und mit Power, und man muß in der Lage sein, mit einer Demonstration zu drohen. Also, wenn Du Kontakt hast mit den Veranstaltern, sag ihnen, sie sollen erstmal in Hamburg oder Frankfurt oder Lüchow-Dannenberg einen Kursus belegen. Oder gib ihnen selbst ein paar Tips, Du kannst es ja auch. Aber ich kann mir schon denken, was sie Dir antworten: hier ist es so schwierig, weil ...

Wir jedenfalls sitzen hier mit dem nackten Arsch im Ameisenhaufen, und es passiert gar nichts. Der Schmierfilz ist fast unangreifbar.

Einer, der es wissen muß.

Fortsetzung von vorheriger Seite

herhalten, der über die Veranstaltungsinhalte berichtete. *„Schubert wird auf die konkrete Haftsituation von politischen Gefangenen eingehen und darüberhinaus aufzuzeigen versuchen, welche Rolle die Isolationshaft im Rahmen der Aufstandsbekämpfung einnimmt."* Durch diese Ausführungen, so die Verfügung, werde deutlich, *„daß der Veranstalter und sein Anhang bei Stattfinden der Versammlung Ansichten vertreten oder Äußerungen dulden werden, die den Tatbestand des §90a ... erfüllen. ... Dabei kann offen bleiben, ob sich der Veranstalter die Zitate, aus denen die Ankündigung in der ‚rafgier' vor allem besteht — deren Echtheit nicht überprüft werden konnte —, zu eigen macht"* (aus der Verbotsbegründung der Stadt Bamberg). Mit einer solchen Begründung könnte im Prinzip jede linke Veranstaltung verboten werden.



Februar '88: München

In München folgte das nächste Versammlungsverbot. Betroffen war diesmal eine Veranstaltung mit dem Titel „Die Verfolgung der Kurden in der BRD ist ein Angriff auf den revolutionären Befreiungskampf in Kurdistan". Veranstalter waren u.a. die PKK, ihr nahestehende kurdische Gruppierungen, die VSP, der BWK und Antifa-München. U.a. aus dem Flugblatt — *„... Für die BRD Grund genug, Grausamkeiten und Massaker des türkischen Staates zu verschweigen und Geheimdienstintrigen gegen Kurden mitzumachen"* — ergab sich für die Stadt München, daß sich *„der Veranstalter oder sein Anhang in der geplanten Veranstaltung voraussichtlich nach §90a Abs.1 Nr.1 StGB strafbar machen"* werde.

März '88: München

Das Verbot von „Tour de Terror" stellt den bisherigen Höhepunkt in der Kette der Versammlungsverbote dar. Entstanden ist die Idee für diese Veranstaltung aus den Erfahrungen mit den „abgeräumten" Plena (s.o.) während der Herbstaktionen in Wackersdorf. Das Anti-Atom-Plenum analysierte, daß den ständigen Verboten und Räumungen entschlossen Einhalt geboten werden müsse. Was bot sich da mehr an, als „in der Höhle des Löwen" der CSU-Regierung die Stirn zu bieten. Mit „Tour de Terror — Versammlungsfreiheit und Widerstandsperspektiven" sollte ein Stück Versammlungsfreiheit zurückerkämpft werden, indem mensch genau diese permanente Verbotspraxis zum Thema machte. Als Referenten waren Erich Fried, Rainer Trampert, Lupus-Gruppe Frankfurt, Freiraum (München) und das Anti-Atom-Plenum selber vorgesehen.

Die Begründungen, die für das Verbot angeführt wurden, gehen über das bisher Dagewesene hinaus. Im Bescheid des Kreisverwaltungsamtes (KVA) werden zwei Diskussionspapiere herangenommen. Das eine — Interne Militanzdebatte — wird dem Münchner Anti-Atom-Plenum zugeschrieben, ohne dies konkret zu belegen. Es wird nicht darauf eingegangen, wie man zur Annahme kommt, daß dieses Papier der Münchner Gruppe zuzuordnen sei. Wahrscheinlich war es diese Lücke, die den Verwaltungsgerichtshof (VGH) dazu bewog, als Begründung für das aufrechterhaltene Verbot nur noch das zweite Papier (Frankfurter Lupus-Gruppe) anzuführen. Der Beitrag „Stand autonomer Bewegung, Langlauf oder Abfahrt im Sturz" war bereits mehrmals unbeanstandet veröffentlicht worden.

Beide Beiträge standen in keinem direkten Zusammenhang mit der verbotenen Versammlung. In dem Bescheid des KVA heißt es: *„Diese Äußerungen enthalten insbesondere in ihrem Gesamtzusammenhang die Aufforderung zu bzw. die Billigung von strafbaren Handlungen durch Befürworten von Gewalt gegen Sachen und Personen."* Bemerkenswert sind daran vor allem zwei Aspekte. Zum einen wird von einem „Gesamtzusammenhang" des Papiers gesprochen, der dann nicht konkret mit einer Textstelle belegt werden braucht. So wird bspw. aus dem Frankfurter Papier eine Passage zitiert, die sich sehr kritisch mit militanten Widerstandsformen beschäftigt. *„Denn geradezu zwangsläufig werden unsere militanten Angriffe in dem Maße Symbole von Widerstand, wie sie Ersatz und nicht Mittel militanter Strategie werden. Und so sehr wir uns über 150 gefällte Strommasten freuen, so gefährlich halten wir es, Sabotage als militante Politik zu begreifen ... Politisch entscheidend wird es sein, in wievielen Köpfen die Masten fallen."*

Aus dieser wackligen Herleitung einer angeblichen Aufforderung zu Straftaten (§111) ergibt sich auch der zweite Aspekt in dem Verbotsbescheid des KVA. Durch die Wortwahl „Billigung" und „Befürwortung" von Gewalt sollen die vorhergehenden Aussagen untermauert werden. Somit handelt es sich bei dem Veranstaltungsverbot um eine schleichende Vorwegnahme von Begründungen, die erst durch den noch nicht verabschiedeten §130b (Befürwortung von Gewalt) zulässig wären. Letzter Grund, die Veranstaltung zu verbieten, war dann der Titel. Der Name „Tour de Terror" sei *„... ein Indiz für den Unrechtsgehalt der dort beabsichtigten Meinungsäußerungen ..."*.

Nachdem das Verbot mit diesen fadenscheinigen Begründungen juristisch durchgepaukt war, zeigte die CSU-Staatsregierung, daß sie es auch praktisch durchsetzen will und kann. Gegen 18 Uhr wird der Veranstaltungsort, das „Schwabinger Bräu", langsam von uniformierten und zivilen Einsatzkräften umstellt. Die Veranstalter geben zusammen mit den Referenten eine Pressekonferenz. Sogar auf der Pressekonferenz ist die Staatsgewalt mit fünf Zivilbeamten präsent. Sie müßten aufpassen, daß die Pressekonferenz nicht zu einer Ersatzveranstaltung umfunktioniert werde, so ihre lapidare Auskunft. Erst eine voll auf sie gerichtete Medienöffentlichkeit konnte sie bewegen, den Saal zu verlassen.

Nach der Pressekonferenz ist das „Schwabinger Bräu" dicht umstellt, die potentiellen Besucher werden auf die andere Straßenseite gedrängt. 100 bis 150 Leute stehen dicht gedrängt zusammen. Ein in diesem Umfang noch nie beobachtetes Aufgebot an Zivis prescht in Dreier-und Fünfergruppen umher. Es genügt der Polizei offenbar nicht, die Veranstaltung verhindert zu haben, sie will mehr. Zuerst werden alle Herumstehenden mit Scheinwerfern ausgeleuchtet und auf Video gefilmt. Nach drei kurz aufeinanderfolgenden Aufforderungen werden gleich darauf die ersten aus der Ansammlung herausgegriffen. Grund: Sie sind immer noch da.

Es kommt innerhalb weniger Minuten zu mindestens 25 Festnahmen. Alle Festgenommenen werden ED-behandelt (Foto, Fingerabdruck), alle müssen mit einem Bußgeld, einige mit Anklagen rechnen.

Nicht zuletzt dieses harte Vorgehen macht das Ausmaß der Niederlage vom 9.3. deutlich. Mit „Tour de Terror" wurde gerade eine Veranstaltung verboten, die ihr diese Verbotspraxis thematisieren und einen entschlossenen Widerstand entgegensetzen sollte. Der 9.3. zeigt auch, wie weit die CSU in Bayern bereit ist zu gehen und wie sicher sie sich bei ihrem eingeschlagenen Kurs ist.

C., KB/Gruppe Nürnberg

Neuauflage: M.O. Bruker

Ernährungspapst am rechten Rand

Ein langes Gedächtnis ist nicht immer vorauszusetzen. Als im Juni 87 im „Rieckhof", dem alternativen Veranstaltungszentrum in Hamburg-Harburg, erstmals ein „Öko-Markt" veranstaltet wurde, wo allerlei Gesundes und Alternatives aus dem Grün-Biologischen Spektrum sich austauschte und dem Publikum präsentieren sollte (unter beifälliger Anteilnahme der SPD-Gesundheitssenatorin), da sollte auch ein in dieser Klientel Wohlbekannter sprechen: Dr. M.O. Bruker, Arzt, Gesundheitsbedachter, Ernährungsberater. Die Hamburger GAL meldete umgehend Protest an: Bruker war ihr aus rassistischen, ausländerfeindlichen, neonazistischen Zusammenhängen bekannt.

Inhaltlich unbeeindruckt, aber auf Störungsfreiheit bedacht, setzten die unwissenden Veranstalter (*„die Vorwürfe ... sind dem Rieckhof erst wenige Tage vor der Veranstaltung ... unterbreitet worden"*) den Auftritt ab: *„Da der Protest der GAL jedoch mit massivem Druck verbunden ist, kann ein störungsfreier Verlauf der Veranstaltung nicht mehr gewährleistet werden."* So schief diese Tonlage klingen mochte, so wurde sie doch von der „taz" noch um einiges übertroffen. Lokalreporter Hablützel — bar allzu genauer Sachkenntnis — sah Bruker als „konservativen Querkopf", fühlte sich ansonsten aber an „stalinistische Tribunale" und „Verfassungsschutz"-Methoden erinnert. Die „taz"-LeserInnen-Spalten der folgenden Tage brachten diverse Repliken. Peinlicherweise mußte sich Hablützel daran erinnern lassen, daß mehrfach, zuletzt 1985, die „taz" selbst (im überregionalen Teil) ausführlich über jenen Dr. Bruker berichtet hatte; damals war K.P. Klingelschmidts Schlußfolgerung gewesen, Bruker habe, aufgrund seiner politischen Aktivitäten, in der Naturkost-Bewegung nichts verloren. Aber, siehe oben, ein langes Gedächtnis ist nicht immer vorauszusetzen.

Oder auch: An gewisse Fakten muß immer wieder erinnert werden. In der Alternativ-Szene hat schubweise eine Auseinandersetzung mit Personen, Gruppierungen, Richtungen stattgefunden, die ihre Umwelt-Liebe mit dem Rückgriff auf reaktionäre bis nazistische Traditionen zu verbinden wußten. Aus den ausgehenden 70er Jahren gibt es verschiedene detaillierte Veröffentlichungen zum Thema — Dr. Bruker findet dort angemessene Erwähnung. Mittlerweile ist in Naturkostläden offenbar ein biologischer Friede ausgebrochen, der Akteuren wie Bruker ein Weitermachen, auch mittels simpelster Lügen, leicht macht. Brukers „Gesellschaft für Gesundheitsberatung" beispielsweise fand es angebracht, zu behaupten: *„Parteipolitisch war er nie engagiert."* Bruker selbst bestritt platterdings, etwas mit der NPD-Aktion „Ausländerstopp" zu tun zu haben; auch wollte er glauben machen, seine Verbindung zum Rassisten-Verein „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" sei quasi eine Erfindung seiner Gegner gewesen. Seine Versuche, solche Geschichten gerichtlich auch noch durchzusetzen, sind, wie zu hören ist, zwangsläufig fehlgeschlagen.

Der „Antifaschistische Arbeitskreis Stade" bzw. ihm nahestehende Antifaschisten aus Stade/Buxtehude wissen davon ein Lied zu singen. Eine — inzwischen vergriffene — Broschüre zu Bruker und seinem politischen Umfeld brachte ihnen bald Brukers Unwillen ein. Als Reaktion darauf und aktualisiert durch die Harburger Erfahrungen liegt jetzt eine veränderte Neuauflage vor:

„Enthüllungen über den Ernährungspapst", herausgegeben von J. Bollmer, Catalonia Verlag, Buxtehude 1988.

Auf 96 Seiten wird dokumentiert, mit welchen Rechtsaußen-Organisationen, -Initiativen etc. Bruker im Laufe der Zeit zu tun hatte. Den LeserInnen bleibt zu überlegen, wo und wie Bruker die Verbindung zwischen Eugenik und Ausländerstopp einerseits und Vollwertkost und Zuckerverweigerung andererseits zustandebekommt. Anders gesagt, wo der politische Kern seiner Ernährungsphilosophie liegt. *Diese* Auseinandersetzung ist in dem Heft ausgeklammert. Gegen Gedächtnisschwäche und Informationsmangel in Sachen Brukerscher Polit-Allianzen ist die Broschüre aber ein nützliches, aktuelles Hilfsmittel. Schließlich geht es ja auch nicht um einen Dr. Bruker allein — an Mitstreitern und Weggenossen hat es ihm nie gefehlt, wie die Dokumentation zeigt, und mangelt es ihm auch heute nicht.

R., Antifa-Kommission, Hamburg

Köln: Schüsse in der Uni

Köln: Schüsse in der Uni

30.11.87 — der neofaschistische Studentenverband „Ring Freiheitlicher Studenten" (rfs) führt eine Veranstaltung im Hörsaalgebäude der Universität durch. Zuvor kommt es zum Tumult mit Gegendemonstranten. Zwei Mitglieder des rfs, die einen politischen Gegner zusammengeschlagen haben, entziehen sich dem Zugriff der Polizei. Der eine bedroht einen Beamten mit einer Pistole und kann erst nach Abgabe eines Warnschusses festgenommen werden.



Peter Boßdorf, Vorsitzender des „Gesamtdeutschen Studentenverbandes"

Bei dem festgenommenen Pistolenheld handelt es sich um den rfs-NRW-Landesvorsitzenden Helge Korell, der in Bonn wohnt und dort Politologie/Geographie studiert. Der andere Neonazi, Markus Beisicht aus Leverkusen, wird an seinem Wagen gestellt. Beisicht ist rfs-Bundesvorsitzender und Beisitzer im Bundesvorstand der „Republikaner". Im Fahrzeug findet die Polizei „pyrotechnisches Material", sprich Sprengstoff, das nach deren Auffassung dazu geeignet ist, „erhebliche Körperverletzungen herbeizuführen".

Dies ist der vorläufige Höhepunkt einer Reihe von Vorfällen und Provokationen in Köln mit und um den rfs (1). Bis Ende 1986 ist der rfs ausschließlich nur in Köln aktiv gewesen. Seit dem Frühjahr 1986 war die Bonner rfs-Gruppe von Köln aus vom Krefelder Neonazi Manfred Rouhs (NPD-Bundestagskandidat 1987 und rfs-Generalsekretär) aufgebaut worden. Seitdem mehren sich auch in Bonn die Vorfälle und Provokationen.

So z.B. kommt es an einem nicht genehmigten rfs-Büchertisch am 4.11.87 im Uni-Hauptgebäude zu einem provozierten Handgemenge. An den Handgreiflichkeiten, bei dem ein Mitglied der Fachschaft Germanistik verletzt wird, sind Helge Korell und Manfred Rouhs beteiligt.

Bei der öffentlichen Wahlauszählung zu den Studentenparlamentswahlen in der Mensa Nassestraße am 22.1.88 provozieren rfs-Mitglieder eine Schlägerei, bei der es zwei Verletzte gibt. Trotz eines sofort erteilten Hausverbots, versucht der rfs erneut, in den Auszählungsraum zu gelangen.

Neben Helge Korell ist ein alter Bekannter mit dabei: Rene Decrouppee, früher Horstführer der Wiking-Jugend in Beuel, im November 1984 zu 10 Stunden Sozialdienst verurteilt wegen „Herbeiführung von Sprengstoffexplosionen" (Sprengversuche der WJ, 1983 Königswinter) und beteiligt an bekannten Neonaziaktionen in Bonn im Zeitraum 1983-85. Wie der rfs-Köln scheint sich auch der rfs-Bonn Verstärkung aus dem militanten Spektrum der „Bewegung", zu denen WJ, FAP, HNG und NF zählen, für seine Veranstaltungen zu holen. Am 10.10.87 z.B. lud der rfs zu einem Vortrag im Hotel Bergischer Hof in Bonn ein. Gegendemonstranten wurden vom rfs-Saalschutz hinausgedrängt. Neben Helge Korell tätig: Markus Spruck, bis 1985 im Horst-Meckenheim der Wiking-Jugend aktiv, nach seinem Umzug nach Siegburg in der FAP-Gruppe um Frank Karmann und Stefan Niemann. Im Juli 1984 wird Spruck bei einer militanten Aktion aus dem Kühnen-Bereich in Hannover festgenommen und im Dezember 84 zu 20 Stunden Sozialhilfe wegen Körperverletzung verurteilt.

Andere interessante Beziehungen gibt es zum nationalrevolutionär ausgerichteten „Gesamtdeutschen Studentenverband" (GDS früher ODS). Im Prozeß um den Neonazi-Überfall auf Bonner Punker vom 1.9.84 fand der Vorsitzende Richter am Bonner Landgericht es bemerkenswert, daß von den 15 festgenommenen Neonazis allein vier von einem gleichzeitig in Godesberg stattfindenden GDS-Seminar und der GDS-Hauptversammlung kamen (2). Laut den Protokollen des GDS waren neben bekannten Neofaschisten aus dem norddeutschen Raum (3) Ulrich Wlecke (Münster) und Norbert Gesell (Köln) anwesend. Beide sind Mitglieder des rfs.

Zum Tag der „Deutschen Heimat" lud am 11.9.87 Oberbürgermeister Daniels zu einer Veranstaltung ins Beuler Rathaus mit Heinrich Lummer als Gastredner ein. Anwesend und in Gesprächen vertieft: Helge Korell mit Peter Boßdorf, dem Vorsitzenden des GDS, der ebenfalls in Bonn studiert.

In Köln wurde der rfs nach den Vorfällen vom 30.11.87 vom Rektor aus der Matrikel gestrichen. Dagegen klagt der rfs. Auf die Ergebnisse dieses Verfahrens und den Strafprozeß gegen Helge Korell darf man gespannt sein!

Andres Garcia
Antifa-AK Bonn

Anmerkungen:

1. Gut dokumentiert in der Dokumentation des ASTA-Köln „rfs — freiheitlich oder faschistisch?!" Dez. 87
2. Arbeiterkampf Nr. 273, S. 21 August 86
3. Laut Protokoll anwesend: Harald Weisig, Manfred Wandtke, Peter Boßdorf, Volker Beecken, Anja Hasse, Ulrich Wlecke, Hartmut Gahntz, Thomas Gliem, Yvonne Olivier, Peter Haerting, Hans-Michael Fiedler, Andreas Raithel, Michael Zülch, Hermann Mietz, Christian Heck, Norbert Gesell, Frank Buchold, Helmut Vollmer, Joachim Apel, Harald Schua, Norbert Schnelle und Volker Schmidt.

Wahl in Schleswig-Holstein

Anstand siegt

Ein Wahlkampf, der „Wettbewerb" heißt; eine CDU, die diesen Wettbewerb nur deshalb mit dem Slogan „Neu denken" bestreitet, weil „Mehr Demokratie wagen" urheberrechtlich geschützt ist; einen sozialdemokratischen Oppositionsführer, der von Freund und Feind so behandelt wird, als hieße er Richard von Engholm; Fundi-Grüne, die für eine rotgrüne Koalition kämpfen; Rechtsradikale, die vor einem halben Jahr noch nicht einmal zu kandidieren wagten und nun ihre große Stunde wittern.

Wo gibt's das schon? Natürlich nur „an der Nordseeküste, am plattdeutschen Strand"!



Mein Ehrenwort ...

Die CDU

Die CDU stand Anfang des Jahres vor der Alternative, ihrem Landeschef Stoltenberg zu folgen und dessen Favoriten, den derzeitigen geschäftsführenden Ministerpräsidenten Schwarz, zum Spitzenkandidaten zu küren, oder, wie von der Führung der Bundespartei gewünscht, auf das „neue Gesicht" (Wahlslogan) Heiko Hoffmanns zu setzen. Mehr als eine reine Personalentscheidung mußte die Nord-Union treffen.

Schwarz, der nicht nur so heißt, hätte zwar die notwendige Mobilisierung des Parteiapparats und der Kommunalfunktionäre hingekriegt. Wahrscheinlich hätte er auch das sturzkonservative CDU-Stammwählerpotential bei der Stimme halten können — getreu dem Stoltenberg-Motto, daß vor der Moral allemal noch das Fressen kommt. Allerdings waren die Risiken einer derartigen Wahlstrategie, auch wenn sie einigermaßen erfolgreich sein sollte, den Christdemokraten-Vordenkern um Heiner Geißler zu groß. Regierungsfähige Parteien leben nicht zuletzt von der gesamtgesellschaftlichen Konsensstiftung. Die Verweigerung eines — zumindest symbolischen — „Neuanfangs" hätte sich nachhaltig negativ auf diese Fähigkeit der Gesamt-CDU auswirken können. Deshalb intervenierte die Bonner Zentrale so massiv gegen den Stoltenberg-Kurs und nötigte ihrer SH-Abteilung einen Kandidaten auf, der vor allem durch seine Verlierer-Qualitäten besticht.

Wie wenig man im Konrad-Adenauer-Haus von Stoltis Landesverband hält, wird an kuriosen Wahlkampfsprüchen, wie „Hoffmann — kein Mann des Parteiapparats" (CDU-Wahlbroschüre) deutlich. Das Dilemma dieser Strategie liegt auf der Hand: Wähler der „Mitte" werden aufgrund der Halbherzigkeit des „Neuanfangs" kaum zu gewinnen sein, während dem „rechten Rand" Hoffmanns Softi-Kurs höchst verdächtig erscheint.

während dem „rechten Rand" Hoffmanns Softi-Kurs höchst verdächtig erscheint.

Die SPD

Die SPD plagen solche Sorgen nicht. Einerseits hat sie bis weit ins linke Spektrum hinein ihren Ruf als „linke" SPD, besonders in Sachen Demokratie und AKW, bewahren können.

Andererseits hat es Engholm in den vergangenen fünf Jahren geschafft, die Partei auf „Mitte-Kurs" zu bringen. Daß dieser Kurs zu keinen Einbrüchen bei linken oder rotgrünen Wählerschichten führt, hat die Septemberwahl gezeigt. Bis auf die drei bis vier Prozent grüne Stammwähler hat die Engholm-SPD die rotgrünen Stimmen abzocken können. Diesmal scheinen sich die Sozialdemokraten dieses Potentials sicher zu sein. Bemühte man sich im letzten Jahr noch mit allerlei „Alternativ"-Veranstaltungen um den rotgrünen Wechselwähler, wird für den 8. Mai fast ausschließlich in Richtung „Mitte" mobil gemacht.

Die Engholm-Linie ist in der SH-SPD mittlerweile so unumstritten, daß sich der Kandidat sogar an den ehemaligen Landesvorsitzenden Günter Jansen herantrauen konnte. Jansen, im Kabinett Engholm als Sozial-(AKW)-Minister vorgesehen und eine Art Glaubwürdigkeits-Denkmal, wurde von Engholm öffentlichkeitswirksam zurechtgewiesen, als er einen AKW-Ausstieg bis 1990 in Aussicht stellte. Eine sozialdemokratische Landesregierung werde ab 1990 die Möglichkeiten eines Ausstiegs, bei strikter Einhaltung rechtsstaatlicher Wege, prüfen. Ziel sei der Ausstieg innerhalb von zwei Legislaturperioden, stellte Engholm klar. Gerade die „harte" Linie in der Ausstiegsfrage, die auch die Konfliktbereitschaft mit der Schmidt-Regierung beinhaltete, begründete Ende der siebziger Jahre das spezielle Profil der Nord-Sozis. Daß Engholm ohne sichtbare Gegenwehr der Parteilinken locker auch diesen, quasi identitätsstiftenden Punkt von der sozialdemokratischen Tagesordnung streichen konnte, illustriert den Weg, den diese erste Enkel-SPD mittlerweile zurückgelegt hat. Was sich derzeit kein Linker zu sagen traut, nannte der Unionskandidat beim Namen: „Engholm paßt sich CDU-Positionen an".

Das alles stört die linken Engholm-Sympathisanten aus Kunst und Kultur wenig. Von Günter Grass über Jürgen Flimm bis zur Münchner Lach- und Schießgesellschaft tingeln mehr oder weniger prominente Linksintellektuelle für die SPD durchs Land.

Doch die rechte Willy-(Björn-)Aufbruchsstimmung will im Norden nicht aufkommen. Das ist zumindest ein Unterschied zwischen Opa und Enkel: Brandt begann erst nach dem Wahltag mit der Enttäuschung linker Hoffnungen, bei Engholm gehört dies zum Wahlkampfkalkül.

Die Grünen

Die Grünen hätten diesmal die einmalige Chance, durch Störmanöver gegen den CDU-Anstand und die SPD-Wohlanständigkeit, sich wieder (un)angenehm in Erinnerung zu bringen. Doch hinter den Schleswig-Holstein-Grünen liegt nicht nur eine inzwischen zehnjährige Ge-

digkeit, sich wieder (un)angenehm in Erinnerung zu bringen. Doch hinter den Schleswig-Holstein-Grünen liegt nicht nur eine inzwischen zehnjährige Ge-

schichte, in der die Grünen es nicht geschafft haben, zu einem politikfähigen Faktor im Land zu werden, sondern auch der Frust dreier Wahlniederlagen.

Diesmal gehen die Grünen mit einer klaren Koalitionsaussage in die Wahl. Was anderenorts zu erheblichen innerparteilichen Konflikten führt, ist in SH völlig unumstritten, zumal die in die Minderheit geratenen Linksgrünen, um weitere Rechtsverschiebungen zu verhindern, und um nicht zu sehr in die Isolation zu geraten, das Koalitionsangebot eigenhändig der Partei vorschlugen.

So führen nun Fundis und Ökosozialisten einen Koalo-Wahlkampf, der schon deshalb ziemlich unscheinbar wirken muß, weil das „rotgrüne Chaos" selbst für die Rechtspresse kein Thema ist. Die Möglichkeit, daß der sozialdemokratische Wahlsieg bereits vor dem Wahltermin ausgemachte Sache ist, und deshalb der rotgrüne Wechselwähler beruhigt die Grünen wählen kann, bleibt für viele Aktivisten der Öko-Partei eine letzte vage Hoffnung auf den Parlamentseinzug. Die absolute Mehrheit Engholms und die daraus resultierende Gefahrlosigkeit der grünen Stimmabgabe wird daher von den Grünen in der letzten Wahlkampfphase besonders eindringlich betont. Der grüne Koalitionswahlschlager wird selbstverständlich dadurch nicht attraktiver, aber Rettungsringe kann man sich sowieso nicht aussuchen.

Ein wesentliches Ziel haben die Linksgrünen schon jetzt verfehlt. Ihr Nachgeben in der Koalitionsfrage sollte die Realos versöhnen und innerparteilich einbinden, auch, um möglichen Schuldzuweisungen nach einer erneuten Wahlniederlage entgegenzuwirken (ein öko-sozialistischer Parteistratege nannte diese Herangehensweise vollmundig „rechts blinken und links abbiegen"). Doch nicht nur die „taz" winkte genervt ab („diese Grünen sind nicht wählbar"), auch die realpolitische Bundesprominenz macht derzeit um Holstein und Schleswig einen Riesenbogen. Beim Kampf um's Überleben setzten die Grünen auf eine Linie „zwischen Hamburg und Hessen" (Tamara Tschikowani, Spitzenkandidatin) in der Hoffnung, daß unter diesen Voraussetzungen auch Otto und Joschka ihnen Beistand leisten werden. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. Unterstützung gibt es nur von den Ebermännern und der Parteizentrale, die mit viel Geld und hauptamtlichen Mitarbeitern den personell und finanziell völlig ausgebluteten Landesverband wieder wahlkampffähig gemacht haben. Zu einem politisch-pointierten Wahlkampf reicht das natürlich nicht. Die auf der Straße liegenden Themen — HDW/Südafrika-Kumpanei, AKW-Ausstiegspolitik, Werftensterben, „Innere Sicherheit" — werden, wenn überhaupt, eher betulich-pflichtgemäß aufgegriffen — von der „Kieler Affäre", zu der den Grünen überhaupt nichts einfällt, ganz zu schweigen.

Nein, eine Störung der großen Anstands-Koalition ist von diesen Grünen, auch parlamentarisch, nicht zu erwarten.

Die Rechtsradikalen

Die Rechtsradikalen waren seit den frühen Siebzigern in Schleswig-Holstein wahlmäßig völlig abgemeldet. Während bei der Doppelwahl in Bremen und SH am 13.9.87 die „Liste D" in das Parlament der Hansestadt einzog, wagte im Barschel-Land keine rechtsradikale Gruppe die Kandidatur. Seit bei der Landtagswahl '79 die CDU mit nur 700 Stimmen Vorsprung ins Ziel ging, verbot sich ohnehin jede alternative Rechtskandidatur von selbst.

Ganz anders die Szenerie '88. Mit der NPD und den Republikanern treten zwei originalfaschistische Parteien an. Zusätzlich wollen noch die ÖDP und die UWSH (letztes Jahr 1,3%) sowie SHP und FSU im Unions-Revier wildern. Allen gemein ist die Einschätzung, daß die CDU ihre Integrationskraft nach rechts eingebüßt hat. Getreu dem Erfolgsrezept von Bremen und Baden-Württemberg meiden NPD und Republikaner die direkte Öffentlichkeit. Man setzt auf landesweite Postwurfsendungen (für die NPD übernimmt dies Dr. Frey aus München), Wahlzeitungen, Plakate und, vor allem, auf den Unionsverdruß im rechten Lager.

Für die Neofaschisten bedeutet die SH-Wahl auch eine wichtige (Vor)Entscheidung über die politische Vorherrschaft in ihrem Spektrum. Sollten die Republikaner wieder einmal als zweite auf die Zielgerade kommen, sind ihre Zukunftschancen denkbar schlecht. Mit Prof. Schlee, ehemaliger Vertriebenenbeauftragter der Landesregierung, setzt die Republikanische Partei auf Reputation und Biederkeit. Auf die stattliche Anzahl diverser BGS- und Polizeibeamter unter den Kandidaten der Republikaner dürfte die NPD, die da nicht mithalten kann, neidisch sein. Gemessen an ihrer Außendarstellung sind beide Parteien kaum zu unterschieden. „Unerfreulichen" Szenen mit antifaschistischen Widersachern versuchen ebenfalls beide aus dem Weg zu gehen — wohlwissend, daß der erwartete Wählerzuspruch nicht der eigenen Stärke, sondern der Schwäche des großen CDU-Bruders geschuldet ist. Mehr nicht, aber auch nicht weniger.

Eine Leiche verschwindet

Wenn es eine Steigerung für „tot" gäbe, sagen wir „toter", ist der Mann, der Anlaß und Grund dieser Wahl war, am „totesten". Und doch so existent, daß jede Wahlpartei den Namen Barschel so scheut, wie der Teufel das Weihwasser — die SH-Wahl muß ohne die Genfer Leiche auskommen. Das Barschel-Thema, egal von wem eingebracht, hätte unweigerlich polarisierend gewirkt. Selbst die Grünen hatten daran kein Interesse. Wo der Anstand zur ersten Politikerpflicht wird, möchte niemand als unanständig abseits stehen.

Der Ministerpräsidenten-Zombie macht's möglich: Von Flensburg bis Pinneberg werben lauter saubere Menschen, die sich dies auch noch gegenseitig attestieren, um das Bürgervertrauen. Vom schmutzigen Geschäft ist keine Rede mehr.

ra/kiel

Barschel-Ermittlungen steckengeblieben

Nach wie vor gebe es einen „Stoß von Rätseln" um den Tod des ehemaligen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten, meint die „Neue Ruhr Zeitung" und unterscheidet sich damit vom allgemeinen Trend, die Sache abzuhaken (NRZ, 26.3.88). Die Zeitung berichtet über ihr vorliegende Akten und Aussagen:

— Barschel hat am letzten Abend (10.10.87) von seinem Genfer Hotel „Beau Rivage" aus eine ganze Reihe von Telefongesprächen mit Angehörigen geführt. Die Nummern der angerufenen Anschlüsse wurden vom Hotelcomputer aufgezeichnet, ebenso die Länge der Gespräche. Demnach hat Barschel dreimal bei seinem in der Schweiz lebenden Bruder angerufen: Der aber beharrt darauf, an diesem Abend lediglich *zweimal* mit ihm gesprochen zu haben.

— Umgekehrt hat es in Genf Versuche bislang unbekannter Personen gegeben, mit Uwe Barschel Kontakt aufzunehmen. So wurde an jenem Samstag Abend in der von ihm bewohnten Suite 317 mit Sicherheit ein Anruf entgegengenommen. Schon einen Tag vor Barschels Ankunft in Genf hatte sich eine Frau telefonisch nach ihm erkundigt — im Hotel Hilton, welches dem Beau Rivage benachbart ist. (Im übrigen wußte ja auch der „Stern" von seiner bevorstehenden Ankunft.)

— Drei Umstände nennt die „NRZ", die daraufhin deuten, daß eine andere Person in der Todesnacht bei Barschel gewesen ist. Erstens muß jemand am Sonntagmorgen, als Barschel im Sterben lag oder schon tot war, das Schild an seiner Zimmertür umgedreht haben, das zunächst nach Aussagen von Hotelangestellten die Aufschrift „Bitte nicht stören" gezeigt hatte. Zweitens ist eine Rotweinflasche, die Barschel am Abend bestellt und auf der Rechnung dem Zimmerkellner quittiert hatte, nach wie vor spurlos verschwunden. Drittens war der rechte Arm des toten Barschel, wie auf dem „Stern"-Foto zu sehen war, an den Rand der Badewanne gelehnt und ragte aus dem Wasser heraus. Die Gerichtsmediziner stellten jedoch fest, daß sich an *beiden* Händen, rechts und links, eine sog. Wasserhaut gebildet hatte. Schließlich waren einem Hotelboy in der Nacht vom Samstag auf den Sonntag Geräusche irgendwo in den ersten drei Stockwerken aufgefallen: So etwas wie ein Klopfen und anschließend ein Huschen über den Flur.

Zu erinnern ist an zwei bedeutsame Informationen, die die Diskussion um die Barschel-Affäre gleichwohl wenig beeinflußten: Zum einen wurde aus den Obduktionsergebnissen Ende letzten Jahres bekannt, daß Barschel, der ja an einer Überdosis von Medikamenten gestorben sein soll, die entsprechenden Substanzen mit starker zeitlicher Verschiebung eingenommen hat. So hat er anscheinend zunächst Beruhigungsmittel zu sich genommen, die seine Willens- und Handlungsfähigkeit einschränkten, aber erst „Stunden" danach die eigentliche tödliche Dosis an Cyclobarbital (siehe AK 290). Und es bleibt die vom „Stern" aufgedeckte und vom Rechtsanwalt des Werner Mauss umstandslos bestätigte Tatsache, daß der „Superagent" in der gleichen Nacht in Genf Quartier bezogen hatte: in einem dem „Beau Rivage" benachbarten Hotel.

Das Auftauchen des Namens Mauss ist nicht nur deswegen bemerkenswert, weil man dem Manne gemeinhin alles zutraut. Vielmehr spielen die damit benannten niedersächsischen Geheimdienstkreise tatsächlich eine Rolle in der Affäre: Barschel war von Gran Canaria nach Genf gekommen, um sich, wie er sagte, mit einem Informanten zu treffen, von dem er sich „Entlastung" versprach. Den Namen dieses vermeintlichen Informanten gab Barschel seinen Angehörigen gegenüber mit „Roloff" an. Nun gab es, wie Barschel selbst am besten wußte, bei den diversen schmutzigen Operationen, die er mit Pfeiffer durchgeführt hatte, nichts, was ihn hätte entlasten können. Der von den Medien gezogene Schluß, die *ganze* Roloff-Geschichte sei eine reine Erfindung Barschels gewesen, ist jedoch keineswegs zwingend. Denn „Roloff" hat als Pseudonym des Hannoveraner Journalisten Bernd Plogmann eine reale Bedeutung; dieser aber ist bekannt dafür, dem Verfassungsschutz zu Diensten zu sein und kann somit — wie übrigens auch Pfeiffer — dem Milieu des Mauss zugerechnet werden. Immerhin gab es am 16.10.87 deswegen eine Hausdurchsuchung bei Plogmann. Und siehe da: Plogmann war schon drei Tage vorher gewarnt worden ... (siehe AK 291).

Barschels „als Mord getarnter Selbstmord" — fast genau zehn Jahre nach Stammheim ... — ist in der Öffentlichkeit so weit festgeklopft, daß auch die „NRZ" nur die Vermutung wagt, es könnte eine unbekannte Person bei ihm gewesen sein, die ihm „Sterbehilfe" leistete. Die Zeitung weist auf „Querelen" in der Genfer Justizbehörde sowie zwischen Genf und der Lübecker Staatsanwaltschaft hin. Die Ermittlungen kämen selbst in scheinbar leicht aufzuklärenden Detailfragen nicht voran. „Bild" hatte schon in der Woche nach Barschels Tod gemeldet, den Schweizern sei *„von gewichtiger deutscher Seite und über mehrere Kanäle"* der Wunsch übermittelt worden, diesen Fall als Selbstmord einzustufen („Bild", 16.10.87). Die SPD, die als Opfer von Barschel/Pfeiffer die schleswig-holsteinische Landtagswahl gewinnen will, zeigt sich erstaunlich desinteressiert an dieser Frage.

Pünktlich zum Wahlkampf wird die Affäre in Büchern und Fernsehsendungen noch einmal zusammenfassend präsentiert. Überzeugend und schlüssig verfolgen diese Aufarbeitungen Barschels Lebensweg und politische Karriere, so daß sich ein Selbstmord als seine letzte Intrige nahtlos in das Porträt einfügt. Und so bleibt auch nur noch ein allerletzter Zweifel bestehen: Sind Selbstmorde logisch ableitbar?

de.

In Sachen Ulla Penselin/Ingrid Strobl

Dürftige Beweisführung

Kleine Anfragen können große Verwirrung stiften — und damit aufklärerisch wirken, denn in der Lüge der Ermittlungsbehörden steckt die Wahrheit. Vier Monate nachdem Ulla Penselin und Ingrid Strobl verhaftet worden sind wollte die grüne Abgeordnete Ellen Olms von der Bundesregierung über die „Ermittlungspraktiken des Bundeskriminalamtes" informiert werden. Das Ergebnis ihres Vorstoßes sind bemerkenswerte drei Seiten Antwort, die vor allem neue Fragen aufwerfen.

Die Bundesregierung beginnt mit einer Vorbemerkung, in der darauf verwiesen wird, daß der „Verdacht besteht, daß diese Personen (gemeint sind Ingrid Strobl und Ulla Penselin, Anm. AK) an dem Sprengstoffanschlag auf die Lufthansa-Hauptverwaltung in Köln am 28.10.86 bzw. an dem versuchten Sprengstoffanschlag auf das Gentechnische Institut in Berlin am 17.10.1986 beteiligt waren". Eine bemerkenswerte Behauptung: offiziell, in den Pressemitteilungen der Bundesanwaltschaft und in den Haftbeschlüssen, wird Ingrid Strobl zwar Beteiligung an dem Lufthansa-Anschlag vorgeworfen und Ulla Penselin die Beteiligung an den Anschlägen auf „Adler" — der versuchte Anschlag auf das Gentechnische Institut in Westberlin wird aber weder der einen noch der anderen zur Last gelegt. Wieso behauptet die Bundesregierung etwas anderes? Eine Anfrage der taz ergibt: die Bundesregierung behauptet „den Ermittlungsstand der Bundesanwaltschaft" wiederzugeben (taz 29.4.88). Die Bundesanwaltschaft bestreitet das: sie wisse von der Antwort der Bundesregierung nichts, es gebe auch keinen neuen Tatvorwurf gegen Ulla Penselin und Ingrid Strobl. Hat sich die Bundesregierung also „nur vertan"? Das erscheint zumindest als recht unwahrscheinlich. Zudem taucht der versuchte Brandanschlag auf das Gentechnische Institut in Westberlin in Zusammenhang mit den Durchsuchungen am 18.12.1987 schon einmal auf: in einem der Durchsuchungsbefehle wird die Beteiligung daran aber einer anderen Frau, nach der seit Februar 1988 ebenfalls gefahndet wird, zur Last gelegt. Daß die individuelle Zuordnung einzelner Taten Bundesanwaltschaft (und Bundesregierung) schwer fällt, wird auch daran deutlich, daß der erste Durchsuchungsbefehl für Ulla Penselins Wohnung auf den Namen einer anderen Frau ausgestellt war — der gegen Ulla Penselin gerichtete Vorwurf, an Brandanschlägen auf die Firma „Adler" beteiligt gewesen zu sein, wurde dafür erst Wochen nach ihrer Verhaftung nachgeschoben.

Die kleine Anfrage der Grünen bemüht sich vor allem Klarheit darüber zu erlangen, wie genau das BKA die Emes-Sonochron-Wecker zu Fahndungszwecken verwendet hat. Aus der Antwort der Bundesregierung ergibt sich folgendes, nur auf den allerersten Blick stimmiges, Bild: das BKA hat der Herstellerfirma des Weckers 22.743,17 DM „Ausgleichszahlungen" (wofür wird nicht gesagt) erstattet; das BKA hat weder den Vertrieb noch die Präparierung des Weckers selbst übernommen: unter Aufsicht zweier BKA-Beamter sind dann in 30 Geschäften in zwanzig Städten in Nordrhein-Westfalen Videoanlagen im Wert von insgesamt 105.495,70 DM installiert worden. Bei den Videoaufzeichnungen sind angeblich 82 Personen erfaßt worden, von denen anschließend Lichtbilder angefertigt worden sind. Nur zwei dieser Personen, so die Antwort weiter, sind dem BKA namentlich bekannt geworden. Und zwar sollen dies, welch ein Zufall, gerade die beiden sein, deren Wecker bei Anschlägen Verwendung gefunden haben sollen. Die Lichtbilder seien jetzt beim BKA zur Aufbewahrung und würden dort „gemäß den Richtlinien für die Führung kriminalpolizeilicher personenbezogener Sammlungen geführt". Allerdings gibt es, nach Recherchen der taz, widersprüchliche Angaben darüber, zu welchem Zweck und wie die Bilder aufbewahrt werden: das BKA behauptet, die Bilder seien lediglich als Beweisstücke für die Hauptverhandlung vorgesehen, sie würden für aktuelle Fahndungs- oder sonstige Polizeiaktivitäten nicht benötigt und seien schon gar nicht zu einer eigenen Datei zusammengestellt; die Bundesanwaltschaft verweist dagegen darauf, daß das BKA die alleinige Verfügungsgewalt über die Bilder hätte und daß es kein Ersuchen ihrerseits gebe, alle 82 Fotos als Beweismittel zu verwenden. Ob Beweismittel oder nicht — was soll eigentlich mit Fotos von unbekannten Personen bewiesen werden? —, daß das BKA die Bilder nicht in einer Datei mit, sagen wir mal, Namen „Wecker" gespeichert hat, erscheint kaum vorstellbar. Daß das BKA das leugnen will, macht da schon eher Sinn: eine Datei muß eigentlich mit einer Einrichtungsanordnung und festgeschriebenen Rechtsgrundlagen eröffnet werden und kann dann vom Datenschutzbeauftragten eingesehen und kontrolliert werden. Keine Datei kann dagegen auch nicht kontrolliert werden.

Die in der Antwort der Bundesregierung behauptete Version der WeckerkäuferInnen-Überwachung erscheint aus mehrerlei Gründen unglaubwürdig. Schon die Angabe, von den angeblich 82 per Lichtbild erfaßten WeckerkäuferInnen seien nur zwei namentlich bekannt, widerspricht den Durchsuchungsbefehlen vom 18.12.88. Dort wird nämlich von drei Personen behauptet, ein Vergleich von Videoaufnahmen mit anderen Bildern identifiziere sie als KäuferInnen des Emes-Sonochron-Weckers: einen Wecker soll Ingrid Strobl am 11.9.1986 in Köln gekauft haben (dieser Wecker soll beim Brandanschlag auf die Lufthansa verwendet worden sein), einen zweiten Wecker habe ein Mann am 28. Mai 1986 ebenfalls in Köln gekauft (über die Verwendung dieses Weckers sagt der Durchsuchungsbefehl nichts aus), einen dritten Wecker habe eine Frau am 15.10.1986 in Dortmund gekauft (dieser Wecker soll beim versuchten Anschlag auf das Gentechnische Institut in Westberlin eingesetzt worden sein). Die Identifizierung dieser drei Personen läßt aber auch eine weitere Behauptung der Bundesanwaltschaft in einem seltsamen Licht erscheinen. In ihren Pressemitteilungen behauptet die Bundesanwaltschaft, Ingrid Strobl sei „durch Zufall" identifiziert worden: im Februar 1987 habe ein Beamter Ingrid Strobl in einem Film über das zehnjährige Emma-Jubiläum als die Frau identifiziert, die auf den Videos den am 28.10.86 beim Anschlag auf die Lufthansa verwendeten Wecker gekauft habe. Wenn das BKA aber eine Ermittlungsmethode wie die Überwachung von Weckerkäufen über Videoanlagen anwendet, wird es sich auch Wege überlegt haben, WeckerkäuferInnen möglichst umgehend und zuverlässig zu identifizieren — und nicht auf so einen Zufall angewiesen zu sein. Wie wurden denn die anderen beiden WeckerkäuferInnen, nur einem wird eine Bekanntschaft mit Ingrid Strobl „nachgewiesen", identifiziert? Eine andere Version als die des BKA ist zumindest denkbar: Ingrid Strobl wurde nach dem angeblichen Weckerkauf am 11.9.86 recht schnell identifiziert und überwacht — es ergaben sich aber keine Belastungsmomente. Der Emma-Film wurde am 9.2.1987 ausgestrahlt — am 12.2.1987 wurde Ingrid Strobl gewarnt, sie werde überwacht. Von da an hat das BKA für das Fehlen von Belastungsmaterial gegen Ingrid Strobl, trotz monatelanger Observation und Telefonüberwachung einen guten Grund: die Verdächtige war ja gewarnt worden.

Die Wecker-Fallen-Version, die von BKA und BAW verbreitet wird, erweist sich aber noch in anderen Punkten als fragwürdig. Dazu ist ein Blick in die entsprechenden Artikel von „stern" und „Spiegel" sinnvoll. Beide Artikel stützen sich ganz eindeutig auf Informationen aus „gewöhnlich gut unterrichteten", also Staatsschutzkreisen. Eigene Recherchen sind erkennbar nicht gemacht worden. Die Emes-Sonochron-Wecker, so heißt es in den Artikeln, sollen bei 40 von 200 Anschlägen der RZ bzw. der Roten Zora Verwendung gefunden haben. Deswegen soll das BKA 1984 bewirkt haben, daß die reguläre Wecker-Produktion eingestellt und nur noch die Herstellung individuell markierter Wecker (Nummer hinterm Ziffernblatt) weitergeführt bzw. der bereits produzierte, aber nicht vertriebene Wecker-Restposten markiert wird. Die von der Bundesanwaltschaft angeführten Weckerkäufe sind aber alle erst 1986 durchgeführt worden. Was war zwischen 1984 und 1986? Wurden in dem Zeitraum weder Wecker gekauft noch für Anschläge verwendet? Oder wurde die Weckerproduktion noch gar nicht 1984, sondern erst 1986 umgestellt? Warum dann aber die falsche Angabe? Und wie viele Wekker hat das BKA markieren lassen: „ein paar Tausend", wie der Spiegel weiß, oder 50.000, wie uns der „stern" weis machen will? Die genaue Zahl zu wissen wäre interessant, weil den Informationen der Bundesanwaltschaft zufolge in 40 Geschäften in Städten, in denen die RZ besonders aktiv sein soll (genannt werden Bochum, Essen, Köln, Westberlin, Dortmund), die Überwachungsvorrichtungen installiert wurden. In 40 Geschäfte sollen Tausende von Weckern geliefert worden sein, oder gar zehntausende? Und wie verhält sich die Anzahl von Weckern zu den 22.743,17 Mark „Ausgleichzahlungen", die das BKA gezahlt haben will: sind das 50 Pfennig pro Wecker oder fünf Mark ? In jedem Fall erscheint das zu wenig — waren es also sehr viel weniger Wecker, die aufgekauft wurden: vielleicht nur 1.000? Oder wurden die Wecker eben nicht aufgekauft — sondern weiterproduziert, weiterverkauft und die Ausgleichszahlungen wurden nur für die zusätzliche Markierung gezahlt? Daß es die Ermittlerseite mit exakten Zahlen sowieso nicht so hat, wird dann in der Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage von Ellen Olms deutlich: jetzt ist nur noch von „30 Geschäften in 20 Städten" die Rede, die Städte allerdings sollen allesamt in Nordrhein-Westfalen liegen. Liegt Westberlin in NRW? Oder wurde dort doch nicht überwacht? Fest steht auf jeden Fall: Anfang 1988 war der Emes-Sonochron-Wecker mindestens in München, in Hannover und in Hamburg noch zu kaufen. Waren das Restbestände aus der vor 1984 getätigten, unmarkierten Produktion? Oder waren diese Wecker auch markiert? Wurde dann ihr Verkauf überwacht? Das stünde aber in Widerspruch zur Angabe, es würde nur in NRW überwacht. Und wieso sollen zwar in NRW 30 bzw. 40 Geschäfte überwacht worden sein, andere Geschäfte in anderen Bundesländern aber nicht? War sich das BKA so sicher, daß gerade dort und nur dort (also nicht in Hamburg, Hannover, München) die RZ „ihren" Wecker kaufen würde?

Angenommen, die markierten Wecker sind an die 30 bzw. 40 Geschäfte ausgeliefert, die Videoanlagen dort installiert worden. Die VerkäuferInnen, so heißt es, seien angewiesen worden, Personenbeschreibung und Umstände des Kaufs zu notieren. Außerdem muß ein Kontrollzettel ausgefüllt werden, damit nicht nur die Tatsache, daß jemand einen Wecker gekauft hat, sondern daß es der Wecker mit der bestimmten Nummer ist, belegt werden kann. Wie wurde das Geschäftspersonal für diese Spitzeltätigkeit gewonnen? Ist das BKA das Risiko eingegangen, mindestens 200 Personen in so eine Fahndung einzuspannen? Was wäre passiert, wenn auch nur eine einzige Person geplaudert hätte: ohne vorzeigbaren „Fahndungserfolg" wäre das Unternehmen als Datenschutzskandal verrissen, der Wecker Emes-Sonochron wäre nie wieder verwendet worden. Ein ziemlich großes Risiko, das das BKA eingegangen sein will.

Wen sollen die VerkäuferInnen, wenn die Version bis dahin stimmen sollte, registrieren? „Frau, Alter zwischen 18 und 45, dringender Wunsch nach diesem Uhrentyp, intellektuell auf der Höhe" behauptet der „Spiegel", seien die Kriterien des BKA gewesen. Wieso wurde dann aber mindestens einmal die Beschreibung eines Mannes (siehe Durchsuchungsbefehle) aufgenommen? Damit eng verknüpft die Frage: sind wirklich nur Bilder von 82 WeckerkäuferInnen in dieser Zeit erfaßt worden? Wenn der Wecker an sich nicht ein totaler Verkaufsflop war, und das scheint er nicht gewesen zu sein, ist die Zahl unrealistisch.

Angenommen, ein verkaufter Wecker, dessen Käuferin registriert wurde, findet tatsächlich bei einem Anschlag Verwendung, bei dem ein Sprengsatz ein großes Loch in eine Stahlbetonwand reißt (wie beim Anschlag auf das Lufthansa-Verwaltungsgebäude in Köln): ausgerechnet das Ziffernblatt mit Markierung soll diese Sprengung unversehrt überstehen?

Die Wecker-Falle wird seitens des BKA und der Bundesanwaltschaft extrem widersprüchlich und offenbar bewußt ungenau beschrieben. Insgesamt scheint der Ablauf dieser Fahndungsmaßnahmen, wie verbreitet wird, als ziemlich unrealistisch. Entweder ist das Ausmaß der Überwachungs- und Erfassungsmaßnahmen sehr viel größer, oder es sind Unsicherheiten und Zweifelhaftigkeiten erheblich geglättet worden — möglicherweise auch beides.

fassanbass

Ein Deutscher Herbst war schon zuviel

Seit über vier Monaten sitzen Ulla Penselin und Ingrid Strobl in Haft. Seit einiger Zeit wird außerdem nach vier weiteren Personen mit großem Aufwand gefahndet. Allen sechs Personen wird Mitgliedschaft in den „Revolutionären Zellen" beziehungsweise in der „Roten Zora" vorgeworfen. Ingrid Strobl soll darüber hinaus an dem Sprengstoffanschlag auf das Verwaltungsgebäude der Deutschen Lufthansa in Köln, Ulla Penselin an Anschlägen auf die Bekleidungsfirma Adler beteiligt gewesen sein.

Die Verdachtsmomente, die die Bundesanwaltschaft dafür aufführt, sind dürftig. Ulla Penselin soll sich mit anderen „konspirativ" getroffen haben, Ingrid Strobl wird der Kauf eines Weckers vorgehalten, der bei dem Anschlag Verwendung gefunden haben soll. Ansonsten werden „Erkenntnisse" über die bloße Bekanntschaft mit „verdächtigen" Personen, der Besuch von öffentlichen Veranstaltungen und die Beschäftigung mit sogenannten „anschlagsrelevanten Themen" wie Gentechnik und Flüchtlingspolitik dazu benutzt, die Verhaftungen zu rechtfertigen. Der nahezu beliebig weit ausdehnbare Gesinnungsparagraph 129a erfüllt dabei seine Funktion als juristische Vielzweckwaffe. Denn nach wie vor verfügt die Bundesanwaltschaft trotz zahlreicher Hausdurchsuchungen und langanhaltender Überwachungsmaßnahmen über keine konkreten Indizien und aussagekräftigen Beweise.

Die Umstände der z.T. von der GSG 9 durchgeführten Verhaftungen, der ungewöhnliche Fahndungsaufwand und der Umfang der Hausdurchsuchungen, z.B. beim Gen-Archiv in Essen, zeigen, daß es der Bundesanwaltschaft und ihren politischen Auftraggebern um die Einschüchterung und Kriminalisierung radikaler Feministinnen, Gentechnik-KritikerInnen und GegnerInnen der restriktiven bundesdeutschen Asylpolitik geht. Mit Hilfe der Zauberformel von den „anschlagsrelevanten Themen" wird nicht nur mit einem generellen „Terrorismusverdacht" Stimmung gemacht, es soll gleichzeitig von den Inhalten dieser Politik abgelenkt werden. Nicht die Taten von Frauenhändlern oder GentechnologInnen werden verfolgt, sondern deren KritikerInnen.

Ein Deutscher Herbst war schon zuviel.
Wir fordern die sofortige Freilassung von Ulla Penselin und Ingrid Strobl sowie den sofortigen Stop der Fahndung nach den in diesem Zusammenhang beschuldigten Personen!

UnterzeichnerInnen-Liste Stand 08.04.88

UnterzeichnerInnen-Liste Stand 08.04.88

Gabi Bauer, Ermittlungsausschuß in der BUU, Hamburg / Theo Christiansen, Theologe, Hamburg / Katja Leyrer, Autorin, Hamburg / Oliver Tolmein, taz-Redakteur, Hamburg / ABC, Autonomes Bildungszentrum, Hamburg / Susanne Aeckerle, Emma-Redaktion, Köln / Amnesty for women, Städtegruppe Hamburg / Margot Andrée, Studentin, Hamburg / Arbeitslosenselbsthilfe, Oberhausen / Archiv der deutschen Frauenbewegung, Kassel / Dr. Brigitte Arend, Landesvorstand Die Grünen Schleswig-Holstein / Edda Armbruster, Heilpraktikerin, Hamburg / BB Astrid Bars, technische Zeichnerin, Hamburg / Ulf Baumgärtner, Mitarbeiter Die Grünen im Bundestag, Bonn / Autonomes Frauenplenum, Bielefeld / Autonomes Frauenplenum Ammerland / Bella Donna, Gärtnerinnen-Kollektiv, Bielefeld / Winfried Beck, Vorsitzender des Vereins Demokratischer Ärzte und Ärztinnen, Offenbach / Dr. Michael Bentfeld, Arzt, Hamburg / Beratung und Information für Frauen e.V. (BIFF), Hamburg / Mechthild Beresmühl, Dipl.Sozialarbeiterin, Hamburg / Berliner FrauenfrAKTION / „Betörende Fernstörung", Bielefelder Frauenchor / Angelika Birk, Bürgerschaftsfraktion GAL, Hamburg / Martina Bick, Angestellte, Hamburg / Walter Boehlich, Publizist, Frankfurt / Helga Boderaldt, Studentin, Hamburg / Rebecca Bohack, Sozialarbeiterin, Hamburg / Jürgen Bosse, Schauspieldirektor, Mannheim / Bärbel Bracker, Dilpom-Psychologin, Hamburg / Anette Brandau, Studentin, Hamburg / Dr. Dörte Brinkmann, Erziehungswissenschaftlerin, Hamburg / Regine Broch, Emma-Redaktion, Köln / Buchladen „Eulenspiegel", Bielefeld / Buchhandlung „BiBaBuze", Düsseldorf / Buchladen „Kleine Freiheit", Gießen / Buchladen „Gegenwind", Hamburg / Buchladen „Jos Fritz", Freiburg / Buchladen „In der Osterstrasse", Hamburg / Buchladen „Taranta Babu", Dortmund / Buchladen „Zapata", Kiel / Inge Buhmann, Schriftstellerin, Hamburg / Stefanie Burmester, Studentin, Hamburg / Heidi Burmeister, Pädagogin, Hamburg / Angelika Busse, Psychologin, Hamburg / Ulla Bussek, GAL-Bürgerschaftsfraktion, Hamburg / Bunte Liste Lindau / Helga Carstensen, Sozialarbeiterin, Hamburg / Peter O. Chotjewitz, Schriftsteller, z.Zt. Florenz, Italien / Cafe Cuba, Oberhausen / Klaus Croissant, Rechtsanwalt, West-Berlin / Ursula Daalmann, Chefredakteurin „demokratisches gesundheitswesen", Bonn / Franz-Josef Degenhardt, Musiker, Quickborn / Theresia Degener, Juristin, Berkeley, USA / Ina Deter, Musikerin, Köln / Dr. med. Mabuse — Zeitschrift im Gesundheitswesen, Frankfurt / Iris Dombrowsky, Ärztin, Hamburg / Sabine Dreyer, Erzieherin, Hamburg / Druckerei Hein & Co., Hamburg / Angelika Ebbinghaus, Redaktion Zeitschrift „1999", Hamburg / Thomas Ebermann, MdB Die Grünen, Bonn / Ro Elfert, Team Gesundheitstag 87, Kassel / Gerda Elmerhaus, Studentin, Hamburg / Erwerbslose Frauen Altona, Hamburg / Evangelische Studentengemeinde Hamburg / Evangelische Studentengemeinde Lübeck / Evangelische Studentengemeinde Kiel / Feministisches Frauengesundheitszentrum e.V., West-Berlin / Susi Frank, Buchhändlerin, Lindau / Sabine Fernbacher, Angestellte, Wien, Österreich / Cornelia Filter, Emma-Redaktion, Köln / Dagmar Filter, Kooordinationsstelle Frauenforschung und Frauenstudien Uni Hamburg / Renata Fisser, Kauffrau, Hamburg / Frauenbildungszentrum Denk(T)Räume, Hamburg / Frauenbildungsstätte Edertal e.V. / „Frauen helfen Frauen — Frauenhaus e.V.", Bielefeld / Frauenbildungswerk, Bielefeld / Frauenkulturzentrum, Bielefeld / Frauenbuchladen „nora", Bonn / Frauen- und Kinderbuchladen „Laura", Göttingen / Frauenbuchladen, Braunschweig / Frauenbuchladen „Chrysalis", Münster / Frauenbuchladen, Bielefeld / Frauenbuchladen „annabee", Hannover / Frauenbuchladen „Lilith", Westberlin / Frauenbuchladen „Thalestris", Tübingen / Frauenfilmgruppe, Bielefeld / Frauen- und Lesbenreferat der Uni Bielefeld / Frauen gegen Paragraph 218, Bielefeld / Frauenzimmer-Buchhandelsgesellschaft, Wien, Österreich / Erich Fried, Schriftsteller, London, England / Anne Friederich, Kunsthistorikerin, Hamburg / Hella Frielinghaus, Bibliothekarin, Hamburg / Katja Garhoff, Studentin, Hamburg / Ulrike Gay, Bildtechnikerin, Hamburg / Gen-Archiv, Essen / Gesundheitsladen Berlin e.V. / Magdalena Gobelius, Diplom-Pädagogin, Hamburg / Annegret Gödecke, Studentin, Hamburg / Dr. Eberhard Göpel, Arzt, Bielefeld / Rolf Gössner, Rechtsanwalt und Autor, Bremen / Gaby Gottwald, Landesvorstand GAL, Hamburg / Monika Glöcklhofer, Emma-Redaktion, Köln / Heiner Goebbels, Musiker, Frankfurt / Adrienne Goehler, GAL-Bürgerschaftsfraktion, Hamburg / Dorothee Gremliza, Verlegerin, Konkret Literatur Verlag, Hamburg / Hermann Gremliza, Herausgeber Konkret, Hamburg / Jürgen Große, Apotheker, Hamburg / Grün-Alternative Liste im Europaparlament (GRAEL), Brüssel / Die Grünen, Bundesvorstand, Bonn / Die Grünen im Bundestag, Fraktionsvorstand, Bonn / Grüne Tomaten, Autoselbsthilfe für Frauen, Bielefeld / Karin Grundmann, Dipl.Psych., Hamburg / Regina Gruszka, Maschinenschlosserin Hamburg / Regine Guhl, Erzieherin, Ravensburg / Cornelia Gunßer, Informatikassistentin, Hamburg / Hamburger Designerinnen Werkstatt / Hamburger Frauenzeitung / Hamburger Frauen und „3. Welt"-Frauengruppe / Hamburger Friedenskoordination / Hamburger Rundschau, Hamburg / Dorothee Hahn, Musikerin („Reichlich Weiblich") / Petra Hanf, Redakteurin, Bonn / Roswitha Heimann, Frauenarbeitskreis der DKP, Hamburg / Beate Herkner, Referendarin, Hamburg / Sabine Hermann, Dipl.Psych., Hamburg / Peter Hetzel, Lektor, Hamburg / Margitta Hösel, Emma-Redaktion, Köln / Sabine Jacobsen-Eggers, Reedereikauffrau, Flensburg / Dr. Jens Jarke, Arzt, Hamburg / Ulla Jelpke, Bürgerschaftsfraktion GAL, Hamburg / Petra Jockusch, Atem- und Stimmlehrerin, Hamburg / Conny Jürgens, GAL-Bürgerschaftsfraktion, Hamburg / Hannes Kempmann, MdL Die Grünen, Hannover / Wolfgang Kiel, Verwaltungsleiter, Hamburg / Ulrike Klein, Studentin, Hamburg / Norbert Klugmann, Autor, Hamburg / Kobra, Kommunikation, Beratung, Bildung für Frauen, Kirchentellinsfurt / Komittee „Bürger beobachten die Polizei", Bremen / Kommunistischer Bund / Verena Krieger, MdB Die Grünen, Bonn / Krüppelinitiative (KRIM), Marburg / Susanne Krumm, Studentin, Hamburg / Christine Kuhlmann, Dipl.Psych., Hamburg / Ellinor Lang, Buchhändlerin, Hamburg / Brigitta Lange, Emma-Redaktion, Köln / Andrea Lassalle, Studentin, Hamburg / Andreas Lechner, Guglhupfa, München / Suzanne Legg, Studentin, Köln / Peter Lichterfeld, Garten-und Landschaftsbau, Bottrop / Gerhard Lind, Rechtsanwalt, Heidelberg / Mädchentreff, Bielefeld / Elke Meier, Fotoretuscheurin, Hamburg / Peter Matthews, Autor und Werbeleiter, Hamburg / Maria Mies, Professorin, Köln / Renate Mitsanas, Arbeiterin, Ravensburg / Margarete Mitscherlich-Nielsen, Psychoanalytikerin, Frankfurt / Margarete Möller, Studentin, Hamburg / Jutta Mörstadt, Elektroinstallateurin, Hamburg / Lutz Moleski, Mitarbeiter Die Grünen im Bundestag, Bonn / Walter Moßmann, Musiker, Freiburg / Ulrike Müller, Musiklehrerin, Hamburg / Neuer Malik Verlag, Kiel / Sabine Nitz-Spatz, Mitarbeiterin AL-Fraktion, West-Berlin / Jutta Oesterle-Schwerin, MdB Die Grünen, Bonn / Marlies Paasche, Sozialpädagogin, Hamburg / Paul Parin, Psychoanalytiker, Zürich, Schweiz / Peggy Parnass, Schriftstellerin, Hamburg / Marion Pein, GAL-Landesvorstand, Hamburg / Ute Peters, Hausfrau, Hamburg / Christel Petersen, Erzieherin, Hamburg / Gabi Pfingsten, Studentin, Hamburg / Dr. Klaus Pierwoß, Schauspiel-Intendant, Köln / Warner Poelchau, Journalist, Hamburg / Primadonna, Frauenzeitung, Westberlin / Joachim Neuschäfer, Chefredakteur „demokratisches gesundheitswesen", Bonn / Björn Radke, Setzer, Hamburg / Angela Räderscheidt, Künstlerin, Lohmar / Nati Radtke, Autorin, Hamburg / Gabriele Rau, Dipl. Psych., Hamburg / Jürgen Reents, Landesvorstand GAL, Hamburg / Rechtsanwaltsbüro Ulrike Donat, Stefan Reid, Johannes Santen, Hamburg / Rechtsanwaltsbüro Andreas Beuth, Ute Brandt, Thomas Lampe, Rainer Zorn, Hamburg / Rechtsanwaltsbüro Peter Rohrmoser, Eckhard Klitzing, Kristine Reimer, Hamburg / Ruth Rieß, Sozialwissenschaftlerin, Oldenburg / Sabine Roisch, Redaktion atom / Sabine Rosenbladt, Journalistin, Hamburg / Iris Rommel, Kulturpädagogin, Hildesheim / Barbara Rose, Professorin im Kirchendienst, Hamburg / Heike Ross, Uni-Frauen-Gruppe, Karlsruhe / Rotbuch-Verlag, Westberlin / Claudia Roth, Pressesprecherin Die Grünen im Bundestag, Bonn / Halo Saibold, MdB Die Grünen, Bonn / Brigitte Salzmann, Dipl.Psych., Hamburg / Marie-Luise Schmidt, Geschäftsführerin, GAL-Bürgerschaftsfraktion, Hamburg / Udo Sierck, Autor, Hamburg / Gabi Schöning, Lektorin, Hamburg / Miriam Schneider, Studentin, Hamburg / Ute Schneider, Journalistin, Hamburg / Evelyn Schnitzler, Studentin, Hamburg / Sibylle Schulte, Krankenschwester, Hamburg / Die Schwarze Botin, West-Berlin / Alice Schwarzer, Herausgeberin Emma, Köln / Hannelore Schwedes, Professorin, Hamburg / Uta Segler, Kauffrau, Hamburg / Stefanie Sellier, Studentin, Hamburg / Dorothee Sölle, Theologin / Solidarische Kirche / Heike Susmikat, Studentin, Hamburg / Heidi Thiel, Lehrerin, Hamburg / Die Tageszeitung, Bonner Redaktion, Bonn / Die Tageszeitung, Büro Hamburg, Hamburg / Tarantel, Frauenzeitung, Bielefeld / Luise Teubner, MdB Die Grünen, Bonn / Thomas Tielsch, Filmemacher, Hamburg / Ulrike Thies, Emma-Redaktion, Köln / Nicola Tiling, Studentin, Hamburg / Rosita Timm, Geschäftsführerin, GAL, Hamburg / Hildegard Tornau, Evangelische Akademie, Hamburg / Klaus Vack, Sekretär des Komittees für Grundrechte und Demokratie, Sensbachtal / Antje Vollmer, MdB Die Grünen im Bundestag, Bonn / Barbara Vogt, Übersetzerin, Hamburg / Gisela Vollradt, Lehrerin Hamburg / Vrouwenboekhandel „De Feeks", Nijmegen, Niederlande / Vrouwenboekhandel „Dikke Trui", Groningen, Niederlande / Vrouwenboekenwinkel „Xantippe", Amsterdam, Niederlande / Marita Wagner, Landesvorstand Die Grünen NRW, Gronau / Eberhard Walde, Bundesgeschäftsführer Die Grünen, Bonn / Maike Wiedemann, Studentin, Hamburg / Detlef zum Winkel, Journalist, Frankfurt / Hannelore Witkofski, Bundessprecherkollektiv der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise, Hamburg und München / Brigitte Wiewreginak, Buchbinderin, Hamburg / Thomas Wüppesahl, MdB, fraktionslos, Bonn / Michael Wunder, GAL-Landesvorstand, Hamburg / Roswitha Ziegler, Wendländische Filmkooperative /

Jetzt rüsten wir die Sowjetunion ab

„Die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Pakts“ ist für Kohl *„das Kernproblem der Sicherheit“.* (1) Der letzte NATO-Gipfel forderte zu Verhandlungen über konventionelle Abrüstung auf. *„Darüber sind sich alle Verteidigungsminister einig: Weitere Abrüstungsbemühungen haben sich den konventionellen Waffen zuzuwenden.“* (2) Man will weg von Gorbatschows Sirenenklängen einer atomwaffenfreien Welt. Laut Generalinspekteur Wellershof verfolgt die Sowjetunion *„das Ziel der Denuklearisierung Europas, um Westeuropa vom amerikanischen nuklearen Schutzschirm zu entblößen und die eigene konventionelle Überlegenheit und den geostrategischen Vorteil politisch zur Einschüchterung und zur Pression, ‚im schlimmsten Fall‘ aber auch militärisch nutzen zu können.“* (3) Da will die NATO lieber *„das öffentliche Interesse auf ein anderes Thema verlagern, die konventionelle Abrüstung. Auf diesem Gebiet kann sich die NATO viel leichter auf eine gemeinsame Haltung einigen.“* (2) Und diese Gemeinsamkeit ist sehr schlicht und einfach: die Sowjetunion muß abrüsten, die NATO (fast) gar nicht. Denn die NATO ist friedlich und Moskau aggressiv. Oder wie es SPD-Mitglied Karl Kaiser ausdrückte: *„Die NATO hat zwar eine begrenzte taktische Fähigkeit, ihre Streitkräfte um einige Kilometer vorwärts zu bewegen oder mit selektiven Aktionen tief in das Gebiet eines Angreifers vorzudringen, aber sie hat nicht die Fähigkeit, ihre Streitkräfte in das Staatsgebiet des Angreifers eindringen zu lassen und dieses zu besetzen.“* Die Sowjetunion hingegen habe *„in einem langen Prozeß von Rüstungsbeschaffung und Ausbildung (...) Angriffsoptionen mit relativ kurzer Vorwarnzeit und Invasionsfähigkeit erworben“.* (4) Der NATO-Oberbefehlshaber für den Atlantik, General Galvin, meinte: *„Wenn wir jedoch keinen asymmetrischen Abbau bis zur Erzielung echter Parität bekommen, dann lohnt es sich gar nicht, zu beginnen.“* (5) Die US-Forschungsgruppe der Rand Corporation legte eine Studie vor, wonach die Sowjetunion beim Abbau konventioneller Streitkräfte mindestens im Verhältnis fünf zu eins abzurüsten habe. Bei einem

wjetunion beim Abbau konventioneller Streitkräfte mindestens im Verhältnis fünf zu eins abzurüsten habe. Bei einem

Verhältnis von 3:1 und dem Abbau von 10 NATO-Divisionen müßte die NATO im Kriegsfalle innerhalb der ersten 30 Tage einen Gebietsstreifen von 100 km Breite aufgeben. (6) Nach Ansicht der Bundesregierung würde schon eine Abrüstung auf 75% des heute vorhandenen Geräts die Verteidigung der NATO *„desorganisieren“*, da ist es besser dies bei der anderen Seite zu versuchen. Aus Genschers Feder stammt das von der Bundesregierung vorgelegte Abrüstungskonzept mit dem gemeinsame Obergrenzen in Zentraleuropa ausgehandelt werden sollen. (7) *„Das Bonner Konzept will beiden Seiten 46 ‚Divisionsäquivalente‘ belassen und ihre Bewaffnung auf insgesamt 14.000 Panzer, 7.500 Schützenpanzer und 7.500 Geschütze begrenzen. Für die NATO würde dies eine Verringerung der Zahl ihrer Panzer um 800, ihrer Schützenpanzer um 400 und ihrer Geschütze um ebenfalls 400 Stück bedeuten. 9.000 Soldaten könnten dadurch nach Hause geschickt werden. Der Warschauer Pakt müßte seine Streitkräfte um 25.000 Kampfpanzer, 11.000 Schützenpanzer und 22.000 Artilleriegeschütze reduzieren; 220.000 Mann würden dadurch freigesetzt. Umgerechnet hieße das, daß die NATO von ihren heute 48 Divisionen zwei, der Warschauer Pakt dagegen 80 von 126 auflösen müßte.“* (8)

Nachdem die Sowjetunion eine ungleiche Abrüstungsmaßnahme bei dem INF-Abkommen hingenommen hatte, und auch von Asymmetrien im konventionellen Bereich gesprochen hatte (aber dies auf beide Seiten bezogen wissen wollte), ist hier die NATO zum offenen Beschiß übergegangen, in der Hoffnung, die Sowjetunion werde sich ihr Ansinnen, von Rüstungslasten runterzukommen, etwas kosten lassen. Aber bei einer „Abrüstung“ im Verhältnis von 25:1 bis zu 55:1 kann man sich wie ein ranghoher Vertreter der Bundesregierung fragen, *„ob der Warschauer Pakt dazu bereit ist“.* (8) Vielleicht, meinte der frühere Carter-Berater Zbigniew Brzezinski, bei dem INF-Abkommen habe das auch niemand für möglich gehalten. Bei der konventionellen Abrüstung sei das *„auf jeden Fall eine nützliche politische Initiative, selbst dann, wenn Moskau ablehne. Ein solcher Vorschlag würde die sowjetischen Bemühungen, die westeuropäischen Atomwaffen wegzuverhandeln und eine atomwaffenfreie Zone zu errichten, auflaufen lassen, weil er die Augen der Öffentlichkeit im Westen auf die Frage richten würde, die höchste Aufmerksamkeit verdient.“* (9)

Es ist offenkundig, daß sich in der NATO ein Konsens herausgebildet hat, der sowjetischen Abrüstungsinitiative mit ihrem gesamten Märchenreservoir von der konventionellen Überlegenheit und Invasionsgefahr des Ostens entgegenzutreten. Es ist sogar zu bezweifeln, daß dabei ernsthaft ein Abkommen angestrebt wird. Ein solches Abkommen hätte die NATO längst haben können. Immerhin wird seit 15 Jahren in Wien über eine ausgewogene Truppenverminderung in

NATO längst haben können. Immerhin wird seit 15 Jahren in Wien über eine ausgewogene Truppenverminderung in

Mitteleuropa verhandelt. Ein Abkommen, auf beiden Seiten auf 900.000 Mann (im Bereich der DDR, Polens, der CSSR im Osten und der BRD und den Beneluxstaaten im Westen) runterzurüsten, lag fertig auf dem Tisch. (10) Wenn die Sowjetunion nun tatsächlich so gefährlich wäre, dann hätte nichts näher gelegen, als dieses Abkommen schleunigst abzuschließen, anstatt es zu torpedieren. Das bisherige Scheitern der Wiener Verhandlungen wird als Begründung für neue, noch unverschämtere Ansätze herangezogen. (8) Die neue Große Koalition in der BRD, die sich in Fragen Abrüstungspolitik herausgebildet hat, will dieses ungleiche Angebot der Sowjetunion noch damit verzuckern, daß man bei den atomaren Kurzstreckenraketen zu gemeinsamen Obergrenzen oder einen dritten Null-Lösung kommt. Das stieß bei Atommächten der NATO auf heftigstes Ablehnungsgeschrei. (11)

Es ist also an der Zeit, sich in Sachen Kräfteverhältnis kundig zu machen oder wieder einmal auf Stand zu bringen. Das soll im folgenden Artikel geschehen. Der alte AK-Leser kennt das Problem: Die NATO rechnet beim Kräftevergleich nicht in Mannschaftsstärken, sondern in „Divisionsäquivalenten“, weil sowjetische Militäreinheiten bis zu einem Drittel kleiner sind. Es werden auch noch die Divisionen berechnet, die auf Seiten des Warschauer Paktes in Friedenszeiten nur zu 30% oder weniger aufgefüllt sind und erst nach längerer Mobilisierungszeit einsatzfähig wären. Bei der NATO rechnet man nur die Truppen, die dem gemeinsamen Oberbefehl unterstellt sind, da fallen Frankreich und die nationalen Territorialtruppen, die z.B. für den Nachschub zu sorgen haben, heraus.

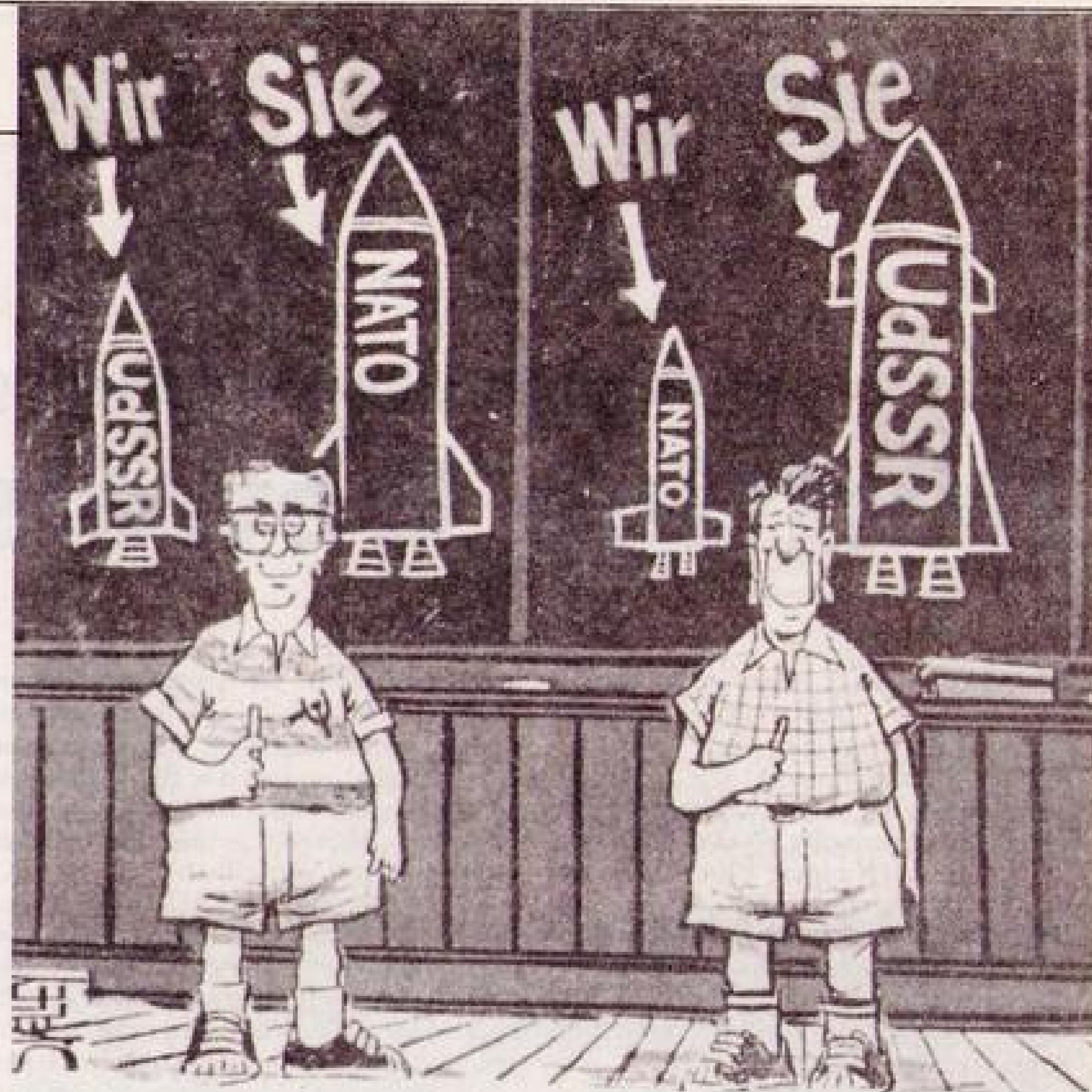
Bei den Panzern verschwindet die schreckliche sowjetische Überlegenheit vollkommen, wenn man nur die modernen Panzer berechnet und irgendwie berücksichtigt, daß mehr als die Hälfte der sowjetischen Panzer über 30 Jahre alt sind.

Auf diesem Gebäude wird dann die Invasionsabsicht und Fähigkeit des Warschauer Paktes behauptet. Zwar könne die Sowjetunion nach längerer Vorwarnzeit nicht mehr erfolgreich sein, weil dann die NATO-Verstärkungen aus Übersee zum Tragen kämen, aber ein Blitzangriff des Warschauer Paktes oder der Sowjetunion alleine sei die große Gefahr, die ggf. nur mit dem Atomschlag verhindert werden könne. Auch das wird im kommenden Artikel auseinandergenommen.

Man fährt immer wieder gut mit der Faustformel, daß überall dort, wo den Sowjets gerade wieder einmal besondere Überlegenheiten angedichtet werden, besondere NATO-Anstrengungen im Gange sind, bzw. vorbereitet werden. Manchmal liegt man sogar richtig, wenn man die Dinge einfach umdreht und von entsprechenden NATO-Fähigkeiten ausgelit.

entsprechenden NATO-Fähigkeiten ausgelit.

Gegen die Methode der Kräftevergleiche der NATO kommt selbst aus dem herrschenden Lager Widerspruch. Das soll hier an einigen Punkten deutlich gemacht werden. Schon seit einigen Jahren ist der SPD-Politiker Andreas von Bülow hervorgetreten, um gegen die *„eingebildete Ohnmacht“* der NATO ein Stück weit *„die Kräfteverhältnisse um uns herum ohne jede Illusion, aber auch ohne jede Hysterie nüchtern zu betrachten und zu wägen“.* Er bezeichnete den Vorwurf des ehemaligen französischen Admirals Sanguinetti (der heute Initiativen der Friedensbewegung unterstützt) als berechtigt. Sanguinetti hatte gesagt, *„die westlichen Bedrohungsanalysen zeichneten sich durch ein sorgfältiges Auseinanderschneiden von Gesamtbildern, das raffinierte Tranchieren von Kräftekategorien oder Nationen, durch schlichte und einfache Weglasserei, durch das Vermeiden eines Vergleichs der Gesamtpotentiale beider Seiten und der Vernachlässigung der geostrategischen Unterschiede“* aus. (12) Andreas von Bülow hat dafür reichliche Kritik einstecken müssen.



Erstaunlicher sind die Kritiken, die in gerade jüngster Zeit zu lesen waren. Haarklein nahm Siegfried Thielbeer in der „Frankfurter Allgemeinen“ den letzten Streitkräftevergleich der Bundesregierung auseinander und kam zu dem Fazit: *„Kein westlicher Befehlshaber stellt ernsthaft die eigene Fähigkeit zur Verteidigung in Abrede. Niemand kann einen Sieg über den Osten garantieren, aber man ist zuversichtlich, daß dies auf der anderen Seite umgekehrt ebenso ist. (...) Es ist zu bedauern, daß wieder einmal ein Kräftevergleich vorgelegt worden ist, der — vor allem dank definitorischer Kunstgriffe — den Leser das Gruseln lehren und ihn zu dem Fehlschluß verleiten könnte, weitere eigene Anstrengungen lohnten sich ohnehin nicht.“* (13)

In einem geheimen Report der Vereinigten Stabschefs des Pentagon wurde im krassen Gegensatz zu den veröffentlichten Beurteilungen des Pentagon in ihren

nigten Stabschefs des Pentagon wurde im krassen Gegensatz zu den veröffentlichten Beurteilungen des Pentagon in ihren

„Soviet Military Power“-Berichten die konventionelle Rüstung als *„ausreichend“* zur Verteidigung bezeichnet. (14) Auch einzelne US-Senatoren legten solche Studien vor, um den Bestrebungen anderer Senatskollegen entgegenzutreten, das INF-Abkommen nur dann zu ratifizieren, wenn die Sowjetunion auch noch konventionell abrüste. (11)

Im Dezember führte auch der Verteidigungsausschuß der parlamentarischen Versammlung der WEU *„deutliche Kritik am politischen Mißbrauch übertreibender Kräftevergleiche. (...) Manche offiziellen Veröffentlichungen im Westen über die Waffensysteme der Sowjetunion ‚ermangelten derart der Kohärenz und präsentierten derartig viele Variationen, daß ihre Glaubwürdigkeit in Frage gestellt sei‘.“* (14)

Und die Sowjetunion? Die NATO-Militärs muten und trauen der Sowjetunion offenkundig einiges zu, weil sie die für *„die Wirtschaftsreform dringend benötigten Mittel freibekommen“* will. (15) Die Sowjetunion hat einerseits eine Truppenreduzierung um je 150.000 Mann im ersten Schritt, aber auch Verhandlungen über gegenseitige Asymmetrien vorgeschlagen. Wo ihre Schmerzgrenze überschritten sein könnte, kann man heute nur zu erahnen suchen. Nach dem jüngsten NATO-Gipfel mit dem Vorstoß zur konventionellen Abrüstung der Sowjetunion zeigte sich General Tscherwow *„sehr enttäuscht“. „Wo sind die mehrfach geäußerten Ideen über die gegenseitige Beseitigung des Ungleichgewichts“* zwischen den Truppen der NATO und des Warschauer Pakts? fragte er. Die NATO-Erklärung sei *„nicht konstruktiv“* sondern *„propagandistisch“.* (16) Offensichtlich versteht die NATO unter konstruktiv etwas anderes als die Sowjetunion.

HH

ANMERKUNGEN

ANMERKUNGEN

(1) FR, 3.3.88
(2) Spiegel, 25.1.88
(3) FAZ, 11.2.88
(4) FAZ, 2.12.88
(5) FAZ, 9.1.88
(6) NZZ, 26.1.88
(7) Zentraleuropa wird nach dieser Definition nördlich durch die Elbe und südlich durch die Alpen und westlich durch Frankreich begrenzt, im Osten erstreckt sich das Gebiet bis zum Ural mit Ausnahme der Militärbezirke Leningrad im Norden und Odessa im Süden
(8) „Vom Atlantik bis zum Ural — Ein Bonner Vorschlag zur konventionellen Abrüstung“; von Karl Feldmeyer, FAZ, 23.3.88
(9) in FR, 25.11.87
(10) Peter Simonitsch in FR, 12.12.87
(11) s. dazu im letzten AK, S. 25 ff
(12) „Europäische Wehrkunde“, 2/85; S. 83 ff
(13) „Waffenzählen nicht nach Adam Riese“; in FAZ, 23.2.88
(14) FAZ, 2.12.87
(15) Spiegel, 23.11.87
(16) FAZ, 7.3.88

Das konventionelle Kräfteverhältnis in Europa

Die Frage des konventionellen Kräfteverhältnisses bekommt in den Debatten um Rüstung und Abrüstung zunehmend eine zentrale Bedeutung. Die konventionelle Rüstung bzw. die Unterhaltung von konventionellen Streitkräften verschlingt weitaus mehr finanzielle Ressourcen als der nukleare Sektor. Im Falle der USA beträgt das Verhältnis von konventionellen zu nuklearen Rüstungsausgaben beispielsweise 3 : 1, obgleich die Reagan-Administration eine gigantische nukleare Aufrüstung betreibt. Die Reduzierung drückender Rüstungskosten, ihre teilweise Umwidmung für zivile Zwecke — im Sinne der Modernisierung der Ökonomie — wird gemeinhin als das zentrale Motiv der sowjetischen Abrüstungsoffensive betrachtet.

Die NATO begründet ihr Festhalten an der Option zum Einsatz von Atomwaffen, einschließlich des nuklearen Erstschlags, traditionell mit der angeblichen konventionellen Überlegenheit des Warschauer Paktes, die lediglich durch Massenvernichtungsmittel zu kompensieren sei. (1)

Bei der Behauptung der konventionellen Überlegenheit des Ostens handelt es sich um die hartnäckigste aller Bedrohungslügen. Daran hängt der gesamte Begründungszusammenhang westlicher Rüstung und ihrer atomaren Drohung.

Im folgenden konventionellen Kräftevergleich finden vorwiegend die Kategorien und Waffensysteme Beachtung, wo die NATO-Bedrohungsthese eine *besondere* Überlegenheit des Warschauer Paktes behauptet; das sind insbesondere die Landstreitkräfte. Hingegen bleiben die Luftstreitkräfte und anderweitige Systeme für den Schlag ins Hinterland zumeist aus dem Kräftevergleich ausgeblendet. Die Reduzierung auf Landstreitkräfte liefert nur ein unvollkommenes Bild vom tatsächlichen Sachverhalt; allerdings lassen sich bereits auf dieser Ebene die NATO-Behauptungen widerlegen.

Divisionen und Mannstärken

Bei den für den europäischen Kriegsschauplatz schnell verfügbaren Landstreitkräften zählt das Weißbuch des Bundesverteidigungsministeriums (von 1985) 88 westliche und 115 östliche Divisionen. (2) Unberücksichtigt bleiben die spanischen Streitkräfte und 15 französische Divisionen, da diese beiden NATO-Staaten nicht Mitglied der militärischen Integration der NATO sind. Allein schon die Hinzuziehung der französischen Landstreitkräfte würde die Zahl der westlichen Divisionen auf 103 bringen. Amerikanische Divisionen in den USA, deren Gerät in Europa voreingelagert ist, zählt das Weißbuch mit, ebenso die sowjetischen Verbände in den Militärbezirken entlang der Westgrenze der UdSSR. Bei den insgesamt in Europa verfügbaren Kräften — einschließlich der zu erwartenden Verstärkungen aus den USA und aller sowjetischen Kräfte westlich des Urals — kommt das Weißbuch auf 115 westliche und 192 östliche Divisionen. (2) Unberücksichtigt bleiben wiederum die französischen und spanischen Landstreitkräfte, obgleich sie spätestens dann, wenn der Warschauer Pakt sämtliche westlich des Urals stationierten Divisionen mobilisiert, mitgezählt werden müßten. Denn dies würde einer Kriegsführung gleichkommen, aus der sich beide Staaten nicht heraushalten könnten. Was die UdSSR hinter dem Ural noch an Divisionen unterhält, kann nur Beachtung finden, wenn sämtliche Streitkräfte weltweit — d.h. insbesondere die chinesischen —, die im Falle einer globalen Eskalation auch gegen den Warschauer Pakt zum Einsatz kommen könnten, ebenfalls mitgezählt würden. Divisionen, die an der sowjetisch-chinesischen Grenze aufgestellt sind, kommen im Falle eines Kriegsausbruchs in Europa für den Einsatz an der europäischen Zentralfront nicht in Betracht. Gleiches gilt für Streitkräfte, die in Richtung Iran, Afghanistan etc. stationiert sind. (3)

Das Divisionsverhältnis von 191 : 115 (plus 15 für Frankreich) zugunsten der Sowjetunion hört sich gigantisch und bedrohlich an. Allerdings liegt die Personalstärke einer westlichen Division deutlich über einer östlichen: 1,7 östliche Divisionen entsprechen im Durchschnitt einer westlichen Division. (4) Während die Personalstärke einer US-Panzerdivision 17.800 Mann beträgt, setzt sich ihr sowjetisches Gegenstück aus lediglich 11.000 zusammen. (2) Eine Bundeswehrdivision bringt es im Kriegsfall sogar auf 20.000 bis 22.000 Mann. (4) Eine motorisierte sowjetische Schützendivision besteht aus 13.000 Mann, ihre amerikanische Entsprechung, eine US-Panzergrenadierdivision, weist hingegen eine Personalstärke von 18.000 Mann auf. (2) Bei den Luftstreitkräften fällt die Differenz noch krasser aus: 15.000 zu 7.000 Mann zugunsten der NATO. (5) Um trotzdem Division gegen Division aufrechnen zu können, heißt es dann etwa: *„Warschauer-Pakt-Divisionen haben in der Regel eine geringere personelle Stärke als viele NATO-Divisionen, verfügen aber über mehr Panzer und Artillerie und somit über ähnlich große Kampfkraft.“* (22)

Ein weiterer Trick — zum Beispiel beim Kräftevergleich der Bundesregierung von 1987 — besteht darin, in Europa nur dem NATO-Oberbefehl unterstellte Verbände zu rechnen. Dazu schrieb die „Frankfurter Allgemeine“: *„Damit sind also nicht gerechnet die Streitkräfte zur Heimatverteidigung in Großbritannien und Portugal, aber überhaupt sämtliche logistischen und Territorialtruppen, die nach den NATO-Planungen unter nationaler Verantwortung bleiben. Allein die Territorialkommandos der Bundeswehr (...) hätten im Mobilmachungsfall mehr als 600.000 Mann Stärke. Sie werden nicht gerechnet, obwohl die Divisionen der osteuropäischen Staaten und der Sowjetarmee (...), wenn sie nur der Kategorie 3 angehören (...), als ‚präsent‘ definiert werden.“* (23)

Kräftevergleiche der NATO sind von vorneherein als unseriös zu erkennen, wenn sie nicht in absoluten Truppenzahlen rechnen. Dabei beträgt das personelle Kräfteverhältnis von NATO zu Warschauer Pakt ca. 5,1 zu 4,8 Millionen Soldaten. (5) Im Falle einer globalen Konfrontation würde das Verhältnis sich weiter zuungunsten des Warschauer Paktes verschlechtern, da dann auch die Streitkräfte Chinas und anderer Staaten einbezogen werden müßten; genaugenommen müßten die hinter dem Ural stationierten sowjetischen Streitkräfte bei einen Kräftevergleich NATO versus Warschauer Pakt ausgenommen bleiben. Das der NATO nahestehende Londoner Internationale Institut für Strategische Studien (IISS) gibt für den Warschauer Pakt 2.617.000 und für die NATO die Zahl von 3.172.000 Heeressoldaten an. Kämen die Landanrainer im Fernen Osten im Konflikt gegen die UdSSR hinzu, wüchse diese Zahl sogar auf 6.627.000. (4)(6)

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Ein europäischer Kräftevergleich jederzeit einsatzbereiter Luft- und Landstreitkräfte, der Frankreich und die westliche UdSSR einschließt, kommt zu dem Ergebnis, daß 1.408.000 NATO-Soldaten 1.240.000 Soldaten des Warschauer Paktes gegenüber stehen. (5) **Von einer östlichen Überlegenheit bei den Personalstärken der Streitkräfte kann somit nicht die Rede sein.**

Die Truppenzahlen in Friedenszeiten

Das konventionelle Kräfteverhältnis in Europa verändert sich noch weiter zugunsten der NATO, wenn man den höchst unterschiedlichen Präsenzgrad der östlichen Divisionen, d.h. nicht die Zahlen auf dem Papier (für den Mobilmachungsfall), sondern die realen Zahlen in Friedenszeiten betrachtet. Gemeinhin werden die Warschauer-Pakt-Streitkräfte in drei Kategorien unterteilt: Zur Kategorie 1 zählen die Divisionen, die zu 75 bis 100% personell aufgefüllt und voll ausgerüstet sind. Das zitierte Weißbuch nennt nicht nur diese Divisionen der Kategorie 1 sondern auch sämtliche anderen Divisionen in den geographischen Aufmarschräumen für den Kriegsfall „schnell verfügbar", selbst wenn sie erst nach längerer Mobilmachung für den Kriegseinsatz tauglich wären.

Unter der Kategorie 2 werden die Divisionen zusammengefaßt, die zwar noch nahezu komplett mit Kampffahrzeugen etc. bestückt sind, aber nur 50% des Mannschaftsbestandes aufweisen. (Andere Autoren — wie Jonathan Dean — sprechen gar von nur 15%). Man rechnet eine Woche bis maximal 10 Tage, bis diese voll einsatzbereit sein könnten.

Zur Kategorie 3 gehören Streitkräfte mit nur 10 bis maximal 25% Sollstärke und veralteter Ausrüstung. Hier würde eine Mobilmachungsfrist von vier Wochen bis zu 90 Tagen benötigt. (4)(5)

Laut Jonathan Dean, dem ehemaligen Leiter der amerikanischen MBFR-Delegation (7), unterhält die UdSSR in Mitteleuropa nicht mehr als 30 Divisionen der Kategorie 1. Zuzüglich der westlichen UdSSR kommt Dean auf 36 Divisionen dieser Klasse. Die CSSR und DDR unterhalten jeweils 6 und Polen 8 Verbände dieser 1. Kategorie. (8) Die Mehrheit der Divisionen ist also nicht schnell verfügbar.

Der unterschiedliche Grad der Einsatzbereitschaft läßt sich auch am Anteil der Längerdienenden und Berufssoldaten messen: In der NATO beträgt ihr Anteil 55%, für den Warschauer Pakt wird ihr Anteil auf 35 bis 40% beziffert. (5)

Die rote Panzerwalze

Die rote Panzerwalze

Die zahlenmäßige Überlegenheit des Warschauer Paktes bei der Panzerwaffe wird ebenfalls als Beleg für östliche Überlegenheit und Aggressionsabsichten herangezogen. Das Weißbuch 1985 spricht diesbezüglich von 26.900 schnell verfügbaren Panzern des Warschauer Paktes, denen 13.470 der NATO gegenüberständen. (2) Ausgenommen bleiben hier 1.267 französische Panzer. Im Falle einer längeren Mobilmachung würde sich das Kräfteverhältnis angeblich sogar auf 46.230 zu 17.730 Panzer zugunsten des Warschauer Paktes belaufen. (2) Für eine schnelle oder längere Mobilisierung werden die gleichen geographischen Kriterien herangezogen wie bei den Truppen. Unterschlagen bleibt, daß ca. zwei Drittel der für den Einsatz gegen Westeuropa in Betracht kommenden Panzer ältere bis uralte Typen des T-54/55 von über 30 Jahren sind. Nur ein Drittel besteht aus neueren T-64 und T-72 Panzern. (4) In deutlicher Abgrenzung *um „politischen Mißbrauch übertreibender Kräftevergleiche"* der NATO erklärte jüngst der Verteidigungsausschuß der Versammlung der WEU zum Panzervergleich, *„daß 34 Prozent der amerikanischen Panzer, nämlich 4.800, modernste Typen, M-1, seien, bei der Sowjetunion seien es bei dem vergleichbaren T-80 nur 2,5 Prozent oder 1.400 Stück. Bei den modernsten Panzern (M-1 und Leo II) gebe es 8.142, im Osten (T-80 und T-72) 10.900; bei der etwas älteren Generation (Leo I, M-48, A 3) gebe es im Westen 9.273, im Osten (T-62, T-64) 12.300. Nur bei den Panzern aus den fünfziger Jahren habe der Osten mit 23.000 T-54/55 die Überlegenheit gegenüber dem Westen mit 2.300 M-47/48. Die Hälfte des sowjetischen Panzerbestandes bestehe also aus den Typen der fünfziger Jahre."* (24) Die ganze Panzerinvasionsgefahr besteht also in diesen alten Typen, die den Westen überrollen könnten.

Bei den Panzerabwehrwaffen ist die NATO quantitativ wie qualitativ deutlich überlegen. Die von Flugzeugen, Mehrfachraketenwerfern und Panzerabwehrhubschraubern verschossenen Waffen erreichen eine Trefferwahrscheinlichkeit von bis zu 97%. (5) Panzerabwehrwaffen können für die verschiedensten Reichweiten eingesetzt werden, bis tief in die Aufmarschräume des Gegners hinein, sodaß die Stoßkraft von vorrückenden Panzerverbänden schrittweise verringert werden kann. Die Entwicklung bei den Panzerabwehrwaffen stellt die Chancen des Panzers gegenüber Abwehrmitteln grundsätzlich in Frage. Bereits seit Jahren artikulieren sich in den USA militärische Denkschulen, die den Panzer als Waffe im elektronischen Zeitalter — mit seinen Zielerfassungs- und Zielbekämpfungsmöglichkeiten bis in die Tiefe des gegnerischen Raumes — für ebenso überholt halten, wie es die Ritterrüstung nach der Erfindung des Schießgewehres war.

Derweil wollen einige NATO-Militärs und Propagandisten allerdings sowjetische Gegenmaßnahmen ausgemacht haben, die den technologischen Vorsprung des Westens ausgleichen und die vom Panzerarsenal ausgehende Bedrohung





Die rote Panzerwalze

verstärkten. Geheimdienstanalysen kommen zu dem Ergebnis, daß ca. 6.000 der östlichen Panzer mit einer sogenannten „Aktivpanzerung" ausgestattet worden seien; neben den neueren Modellen des T-64, T-72 und T-80-Panzers auch äl-

ten „Aktivpanzerung" ausgestattet worden seien; neben den neueren Modellen des T-64, T-72 und T-80-Panzers auch äl-

tere T-55-Bestände. (8) Die „Aktivpanzerung" besteht aus einer Lage von Explosivstoff, der, in kleineren Behältern verpackt, wabenartig auf der am meisten gefährdeten Stirnseite des Panzers und dem Turm angebracht wird. Wird eine dieser Waben von einer Panzerabwehrwaffe getroffen, so wird der Explosivstoff gezündet, explodiert ihr entgegen und schwächt die Wirkung gegen den Panzer ab.

Die neue Panzergeneration der NATO

Der NATO ist das System der „Aktivpanzerung" sattsam bekannt. Anfang der 70er Jahre waren MBB-Ingenieure die ersten, die sich damit befaßten. Im Libanon-Krieg von 1982 waren die Israelis die ersten, die eine „Aktivpanzerung" (mit dem Namen „Blazer") einsetzten. Die NATO verfügt somit selbst über diese Technologie und könnte sie problemlos einführen. *„‚Hätten wir die Nachrüstung mit Reaktivpanzerung als nötig angesehen', so Fachleute des Pentagon, ‚hätten wir dies doch getan. Wir sind schließlich keine Narren.'"* Und nur bei ihren ältesten Panzertypen, den M60 aus den 60er Jahren wollen die USA die „Aktivpanzerung" für 20.000 Dollar pro Panzer einführen. (21)

Die neuen westlichen Panzer der Typen Leopard-II (BRD), M 1 (USA) und Challenger (Großbritannien) sind bereits mit einem zusätzlichen Schutz gegen Hitze-Waffen ausgerüstet, der aus mehreren Lagen verschiedener Stähle besteht, in die Schichten von Keramik und Glasfaser eingebettet sind. Sie sollen an den am stärksten bedrohten Panzerpartien die Energie der Abwehrwaffen verzehren. Diese Panzerung soll ausgezeichnet wirken, denn *„angeblich sei der Leopard II nicht in der Lage, einen anderen Leopard II frontal abzuschießen."* (21)

Wie wenig Schutz die „Aktivpanzerung" gegen moderne westliche Panzerabwehrwaffen verspricht, bewies der Testfall Libanon-Krieg. Gegen die Sagger-Panzerabwehrraketen sowjetischer Herkunft bot die israelische Blazer-„Aktivpanzerung" noch Schutz. Der Einsatz von Milan- oder Hot-Projektilen aus deutsch-französischen Rüstungsschmieden führte aber zu *„starken Beschädigungen oder Ausfällen"* trotz Aktivpanzerung. (10) Die Zerstörungskraft solcher Panzerabwehrwaffen ist auch noch längst nicht ausgereizt. MBB und die französische Firma Aerospatiale entwickeln derzeit sogenannte Tandem-Gefechtsköpfe, die im Ziel gleich zweimal explodieren. Die erste Ladung läßt die gegnerische „Aktivpanzerung" quasi ins Leere verpuffen, die zweite stellt dann jenen Hohlladungsstachel dar, der durch die Panzerung ins Innere des Panzers vordringt. Die „Aktivpanzerung" wird somit an der Überlegenheit der Panzerabwehrwaffe nichts ändern.

Die Hauptfunktion der Diskussion über das angebliche oder tatsächliche Ausmaß östlicher „Aktivpanzerung" liegt in der Legitimation eigener Aufrüstungsbestrebungen, sowohl bei den Panzerabwehrwaffen als auch für neue Panzer.

— Die neuen Hohlladungsgeschosse, die die NATO Anfang der 90er Jahre erhalten wird, werden damit angepriesen

Panzer.

— Die neuen Hohlladungsgeschosse, die die NATO Anfang der 90er Jahre erhalten wird, werden damit angepriesen, daß sie pro Stück lediglich den zweihundertsten Teil dessen kosten, was der Warschauer Pakt für jede „Aktivpanzerung" aufzuwenden hat. (10)

— Andererseits braucht man neue Panzer, denn Abwehrwaffen könnten erst dann durch Infanterie und Kampfhubschrauber eingesetzt werden, *„wenn die Wucht eines angreifenden Panzerverbandes schon mit anderen Mitteln gebrochen ist, wenn die eine Hälfte schon vernichtet und die andere Hälfte genügend zerstreut worden ist — vorausgesetzt, die in Deckung liegende Infanterie hat das dem Panzerangriff vorausgegangene Artilleriefeuer überstanden. Die neuere Entwicklung bestätigt damit wiederum, daß die wirksamste Panzerabwehrwaffe ein anderer Kampfpanzer ist. Die spekulativen Überlegungen, man könne mit ‚alternativer Verteidigung', mit ‚struktureller Nichtangriffsfähigkeit' durch einseitigen Verzicht auf schwere Waffen verteidigen, erweist sich abermals als Wunschdenken. Strategische Defensive ist nicht unter vollständigem Verzicht auf taktische Offensiv-Operationen (‚Gegenangriff') und die entsprechenden beweglichen schweren Waffen möglich."* (9)

Die modernen Panzer der NATO verschießen aus ihren sogenannten Glattrohrgeschützen pfeilähnliche Wuchtgeschosse mit einem Urankern, der mit fünffacher Schallgeschwindigkeit eine solche Energie entwickelt, daß selbst ein mit „Aktivpanzerung" versehenes Gefährt nicht die geringste Chance hätte.

Inzwischen haben die Amerikaner nun *„ihrerseits eine wirklich revolutionäre Panzerung entwickelt, die aus ‚entreichertem' Uran besteht. (...) Dieses Metall mit einer zweienhalbfach größeren Dichte als herkömmlicher Stahl ist von extremer Härte."* Es biete *„Schutz nicht nur gegen alle gegenwärtigen, sondern auch gegen künftig zu erwartende Panzerabwehrwaffen der Sowjetunion".* 2.499 Stück des neuen M1-A1 bezieht die US-Armee ab Oktober mit Vorrang für die US-Truppen in der BRD. *„Deutsche Panzerexperten*

Fortsetzung nächste Seite

Zur NATO-Überlegenheit bei Flotte und Luftwaffe

Warum will die NATO nur über Land- aber nicht über Luft- und Seestreitkräfte verhandeln? *„Offenbar deshalb, weil bei der ersten Kategorie der Osten, in den anderen beiden Bereichen aber der Westen vorn liegt. Oder ist z.B. ein Panzer gefährlicher als ein Bomber oder ein Flugzeugträger?!"* schrieb Wjatscheschlaw Boikow in der sowjetischen Zeitschrift „Neue Zeit" (s. AK 292)

Zu einem vollständigen Kräftevergleich gehören Luft- und Seestreitkräfte hinzu, die in diesem Artikel weitgehend ausgeklammert sind. Auch dabei betreibt die NATO ihre Zahlenspielchen, um die sowjetische Gefahr und Überlegenheit an die Wand zu malen. Aber real ist die NATO derart überlegen, daß wir hier stellvertretend Siegfried Thielbeer aus der „Frankfurter Allgemeinen" (23) zu Wort kommen lassen können. Er ist nun wirklich unverdächtig, die Lage zu „beschönigen". Er schreibt in seiner Betrachtung zum neusten Kräftevergleich, den die Bundesregierung veröffentlich hat:

„Die maritime Überlegenheit des Westens ergibt sich deutlich aus allen Zahlen. Doch wird im dem Vergleich — zu Recht — darauf hingewiesen, daß die atlantische Allianz, von der ungehinderten Nutzung der Seewege abhängig, für die Verteidigung umfangreichere Kräfte benötige als der Angreifer. Denn der Angreifer muß diese Wege nicht beherrschen, sondern nur unterbrechen. Ein numerischer Vergleich sei daher unvollständig und müsse ‚an den Fähigkeiten, die jeweiligen Aufgaben gegen den Widerstand der anderen Seite durchsetzen zu können, gemessen werden'.

Die Luftüberlegenheit des Westens ergibt sich indirekt. Hier müssen insbesondere Globalzahlen beachtet werden. Weltweit hätten die Luftstreitkräfte des Warschauer Paktes, so heißt es, insgesammt 14.000 ‚Kampfflugzeuge'. Davon stünden 10.000 der NATO in Europa gegenüber, davon wieder befänden sich 7.465 Kampfflugzeuge bei Einsatzverbänden. (Freilich werden die Leser kaum wissen, daß im Warschauer Pakt auch jede dritte Staffel der Einsatzregimenter Schulaufgaben hat.) Die ‚Nato-Luftstreitkräfte' könnten demgegenüber weltweit 9.000 ‚Kampfluftfahrzeuge' (dies ist offensichtlich ein Druckfehler; in der Grafik Seite 11 werden ‚weltweit' 12.000 erwähnt, gemeint sind Kampfflugzeuge) aufbieten. Wer jetzt die analoge Formulierung erwartet ‚davon stehen dem Warschauer Pakt in Europa gegenüber', bemerkt erstaunt,

sind Kampfflugzeuge) aufbieten. Wer jetzt die analoge Formulierung erwartet ‚davon stehen dem Warschauer Pakt in Europa gegenüber', bemerkt erstaunt,

daß es stattdessen heißt: ‚stehen dem Kommandobereich Europa präsent zur Verfügung': nämlich nur 3.700 Kampfflugzeuge. Mit dieser Verschiebung wurde 1984 im Nato-Vergleich das spanische (etwa 200) und vor allem das französische Potential (etwa 700) an Kampfflugzeugen weggelassen, die dem NATO-Oberbefehlshaber Europa (Saceur) nicht unterstehen. Ohne die Definition zu ändern, ist aber jetzt dieses Potential eingerechnet worden.

Die Vereinigten Staaten und Kanada, so heißt es jetzt, seien ‚in der Lage', 1.050 weitere Kampfflugzeuge von Amerika nach Europa zu verlegen. Im Nato-Kräftevergleich 1984 war von 1.750 Flugzeugen die Rede. 1987 aber sprach der amerikanische Luftwaffenchef General Welch, um die Bedeutung dieser ständig geübten Verlegung nach Europa hervorzuheben, von ‚mehr als 2.000 Kampfflugzeugen' als Verstärkungskräften. In der Pentagonstudie ‚Soviet Military Power' von 1987 wird von den Amerikanern eine nationale Fortschreibung des Nato-Kräftevergleichs nach dessen Kriterien vorgelegt: Nach Verstärkung sähe das Kräfteverhältnis in Euruopa dann so aus: Jagdbomber 3.450 (Nato): 2.600 (Warschauer Pakt); Jagdflugzeuge 1.170:2.800; Aufklärer 430:690; Bomber 75:460. Die Nato ist also bei den Angriffsflugzeugen überlegen, der Ostblock bei der Luftverteidigung. Dabei sind hier, die Pentatgonstudie weist darauf hin, so wie im Natovergleich 1984, die 900 Flugzeuge Spaniens und Frankreichs nicht gerechnet.

Nur nach genauerem Lesen des Bonner Textes und einem Vergleich mit den IISS-Angaben kann der Leser auch begreifen, daß sich hinter der Formulierung ‚ausgenommen Marineflieger' die Tatsache verbirgt, daß die amerikanischen Trägerflugzeuge (etwa 1.000 Kampfflugzeuge allein bei den 13 aktiven Geschwadern) und die Kampfflugzeuge der Marineinfanterie (etwa 470) nicht gerechnet wurden, die aber durchaus zu Angriffen gegen den Warschauer Pakt in der Lage sind und damit zu dem dort hohen Luftverteidigungsaufwand führen.

Undeutlich nur wird schließlich auf die qualitative Überlegenheit westlicher Flugzeuge — größere Reichweite, höhere Waffenlast, bessere Elektronik — hingewiesen: ‚Obwohl die Nato-Luftstreitkräfte (...) hinsichtlich Ausbildung und taktischer Einsatzverfahren noch überlegen sind, wird der qualitative Vorsprung beim Material zunehmend geringer.' Vielmehr wird hervorgehoben, daß auch die Sowjetunion jetzt modernste Flugzeuge habe. Deren

ve Vorsprung beim Material zunehmend geringer.' Vielmehr wird hervorgehoben, daß auch die Sowjetunion jetzt modernste Flugzeuge habe. Deren

geringere Zahl wird aber nicht mit der großen Zahl modernster Flugzeuge des Westens verglichen."

Ein Märchen mit Geschichte

Die heutigen Lügen der NATO über die zahlenmäßige sowjetische militärische Überlegenheit können sich auf eindeutige historische Vorbilder berufen. Jedes deutsche Kind kann es noch heute hören, daß damals im zweiten Weltkrieg der „deutsche Landser" heldenhaft mit einer zahlenmäßigen riesigen Überlegenheit der Roten Armee, vor allem bei den Panzern, anfangs Katz und Maus spielte, später aber aufgrund der vielen Feinde nicht standhalten konnte. Es soll hier deshalb noch einmal kurz wiedergegeben werden, was im AK dazu schon einmal gestanden hatte (in der Weltkriegsserie, hier: AK 225, S. 18, Anm. 44):

„Mit über 3 Mio. Mann in 152 Divisionen trat am 22.6.41 die größte Armee, die jemals für einen Feldzug konzntriert worden war, zum Angriff gegen die Sowjetunion auf der gesamten Breite der Grenze an. Hinzu kamen 37 Divisionen (900.000 Mann) der Verbündeten. (...) Verglichen damit war die Rote Armee in der Abwehr zunächst sogar zahlenmäßig unterlegen: zur Verfügung standen in den westlichen Militärbezirken lediglich 170 Divisionen mit 2,68 Mio. Mann. (Sowjetische Divisionen waren sehr viel kleiner als die deutschen.) Etwa 1,5 Mio. Mann mußten in Ostsibierien bereit gehalten werden, um Japan von einer Aggression abzuschrecken. Die Zahl der sowjetischen Panzer und Flugzeuge übertraf die der Angreifer bei weitem; jedoch bestand bei den kriegsentscheidenden, modernsten Waffentypen, die es mit denen der Wehrmacht aufnehmen konnten, ein ungefähres zahlenmäßiges Gleichgewicht. Auf dieser Basis konnte sich das ‚know how' der Wehrmacht, die vier Kriegskampagnen erfolgreich abgeschlossen hatte, in den ersten Kriegsmonaten voll entfalten. Hinzu kam als wichtiger Faktor die unvergleichlich bessere Ausstattung der deutschen Truppen mit Kraftfahrzeugen. (...)

Die Sowjetunion hatte zum Zeitpunkt des Überfalls 24.000 Panzer. (...) Da die Wehrmacht für den Angriff etwa 3.200 Panzer bereitgestellt hatte (...) ergibt sich eine scheinbare sowjetische Überlegenheit von 7:1. Nimmt man indessen nur die vergleichbaren modernen und schweren Panzer heraus, so hatte die Wehrmacht 1.404 Stück (...), während die Sowjetunion 1.475 (...) hatte. Das Gros der sowjetischen Panzer war veraltet und/oder den Panzern nicht gewachsen; die meisten gingen in den ersten Kriegsmonaten verloren. Der (sowjetische) T 34 (...) gilt in der Summe seiner Eigenschaften als bester Panzer des 2. Weltkrieges. Es soll bei dieser Gelegenheit nicht unterschlagen werden, daß der T 34 eigentlich schon Anfang der 30er Jahre entwickelt worden war. (...) Dieser Vorsprung wurde durch die Mitte der 30er Jahre einsetzenden ‚Säuberungen', die auch die militärische Führung schwer trafen (1937/38), zunichte gemacht; die Panzerverbände wurden aufgelöst, die Massenproduktion des T 34 bis 1941 nicht weiter betrieben."

Fortsetzung von vorheriger Seite

haben dazu gesagt, daß man für die Bundeswehr inzwischen eine noch bessere Panzerung entwickele. (...) Damit werde man auch früher produzierte deutsche Panzer nachrüsten nachrüsten können." (21) Wenn es um die Schwärmerei über neue eigene Wunderwaffen geht, ist das alte Schreckensbild von der sowjetischen Gefahr dahin.

Auch wenn die Panzerwaffe — aufgrund ihrer Mobilität und Stoß- und Feuerkraft — gemeinhin als klassisches offensives Waffensystem gilt, ist dennoch ein umfangreiches Panzerarsenal in Mitteleuropa noch lange keine Garantie für eine erfolgversprechende konventionelle Kriegsführungsoption. Um den Schutz der Flanken, des Nachschubs und die Operationsfreiheit im Hinterland zu gewährleisten, sowie um Gegenangriffe auf das eigene Territorium zu verhindern, bedarf es zusätzlich ausgeprägter defensiver Fähigkeiten. Von daher ist auch eine Armee, die zur Defensive wie zur Offensive taugt, als weit bedrohlicher zu klassifizieren, als eine Armee, die von ihrer Struktur und Bewaffnung her ausschließlich auf offensive Kriegsführung ausgelegt ist. Das Mischungsverhältnis ist bei den NATO-Armee (eine hohe Zahl moderner Panzer mit einer Überlegenheit bei der Panzerabwehr) weiter entwickelt als beim Warschauer Pakt. Dazu kommt noch der ständige Ausbau der Systeme der NATO in Europa, die ihr die Fähigkeit verleihen sollen, östlich Aufmärsche schon weit hinter der Grenze zum Stoppen zu bringen.

Entgegen der offiziellen Propaganda geht die NATO davon aus, sich mit rein konventionellen Mitteln *„erfolgreich verteidigen (zu) können gegen alles, was ein Gegner in den ersten Tagen aufbieten kann."* (11) Die parallele Bekämpfung der zweiten und dritten „Welle" der Warschauer-Pakt-Streitkräfte würde bei gleichzeitigem Eintreffen von Verstärkungskräften die Eindringfähigkeit der NATO im Vergleich zu der der östlichen Streitkräfte erheblich erhöhen. So ist die Invasionsfähigkeit der NATO allem Propagandageschwätz zum Trotz höher zu veranschlagen als beim Warschauer Pakt.

Bedrohungsbilder und militärische Optionen

Bedrohungsbilder und militärische Optionen

Das Weißbuch 1985 nennt drei militärische Angriffsoptionen für den Warschauer Pakt:

— ein Angriff mit voller Stärke — nach umfangreicher Vorbereitungs-, Mobilmachungs- und Vorwarnzeit;

— ein Angriff, der die strategische Überraschung sucht, nahezu ohne Vorbereitung;

— ein Angriff, der Überraschung mit Stärke verbindet — also nach relativ kurzer Vorbereitung stattfindet.

Das Weißbuch hält die erste Option, den Angriff mit voller Stärke, für unwahrscheinlich, da sich der Warschauer Pakt hiervon keine Erfolge versprechen kann, die die Kosten der Kriegsführung lohnten. (2) Hanno Graf von Kielmannsegg etwa kommt zu dem Schluß, daß *„die Sowjetunion weiß, daß sie einen Krieg, vor dem die NATO Zeit hätte, vollständig mobil zu machen, die notwendigen Verstärkungen bereitzustellen und alle Verteidigungsvorbereitungen abzuschließen, weder nuklear noch konventionell gewinnen könnte."* (12)

Tatsächlich würde die NATO über genügend Vorwarnzeit verfügen, um den transatlantischen Nachschub aus den USA zu organisieren. (dafür rechnet man mindestens 30 Tage). Zudem würde ein so geführter Krieg sehr schnell in einer Weise eskalieren, die die weitgehende Zerstörung zumindest Europas zur Folge hätte. Die UdSSR müßte versuchen, die amerikanischen Verstärkungskräfte, die den Seeweg zur „europäischen Zentralfront" nehmen, anzugreifen. Ein solcher Krieg wäre kaum noch auf frontnahe Handlungen zu begrenzen. Dies müßte vielmehr einen Schlagabtausch gegen Ziele und Reserven im Hinterland auslösen.

Die Sowjetunion wäre zudem mit dem Risiko der Eröffnung weiterer Fronten konfrontiert. In einem ressourcenfressenden Abnützungskrieg würde mittel- bis langfristig die größere Wirtschaftskraft und Bevölkerungszahl der gegen den Warschauer Pakt kämpfenden Staaten den Ausschlag geben.

Die derzeit populärste militärische Option und Absicht, die der UdSSR unterstellt wird, lautet von daher wie folgt: Die UdSSR holt zu einem zeitlich, räumlich wie von der Wahl der Mittel her (konventionell) begrenzten militärischen Schlag gegen Westeuropa aus. Ziel dieses Angriffs kann nicht die Inbesitznahme der Atlantikküste sein, da der Versuch der Realisierung eines solchen Kriegszieles die Gefahr der nuklearen Eskalation heraufbeschwören sowie der NATO die Zeit zur Mobilisierung und Heranschaffung von Reserven und außereuropäischen Verstärkungskräften geben würde. In Betracht käme lediglich die Besetzung einzelner NATO-Staaten oder von Teilen dieser Länder. Die USA würden jedoch bei einer derart begrenzten Kriegsführung kaum die Leiter der nuklearen Eskalation erklimmen, zumal das mit dem Risiko der atomaren Vernichtung der eigenen nationalen Substanz belastet wäre. Der UdSSR könnte es also gelingen, durch eine zeitlich und räumlich begrenzte militärische Aktion die atomare Schwelle zu unterlaufen. Das Ziel dieser Kriegsführung könnte sein, die begrenzten territorialen Gewinne gegen einen Abzug der

ne zeitlich und räumlich begrenzte militärische Aktion die atomare Schwelle zu unterlaufen. Das Ziel dieser Kriegsführung könnte sein, die begrenzten territorialen Gewinne gegen einen Abzug der

US-Streitkräfte aus Europa einzutauschen. Würden sich die USA auf dieses Tauschgeschäft einlassen, bliebe dem entamerikanisierten Westeuropa nichts anderes übrig, als sich politisch der kontinentalen Hegemonialmacht UdSSR zu unterwerfen. (13)(14)

Tatsächlich handelt es sich bei dem skizzierten Szenario einer begrenzten Kriegsführung um das einzige annähernd realitätstüchtige Kriegsführungsszenario für Europa. Jede andere Form würde aufgrund ihrer unabweisbaren Folgen nach dem Kosten-Nutzen-Kalkül keinen Sinn ergeben bzw. wäre als reines Abenteuer einzustufen.

Die hier der Sowjetunion unterstellte Option gibt zum Großteil eigene Überlegungen der NATO wieder. Seit einigen Jahren verschafft sich die NATO im Zuge eines konventionellen und nuklearen Modernisierungs- und Aufrüstungsprozesses bessere materielle Voraussetzung für die Umsetzung einer Option des begrenzten Territorialgewinns: Panzerbrechende Munition — frontnah und in den hinteren Aufmarschräumen gegen Panzer- und Truppenansammlungen des Gegners eingesetzt — soll die östlichen Fähigkeiten zum Vorstoß beschneiden; offensive konventionelle Komponenten sollen die Aufgabe des erfolgreichen „Gegenangriffs" übernehmen. Es gibt auch Szenarien und Überlegungen, die nach erfolgreichen Vorstößen die Drohung und den eventuellen Einsatz begrenzter nuklearer Schläge vorsehen, um eine Kriegsbeendigung zu „erzwingen".

Doch zurück zu den Möglichkeiten der Sowjetunion, die Option eines überraschenden Angriffs mit geringer Vorbereitungszeit durchzuführen. In der NATO-Debatte wird davon ausgegangen, daß die Sowjetunion diese Option leichter ohne ihre Verbündeteten durchführen könnte, um der NATO eine kürzere Vorwarn- und Mobilmachungsphase einzuräumen. Dann würde jedoch *„der Preis für einen konventionellen Angriff sehr hoch sein — besonders dann, wenn es gelingen sollte, die amerikanischen Verstärkungskräfte vor Angriffsbeginn nach Europa zu bringen."* (13)

Für eine solche Kriegsführung kämen also lediglich die Streitkräfte der Kategorie 1 der Sowjetunion in Betracht. Dabei stünden 24 sowjetische Divisionen in der DDR und CSSR (19 in der DDR, 5 in der CSSR) 27 größeren und besser ausgerüsteten NATO-Divisionen in der BRD gegenüber. Hinzu kämen die drei französischen Divisionen in der BRD. Die UdSSR sähe sich also einem nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ deutlich überlegenen Gegner gegenüber. Würde man wiederum die sowjetischen Divisionen in Polen hinzuzählen, müßte man auf der anderen Seite auch die restlichen französischen Divisionen und die Streitkräfte der Benelux-Staaten einbeziehen. Außerdem sind die sowjetischen Divisionen in der DDR und CSSR in größerer Entfernung von der Grenze stationiert als die NATO-Truppen auf dem Boden der BRD. Das würde der NATO wiederum eine gewisse Vorwarnzeit einräumen.

Gesetzt den Fall, es käme zu einer gemeinsamen Aktion der Verbündeten im Warschauer Pakt, dann stünden 27 plus 3 NATO-Divisionen in der BRD 26 sowie-

wisse Vorwarnzeit einräumen.

Gesetzt den Fall, es käme zu einer gemeinsamen Aktion der Verbündeten im Warschauer Pakt, dann stünden 27 plus 3 NATO-Divisionen in der BRD 26 sowje-

tischen Divisionen der ersten Kategorie (s.o.) und 6 tschechischen, 8 polnischen und 6 DDR-Divisionen der ersten Kategorie gegenüber; alles in allem 46 Divisionen des Warschauer Paktes. (8) Berücksichtigt man Polen als Mobilisierungsraum, so kommen auf westlicher Seite insgesamt 15 französische Divisionen hinzu. Dies würde, da die westlichen Divisionen deutlich personalstärker sind, ein quantitatives Übergewicht zugunsten des Westens zum Ergebnis haben. Realistischerweise können die zwei sowjetischen Divisionen in Polen nicht gerechnet werden, weil ihnen mit Sicherheit die Aufgabe zuteil würde, die extrem verletzbaren und für die östliche Kriegsführung existentiellen Nachschubwege durch das Land zu schützen. Gleiches müßte für einen Teil der in der DDR und CSSR stationierten Divisionen gelten. Der bereits zitierte Dean rechnet mit verbleibenden 20 sowjetischen Divisionen, je vier der Verbündeten im Warschauer Pakt, die sich am Überraschungsangriff beteiligen könnten. (8)

Die klassische Formel lautet, daß derAngreifer an den Stellen der Front, wo er einen Durchbruch erzielen will, möglichst eine Relation von 3 : 1 zu seinen Gunsten herstellen müsse, wenn ein Unternehmen Aussicht auf Erfolg haben soll. Der ehemalige CENTAG-Befehlshaber, US-General Kroesen geht, wie andere seiner Kollegen, indes davon aus, daß ein Aggressor gegenüber der NATO-„Vorneverteidigung" sogar eine Überlegenheit von 6 : 1 benötigte, um auch nur einigermaßen sicherzugehen. Dabei werden große Teile des Grenzgebietes der BRD durch Mittelgebirge oder im Norden die Elbe als ungeeignetere Angriffspunkte für schnelle Vorstöße gelten. An vorgesehenen Angriffspunkten müßte es unzweifelhaft zu Truppenkonzentrationen kommen, die wiederum einen Agriffspunkt darstellen. (15) Desweiteren baut die Bundeswehr z.Zt. eine „mobile Feuerwehr" auf, die die Konzentration von offensivem Feuer und Abwehrkraft zur rechten Zeit am rechten Ort garantieren soll. (16) Mithilfe eines „Luftmechanisierten Großverbandes" will die Bundeswehr die Fähigkeit der NATO-„Vorneverteidigung" zur schnellen Kräftekonzentration verstärken. Dieser jederzeit einsetzbare Großverband kann sowohl zur Abwehr aber ebenso gut auch zum „Gegenangriff" auf östliches Territorium genutzt werden.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß die der Sowjetunion unterstellte Kriegsoption eines Blitzüberfalls auf Westeuropa unrealistisch ist. Die UdSSR hätte es dabei mit einem quantitativ und qualitativ überlegenen Gegner zu tun. Andererseits ist dieses von den NATO-Propagandisten gezeichnete Zerrbild der östlichen Bedrohung dazu geeignet, den Aufbau entsprechender eigener konventioneller Fähigkeiten zu begründen. Gleichzeitig wird die Atomrüstung damit legitimiert:

Ohne die Fähigkeit, mittels der Luftwaffe und Raketen den Aufmarsch im Hinterland des Gegner nachhaltig angreifen zu können (sog. „deep-strike"-Kapazitäten), kann die NATO angeblich der Vormarsch des Warschauer Paktes nicht erfolgreich stoppten. Spätestens seit Anfang der 80er Jahre wurden entsprechende Rüstungsprogramme aufgelegt und ist der Schlag in die Tiefe des Raumes gegen den gegnerischen Aufmarsch Bestandteil der NATO-Doktrin.

Da ja ein begrenzter Überfall der Sowjetunion nun (dennoch) erfolgreich sein könnte, muß die NATO angeblich auch eine entsprechende atomare Antwort parat haben, und falls dies die USA nicht gewährleisteten, müsse es dafür entweder europäische oder auch eigene BRD-Optionen geben. (17)

Soll die NATO dazu fähig sein, dem Warschauer Pakt bestimmte Blitzkriegsoptionen zu verweigern, muß sie nach ihrer Logik selbst dazu in der Lage sein, das Element der Überraschung und Schnelligkeit zu beherrschen und beim Überschreiten der Kriegsschwelle begrenzte territoriale Gewinne zu machen: *„Die Glaubwürdigkeit einer Kriegsverhütungsstrategie ist (...) abhängig von glaubwürdigen Optionen für den Fall,*

daß trotz Abschreckung ein Krieg begon-
grenzte territoriale Gewinne zu machen: *„Die Glaubwürdigkeit einer Kriegsverhütungsstrategie ist (...) abhängig von glaubwürdigen Optionen für den Fall,*

daß trotz Abschreckung ein Krieg begonnen wird. (...) Eine öffentlich erklärte Strategie der Vorwärtsverteidigung ist eine glaubwürdige Kriegsführungsoption, die den Warschauer Pakt zur Änderung seiner strategischen Planung zwingt. (...) Damit stärkt die Vorwärtsverteidigung die Glaubwürdigkeit der Abschreckung — die unerläßliche Voraussetzung einer erfolgversprechenden Kriegsverhütungsstrategie." (18) Glaubwürdig ist demnach nicht eine Verteidigung, die dem Gegner „nur" unkalkulierbare Risiken aufbürdet, sondern sie muß den Gegner besiegen und den Krieg erfolgreich auf dessen Gebiet tragen können. In der gegenwärtigen NATO-Debatte artikulieren sich immer wieder Stimmen, die für die Fortentwicklung der „Vorneverteidigung" zu einer „dynamischen Vorwärtsverteidigung" plädieren. (19)

Nach offizieller Doktrin betreibt die NATO eine „Vorneverteidigung". Doch nach den Vorstellungen der BRD konnte eine Verteidigung schon immer nur dann sinnvoll und erfolgreich sein, wenn sie keine Gebiete der BRD preisgibt, das heißt nach vorne hin betrieben wird. (20) Das könnte in der Praxis bei einer eigenen Fronttiefe von mindestens 50 Kilometern nur durch Vormarsch nach Osten erreicht werden oder wie es in den neusten Dienstvorschriften für die US-Armee heißt: *„Carrying the war into his homeland."*

dsm

(Dieser Text wurde für das Buch: „Kann der Westen abrüsten — die neue Strategiedebatte der NATO" geschrieben, das im Pahl-Rugenstein-Verlag erscheinen wird. Für die Vorpublikation im AK wurde der Text stark gekürzt und dabei überarbeitet; HH)

Konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes in Mitteleuropa

	NATO		Warschauer Pakt
Kampf-Flugzeuge	1880		4060
Kampf-Panzer	8050		25580
Divisionen	38		95

Kräftevergleich aus NATO-Sicht (Quelle: „Europäische Wehrkunde" 12/86)

Anfang der 50er Jahre: »Absetzen«

Mitte der 60er Jahre: »Stolperdraht«

Mitte der 70er Jahre: »Aktive Verteidigung«

Ende der 80er Jahre: »Air/Land Battle«

Quelle: „Europäische Wehrkunde" 2/87

LITERATUR

— **Dieter S. Lutz:**, Die Rüstungsanstrengungen der Sowjetunion im konventionellen Bereich. Eine Datenvergleichs- und Bedrohungsanalyse, in: ders. (Hrsg).: Die Rüstung der Sowjetunion, Baden-Baden; 1979

— **Andrew Cockburn**: Die sowjetische Herausforderung, Bern/München/Wien; 1983

— **Anthony H. Cordesman**: The NATO Central Region and the Balance of Uncertainty; in „Armed Forces Journal International"; July 1983

— **John J. Mearsheimer**: Why the Soviets Can't Win Quickly in Central Europe; in „International Security", Vol. 7, No. 1; (Sommer 1982)

— **Andreas v. Bülow**: Die eingebildete Unterlegenheit. Das Kräfteverhältnis West-Ost, wie es wirklich ist; München 1985

— **Forschungsinstitut für Friedenspolitik e.V.** (Hrsg.): Konventionelle Landstreitkräfte für Mitteleuropa: Eine Bedrohungsanalyse; Starnberg, November 1984

— **Christian Krause**: Das konventionelle Kräftegleichgewicht in Europa; Bonn 1982 (Friedrich-Ebert-Stiftung)

ANMERKUNGEN

(1) *„Obwohl die NATO zur Verteidigung Westeuropas relativ starke Streitkräfte permanent bereithält und amerikanische Truppenverstärkungen wie den Aufwuchs der europäischen Streitkräfte durch kurzfristige Mobilmachung der Reserven vorsieht, hat das nordatlantische Bündnis zu keiner Zeit je ein ungefähres Kräftegleichgewicht (...) im Verhältnis zu den Streitkräften des Warschauer Pakts in Europa erreichen können. Seit dem Aufbau der NATO in den 50er Jahren wurden und werden darum Kernwaffen als Kompensationsmittel und Eskalationsträger (...) angesehen."* Lothar Rühl: Mittelstreckenwaffen in Europa: Ihre Bedeutung in Strategie, Rüstungskontrolle und Bündnispolitik; Baden-Baden, 1987

(2) Der Bundesminister für Verteidigung, Weißbuch 1985: Zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr; Bonn, 1985

(3) Mitte der 60er Jahre erfolgte der Aufbau einer Kräftekonzentration gegenüber China in Ostsibirien. Eine zweite Zusammenziehung von Kräften für einen potentiellen südlichen Kriegsschauplatz im Mittleren Osten erfolgte Mitte der 70er Jahre zwischen dem Kaukasus und dem Baikalsee. An der chinesisch-sowjetischen Grenze sind 44 Divisionen stationiert. In der südlichen UdSSR beträgt die Zahl sowjetischer Divisionen 24. Alles in allem 68 Divisionen, die für die europäische Zentralfront nicht in Betracht kommen.

(4) v. Bülow, s. Literaturliste

(5) Lutz, s. Literaturliste

(6) International Institut für Strategic Studies (IISS): The Military Balance, 1982/83

(7) MBFR = Mutual Balanced Forces Reductions; Seit Januar 1973 wird in Wien vergeblich über „beiderseitige ausgewogene Truppenreduzierungen" verhandelt.

(8) Interview mit Jonathan Dean in der FR, vom 4.7.1987

(9) Günther Gillessen: Sowjetische Reaktiv-Panzerung entwertet westliche Abwehrwaffen; in FAZ, 16.6.87

(10) Spiegel, 35/87

(11) Interview mit Meinhard Glanz, dem damaligen Heeresinspekteur der Bundeswehr, im „Stern", 11.11.1982

(12) Hanno Graf von Kielmannsegg: „Die vergessene Gefahr der strategischen Überraschung", in „Europäische Wehrkunde", 4/87

(13) Dieter Farwick: „Eine nationale Option Moskaus? Überraschender Angriff mit begrenztem

„Stern", 11.11.1982

(12) Hanno Graf von Kielmannsegg: „Die vergessene Gefahr der strategischen Überraschung", in „Europäische Wehrkunde", 4/87

(13) Dieter Farwick: „Eine nationale Option Moskaus? Überraschender Angriff mit begrenztem

Ziel", in „Europäische Wehrkunde", 13/85

(14) Robert Held: „Die Lockung des Minimal-Krieges", FAZ, 24.4.1984

(15) Will der Warschauer Pakt seine Panzerarsenale offensiv und wirksam zum Einsatz bringen, *„so müßte (er) die Panzer auf dem Anmarsch stets aufs neue auf engen Verkehrswegen bündeln, die einer aktiven Panzerabwehr optimale Ziele bieten würden. Hier bieten hochintelligente Panzerabwehrwaffen, insbesondere der dritten Generation, hervorragende Möglichkeiten,, den Gegner bewegungsunfähig zu machen."*; v. Bülow (s. Literaturangaben)

(16) Kurt Kister: „Eine Luftkavallerie als Vorgriff auf die Zukunft", „Süddeutsche Zeitung", 3.7.1987

(17) Robert Held zeichnet in der FAZ unter dem Titel: „Die Lockung des Minimal-Krieges" (s. Anm. (14)) das folgende Szenario: Die UdSSR *„beschränkt sich auf einen Geländegewinn von einigen Dutzend Kilometern und bliebe nach einigen wenigen Tagen dort stehen: in Raum und Zeit in hinreichender Entfernung von der Schwelle, an der sich der Westen zur Eskalation entscheiden würde."* Aus Reagans Sicht gingen der BRD nur Gelände *„in der Größe von einigen Texas-Ranches verloren, während in Wirklichkeit der Bundesrepublik durch den Verlust eines solchen Streifens politisch und moralisch das Rückgrat gebrochen würde. Denn wie die Welt nun einmal ist, würde niemand mehr sich aufraffen, wegen ein paar Kilometern doch den großen Krieg zu beginnen. Westeuropa aber würde nach dem ersten Aufatmen erkennen, daß seine Freiheit der finnischen ein Stück ähnlicher geworden sei."* Hier stoppt Held und überläßt es den Lesern, sich auszumalen, wer sich hier wie aufzuraffen hätte.

(18) Dieter Farwick: „Zur Diskussion der NATO-Strategie — Dynamische Vorwärtsverteidigung statt statischer Vorneverteidigung"; in „Österreichische Militärische Zeitschrift", 2/1983

(19) Zu den profiliertesten Befürwortern einer konventionellen „Vorwärts-„ und „Vergeltungsstrategie" gehört der amerikanische Stratege Samuel Huntington. Er begründet seine Strategie mit der ohnehin vorhandenen vorwiegend offensiven Ausrichtung der NATO-Streitkräfte in Europa. Huntington zufolge sollte die NATO das Ziel verfolgen, den Krieg auf das Territorium der DDR, CSSR und Polens zu tragen, mit der erklärten Absicht, Osteuropa von der „sowjetischen Herrschaft" zu befreien. Dies solle die Allianz mit einer „Einladung" an die Osteuropäer verbinden, einer westlichen Invasion durch den rechtzeitigen Ausstieg aus der sowjetischen Kriegsführung zu entgehen.

Samuel Huntington: „The Renewal of Strategy — The Strategic Imperative"; Cambridge 1982

Ders. in: „Conventional Deterrence and Conventional Retaliation in Europe"; in International Security, Winter 1983/84

(20) Franz Josef Strauß zur „Vorneverteidigung": *„... Kollege Schmidt und ich hatten vor wenigen Tagen eine Fernsehdebatte, bei der sich eine aus der Sache heraus kommende Übereinstimmung der Auffassungen ergab, daß eine Aufgabe deutschen Gebietes — etwa zurück zur Weser, zurück bis zum Rhein, zurück bis zum Atlantik — von keinem von uns gebilligt werden kann — sonst wäre die Bundeswehr und wäre der gesamte Bündnisapparat wirklich fehl am Platze —, daß der Begriff der ‚Vorneverteidigung' oder ‚Vorwärsstrategie' von der Propaganda der anderen Seite vielleicht falsch dargelegt wird, daß wir beide aber darunter dasselbe verstehen, eben Verteidigung ganz weit vorn an der Demarkationslinie."* In der Bundestagsdebatte über die „Lage der Bundeswehr", am 21.9.1966

Die Afrika-Spur:

AIDS-Legende mit zähem Leben

„In diesem Gebiet verbirgt sich irgendwo der Ursprung der ganzen Epidemie im tropischen Dunkel."

Michael G. Koch, Gauweiler-Berater, in seinem Buch „AIDS. Vom Molekül zur Pandemie"

Nach gängiger Lesart wurden die ersten Fälle von AIDS 1981 in den USA bekannt. Als Auslöser der Krankheit wurde ein Virus (später HIV genannt) 1983 von Montagnier in Frankreich bzw. 1984 von Gallo in den USA gefunden. Die Forschung hat sich weltweit dem Bau und den Eigenschaften des Virus zugewandt und rasch detaillierte Kenntnisse erreicht. Hoffnungen auf eine Therapie oder einen Impfstoff gründen sich darauf.

Das Problem AIDS geht aber über die biologisch-medizinische Seite hinaus. Deutlich genug hat Jonathan Mann, Direktor des AIDS-Programms der Weltgesundheitsorganisation WHO, auf der Londoner Weltkonferenz 1987 vorgeschlagen, von einer *dreifachen* Epidemie auszugehen. Er nennt: „*die HIV-Infektion, die Krankheit Aids und die sozialen, kulturellen, politischen und ökonomischen Reaktionen und Antworten.*" (1)

Die gesellschaftliche Reaktion auf AIDS — Manns „dritte Epidemie" — wird von der WHO gerade deshalb betont, weil sich hier ein weites Spektrum an nicht nur falschen, sondern antidemokratischen und diskriminierenden Maßnahmen abzeichnet. Mann hat wiederholt von der Gefahr von Rassismus und Faschismus gesprochen (vgl. Ak 292).

Eine Legende entsteht

Eines der Elemente, die zur ideologischen Absicherung solcher Reaktionen dienen soll, ist relativ frühzeitig eingeführt worden. Offenbar ist es keine Erfindung der Massenmedien, deren Aufbereitung ihm dann allerdings zur wirksamen Popularität verhalfen (2). Vielmehr hat sich als Produkt der Vermutungen, des Argwohns und wohl auch schlicht der Vorurteile verschiedener Wissenschaftler die Ansicht entwickelt, AIDS sei eine „afrikanische Krankheit". Mehrfach variiert, läuft diese Spekulation im Kern darauf hinaus: „Die AIDS-Spur führt nach Afrika". Soll heißen: Das Virus ist in Afri-

iert, läuft diese Spekulation im Kern darauf hinaus: „Die AIDS-Spur führt nach Afrika". Soll heißen: Das Virus ist in Afri-

ka heimisch, von dort hat es die Welt infiziert. Die möglichen Folgen solcher Thesen waren leicht vorauszusehen und sind prompt eingetreten: eine Abwehrreaktion in Afrika, wo diese Art Schuldzuweisung durch Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit primär in den USA und Europa Informationsaustausch und die Einleitung von Hilfsmaßnahmen zunächst behinderten; in den USA und Europa (aber auch in asiatischen Staaten, z.B. in Indien) die Mobilisierung rassistischer Vorurteile gegen Afrikaner. Kein Wunder, daß Rechtsextreme verschiedener Couleur sich bald die AIDS-Thematik mit eindeutig rassistischer Stoßrichtung aneigneten (siehe zu Frankreich und zur BRD AK 291).

Zwar war das zu erwarten. Selbst prominente AIDS-Experten fühlten jedoch keinerlei Skrupel, ins Blaue hinein zu spekulieren und mit entsprechenden Theorien hausieren zu gehen. So geht die These, AIDS sei durch Übertragung von einem afrikanischen Affen entstanden, auf den US-Virologen Essex zurück, der sie 1985 verbreitete, ohne damit aber beanspruchen zu können, Vater der „Afrika-Spur" zu sein. Der US-Experte Gallo, Mitentdecker des Virus, hat sich schon anhand des HTLV-I-Virus, den er zunächst zum AIDS-Auslöser erklärte, „*zu folgender Hypothese* (veranlaßt gesehen): *HTLV-I stammt ursprünglich aus Afrika, wo es viele dort lebende Primaten einschließlich der Spezies Mensch infizierte; nach Amerika gelangte es dann mit dem Sklavenhandel.*" (3) Von Portugiesen — mit afrikanischen Sklaven und Affen im Anhang! — sei HTLV-I im 16. Jahrhundert bis nach Japan verbreitet worden. (4)

Die Absonderlichkeit solcher Spekulationen blieben nicht unwidersprochen. Nicht allein in der US-Schwulenbewegung kursierte frühzeitig die Version, AIDS sei künstlich geschaffen, von CIA und/oder Militär entwickelt — ohne daß über die Verdachtsebene hinaus nähere Beweise vorgelegt werden konnten (siehe beispielhaft AK 292). Ebenfalls unbewiesen blieb die von der UdSSR zunächst verbreitete Behauptung, AIDS könne ein Produkt gentechnischer Manipulation sein, entwickelt im Auftrag von CIA/Militär. Erfahrungen mit dem Wissenschaftsbetrieb in Molekularbiologie und Gen-Forschung brachten zusätzliche Verdachtsmomente dafür zutage, daß AIDS seinen Ursprung in Virus-Manipulationen haben könnte (5).

Schließlich entwickelten die DDR-Fachleute Jakob und Lilli Segal (Biophysiker/Immunologin) seit Mitte 1986 ihre Analyse, AIDS sei „man-made in USA". Unter anderem befaßten sie sich eingehend mit der „Afrika-Spur" (6). Die Segals meinten damals, die Legende endgültig entlarvt zu haben: „*Es gibt also keinen wissenschaftlich fundierten Grund für die Annahme, das AIDS sei in Afrika entstanden und habe sich von dort aus über die restliche Welt verbreitet.*" (7)

„Hieb- und stichfest"

„Hieb- und stichfest"

Seitdem ist die „Afrika-Spur" jedoch keineswegs in der Versenkung verschwunden. In Wissenschaftler-Kreisen werden Zweifel und Kritik souverän beiseite geschoben; und wenn sich einzelne Elemente als allzu unglaubwürdig erweisen — wie etwa die Affenstory —, dann wird halt eine neue Wendung der „Spur" favorisiert: „*Manche Forscher wie der Virologe Reinhard Kurth vom Frankfurter Paul-Ehrlich-Institut glauben trotzdem an die afrikanischen Wurzeln von Aids. Die Krankheit, so meint Kurth, habe schon lange als* village disease *(Dorfkrankheit) in entlegenen und isoliert lebenden Stämmen existiert. Erst durch eine zunehmende Stadtflucht sei das HIV in die großen Städte gekommen und habe ideale Ausbreitungswege gefunden.*" (8)

Auch dies ist von Gallo abgesegnet: „*Herr Gallo meint, daß Idi Amin an allem Schuld ist. In den 70er Jahren hat er die Landbevölkerung in den Städten konzentriert und damit einem Virus, der 1973 in Uganda auf dem Lande vorgekommen ist, Zugang zu Ballungsräumen und damit ungehinderte Ausbreitung verschaffen.*"

Mittlerweile gilt die „Afrika-Spur" aber auch als realsozialistische These. UdSSR- und DDR-Forscher sind von den CIA- und Gentechnik-Thesen abgerückt; von den Segals ist keine Rede mehr. Nicht allein wird ausgeschlossen, „*daß das Virus HIV von Menschenhand hergestellt worden sein könne*", so der Direktor des Instituts für Virologie der Humboldt-Universität (Berlin/DDR), Rosenthal. „*Über die mutmaßliche Herkunft des HIV-Virus sagte Rosenthal: ‚Sehr wahrscheinlich aus Zentralafrika. Aufgrund der Tatsache, daß in einigen zentralafrikanischen Ländern das Ausmaß der Durchseuchung sehr hoch ist, wird das geschlußfolgert.*' „ (10)

Ist die „Afrika-Spur" auf diese Weise „*nahezu zu einem erwiesenen Tatbestand avanciert*" (11), so ist es umso weniger verwunderlich, daß sie auf der Ebene des Massen-Buchmarktes und der Medien als eherne Wahrheit gehandelt wird. Afrikanische Affen, der Verbreitungsweg von Zentralafrika über Haiti nach USA, die Zwischenträger in Haiti als ehemalige „Negersklaven" — alles wird vor dem Publikum ausgebreitet: „*Wie der AIDS-Erreger wirklich von Afrika nach Amerika und Europa kam*", heißt es da beispielsweise. „*Das Dunkel, das bislang über dem Weg des AIDS-Erregers von Afrika nach Europa und Amerika lag, ist inzwischen hieb- und stichfest nachweisbaren Beweisen gewichen.*" (12)

Drei-Thesen-Theorie

Im wesentlichen berufen sich die Vertreter der „Afrika-Spur" auf drei Thesen. Abzusehen ist dabei von der schlichten Feststellung, daß Afrika, genauer: einige Länder in Afrika, relativ hohe Infektions-und auch Erkrankungszahlen melden. Insgesamt gibt es kein ausreichendes und gesichertes Zahlenmaterial, wie überhaupt viele Informationen über afrikanische kulturelle, soziale, politische — auch medizinische — Gegebenheiten

überhaupt viele Informationen über afrikanische kulturelle, soziale, politische — auch medizinische — Gegebenheiten

eher aus US- bzw. eurozentrischen Vorurteilshüten gezaubert werden, als auf realen Kenntnissen beruhen. Die bloße Tatsache der Verbreitung von AIDS besagt aber natürlich ohnehin nichts über die mögliche Herkunft. Gerade diese Überlegung bildet ja den Start aller Spekulationen in Richtung Afrika — sonst wären nämlich New York oder Kalifornien als AIDS-Ursprungsplätze längst allgemein anerkannt. (13)

Die drei Thesen der „Afrika-Spur" sind folgende:

1. Der ursprüngliche Verbreitungsweg des Virus bzw. der Krankheit läßt sich von den USA nach Haiti und von dort nach Zentralafrika zurückverfolgen.
2. AIDS war in Zentralafrika schon Jahrzehnte vor dem Auftauchen in den USA (bzw. anderen Weltregionen) vorhanden, möglicherweise schon immer.
3. AIDS ist durch Virusübertragung von afrikanischen Affen entstanden.

Export-Import

Nach der Entdeckung wurde AIDS zunächst als Schwulen-Krankheit, dann als Fixer- und schließlich als Einwandererkrankheit identifiziert. Sogleich begann die Spurensuche — außerhalb der USA. „*Die ersten AIDS-Erkrankungen in Haiti wurden etwa zur gleichen Zeit wie in New York beobachtet. Die ersten Opfer dort lebten jedoch fast ausschließlich in der Hauptstadt Port au Prince, bekanntlich ein beliebtes Ausflugsziel nordamerikanischer Touristen.*" (14)

In der Folge wurden Haitianer — wie Homosexuelle und Fixer — als besondere Risikogruppe indiziert. „*Nachdem in den US-Medien zunächst Haiti als AIDS-Exporteur propagiert wurde, mußten schließlich selbst US-Wissenschaftler zugeben, daß die umgekehrte Richtung ebenso möglich wäre.*" (15) Also wurden sie nun „*offiziell von der Liste der sogenannten Risikogruppen gestrichen. AIDS gab es in den USA nämlich bereits 1978 unter Homosexuellen, erst ca. zwei Jahre später unter (wahrscheinlich nicht homosexuellen) US-Haitianern.*" (16)

Die Suche nach dem Ursprung außerhalb der USA mußte weitergehen. Nach Haiti bzw. direkt in die USA sei AIDS durch Heimkehrer eingeführt worden, die in Afrika gearbeitet hatten, vor allem in Zaire, lautete die nächste Vermutung. Mit dieser verlängerten „Spur" schienen alle Fakten vereinbar zu sein. Mit den vorhandenen Zahlen aus Afrika freilich mußte bemerkenswert lax umgegangen werden: Die dort registrierten AIDS-Fälle datieren erst ab 1982, mit starkem Anstieg in den folgenden Jahren. (17)

Dies gilt wie für Zaire auch für die benachbarten Länder, die bald als alternative Ursprungsregionen vorgeschlagen wurden: so Uganda, wo heute angeblich davon auszugehen ist, daß in der „*Hauptstadt Kampala zehn Prozent der sexuell aktiven Bevölkerung HIV-positiv*" sind (was über die tatsächliche Erkrankungsrate noch nichts besagt); „*1984 waren AIDS-Kranke noch eine Seltenheit*" in Kampala. (18)

rate noch nichts besagt); „1984 waren AIDS-Kranke noch eine Seltenheit" in Kampala. (18)

Andere Indizien, die wie die zeitlichen Verhältnisse ein eindringen des Virus von außerhalb Afrikas zumindest so denkbar erscheinen lassen wie den umgekehrten Weg, bleiben und blieben nahezu unberücksichtigt: Die Häufung von AIDS-Fällen bzw. hohe HIV-positiv-Stichproben entsprechen der durch Zentralafrika von Akkra bis Mogadischu und Mombasa laufenden Fernfahrer-Route. Sollte ein Verkehrsweg von Küste zu Küste HIV-Import nach Afrika nicht ebenso nahelegen wie Export? (19)

Die offensichtliche Dürftigkeit des Befundes an nachprüfbaren Angaben wird üblicherweise versucht, auf dreifachem Wege aufzubessern: Einmal indem andere Infektions- und Immunschwächekrankheiten, die teils AIDS-ähnlich, teils oft mit anderen AIDS-Folgen zusammen auftreten, zu Vorläufern bzw. „unerkanntem AIDS" erklärt werden, so etwa die Magerkrankheit („slim disease"), so das Kaposi Sarkom (ein Hautkrebs). Unter solchen Vorzeichen liegt Afrika dann freilich Jahre vor den USA.

Zweitens wird versucht, möglichst vor 1982 klingende, einzelne AIDS-Fälle in Afrika aufzuspüren, um dessen Einschleppung nach USA bzw. Europa (mit den dort frühestens etwa 1977 „rekonstruierten" Fällen) glaubhaft zu machen. Von solchen frühen Fällen wird gelegentlich berichtet, so von dem einer dänischen Ärztin, die 1977 in Kinshasa gestorben ist — angeblich an AIDS. Fest steht jedoch nur, daß sie an zwei Infektionskrankheiten litt, die *auch* als AIDS-Symptome auftreten. (20)

Mit der gleichen Methode einer nachträglichen AIDS-Diagnose ist aber auch schon ein 1969 in Missouri gestorbener 15jähriger US-Amerikaner als AIDS-Fall „entdeckt" worden. (21)

Um bei Beweisführung nach solchem Muster nicht in krasseste AIDS-Mythologie verfallen zu müssen, ist deshalb der scheinbar vielversprechendere Weg beschritten worden, ältere Blutseren auf HIV-Antikörper zu untersuchen, um AIDS endgültig in der afrikanischen Vergangenheit fixieren zu können.

Zunächst sei aber noch auf Überlegungen hingewiesen, die bei den Konstrukteuren der „Afrika-Spur" wenig Beachtung finden. Ausgerechnet den AIDS-Verbreitungsweg Zentralafrika — Haiti — New York/USA etc. anzunehmen, ist schon deshalb unbefriedigend, weil andere Wege genauso denkbar wären, wenn nicht näher lägen. Wie schon die Segals feststellten: „*Keiner von denen, die die These unterstützen, daß AIDS seinen Ursprung in Afrika hat, befaßt sich jemals mit der Frage, warum diese Krankheit, wenn ihr Ursprung in Afrika liegt, ausschließlich nach New York City kam, denn es besteht kein Zweifel, daß sie sich von dort aus auf andere amerikanische Städte und dann nach Europa verbreitete. Während der Kolonialzeit waren britische, belgische, portugiesische und französische Truppen in Afrika stationiert, und Soldaten afrikanischer Herkunft waren in Europa. Da muß es auch Sexualkontakte gegeben haben, die vielen Kinder gemischter Rasse zeugen für diese Tatsache. Auch nach Erlangung der Unabhängigkeit waren die europäischen Kontakte durch Handelsschiffe, Techniker, Ärzte und Lehrer noch zahlreicher als die neuen Kontakte mit den Vereinigten Staaten. So müßte AIDS Amerika auf dem Weg über Europa erreicht haben. Tatsächlich aber ging es den umgekehrten Weg.*" (22)

Dem wäre der zunehmende massenhafte Afrika-Tourismus aus Europa hinzuzufügen. (Im Jahr 1986 transportierte TUI 20.400 westdeutsche Touristen allein nach Kenia, der „African Safari Club" noch einmal 25.000.) (23)

Ein tatsächlicher Verbreitungsweg, der mit der Rolle der USA als „Ursprungsland" sehr viel zu tun hat, bleibt bei all dem außer acht: Unbestritten ist, daß ein Hauptmechanismus der weltweiten Anfangsverbreitung von AIDS im Handel von Blut bzw. Blutpräparaten liegt/lag. Der internationale Bluthandel wird von vier Konzernen kontrolliert — von der „*Behringwerke AG in Marburg, einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft der Höchst AG; dem amerikanischen Pharmakonzern Baxter Travenol mit seinem deutschen Ableger Travenol; der österreichischen Serum-Firma Immuno AG und dem japanischen Unternehmen Green Cross*" (24). Unter kaum kontrollierten und kontrollierbaren Bedingungen wird Blut in Entwicklungsländern zu Billigpreisen aufgekauft und — als Mischung (von jeweils rund 200 Spendern) (25) — gehandelt, d.h. weltweit verkauft. Von den Konzernen sind Gesundheitskon-

schung (von jeweils rund 200 Spendern) (25) — gehandelt, d.h. weltweit verkauft. Von den Konzernen sind Gesundheitskon-

trollen durchaus nicht zu erwarten. (26) So geht die Infizierung von bis zur Hälfte (ca. 3.000 Personen) der bis 1985 versorgten Bluter in der BRD auf unkontrolliertes Blutplasma zurück. (27) Die Ware stammte zum überwiegenden Teil — 80% — aus den USA. (28) Weltweit ist deshalb die HIV-Infektion bzw. Erkrankung an AIDS, abgesehen von Auslandskontakten der Betroffenen nach USA bzw. Europa, auf die Verwendung von Blut(plasma) aus den USA zurückzuführen: Entsprechende Angaben liegen vor aus Jordanien und Saudi Arabien, Polen, der VR China, Japan, Großbritannien, Israel. (29) Die relativ niedrigen AIDS-Zahlen in Osteuropa, der UdSSR und der VR China lassen sich teilweise genau dadurch erklären: Sie waren/sind nicht in den US-Bluthandel einbezogen. (30)

Schlechtes Blut

AIDS-Viren lassen sich nicht unmittelbar durch Bluttests feststellen, wohl aber Antikörper. Wenn also in jahre- und jahrzehntealten Blutproben Antikörper nachzuweisen wären, so die weitere Überlegung der Spurensucher, könnte der Beweis angetreten werden, daß damals schon AIDS vorhanden war (zumindest aber das Virus). Erste Untersuchungen an afrikanischen Blutproben aus den 50er bis 70er Jahren brachten auch in der Tat das gewünschte Ergebnis. Ab 1986 etwa folgte jedoch die Ernüchterung. Je älter nämlich Blutproben sind, um so unvermeidlicher ergibt sich eine Verfälschung des Untersuchungsmaterials; schon das bloße einmalige Einfrieren und Wiederauftauen einer Blutprobe reicht dazu nicht aus. (31) Dies gilt zumal bei den zuerst üblichen, ziemlich ungenauen Testmethoden. Sensationelle Befunde an afrikanischen Blutproben stellten sich bei späteren, genaueren Überprüfungen als entweder überhaupt nicht mehr positiv, d.h. HIV-anzeigend, heraus oder als so schwach positiv, daß das Ergebnis zu keiner verläßlichen Aussage mehr taugt. Die ältesten Seren afrikanischen Ursprungs,

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

die auffindbar waren, gehen bis 1959 zurück; von 1.213 überprüften Proben aus dem Zeitraum 1959 bis 1980 fand sich schließlich nur eine einzige eindeutig positive. Die Herkunft gerade dieses Serums ließ sich aber nicht feststellen. Bei der Nach-Überprüfung von weiteren Seren aus dem Zeitraum 1964 bis 75 erwies sich nicht eine als positiv. (32) Dies gilt auch für die oft genannten Seren aus Uganda (ugandische Kinder) von 1972, deren Test typische HIV-Nachweise vermissen ließ. (33)

Außerdem ist grundsätzlich nicht auszuschließen, daß die vorhandenen Tests gar nicht exakt HIV-Antikörper nachweisen, sondern ebenso auch solche, die HIV-ähnliche Viren anzeigen, ohne daß diese mit AIDS etwas zu tun hätten. (Im übrigen zeichnen sich Retroviren (wie HIV) dadurch aus, daß sie sich relativ schnell verändern — und für Blutkonserven gilt diese Möglichkeit allemal.) Anders ausgedrückt: *„Da die Menschen im tropischen Afrika mit allen erdenklichen Krankheitserregern in Kontakt kommen"*, werden *„bei den üblichen Blutuntersuchungen fälschlicherweise HIV-Antikörper vorgetäuscht"*. (34) Möglich ist es zumindest — und die Stichhaltigkeit der Bluttests ist damit gleich null.

Nichtsdestoweniger wird immer wieder behauptet, die „Afrika-Spur" sei bewiesen. Ohne Abstrusitäten der denkwürdigsten Art geht's dabei nicht. So folgte dem wissenschaftlichen Startsignal für die Jagd nach dem afrikanischen Ursprung von AIDS zwar bald die ebenso wissenschaftliche Widerlegung, im gleichen Atemzug (d.h. im gleichen Aufsatz des Wissenschaftsblattes „Lancet") wurde jedoch der afrikanische Ursprung für am „plausibelsten" erklärt. (35)

Irgendetwas soll offensichtlich daran sein! Wie anders ließe sich erklären, daß der AIDS-Experte des Bundesgesundheitsamtes, Professor Meinrad Koch, noch 1986 in einem Aufsatz meint, *„erste klinische und serologische gesicherte AIDS-Fälle"* 1977 in Zaire feststellen zu können, obwohl doch die Autoren, auf die Koch sich beruft, ausdrücklich folgendes formulieren: *„Wir kennen (...) keine Tatsachen, die Zentralafrika (...) als Ursprung der Krankheit ausweist (...). Es war nicht möglich, den Beginn von AIDS in Kinshasa zeitlich festzulegen."* (36)

Koch blieb bei seiner Behauptung, *„die ältesten Seren mit Antikörpern gegen HIV stammen aus den sechziger und dem Anfang der siebziger Jahre aus Afrika"* (37), auch nachdem er durch die Untersuchung der Segals auf neuere Ergebnisse hingewiesen worden war.

Die Absurditäten, die sich mittels der Bluttest-Argumentation erzeugen lassen, werden schließlich durch einen Hinweis verdeutlicht, den wieder die Segals gegeben haben: Im Blut von US-Bürgern aus
verdeutlicht, den wieder die Segals gegeben haben: Im Blut von US-Bürgern aus
den Jahren 1954 und vorher wurden HIV-Infektionsraten von 94% bzw. 53% gefunden. Die männliche US-Bevölkerung seit den 50er Jahren gänzlich oder zur Hälfte mit dem AIDS-Virus verseucht? Dieses Ergebnis, 1984 veröffentlicht, machte keine Schlagzeilen (38); offenbar war es allzu peinlich (wissenschaftlich betrachtet) und wollte im übrigen allzu wenig zu der in Konstruktion befindlichen „Afrika-Spur" passen ...



Von Affen und Menschen

Recht willkommen muß da die Idee erschienen sein, AIDS wenn schon nicht zeitlich und geographisch, dann biologische dingfest machen zu können, und damit wiederum zur „Afrikanischen Krankheit" werden zu lassen: Als Virusträger fanden sich *„Tiere, wie man sie in Zentralafrika häufig verspeist und wie sie auf den Märkten im Kongoraum überall feilgeboten wurden"* — so wird populär fabuliert —, die Grünen Meerkatzen (African Green Monkey, cercopithecus aethiops). *„Durch Kratz- und Bißwunden gelangt das Virus in den Menschen, und der erkrankt."* (38) Von welchem Virus ist aber die Rede? In diesen Affen wurde von einem US-Team (Essex u.a.), ohne daß die Tiere krank waren, bestimmte Retroviren gefunden, die gewisse Ähnlichkeiten mit den von AIDS-Forscher Gallo schon früher entdeckten Leukämie-Viren HTLV-I und HTLV-II hatten, aber auch mit dem AIDS-Virus HIV, das Gallo damals noch HTLV-III nannte. Das Affen-Virus wurde nun als STLV-III bezeichnet — statt „H" (für Human/Mensch) stand lediglich „S" (für Simian/Affe). Dieses Affen-Virus sei auf den Menschen übertragen worden. (Tatsächlich haben ca. 90% gesunder Afrikaner und 53% HIV-infizierter US-Amerikaner das Affen-Virus im Blut.) (39) Zwei keineswegs belanglose Voraussetzungen waren hiermit stillschweigend verbunden, um daraus eine plausible These zu schmieden: Das Virus, welches die Meerkatzen nicht krank macht (40), mußte sich nach der Übertragung auf den Menschen *erstens* in das menschliche AIDS-Virus verwandelt haben und das *zweitens* dergestalt, daß es — als HIV — krankheitserregend wirkte.

Schon bei Auftauchen dieser Geschichte, 1985, stand aber fest: STLV-III und HIV sind einander nur entfernt ähnlich, daß das Affen-Virus als Vorfahr des HIV nicht infragekommt (umgekehrt auch nicht), wie schließlich auch Essex einräumte. (41)

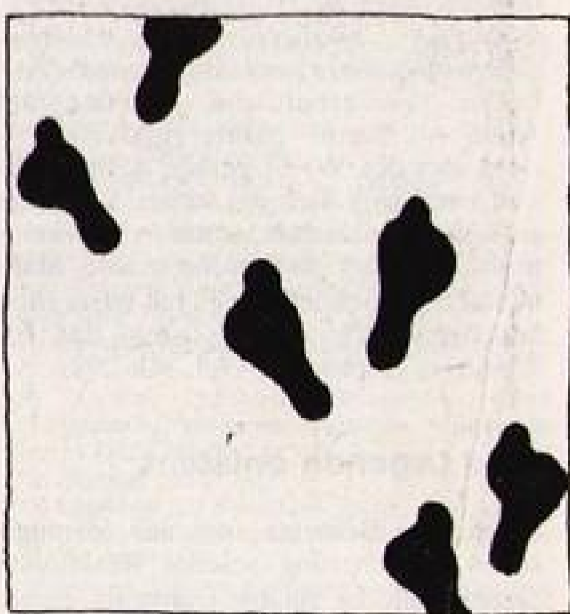
Die Vorstellung, daß sich aus dem Affen-Retrovirus das HIV entwickelt haben könnte, widerspricht, wie zumeist gesagt wird, überhaupt allen bisherigen Vorstellungen über Retroviren. (42)

Allerdings scheint hier das letzte Wort noch nicht gesprochen. Unter Laborbedingungen ist die Übertragung von Viren des Makaken-Affen (einer Rhesus-Affenart, die ursprünglich aus Asien stammt), die bei den Tieren AIDS-ähnliche Krankheiten auslösen, auf menschliche Zellen gelungen, die infiziert wurden (43). Über natürliche Lebensbedingungen sagen Labor-Verhältnisse allerdings nicht notwendigerweise etwas aus.

Bei den Makaken-Affen, deren AIDS-Virus dem HIV stark ähnelt, handelt es sich auch nicht um Tiere aus dem Urwald wie die Essex'schen Meerkatzen, sondern es sind Primaten aus US-Forschungszentren. AIDS-ähnliche Epidemien traten in zwei Primatenzentren (in Kalifornien und Massachusetts) 1969, 1976/78 und 1980 auf. Die Affen waren seit mindestens 1975 Objekte von Krebs-Experimenten gewesen. (44) Daß *so* — über Affenexperimente in den USA (im Kontext von Krebsviren-Forschung — auch in militärischen Zusammenhängen — seit den 60er und 70er Jahren) — eine Übertragung auf den Menschen denkbar wäre, ist bereits frühzeitig, 1983, in den USA selbst erwogen worden — die Parallelen zu AIDS waren nur allzu offensichtlich. (45)

Erkenntnis und Interesse

Fände die AIDS-Diskussion als publikumsferner, rein theoretischer Wissenschaftsstreit statt, hätte — bei gegebener Sachlage — eine „Afrika-Spur" schwerlich das Monopol auf Plausibilität. Da mit AIDS jedoch Politik und Geschäft gemacht wird, hat es schon Sinn, auf einer aus Unbewiesenem, Zweifelhaften und Zurechtgelegtem bestehenden Wahrheit zu bestehen und ihr den Anschein der Wissenschaftlichkeit zu verleihen. Da braucht es schon eines handfesten Dissenses mit dem etablierten Wissenschaftsbetrieb, um die „Afrika-Spur" zu bezweifeln: *„Jedoch macht auch die dauerhafteste Wiederholung Annahmen und lückenhafte Hypothesen nicht zu Tatsachen"*. (46)

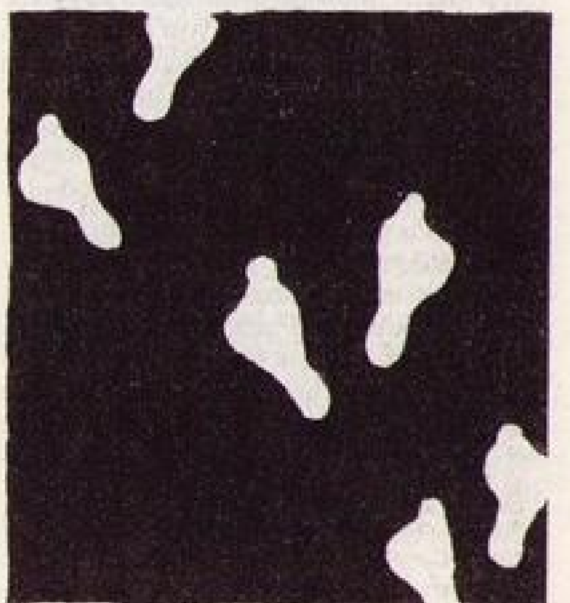


Dabei steht (um nur von diesem zu reden) der westdeutsche wissenschaftlich-politische Mainstream im ideologischen Abseits, gemessen an unabhängigen, internationalen Standards. Die weitverbreitete Studie des unabhängigen britischen „Panos-Instituts" über „AIDS und die Dritte Welt" (Ende 1986) kommt beispielsweise zu dem Schluß: *„Aufgrund nachlässig zusammengestellter*
beispielsweise zu dem Schluß: *„Aufgrund nachlässig zusammengestellter*
Zahlen haben westliche Wissenschaftler in der Vergangenheit behauptet, in Afrika habe es bereits vor mehr als zehn Jahren eine hohe AIDS-Konzentration gegeben. (...) Diese Forschungsergebnisse von vor ein paar Jahren sind längst widerlegt." (47)

Genauso sieht es die Weltgesundheitsorganisation WHO. Jonathan Mann hat sich mehrfach deutlich geäußert: *„Man wisse (...) nicht, wo die Krankheit herkomme. Vor ein paar Jahren hätten einige Forscher ‚voreilig' Vermutungen veröffentlicht, wonach der Herd in Mittelafrika liege, doch hätten sie vieles von dem inzwischen widerrufen. Viele frühere Tests reichten für allgemeine Aussagen nicht aus und hätten ein ‚falsches Bild' ergeben. Man wisse nicht einmal, wie alt AIDS eigentlich sei."* (48) Was sich sagen lasse, sei, *„daß es keinerlei seriöse Forschungsergebnisse gebe, wonach diese Krankheit ihren Ursprung in Afrika habe."* (49)

Wenn die „Afrika-Spur" dennoch weiterhin als AIDS-Wahrheit verkündet wird, lassen sich Mutmaßungen über die damit verbundenen Interessen nicht einfach wegwischen: Die „Afrika-Spur" lenkt ab von der These, AIDS könne einer

Fortsetzung nächste Seite



UdSSR-Zeitung „Sobeßednik":

OTRAG produzierte AIDS-Viren

Die Fragen sind schon längst gestellt: AIDS ein Produkt der Biowaffen-Forschung? Ein Unfall der Gentechnologie? Eine Altlast der bakteriologischen und virologischen Forschung? Aber die etablierte Wissenschaft schweigt sich aus. Die Fragen werden als unseriös tabuisiert. Gepuscht wird die Forschung am Gen. Das allein verspricht Anerkennung und gegebenenfalls Profit.

Eine neue Spur auf dem tabuisierten Gelände lieferte die sowjetische Zeitung „Sobeßednik" (Gesprächspartner), eine Zeitung des Jugendverbandes „Komsomol", in ihrer Ausgabe 52 vom Dezember '87. Eine Übersetzung des darin erschienenen Artikels „Woher kommt AIDS" erhielten wir dieser Tage: Darin wird von verdeckten Experimenten mit HIV-Viren im Auftrag der OTRAG an Eingeborenen in ZAIRE berichtet. Ein ehemalig Beteiligter packt aus. Wieder mal eine von diesen unmöglichen Möglichkeiten!

Die OTRAG, mensch wird sich erinnern, war ein deutsches Unternehmen, das in den siebziger Jahren Aufsehen erregte, weil es in Zaire Raketenforschung und Tests durchführte. Es konnte nie ganz geklärt werden, ob dies nicht in offiziellem Auftrag geschah.

Da der Artikel aber weder AutorIn noch Quellen aufdeckt, seinen Informanten zudem als Dr. Francois anonymisiert, sind seine Ausagen für uns bisher nicht nachzurecherchieren. Angesichts der herrschenden Tabuisierungspraxis und der nach wie vor entgegen allen wissenschaftlichen Grundlagen vorgenommenen Schuldzuweisung an „Afrika" scheint es uns jedoch nicht nur richtig, sondern auch wichtig, in dieser Sache jede Spur öffentlich zugänglich zu machen. Auch einige Unebenheiten der Übersetzung waren unter diesem Gesichtspunkt wohl in Kauf zu nehmen.

„Und wie gefällt Ihnen dieses Souvenir?", fragte mich an Stelle einer Begrüßung mein Gesprächspartner und zeigte mir ein kleines weißes Abzeichen in der Größe eines 5-Kopeken-Stücks mit der schwarzen Aufschrift „AIDS wird bald auch deinen Weg kreuzen". Wahrhaftig — wie ein Todesurteil für die gesamte Menschheit.

Mein Gesprächspartner — auf seine Bitte hin nennen wir ihn Dr. Francois — ist hochgewachsen, braungebrannt und akkurat. Er sieht nicht älter als 40 aus, obwohl er bereits über 50 ist. Er tritt uns lächelnd und kommunikativ entgegen. Von Beruf ist er Arzt an einer der Kliniken Algeriens vom Ministerium für Gesundheitswesen der DVA eingeladen. Nationalität? ... „Europäer", lächelt Dr. Francois. „Das ist völlig ausreichend". Nun, er hat Grund genug, sich nicht zur Schau zu stellen. Zu offensichtlich ist der Wunsch gewisser Kreise im Westen, auf schnellstem Wege selbst der Erörterung der Frage nach der Möglichkeit der künstlichen Erzeugung des AIDS-Virus für die bakteriologische Kriegsführung ein Ende zu machen.

Hiermit begann auch unser Gespräch in einem geräumigen, auf Grund der vielen Menschen an einen Bahnhof erinnernden Vestibül im Curie-Zentrum im hauptstädtischen Hospital „Mustafa". Während des kürzlich in Washington stattgefundenen 3. Internationalen AIDS-Kongresses wurde in den Ausführungen die Theorie der natürlichen Herkunft des AIDS-Virus von afrikanischen Affen begründet. Folglich wurde Afrika als Herd für die Verbreitung dieser schrecklichen Krankheit über den Planeten bezeichnet. Jedoch wurden früher in verschiedenen Artikeln in der westlichen und algerischen Presse sehr unzweideutig andere Quellen von AIDS genannt — die geheimen Laboratorien der Komplexe zur Entwicklung biologischer Waffen in den USA und in Westeuropa. Mehr noch, kam laut Presseberichten nach Afrika, wo gegenwärtig über tausend Fälle von AIDS-Erkrankungen festgestellt wurden, „die Pest des 20. Jahrhunderts" aus „zivilisierten", entwickelten, kapitalistischen Ländern durch amerikanische Seeleute und afrikanische Arbeiter, die nach Europa als Gastarbeiter gegangen waren. Wer hat nun Recht? Wo sind die Wurzeln von AIDS?

„Als Spezialist, der an den Anfängen der AIDS-Forschungen beteiligt war", sagte Dr. Francois, „bin ich der Meinung, daß die während des Washingtoner Kongresses geäußerten Meinungen recht zweifelhaft sind. Erstens sind die als „Neuentdeckung" vorgestellten HIV-II und HIV bereits früher bekannt. Davon, daß diese Viren zu 80-90 Prozent ihrer einzelnen Eiweißstoffe „Affen-AIDS" ähnlich sind, das bei den Grünen Makak, Babuin und einer Reihe anderer tropischer Affen entdeckt wurde, wissen wir mindestens seit 20 Jahren. Damals wurden im Dschungel von Zaire gerade Experimente zur Erzeugung von Mutanten der Affen-Viren abgeschlossen, die auf das Immunsystem des Menschen wirken, mit ebensolchen Charakteristika wie HIV-II und HIV. Zweitens liegt die Idee der „afrikanischen" Herkunft des Virus nach Rassismus, es wird gesagt, daß alle Übel und Krankheiten von den „schmutzigen Afrikanern" ausgehen. Außerdem ist das ein Versuch, sich vor der Verantwortung zu drücken und die Möglichkeit der Entdeckungen von Geheimnissen biologischer Militärprogramme auszuschließen, sozusagen die eigene Verantwortung auf die Natur abzuwälzen. Im übrigen möchte ich meine Gedanken erläutern.

Mit Problemen der Immunologie und benachbarter Gebiete der Genetik beschäftigte ich mich bereits seit 1967. Ich verteidigte meine Dissertation, arbeitete am Pasteur-Institut in Paris, danach in Zaire. Nach Afrika lud man mich in die Staaten ein, ich lehnte jedoch ab. Aus ideellen Erwägungen heraus, da es mir mit der Entwicklung biologischer Waffen in Zaire reichte. Und so begann Anfang der 70er Jahre in Zaire die westdeutsche
70er Jahre in Zaire die westdeutsche
OTRAG zu arbeiten. Der internationale Konzern, der Raketenwaffen herstellt, hatte eine Abteilung, die sich mit biologischen Problemen beschäftigte. Eben dorthin wurde ich zur Arbeit eingeladen, wobei man mir gutes Geld und uneingeschränkte Forschungsmöglichkeiten auf dem Gebiet meiner wissenschaftlichen Interessen versprach.

Die Konzernleitung steckte genau die Aufgaben unserer Gruppe ab: Entwicklung von für den Menschen gefährlichen Mutanten-Viren-Arten, die unter normalen Bedingungen nur Tiere befallen. Beispiel: Bereits seit einigen Jahren hat die Weltgesundheitsorganisation die früher obligatorischen Pockenimpfungen abgeschafft. Ursache: Der letzte Pockenherd war acht Jahre zuvor in Äthiopien liquidiert worden. Jedoch in Afrika gibt es die sogenannten Affenpocken, deren Erreger sich im Ergebnis der Mutation in einer Abart der Krankheitserreger beim Menschen verwandeln können, praktisch mit 100-prozentig letalem Ausgang.

Auf dieser Grundlage wurden auch die Forschungen betrieben. Von besonderem Interesse waren für uns unbekannte Viren, die von Grünen Makak und Babuin ausgesondert wurden, die dazu in der Lage sind, mit gesunden Zellen zusammenzuwachsen und sie durch schnelle Vermehrung buchstäblich in Stücke zu zerreißen. Eine ähnliche Gen-„Explosion" führte zur völligen Destabilisierung des Immunsystems, als seine Schutzelemente zu seinen Antipoden wurden und alles rings umher zerstörten. Jedoch das, was auf die Affen wirkte, erwies sich als absolut unschädlich für den Menschen. Aber die Aufgabe bestand darin, einen Mutanten für den Menschen-Mörder zu schaffen.

Wir beschäftigten uns mit Selektionen. Jedes Virus ist einem Meeresigel ähnlich, der an Stelle der Stacheln Antigene besitzt. Durch das Antigen setzt sich das Virus an der Eiweißmasse der Zelle fest und beginnt seine zerstörerische Tätigkeit. Während der Experimente mußten wir Viren entnehmen, deren Antigene dazu in der Lage gewesen wären, sich mit den menschlichen Zellen zu vereinigen. Und dem vorausgreifend möchte ich sagen, es gelang uns.

„Das heißt, sie haben AIDS entwickelt?" „Nur zum Teil. Ja, wir züchteten Viren, die in die menschliche Zelle eindrangen. Die ersten Experimente mit menschlichem Material zeigten, daß unser Virus den Organismus dazu zwingt, sich selbst zu attackieren. Die Mechanik der Einwirkung des Virus auf die Immunzelle war ähnlich als wenn normales Eiweiß aus benachbarten Zellen auf eine Zelle einwirkt, das heißt, das Immunsystem blockiert. Dieses Virus ist außerdem dazu in der Lage, auch die Immunzelle zu töten. Nichtsdestoweniger erhielten wir keine endgültigen Ergebnisse. Unter dem Anschein, gegen Cholera zu impfen, wurden die Einwohner einiger Dörfer im Dschungel von Zaire infiziert; zu einem schnellen Ergebnis, das von der Leitung gefordert wurde, konnten wir jedoch nicht gelangen. Jetzt weiß ich jedoch, daß die infizierten Menschen über Jahre hinweg leben konnten, indem sie andere infizieren, und nur unter bestimmten Bedingungen verwandelt sich die Infektion in die Krankheit. Allerdings stellten wir bereits damals fest, daß AIDS erblich übertragbar ist, uns interessierten jedoch schnelle, direkte Ergebnisse: Tod der Infizierten. Das konnten wir jedoch nicht erreichen.

Wir stellten die Forschungen als perspektivlos ein. Auf Befehl aus der Zentrale übergaben wir die Materialien den Amerikanern, bald fuhr ich nach Europa. Einige Jahre später stellte man in San Francisco AIDS fest ...

„Haben Sie kein Schuldgefühl?" „Indirekt — möglich. Die Amerikaner waren sehr an unseren Entwicklungen interessiert. Überhaupt hatte ich den Verdacht, daß die Biogruppe von OTRAG nicht für ihre Gesellschaft, sondern für das Pentagon arbeitet. Jetzt bin ich davon ganz einfach überzeugt. In unserer Gruppe arbeiteten ständig zwei Yankees als Assistenten. Häufig kamen auch Gäste aus
teten ständig zwei Yankees als Assistenten. Häufig kamen auch Gäste aus
Übersee. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie unsere Entwicklungen nutzten und sie in eine mit verzögerter Wirkung verwandelten, womit die Häftlinge der größten Gefängnisse Amerikas, in Kalifornien, infiziert wurden."

„Wie sehen Sie die Perspektive der Bekämpfung von AIDS und die Prophylaxe gegen diese Erkrankung?" „Gegenwärtig kann von einer Bekämpfung von AIDS nicht die Rede sein. Die Wissenschaftler können lediglich mit einem größeren oder kleineren Grad von Genauigkeit AIDS diagnostizieren. Um AIDS zu besiegen, sind grundlegende Veränderungen in der Immunologie, Genetik und in einer Reihe benachbarter Wissenschaften notwendig. Übrigens würde die Entdeckung eines Medikaments gegen AIDS auch die Ontologie vorwärtsbringen, denn der Mechanismus des Befalls mit AIDS ist dem des Krebses sehr ähnlich.

Prophylaxe? Zufälligen Bekanntschaften aus dem Wege gehen, Einwegspritzen oder zumindest Einwegnadeln für Injektionen oder Blutuntersuchungen nutzen, blutsaugende Insekten vernichten, „herumliegende" chirurgische Instrumente und Zahnarzttechnik sowie deren vorherige äußerst sorgfältige Sterilisation sichern: An der Luft nach thermischer Bearbeitung stirbt das AIDS-Virus nach gewisser Zeit ab. In großem Maßstab Durchführung von Tests unter der Bevölkerung, insbesondere in medizinischen Einrichtungen. Dadurch wird die Gefahr AIDS auf ein Minimum reduziert. „Ist es möglich, die „Risiko-Zone" für AIDS zu bestimmen?„ „USA — dort ist AIDS am weitesten verbreitet. Danach Westeuropa. Künftig wird AIDS am gefährlichsten für die Entwicklungsländer, insbesondere für Afrika sein: Da fehlen sanitäre Einrichtungen und ein fehlendes System der medizinischen Betreuung werden für sie verhängnisvolle Folgen haben. Diese künstlich gezüchtete Krankheit kann mühelos die Bevölkerung ganzer Kontinente ausrotten."

Dr. Francois drehte erneut das „AIDS-Abzeichen" in seinen Händen, legte es mir auf das Tischchen und wandte sich zum Abschied kopfnickend dem Ausgang zu.

IWF/Weltbank-Tagung in Westberlin:

Die Kongresse tanzen

Die 3. bundesweite Aktionskonferenz zur IWF/Verschuldungs-Kampagne einigte sich am 23./24.4.88 in Westberlin auf einen gemeinsamen Aufruf zu einer Aktionswoche anläßlich der Jahreshauptversammlungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Westberlin.

Im einzelnen ist zunächst ein Gegenkongreß unter Beteiligung eines breiten Spektrums westdeutscher Kritiker und Vertreter aus Ländern der „3. Welt" für den 23./24.9.88 geplant, auf dem sowohl Ursachen und Folgen der internationalen Schuldenkrise und der damit zusammenhängenden Ausbeutungsmechanismen zwischen Imperialismus und „3. Welt" beleuchtet als auch mögliche Lösungsstrategien diskutiert werden sollen.

Für den Sonntagvormittag (25.9.88) ruft die Aktionskonferenz dann zu einer bundesweiten Großdemonstration auf, nachdem es um den Zeitpunkt der Demonstration eine lange Kontroverse zwischen der Westberliner Anti-IWF-Koordination und vor allem Vertretern des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Gruppen (Buko) gegeben hatte. Die Westberliner Konzeption, vorgebracht im wesentlichen von der AL, der SEW und den Jusos, wollte ursprünglich erst am Sonntagnachmittag, am Abschluß des Gegenkongresses, demonstrieren, während der Buko für den Samstag plädierte, um bundesweit mobilisieren zu können. Im nunmehr ausgehandelten Kompromiß zwischen dem Buko und den „Westberlinern" wird eine Kürzung des Gegenkongresses in Kauf genommen, um den westdeutschen Teilnehmern eine Beteiligung an der Demonstration zu ermöglichen. Außerdem gestand die Westberliner Koordination den „Bundesdeutschen" eine direkte Beteiligung an den Vorbereitungen für die Demonstration zu.

Auf Einladung des Anti-IWF/Weltbank-Bündnisses führt die italienische Lelio-Basso-Stiftung vom 26. bis 29. September ein internationales Tribunal zur „Verteidigung der Rechte der Völker" durch; die lateinamerikanische Juristenvereinigung hat bereits eine dickleibige Anklageschrift gegen den IWF verfaßt, „Zeugen" aus den betroffenen Ländern der „3. Welt" sollen angehört werden, und zum Abschluß wird eine internationale Jury aus VIPs ein Urteil verkünden. Dieses internationale Tribunal ist also konzeptionell an die Russell-Tribunale angelegt, die u.a. über die Menschenrechtsverletzungen in der BRD stattgefunden haben.

Zeitlich parallel zu den offiziellen Jahrestagungen (27. bis 29. September) ruft die Aktionskonferenz außerdem zu „dezentralen Aktionen" auf.

Dieser Einigung auf eine gemeinsame Aktionswoche gegen die IWF/Weltbank-Tagungen, an denen 7.000 Bankiers, ihre 3.000 Mitarbeiter, die Notenbankchefs und Finanzminister aus 151 Ländern teilnehmen werden, gingen politische Kontroversen, Querelen und Machtrangeleien voraus, die die theoretische Uneinigkeit und Differenzen über die praktischen Zielsetzungen dieser Kampagne bloßlegten.

Seit Ort und Zeitpunkt der IWF/Weltbank-Tagungen feststanden, brach ein wahrer Boom aus: In allen Orten und Regionen veranstalten „3. Welt"-Solidaritätsgruppen, Kirchenkreise und Grün-Alternative Seminare, Veranstaltungen und Kongresse, um sich über die Zusammenhänge, Ursachen und Folgen der internationalen Schuldenkrise zu informieren. Dabei überwiegen in den Diskussionen die rein akademischen Auseinandersetzungen mit dem Thema Schuldenkrise und abstrakte Debatten über globale Lösungsstrategien, während die Möglichkeiten praktisch-politischer Solidarität mit den unterdrückten Völkern der „3. Welt" und Handlungsperspektiven gegen den „eigenen" Imperialismus kaum im Blickfeld waren.

Während über die Ursachen der internationalen Schuldenkrise und die Rolle von IWF/Weltbank noch halbwegs Einigkeit herrscht, gehen die Meinungen über die Frage nach Lösungsmöglichkeiten je nach politischem Standort weit auseinander. Das Spektrum reicht von der Möglichkeit oder Unmöglichkeit der „Reformierung" des IWF über Fragen nach partiellen oder generellen Schuldenstreichungen mit oder ohne Auflagen, mit oder ohne Revolutionen bis hin zu grün-alternativen Basteleien an einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung". Ein Teil der Autonomen grub die abstrusen Theorien von Detlef Hartmann aus der Zeitschrift „Autonomie" wieder aus, entdeckt einen „neuen Internationalismus" jenseits von

„Autonomie" wieder aus, entdeckt einen „neuen Internationalismus" jenseits von

traditioneller Arbeiterbewegung und revolutionären Befreiungsbewegungen in der „3. Welt", aber diesseits der Hungerrevolten, der „IWF-riots" in der „3. Welt" bis hin zu den „Leuten aus der Hafenstraße" und den „Kreuzberg-riots".

Der allerorten ausgebrochene Bildungshunger über die neo-kolonialen und monetären Ausbeutungsmechanismen und deren Überwindung kumuliert in gewisser Weise in den Gegenkongreß und zum Teil in das internationale Tribunal, deren Wert zweifellos darin bestehen wird, eine breite, auch internationale Gegenöffentlichkeit gegen das offizielle Finanzspektakel zu schaffen.

Auf der anderen Seite darf jedoch schon jetzt befürchtet werden, daß nach der Aktionswoche der Hunger gestillt ist und sich die „Bewegungskonjunktur" wieder anderen Themen widmen wird, weil eben kaum über konkrete Handlungsmöglichkeiten und -perspektiven diskutiert wird.

Kontrovers bleibt nach wie vor auch die Frage der Intentionen der Anti-IWF/Weltbank-Kampagne; das reformistische Spektrum von den Jusos, DKP-nahen Kräften wie der Frankfurter ASK, Grün-Alternative und Kirchenorganisationen insistiert auf einer möglichst breiten Gegenöffentlichkeit über die Medien Gegenkongreß und Tribunal, während im anderen Extrem der Buko und das autonome Spektrum auf öffentliche Proteste von der Störung bis zur „Verhinderung" der offiziellen Tagung orientieren. Dabei haben die Autonomen definitiv erklärt, sich an der Aktionswoche des „Reformspektrums" gegen die IWF-Tagung nicht zu beteiligen, sondern auf „dezentrale Aktionsformen" während und am Schluß dieser Tagung zu setzen, womit sie sich in eine gefährliche Selbstisolation begeben. Während den Autonomen/Antiimps die Aktionswoche zu „reformistisch" ist, wenngleich sie diese tolerieren wollen, ist sie anderen Kräften schon viel zu „links".

Teile der „tageszeitung" („taz") führten bereits Ende Dezember letzten Jahres Gespräche mit dem Europasprecher der Weltbank, um für den 8./9. Mai 1988 ein Symposium in Westberlin durchzuführen. Ziel war es, IWF- bzw. Weltbank-Vertreter und deren Kritiker zu einem öffentlichen Dialog zusammenzuführen, um sich direkt und „argumentativ" mit den Weltbank-Vertretern auseinanderzusetzen. Vom Westberliner Senat sollen dafür Gelder beantragt, aber nicht genehmigt worden sein. Aus Kreuzberg kam per Graffity prompt die Antwort: „Verhindert den IWF- und taz-Kongreß". Und die Anti-IWF-Gruppe der AL warf der „taz" Sektierertum vor, da die Zeitung sich nie am Anti-IWF-Bündnis beteiligt habe. Schließlich blies die „taz" das Dialog-Unternehmen von sich aus ab, zumal das „taz"-Konzept auch innerhalb der Redaktionen heftig umstritten war.

Kaum hatte sich das Problem von selbst erledigt, sprangen Teile der nicht immer auf der Höhe der Zeit agierenden Abgeordnetenhaus-Fraktionäre der AL-Westberlin in die Bresche und propagierten ihrerseits den öffentlichen Dialog zwischen IWF/Weltbank und seinen Kritikern. Diesen Dialog, den die Parlamentarier lieber als „argumentative Konfrontation" verstanden wissen wollen, begründen sie u.a. damit, von „einfachen Feindbildern" Abschied zu nehmen und sich eine „differenzierte" Sichtweise zu eigen zu machen. Dazu gehört dann offenbar auch, sich in gleichem Atemzug von den Militanten abzusetzen, für die im Anti-IWF-Bündnis „kein Platz" sei.

Abgesehen davon, daß die Autonomen/Antiimps von sich aus erklärten, gar kein Bestandteil in diesem Bündnis sein zu wollen, besteht die eigentliche Kontroverse letztlich darin, ob IWF und Weltbank als Diskussionspartner hoffähig gemacht, oder aber ob die beiden internationalen Finanzinstrumentarien der führenden imperialistischen Staaten öffentlich an den Pranger gestellt gehören, weil sie die am Schuldentropf hängenden Länder der „3. Welt" mit „Auflagen" oder „Strukturanpassungsdarlehen" zum nahezu vollständigen Aderlaß zwingen. Nachdem die „taz" schon anläßlich des Westberlin-Besuchs Ronald Reagans im vergangenen Jahr diesen als friedliebenden Menschen einordnete und gegen die damalige Demonstration polemisierte, wird von Kräften aus der „taz" und der AL nun diese Linie der Anpassung an und Unterordnung unter die herrschenden Verhältnisse fortgesetzt: statt Protest und Anklage lieber postmoderne „Diskurse" mit den Repräsentanten dieser imperialistischen Instrumentarien.



Foto: H. Wojahn

Berlin mit Auflagen...

Vollkommen verrückt werden solche Dialogstrategien dann, wenn mensch die *innenpolitischen* Dimensionen des Finanzspektakels miteinbezieht.

Bundesregierung, Deutsche Bundesbank und Westberliner Senat lassen sich die Jahreshauptversammlungen rund 30 Millionen DM kosten, rund 120.000 DM kommen für offizielle Regierungspropaganda noch hinzu.

Im ideologischen Bereich hatten das Entwicklungshilfeministerium und der Westberliner Senat schon frühzeitig Druck auf die Kirchen ausgeübt, ihre Aktivitäten aus Anlaß der offiziellen Tagungen nicht im September durchzuführen.

Und tatsächlich planen die Kirchen nun für den 21. bis 24. August ein „ökumenisches Hearing" mit Mitgliedern des Zentralausschusses des Weltkirchenrates und weiteren 20 kirchlichen Gruppen aus der BRD und Westberlin. Getragen wird dieses Hearing, auf dem Betroffene aus der „3. Welt" ebenso zu Wort kommen sollen wie die Verantwortlichen aus den Metropolen, unter anderem von Aktion Sühnezeichen, der evangelischen Jugend, Ohne Rüstung leben und Pax Christi.

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung wirbt für die IWF/Weltbank-Tagungen mit einem bunten Faltblatt, in dem die Aufgaben von IWF und Weltbank in den rosigsten Farben ausgemalt werden.

Das Hauptaugenmerk für diese Tagungen gilt jedoch den „Sicherheits"-Aspekten; amerikanische Banker fragten den Westberliner Senator Rexrodt bei dessen USA-Besuch bereits sorgenvoll nach der Sicherheit, weil nicht nur sie noch die Randale während des letztjährigen Reagan-Besuchs in Westberlin am 12. Juni vor Augen hatten.

Nicht zu unrecht gehen die Linken und Grün-Alternativen davon aus, daß die polizeistaatlichen Maßnahmen des Senats und der Bundesregierung für eine reibungslose Durchführung der Jahrestagungen die letztjährigen Maßnahmen, wie die Abriegelung des Stadtteils Kreuzberg, die massiven Polizeieinsätze, den Kessel auf dem Kudamm und zahlreiche Verhaftungen, noch in den Schatten stellen werden.

Schließlich geht es nicht nur um den Schutz eines Präsidenten, sondern um 10.000 Bankiers, Finanzminister plus Notenbankchefs. Die Fahrtrouten der Bankiers von ihren Hotels zum Internationalen Congreß-Centrum (ICC) müssen ebenso gesichert werden wie die Verkehrswege von der Hauptstadt der DDR aus, deren Luxushotels ebenfalls bereits ausgebucht sind. Die DDR will den Bankiers 40 Luxuslimousinen, zum Teil schußsicher, für den Transfer zur Verfügung stellen. Da einige Bankiers in der BRD zu wohnen wünschen , muß auch die Strecke des Flughafens Tegel zum ICC ständig polizeilich gesichert werden.

Schon allein aus den Transportproblemen ließe sich eine sehr weitreichende Abriegelung von Bezirken oder Teilen davon begründen. Damit kündige sich „eine schwere Herausforderung für die innere Sicherheit" an, meldet das „Handelsblatt", zumal die „linksextremistische und terroristische Szene ... ein neues Reizthema gefunden" habe, läßt die Zeitung den Präsidenten des Stuttgarter Landesamtes für Verfassungsschutz zu Wort kommen. Es müsse mit „erheblicher Agitation, mit Störungen und auch mit Anschlägen gerechnet" werden, heißt es weiter. Und dem „Berliner Senat liegt im Vorwahljahr daran, eine Wiederholung der Krawalle beim Besuch Präsident Reagans nach Kräften zu vermeiden".

Und um nichts anderes als um eine gezielte Provokation handelt es sich, wenn sich ausgerechnet Franz-Josef Strauß für den 9. September in Westberlin ankündigt, um vor den Vertriebenen zu sprechen. Offensichtlich will die Polizei die Szene schon vorbeugend kriminalisieren, um Ende September für Ruhe zu sorgen. In der Linken wird daher allgemein davon ausgegangen, daß in den Tagen der Jahreshauptversammlungen faktisch der Ausnahmezustand herrscht; Demonstrationen werden verboten, selbst kleinste öffentliche Regungen von den Polizei- und Staatsschutzkräften im Keim unterbunden. Wurden während des letztjährigen Reagan-Besuchs schon über 1.000 Polizisten aus der BRD nach Westberlin beordert, dürften es dieses Mal noch erheblich mehr sein.

Angesichts eines zu erwartenden politisch-polizeistaatlichen Ausnahmezustands gemäß den „Sicherheits"auflagen des IWF sind — mit Ausnahme des internationalen Tribunals — alle Protestaktionen gegen die Jahrestagungen gefährdet. Die Universitäten verweigern die Raumvergabe für den Gegenkongreß, so daß auf private Veranstaltungssäle zurückgegriffen werden müßte, die Großdemonstration könnte ebenso verboten werden, weil die G-7-Staaten sich bereits vor der offiziellen Tagung einfinden, und während des Finanzspektakels soll ohnehin Friedhofsruhe herrschen.

Vielleicht werden es *diese* speziellen IWF-Auflagen sein, die die kommenden Diskussionen beherrschen.

D./Westberlin

Fortsetzung von vorheriger Seite



Panne der Gen-Technologie anzulasten sein (50); sie lenkt natürlich ebenso von der eher kriminalistischen Vermutung ab,

sein (50); sie lenkt natürlich ebenso von der eher kriminalistischen Vermutung ab,

AIDS sei in CIA/Militär-Labors entstanden. Die Suche nach einem natürlichen/biologischen Ursprung — möglichst weit in der Vergangenheit — verdeckt aber auch ganz andere Problemkomplexe, die sich aus der Frage ergeben, weshalb AIDS gerade seit Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre auftritt. Einer Vielzahl kombinierter gesellschaftlicher, politischer, psychologischer und medizinischer Faktoren wäre nachzugehen — gleich ob auf die USA, auf Afrika oder sonstwo bezogen —, um zu vernünftigen Erkenntnissen zu gelangen. Dem insgeheimen — oder auch ganz offenen — Rassismus, den die „Afrika-Spur" transportiert, wäre dies schließlich auch abträglich.

R. Antifa-Kommission, Hamburg

Anmerkungen:

1) FR, 23.3.88
2) Vgl. zur Medien-Aufbereitung allgemein: Frank Rühmann, „AIDS. Eine Krankheit und ihre Folgen", Frankfurt 1985
3) Robert C. Gallo, „HTLV-I: das erste menschliche Retrovirus", Spektrum der Wissenschaft 2/87
4) Solche Geschichten gehören in den Bereich der Medizin-Legenden, wie sie sich beispielhaft um die Pest ranken, mit der AIDS ja gern verglichen wird. Eine Story weiß, mit genauer Orts- und Jahresangabe, von pestverseuchten Kadavern zu berichten, die Mongolen als Kriegslist über die Mauern einer belagerten Stadt am Schwarzen Meer warfen; Flüchtlinge brachten die Pest dann nach Europa ... Nach anderer Version haben habgierige asiatische Pelzhändler pestverseuchte Murmeltierfelle in Astrachan vertrieben, was die Pest dann nach Europa brachte ... Weder über Herkunft, Verbreitung, An- und Abschwellen der Epidemien, noch über das (relative) Verschwinden aus Europa besteht Klarheit. — Siehe Linda Bullard, „Die neuen lebenden Waffen" (Anm. 5) und Colin McEvedy, „Die Pest", Spektrum der Wissenschaft 4/88
5) Siehe vor allem: Booby Hatch, „AIDS. Unfall, Zufall oder unzufällig?", Wechselwirkung 23/Nov. 84 und ders., „AIDS. Eine ‚Altlast' der Forschung?", Wechselwirkung 27/Nov. 85, sowie verschiedene Zuschriften zu diesen Artikeln. Der zweite Aufsatz jetzt auch in: Kuno Kruse (Hrsg.), „AIDS. Erreger aus dem Genlabor?", Westberlin 1987.
6) Die Analyse wurde (lt. WoZ, 27.2.87) zuerst im Mai 86 an der Universität Tel Aviv vorgetragen. Im Februar 87 veröffentlichte die „taz" ein Interview zwischen Stefan Heym und Jakob Segal, jetzt abgedruckt in Kruse (Anm. 5). Dort ist auch die ausgearbeitete Fassung der Analyse nachzulesen: Jakob und Lilli Segal, „AIDS — Natur und Ursprung", S. 79-127. — Eine Darstellung der damaligen Diskussion in AK 280, 9.3.87.
7) S. 118 (Anm. 6).
8) Die Zeit, 5.12.86
9) Reiner Lammers in: Wechselwirkung 26/Aug. 85 — Vgl. auch die Stellungnahme des Vizepräsidenten für die Biowissenschaften der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Prof. Thauer (Wechselwirkung 31/Nov. 86)
10) FR, 19.9.87
11) Regine Kollek, „Das Undenkbare denken. Die Entstehungsgeschichte von AIDS", Wechselwirkung 36/Feb. 88
12) Friedrich Hoffmann-Valentin, „AIDS. Gefahren — Schutz — Vorsorge", Bergisch Gladbach 1986, S. 23. — Ein „Bastei-Lübbe-Taschenbuch"!
13) Eine kritische Diskussion der „AIDS-Explosion" in Afrika nehmen die Segals vor (Anm. 6); Material bietet die Zusammenstellung des Londoner „Panos-Instituts" („AIDS and the Third World", Nov. 86) — davon eine Zusammenfassung in der „taz", 28.11.86. — Anfang 1987 erklärte WHO-Direktor Mann zur Frage genauer Zahlenangaben, man wisse „eigentlich gar nichts". (FAZ, 16.3.87)
14) Booby Hatch in: Wechselwirkung 23/Nov. 84 (Anm. 5)
15) ebd.
16) ders. in: Wechselwirkung 27/Nov. 85
17) Segal u. Segal, S. 106 (Anm. 6)
18) Basler Zeitung, 31.3.87
19) Der „stern" (23.4.87): „Mombasa ist die größte Hafenstadt an der afrikanischen Ostküste. Hier gab es Prostitution bereits lange bevor sich Touristen für ein sexuelles Abenteuer einfliegen ließen. Wenn Flottenverbände anlegen, vor allem wenn die Flugzeugträger der US-Marine samt Begleitschiffen bis zu 12.000 Matrosen ausspucken, (...) künden ostafrikanische Zeitungen schon lange vorher von ihrem Besuch. Frauen aus dem 500 Kilometer entfernten Nairobi,

gen schon lange vorher von ihrem Besuch. Frauen aus dem 500 Kilometer entfernten Nairobi,

selbst aus Tansania, Uganda und Somalia machen sich dann auf den Weg. Zehn- bis fünfzehntausend Frauen verdienen in einer solchen Woche (...) ihr Geld (...). Das war zuletzt im November (1986) so, als der US-Flugzeugträger Carl Vinson eine Woche in Mombasa lag."
20) Veröffentlicht in „Lancet", 23.4.83
21) Bericht des US-Nachrichtenmagazin „Newsweek" lt. Basler Zeitung, 17.11.87
22) S. 106 (Anm. 6)
23) FAZ, 29.1.87
24) Kurt Krickler, „AIDS — Mythen und Wirklichkeit. Das Geschäft mit einer neuen Krankheit", Die Alternative (Österreich) 3/87
25) Spiegel 11/87
26) Krickler (Anm. 24)
27) Spiegel 12/87
28) FR, 1.2.87
29) FAZ, 21.3.87; SZ, 28.2.87; FR, 23.12.86; Spiegel 11/87; Segal u. Segal, S. 96 (Anm. 6)
30) Neuerdings wird erwogen, ob, unter der der Annahme, das AIDS-Virus sei in harmloser Form bereits verbreitet gewesen, Pockenschutzimpfungen die Krankheit ausgelöst haben könnten, wie sie von der WHO weltweit — und besonders in Zentralafrika und Brasilien — betrieben wurden. Denkbar wäre auch, daß der Pockenimpfstoff selbst das HIV-Virus verbreitet haben könnte. Zeitlich böte diese Überlegung zwar eine Erklärung für das Auftreten von AIDS an, wieso aber z.B. in USA zunächst nur bestimmte (männliche) Bevölkerungsteile betroffen waren, bleibt dann rätselhaft. — Siehe The Times, London, 11.5.87, lt. Kollek (Anm. 11).
31) Segal u. Segal, S. 52 (Anm. 6)
32) ebd., S. 112
33) Booby Hatch in: Wechselwirkung 28/Feb. 86 (Anm. 5)
34) Die Zeit, 5.12.86
35) Siegbert Setsevits in: Wechselwirkung 35/Nov. 87
36) ebd.
37) Interview mit Kuno Kruse („Gentechnologie — eine Nachahmung der Natur"), zuerst in der „taz", jetzt in Kruse (Anm. 5), S. 31.
38) So im Bastei-Lübbe-Taschenbuch, S. 30/31 (Anm. 12)
39) Siehe die Analyse der Segals, S. 100 ff. (Anm. 6)
40) Bei der Übertragung auf Makaken zeigten *diese* AIDS-ähnliche Erkrankungen (lt. John Collins, siehe Regine Kollek u.a. (Hrsg.), „Die ungeklärten Gefahrenpotentiale der Gentechnologie. Dok. öff. Fachsymp. 7.-9. März 86 in Heidelberg", München 1986, S. 90
41) Vgl. Segal u. Segal, S. 103 (Anm. 6)
42) So Kollek in „Gefahrenpotentiale" (Anm. 40); ebenso Prof. Graf und Prof. zur Hausen in: Wechselwirkung 26/Aug. 85.
43) Booby Hatch in: Wechselwirkung 23/Nov. 84 (Anm. 5)
44) ders., Wechselwirkung 27/Nov. 85
45) Setsevits (Anm. 35)
46) Kollek (Anm. 11) — Regine Kollek arbeitete bis 84 am Heinrich-Pette-Institut für Virologie, Hamburg; jetzt u.a. für die „Grünen" an der Enquête-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie"
47) „taz", 28.11.86 (Anm. 13)
48) FAZ, 16.3.87
49) FR, 13.3.87
50) Vgl. Anm. 5 und Anm. 35; jetzt auch Jörg Albrecht („AIDS-Mäuse und Schlimmeres. Die Genforschung ist zu riskant geworden") und Christine Grefe („Ein Gen-GAU in Paris? Rätselhafte Todesfälle am Institut Pasteur"), Die Zeit, 1.4.88.

„Die Zukunft gehört dem Bolschewismus“*

Freiheit der Andersdenkenden — Sozialismus und Demokratie

Würde man Rosa Luxemburg so zitieren, wie in der Überschrift, man hätte ihre politische Position in etwa so präzise getroffen, wie im allseits bekannten Zitat *„Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden“*. Beide Zitate stammen aus ihrem weniger bekannten Text „Zur russischen Revolution“, den sie im Herbst 1918 — als Gegnerin des deutschen Krieges — im Gefängnis geschrieben hat. Sie sind nicht falsch, geben dennoch ihre Position nicht authentisch wieder, wie das Verkürzungen so an sich haben. Die Methode, Rosa Luxemburg so zu zitieren, ist so alt, wie Rosa Luxemburg nicht mehr am Leben ist. Die DDR-Opposition, die dem Freiheit-Spruch wieder zu neuer Popularität verhalf, verfolgt nur zu einem kleinen Teil mit dem Tragen der Luxemburg-Parole das Anliegen der Urheberin des Zitats: Die Verwirklichung von Demokratie im Sozialismus. Ihr Anliegen wird von all jenen verdrängt, die sich des wohlklingenden Freiheitszitats bedienen, um ihr Glück nicht in der sozialistischen Demokratie, sondern im kapitalistischen Westen zu suchen.

Die wenigsten, die hierzulande die Freiheit der Andersdenkenden zitieren, kennen von den politischen Positionen der radikalen Sozialistin Rosa Luxemburg mehr als diesen Satz. So ist es für Sozialisten und Kommunisten immer wieder ärgerlich, seit dem Jahre 1980 Wahlplakate der Grünen mit just diesem Zitat und wehenden Fahnen — grünen Fahnen! — zu erblicken, obwohl diese Partei den Sozialismus maximal als (unausgegorene) ökosozialistische Minderheitsposition duldet. Auch hier liegt der Zweck des Plakates nicht in der Verehrung und Aktualisierung der Revolutionärin Rosa Luxemburg, sondern in demonstrativer Abgrenzung von der DKP, um

Zweck des Plakates nicht in der Verehrung und Aktualisierung der Revolutionärin Rosa Luxemburg, sondern in demonstrativer Abgrenzung von der DKP, um

möglichen Vorbehalten, die Grünen könnten eine Linkspartei Moskauer Zuschnitts sein (das Plakat wurde vor Gorbatschow kreiert) schon im Vorfeld zu begegnen.

Sozialdemokratische Interpretation: Scharrer/TAZ

In der „taz“ wissen mindestens zwei Leute ganz genau, in welchem politischen Kontext Rosas Freiheit steht. Das ist zum einen der Historiker Manfred Scharrer, lange Jahre Redakteur der westberliner Zeitschrift „Langer Marsch“ (die nicht den langen Marsch Maos, sondern den durch die Institutionen meinte, wie man an ihren Redakteuren nachvollziehen kann). Das ist zum anderen jener verantwortliche „taz“-Redakteur, der zum drittenmal innerhalb von elf Monaten dafür sorgte, daß Scharrer am Sujet Rosa Luxemburg vor allem eine Botschaft gezielt unter die linke „taz“-Leserschaft tragen konnte: Mit ihrer Forderung nach Rätedemokratie statt Nationalversammlung in der Novemberrevolution 1918 habe Rosa Luxemburg nicht nur ihren Text „Die russische Revolution“ mit der Freiheit der Andersdenkenden verraten, sondern auch *„einen grundsätzlichen Bruch mit der demokratischen Tradition der sozialistischen deutschen Arbeiterbewegung“* begangen. *„Ihre Forderung nach einer politischen Klassendiktatur stellte die Spaltung der Arbeiterbewegung auf eine völlig neue programmatische Grundlage. Diese Spaltung, deren organisatorische Konsequenz die Gründung der KPD Ende 1918 war, begann erst jetzt unversöhnlich zu werden.“* (1) Elf Monate zuvor hatte Scharrer die gleichen Argumente mit zum Teil identischen Formulierungen ebenfalls in der „taz“ untergebracht. (2) In seinem Buch zum Thema wird er noch deutlicher, indem er nicht die proimperialistische Kriegshaltung der Mehrheits-SPD zum entscheidenden Anlaß der Spaltung erklärt, sondern die Orientierung auf die Rätedemokratie durch Spartakus, das mit Rosa Luxemburgs „Wendung“ *„alle Hoffnungen* (wessen?) *nach Kriegsende wieder zur alten Einheit zurückkehren zu können, zunichte machte.“* (3) Scharrer und die entsprechenden „taz“-Veröffentlichungen betreiben einerseits die Reinwaschung der SPD von ihrem schlimmen Versagen 1914 und starten andererseits unter dem Vorwand der Kritik am Vorgehen der DDR-Bürokratie einen Angriff auf jegliche linkssozialistische oder kommunistische Orientierung.

Im Falle der breitgetretenen Luxemburg-Interpretation in der „taz“ konnte nicht einmal die Abgrenzung nach rechts gelingen, um die antilinken Attacken zu kaschieren. Sicher ist der folgende Vorgang allein noch kein Argument, aber ein Indiz: Zum erstenmal in der zeitlichen Gemeinsamkeit von „taz“ und IG Bergbau kam erstere bei zweiter zu Ehren. Das grüne und rotgetarnte „Kampfblatt“ — so die normale Sicht der IG Bergbau — erteilte die „freundliche Genehmigung“ zum Nachdruck eines „taz“-Kommentars von Scharrer (2.2.88) (4) in der „einheit“ (für die Scharrer im übrigen in Fragen der Geschichte der Arbeiterbewegung des öfteren schreibt.) Die DDR, Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden das Thema. *„Die Erinnerung an die ‚ganze‘ Rosa Luxemburg wollten die SED-Gralshüter auch diesmal nicht zulassen“*, empörte sich das — nach eigenem Verständnis —antikommunistische Kampfblatt der bundesdeutschen Gewerkschaften. (5) Was so besorgt um Rosas Nachlaß daherkommt, hat nur den Zweck, gegen die DDR zu hetzen. Zwar ist der Historiker Scharrer bemüht, der DDR Rosas Freiheit um die Ohren zu hauen und den DDR-Historikern Fälschung ihres Andenkens vorzuwerfen (6). Doch fälscht er selbst die Geschichte, um den „größeren Teil“ von Rosa Luxemburg posthum mit der SPD von Weimar oder gar der von Schmidt, Vogel oder Lafontaine zu versöhnen. Andererseits erschien ihm Rosas volle Vereinnahmung wohl doch zu happig. Daher macht er sie nicht nur für den programmatischen Bruch an der Demokratiefrage verantwortlich, sondern dichtet ihr in den Auseinandersetzungen um die Novemberrevolution und den Januaraufstand 1919 (im Berliner Zeitungsviertel) *„Sturheit und Verblendung“* an. Urteil Scharrers über die „ganze“ Rosa Luxemburg: *„Es fällt also nicht leicht, Rosa Luxemburg das Prädikat demokratisch zu verleihen, die SED nimmt sie nicht grundlos in ihre Ahnenreihe auf.“* (7)

DDR-Interpretation

DDR-Interpretation

Das stimmt traditionsgeschichtlich sicher. Trotzdem hat Rosa Luxemburg es nicht verdient, daß eine Aktion wie die der Opposition am 17. Januar auf der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration von DDR-Funktionären als *„verwerflich wie eine Gotteslästerung“* angegriffen wird. Es ist schlicht Verdummung (mit langer Tradition), wenn in der Diskussion um den umstrittenen Text zur russischen Revolution der DDR-Professor Kamnitzer lapidar feststellt: *„Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sowie der Aufstieg des Adolf Hitler lieferten den grausamen Beweis, was die allgemeine Freiheit der Andersdenkenden uns bescheren konnte.“* (8) Das war mitnichten ihr Anliegen, sondern sie kritisierte an den Bolschewiki ihre Regierungspraxis im Umgang mit den Andersdenkenden aus der politischen Opposition gegen den Zarismus. Sie forderte, wie Mao sagen würde, die Unterscheidung zwischen Widersprüchen im Volke und denen mit dem Feind. De facto diffamiert der um den richtigen Glauben besorgte Professor Rosa Luxemburg, wenn er ihr die Naivität unterschiebt, die Freiheit des Andersdenkenden als Freiheit für Faschisten und politische Mörder definiert zu haben. Er steht mit seinem Bannfluch gegen die, die sich auf Rosa Luxemburg berufen, in einer Interpretations-Tradition von KPD und SED, die ihre Wurzeln im Ringen um die Vereinnahmung des Erbes Rosa Luxemburgs zwischen SPD und dem linken Flügel der Arbeiterbewegung nach Rosas Ermordung 1919 hat.

Man findet in den Werken Rosa Luxemburgs, Äußerungen, die zur Zementierung bestehender Zustände benutzt werden, wie es die DDR-Historikerin und Luxemburg-Biographin (9) Annelies Laschitza macht: *„Es ging in der proletarischen Revolution 1917 nicht mehr um die Sicherung der bürgerlichen Demokratie, sondern um die Diktatur des Proletariats zum Zwecke der Verwirklichung des Sozialismus, und das war für Rosa Luxemburg identisch mit sozialistischer Demokratie.“* (10) Rosa Luxemburg hat diese Identität von sozialistischer Demokratie mit der Diktatur des Proletariats allerdings in Abgrenzung zu den Bolschewiki entwickelt (siehe weiter unten). Laschitza bewegt sich mit solcherart Verkürzung haarscharf an Rosas Anliegen vorbei. Da reicht auch die nachgeschobene Definition nicht aus, daß die Demokratie unter der Diktatur des Proletariats nur so weit zu entwickeln sei, *„wie es die konkrete Klassenkräftesituation erlaubt“*, und wieweit demokratische Rechte *„nicht durch die Konterrevolution mißbraucht, bzw. umfunktioniert werden können.“*

Rosa Luxemburg hat die Frage der Demokratie im Sozialismus aus Anlaß der russischen Revolution viel grundsätzlicher aufgeworfen. Sie hat ihre Position im Verlaufe ihrer Auseinandersetzung damit und unter dem Eindruck der November- und Januarereignisse in Deutschland 1918/19 konkretisiert. Sie entwickelte dabei ein anderes Verständnis für die konkrete Situation des Klassenkampfs in Rußland und für die Schwierigkeiten beim sozialistischen Aufbau. Doch es blieb eine politische Differenz zu den Bolschewiki.

Man muß ihr daher reichlich Gewalt antun, wenn man — wie es bei der DDR-Geschichtsschreibung der Fall ist — vor allem bemüht ist, die Identität ihrer Anschauungen mit denen Lenins herauszustellen und die Widersprüche bis zur Vernachlässigung zu verniedlichen: *„Die Auffassung von Rosa Luxemburg und W.I. Lenin über den Sozialismus war im Wesen einheitlich (…) Rosa Luxemburg nahm also keine autonome, außerhalb der Tradition des Marxismus-Leninismus stehende Position innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung ein“*, heißt es ex cathedra im Vorwort des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED zu den Gesammelten Werken Rosa Luxemburgs. (11) Gemeint ist: Was 1917 und 1918 in Rußland richtig war, das war 1918 in Deutschland genauso richtig und ist es 1988 in der DDR immer noch. Es ist diese dogmatische Erstarrung, die die real-existierende DDR so weit entfernt vom le-



Clara Zetkin und Rosa Luxemburg beim SPD-Parteitag 1910

bendigen Geist eines Lenin oder einer Rosa Luxemburg erscheinen läßt, und der DDR solche Probleme im Umgang mit der Freiheit des Andersdenkenden bzw. den Differenzen in der kommunistischen Bewegung bereitet.

„Halbmenschewistischer Luxemburgismus“

Bis zum 20. Parteitag in der UDSSR („Entstalinisierung“ unter Chruschtschow 1956) galt als offizielle Luxemburg-Biografie in der DDR und für die Nachkriegs-KPD „Eine kritische biographische Skizze“ von Fred Oelßner (12), die noch stark von der Linie der Warnung vor dem „Luxemburgismus“ beeinflußt war (nach dem 20. Parteitag verschwand das Buch in der Versenkung). Bei aller Verehrung für Rosa Luxemburg, schrieb Oelßner in der Einleitung, dürfe nicht vergessen werden, daß *„auch ihre Irrtümer und Fehler, die die deutsche Arbeiterklasse auf falsche Bahnen lenkten, groß waren. Wir dürfen vor allem die Augen vor der Tatsache nicht verschließen, daß es sich nicht um einzelne Fehler handelt, sondern um ein ganzes System falscher Auffassungen (den ‚Luxemburgismus‘). Diese Auffassungen waren eine der entscheidenden Ursachen für die Niederlagen der KPD nach ihrer Gründung, für die Verfälschung der Rolle der Partei durch die Brandleristen, für die Unterschätzung der nationalen Frage und der Bauernfrage, die trotz der Bemühungen Enrst Thälmanns nicht über wunden wurde.“* (13). Auch wenn das Buch aus dem Verkehr gezogen ist, dürfte 1988 DDR-Professor Kamnitzer von Oelßners Wertung der „Freiheit des Andersdenkenden“ als *„gefährliches Wort“* inspiriert worden sein, das —so Oelßner — *„Freiheit für die Konterrevolution“* bedeutet (14). Dieser *„Luxemburgismus, der nichts anderes als eine Abart des Sozialdemokratismus darstellt“* (15), stand *„lange Zeit dem Eindringen des Leninismus in die deutsche Arbeiterbewegung im Wege“* (16).

Oelßners Biographie von Rosa Luxemburg steht in der Tradtion einer seit Anfang der dreißiger Jahre offiziell gewordenen Luxemburg-Wertung in der KPD. Sie geht zurück auf einen Brief Stalins an die Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija“ („Proletarische Revolution“) *„Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus“* aus dem Jahre 1931, in dem er u.a. das von Rosa Luxemburg (und anderen) ersonnene *„utopische und halbmenschewistische Schema, das der permanenten Revolution (ein Zerrbild des Marxschen Revolutionsschemas)“* verurteilte, das *„im weiteren von Trotzki (teilweise von Martow) aufgegriffen und zu einer Waffe des Kampfes gegen den Leninismus“* gemacht wurde (17). Der Vorwurf der Nähe zum Trotzkismus war der schärfste Bannfluch gegen eine politische Position in der inneren Auseinandersetzung der KPs.

KPD-Vorsitzender Ernst Thälmann griff am 19. Februar 1932 in einer Rede *„die wegweisende Bedeutung des Briefes des Genossen Stalin an die Zeitschrift ‚Proletarische Revolution‘*, auf, die er als *„eine außerordentlich entscheidende und wegweisende Direktive“* in die Parteidiskussion einführte. (18) Der *„schärfste Kampf gegen die Überreste des Luxemburgismus“* wurde zur Parteiaufgabe, da *„jeder Überrest des Luxemburgismus niemals eine Brücke zum Marxismus-Leninismus bilden“* könne, *„sondern stets einen Übergang zum Sozialfaschismus, zur Ideologie der Bourgeoisie, wie wir es am besten bei den Brandleristen sehen.“* (18a)

Erst fünfzehn Jahre nach dem 20. Parteitag der KPdSU erschien in der DDR eine neue Luxemburg-Biographie. Die Autoren Radczun/Laschitza üben bei der Darstellung der Differenzen zwischen Rosa Luxemburg und Lenin eine wesentlich moderatere Kritik. Der „Luxemburgismus als System“ fehlt, die „Freiheit des Andersdenkenden“ wird nur einmal als in der Novemberrevolution geplatzte „Illusion“ erwähnt (19). In der Textwidergabe der Gesammelten Werke ist das berühmte Zitat als kleingedruckte Fußnote mit dem Hinweis versehen: *„Bemerkung am linken Rand ohne Einordnungshinweis“ (20), ein Verfahren, das* (den Scharrer schäumen läßt) *in dem Text, dem Fragment-Charakter des Manuskripts entsprechend, mehrfach angewandt wurde. Allerdings hat sich die Diskussionsmethode nur insoweit gewandelt, daß bei der Bewertung von „Abweichungen“ die Differenzen eher verniedlicht und die Gemeinsamkeiten höherbewertet werden. „Die Erkenntnisschranke, die sich in dem Manuskript ‚Die russische Revolution‘ zeigt, ist ein aus historischen Bedingungen erwachsener subjektiver Mangel an theoretischem Erkennen grundlegender Gesetzmäßigkeiten der Ablösung der alten, kapitalistischen durch die neue, sozialistische Gesellschaft“*, lautet die neue Erklärung. (21)

Kleiner Exkurs: Erfurter Programm der SPD

Ein anderes Kapitel ist die sozialdemokratische Luxemburg-Rezeption, in deren Tradition „taz“- und „einheit“-Autor Scharrer den rechten Flügel bildet. Nach seiner Version sind Rosa Luxemburg und der Spartakusbund schuld an der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, damit in der Folge auch am Sieg des Faschismus. In ihrer Schrift „Zur russischen Revolution“ hatte Rosa Luxemburg noch die Auflösung der Konstituante durch die Bolschewiki im Januar 1918 kritisiert und „Sowjets plus Konstituante“ gefordert. Nach der erzwungenen Abdankung des Kaisers und der spontanen Bewegung der Soldaten und Arbeiter im November, die Räte gebildet hatten,

wegung der Soldaten und Arbeiter im November, die Räte gebildet hatten,

sah Spartakus in der Forderung nach schnellststmöglicher Wahl einer Nationalversammlung ein sozialdemokratisches Manöver zur Regulierung der Aufstände und Errichtung einer bürgerlichen Parlamentsherrschaft ohne die revolutionären Teile der Arbeiterklasse. Mit Sicherheit strahlte das Beispiel der russischen Oktoberrevolution auf die Polemik gegen die Nationalversammlung (22) und die Forderung nach Rätedemokratie auf Deutschland ebenso aus, wie die Enttäuschung über den Verrat der SPD an der revolutionären Zielsetzung der marxistischen Arbeiterbewegung.

Scharrer sieht in der Forderung „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!“ den Bruch mit gemeinsam in der SPD getragenen Prinzipien. Rosa Luxemburg habe sich von den republikanischen Grundsätzen des Erfurter Programms der SPD aus dem Jahre 1891 getrennt. Der von ihm gemeinte Kernsatz gegen die Diktatur des Proletariats lautet dort: *„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, und für gleiche Rechte und Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von dieser Anschauung ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder Rasse.“* (23)

Der letzte Satz, der *Schutz jeder Klasse*, ist den sozialdemokratischen Nachfolgern Beleg für die programmatische Abfuhr der noch marxistischen Sozialdemokratie für die Diktatur des Proletariats, die die *Unterdrückung der herrschenden Klasse* zur Voraussetzung hat. Nun fällt zwar auf, daß in dem Programm diese Forderungen auf die „heutige Gesellschaft“ bezogen sind, doch bleibt es nach mehreren Seiten hin interpretierbar, weil die Frage der Erringung der Herrschaft des Proletariats gar nicht diskutiert worden ist (und in der Folge in der SPD mehrheitlich auf dem Wege parlamentarischer Mehrheiten erwartet wurde). Friedrich Engels hat in einer Kritik dieses Programms darauf hingewiesen, daß die Forderungen des Erfurter Programms geeignet sein können, die „Hauptsache“ durchzusetzen, die Herrschaft des Proletariats. Daß sein Fehler allerdings sei, von der „Hauptsache“ gar nicht zu reden. Sicher sei das damals unter den Bedingungen gerade errungener Legalität „gefährlich“ gewesen, da die Sozialdemokratie unter der Drohung der Erneuerung der Bismarckschen Sozialistengesetze gestanden habe. Doch dürfe der Opportunismus nicht so weit gehen zu versprechen, man könne auf der Grundlage der Reichsverfassung, die keine republikanische war, „auf friedlichem Wege“ seine weitgehenden Forderungen durchsetzen. Engels kritisierte das Fehlen der Forderung nach einer demokratischen Republik. Die SPD

Fortsetzung nächste Seite

* Rosa Luxemburg

Fortsetzung von vorheriger Seite

könne, so Engels, nur unter der Form der Republik zur Herrschaft kommen, um die „Diktatur des Proletariats" zu errichten. (24) Auf jeden Fall war das SPD-Programm von 1891 keine allgemeine Beschreibung des Weges zur Macht, sondern stark von Rücksichten auf die legale Weiterexistenz der Partei geprägt. Der Parlaments- und Massenpartei Sozialdemokratie fehlte es nahezu an jeglicher Strategie. Engels unternahm mit seiner Kritik den Versuch, den Kampf um die demokratische Republik mit dem strategischen Ziel des Sozialismus zu verbinden.

Rosa L.: Krieg und Bruch mit der SPD. Die Junius-Broschüre

Jenseits gläubiger Programm-Lesereien, wie Scharrer sie nahelegt, wenn er Rosa Luxemburg den Bruch mit sozialdemokratischen Prinzipien vorwirft, ist die Haltung der Sozialdemokratie im Weltkrieg für Luxemburg, Liebknecht u.a. entscheidend für ihren Bruch mit der SPD gewesen. Die Zustimmung zu den Kriegskrediten, deren national-chauvinistische Begründung, der Zusammenbruch der II. Internationale, deren einzelne nationale Sektionen die Proletarier jeweils in den Krieg ihres „Vaterlands" verabschiedeten; sind für Rosa Luxemburg geradezu traumatische Erfahrungen gewesen. Heute kann man analysieren, daß diese Entwicklung der Partei nicht plötzlich kam, sondern sich lange vorher angekündigt hat — wovor Engels bereits in seiner Schrift zum Erfurter Programm, noch vor der großen Revisonismus-Debatte in der SPD, gewarnt hatte (25). Für eine Sozialdemokratin und Internationalistin wie Rosa Luxemburg brach eine Welt zusammen. Trotzdem hat sie sich und anderen den Abschied von der SPD schwer gemacht. Austrittsüberlegungen nach Kriegsausbruch hatte sie entgegengehalten: *„Willst du vielleicht aus der Menschheit austreten?"* (26) Noch Anfang 1917 war sie der Meinung, auf keinen Fall die SPD verlassen zu können. Dennoch trieb sie die fraktionelle Organisierung der Linken in der SPD voran. Ende 1915 gründete sie mit anderen die „Gruppe Internationale" in der SPD, die die „Spartakusbriefe" herausgab. Im April 1917 schließt sich Spartakus als selbständige Gruppierung der USPD an (die kurz darauf aus der SPD ausgeschlossen wird), der wachsenden, gemäßigten Opposition in der SPD, die mittlerweile gegen Kriegskredite, für „Verständigungsfrieden" und gegen den Burgfrieden agierte. Im Dezember 1918 wird aus dem Spartakusbund als Kern die KPD gegründet.

Anfang 1916 erscheint von Junius (Der Jüngere) die Broschüre „Die Krise der Sozialdemokratie" mit den „Leitsätzen über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie", der ersten programmatischen Erklärung der „Gruppe Internationale" (27). Junius ist Rosa Luxemburg, die diese Schrift bereits im April 1915 im Gefängnis fertiggestellt hatte. Die Schrift war eine neue Programmatik für die enttäuschte SPD-Linke und ihre Abrechnung mit der Mehrheitssozialdemokratie. Die deutsche Sozialdemokratie, auf die die sozialistische Welt *„mit schrankenloser, beinahe kritikloser Bewunderung aufblickte"* — diese imponierende Kombination aus Organisation und Masseneinfluß — versagte, *„als die historische Probe kam. Den tiefsten Fall, den gewaltigsten Zusammenbruch. Nirgends ist die Organisation des Proletariats so gänzlich in den Dienst des Imperialismus gespannt, nirgends wird der Belagerungszustand so widerstandslos ertragen, nirgends die Presse so geknebelt, die öffentliche Meinung so erwürgt, der wirtschaftliche und politische Klassenkampf der Arbeiterklasse so gänzlich preisgegeben wie in Deutschland."* (28) Vergessen war die Antikriegspolitik der II. Internationale und ihr Beschluß, im Falle des Krieges für dessen schnellste Beendigung einzutreten und die durch den Krieg verursachte Krise *„zur Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."* (29) In Frankreich, England und Deutschland stimmte die Sozialdemokratie für die Verteidigung des jeweiligen Vaterlands, die Sozialistische Internationale war zusammengebrochen. Am 4. August 1914 geschah *„das Unerhörte, das Beispiellose"* (30). Die Reichstagsfraktion der SPD stimmte für die Bewilligung von Kriegskrediten:

„Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel. (…) Für unser Volk und und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus (…) viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. (…) Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung anerkannt hat (…)".

Junius kommentierte: *„Alles andere ergab sich daraus als einfache Folge: Die Haltung der Parteipresse und der Gewerkschaftspresse, der patriotische Taumel der Massen, der Burgfrieden, die plötzliche Auflösung der Internationale."* (31) Beeindruckend in dem Text die Dokumentation der Burgfriedenspolitik, die das Kriegführen ermöglichte (die Sozialdemokratie übernahm… *„die Rolle des Gendarmen der Arbeiterklasse"*) (32), sowie die Belege für den tagtäglichen Chauvinismus der sozialdemokratischen Presse (*„In der Pflicht der Landesverteidigung gegen das Blutzarentum lassen wir uns nicht zu Bürgern zweiter Klasse machen."*) *„Ein großer Teil unserer Parteipresse war sittlich entrüstet, daß von den Gegnern Deutschlands die ‚Farbigen und Wilden', Neger, Sikhs, Maori, in den Krieg gehetzt wurden. Nun, diese Völker spielen im Krieg ungefähr dieselbe Rolle wie die sozialistischen Proletarier der europäischen Staaten. (…) Ein großer Unterschied besteht freilich bei alledem: Die Maori trieben noch vor einer Generation Menschenfresserei und nicht marxistische Theorie."* (33) Während die Mehrheits-Sozialdemokratie bemüht war, den Eroberungscharakter des Krieges umzubiegen, resümierte Junius kurz und prägnant: *„Die Dividenden steigen, und die Proletarier fallen."* (34)

Die Krise der

Die Krise der Sozialdemokratie

Von

Junius

Anhang:
Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie

1916

Druck und Verlag: Verlagsdruckerei Union, Zürich


Rosa Luxemburg mit ihrem Anwalt Paul Levi 1914


Rosa Luxemburg mit ihrem Anwalt Paul Levi 1914

Die Mär von Rosas Testament — Von Hühnern und Adlern

Um die Haltung Rosa Luxemburgs zur russischen Revolution und zur Diktatur des Proletariats sowie die Relevanz ihres Textes wird zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten bis heute ein heftiger Glaubensstreit ausgetragen. Vor allem ihre Kritik an den Bolschewiki gilt Sozialdemokraten als ihr „eigentliches Werk", manche nennen den Text gar ihr „Testament" oder loben *„ihre prophetische Kritik an den Bolschewiki"* (Scharrer). Die sozialdemokratischen Interpreten sind bemüht, die Differenzen zwischen Lenin und Luxemburg zu Antagonismen aufzuwerten, die Revolutionärin und Kriegsgegnerin hingegen zu verharmlosen und zu harmonisieren. Solche Wertungen sind durchsichtig unsinnig. Der Text ist fragmentarisch, es ist nicht zu bestreiten (wie Sozialdemokraten dies tun), daß Rosa Luxemburg durch ihre Haft vom Juli 1916 bis zum Oktober 1918 von vielerlei Informationen und Diskussionen abgeschnitten war (36). Viele der Überlegungen sind vor dem Hintergrund einer theoretischen, sehr prinzipiellen Herangehensweise formuliert, nicht aber daraufhin, ob sie auf die russische Wirklichkeit anwendbar sind.

U.a. aus diesem Widerspruch zwischen Prinzipien und praktischen Anforderungen im Klassenkampf erklärt sich — was den Scharrer so empört — die Übernahme des Rätemodells und die Ab-

retischen; sehr prinzipiellen Herangehensweise formuliert, nicht aber daraufhin, ob sie auf die russische Wirklichkeit anwendbar sind.
U.a. aus diesem Widerspruch zwischen Prinzipien und praktischen Anforderungen im Klassenkampf erklärt sich — was den Scharrer so empört — die Übernahme des Rätemodells und die Ab-

lehnung der Nationalversammlung in der konkreten, für Rosa Luxemburg und Spartakus plötzlichen und überraschenden Situation im November 1918/Januar 1919, die sie für revolutionär hielten und für reif, über die sozialdemokratischen Halbheiten hinauszugehen.

Der Widerspruch zwischen diesen „beiden" Rosas wird mit ihrer Rolle als Opfer der Radikalisierung zu erklären versucht. So wird immer wieder als Beispiel strapaziert, daß Rosa Luxemburg auf dem Gründungsparteitag der KPD im Dezember 1918 gegen den Nämen KPD und für SAP war, sie wurde überstimmt. Sie war nach dem Scheitern der Räterepublik im November wie die meisten Führer der neuen KPD für die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung, die sie im Ansehen der Massen nicht als „erledigt" betrachtete und wurde überstimmt. Es entsprach der Radikalität innerhalb der jungen Partei und der gewollten Abgrenzung zur Parlamentspartei Mehrheits-SPD, aber auch zur USPD, daß für taktische Fragen wenig Raum war. Erstmals stellten sich einer deutschen revolutionären Partei weitreichende Fragen von Strategie und Taktik im revolutionären Klassenkampf jenseits der relativen Geborgenheit einer parlamentarischen und gewerkschaftlichen Massenpartei SPD. Die Differenzen hatten sehr viel mit dem plötzlichen Ausbruch der Novemberereignisse und der praktischen Unerfahrenheit und Überforderung von Spartakus/KPD zu tun. Rosa Luxemburg beispielsweise wurde erst am 9. November 1918, einen Tag nach Ausbruch der Novemberrevolution, nach über zweijähriger Haft entlassen und stand die nächsten Wochen, bis zu ihrer Ermordung am 15. Januar 1919, mitten im Geschehen, zwischen Versammlungen, Kundgebungen und Zeitungsredaktion pendelnd.

Schließlich war Spartakus/KPD nicht die Kampforganisation, zu deren Fehlen Lenin in seiner Kritik an Rosa Luxemburgs illegaler Junius-Broschüre bemerkt hatte: *„Der größte Mangel des gesamten revolutionären Marxismus in Deutschland ist das Fehlen einer festgefügten illegalen Organisation (…) In der Junius-Broschüre spürt man den* ***allein Dastehenden****, der keine Genossen in einer illegalen Organisation hat die gewohnt wäre, revolutionäre Losungen bis zu Ende zu durchdenken und die Masse systeamtisch in diesem Geiste zu erziehen."* (37) Gerade in der Organisationsfrage lagen Lenin und Rosa Luxemburg seit 1904 über Kreuz (38).

Auf der anderen Seite zeigen die Texte, die Rosa Luxemburg seit der russischen Februarrevolution 1917 veröffentlicht hat, wie intensiv sie die Entwicklung zu verfolgen bemüht war. Mit dem Friedensdiktat der Deutschen von Brest Litowsk im März 1918, und seiner Annahme durch die Bolschewiki (nach heftigen internen Auseinandersetzungen), verstärkte sich ihre kritische Bewertung der russischen Entwicklung. In ihrem Artikel „Die russische Tragödie" (39) vom September 1918 polemisierte sie gegen eine *„Sozialistische Revolution auf deutschen Bajonetten sitzend"*. Diesen Artikel hatte der Redakteur der „Spartakusbriefe", Ernst Meyer, mit einer distanzierten Fußnote versehen, die betonte, daß die in Luxemburgs Aufsatz geäußerten „Befürchtungen" *„aus der objektiven Lage der Bolschewiki, nicht aus ihrem subjektiven Verhalten entspringen."* Einen darauffolgenden, noch schärfer formulierten Aufsatz, lehnte die Redaktion der Zeitschrift ab. Paul Levi fuhr nach Breslau ins Gefängnis, um Rosa davon zu überzeugen, daß eine Veröffentlichung „unzweckmäßig" sei, da sie den Gegnern der russischen Revolution nutzen könnte. Rosa Luxemburg soll nur widerstrebend eingewilligt haben. (40) Just dieser Paul Levi, der erste KPD-Vorsitzende nach Rosa Luxemburgs Tod, veröffentlichte Ende 1921 das umstrittene , zu ihren Lebzeiten nie veröffentlichte Manuskript „Zur russischen Revolution" mit einem eigenen Vorwort. Levi legte nahe, daß Luxemburgs Text unterdrückt worden sei — woran er ja zumindest beteiligt gewesen wäre.

Clara Zetkin (*„die es mit der Wahrheit häufig nicht so genau nahm, besonders wenn sie glaubte, damit einer guten Sache dienen zu können"*, so der sachdienliche Hinweis des Historikers Scharrer in der „taz" vom 26.2.88) berichtet in ihrem Aufsatz „Um Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution" (41) aus ihrer Sicht die Bedeutung des Textes. Levi hatte behauptet, daß von „gewisser Seite" der Broschüre „der Flammentod zugedacht" war. (42) Diese „gewisse Seite" sei Rosas früherer Freund und Vertrauter Leo Jogiches gewesen, der nach der Ermordung Rosa Luxemburgs Clara Zetkin gegenüber gesagt hätte, der Text sei Rosa zu „fragmentarisch" gewesen, sie hätte mittlerweile ihre Position revidiert. Die Broschüre sollte nach ihrem Willen nicht veröffentlicht werden. Clara Zetkin sollte ihn verbrennen. Wie auch immer, dieser unerquickliche, bis heute immer wieder aufgewärmte Streit, war u.a. deswegen nicht klärbar, weil Rosa Luxemburg und Leo Jogiches ermordet worden sind. (43)

Die Brisanz bekam die Veröffentlichung vor dem Hintergrund der Differenzen in der KPD und zwischen KPD-Führern und der Kommunistischen Internationale. Levi sowie vier weitere KPD-Führer (darunter Clara Zetkin), waren im Februar 1921 aus Protest gegen die Komintern-Interventionen in westeuropäischen Parteien und nach einer Abstimmungsniederlage im KPD-ZK aus der Parteiführung zurückgetreten. Im März 1921 wurde ein von der KPD unterstützter bewaffneter Arbeiteraufstand in Mitteldeutschland blutig unterdrückt. Im April 1921 verschärften sich die innerparteilichen Gegensätze. Levi wurde aus der Partei ausgeschlossen, nachdem er seine Kritik am Märzaufstand, am „Anarchismus" der KPD, in einer Broschüre „Unser Weg. Wider den Putschismus" veröffentlicht hatte. Mit der Veröffentlichung des Luxemburg-Textes wollte er jetzt auch die Auseinandersetzung mit der Politik der Bolschewiki aufnehmen und seinen Wiedereintritt in die SPD vorbereiten. Der Zeitpunkt, schrieb er im Vorwort, könne kein Argument gegen die Veröffentlichung mehr sein, da *„die Herrschaft der Bolschewiki in Rußland heute gesicherter ist denn je und so sicher als sie überhaupt sein kann, solange nicht das westliche Proletariat Rußland aus seiner Isolierung befreit."* (44) Die SPD scheute sich denn auch nicht, den Text der Rosa Luxemburg, gegen die sie besonders in der Novemberrevolution gehetzt hatte, gegen die Bolschewiki und die KPD als Kronzeugnis zu vereinnahmen (45).

Lenin polemisierte in seinen „Notizen eines Publizisten" Ende Februar 1922 gegen Levis Versuch, *„sich jetzt bei der Bourgeoisie und folglich bei der II. und zweieinhalbten Internationale, ihren Agenten"* dadurch besonders beliebt zu machen, daß er gerade das von Rosa Luxemburg veröffentliche, wo sie „unrecht hatte": *„Wohl traf's sich, daß des Adlers Flug ihn niedriger, als Hühner fliegen, trug, doch fliegen Hühner nie auf Adlershöh'n. Rosa Luxemburg irrte in der Frage der Unabhängigkeit Polens; sie irrte 1903 in der Beurteilung des Menschewismus; sie irrte in der Theorie der Akkumulation; sie irrte, als sie im Juli 1914 neben Plechanow, Vandervelde, Kautsky u.a. für die Vereinigung der Bolschewiki mit den Menschewiki eintrat; sie irrte in ihren Gefängnisschriften von 1918 (wobei sie selbst nach der Entlassung aus dem Gefängnis Ende 1918 und Anfang 1919 ihre Fehler zum großen Teil korrigierte.) Aber trotz all dieser Fehler war sie und bleibt sie ein Adler (…) ‚Die deutsche Sozialdemokratie ist nach dem 4. August 1914 ein stinkender Leichnam' — mit diesem Aus-*

Fortsetzung nächste Seite

Philogisches?

Paul Levi hatte in der ersten Veröffentlichung von Rosa Luxemburgs Text den Freiheitssatz so geschrieben: *„Freiheit ist immer die Freiheit des anders Denkenden."*

In der DDR-Fassung der Gesammelten Werke heißt es: *Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden."*

In der BRD-Fassung, von Ossip K. Flechtheim in den sechziger Jahren herausgegeben, heißt es: *„Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden."*

Fortsetzung von vorheriger Seite

spruch Rosa Luxemburgs wird ihr Name in die Geschichte der Arbeiterbewegung der ganzen Welt eingehen. Auf dem Hinterhof der Arbeiterbewegung aber, zwischen den Misthaufen, werden Hühner vom Schlage Paul Levis, Scheidemanns, Kautskys und dieser ganzen Sippschaft selbstverständlich über die Fehler der großen Kommunistin in ganz besondere Verzückung geraten. Jedem das Seine." (46)

Rosa Luxemburg „Zur russischen Revolution"

Rosa Luxemburg war, neben ihrer Begeisterung für die revolutionäre Entwicklung in Rußland, von Beginn an skeptisch über die Erfolgsaussichten der Revolution, solange sich nicht das internationale Proletariat erhoben hat. Bereits in der „Junius-Broschüre" hatte sie die Aussichtslosigkeit für die Arbeiterklasse in der Kriegsfrage beklagt: Würde sie *„für die eine oder andere Seite im heutigen Kriege Partei ergreifen"*, wäre sie — *„die Weltpolitik und ihre weiteren Perspektiven im ganzen genommen, zwischen der Scylla und Charybdis eingeschlossen, und die Frage Sieg oder Niederlage kommt unter diesen Umständen für die europäische Arbeiterklasse in politischer genau wie in ökonomischer Beziehung auf die hoffnungslose Wahl zwischen zwei Trachten Prügel hinaus, (...) ausgenommen den einzigen Fall: wenn das internationale Proletariat durch seine revolutionäre Intervention einen dicken Strich durch jene Rechnung macht."* (47) Im April 1917 befürchtete sie, daß *„sobald jedoch in Rußland das Proletariat den ‚Burgfrieden' durch offene Revolution aufgesagt hat, fällt ihm das deutsche Proletariat, indem es die Kriegsaktion ruhig weiter unterstützt, nunmehr direkt in den Rücken."* (47) *„Das Proletariat eines einzelnen Landes vermag auch mit dem größten Heroismus diese Schlinge nicht zu lösen"*, schrieb sie einen Monat später und äußerte die Hoffnung, daß *„die russische Revolution von selbst zu einem internationalen Problem anwächst"*. (48) Noch vor der Oktoberrevolution hatte sie gewarnt, daß *„die Diktatur des Proletariats (...) in Rußland — falls eine internationale proletarische Revolution ihr nicht rechtzeitig Rückendeckung schafft — zu einer betäubenden Niederlage verurteilt (ist), gegen die das Schicksal der Pariser Kommune ein Kinderspiel gewesen sein dürfte."* (50) Mit dieser allgemeinen Interpretation bewegte sich Rosa Luxemburg im Rahmen der Einschätzung der meisten — auch der russischen — Revolutionäre, die die Revolution vor allem in den Ländern der kriegführenden imperialistischen
der kriegführenden imperialistischen
Hauptmächte als Erlösung für das eingeschnürte Rußland herbeisehnten. Rosa Luxemburg sah ohne internationale Erhebung des Proletariats, daß *„jede sozialistische Partei, die heute in Rußland zur Macht gelangt, eine falsche Taktik befolgen* ***muß***„. (51) Im November 1917, kurz nach der Revolution schrieb sie ihre Zweifel in einem Brief an Luise Kautsky: *„Freust Du Dich über die Russen? Natürlich werden sie sich in diesem Hexensabbat nicht halten können — nicht, weil die Statistik eine zu rückständige ökonomische Entwicklung in Rußland aufweist, wie Dein gescheiter Gatte* (Anm.: Karl Kautsky) *ausgerechnet hat, sondern weil die Sozialdemokratie in dem hochentwickelten Westen aus hundsjämmerlichen Feiglingen besteht, die ruhig zusehend die Russen sich verbluten lassen. Aber ein solcher Untergang ist besser als ‚leben bleiben für das Vaterland', es ist eine weltgeschichtliche Tat, deren Spur in Aeonen nicht untergehen wird."* (52)

Knackpunkt: Der Frieden von Brest-Litowsk

Faktisch hatte sie mit solcherart skeptischer Bemerkungen die russische Revolution bereits aufgegeben. Von diesem Standpunkt aus hatte sie neben inhaltlichen Differenzen vor allem die Sorge, daß im Angesicht der unausweichlichen Niederlage jetzt auch von der russischen Linken revolutionäre Prinzipien zugunsten taktischer Erwägungen preisgegeben würden. Was unseren Historiker Scharrer zu der Bewertung veranlaßt, daß Rosa *„eine Realpolitik ablehnte, die auf Kosten der moralischen Grundsätze gehen würde. Nicht jedes Mittel heiligte für sie den guten Zweck. In diesem eindeutig bestimmten Verhältnis von Moral und Politik liegt wahrscheinlich der schärfste Gegensatz zu Lenin. Dieser war bereit, für die praktische Sicherung der Revolution auch mit den entschiedensten Feinden der Revolution taktische Bündnisse einzugehen, auch wenn dadurch die moralischen Prinzipien zuschanden geritten wurden"*, und so ganz nebenbei die Revolution gerettet (was den Scharrer vermutlich nicht interessiert). (53) Beweisen will er seine Wertung der Differenz Luxemburg/Lenin am auch im revolutionären Rußland umstrittenen Frieden von Brest-Litowsk (womit ausdrücklich darauf hingewiesen werden soll, daß Bedenken ihre Berechtigung hatten und nicht Hirngespinste von Leuten waren, die in Deutschland im Knast saßen). In ihrem Aufsatz „Brennende Zeitfragen" hatte Rosa Luxemburg aus der Ausweglosigkeit Rußlands in der Kriegssituation gefolgert: Setzt es den Krieg unter dem Mantel der „Landesverteidigung" fort, nutzt dies dem „Ententeimperialismus" (Frankreich, Großbritannien und Italien); bleibt es passiv, bedeute dies keine Beendigung des Krieges, sondern „unschätzbaren Nutzen" für den deutschen Imperialismus, der im Osten den Rücken freibekäme für seine Kriegsziele im Westen. Den Sonderfrieden Rußlands mit Deutschland kritisierte sie daher als *„unschätzbaren Hilfsdienst an den deutschen Imperialismus, somit an den ärgsten Feind des deutschen Proletariats, an das stärkste Bollwerk der Reaktion in Europa"*. (54)

Im Friedensschluß vom März 1918 sah Rosa Luxemburg die entscheidende Fehlentwicklung der Revolution. Zwischen Scylla und Charybdis hat sie sich offensichtlich für letztere und gegen das sechsköpfige deutsche Ungeheuer entschieden. Anders gesagt: Unausgeschrieben kritisierte sie die Bolschewiki, weil diese den Krieg gegen Deutschland nicht weiterführen wollten (aus der Einschätzung Lenins u.a., daß die Kraft zur von den Linken geforderten Umwandlung des Krieges in den „revolutionären Bürgerkrieg gegen den Imperialismus" fehlte), weil sie angesichts des Ausbleibens der Revolution in anderen Ländern für Rußland eine Atempause suchten. Rosa Luxemburg sah — bei allen Übeln, die sie prognostizierte — in der deutschen Niederlage das geringste (55) und fürchtete daher eine Stärkung des deutschen Imperialismus. Voll Schrecken sah sie die Bolschewiki auf ein *„Bündnis mit Deutschland"* zusteuern (56).

Mit Brest-Litowsk mußte das sozialistische Rußland eine herbe Niederlage und enorme Verluste akzeptieren. (57) Für Rosa Luxemburg lagen die von ihr kritisierten Schwierigkeiten mit dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker" sowie die Einschränkungen der Demokratie und der „rote Terror" in der Brester Fehlentscheidung angelegt, bzw. mußten durch falsche Standpunkte unausweichlich dahin führen. Während die Mehrheit der Bolschewiki die offene Kapitulation von Brest-Litowsk als notwendigen Rückschritt betrachtete (dessen wichtigste Ergebnisse in den folgenden Jahren tatsächlich rückgängig gemacht werden konnten), hetzten nach dem Krieg beispielsweise ihre sozialdemokratischen Gegner im In- wie Ausland, die selber immer für
im In- wie Ausland, die selber immer für



Das Büro der II. Internationale 1907 mit Rosa Luxemburg. Rechts Bebel, sechster von rechts — fast verdeckt — Lenin.

die „Vaterlandsverteidigung" eingetreten waren, auf einmal gegen das „russisch-deutsche Kriegsbündnis". „Unser" Historiker Manfred Scharrer beispielsweise, verfolgt diese Legende heute noch. Zustimmend zitiert er Historiker, die den Brester Frieden als *„‚mittelbaren Erfolg' der deutschen Reichsleitung"* werten (was als ein kurzfristiger Effekt gar nicht bestritten werden soll). Sein ganzer Haß auf Lenin kommt in der unsinnigen Bemerkung zum Ausdruck, *„Lenin gewann das taktische Spiel mit dem deutschen Imperialismus schließlich. Dies war jedoch nicht nur sein Verdienst, sondern hing im wesentlichen damit zusammen, daß die deutsche Kriegsführung die Verstärkung, die der Sonderfriede gebracht hatte, nicht voll nutzen konnte. Für ihre maßlosen Eroberungsziele benötigte sie auch nach dem Sonderfrieden noch mehr als eine Million Soldaten im Osten."* (58) Als ob dieser Krieg vom deutschen Imperialismus je „maßvoll" geführt worden wäre!

Aus Rosas Haltung zum Sonderfrieden resultierte auch zu einem nicht geringen Teil ihre Demokratie-Kritik an den Bolschewiki. Der Hintergrund war die sich verschärfende Situation im Rußland des Jahres 1918. Die Versorgungslage entwickelte sich katastrophal, Zwangsrequierierungen von Lebensmitteln begründeten die „Ernährungsdiktatur"; mit dem Frieden gab es keine Ruhe, sondern im Gegenteil fühlten sich Konterrevolutionäre verschiedener Lager im Schutze der jeweiligen imperialistischen Mächte ermutigt. Der Bürgerkrieg mit deutscher und britischer Unterstützung verschärfte sich. Die linken Sozialrevolutionäre waren aus Protest gegen den Friedensschluß aus der Regierung ausgetreten. Die Bolschewiki standen auf einmal unter dem Druck von rechts und links. Im Juli 1918 verübten linke Sozialrevolutionäre erfolgreich Attentate auf den deutschen Botschafter von Mirbach und auf den deutschen Befehlshaber in der Ukraine, in der Hoffnung, dadurch den Brester Frieden zu zerstören und den Krieg mit Deutschland zu provozieren. Gleichzeitig organisierten sie einen mehrtägigen Aufstand in Moskau. Die Bolschewiki reagierten hart und ließen 13 von ihnen hinrichten. Sie schlossen mit ihrer Mehrheit die linken Sozialrevolutionäre vom Sowjetkongreß aus. Sie verschärften die Pressezensur. Ende August wurde der Zusatzvertrag von Brest-Litowsk geschlossen, der weitere Belastungen bedeutete (59). Drei Tage später wurde Lenin bei einem Attentat durch eine Sozialrevolutionärin so schwer verletzt, daß er sich bis zu seinem Tode fünfeinhalb Jahre später nicht wieder davon erholte. Am selben Tag wurde der Petrograder Tscheka-Chef (Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution und Sabotage) ermordet. Die Bolschewiki reagieren auf die Destabilisierungsversuche mit dem „roten Terror" zur Erhaltung ihrer Macht und begründeten diesen ausdrücklich als notwendig. Demgegenüber hatte Rosa Luxemburg die Attentate auf die deutschen Repräsentanten als *„eine begreifliche Antwort auf die Schreckensherrschaft des deutschen Imperialismus in Rußland"* (60) gewertet.

Kritik am Selbstbestimmungsrecht und der Agrarpolitik

Sie polemisierte heftig gegen die „Phrase vom Selbstbestimmungsrecht der Völker". *„Die Bolschewiki sollten zu ihrem und der Revolution größten Schaden darüber belehrt werden, daß es eben unter der Herrschaft des Kapitalismus keine*
der Herrschaft des Kapitalismus keine
Selbstbestimmung der ‚Nation' gibt, daß sich in einer Klassengesellschaft jede Klasse der Nation anders ‚selbstzubestimmen' strebt". Statt die *„Zusammenarbeit der Proletarier aller Nationen (...) als oberstes Gebot der Politik allen nationalistischen Sonderbestrebungen entgegenzustellen (...) haben die Bolschewiki durch diese Förderung des Nationalismus den Zerfall Rußlands selbst herbeigeführt."* (61)

Diese Passage ist nicht untypisch für Rosa Luxemburg: Sie klagt ein abstraktes internationalistisches Prinzip ein und negiert die konkreten Bedingungen, unter denen die Bolschewiki das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Sowjetunion für so wesentlich erachteten: die Erfahrungen der russischen Völker mit dem großrussischen Chauvinismus unter dem Zarismus. Die weitere Entwicklung spricht für die Politik der Bolschewiki, die so die Unterstützung verschiedener Völker erreichten (wenngleich sie selber sich in der Folge nicht immer an das Selbstbestimmungsrecht hielten). Von dieser Phraseologie zum Brester Frieden, zum Zusatzvertrag — *„aus dieser Lage ergaben sich der Terror und die Erdrückung der Demokratie"* (62), ist Rosa Luxemburg überzeugt gewesen.

Auch in ihrer Kritik an der Agrarpolitik der Bolschewiki ging sie weniger von den Möglichkeiten der Politik auf dem Lande in Rußland aus. Sie kritisierte das sowjetische Dekret über den Grund und Boden, durch das zwar das Privateigentum daran aufgehoben und die Grundbesitzer entschädigungslos enteignet wurden, nicht aber die Sozialisierung des Bodens, Kollektivierung und landwirtschaftliche Großproduktion eingeleitet wurden. Stattdessen wurde der Boden an die Bauern zur von ihnen selbst bestimm-



Karl Liebknecht (Mitte) und Rosa Luxemburg beim SPD-Parteitag 1909

ten Nutzung verteilt. Dies entsprach nicht dem sozialistischen Programm der Bolschewiki, sondern ihrer Einschätzung, was die derzeitigen Motive der Bauern zur Unterstützung der Revolution waren. Rosa Luxemburg sah darin *„nicht nur keine sozialistische Maßnahme, sondern sie schneidet den Weg zu einer solchen ab."* (63) Sie sah *„nicht gesellschaftliches Eigentum, sondern neues Privateigentum"* auf einem technischen Niveau *„aus der Zeit der Pharaonen"*. Zu recht befürchtete sie, daß zukünftig deren Widerstand gegen eine sozialistische Landwirtschaft erheblich sein könnte, *„viel gefährlicher und zäher, als derjenige der adligen Großgrundbesitzer war."* Die wei-
adligen Großgrundbesitzer war." Die wei-
tere sowjetische Entwicklung sollte dies durchaus bewahrheiten, unter Stalin löste die KPdSU das Problem durch die unnachsichtigste, verlustreiche Zwangskollektivierung. Die Alternative zu der Kritik von Rosa Luxemburg wäre allerdings im Jahre 1917/18 der Bürgerkrieg gegen die Bauern, die Mehrheit der russischen Bevölkerung (fast 80% wohnten auf dem Lande) gewesen, die in der Masse nicht den Sozialismus, sondern Boden wollten. Lenin propagierte stattdessen die Akzeptanz der Revolution durch die Bauern und die Einleitung eines Erziehungs- und Veränderungsprozesses (was die Bolschewiki durchaus nicht immer durchhielten).

Konstituierende Versammlung und Diktatur des Proletariats

Die Kritik am mangelnden Demokratieverständnis der Bolschewiki ist bei Rosa Luxemburg nicht widerspruchsfrei. Einerseit' lobte sie — mit Blick auf die deutsche Sozialdemokratie — daß *„die Bolschewiki die berühmte Frage nach der ‚Mehrheit des Volkes' gelöst haben"*. Gegen den *„parlamentarischen Kretinismus"*, der für die Durchsetzung eines Ziels immer erst die Parlamentsmehrheit suche, hätten sie die *„wirkliche Dialektik der Revolutionen"* gestellt: *„Nicht durch Mehrheit zur revolutionären Taktik, sondern durch revolutionäre Taktik zur Mehrheit geht der Weg."* (64) Andererseits kritisierte sie die Auflösung der mit vorrevolutionären Wahllisten nach der Revolution gewählten Konstituierenden Versammlung im Januar 1918 (die Sozialrevolutionäre hatten über 50% der Stimmen, die Bolschewiki nur 26% erhalten). Auf jeden Fall hätten die Bolschewiki neu wählen lassen müssen. Widersprüchlich ist ihre Begründung, daß das Parlament lebendiger Ausdruck der Volksstimmungen sein könnte. (65) Ihre Kritik an den Bolschewiki brachte sie auf die Formel: *„Sowohl Sowjets als Rückgrat wie Konstituante und allgemeines Wahlrecht."* (66) Ihre Position hat sie in der Novemberrevolution insoweit revidiert, als sie auf die Rätedemokratie gesetzt und am Parlamentarismus stärker dessen formal-demokratische und integrationistische Seite kritisiert hat.

Sie setzte sich grundsätzlich mit dem Demokratieverständnis der Bolschewiki auseinander. Dabei entwickelte sie ihre Vorstellung von Masseninitiative — Demokratie als Erziehungsprozeß und Schu
Vorstellung von Masseninitiative — Demokratie als Erziehungsprozeß und Schu
lung der Massen. Voraussetzung dafür seien die *„unbeschränkten politischen Freiheiten"*. Ihr berühmtes Zitat steht im Kontext einer sozialistischen, und nicht einer allgemeinen oder bürgerlichen Demokratie: *„Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei — mögen sie noch so zahlreich sein — ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der Gerechtigkeit, sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Weg hängt und seine Wirkung versagt, wenn die Freiheit zum Privilegium wird."* (67) Im weiteren problematisierte sie, daß ansonsten die Diktatur des Proletariats den *„Sozialismus vom grünen Tisch eines Dutzends Intellektueller dekretiert, oktroyiert"*. Sie sah die Gefahr, daß *„mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande (...) auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen"* muß. All das ist übrigens kaum zu bestreiten, die Erstarrung im öffentlichen Leben wurde u.a. charakteristisch für die spätere Sowjetunion. Jedoch muß man bei allem Wohlklang in Luxemburgs Text auch berücksichtigen, daß Sätze wie *„Idealismus und soziale Aktivität der Massen, unbeschränkte politische Freiheit"* als *„Gegengift"* gegen Erstarrung und Widerstände gegen sozialistische Aufbaumaßnahmen in einer dermaßen auseinanderdivergierenden Gesellschaft, bei dem Unterschied zwischen Stadt und Land wie im damaligen Rußland, angesichts der Mühsal, die Krieg, Revolution und Bürgerkrieg für die Menschen bedeutet haben, wenig über die konkrete Lösung dieser Probleme aussagt.

Schließlich versuchte Rosa Luxemburg „Sozialistische Demokratie" zu definieren: *„Wir unterscheiden stets den sozialen Kern von der politischen Form der* ***bürgerlichen*** *Demokratie, wir enthüllen stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit — nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem sozialen Inhalt zu füllen. (...) Sozialistische Demo-*

Fortsetzung nächste Seite

Wer ruft EUCH heute auf die Straße?

Liebknecht, Rosa Luxemburg, Eichhorn?

WACHT AUF! SIE ALLE SIND GAR NICHT EURE FÜHRER!

Radek, Rußlands Sowjets, Lenin

schüren den Kampf in Berlin.

Zwingen Euch, Vorposten zu sein für russischen Weltbolschewismus!

Merkt Ihr, was man mit Eurer Heimat vorhat? Merkt Ihr, was man von Euch will? Eure Heimat und Euer Blut für ihren bolschewistisch-zaristischen Wahnwitz.

Kampf des Geistes und der Waffen gegen

RADEK und GENOSSEN.

Bürger, Arbeiter, Frauen, Soldaten!

Schließt die Reihen gegen den Bolschewismus, gegen die Blutherrschaft!

Freiwillige vor!

Dr. Stadtler.

Flugblatt der Antibolschewistischen Liga gegen den Januaraufstand

kratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus (...) Sie ist nichts anderes als die Diktatur des Proletariats (...) diese Diktatur besteht in der Art der ***Verwendung*** *der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung, in energischen, entschlossenen Eingriffen in die wohlerworbenen Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, ohne welche sich die sozialistische Umwälzung nicht verwirklichen läßt."* (68)

Rosa Luxemburg war erschrocken über die „andere Seite" der Revolution in Rußland: den Terror, Zwang und die Rigorosität beim Kampf um den Erhalt der Macht. In der Auseinandersetzung zwischen den beiden Elementen der Diktatur des Proletariats, zwischen Diktatur und sozialistischer Demokratie sah sie in Rußland (zu recht) eine theoretisch und praktisch begründete Betonung der Diktatur. Dies lag in der inneren Klassen- und der äußeren Bedrohungssituation Rußlands begründet. Demgegenüber sah sie viel stärker die Gefahr, daß darüber die demokratische Seite der Entwicklung vernachlässigt wird. Vorwerfen kann man ihr m.E., daß sie der Frage, ob und wie die Bolschewiki in Rußland die Macht behaupten können, kaum Beachtung schenkte. Offen bleibt, ob sie sich vielleicht sogar vor den Konsequenzen aus dieser Fragestellung fürchtete. Zu vermuten ist aber eher, daß sie diesen Text, wie ihr Biograph Nettl schreibt (69), mit Blick auf einen gewünschten anderen Verlauf der deutschen Revolution geschrieben hat. In ihrer *konkreten* Auseinandersetzung mit der Novemberrevolution in Deutschland betonte sie demgegenüber stärker die „unschönen" Elemente des revolutionären Klassenkampfs, wie z.B. den Bürgerkrieg als mögliche Folge des Ringens um die politische Macht. (70) Was besonders ihre sozialdemokratischen Biographen über die Schonungslosigkeit und Radikalität ihrer Ansichten erschrecken ließ.

Für die Wiederbelebung der „Illusionen" Luxemburgs und Lenins

Rosa Luxemburg hat in ihrer umstrittenen Schrift zur russischen Revolution frühzeitig vor einer Gefahr gewarnt, die in der kommunistischen Diskussion seit der Oktoberrevolution eine wichtige Rolle gespielt hat (und bis heute die Gemüter bewegt): Lernen von der Sowjetunion, aber wie? *„Die Bolschewiki werden selbst mit der Hand auf dem Herzen nicht leugnen wollen, daß sie auf Schritt und Tritt tasten, versuchen, experimentieren, hin-und herprobieren mußten, und daß ein gut Teil ihrer Maßnahmen keine Perle darstellt. So muß und wird es uns allen gehen, wenn wir darangehen — wenn auch nicht überall so schwierige Verhältnisse herrschen mögen"*, vermerkte sie am Manuskript ihres Textes (71). (In dem Sinn hat sie möglicherweise auch ihre Position zur Konstituante und für die Rätedemokratie revidiert.)



Innenminister Noske (SPD) betätigt sich vor Freikorps als der Bluthund, der die Ordnung wiederherstellt.

Ich vermute, daß in der DDR ein solcher Satz nicht gern gehört wird, weil dort wiederum nahegelegt wird, es habe für alle Eventualitäten der Diktatur des Proletariats ein klares, „wissenschaftlich" genanntes, System gegeben. Rosa Luxemburg betonte bereits im November 1918 als Gefahr, was späterhin tatsächlich zur Wissenschaft erklärt wurde: *„Das Gefährliche beginnt dort, wo sie* (Anm.: die Bolschewiki) *aus der Not die Tugend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stücken fixieren und dem internationalen Proletariat als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen"*, und wenn sie in die „Rüstkammer" des Sozialismus *„all die von Not und Zwang in Rußland eingegebenen Schiefheiten eintragen wollen, die letzten Endes nur Ausstrahlungen des Bankerotts des internationalen Sozialismus in diesem Weltkrieg waren."* (72)

So ist es geschehen, und daraus erklärt sich auch eine der Schwierigkeiten der DDR im Umgang mit Rosa Luxemburg und der „Freiheit des Andersdenkenden". Es ist absurd, in der DDR des Jahres 1988, 39 Jahre nach Staatsgründung, unter Bedingungen, die der SU der Jahre 1917/18 nicht im entferntesten vergleichbar sind, die Frage der Demokratie im Sozialismus nicht anders beantworten zu wollen als es die Bolschewiki taten. Im heutigen realen Sozialismus wird dieses besonders absurd, weil der Hinweis auf Konterrevolutionäre, die diese Freiheit ausnutzen könnten, mit den zunehmenden (unsinnigen) Aussagen von der Interessenidentität der Menschheit in Überlebensfragen kontrastiert. Wer behauptet, Gegensätze zum Imperialismus abzubauen, kann im Umgang mit einer inneren Opposition von der Verfaßtheit, wie in der DDR, nicht weiterhin die Keule schwingen. Das zuzeiten der russischen Revolution analysierbare Defizit an sozialistischer Demokratie, (das sich im Mutterland heute auch nicht mehr halten läßt) bis in unsere Zeit festschreiben zu wollen, bedeutet Erstarrung des Sozialismus, widerspricht zutiefst seinem wissenschaftlichen Ansatz.

Eine „Illusion" nennen die Luxemburg-Biographen aus der DDR, Laschitza/Radczun Rosas Demokratievorstellungen. Wie verarbeitet man da eigentlich so einen Text wie „Staat und Revolution" von Lenin, der in der Zielsetzung viel weitergehender, „illusionärer" als Rosa Luxemburg, von einem nach Errichtung der Diktatur des Proletariats und schon während des Aufbaus einer sozialistischen Wirtschaft einzuleitenden Prozeß des „Absterbens des Staates" geschrieben hat, und das wenige Wochen vor der Oktoberrevolution? Dieser Lenin wird nicht diskutiert. Stattdessen immer noch eine „Bereinigung" Rosa Luxemburgs mit einem zur Doktrin verkommenen „Leninismus" vorgenommen, der seinen Namensgeber beleidigt. Thomas Neumann hat zur Problematik der Behandlung Lenin'scher Texte als heilige Schrift eine sehr gescheite Charakterisierung in der „Konkret" gegeben: *„Dabei kann jeder Leser seiner Texte erkennen, daß Lenins Methode, Aussagen zu verabsolutieren, Methode seiner politischen Praxis war, und darin der politischen Praxis im allgemeinen nicht fern. Der Augenblick politischer Entscheidungen ist unwiderruflich, ihre Aussagen haben eine absolute Form, aber aneinandergereiht relativiert sich die momentane Zeitlosigkeit. Lenin war sowenig wie Marx ein Spießer, der den Augenblick gebeten hätte, zu verweilen."* (73)

Rosa Luxemburg hat in der Frage der Demokratie nicht in der Weise „geirrt", daß es am formulierten Ziel sozialistischer Demokratie etwas zu revidieren gälte. Sie hat schon gar nicht jenen sozial-

te. Sie hat schon gar nicht jenen sozial-

demokratischen Epigonen das Wort geredet, die sie heute vereinnahmen wollen. *„Lenin und Trotzki waren die* ***ersten****, die dem Weltproletariat mit dem Beispiel vorangegangen sind, sie sind bis jetzt immer noch die* ***einzigen*** *, die mit Hutten ausrufen können: Ich hab's gewagt!"*, schrieb sie in „Zur russischen Revolution" (74). Die Eroberung der politischen Macht und das Anpacken der *„praktischen Problemstellungen der Verwirklichung des Sozialismus"* seien *„das Wesentliche und Bleibende der Bolschewiki-Politik". „In Rußland konnte das Problem nur gestellt werden. Es konnte nicht in Rußland gelöst werden, es kann nur international gelöst werden. Und* ***in diesem Sinne*** *gehört die Zukunft überall dem ‚Bolschewismus'."*, beendete sie ihren Text.

hr.

Der Vorwärts fragt am 13. Januar 1919 poetisch, warum Liebknecht und Luxemburg nicht unter den Toten des Januaraufstands zu finden sind. Zweit Tage später haben die Freikorps weniger poetisch mit der Ermordung der beiden KPD-Führer reagiert.

Vorwärts

Montag, den 13. Januar 1919

Das Leichenhaus.

Vielhundert Tote in einer Reih —
Proletarier!
Es fragten nicht Eisen, Pulver und Blei,
ob einer rechts, links oder Spartakus sei,
Proletarier!

Wer hat die Gewalt in die Straßen gesandt,
Proletarier?
Wer nahm die Waffe zuerst zur Hand
und hat auf ihre Entscheidung gebrannt?
Spartakus!

Vielhundert Tote in einer Reih —
Proletarier!
Karl, Rosa, Radek und Kumpanei —
es ist keiner dabei, es ist keiner dabei!
Proletarier!

Artur Zickler.

Anmerkungen

0) Es gibt zahlreiche Biographien über Rosa Luxemburg. Die beste davon ist eindeutig die von Peter Nettl, die 1969 als gekürzte Volksausgabe (immer noch fast 600 Seiten stark) aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt wurde. *Peter Nettl*, Rosa Luxemburg, Köln 1969. Gut lesbare kurze Texte, die weitgehend an Nettl angelehnt sind: *Helmut Hirsch*, Rosa Luxemburg, Hamburg 1969; *Frederik Hetmann*, Rosa L., Weinheim 1976. Gut auch die Biographie des früheren KPD-Führers *Paul Frölich*, Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat, 1939 geschrieben, 3. Auflage, Frankfurt 1967. Materialreich, aber unangenehm dogmatisch geschrieben von den DDR-Autoren *Annelies Laschitza/Günter Radzcun*, Rosa Luxemburg. Ihr Wirken in der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt 1971 (Anmerkung von Laschitza/Radczun im Vorwort zu Nettl: „antikommunistischer Standpunkt", „bürgerlicher Politologe", der „an der sich selbst gestellten Aufgabe scheitern mußte", „bei ihr ein antileninistisches Sozialismusmodell" zu suchen).
1) Manfred Scharrer, Der große Irrtum der SED, eine Replik auf die DDR-Autorin Annelies Laschitza (siehe Anmerkung 10), taz, 26.2.88.
2) Manfred Scharrer, Ein Denkmal für Rosa Luxemburg, taz vom 25.3.87 (geschrieben aus Anlaß der westberliner Auseinandersetzungen um ein Luxemburg-/Liebknecht-Denkmal).
3) Manfred Scharrer, Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung (Stuttgart, 1983), S. 140; ähnlich auch auf S. 194.
4) Manfred Scharrer, Gastkommentar in der taz vom 2.2.88 (aus Anlaß der Vorfälle auf der 140; ähnlich auch auf S. 194.
4) Manfred Scharrer, Gastkommentar in der taz vom 2.2.88 (aus Anlaß der Vorfälle auf der DDR-Gedenkdemonstration für Luxemburg/Liebknecht)
5) „einheit" 4, 15.2.88
6) In allen drei taz-Artikeln flicht Scharrer übrigens in gewollter Diffamierung seine Kritik an Margarete von Trottas Rosa-Luxemburg-Film ein: Sie habe das Freiheit-Zitat nicht untergebracht — selbstverständlich für den Historiker ein absolutes Muß — denn, sie sei für diesen Film von just jener DDR-Historikerin Annlies Laschitza wissenschaftlich betreut worden, die Scharrer aufs Korn nimmt.
7) Scharrer in taz, 25.3.87
8) Prof. Dr. Heinz Kamnitzer in Neues Deutschland; 2.2.88
9) Annelies Laschitza/Günter Radczun, Rosa Luxemburg
10) Annelies Laschitza, „Probleme" der Luxemburg-Rezeption, nachgedruckt aus der FDJ-Zeitung Junge Welt vom 19.2.88 in der taz vom 26.2.88. (Auf diesen Artikel bezieht sich die Antwort Scharrers in der taz vom selben Tag, siehe Anmerkung 1).
11) Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke Band 4 (Berlin/DDR, 1974), Vorwort von Günter Radczun (siehe auch Anmerkung 9).
12) Fred Oelßner, Rosa Luxemburg. Eine kritische biographische Skizze, Düsseldorf 1952.
13) Ebd., S. 7. Mit „Brandleristen" wurden die (ehemaligen) KPD-Mitglieder bezeichnet, die sich als sogenannte „Rechtsabweichler" gegen den Thälmann-Kurs in der KPD 1929 zur KPO (Opposition) zusammengeschlossen hatten. Ihre prägnantesten Köpfen waren Thalheimer und Brandler, der seit 1919 ZK-Mitglied ab 1922 bis 1924 KPD-Vorsitzender war. Als „rechte Abweichung" wurde er bereits damals von den Linksradikalen Fischer/Maslow abgelöst. Nach 1949 war er an der Gründung der bis heute bestehenden „Gruppe Arbeiterpolitik" (ArPo) beteiligt.
14) Ebd., S. 124
15) Ebd., S. 211
16) Ebd., S. 158
17) Stalin, Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus. Brief an die Redaktion der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija" Nr. 6 (113) 1931. Zitiert nach J. Stalin, Grundlagen des Leninismus, Berlin DDR, 1951.
18) Ernst Thälmann, Der revolutionäre Ausweg und die KPD, Rede auf der Plenartagung des ZK der KPD am 19.2.1932. Zitiert nach: Ernst Thälmann, Reden und Aufsätze 1930-1933, Köln 1975. S. 358 u.f., besonders hier: Seiten 439-441.
18a) Ebd., S. 440
19) Laschitza/Radczun, S. 471
20) Rosa Luxemburg, Ges. Werke Bd. 4, S. 359
21) Laschitza/Radczun, S. 433
22) *„Jetzt stehen wir mitten in der Revolution, und die Nationalversammlung ist eine gegenrevolutionäre Festung, die* ***gegen*** *das revolutionäre Proletariat aufgerichtet wird"*, schrieb Rosa Luxemburg über „Die Wahlen zur Nationalversammlung" am 23.12.1918 in der Roten Fahne (Ges. Werke Band 4).
23) Zitiert bei Scharrer, Die Spaltung, S. 139, siehe auch: 1863. Programme der Deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1963.
24) Friedrich Engels, Zur Kritik des Sozialdemokratischen Programmentwurfs, MEW Band 22, S. 233-236. Um nicht mit der Klassenjustiz unmittelbar zu kollidieren, schlug er vor, statt von Republik von der *„Konzentration aller politischen Macht in den Händen der Volksvertretung"* zu schreiben.
25) Ebda. S. 234: *„Dies Vergessen der großen Hauptgesichtspunkte über den augenblicklichen Interessen des Tages, dies Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart der Bewegung willen mag ‚ehrlich' gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es, und der ‚ehrliche' Opportunismus ist vielleicht der Gefährlichste von allen."*
26) Brief an Kostja Zetkin, zitiert bei Hetmann, S. 185
27) Die Junius-Broschüre in Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke Band 4
28) bis 34) Ebda., S. 55/S. 130/S. 61/S. 63 und 64/S. 126/S. 109/110
35) entfällt
36) Peter Nettl, S. 468. Paul Levi schreibt im Vorwort der erstmals veröffentlichten Luxemburg-Broschüre (siehe Anmerkung 42): *„Die Broschüre ist, wie ersichtlich, nicht vollendet. An einzelnen Stellen ist der Gedankengang nur leicht aber doch deutlich skizziert."*
37) Lenin, Über die Junius-Broschüre, Juli 1916, Werke Band 22, S. 312 und 325.
38) Siehe dazu Rosa Luxemburg, Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie (Gesammelte Werke Band 1/2), eine Auseinan-
38) Siehe dazu Rosa Luxemburg, Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie (Gesammelte Werke Band 1/2), eine Auseinandersetzung mit Lenin, Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück (Lenin, Werke Band 7).
39) Rosa Luxemburg, Die russische Tragödie, September 1918, in: Spartakusbriefe (Berlin/DDR, 1958), S. 458 und Gesammelte Werke Band 4, S. 391.
40) Annelies Laschitza/Günter Radczun, Rosa Luxemburg, S. 431
41) In: Clara Zetkin, Ausgewählte Reden und Schriften Band II, S. 383 u.f.
42) Paul Levi, Vorwort zu: Die Russische Revolution, Aus dem Nachlaß von Rosa Luxemburg, 1922. Darstellung auch in: Charlotte Beradt, Paul Levi, Frankfurt 1969. Siehe auch Nettl, s. 480. Frölich, S. 286.
43) Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden am 15. Januar 1919 von Freikorps-Truppen, die der sozialdemokratische Innenminister Noske befehligte, verhaftet, mißhandelt und ermordet. Zwei Monate später wurde der Leiter des Spartakusbundes und KPD-Führer Leo Jogiches ebenfalls verhaftet und ermordert.
44) Levi, Vorwort S. IV
45) Leitartikel im „Vorwärts" vom 21.12.1921, zitiert bei Scharrer, Die Spaltung..., S. 108
46) In Lenin, Werke Band 33, S. 194. Lenin kritisierte in dem Text, daß sich die deutschen Kommunisten bei der Herausgabe von Rosa Luxemburgs Biographie und ihrer vollständigen Werke „in unmöglicher Weise verspäten".
47) Rosa Luxemburg, Die Krise der Sozialdemokratie (Junius-Broschüre), Ges. Werke Bd. 4, S. 157/158. (Odysseus zwischen Scylla — einem sechsköpfigen Seeungeheuer — und Charybdis — weibliches Seeungeheuer — eingeschlossen: in einer ausweglosen Lage).
48) Rosa Luxemburg, Die Revolution in Rußland, 4. April 1917, in: Spartakusbriefe, S. 305; Ges. Werke Band 4, S.245
49) Rosa Luxemburg, Der alte Maulwurf, Mai 1917; in: Spartakusbriefe, S. 323; Ges. Werke Band 4, S. 259
50) Rosa Luxemburg, Brennende Zeitfragen, August 1917; in: Spartakusbriefe, S. 356; Ges. Werke Bd. 4, S. 279
51) Rosa Luxemburg, Die russische Tragödie, September 1918; Spartakusbriefe, S. 460; Ges. Werke Bd. 4, S. 391
52) Zitiert bei Paul Frölich, S. 284
53) Manfred Scharrer, Die Spaltung..., S. 89
54) Rosa Luxemburg, Brennende Zeitfragen, Ges. Werke Bd. 4, S. 277/278
55) Vgl. Paul Frölich, S. 284/285.
56) Rosa Luxemburg, Die russische Tragödie, Ges. Werke Bd. 4, S. 389
57) Im Frieden von Brest-Litowsk verzichtete Rußland auf territoriale Ansprüche gegenüber Polen, Litauen und Kurland. Finnland und die Ukraine wurden als selbständige Staaten anerkannt. Rußland verlor damit ein Viertel seiner Bevölkerung, seines bebauten Landes und seines Eisenbahnnetzes, ein Drittel seiner Textilindustrie, 73% seiner Eisenindustrie und 75% seiner Kohlebergwerke.
58) Manfred Scharrer, Die Spaltung, S. 88/89
59) Im Zusatzvertrag zu Brest-Litowsk vom 27. August 1918 akzeptierte die SU den Verlust von Estland und Livland und erklärte sich zu Öllieferungen und 6 Milliarden Goldmark Entschädigungszahlungen an Deutschland bereit, wenn dieses auf Unterstützung der Konterrevolution der „Weißen" im Lande verzichtete.
60) Die Russische Tragödie, S. 387
61) Rosa Luxemburg, Zur russischen Revolution, Ges. Werke Band 4. Zum Selbstbestimmungsrecht die Seiten 345-352.
62) ebd., S. 352
63) ebd., S. 343; zur Kritik an der Agrarpolitik der Bolschewiki, Seiten 342-345
64) ebd., S.341
65) Zur Kritik an der Auflösung der Konstituierenden Versammlung, ebd. S. 353-356
66) Zur russischen Revolution, S. 358
67) ebd. S. 359
68) ebd. S. 363
69) Nettl, S. 485
70) Rosa Luxemburg, Die Nationalversammlung, Ges. Werke Bd. 4, S. 408
71) Zur Russischen Revolution, S. 359
72) ebd., S. 364
73) Konkret 4/88
74) Zur Russischen Revolution, S. 365

„Gorbatschow hat uns wachgeküßt...“

Interview mit Volker Einhorn (ausgeschlossenes Parteivorstandsmitglied der DKP)

Volker Einhorn war bis Frühjahr 1987 hauptamtlicher Funktionär der DKP und Mitglied des Parteivorstands. Er wurde Anfang 1988 endgültig aus der Partei ausgeschlossen (siehe AK 293).

Wir möchten mal mit einem Zitat von dir beginnen: „Früher oder später wird jede/r, die oder der die DKP verändern will, feststellen, daß dies nicht möglich ist“, schreibst du in einem von dir verfaßten Papier. Warum?

Weil Strukturen in der DKP existieren, abgesichert über etwas, was man Demokratiephilosophie oder Demokratiekultur nennen kann, die Veränderungen von unten nicht möglich machen. Vielleicht kann ich wichtige Punkte nennen. Im praktischen Verständnis des demokratischen Zentralismus hat die Parteiführung eigentlich in allen Fragen das letzte Wort. Beispiel: In der DKP werden im Präsidium/Sekretariat die gesamten Planstellen für den gesamten Apparat und auch die konkreten personellen Besetzungen beschlossen. Da gibt es zwar die Abstimmungen auf den verschiedenen Ebenen, im Kreis, im Bezirk, aber man bestätigt nur die Festlegung von oben — jedenfalls bis zum Kreisvorsitzenden runter.

Ist das auch im Statut so festgeschrieben, daß diese Leute von oben bestimmt werden?

Nein, im Statut steht, daß von unten nach oben gewählt wird. Abgestimmt wird ja auch von unten nach oben. Aber vom Selbstverständnis und von der Praxis her ist es halt so, daß im Sekretariat bzw. im Präsidium die Bezirksvorsitzenden, die Bezirkssekretäre und die Kreisvorsitzenden beschlossen werden. Das ist oftmals in der Partei nicht bekannt, demzufolge gibt es da keine Debatten darüber. Das gleiche Prinzip gilt übrigens auch für die Festlegung politischer Fragen. Die einzelnen Organisationsgliederungen und deren Vorstände sind nicht — im Rahmen der Generallinie — autonom und haben keine festgeschriebenen Kompetenzen, mit der Folge, daß die übergeordneten Leitungen so ziemlich in alles hineinregieren. Ein zweites Problem wären die Hauptamtlichen, und zwar aufgrund ihrer großen Anzahl, ihrer exponierten Rolle — der Besetzung aller Schlüsselstellungen — und ihrem „Selbstverständnis“. Von einem Hauptamtlichen wird immer verlangt, daß der oder sie die Position des Parteivorstandes vertritt. Ich selbst bin ja auch damit konkret konfrontiert worden. Ich hatte *meine* Meinung auf einer Kreismitgliederversammlung eingebracht. Ich war für den Vorrang der Wahlbündnisse gegenüber der Eigenkandidatur eingetreten. Das ist mir angekreidet worden und gegenüber der Eigenkandidatur eingetreten. Das ist mir angekreidet worden und war ein Grund, mich abzusetzen und zu entlassen. Das hätte gegen die „Thesen“ verstoßen und sei nicht das Recht eines Hauptamtlichen.

Das war also ein Kündigungsgrund?

Das war einer von drei Kündigungsgründen, genau.

Was ist denn mit der „Körperschaftsdisziplin“ gemeint, deren Abschaffung du in einem deiner Papiere forderst?

Das ist ein weiteres Problem, das ich benennen würde. Bleiben wir bei einem Parteitag und dem Parteivorstand. Wenn der Parteitag tatsächlich das höchste Parteiorgan wäre, müßte ja jede/r Delegierte das Recht haben, also auch ein Mitglied des Parteivorstandes, des Präsidiums/Sekretariats, seine persönliche Meinung auf dem Parteitag vorzutragen. Das geht aber nicht. Sondern von jedem Parteivorstandsmitglied wird erwartet, daß die vorher beschlossenen Positionen des Parteivorstands gemeinsam auf dem Parteitag vertreten werden. Wenn man also im PV in der Minderheit ist, kann man seine Position nicht auf dem Parteitag vortragen. Im Gegenteil, man muß die Position der Mehrheit vertreten. Damit aber werden den Kräften, die etwas verändern wollen, die „politischen Köpfe“ genommen.

Und eine letzte Geschichte, wenn es um die wesentlichen Sachen geht: Was man nicht weiß, das kann man auch nicht beurteilen und verändern. Das Prinzip Glasnost gilt in der DKP nicht. Als normales DKP-Mitglied erfährt man nur das, was der Parteivorstand einem mitteilt. Solche Dinge (abweichende Meinungen) finden sich ja in der UZ oder in anderen Organen nicht oder kaum wieder und es ist somit nicht bekannt, welche Grundsatzdebatten in der DKP zum Teil geführt werden. Und ich denke, daß alleine diese vier Punkte — eine Reihe meiner politischen Freunde sieht das anders — es als unwahrscheinlich erscheinen lassen, daß die DKP mit diesen Strukturen noch veränderbar ist — von unten wohlgemerkt.



Du formulierst als Forderung, daß der Parteiapparat auf ein „natürliches Maß“ reduziert werden muß. Was wäre das „natürliche Maß“?

Die Hälfte — oder noch besser ein Zehntel — würden es auch tun. Es muß ein Verhältnis erreicht werden, wo die Hauptamtlichen die Mitgliedschaft, sagen wir einmal, nicht an die Wand drücken können.

Nach eurer Einschätzung befindet sich die DKP derzeit in einer angespannten Lage, du sprachst mal von einem Kessel unter Druck. Aber doch sicherlich nicht nur in Erlangen bzw. Nordbayern, warum hat es gerade euch erwischt?

Warum gerade wir in Erlangen ausgeschlossen worden sind? Das ist höchstwahrscheinlich ein Zufall. Konflikte entwickeln sich immer konkret, auch ein bißchen mit Lokalkolorit. Die Frage ist, ob der Ausschluß insgesamt in die Entwicklung der Partei hineinpaßt und ich glaube, daß solche administrativen Maßnahmen irgendwann kommen mußten, um für eine bestimmte Denkrichtung in der DKP ein Zeichen zu setzen: Schaut, so kann das enden! Und so zur Disziplinierung beitragen.

Bekommt denn das die Basis überhaupt mit? Du hast ja vorhin selbst erzählt, daß die Informationskanäle nicht so offen sind. Vor allem von eurer Denkrichtung *die Informationskanäle nicht so offen sind. Vor allem von eurer Denkrichtung* *erfährt man ja gar nichts.*

In der Tat. Das Informationsmonopol der Parteiführung führt eben dazu, daß man selbst im Nebenkreis nicht erfährt, was z.B. in Erlangen los ist. Die Information geht von der Gruppe zum Kreis, vom Kreis zum Bezirk und von dort zum Parteivorstand. Und der PV entscheidet, ob dann diese Information nach unten weitergeht, oder auch nicht. Es gibt leider keine horizontalen Informationsstränge, und es findet sich auch in der Presse nichts wieder. Aber: In dem Moment, wo die offiziellen Strukturen eine bestimmte Sache nicht hergeben, entwickelt sich in der Regel ein Leben daneben. Es wird offiziell nicht darüber gesprochen, aber viele wissen Bescheid.

Wer hat die Ausschlüsse überhaupt entschieden, letztendlich? Praktisch wurde es ja hier im Bezirk eingeleitet und durchgezogen.

Wie gesagt — wichtige Entscheidungen werden in Düsseldorf beim PV getroffen, oder präziser durch das Präsidium bzw. das Sekretariat, und es wird kein Ausschlußverfahren von Seiten des Bezirks eröffnet, bevor nicht eine Absprache stattfindet. Nachdem man die Sache abgesprochen hat bzw. die Geschichte abgesegnet ist, wird ein solches Verfahren eröffnet. Und man kann darüber Mutmaßungen anstellen, ob zuerst der Wille in der Region vorhanden war oder ob das von oben angetragen worden ist, ich tippe auf letzteres.

Dann war es ja praktisch ausgeschlossen, daß das Bundesschiedsgericht den Ausschluß noch einmal hätte rückgängig machen können bzw. wollen.

Völlig richtig. Die Entscheidung stand vorher fest und die Sitzung der zentralen Schiedskommission war Zirkus. So lief es ja auch ab. Überhaupt: die Schiedskommission fällt in solchen Sachen nicht die Entscheidung, das macht die „zuständige“ Leitung.

Du schreibst in deinem Papier: „In der DKP erleben wir gegenwärtig den Beginn einer politischen Auseinandersetzung.“ Was meinst du mit „Beginn“? Auseinandersetzungen um Themen, die euch auch bewegen, gibt es doch schon länger. Beispiel: Wahlbündnisse. Seit den ersten Erfolgen der Grünen wird doch darüber auch in der DKP debattiert und gestritten — siehe Hamburg.

Das ist richtig. Es gibt schon seit längerer Zeit Auseinandersetzungen über politische Fragen. Aber ich denke, es waren bisher Einzelfragen, die zur Diskussion standen. Das Wahlbündnis war die eine Frage, es ging auch um die Einordnung der Frauenfrage, der Frauenbewegung. Um die Stärkung der DKP wurde sehr kontrovers diskutiert. Aber ich glaube, daß es damals um Einzelfragen ging, während sich jetzt langsam herauskristallisiert, daß es um Politikkonzepte in der Gesamtheit geht.

Das liegt an den, nennen wir es einmal veränderten politischen Umweltbedingungen. Da sind die Produktivkraftentwicklungen, die objektiv völlig neue Probleme aufwerfen und die von uns nicht oder nicht ausreichend verarbeitet werden. In der Folge verändert sich auch unsere Klasse, der Sozialstruktur, dem Bewußtsein nach. Die Bedeutung der Intelligenz nimmt zu. Das wiederum spiegelt sich in der Partei wider. Das Bildungsniveau der Arbeiter und damit ihre politischen Ansprüche haben sich verändert, veau der Arbeiter und damit ihre politischen Ansprüche haben sich verändert, erhöht. Der Frauenanteil beträgt bald 50% und das stärkt das selbstbewußte Element und der Anteil der Intelligenzler ist gewachsen und die haben ja in der Regel eine bessere Antenne für neue Prozesse. Die Massenbewegungen und die Mitarbeit von vielen Kommunisten darin hatten eine überwiegend positive Rückwirkung auf die Organisation im Sinne von Demokratisierung und Politikfähigkeit.

Aber das Ganze wäre nicht so zum Tragen gekommen, wenn Gorbatschow uns nicht „wachgeküßt“ hätte. Er hat uns wieder das „Selbst-denken“ gelehrt, nicht das „Nachdenken“ im Sinne von nachplappern. Bei der bekannten geistigen Nähe der deutschen Kommunisten zur KPdSU und zur SED konnte der Impuls wohl auch nur von draußen kommen. Diese „politischen Umweltbedingungen“ haben dazu beigetragen, daß mehr oder weniger die gesamte Partei in die Auseinandersetzung einbezogen ist — im Gegensatz zu früher.

Wenn man sich z.B. die „Marxistischen Blätter“ der letzten Monate anschaut, da könnte man den Eindruck gewinnen, als würde da sehr offen und kontrovers in der DKP diskutiert. Ich denke da an die Artikel von Fülberth oder auch von Heinz Jung, wo wirklich Grundpositionen infrage gestellt werden. Vor diesem Hintergrund überrascht es uns, daß die Partei so scharf auf andere innerparteiliche Kritiker, wie z.B. euch, reagiert. Warum dürfen gerade Fülberth und Jung ihre kritischen Positionen formulieren, ihr aber nicht?

Ich glaube, daß es genau diese beiden Dinge gibt. Administrative Maßnahmen, die — wie bei uns — mit dem Ausschluß geendet haben und gleichzeitig offenere Diskussionen. Ich denke, daß darin zum einen zum Ausdruck kommt, daß die Kräfteverhältnisse nicht so eindeutig sind, daß man unliebsame GenossInnen schlechthin ausschließen oder in ihrer Bewegungsfreiheit einengen kann. Zum einen, und zum anderen denke ich, daß eine Diskussion, die nun schon mal zugelassen werden muß, auch dazu dienen kann, genauer zu registrieren, wo denn diejenigen sind, die man vielleicht morgen ausgrenzt. Wir werden sehen, ob die offeneren Diskussionen jetzt zu einer realen Veränderung führen. Ich lasse mich gerne positiv überraschen.

Du setzt sehr viel Vertrauen in die Basis der DKP, wenn du z.B. schreibst: „Die praktischen Erfahrungen besagen sogar, daß erst, wenn alle mitreden, wir die richtige Politik machen“. Setzt das nicht eine ganz andere Basis voraus? Eine Basis, die sich beispielsweise das alles nicht gefallen läßt, was euch passiert ist?

Ich gehe davon aus, daß die Prozesse, die heute politisch verarbeitet werden müssen, derart vielschichtig und kompliziert sind, daß es in der Tat notwendig wäre, das gesamte Potential einer Partei — vor allem das wissenschaftliche — zu mobilisieren und daß logischerweise mehr dabei herauskommt, wenn alle über die Politik nachdenken und bewußt eingreifen, als wenn die Politik von wenigen entschieden wird. Das ist erstmal der Grundgedanke. Und gleichzeitig wäre es nicht richtig zu sagen, *die* Mitgliedschaft der DKP würde sich heute politisch gegen die Parteiführung entscheiden. Das wäre viel zu kurz gegriffen. Dennoch muß man dar- teiführung entscheiden. Das wäre viel zu kurz gegriffen. Dennoch muß man dar-über nachdenken, wie morgen/übermorgen demokratische Strukturen einer KP aussehen können. Und ich denke, das Entscheidende wird sein, daß in der Tat die Parteibasis das letzte Wort hat, real entscheidet. Da können auch Fehler gemacht werden. Es gibt keine Garantie, daß keine Fehler gemacht werden. Nur sicher ist auch: Wenn viele entscheiden, werden die Fehler nicht so groß sein als wenn wenige entscheiden, ja die Mehrheit gar ausgeschlossen wird.

Dennoch erscheint es mir nur schwer vorstellbar — gerade vor dem Hintergrund des von dir beschriebenen parteiüblichen Umgangs mit Kritikern — deine Vorstellungen von Demokratie auf die DKP zu übertragen, eine Partei, die von Tradition und Praxis völlig anderes gewöhnt ist.

Wenn man sagt, das gefällt mir so nicht, dann ist es auch ziemlich sinnvoll zu sagen, wie es anders werden kann. Im übrigen bleibe ich Kommunist, kämpfe also weiterhin für eine KP, in der der demokratische Zentralismus gilt. Wenn die DKP nicht verändert wird, muß es eben eine neue Partei geben. Es gilt den Ursachen dieser Deformationen auf den Grund zu gehen, damit Strukturen und eine entsprechende Demokratiekultur entwickelt werden, die immerwährende Entstalinisierungen überflüssig machen. Und letztlich ging es bei dem Papier auch um individuelle Vergangenheitsbewältigung. Schließlich habe ich die Politik aktiv mitgetragen, und ich war, glaube ich, ein besonders scharfer Durchzieher. Warum habe ich so gehandelt? Und: Wie werde ich selbst wieder demokratiefähig? Augenblicklich ist die Demokratisierung bzw. die Forderung danach in der Tat *der* Knackpunkt für die DKP. Es könnte auch der Sprengsatz werden.

Werden aber nicht auch von Parteiideologen wie Willi Gerns Mängel in der innerparteilichen Demokratie festgestellt? Da wird doch offensichtlich auch gesehen, daß da etwas nicht stimmt.

Es sprechen eigentlich alle in der Partei von innerparteilicher Demokratie, tun es aber ganz bewußt in Abgrenzung zu dem Begriff „Demokratisierung“, der in der Parteidebatte auch verwendet wurde. Man kann viel reden, wenn der Tag lang ist. Die Praxis ist entscheidend, nicht das gesprochene Wort.

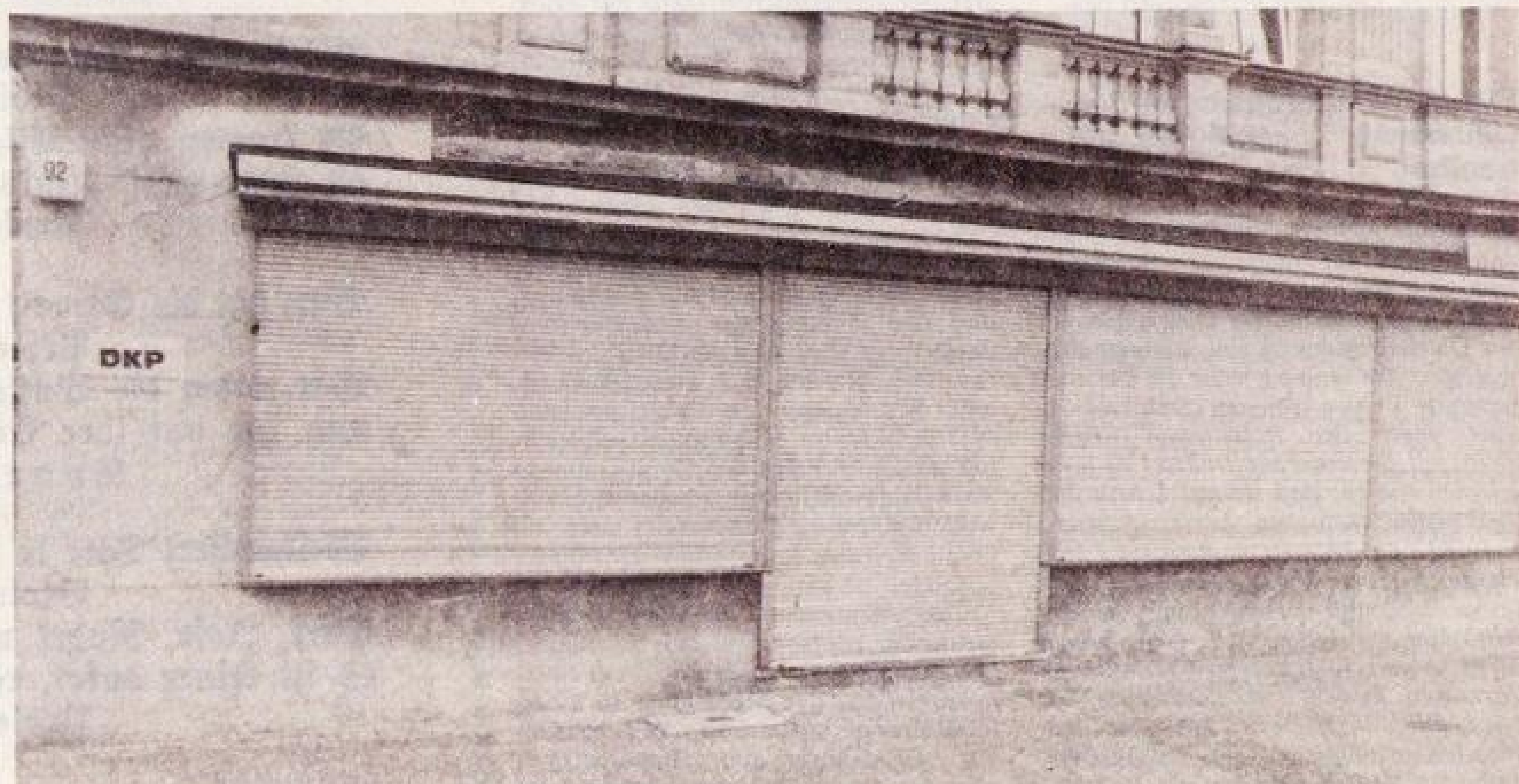
Es gibt aber doch neuerdings veröffentlichte Protokolle des Parteivorstands. Ist das nicht eine praktische Änderung?

Es gibt in der Tat die Veröffentlichung der PV-Tagungen, parteiintern in einem Informationsdienst. Das ist positiv, das gab's früher nicht und ich denke, das spricht auch dafür, daß im PV mit mehr Bestimmtheit auf Veränderungsprozesse gedrängt wird. Muß ich annehmen. *Aber:* Die vorletzte PV-Tagung zeigt, daß das auch seine Grenzen hat. Von dieser PV-Tagung wurden nur 9 Diskussionsbeiträge veröffentlicht, es wurden aber weitaus mehr gehalten — laut Kommuniqué. Die Frage ist, warum die anderen Diskussionsbeiträge nicht veröffentlicht wurden. Und wir werden sehen, ob die neue Regelung auch weiterhin gilt. Von der letzten PV-Tagung gab's nämlich überhaupt keine Diskussionsbeiträge, nicht einmal das Referat.

Kannst du einmal kurz skizzieren, um wel- *Kannst du einmal kurz skizzieren, um wel-**che politischen Fragen es dir und eurer Gruppe geht und wo ihr wesentliche Differenzen zur DKP seht?*

Das würde wahrscheinlich, abhängig vom politischen Standort, unterschiedlich beantwortet. Ich versuche es mal stichwortartig und kann auch nur für mich sprechen. Für mich sind das drei Komplexe, die aber alle miteinander zusammenhängen. Zum ersten: Es geht um die Demokratisierung. Zum zweiten: Es geht um die Bewältigung unserer Vergangenheit. Wir brauchen die bewußte Ver-

Fortsetzung nächste Seite



Schotten dicht! (Ein DKP-Büro in Nordbayern)

Fortsetzung von vorheriger Seite

arbeitung des Stalinismus, damit wir wieder zu Marx und Lenin vordringen können. Und zum dritten: Es gibt die vielen neuen Prozesse, die wir zu verarbeiten haben. Schöpferischer Marxismus ist gefordert, keine Schriftauslegung. Fertige Antworten gibt es zur Zeit aber nicht.

Folgende Fragestellungen möchte ich benennen: Das dialektische Wechselverhältnis von Reform und Revolution ist genauer zu bestimmen und dabei ist der Stellenwert von Reformen und der Kampf darum höher zu veranschlagen. Wir dürfen den Klassenkampf in der Praxis nicht gleichsetzen mit sozialökonomischer Interessenvertretung. Gleichzeitig müssen wir den Friedenskampf in den Mittelpunkt der Politik rücken und solche Fragen wie die Ökologie und andere globale Probleme, die Frauenfrage und die Demokratie ernster nehmen. Der Bündnispolitik und den Bündnispartnern ist theoretisch und praktisch eine andere Rolle zuzubilligen. Wir können sie nicht länger als zeitweilige Begleiter betrachten, die sich früher oder später mit einer untergeordneten Rolle abzufinden hätten. Unser Land muß auf der Basis sozialistischer Eigentumsverhältnisse eine sozialistisch-pluralistische Bundesrepublik sein. Das ergibt sich aus den Kräftekonstellationen in diesem Land, wie auch aus der Verarbeitung unserer stalinistischen Vergangenheit.

Es geht um ein neues Verhältnis zu den sozialistischen Ländern. Ihre Politik deckt sich nicht automatisch mit den Interessen der internationalen Arbeiterklasse, der unseres Landes und der Auffassung der KommunistInnen der Bundesrepublik. Außerdem wurden wir von den Bruderparteien oft nicht richtig informiert. Es gilt also eine eigene Position bei der Beurteilung des realen Sozialismus zu beziehen und diese öffentlich zu formulieren.

Zum Schluß noch ein paar Worte zu eurer Weiterarbeit: Wie seht ihr denn jetzt die Aufgabe eurer Zeitung „Aufbruch", eurer Gruppe in Bezug auf die DKP?

Diejenigen, die hier in Erlangen ausgeschlossen worden sind oder in der Folge dieser Auseinandersetzungen ausgetreten sind, wollen ihr politisches Selbstverständnis nicht aufgeben. Wir gehen davon aus, daß der wissenschaftliche Sozialismus, wie er von Marx, Engels und Lenin begründet wurde, richtig ist und es sinnvoll ist, mit einer kommunistischen Partei für die Veränderung der Bundesrepublik zu kämpfen. Aber Fakt ist auch, daß wir rausgedrängt worden sind. Wir publik zu kämpfen. Aber Fakt ist auch, daß wir rausgedrängt worden sind. Wir werden hier vor Ort mit unserem kommunistischen Selbstverständnis in das politische Geschehen eingreifen und wissen natürlich, daß unsere Zukunft nicht unwesentlich davon abhängen wird, wie sich die DKP entwickelt. Zugespitzt: Entweder wir können morgen wieder in die DKP eintreten, weil sie sich verändert hat, was ich nur als eine theoretische Möglichkeit ansehe, oder es wird möglicherweise eine größere Gruppe aus der DKP herausgedrängt werden. Da wird man weitersehen müssen. Es wird möglicherweise, wie in vielen anderen Ländern auch, eine zweite kommunistische Partei entstehen. Abgesehen davon, daß es auch Kommunisten außerhalb der DKP gibt.

Das jetzt zu der Gruppe, die hier in Erlangen existiert. Was die Zeitschrift betrifft: Dem Charakter nach soll sie Diskussionen, die es in der DKP gibt, widerspiegeln. Glasnost ist die Losung. Demzufolge ist das auch keine Fraktionszeitung und auch kein Organ, um von draußen auf die DKP einzuwirken. Das geht so nicht, das weiß ich aufgrund eigener Erfahrungen nur zu gut. Ich verstehe mich da auch nur als eine Art Schaltstelle. So was braucht halt eine Adresse. Und dieser „Dienst" wird von DKP-Mitgliedern angenommen werden oder aber auch nicht. Dann wird das Ding wieder eingestellt. Der Begriff Zeitschrift ist übrigens überhöht — schließlich geht es nur um eine Sammlung kopierter Diskussionsbeiträge.

Nochmal zu Glasnost: Diesen Grundsatz zu praktizieren, ist gar nicht so einfach. Schließlich wird Glasnost auch benutzt, um die dahinterstehende Politik zu bekämpfen. Aber letztlich darf nicht vergessen werden, daß ursächlich die Fehler selbst schädlich sind, nicht deren Bekanntmachung. Und schließlich ist das Wissen um die Fehler die einzige Möglichkeit, sie zu verhindern. Deshalb darf den Mitgliedern nichts verheimlicht werden. Und warum sollen dem sozialen Hauptadressaten — der Arbeiterklasse — die Debatten in „ihrer" Partei vorenthalten werden? Aber ich gestehe gerne ein, daß auch ich noch Schwierigkeiten mit Glasnost habe und immer wieder schwanke zwischen Glasnost und der Loyalität gegenüber meinen ehemaligen GenossInnen.

Kontakt:
Volker Einhorn, Hindenburgstr. 64
8520 Erlangen, 09131/26405

Kostenlos für den Verfassungsschutz?

Nichts, absolut nichts hat sich im Diskussionsstil der DKP geändert, sofern Leute es wagen, Dogmen der Partei infragezustellen. Die Erlanger Ausgeschlossenen, bzw. Ausgetretenen, die wir im letzten AK vorgestellt haben, sind die aktuell vom Bannstrahl der Partei Betroffenen. Stein des Anstoßes ist der von Volker Einhorn herausgegebene „Aufbruch: Dokumente und Materialien" (Titelmotto: „Lenin: ‚Mehr Licht! Die Partei soll alles wissen ...' "), der sich an parteikritische Mitglieder der DKP wendet. In der ersten Nummer ist ein Aufsatz Einhorns über „Erfahrungen mit dem demokratischen Zentralismus in der DKP. Erste Lehren" abgedruckt, in dem es an einer Stelle heißt: *„Summiert kann festgestellt werden, daß in der DKP die Parteibasis keinen wesentlichen Einfluß hat und eine Veränderung von unten (!) nicht möglich ist. Die Geschichte der Kommunistischen Partei seit Stalin/Thälmann beweist das leider auch praktisch. Es gilt in der Parteipraxis weder das eigene Statut, geschweige denn Lenins Verständnis von Demokratie und Zentralismus."*

Dadurch sei nicht Stalin, aber Thälmann beleidigt worden, und das in einer Zeit, wo die DKP und demokratische Öffentlichkeit um die Bestrafung seiner Mörder kämpfen, greift die Parteizeitung UZ den Ketzer an. *„Selbstenthüllung eines Abtrünnigen"* ist ihre Abrechnung mit Volker Einhorn überschrieben (siehe nebenstehende Dokumentation). Neben diesem Versuch, heilige Kühe zu mobilisieren und den Bruch von DKP-Tabus anzuprangern („in einer Zeit, wo alle Kräfte der Partei" auf dieses oder jenes zentrale Ziel ausgerichtet werden müßten, mäkeln diese Leute an fehlender innerorganisatorische Demokratie herum), werden allerschwerste Geschütze aufgefahren. Wer nicht für die DKP ist, ist erstens gegen sie, zweitens kein Kommunist und drittens — bezahlt oder unbezahlt — Agent des Verfassungsschutzes; dieses Schema ist uns Nicht-DKPlern hinlänglich aus den Siebziger Jahren bekannt. Die Verbannung der Erlanger „Anti-Kommunisten" ist auch eine Warnung an alle in der DKP, zukünftig jeden Kontakt zu ihnen zu meiden.

Die Methode „Verfassungsschutzagent" ist die widerwärtigste, die die DKP-Führung in Auseinandersetzungen mit Kritikern zu bieten hat. Nachdem die Debatte um die „Hamburger Linie" im August/September 1987 öffentlich wurde, hat der Parteivorstand die Grenzen abgesteckt. Das Hamburger DKP-Bezirksvorstands-Mitglied Andreas Müller-Goldenstedt („Mügo") ist für sein „taz"-Interview vom 6.10.87 nur verwarnt worden (diese „Nachsicht" scheint jetzt vorbei). Bereits Anfang September letzten Jahres — als der „Spiegel" mit Veröffentlichungen über die glasnostischen Widersprüche in der DKP herauskam, registrierte Mies-Stellvertreterin Ellen Weber *„unübersehbar die Handschrift des Verfassungsschutzes"* (UZ, 11.9.87). In diesen Rahmen reihe sich der *„primitive Antikommunismus"* der „taz" ein, so Ulrich Sander in der UZ vom 10.10.88.

„Die WELT, die TAZ und das AMT"

Unmißverständlich hat Fritz Noll, Sekretär beim Parteivorstand, nachgekartet: *„‚Die Welt', die ‚taz' und das ‚Amt'„* überschreibt er seine *„Gedanken zu der jüngsten Anti-DKP-Kampagne"* (UZ, 17.3.88), die erste offizielle Reaktion auf die Veröffentlichung der Erlanger Ausschlüsse und das Einhorn-Interview. Es lohnt ein kleiner Blick auf die Methode der Auseinandersetzung: Zunächst wird Springers „Welt" und ihre Veröffentlichung zur DKP abgehandelt: *„Die Absichten der ‚Welt' und des Verfassungsschutzes sind durchsichtig. Man will in die DKP Verwirrung hineintragen, will spalten und Mißtrauen in Politik und Führung der DKP säen."* So weit, so dem DKP-Mitglied bekannt. In der Partei werde diskutiert — *„gewiß nicht unkompliziert und keineswegs problemfrei"*, aber *„freimütig"*, so Noll. *„Daß auf diesem Wege auch einige Verluste eintraten, haben wir weder verschwiegen noch beschönigt." „Natürlich klinken sich in einen solchen Klärungsprozeß Kräfte außerhalb der DKP ein, (...) die eine Chance sehen, den nunmehr 70jährigen Kampf gegen die Kommunisten mit anzuheizen."* Diese Ehre wird hier der „taz" angetan. Doch Gemach, *„jegliche Erregung über Antikommunismus ist fehl am Platze"*, erregt sich Noll, bei einer Partei die 25 Jahre in der Illegalität, 12 Jahre im antifaschistischen Widerstand, 12 Jahre unter Adenauer verboten war, *„eine solche Partei hat Erfahrungen, wie der reaktionäre Staatsapparat mit ihr umgeht"*. Sind Größe und Bedeutung der von außen kommenden Angriffe nicht klar?, wo doch *„ganze Stäbe des Verfassungsschutzes mit der alleinigen Aufgabe befaßt sind, gegen die DKP zu arbeiten"*. Und *„das alles vor dem Hintergrund sich verschärfender Auseinandersetzungen"* im Lande! „Freimütig" ja, aber: so wie Perestroika *„von jedem Kommunisten der KPdSU höchste Anforderungen an Beschlußtreue, an Einhaltung des Prinzips des demokratischen Zentralismus, an kommunistischer Einsatzbereitschaft und Moral"* erfordere, so gelte hierzulande: *„Nur so und nicht anders sind die Aufgaben, die das Leben der DKP stellt zu lösen."* Wer traut sich da noch, anders Kritik zu üben, als es diese Parteifunktionäre gewohnt sind?

Es gehörte sicher nicht zu den besten Ideen von Volker Einhorn, ausgerechnet die „taz" als erstes Forum für den Versuch einer Auseinandersetzung um die DKP-Strukturen zu nutzen. Nicht weil man dies in der „taz" nicht darf — solche Tabus überlassen wir den Mies/Weber/Noll/Feldmann. Nein, weil in aller Regel die „taz" nicht das geringste Interesse hat, eine ernsthafte Diskussion um die Probleme kommunistischer Politik und Organisierung zu führen, sondern das Sensationelle in der Krise linker Politik sucht. Da läßt man schon mal fünfe grade sein. „Mügo", aus der Vergangenheit bekannter beinharter Hundertprozentiger der DKP, wird von der „taz" (7.3.88) kurzerhand in den Rang eines *„bekannten Querdenkers"* erhoben. Einhorn wurde in das Interview mit der „taz" (15.3.88) der Satz reingeschoben: *„Diese Partei wird es immer geben. Selbst wenn am Ende 15 Menschen übrigbleiben, werden die sich ‚DKP' nennen"*, den *„ich nicht gesagt habe"*, wie er im Leserbrief an die „taz" am 24.3. schreibt.

Solche Korrekturen tun *„hier nichts zur Sache; damit muß offenbar leben, wer der ‚taz' ein Interview zum Thema DKP gibt"*, höhnt UZ-Autor Feldwebel am 23.4.88. Noll macht klar, daß in der DKP alles beim Alten bleiben soll: Wer anderswo als in den Organen der Partei diskutiere, erreiche *„Lähmung und Selbstzweifel"*, *„nicht Aktions- und Handlungsfähigkeit"*. Nichts ist ihnen mehr Greuel als die Vorstellung, daß die einstigen Gewißheiten nicht mehr gültig sein könnten. Da wird denn auch das „neue Denken" flugs ins alte Schema integriert. Auf dieser Ebene nichts Neues bei der DKP.

hr.

Lesehinweise

Artikel zur DKP-Debatte im AK:
— Dokumente zur Hamburger DKP-Debatte; UZ-Artikel von Ellen Weber vom 11.9.87 in: AK 286, S. 38/39
— Der Fall „Mügo", das „taz"-Interview sowie neue Hamburger Debattenbeiträge in: AK 287, S. 37/38
— Interview mit dem Schriftsteller Erasmus Schöfer: AK 288, S. 41
— Interview mit Thomas Neumann (Düsseldorfer Debatte): AK 289, S. 35
— Nachdruck des Artikels: „Die Autonomen" aus „Marxistische Blätter" 1/88: AK 290, S. 31
— Artikel zur Januartagung des Parteivorstands (Mies) und Willi Gerns zur „Organisationsfrage" AK 291, S. 41
— Die Erlanger Ausschlüsse und die Erklärung der Ausgeschlossenen: AK 293, S. 34/35.

Selbstdarstellung Alten Denkens

Über die Selbstenthüllungen eines Abtrünnigen

Dokument aus der „uz"

Der nachfolgende Artikel ist aus der UZ vom 25. April 1988. Wir haben ihn um ein Viertel gekürzt.

In diesen Tagen wurde Mitgliedern der DKP — ungebeten — das Erscheinen eines Blättchens mit dem Titel „Aufbruch" und der Unterzeile „Dokumente und Materialien" angekündigt und eine erste Ausgabe dieser Schrift verbreitet. Herausgeber: Volker Einhorn. (...)

Volker Einhorn war bis Mitte des vergangenen Jahres hauptamtlicher Mitarbeiter des DKP-Parteivorstandes. Er wurde zu diesem Zeitpunkt von dieser Tätigkeit entbunden, weil er den damit verbundenen Aufgaben und der Verantwortung nicht gerecht geworden war. Nach dem Ausscheiden aus der hauptamtlichen Tätigkeit entwickelte er als Vorsitzender der Ortsgruppe Erlangen der DKP eine ausgesprochen destruktive Tätigkeit. Er mißachtete Beschlüsse des Kreis- und Bezirksvorstandes und organisierte in der Grundorganisation „Gegenbeschlüsse". Dabei suchte und fand er Personen, die gemeinsam mit ihm in gleicher und ähnlicher Weise agierten: Sophie Wünsch und Manfred A. Heinrichs. Die Folge dieser destruktiven Tätigkeit war die fortschreitende Zerrissenheit der Kreisorganisation, ihre politische Lähmung. Auf politische Erscheinungen wurde kaum noch reagiert. Die Öffentlichkeitsarbeit kam fast ganz zum Erliegen. Betriebs- und Ortszeitungen erschienen nicht mehr. Es entstand schwerer Schaden für die Partei.

Die von Einhorn und seinen Freunden herbeigeführten Schwierigkeiten beeinträchtigten die wirksame Tätigkeit der Partei in Erlangen in einer Zeit, in der im ganzen Bezirk Nordbayern der Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze in der Maxhütte auf der Tagesordnung stand und die Bezirksorganisation der DKP alle Kräfte mobilisierte, diesen Kampf für die Interessen der Arbeiter solidarisch zu unterstützen. (...)

Die drei Betroffenen haben sich selbst in einer „Erklärung zu unserem Ausschluß", die sie an Mitglieder der DKP im ganzen Bundesgebiet verschickten, zu „kritischen Geistern" ernannt, die aus der Partei „rausgedrängt" würden. Einhorn hat in einem Interview mit der „taz" für sich und seine Freunde reklamiert, „Querdenker" zu sein (daß Einhorn in einem nachfolgenden Leserbrief „Schwierigkeiten mit der veröffentlichten Interview-Fassung" bekundete, tut hier nichts zur Sache; damit muß offenbar leben, wer der „taz" zum Thema DKP ein Interview gibt.)

Dazu muß man anmerken: Die „kritischen Geister" sind in der DKP organisiert. In der DKP kann kreuz und quer gedacht und leidenschaftlich um den besten Weg gestritten werden, gerade auch die breit veröffentlichten Diskussionen unterstreichen das. Aber aus den Diskussionen entsteht Politik, entstehen auf aktives Handeln orientierende Beschlüsse. Und da wird sich auch mancher der Diskutanten in der Minderheit befinden. Die Mehrheit hat anders beschlossen. (...)

Wer das Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, der Anerkennung der Verbindlichkeit von demokratisch gefaßten Beschlüssen für alle Mitglieder unserer Kampfgemeinschaft nicht mittragen kann (so etwas kann es ja geben und braucht auch nicht in jedem Fall ehrenrührig zu sein), muß ehrlicherweise die Kommunistische Partei verlassen. Aber ebenso ehrlicherweise sollte er dann den Anspruch aufgeben, sich als Kommunist bezeichnen zu können.

„Wir wollen als KommunistInnen — nun außerhalb der DKP — mit darüber nachdenken, wie kommunistische Politik heute aussehen muß, und in unserer politischen Praxis zeigen, wie kommunistische Politik erfolgreich sein kann", schreiben die drei Ausgeschlossenen und sie kündigen ihre „organisierte kommunistische Tätigkeit außerhalb der DKP" an.

Im klassischen Sprachgebrauch der revolutionären kommunistischen Bewegung nennt man das den Versuch, von außen Fraktionstätigkeit und Spaltung in die kommunistische Partei hineinzutragen.

Da sind wir dann wieder beim „Aufbruch" und unseren Fragen: Wer soll da aufbrechen? Und wohin? Oder: Wer will da aufbrechen? Und wen oder was? Es handelt sich wohl eher um den Versuch, anderswo einzubrechen.

Zunächst darf angenommen werden, daß das Blättchen an Mitglieder der DKP geschickt werden soll, deren Adressen Volker Einhorn in seiner hauptamtlichen Tätigkeit für die Partei kennengelernt hat. In der Ankündigung steht, daß „Diskussionsbeiträge, Materialien und Informationen" veröffentlicht werden sollen, „die zur Zeit in anderen Presseorganen nicht berücksichtigt werden". Reden, Beschlüsse und Diskussionsbeiträge von Parteivorstandstagungen und anderen Parteigremien, einschließlich wissenschaftlicher Konferenzen etc. können da wohl nicht gemeint sein. Die werden ja „in anderen Presseorganen", nämlich in der UZ, den DKP-Informationen und anderen Publikationen veröffentlicht.

Weiter heißt es, es „sollen interessante Artikel aus der Presse nachgedruckt werden". Solche aus der UZ wohl kaum — die kann jedes DKP-Mitglied selbst lesen. Was aber ist für Einhorn „interessant"? Etwa Artikel über die DKP, wie sie in jüngster Zeit in bürgerlichen Zeitungen wie „taz", „Frankfurter Rundschau", „Welt" und „Spiegel" fabriziert wurden? Deren Machart und Zweck wurden von Ellen Weber und Fritz Noll in der UZ charakterisiert.

Will Einhorn die bürgerliche Pressekampagne, ihre Verleumdungen der DKP gezielt an Mitglieder der DKP herantragen und mit dem Anspruch „Kritik von links" weitertreiben oder glaubwürdig zu machen versuchen?

In der jetzt verbreiteten ersten Nummer des sogenannten „Aufbruch" wird die politische Grundsatzlosigkeit des Herausgebers erkennbar. Neben einem Nachdruck aus einer alten Ausgabe des „Spiegel" erscheint der Nachdruck einer Diskussion von Funktionären der internationalen kommunistischen Bewegung aus der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus", die dort im März '88 veröffentlicht wurde. Dieser Mangel an Originalität wird kaschiert mit einem Artikel von Lenin, wobei Volker Einhorn nicht zur Kenntnis nehmen will, daß gerade Lenin für Abtrünnige vom Schlage Einhorns nur Verachtung übrig hatte. (...)

In einer Zeit, in der die DKP und die demokratische Öffentlichkeit darum kämpft, daß einer der Mörder Ernst Thälmanns, der in Düsseldorf vor Gericht steht, seine Strafe findet, bringt es Einhorn sogar fertig, die Persönlichkeit Thälmanns als Vorsitzender der KPD und als Antifaschist zu verleumden, indem er Thälmann in der Frage der Organisationsprinzipien in Widerspruch zu Lenin stellt.

„Eine Chance hat ‚Aufbruch' nur, wenn auch Du interessante Sachen lieferst", heißt es bei Einhorn. Und weiter: „Es können nur wichtige Sachen veröffentlicht werden." Was wichtig ist, entscheidet Einhorn offenbar allein — ganz im Gegensatz zu den basisdemokratischen Prinzipien, die er der revolutionären Partei der Arbeiterklasse aufdrängen möchte.

Aber davon abgesehen: Mit den „Einsendungen", auf die Einhorn spekuliert, könnte er leicht ein sogenanntes „Stimmungsbild" aus der Partei zeichnen, ein Zerrbild, das sicher Futter für die bürgerlichen Meinungsmacher und andere Stellen wäre.

Wir haben Volker Einhorn keine Ratschläge mehr zu geben. Er ist nicht mehr Mitglied der DKP, er ist ausgeschlossen worden. Aber natürlich weiß er, wem mit seinem Blättchen Schützenhilfe geleistet wird. Wir wissen aus einer ganzen Reihe von Anwerbungsversuchen der letzten Zeit, denen Mitglieder der DKP durch Agenten des Verfassungsschutzes ausgesetzt waren, daß der Verfassungsschutz großen Wert auf „Stimmungsbilder" aus der DKP legt — und wir wissen auch, wieviel sie ihm wert sind. Es könnte sein, daß Einhorn sie kostenlos liefert.

Masse — Partei — Klasse

Die DKP diskutiert die Organisationsfrage

Wer die UZ aufschlägt, stellt fest: Unverändert, immer gleich sprühend vor Langeweile, das zentrale Organ der DKP. Wer die seit Tschernobyl laufenden Ausgrenzungen von Partei-Kritiken in dieser Zeitung verfolgt, wie jüngst wieder die gradlinige Schlußfolgerung vom Verfassungsschutz über die bürgerliche Presse zu den Erlanger Kritikern, der muß zu dem Ergebnis kommen: unverwechselbar DKP. Wer die kuriose Selbstverarschung zum Ausgang der Landtagswahl in Baden-Württemberg (DKP: 0,2) liest, wenn beklagt wird, daß die DKP erfolglos *„um die Einheit der Kräfte links von der CDU gerungen"* habe, denn *„SPD, FDP und Grüne lehnten teilweise aus parteiegoistischen Gründen Gemeinsamkeiten ab"*, der wird sie wiedererkennen, die DKP, Massenpartei der Arbeiterklasse.

Doch läuft, gut gedeckelt, in der Partei erheblich mehr an Debatte und Überlegungen der Zukunftsperspektiven, als das Zentralorgan erkennen läßt. Nicht daß in der UZ nicht debattiert wird. Monatelang füllten diverse Einzel- und Grundeinheitenbeiträge nach der Bundestagswahl 1987 Beilagen der UZ, bis der Parteivorstand diese weitgehend nicht aufeinander bezogene Diskussion per Vorstandstagung und Resolution beendete: Kandidaturen der DKP seien anzustreben, wo möglich sollten Bündnisse gemacht werden, alles müsse konkret nach Ort, Zeit und Bedingungen entschieden werden. Nichts geklärt, für alle etwas. Spannender allerdings sind die Debatten in der krisengeschüttelten Partei, wie sie sich heute in den „Marxistischen Blättern" (MB) widerspiegeln, eine Art Theorieorgan der DKP. Neben der „Umbruchdiskussion" vor allem des IMSF (1) und der Diskussion des Vorrangs von „Überlebensfragen" („Frieden ist das Wichtigste") der Menschheit vor Klassenfragen (mit Auswirkungen auf die Imperialismustheorie, die Dritte Welt, den Befreiungskampf), ist vor allem die Organisationsdiskussion interessant. Sie wird von verschiedenen Leuten auf verschiedenen Ebenen geführt. Der Marburger Ansatz der Ausgeschlossenen um Volker Einhorn ist dabei zunächst out.

Neue Organisationsprinzipien?

In einem Artikel „Imperialismustheorie und Umbruchprozesse" hat der Leiter des IMSF, Heinz Jung, sich vorsichtig an ein DKP-Tabu herangetastet, wenn er die Frage aufwirft, wieweit veränderte Umbruchprozesse eine veränderte revolutionäre Partei erfordern (in: „MB 10/87). Die DKP versteht sich in der Tradition von Lenins „revolutionärer Partei neuen Typs" und kultiviert bzw. bürokratisiert

Die DKP versteht sich in der Tradition von Lenins „revolutionärer Partei neuen Typs" und kultiviert bzw. bürokratisiert

alle Elemente der bolschewistischen Kader- und Kampfpartei der Illegalität bzw. der Zuspitzung des Klassenkampfes auf das revolutionäre Ziel hin, ohne daß die Partei vergleichsweise revolutionär arbeitet bzw. wirkt. Die „Umbruchperiode", so Heinz Jung, schaffe um ein Vielfaches größere Eingriffsmöglichkeiten, als dies in normalen Zeiten der Fall sei. In ihr forme sich das „revolutionäre Subjekt". *„Die Konzeption der bolschewistischen Partei neuen Typs, die in jener harten revolutionären Kampf- und Umbruchperiode geboren werden mußte, kann nicht unbenommen für die gegenwärtige Umbruchperiode übernommen werden"*, grenzt er mit offenkundiger Betonung auf *hart* und *Kampf* für die Vergangenheit die Diskussion um die Partei ein. *„Dies zeigen die praktischen Verhältnisse völlig eindeutig — etwa in der Frage der konkreten Gestaltung des demokratischen Zentralismus, der Verbindlichkeit von Organisationsprinzipien und Mitgliedschaft usw."* Aber, schiebt Jung nach, entscheidend sei natürlich als Lehre aus Lenin *„das Verständnis der Partei als kollektives revolutionäres, d.h. auf die Revolution orientiertes Subjekt"*.

Die DKP, von uns häufig als Friede-, Freude- und Pantoffelpartei verspottet, mehr mit Koteletts und DDR-Kartoffeln auf Sympathiewerbung, als revolutionäre Kampfpartei, häufig genug ordnungstiftend gegenüber der radikalen Linken und militanten Aktionen, diese DKP könne *„gerade in Zeiten des Umbruchs"* keine *„Abstriche am marxistischen, am revolutionären Charakter unserer Organisationspolitik und unserer Organisationsprinzipien"* verantworten, kontert Parteivorsitzender Herbert Mies auf der Parteivorstandssitzung im November 1987 („Zu einigen strittigen Fragen", MB 12/87). Keine nationale wie internationale Erfahrung könne begründen, daß die Relativierung der von *„Lenin entwickelten Konzeption der Partei neuen Typs"* einen Vorteil bringe. *„Im Gegenteil"* sei deren *„schöpferische"* Anwendung auf die heutigen Kampfbedingungen notwendiger denn je. *„Darum muß es uns gehen, wenn wir darüber nachdenken, wie unsere innerparteiliche Demokratie weiterentwickelt werden kann."*

In einem Leserbrief (MB 4/88) schreibt Heinz Jung, daß seine Parteierneuerung *„verschiedene öffentliche Diskussionen, Anfragen und Interpretationen"* ausgelöst hätten, die ihn zu einer Klarstellung veranlaßt haben. Innere Verfassung und Kampfziele der Partei müßten ständig untersucht werden, der demokratische Zentralismus als Prinzip stünde nicht zur Disposition. *„Gleichwohl realisierte es sich in unterschiedlichen Perioden und stellte sich in unterschiedlichen konkreten Formen dar"*. Pikanterweise verweist Jung auf *„Perioden, in denen das unumstrittene Prinzip nur dazu diente, Realitäten zu legitimieren, die mit demokratischem Zentralismus nichts zu tun hatten (z.B. die Periode des Personenkults unter Stalin)"*, und wirft damit implizit die Frage auf, ob es in der Tradition der DKP so etwas nicht auch gegeben haben könnte. Auf jeden Fall verfällt Jung in den üblichen Parteistil, wenn er seine Überlegung der Flexibilisierung der Organisationsprinzipien dadurch weniger angreifbar zu machen versucht, daß er ein völlig nutzloses Allerweltszitat von Herbert Mies über die Notwendigkeit der Veränderung und Konkretisierung von Kampf- und Organisationsformen mit peinlichst genauer Quellenangabe aufschreibt.



aus: UZ vom 12.3.88

aus: UZ vom 12.3.88

Wie kommen wir in die erste Reihe?

In MB 11/87 thematisieren Steffen Lehndorff und Robert Steigerwald in einem gemeinsamen Artikel die „grundsätzlichen Probleme" der DKP. Sie registrieren die Verlagerung der Interessen von Parteimitgliedern („höherer Lebensstandard", Familie, Freizeit) sowie die Entwicklung von Beziehungen in anderen sozialen Zusammenhängen (Bürgerinitiativen) als denen der Partei. Damit würden aber auch Leute in die Partei kommen, die *„andere Organisationsformen, andere Meinungsfindungsformen kennengelernt haben"*. Zunehmende „Individualisierung" nennen sie den Prozeß der Abwendung von der DKP und des Nachlassens „grundsätzlicher Bindungen". Viele Forderungen, die die DKP früher ausgezeichnet hätten, seien heute gesellschaftliches Allgemeingut. Als „Identität" beschwören die beiden Besonderheiten, die die DKP von anderen Kräften unterscheiden: Die Orientierung auf die Arbeiterklasse, das Festhalten am Sozialismus als Ziel, die Aneignung der marxistischen Weltanschauung sowie den proletarischen Internationalismus. Als Zukunftsaufgabe formulieren sie, daß die Partei *„Vorkämpfer für das Überleben der Menschheit"* sein müsse. *„‚Vorkämpfer' sein heißt mehr, als nur ‚mitgehen'. Es muß heute bedeuten: Gemeinsam mit anderen in der ersten Reihe gehen. Da wird es besonders spannend: Wie kommen wir dann in die erste Reihe?"* Was das heißt und wie das beantwortet werden soll bleibt bei Lehndorff/Steigerwald offen.

Auch auf der 9. Parteivorstandstagung der DKP am 30./31. Januar warf Lehndorff nur Fragen auf.

So viel Fragerei mag DKP-Präsidiumsmitglied Willi Gerns nicht. Die Partei könne die Herausforderungen der Zukunft nicht meistern, *„wenn nur alles in Frage gestellt wird, wenn nur lauter Fragen aufgeworfen werden, wenn nicht der Versuch unternommen wird, Antworten (...) zu erarbeiten"*, um sodann darauf zu verweisen, daß die Partei *„ein solides Fundament"* habe. *„Und ich füge hinzu, wir haben auch die erste Etage dieses Gebäudes, das weiter ausgebaut werden muß und in dem sicherlich auch von Zeit zu Zeit das eine oder andere Zimmer renoviert werden muß."* Auch Mies-Stellvertreterin Ellen Weber sah darin eigentlich nur den Effekt, daß die Fragesteller „schnelles Kopfnicken" ernten und die Bemerkung, *„hinter solchen Fragen steckt ein kluger Kopf"*, um das neue Zukunftsgefühl der Partei am Beispiel Rheinhausen zu beschwören. Dort war *„die Glaubwürdigkeit der Partei noch nie so groß wie gerade jetzt"*, wird der Genosse Lehndorff zurechtgewiesen. (Die Beiträge von Weber und Gerns aus: DKP-Informationen Nr. 9. Feb. 88.)

Revolutionäre Kaderpartei?

Wesentlich profilierter und substantieller, in den Konsequenzen für die Partei allerdings auch weitreichender, ist der Diskussionsbeitrag des Marburger Hochschullehrers Georg Fülberth („Das Ende als Chance", MB 12/87). Fülberth analysiert weltweit, vor allem aber in den imperialistischen Staaten Westeuropas, einen „gegen Null" tendierenden „Masseneinfluß" der kommunistischen Parteien, bzw. unterstellt er diesen Nulleinfluß bereits als gegeben. Ohne die DKP zu erwähnen zählt er auf: Niedergang der KP in Frankreich, Verlust der Parlamentssitze in Belgien, Niederlande, Norwegen, Dänemark, Niedergang und Spaltungen in Spanien und Finnland. Demgegenüber zwar eine einflußreiche italienische KP, ähnlich die Kommunisten in Schweden, jedoch — so Fülberth — seien diese vom eigenen Verständnis eher „linkssozialistisch" und der Sozialdemokratie zuzurechnen. Er sieht die Notwendigkeit eines *„vorläufigen Abschieds von der Massenpartei"*. Seine These: In der überschaubaren Zukunft müßten sich die Kommunisten als *„kleine, theoretisch qualifizierte Organisation mit für längere Zeit eher außerparlamentarischen praktischen Ansatzpunkten, zumindest was die zentrale Ebene angeht"*, organisieren.

Fülberth grenzt sich von jenen Parteikritikern ab, die die Ursachen der krisenhaften Probleme vor allem *„im Bunkerdenken ihrer Führung"* suchen. Auch die *„fröhliche innerparteiliche Diskussion"*, wie sie bei den KPs in Großbritannien, der Schweiz und den Niederlanden herrsche, *„schützen keineswegs vor Minimalisierung"*. Demgegenüber wären den KPs in Portugal, Griechenland und auf Zypern ihre engen SU-Bindungen weder peinlich noch hinderlich. Den Grund dafür sieht er darin, daß *„die vergleichsweise stärksten"* KPs heute *„schon wieder zur ökonomischen Peripherie gehören"*, ihre Bedingungen daher nicht auf die Zentren übertragen werden könnten. Wer sich vor dem Charakter einer Sekte fürchte, dem entgegnet der Autor: *„Nicht das Wahre, Schöne, Gute kann Kriterium für die Beurteilung einer kommunistischen Partei sein, sondern: ob es ihr gelingt, aus einer gegebenen, vorerst nicht veränderbaren Situation für rational nach wie vor begründete Positionen das herauszuholen, was ohne Verzicht auf diese Prinzipien erreichbar ist."*

Abschied vom „System der Bedürfnisse"

Fülberth nennt zwei Situationen, in denen Kommunistische Parteien als Massenorganisationen denkbar sind: Unmittelbar vorrevolutionäre, revolutionäre und nachrevolutionäre Zeiten (wie in Deutschland 1918-1933). Und *„Gesellschaften, in denen prokapitalistische oder sozialdemokratische Parteien Reformlücken offenlassen"*, in die die Kommunisten schlüpfen. Dies allerdings bekomme ihnen *„auf Dauer nicht gut: Ihre Reformfunktion wird entweder von anderen übernommen, und/oder sie werden selbst zu reformistischen Parteien."* Dies sei in Frankreich und Italien von 1943-1987 der Fall gewesen. Dies könne auch ein Masseneinfluß sein, der *„sich zuweilen nur auf Teilgebiete erstrecke"*, wie im KP-Einfluß auf die US-Gewerkschaften in den dreißiger Jahren, oder aber, wie manche meinen, im Einfluß auf die BRD-Studentenbewegung in den siebziger Jahren. *„Außerhalb solcher Perioden können kommunistische Parteien niemals Massenorganisationen sein, sondern nur aktive Zirkel."*

Unter Rückgriff auf Engels Ausführungen über England in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelt Fülberth seine Sicht wesentlicher Veränderungen im Kapitalismus, damit aber auch die Notwendigkeit neuer Bewertungen: Für die entwickelten imperialistischen Gesellschaften gelte das traditionelle marxistische *„System der Bedürfnisse"* nicht mehr in alter Weise. Die Ernährungs- bzw. Wohnungsfrage sei zumindest vorläufig reguliert. Die Problematik gelte allerdings noch global, diese Probleme hätten sich in die *„kapitalistischen Entwicklungsländer"* verlagert. *„Dieses gehört zum Preis für die Herrschaft des Kapitalismus in den Zentren."* Das „Bedürfnis-System" als Grundlage für den Masseneinfluß kommunistischer Parteien, wie dies in Deutschland bis 1933 noch der Fall war, gelte in Ländern wie der BRD nicht mehr. Die Regulierung der Bedürfnisse der Arbeiterklasse erfolge in Europa über Formen kapitalistischer Vergesellschaftung — staatliche Institutionen wie

pa über Formen kapitalistischer Vergesellschaftung — staatliche Institutionen wie

Parlamente, Tarifverträge, Sozialversicherung, Arbeitsrecht etc. — einerseits, sowie Selbstverwaltungsformen andererseits. Während in den USA diese Regulierung *„in weit höherem Maße über den Markt läuft"*.

„Antimonopolistische Demokratie" gescheitert

Fülberth grenzt sich von einer Position ab, daß die Erkämpfung des Sozialismus nur *„mit je einer einzigen historischen Form kommunistischer Parteien"* verbunden werden könne. Wer heute beispielsweise meinte, am Masseneinfluß der Weimarer KPD anknüpfen zu können, hätte einen Parteityp mit *„allenfalls folkloristischer Bedeutung, sein Revival würde lediglich zur Aufstellung einer Trachtengruppe führen."* Seit dem 2. Weltkrieg hätten *„alle Revolutionen ihre internationalen Voraussetzungen, zu der die Stellung der UDSSR gehört"*. Gescheitert sei auch das Ziel der „Antimonopolistischen Demokratie", das in der Offensive der Linken Ende der sechziger Jahre entwickelt worden ist. Sowohl die französische Ausformung, die im gemeinsamen Programm von KPF und PS kulminierte, *„durch Ausschaltung des Monopolkapitals und Besetzung der ökonomischen und politischen Machtpositionen"*, als auch der italienische Weg der Durchsetzung der Institutionen hätten nicht zum Erfolg geführt, sondern zum Verlust an Substanz der Kommunisten. Unter viel schwierigeren Bedingungen hätte dies auch die 1968 neugegründete DKP versucht, ein *„aussichtsloses"* Unterfangen.

Fülberths Perspektiven könnte man auch als Zentralangriff auf die Politik und Praxis der DKP werten.

Die Situation in den dominierenden kapitalistischen Ländern sei nichtrevolutionär. Die gesellschaftliche Dynamik, die Entwicklung der Produktivkräfte, die Veränderung der Klassen bewirke, daß *„Jede tatsächliche oppositionelle Bewegung in diesem Prozeß offensichtlich vorläufig, auf Übergang angelegt (ist), dauerhafte operative Orientierungen sind aktuell nahezu unmöglich."* Wo bleiben da die gewohnten Gewißheiten? Die Aufgaben für Kommunisten seien reduziert, *„als Massenorganisationen gäben sie sich derzeit in der Substanz auf"*. Eine militante und geschulte Kaderpartei sei die Aufgabe der derzeitigen Etappe. *„In einem hochvergesellschafteten Kapitalismus werden sich immer Leute und Bewegungen finden, die gescheite Vorschläge für immanente Reparaturen machen, so daß den Kommunisten die Versuchung, sich selbst zu Narren zu machen, da fremder sein müßte als woanders."* Noch mehr ans Eingemachte (der Friedensbewegung?) geht's: *„Zugleich sollte die ‚Loyalität in außerparlamentarischen Bewegungen' qualitativ präzise definiert werden. Nachvollzug eines Minimalkonsens reicht wohl nicht aus."* Kommunisten seien der *„entschiedenste Teil der Arbeiterparteien aller Länder"*, zitiert er das Kommunistische Manifest. Die revolutionäre Perspektive sei nicht aufzugeben, der Kapitalismus nicht endlich, die Kritik der politischen Ökonomie gelte auch für das jetzige Stadium. *„Eine neue revolutionäre Situation wird nicht zu einer massenhaften Wiederbelebung alter Politikformen führen. Dann werden die Kommunisten des klassischen Typs wohl meist nur Teil einer umfassenderen revolutionären Bewegung sein, in welcher sich andere Organisationen transformieren, teils völlig neu bilden."*

Massenpartei oder Sekte?

Neu ist die Veröffentlichung solcher Beiträge in der DKP sicher, ob sie aber mehr als Dampfablassen für Intellektuelle in der Partei sind, nämlich Beiträge die ein ernsthaftes Ringen um eine andere Politik und Organisation bedeuten, darf bezweifelt werden. Fülberth hat in den „Marxistischen Blättern" Zustimmung bekommen, u.a. vom Parteivorstandsmitglied Beate Landefeld. Parteivorständler Thomas Harms bestreitet den *„Identitätsverlust durch Reformpolitik"* und unterstellt Fülberth die *„Logik der Absonderung"*, die Entwicklung zur „Sekte". Die Sekte beschäftigt auch den Herausgeber der „Blätter", Josef Schleifstein: *„Ganz sicher aber werden (...) aus kleinen Parteien auch unter den günstigsten objektiven (...) Bedingungen keine Massenparteien*

en auch unter den günstigsten objektiven (...) Bedingungen keine Massenparteien

(...), wenn sie sich mehr oder weniger der schlechten pragmatisch-reformerischen, kleinkariert-opportunistischen heutigen sozialen Wirklichkeit fernhalten und sich den heiligen, reinen sozialistischen Grundsätzen widmen (oder weihen?). Das wäre die schlimmste Abart des Sektierertums." (Harms und Schleifstein in MB 2/88)

Die DKP-Verarbeitung von Rheinhausen als Auferstehung der Arbeiterbewegung alten Stils dürfte gegen Fülberth'sche und anderer Überlegungen ebenso stehen, wie die Notwendigkeit, immer wieder neu den „kleinkariert-opportunistischen" Massenkampf für die eigenen Mitglieder (!) organisieren zu müssen. Als *„Vater zweier Kinder, Elternbeirats- und Betriebsratsvorsitzender und Gewerkschaftsfunktionär"* fühlte sich Leserbriefschreiber Matthias aus Braunschweig besonders von Fülberth betroffen (MB 4/88). Er habe sich an seinen Arbeitsplatz einen Ausschnitt aus seiner Gewerkschaftszeitung gehängt, daß in der Bundesrepublik fast 10 Millionen Arbeiter leben. Immer wenn das Geld mal wieder nicht reiche, erinnere er sich daran, daß er sein Schicksal mit anderen 10 Millionen anderen teile. *„Unabhängig von den sich vollziehenden Veränderungen will mir nicht einleuchten, daß es nicht möglich sein soll, von diesen 10 Millionen, die versicherungstechnisch Arbeiter sind, 1 Prozent für die DKP zu gewinnen."* Womit wieder alles beim Alten wäre.

hr.

Anmerkung
1) Mit „Umbruch" wird die „elektronische Etappe der wissenschaftlichen Revolution" bezeichnet. Das IMSF ist ein Forschungsinstitut der DKP.



Die italienische Linke (Teil 2):

Democrazia Proletaria

Alexander Langer, ehemaliger Militanter von „Lotta Continua“, seit Jahren Abgeordneter der „Alternativen Liste für ein anderes Südtirol“ und Förderer des nationalen Einigungsprozesses der italienischen Grünen, hatte Grund zur Klage. Die international renommierten, erfolgreichen und wohlhabenden bundesdeutschen Grünen ließen ihrer im Juni 1987 erstmals zur Abgeordnetenkammer kandidierenden italienischen Schwesterorganisation so gut wie keine Wahlkampfunterstützung angedeihen. Langer leicht verstimmt über die erfolgreichste grüne Partei der Welt: *„Eher sympathisiert man dort mit der alt-neu-linken ‚democrazia proletaria‘ (DP), die in ihrer politischen Linie etwas dem ‚Kommunistischen Bund‘ Hamburg ähnelt“* (1).

Wie groß die behauptete Ähnlichkeit tatsächlich ist, soll dieser Artikel u.a. herausfinden helfen. Daß er kurz nach dem 10. Geburtstag der DP erscheint, ist einerseits Zufall, andererseits Anlaß für etwas verspätete Glückwünsche: tanti auguri, compagne e compagni!

„Democrazia proletaria“ — Proletarische Demokratie — unter diesem Namen hatte 1975 erstmals ein Wahlbündnis aus „Avanguardia operaia“ (AO) und „Partito di unità proletaria per il communismo“ (PdUP) zu den Kommunalwahlen kandidiert. Die „Democrazia proletaria“, die 1976 zu den Wahlen zur Abgeordnetenkammer antrat, bezog eine weitere schlagkräftige und mitgliederstarke Organisation der revolutionären Linken mit ein: „Lotta continua“. Das Wahlergebnis war jedoch enttäuschend: nur 1,5% und sechs Parlamentssitze.

Die Idee, das Wahlbündnis in eine gemeinsame Organisation umzuwandeln, war dadurch zwar nicht widerlegt; Begeisterungsstürme konnte sie allerdings nicht hervorrufen. „Lotta continua“ verabschiedete sich im November 1976 mit einem chaotischen und tränenreichen Kongreß weitgehend aus der Debatte. Die neue Studentenbewegung des Jahres 1977, in der Spontis, Autonome, „indiani metropolitani“ („Stadtindianer“) den Ton angaben (und die wegen ihrer Militanz auch vom KB mit großer Sympathie beobachtet wurde), berauschte sich an der direkten Aktion und hatte nichts übrig für Parteigründungen.

Die Konstituierung der „Democrazia proletaria“ (DP) als Partei — bestehend aus der Mehrheit der AO, einem Teil der PdUP und der Mailänder „Lega dei communisti“ — kam schließlich am 16. April 1978 doch noch zustande. Der Gründungstag war der 32. Tag der Moro-Entführung; weitere 24 Tage später war Moro tot. Die Repressionswelle gegen die revolutionäre Linke, die Jagd auf „Sympathisanten“ und die Distanzierungswut schufen ein Klima, das einer neugegründeten linksradikalen Partei nicht gerade zuträglich war.

Die Wahlniederlage im Juni 1979 (0,8%, kein Sitz) kam dennoch überraschend. Zwei bis drei Prozent waren er-

fen ein Klima, das einer neugegründeten linksradikalen Partei nicht gerade zuträglich war.

Die Wahlniederlage im Juni 1979 (0,8%, kein Sitz) kam dennoch überraschend. Zwei bis drei Prozent waren er-

wartet worden. Einziger Vorzeigeparlamentarier der DP blieb der bekannte Studentenführer Mario Capanna, der über eine Listenverbindung mit Partito radicale in das erste Europäische Parlament einzog.

Proletarische Krisendebatte

Capanna war es auch, der auf dem zweiten Kongreß der DP im Februar 1980 die vorherrschende Stimmung unter den Delegierten in Worte faßte, trotz Wahlniederlage und Ausstieg nicht weniger Genoss/inn/en weiterzumachen: *„Ich glaube, keine andere Partei hätte die Niederlage des 3. Juni so gut überstanden wie wir. Wir müssen davon überzeugt sein, daß es links von der PCI einen großen freien Raum gibt und die DP aus diesem Kongreß mit der guten Chance gehen wird, diesen Raum auszufüllen“* (2). Capanna integrierte in seiner Rede auch erfolgreich die zwei seit der Gründung konkurrierenden Strömungen der „operaisti“, Befürworter einer Kaderpartei mit erkennbar proletarischem Charakter und der „movimentisti“, die vor allem den Einfluß der sozialen Bewegungen (Frauen, Jugendliche, Arbeitslose) auf die Linie der Partei garantiert wissen wollten. Capanna: *„Die Widersprüche zwischen ‚operaisti‘ und ‚movimentisti‘ sind nicht grundsätzlich differenzierend. Das eine schließt das andere nicht aus, sie ergänzen sich im Gegenteil“*. Diese Rede, berichtete der Kongreß-Delegierte des KB, wurde „vom über tausendköpfigen Auditorium mit viel Beifall aufgenommen“.

Selten genug halten die Wirkungen solcher Beschwörungen, die Versammlungen in spontane Begeisterung versetzen, lange vor. In diesem Fall muß es sich um mehr als bloße Rhetorik gehandelt haben. „Demoproletaria“ hat sich stabilisiert. Bei den Parlamentswahlen 1983 und 1987 wurden jeweils 1,5% (7 Sitze) erreicht — ein bescheidener, aber dauerhafter Erfolg einer Partei, die — im Unterschied etwa zu den bundesdeutschen Grünen — Wahlbeteiligung und Parlamentsarbeit nicht als höchste Stufe politischer Tätigkeit begreift.

„Palermo“ — ein Fixpunkt

Der 6. Nationale Kongreß der DP, der Anfang Mai stattfinden soll, wird aller Voraussicht nach keine radikalen Brüche bringen. Parteisekretär Russo Spena schlägt vor, den 5. Kongreß in Palermo (22. — 27.4.86) *„als Fixpunkt zu nehmen. Nicht um etwas zu mythologisieren; aber wir haben zwei Jahre an einem Projekt gearbeitet, das wir uns nur teilweise als kollektive Einheit in seiner ganzen Fruchtbarkeit angeeignet haben; dieses Projekt muß seine ganze Leistungsfähigkeit noch zum Ausdruck bringen. Jetzt wird es nur auf Stand gebracht, verdeutlicht, präzisiert, bereichert durch Politik und Intervention der Massen“* (3).

Wesentlicher Bestandteil des „fruchtbaren und leistungsfähigen Projekts“ von Palermo ist die dort verabschiedete, mehr als 100 Seiten starke politische Thesenplattform „Al bivio del duemila — Am Scheideweg zum Jahr 2000. Ideen und Projekte für die Alternative“. (4) Diese programmatische Schrift gliedert sich in vier Kapitel:

I. „Die Gegenwart und Zukunft der Menschheit steht auf dem Spiel“ (mit den Unterabschnitten „Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus“ und „Reaganismus“),

II. „Die Situation in Italien“,

III. „Die Alternative der Linken und die Rolle der DP“,

IV. „Das Programm der Alternative: Die Gesellschaft und der Staat der Rechte“.

Das Bemühen, kein Thema auszulassen, von der Analyse der Widersprüche im Weltmaßstab zur Umwelt-, Frie-

Die Gesellschaft und der Staat der Rechte“.

Das Bemühen, kein Thema auszulassen, von der Analyse der Widersprüche im Weltmaßstab zur Umwelt-, Frie-

dens-und Frauenpolitik der DP zu kommen, auch der Landwirtschaft, der Steuerpolitik und den Hochschulen jeweils eine knappe Seite zu widmen, macht die Lektüre zu einer nicht gerade kurzweiligen Angelegenheit. Die Themen werden zwar flächendeckend, aber nicht sehr konkret abgehandelt. Anleitung und Richtschnur für die Praxis wird die Plattform kaum sein. Sie ist eher eine Werbeschrift und hat als solche, wenn man den Angaben der DP-Leitung Glauben schenken darf, auch Wirkung erzielt. Schon der Entwurf der Thesen habe, so das Vorwort zu dem im November 1986 veröffentlichten Kongreßbeschluß, „breite Anerkennung“ gefunden „wegen des Verdienstes der Analysen und der politischen und theoretischen Vorschläge und auch wegen ihrer Lebendigkeit und Modernität“.

Erreichen — und organisieren — möchte die DP mit ihren Thesen ein breites Spektrum. *„Wir sind etwas Neues, das beansprucht in sich zu vereinen: den aus dem PCI Ausgetretenen; den jungen Gewaltfreien, der sich in der christlichen Linken entwickelt hat und der eine Zeitlang in der Sozialistischen Partei war; den Umweltschützer und den jungen Pazifisten; den kämpferischen Gewerkschafter und die Militante der Frauenbewegung“* (Vorwort).

Inwieweit das gelungen ist, wird der bevorstehende Kongreß zu bilanzieren haben. Hier sollen allein Aussagen von „Palermo“ zu solchen politisch-strategischen Fragen vorgestellt werden, die auch aus der Entfernung zu beurteilen sind: insbesondere zur Einschätzung der internationalen Lage, zur Kriegsgefahr und den Aufgaben linker Friedenspolitik; außerdem zur Parteikonzeption der Democrazia Proletaria.

Kampf der „Supermächte“?

Die Gefahr eines neuen Weltkriegs erwächst für die DP aus dem Konflikt der „Supermächte“ USA und UdSSR: *„Der Konflikt drückt sich heute vor allem aus in der Tendenz beider Supermächte zur Kontrolle der großen Seewege, des Mittelmeeres, der die strategisch wichtigen Rohstoffe produzierenden Länder und in einer Anzahl von Stellvertreterkriegen in der Dritten Welt und in militärischen Drohungen und Aggressionen gegen unabhängige Länder, schließlich in der Balkanisierung des Nahen Ostens. Kurz gesagt, hat heute der Ost-West-Konflikt die Dritte Welt zum grundlegenden Gegenstand des Streits und verschärft so den Nord-Süd-Gegensatz.“* Welches Land nach Ansicht der DP „stellvertretend“ für welche „Supermacht“ Krieg führt, wird nicht gesagt.

Im vierten Kapitel ihrer Plattform, in dem die DP ihre „Ablehnung des bürokratischen Modells des Ostens“ erklärt, wird erneut das sowjetische Weltherrschaftsstreben gebrandmarkt: *„Die Außenpolitik der UdSSR wird dominiert von imperialen Perspektiven weltweiter Hegemonie, sie ist militaristisch und aufrüstend wie die der USA und bewirkt ähnliche Gefahren für den Weltfrieden.“* Gorbatschows Abrüstungsvorschläge werden zwar lobend erwähnt — am imperialistischen Charakter auch der sowjetischen „Supermacht“ ändern sie aus Sicht der DP nichts.

Bündnispolitisch wirkt sich der Antisowjetismus ziemlich hinderlich aus. Die radikaleren Teile der PCI-Basis, die den sozialpartnerschaftlichen und staatstragenden Kurs ihrer Partei kritisieren und damit ein für die DP interessantes Bündnispotential darstellen, vertreten mit ihrer in der Regel sowjetfreundlichen Haltung — für die DP — *„nicht nur falsche, sondern extrem gefährliche Ansichten über den Osten und den Sozialismus.“*

Raus aus der NATO!

Die Massenagitation der DP leidet allem Anschein nach nicht unter dieser die USA

Raus aus der NATO!

Die Massenagitation der DP leidet allem Anschein nach nicht unter dieser die USA

und die UdSSR auf eine Stufe stellenden Ausgewogenheit. Sie ist vielmehr erfrischend „einseitig“ gegen die NATO gerichtet. Die DP fordert den NATO-Austritt Italiens — auch südlich der Alpen eine Außenseiterposition: die PCI-Führung hat erst jüngst bei einem Moskau-Besuch gegenüber Gorbatschow die NATO-Treue der Partei und ihre „Unterstützung der westeuropäischen Integration auf wirtschaftlichem und auch auf militärischem Gebiet“ (5) bekräftigt.

Wochenlang agitierte die DP gegen die Entsendung italienischer Kriegsschiffe in den Persischen Golf. Anläßlich des NATO-Gipfels in Venedig im Juni 1987 machten die „demoproletari“ ihrerseits die Leinen los und konfrontierten die abgeschirmten NATO-Strategen öffentlichkeitswirksam vom Meer aus mit ihrem Protest gegen Aufrüstung und Kriegspolitik.

In einer auch ins Englische übersetzten Broschüre, deren Adressaten vor allem die im Europaparlament vertretenen linken Parteien sein dürften, propagiert die DP einseitige Abrüstung als wesentlichen Schritt aus dem „‚Circulus vitiosus‘ des Wettrüstens“ (6).

Partei neuen Typs?

„Democrazia proletaria“ ist eine Mitgliederpartei. Jahr für Jahr setzt sie genaue Plandaten für die Gewinnung neuer Mitglieder fest. Der Plan für das Jahr 1987 wurde zu 91% erfüllt: 9.146 Mitglieder zählte die Partei im Dezember 1987. Die diesjährige Kampagne („tesseramento '88) soll mit besonderem Nachdruck geführt werden: „1988 wird die DP 10 Jahre alt, 20 Jahre nach 1968 und nach dem Tode Ernesto Che Guevaras“ (7). Die Mitgliederwerbung („Iscriviti a Dp — Tritt in die DP ein“) steht unter dem Motto: „Aus den Idealen von 68 ein Entwurf für die Gesellschaft des Jahres 2000.“

Die DP ist stolz, keine Studentenpartei zu sein (zur sozialen Zusammensetzung siehe Kasten). 73,4% der GenossInnen sind Mitglied einer Gewerkschaft, vorzugsweise der PCI/PSI-dominierten CGIL. In der Friedens- und Umweltschutzbewegung und in kulturellen Vereinigungen betätigen sich 43,3% der DP-Mitglieder.

Nach der Niederlage der FIAT-ArbeiterInnen im Kampf gegen die „Gesundschrumpfung“ des Konzerns im Jahre 1980 haben die italienischen Arbeiterkämpfe noch nicht ihre frühere, von der westdeutschen Linken bewunderte Härte und Entschlossenheit wiedergefunden. Die Streiks im Verkehrswesen, vielfach an den Gewerkschaften vorbei von lokalen „Basiskomitees“ organisiert und von der DP unterstützt, haben wesentlich Abwehrcharakter. Im Dienstleistungssektor, vor allem bei Post und Eisenbahn, sollen 100.000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Die offizielle Arbeitslosenrate beträgt schon jetzt 12,4% (gegenüber 11,9% Anfang 1987).

Die Aufgabe, Arbeiterbewegung und neue soziale Bewegungen zusammenzuführen, ist für die DP „im Prinzip“ klar: *„Integration der Themen Umweltschutz, neuer Pazifismus und Frauenbefreiung in die Arbeiterkämpfe — ebenso wie Aneignung des Klassenstandpunkts durch Teile der neuen Bewegungen.“* In der Praxis macht das erfahrungsgemäß erhebliche Schwierigkeiten. Während die „movimentisti“ die AKW-Baustelle in Montalto di Castro blockieren, demonstrieren die Bauarbeiter für den Weiterbau. Der von der Regierung finanzierte „Baustopp bei vollem Lohnausgleich“ (8) dürfte sich als Dauerlösung kaum durchsetzen lassen. Andererseits haben viele der sozialen Kämpfe, denen die DP verstärkte Aufmerksamkeit schenken will — die der arbeitslosen Jugendlichen, der Komitees gegen die Mafia u.a. — spontanen Charakter. Bleibt die Rekrutierung der AktivistInnen für die Partei.

„Il partito è sempre 'a scuola'“

gen die Mafia u.a. — spontanen Charakter. Bleibt die Rekrutierung der AktivistInnen für die Partei.

„Il partito è sempre 'a scuola'“

„Democrazia proletaria“ gibt sich alle Mühe, ihre Offenheit, Diskussionsbereitschaft und Lernfähigkeit herauszustellen. „Il partito è sempre 'a scuola' — Die Partei ist stets ‚in der Schule‘“, fordert die Plattform von Palermo; lernen soll sie nicht allein von den Massenkämpfen, sondern auch von allen demokratischen Strömungen in Kultur, Wissenschaft, Philosophie und — Religion. Scharf verurteilt wird die „traditionalistische und mittelalterliche“ Politik des Vatikans — dem „fortgeschrittenen Teil der katholischen Welt“ dagegen bescheinigt die DP ohne Einschränkung eine positive Rolle in der Friedensbewegung.

Daß es hier um mehr geht als um ein reines Zweckbündnis, belegt die mehrfache Bezugnahme auf den Sandinismus und die nicaraguanische Revolution — für die DP *das* Modell einer fruchtbaren „Begegnung von Marxismus und revolutionärem Christentum“, dem nachgeeifert werden soll. Das klingt — bezogen auf Italien und seine katholische Kirche, in der die „Befreiungstheologen“ nicht gerade den Ton angeben — schon etwas befremdlich; zumal für westdeutsche Linksradikale. Italienisch-deutsche Mentalitätsunterschiede? Seit Don Camillo und Peppone wissen wir, daß in Italien sogar stalinistische Sektierer ihre Kinder taufen lassen. Tatsächlich können sich die „demoproletari“ noch auf eine seriösere Quelle berufen — auf Lenin. Das war zwar um scharfe Worte gegen die Pfaffen nie verlegen und bezeichnete u.a. Religion als „geistigen Fusel“, hielt aber gleichwohl kluge Zurückhaltung im Umgang mit den gläubigen Fuseltrinkern für notwendig: „Die Einheit (des) revolutionären Kampfes der unterdrückten Klasse für ein Paradies auf Erden ist uns wichtiger als die Einheit der Meinungen der Proletarier über das Paradies im Himmel“ (9).

Reibereien um die Gewaltfrage scheint es mit den friedensbewegten Christen nicht zu geben — die DP bekennt sich selbst zur Gewaltfreiheit: *„Unsere Entscheidung für eine soziale Umgestaltung ist erklärtermaßen eine gewaltfreie Entscheidung für eine gewaltfreie Gesellschaft.“* Ein Notwehrrecht für die Unterdrückten schließt das ebensowenig aus wie eine Sonderregelung im Falle von nationalem Befreiungskampf und Revolution: *„Gewaltfreie Kampfformen können also nicht als die immer und überall allein gültigen theoretisiert werden ...“* Ethisches Prinzip ist für die DP nicht nur der *„größtmögliche Schutz des Individuums und seiner Rechte“*, sondern auch *„das Recht der sozialen Kräfte und der unterdrückten Völker, kollektiv mit den zu ihrer Befreiung notwendigen Mitteln zu handeln.“*

Träumen vom „friedlichen Übergang zum Sozialismus“ widerspricht das Programm nicht ausdrücklich. Daß die GenossInnen der DP sie selbst träumen, kann wohl kaum unterstellt werden: *„Italien ist seit jeher das europäische Land mit den meisten Polizisten bzw. Ordnungskräften pro Einwohner“* (10); allein in den vergangenen zwei Jahrzehnten starben mindestens 150 Menschen durch faschistische Anschläge; auch Politiker von Regierungsparteien und Geheimdienstler waren in Putschvorbereitungen verwickelt. Nur mit den von der DP in der Friedens-und Anti-AKW-Bewegung propagierten „catene umane e blocchi“ (11) (Menschenketten und Blockaden) wird dagegen wenig auszurichten sein.

(Sehr vorläufiges) Resümee

Nun ist ja die Machtfrage auf absehbare Zeit auch in Italien nicht gestellt. Das für die DP mittelfristig drängendste Problem dürfte die bevorstehende Wahlrechtsreform sein: die u.a. von der Sozialistischen Partei (PSI) betriebene Einführung einer 5%-Klausel (oder sonstige Hindernisse für die kleinen Parteien) würden Wahlbündnisse unumgänglich machen. Nachdem die Radikale Partei, jahrelang bevorzugter Bündnispartner der DP, ins Schlepptau des PSI geraten ist (12), kämen dafür vor allem die Grünen in Frage. Auch die werden von den Sozialisten umworben. Außerdem bestehen sie — mehr noch als ihre westdeutsche Schwesterpartei — darauf, nicht links, sondern anders zu sein. Ihr Wahlerfolg „aus dem Stand“ im Juni 87 (2,5%) scheint ihnen recht zu geben. Eigentlich Anlaß genug für die DP, in ihrer Presse verstärkt die Auseinandersetzung mit der neuen Modeströmung zu führen. Im „Notiziario DP“, Wochenzeitung mit 50.000 Auflage, sucht man nach Grünen-kritischen Grundsatzartikeln vergeblich. Die Zeitung wird weitgehend in den Dienst der jeweils laufenden Kampagne gestellt. Die von der DP reklamierte Diskussionsbereitschaft (für das neudeutsche Wort „Streitkultur“ gibt es m.W. noch keine Entsprechung im Italienischen) findet im „Notiziario“ kaum Niederschlag (im monatlich erscheinenden theoretischen Organ „Democrazia proletaria“ mit vermutlich erheblich geringerer Auflage schon eher).

Gesprächsangebote der DP wurden

kaum Niederschlag (im monatlich erscheinenden theoretischen Organ „Democrazia proletaria“ mit vermutlich erheblich geringerer Auflage schon eher).

Gesprächsangebote der DP wurden

von den Grünen zunächst monatelang verschleppt — weder die Parlamentsfraktion noch die „Federazione delle Liste Verdi“ wollten „zuständig“ sein. Für die DP hängt am Wahlerfolg nicht zuletzt eine Menge Geld: inclusive Wahlkampfkostenerstattung wurden 1987 3,9 Mio. DM staatlicher Unterstützung kassiert. Daß das Defizit der Partei schon jetzt mehr als 3 Mill. DM (13) beträgt, sehen die GenossInnen bislang gelassen. Hoffentlich stimmt ihre Kalkulation.

Dem 6. nationalen Kongreß der DP Weisheit und gutes Gelingen!

Js./Hamburg

Anmerkungen

1) „Kommune“ 7/87
2) zitiert nach AK 173, 10.3.80
3) „Notiziario DP“, 15.12.87
4) Alle nicht anders gekennzeichneten Zitate sind dieser Plattform entnommen.
5) „Frankfurter Rundschau“, 31.3.88
6) „Proposal for a unilateral desarmament“
7) Pressekonferenz in Rom, 16.12.87
8) „taz“, 30.3.88
9) W.I. Lenin: „Sozialismus und Religion“; Werke Band 10
10) Werner Raith: „In höherem Auftrag. Der kalkulierte Mord an Aldo Moro“. Westberlin: Wagenbach 1984
11) „Notiziario DP“, 23.10.87
12) vgl. AK 293, S. 36
13) Angaben nach „La Repubblica“, 1.4.88

Democrazia Proletaria in Zahlen

Mitgliederzahl; Stand 12/87	9.146
Zuwachs gegenüber 1986	8,1%
(zum Vergleich: Stand 12/83	4.235)
Frauenanteil	20,8%
Abhängig Beschäftigte	57,2%
davon Arbeiter	35,1%
Angestellte	36,3%
Lehrer	12,7%
Regionale Verteilung der Mitglieder:	
Norditalien	4.848 (53,4%)
Mittelitalien	1.686 (18,6%)
Süditalien	1.582 (17,4%)
Sizilien	762 (8,4%)
Sardinien	200 (2,2%)

(Quelle: „Tesseramento 1987 — Ausstellung von Parteibüchern 1987; herausgegeben vom Nationalen Sekretariat der DP)

Schopenhauer, Nietzsche, Heidegger:

Es wird wieder interpretiert ...

Teil 2

Schopenhauer. Nietzsche. Heidegger. Frankreich. DDR. BRD. Es wird wieder philosophiert, interpretiert, spekuliert. Krise des Marxismus, Fortschrittskritik, Apokalypse, Neues Denken heißen die Stichworte. Neue Leitbilder werden gesucht. Alte neu diskutiert.

Über den Streit um das Nietzsche-Erbe in der DDR, über philosophische Perestroika in der UdSSR berichteten wir im letzten AK. Diesmal berichten und polemisieren wir ausführlich zu Heideggers Entnazifizierung, die aus Frankreich herüberschwappt, sowie zur kommenden Mode von Morgen: der apokalyptischen Schopenhauerei. Sein 200. Geburtstag wird z. Zt. in der BRD, nicht zuletzt von Linken, zum Anlaß genommen, seine Aktualität zu entdecken. So auf einem großen Schopenhauer-Kongreß Anfang Mai in Hamburg.

Was mit Nietzsche noch obszön, mit Heidegger öde ist, scheint vielen mit Schopenhauer offenbar wieder möglich: Die Renaissance bürgerlicher Philosophie, Motto: Von der sozialistischen Utopie zur Wiederbelebung bürgerlicher Untergangsmythen. Vom Postmarxismus zur Postspiritualität. Oder auch eine Nummer kleiner: Von der Apo zur Apokalypsie.

Ich hoffe auf, nicht nur eine streitbare Polemik!

F.

Martin Heidegger (1889 - 1976)

Heidegger: Wesen oder Unwesen?

Von der anderen Seite der Grenze, aus Frankreich, sind erste unerfreuliche Spritzer einer erbitterten Auseinandersetzung um die Nazi-Vergangenheit des 1976 verstorbenen Martin Heidegger, „einer der einflußreichsten Denker" der Moderne (6), in unsere an sich doch längst gesäuberte Republik geschwappt.

„Existenziale" der in seinem Haupt-

ne (6), in unsere an sich doch längst gesäuberte Republik geschwappt.

Martin Heidegger (1889 - 1976)

„Existenziale" der in seinem Hauptwerk „Sein und Zeit" (1927) entwickelten Ontologie (Seinslehre) wie die „Geworfenheit des Menschen in die Zeit", das „Hinaus-Stehen" des Menschen ins Nichts, die Interpretation der Geschichte als „Verlust der Eigentlichkeit" und wachsende „Seinsvergessenheit", die Kritik der „Moderne" als Abgleiten in die Entfremdung durch die Technik, ins „man" der demokratischen Massenzivilisation, seine quasi-religiöse Aufforderung, sich aus „Sorge um das Sein" vom „Platzhalter des Nichts" zum „Hüter und Hirte des Seins" bereitzumachen, ließen ihn zum Hauptinterpreten bürgerlichen Selbstverständnisses nach dem Ersten Weltkrieg werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg avancierte er zum Stichwortgeber des sich in Frankreich entwickelnden Existenzialismus, insbesondere in der von Satre und Camus begründeten französischen Schule, obwohl er sich später von Satre distanzierte. Leute wie Günther Anders, wie Ludwig Marcuse sind Heideggerschüler.

Jetzt veröffentlichte, weil er in der BRD keinen Verleger fand, der Chilene Viktor Farias, ebenfalls ehemaliger Heideggerschüler, der heute an der Universität West-Berlin Philosophie und Literatur Lateinamerikas lehrt, ein Enthüllungsdossier über Heideggers Verhältnis zum Nazi-Faschismus, das in Frankreich für ziemlichen Wirbel sorgte. Als Ergebnis über zehnjähriger Recherchen weist Farias nach, daß sein Lehrer weit länger und weit engagierter dem Nationalsozialismus verbunden war und blieb, als er es je zuzugeben bereit war. Entgegen den Beteuerungen Heideggers, die er in einer ersten Erklärung direkt nach 45 (7) abgab und später in einem schon 1966 aufgenommenen, nach seinem Tod 1976 im „Spiegel" veröffentlichten Interview noch einmal festmauern konnte (8), er habe 1934 nach seinem Rücktritt vom Rektorat der Freiburger Universität als „politisch unzuverlässig" gegolten, sei „totgeschwiegen" worden und Schikanen ausgesetzt gewesen, weist Farias nach, daß Heidegger bis 1945 pünktlich seine Beiträge an die Nazipartei bezahlt hat. (9) Er sei, wie Farias Punkt für Punkt mit Dokumenten belegt, keineswegs Disziplinarmaßnahmen ausgesetzt, sondern noch im August 34 an der Gründung der „Dozentenakademie des Deutschen Reiches" beteiligt, auf Einladung von Reichsjustizkommissar Hans Frank (in Nürnberg später als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt) Teilnehmer der „Akademie für Deutsches Recht" gewesen, habe zusammen mit Hess, Göring, Goebbels und Rosenberg Vorträge an der „Deutschen Hochschule für Politik" in Berlin gehalten. 1935 sei er vom Erziehungsministerium, also von der Nazi-Bürokratie, als Dekan der Uni Freiburg vorgeschlagen worden, und zwar gegen den Willen des Rektors und der anderen Dekane. Und nicht nur, daß er sich (u.a. nachzulesen in seiner berüchtigten Rektoratsrede von 1933 (7)) von Hitlers Machtergreifung eine „herrliche Zukunft" versprach — noch 1937 erschien eine dritte Auflage dieser total im NS-Geist gehaltenen Rede. Im „Spiegel" behauptete Heidegger dann, daß sie nach 1934 „auf Veranlassung der Partei aus dem Handel zurückgezogen" worden sei. Weitere Details liest mensch am besten bei Farias selbst nach, wenn — wie vom Fischer Verlag angekündigt — das Buch im Sommer in der BRD auch auf deutsch erscheint. Einen zweiten Teil seines Dossiers hat Farias angekündigt.

Eine besondere Pikanterie, so Eva Groepler in „konkret" (1/88), liege in Farias Schilderung, wie aus seiner Bewunderung Bestürzung wurde. In den sechziger Jahren habe ihm Heidegger eine Neuübersetzung seines Hauptwerkes „Sein und Zeit" ins Spanische vorgeschlagen. Verlegen habe er, Farias, geantwortet, wenn er Plato verstehen wolle, müsse er erst Griechisch lernen; wolle er Heidegger verstehen, erst Deutsch. *„Der Meister lächelte, zufrieden über die Tiefe dieser Antwort: Ja, die romanischen Sprachen seien nicht in der Lage, in das Wesen der Dinge vorzudringen. Wenn dem so ist, dachte Farias, dann sind diejenigen, die nicht die ‚Sprache der Dichter und Denker', der Hölderlins und Heideggers, beherrschen, Menschen zweiter Klasse, die nicht zu den völkisch-sprachlich Auserwählten gehören".* Exakt! Das trifft den völkelnden, sich um Heimat „sorgenden", im deutschen Wesen „wurzelnden" Sprachmystizismus, mit dem Heidegger die „Rettung des Abendlands" vor dem Nihilismus der heutigen Welt, Amerikanismus wie Sozialismus gleichermaßen, fordert: Wiedergewinnung der „Eigentlichkeit" durch „Selbstbehauptung" „germanisch-griechischer Geistigkeit". Es trifft den Mystizismus im Kern und in seiner politischen Konsequenz: Am deutschen Wesen soll auch bei Heidegger die Welt genesen.

Durch die neue Dokumentation, noch dazu aus der Hand eines seiner Schüler, ist Heidegger endgültig des ohnehin löcherigen Mäntelchens entkleidet worden, er habe mit seinem Rektoratsantritt nur das Schlimmere verhüten wollen und sei danach ein „Mann der inneren Emigration", wenn nicht gar des heimlichen Widerstands gewesen.

Verblüffend ist nun allerdings nicht Heideggers Nazi-Vergangenheit: Seine Rektoratsrede samt ihrer Rechtfertigung nach 45 könnte allseits bekannt sein. Wo sie es nicht ist, sollte mensch sich beides zu Gemüte führen: Zu „Arbeitsdienst" und „Wehrdienst", die dem „deutschen Wesen gleichursprünglich" seien, wollte Heidegger als dritte „Bindung", den „Wissensdienst" stellen". Der sollte „Führer und Hüter" zur Erfüllung des „geschichtlichen Auftrags" des deutschen Volkes sein, *„wenn die geistige Kraft des Abendlandes versagt und dieses in seinen Fugen kracht, wenn die abgelebte Scheinkultur in sich zusammenstürzt und alle Kräfte in die Verwirrung reißt und im Wahnsinn ersticken läßt. (...) Die Herrlichkeit aber und die Größe dieses Aufbruchs verstehen wir dann erst ganz, wenn wir in uns jene tiefe und weite Besonnenheit tragen, aus der die alte griechische Weisheit das Wort gesprochen: ‚Alles Große steht im Sturm'* "

Als Führer des „Wissensdienstes" sah Heidegger sich selbst, wie Nicolas Tertulian (10) an Hand einer Analyse von Heideggers Vorlesungen aus der Zeit vor 45 nachweist. Heideggers relative Gegnerschaft zur Nazi-Administration nach seinem Rücktritt vom Rektorat 1934 einschließlich des Rücktritts selbst erklärt sich nach denselben Quellen aus der Tatsache, daß die Nazis andere Entscheidungen trafen, u.a. auch weil Chefideologe Rosenberg Heideggers Konkurrenz fürchtete. Eine prinzipielle Ablehnung der „Bewegung" habe das für Heidegger aber keineswegs bedeutet.

So 1933! 1945 dann die Erklärung:
„1. Ich sah damals in der zur Macht gekommenen Bewegung die Möglichkeit zu einer inneren Sammlung und Erneuerung des Volkes und einen Weg, zu seiner geschichtlich-abendländischen Bestimmung zu finden. Ich glaubte, die sich selbst erneuernde Universität könnte mitberufen sein, bei der inneren Sammlung des Volkes maß-gebend mitzuwirken.
2. Darum sah ich im Rektorat eine Möglichkeit, alle vermögenden Kräfte — abgesehen von Parteizugehörigkeit und Parteidoktrin — dem Vorgang der Besinnung und Erneuerung zuzuführen und den Einfluß dieser Kräfte zu stärken und zu sichern.
3. Auf diese Weise hoffte ich, dem Vordringen ungeeigneter Personen und der drohenden Vormacht des Parteiapparates und der Parteidoktrin begegnen zu können" (...)
Mit der Übernahme des Rektorats hatte ich den Versuch gemacht, das Positive zu retten und zu läutern und zu festigen".

Es folgt eine Heidegger-Variation der bekannten Frage, was gewesen wäre, wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte ..., nämlich: *„Aber die Frage darf doch gestellt werden: Was wäre geschehen und was wäre verhütet worden, wenn um 1933 alle vermögenden Kräfte* (schon wieder diese Hülse — d.V.) *sich aufgemacht hätten, um langsam in geheimem Zusammenhalt die an die Macht gekommene ‚Bewegung' zu läutern und zu mäßigen?"*

Kritiken, die nicht nur Heideggers konkrete Verbindungen zu den Nazis, sondern über seine öden Tautologien wie „wesendes Wesen", „sich auf sein Sein verstehendes Dasein" und die dröhnende Leere seiner Entschlossenheit, die „nicht weiß wozu sie entschlossen ist" den „totalitären" Gehalt seiner Sprachmystik nachwiesen, gab es sowohl im In- wie im Ausland seit 1945 durchaus reichlich. Es wäre durchaus lohnenswert, das genauer zu beleuchten. (11)

Die Kontinuität seines Denkens präsen-

Ausland seit 1945 durchaus reichlich. Es wäre durchaus lohnenswert, das genauer zu beleuchten. (11)

Die Kontinuität seines Denkens präsen-

tierte Heidegger eindeutig genug in dem „Spiegel"-Interview aus dem Jahre 1976, wo noch aus der Alters-Resignation heraus die enttäuschte Hoffnung auf den „Aufbruch" hervorblitzt. Ungeachtet seines pompös verbreiteten Urteils über Nietzsche als „letztem Mystiker" steigerte Heidegger sich in dem Gespräch selbst zur apokalyptischen Jenseits-Pose, die zugleich sein Vermächtnis ist: *„Nur noch ein Gott kann uns retten. Uns bleibt die einzige Möglichkeit, im Denken und im Dichten eine Bereitschaft vorzubereiten für die Erscheinung des Gottes oder für die Abwesenheit des Gottes im Untergang; daß wir im Angesicht des abwesenden Gottes untergehen".* Wenn überhaupt auf etwas, dann komme es heute vor allem andern darauf an, ein zureichendes Verhältnis zur Technik zu finden, die der Mensch nicht beherrsche. Dieser Mahnung folgt, kaum zu glauben, aber nachzulesen in eben diesem Interview, als Fazit dieses Philosophenlebens: *„Der Nationalsozialismus ist zwar in die Richtung gegangen; diese Leute aber waren viel zu unbedarft im Denken, um ein wirklich explizites Verhältnis zu dem zu gewinnen, was heute geschieht und seit drei Jahrhunderten unterwegs ist".* Bitte! Die Nazis waren nicht auf dem falschen Weg, sie waren nur nicht konsequent genug.

Über die Franzosen hatte Heidegger der Nachwelt noch mitzuteilen: *„Wenn sie zu denken anfangen, sprechen sie deutsch: sie versichern, sie kämen mit ihrer Sprache nicht durch".* Große Wirkung auf französische Denker habe er gehabt, *„weil sie sehen, daß sie mit ihrer ganzen großen Rationalität nicht mehr durchkommen in der heutigen Welt, wenn es sich darum handelt, diese in der Herkunft ihres Wesens zu verstehen".*

Mensch sieht: Den Sprach-Chauvinismus Heideggers brauchte nicht erst Farias zu enthüllen. Das hat Heidegger, wie seine Ablehnung der von Frankreich ausgegangenen Aufklärung, seinen Irrationalismus, seinen heimattümelnden Provinzialismus, seine philosophische Rechtfertigung des Faschismus selbst zur Genüge getan.

Was also verblüffen muß, ist nicht Heideggers Nazi-Vergangenheit, sondern die ignorante Verblüffung, die sich allerorten breitmacht, wenn es darum geht, faschistisches Denken faschistisch zu nennen und einen Denker auch mit den politischen Konsequenzen seines Denkens zu konfrontieren und zu identifizieren. Dieses Verdienst hat Farias: Erneut einen Stein in das Glashaus geworfen zu haben, unter dessen Dach Heideggers schwülstige Untergangs- und Bereitschafts-Mystik sich trotz der bekannten Tatsachen bis heute warmhalten konnte.

So erweist sich dieser Streit nun keineswegs, wie Robert Steigerwald es in einem Artikel über Nietzsche und Heidegger in der „UZ" (17.2.88) schreibt, als *„ein Versuch, den antifaschistischen Konsens zu brechen".* Diese Interpretation entspringt wohl eher der verunglückten Absicht, die staatstragende Linie, die Manfred Buhr für die Nietzsche-Debatte der DDR vorgelegt hat, irgendwie auf die Wende-Legende der DKP anzuwenden. Konkreter Ursprung des aktuellen Streits ist eine Offensive von links, nicht von rechts. Sie wird auch so geführt: von links Angriff, von rechts Verteidigung — wenn auch im Ganzen der berüchtigte Zeitgeist, der uns alle so plagt, eher den Mystifikationen von Heidegger und seinen Apologeten zubläst. Er äußert sich aber in Sachen Heidegger nicht in dem Versuch, einen antifaschistischen Konsens zu „brechen", sondern umgekehrt darin, ein Aufbrechen des Schweigens über die Komplizenschaft von deutscher Philosphie und deutschem Faschismus durch weiteres Schweigen zu unterlaufen. Allemal Grund genug, die französische Aufregung zu nutzen, um die Heideggerei als braunen Bodensatz deutschen Wesens ins grellste Licht zu stellen, aber kein Grund für vordergründige Wendejammerei.

Schopis Unschuld

Hat der Mensch Nietzsches Verführung zur Ästhetik des Herrenmenschentums widerstanden, sich durch Heideggers provinziell-sentimentalische Tautologie-Wüsten wesender Wesenheiten quälend gequält, dann öffnet sich Schopenhauers 1819 erstmals veröffentlichte „Welt als Wille und Vorstellung" wie ein therapeutischer Paradiestrip — vor dem Sündenfall allerdings: eindeutig und diesseitig im Ansatz, künstlerisch im Vortrag, trö-

Wille und Vorstellung" wie ein therapeutischer Paradiestrip — vor dem Sündenfall allerdings: eindeutig und diesseitig im Ansatz, künstlerisch im Vortrag, trö-

stend in seiner Ethik. Eine relative Erholung.

Die Welt wird radikal aus der Sicht des Subjekts erklärt. Sie ist das Produkt subjektiver Vorstellung und des ins Subjekt verkörperten Willens. Dabei beinhaltet „Vorstellung" die aufsteigende Reihe von sinnlicher Wahrnehmung über das Denken bis zur Meditation und letztlich Erleuchtung. „Wille" ist Spontaneität, Lebenstrieb, Egoismus, der im Subjekt verkörpert ist und im Widerstreit mit der Vorstellung das Handeln des Menschen bestimmt. Mit östlicher, z. T. dem Buddhismus, z.T. dem Hinduismus entlehnter Begrifflichkeit wird die Welt als „Maya", als Illusion, als „Dazwischenkunft des Lebens" zwischen vergangener und zukünftiger Unendlichkeit verstanden. Zweck des Lebens ist allein sein Wiedereingehen in diese Unendlichkeit, das Nirwana, indem der Lebenswille, die ungebändigte Spontaneität durch die Disziplinierung der Vorstellung, durch Kontemplation und Meditation überwunden wird. Geschichte gibt es für Schopenhauer nicht. Geschichte heißt bei ihm: „Dasselbe, aber anders". Schon bei Schopenhauer ist der Mensch in die Zeit „geworfen". Es gibt für ihn nur die Gegenwart. Charaktere verändern sich sowenig wie das Zusammenleben der Menschen. Dieses beschreibt Schopenhauer als „homo hominem lupus", der Mensch ist dem Menschen ein Wolf, wie das Tier dem Tier. Nur ein starker Staat kann die Ordnung aufrechterhalten.

Das sind Denkfiguren, die sich in Nietzsches „Wiederkehr des Immer Gleichen" zur Beliebigkeit, in Heideggers „existenzieller Geworfenheit in die Zeit" zur Sinnlosigkeit von Geschichte und Unmöglichkeit jeglichen Fortschritts steigern.

Mit seiner Leugnung geschichtlicher Entwicklung bildet Schopenhauer den Gegenpol zur fortschrittsbetonten Geschichtsdialektik Hegels, der die bürgerliche Gesellschaft, insonderheit sein eigenes dialektisches System als höchstes Pro-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

dukt der geschichtlichen Entwicklung des Weltgeistes betrachtete.

Kein Wunder, daß Hegel und Schopenhauer als Antipoden bürgerlichen Denkens in intellektueller Feindschaft verbunden waren. Bemerkenswert auch: Hegel erlebte die Blüte seiner Anerkennung vor 1848, Schopenhauer danach, der eine also noch im Nach-Schwung der französischen Revolution, der andere, obwohl er zu gleicher Zeit publizierte, erst in der Zeit der Restauration nach der niedergeschlagenen Revolution von 1848, als es für das Bürgertum nicht mehr um Weiterentwicklung, sondern um Eingrenzung der revolutionären Entwicklung gegen die andrängenden sozialistischen Theorien und Bewegungen ging. Schopenhauer formulierte sein „System" noch im Stande der Unschuld der soeben als Klasse siegreichen Bourgeoisie, Nietzsche seinen Mythos des Übermenschen bereits als Gegenentwurf gegen die aufkommenden sozialistischen Ideen, als Vorgriff auf die zum Imperialismus drängende bürgerlichen Gesellschaft. Aus Heidegger spricht der Zusammenbruch bürgerliche Utopien nach der Katastrophe des Ersten Weltkriegs.

Schopenhauer hielt das Leben für einen leidensvollen Irrtum des Kosmos, „von welchem zurückzukommen Erlösung" sei. Dies sei „die wichtigste aller Wahrheiten, die heute ausgesprochen werden muß, auch wenn sie der heutigen europäischen Denkweise widerspreche". Dies ist der Inhalt seines vielzitierten Pessimismus und Nihilismus. Er predigte jedoch weder den Weltuntergang, noch zog er aus seiner Sicht der Welt als Wolfswelt den Schluß, Unterdrückung des Menschen durch den Menschen ausdrücklich zu propagieren wie später sein Schüler Nietzsche, nachdem dieser sich in seiner zweiten Phase vom „Pessimismus" seines frühen Vorbilds zu seiner Art „Optimismus" der Aufzucht einer neuen Rasse des Übermenschen aufgeschwungen hatte.

Schopenhauer zog aus seiner Sicht der Welt den genau gegenteiligen Schluß der Entwicklung einer Mitleidsethik, wie aus den eingangs vorgestellten Zitaten von Harich und Marx schon hervorgeht. Mord sowenig wie Selbstmord waren für Schopenhauer ein Weg zur Überwindung dessen, was er den Willen, den Irrtum des Lebens, den Lebenstrieb nannte, sondern ein Umgehen des zur Überwindung des Lebens notwendigen Erkenntnisweges, somit nur ein Umweg zu neuem Leben, d.h. zur Verlängerung des Leidens. Denn der Tod, so Schopenhauer, mache wohl dem Leben, nicht aber dem Dasein des Menschen ein Ende: *„Wie durch den Eintritt der Nacht die Welt verschwindet, dabei jedoch keinen Augenblick zu sein aufhört; ebenso scheinbar vergeht Mensch und Tier durch den Tod, und ebenso ungestört besteht dabei ihr wahres Wesen fort. Nun denke man sich jenen Wechsel von Tod und Geburt in unendlich schnellen Vibrationen, und man hat die beharrliche Objektivation des Willens, die bleibenden Ideen der Wesen vor sich, fest stehend, wie der Regenbogen auf dem Wasserfall. Dies ist die zeitliche Unsterblichkeit".* (12) „Here and now", hätte Schopenhauers Leitspruch heißen können, wenn er es nicht anders formuliert
hätte: „Die Gegenwart allein ist wahr und
lichkeit". (12) „Here and now", hätte Schopenhauers Leitspruch heißen können, wenn er es nicht anders formuliert
hätte: *„Die Gegenwart allein ist wahr und wirklich. Sie ist die real erfüllte Zeit, und ausschließlich in ihr liegt unser Dasein. Daher sollten wir sie stets einer heitern Aufnahme würdigen, folglich jede erträgliche und von unmittelbaren Widerwärtigkeiten oder Schmerzen freie Stunde mit Bewußtsein als solche genießen, d.h. sie nicht trüben durch verdrießliche Gesichter über verfehlte Hoffnungen in der Vergangenheit oder Besorgnisse für die Zukunft".* (12)

In seiner Auffassung von der Philosophie als „Befreiung vom Willensdrang" durch „Erkennen als Selbstzweck", das seine höchste Vollendung in der Kunst, der Dichtung, vor allem aber in der Musik finde, setzte Schopenhauer dieses Lebensgefühl um. Seine Lebensverhältnisse gestatteten es ihm: Er lebte Zeit seines Lebens von den Renten eines ererbten Vermögens. Summa summarum: Ein moralisierender Bonvivant, keineswegs ein Asket, dem das Leben ein Überdruß und die Politik, ausdrücklich und mit bissigem Hohn oft formuliert, gleichgültig ist. Es ist gewissermaßen die harmlose Seite der Bourgeoisie. Mensch fühlt sich an Bhagwan erinnert. Eine Philosphie für die, die es sich leisten können. Lukàcs fand dafür die weniger freundliche Bezeichnung der „Rentner-Philosophie" der cupon-schneidenden Bourgeois. (13)

In der Tat allerdings, Bourgeois! Als die Besitzordnung, die sein Vermögen sicherte, durch die Revolution von 1848 in Gefahr geriet, stand Schopenhauer auf der Seite der Füsiliere. Sein Testament machte er zugunsten der Opfer der gegen die Aufständischen von 1848 eingesetzten Soldateska. Wo die immer gleichen Vermögensverhältnisse in Frage gestellt schienen, da erwies sich Schopenhauers Mitleidsethik keineswegs als allgemein menschlich, sondern als besonders interessengebunden, sein philosophischer Egoismus als ein äußerst konkreter, kurz: der persönliche Heilsweg nur möglich auf der Basis des Unheils für andere, seine Philosophie zugleich Produkt und Rechtfertigung der bestehenden Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse. *„So erhebt sich"*, schloß Lukàcs seinerzeit seine umstrittene Kritik Schopenhauers mit einem Bild, *„das — formell architektonisch geistvoll und übersichtlich aufgebaute — System Schopenhauers wie ein schönes, mit allem Komfort ausgestattetes modernes Hotel am Rande des Abgrundes, des Nichts, der Sinnlosigkeit. Und der tägliche Anblick des Abgrundes, zwischen behaglich genossenen Mahlzeiten oder Kunstproduktionen, kann die Freude an diesem raffinierten Komfort nur erhöhen".* (13) Dennoch: Gemessen an Nietzsches Mythos des Herrenmenschen, gemessen an Heideggers dröhnender Bereitschaft zum Untergang ist die Ideologie der Bourgeoisie bei Schopenhauer trotz allem noch im Stande der Unschuld.

Apokalyptischer Mißbrauch

Kein Wunder also, daß die durch die „Krise des Marxismus" geistlich verlassene kritische Intelligenz, einschließlich weiter Kreise der Linken sich auf Schopenhauer stürzt — allerdings nicht, um seine Mitleidsethik zu vertiefen, sondern um ihn für ihre schwerste Erkrankung zu instrumentalisieren: die massiv grassierende Katastrophilie und ach so drückende Apokalypsie.

Nehmen wir nur zwei aus der Fülle möglicher Beispiele: Im Februar 88 verkündete der Schriftsteller Ulrich Horstmann im „Spiegel": *„Schopenhauer gelang der weltanschauliche Vorgriff auf die Realität des späten 20. Jahrhundert".* Klar: Die heutige *„Machbarkeit der Apokalypse".* Das richtige Motto sei heute nicht „postmodern", sondern „präapokalyptisch". *„Die Schöpfung,"* so lasse sich Schopenhauers „wichtigste aller Wahrheiten" in ihrer polemischen Stoßrichtung auch formulieren, *„muß nicht verbessert, vervollkommnet werden, vielmehr ist sie rückgängig zu machen".* Das geschehe aber nicht automatisch, wie Schopenhauer noch angenommen habe. Vielmehr müßten wir heute *„um der inneren Stimmigkeit der Lehre willen — und wenn wir ihr überhaupt Verwirklichungschancen sichern wollen — Buddha durch die Ballistik und das numinose Verwehen durch das nukleare Nirwana ersetzen".* Schopenhauer sei kein nihilistischer, er sei ein annihilistischer Denker gewesen, *„das heißt ein Vernichtungsphilosoph, der jederzeit für die effektivste Methode der Rückkehr zum Nichts votiert hätte. Es war ihm bitter ernst mit dem Weltuntergang, und nur deshalb konnte er das Sterben zum ‚moralischen Hauptzweck des Lebens' erheben".* — Armer Herr Horstmann! Es muß finster sein in diesem metaphysischen Abseits, in das selbst Schopenhauer sich nicht verirrt!

In der „taz" vom 20.2.88 fand sich ein Interview mit dem allseits beliebten polnischen Science-fiktion-Autor Stanislav Lem, der dort zu Schopenhauer befragt wird. Es überrascht nicht, daß der durch die realsozialistischen Fortschritte ge-
stählte Lem sich als Schopenhauer-Fan
Lem, der dort zu Schopenhauer befragt wird. Es überrascht nicht, daß der durch die realsozialistischen Fortschritte ge-
stählte Lem sich als Schopenhauer-Fan erweist. Daß er aber seine apokalyptischen Fantasien ausgerechnet und völlig unkritisch mit den AIDS-Hochrechnungen begründet, zeigt, wie die Zerstörung der Vernunft auch im hochentwickelten Bewußtsein, über das Lem zweifellos verfügt, rasend voranschreiten kann. Vom „taz"-Interviewer ganz zu schweigen.

Eine Reihe von Veröffentlichungen mit ähnlichem Tenor sind in letzter Zeit erschienen. Weitere sind angekündigt. (14) In einer *„taz-extra zum 200sten Geburtstag von Arthur Schopenhauer"* vom 22.2.88 wird mit heißer Werbung für den „Untergangspropheten", den „größten Mystiker des 19. Jahrhunderts" und „Querdenker" ein dreitägiger „Internationaler Schopenhauerkongreß" unter dem Motto „Schopenhauer in unserer Zeit" für Ende Mai in Hamburg angekündigt. Ein Angebot von über 30 Seminaren und Veranstaltungen stellt Kongresse ähnlicher Art zu marxistischen Theoretikern, mindestens für die Gegenwart, weit in den Schatten. Man rechnet offenbar mit Interesse.

Etwas unvermittelt vielleicht — viele Fragen sind ja noch offen, manche noch gar nicht gestellt — möchte ich dennoch hier mit einem Zitat von Ernst Bloch schließen: *„Auch Marxisten kennen Pessimismus und ehren ihn, aber nicht als deprimierenden und grundsätzlichen. Sie ehren ihn als Element der Vorsicht, der männlichen* (naja — d.V.) *Besorgtheit und sogar der Weisheit; Marx kennt durchaus die Kategorie der Gefahr. Er lehrt, daß der Kapitalismus genausogut in Barbarei wie in Sozialismus umschlagen kann; daß auch das Proletariat, die zukunftsträchtige Klasse, in die Barbarei hineingerissen werden kann; daß die Dialektik der Geschichte ohne immer wieder spontanaktives Klassenbewußtsein möglicherweise in ein Umsonst ausgeht. Aber Marx lehrt auch den subjektiven Faktor als die Kraft, die diesen Untergang verhindert, er lehrt die Wahrscheinlichkeitsrechnung des aktiven Optimismus und die Gewißheit des immer wieder revolutionären. Marx ist weder Fatalist des Guten noch des Schlechten; er ist, auch wo er Übles erwartet, nicht wie Kassandra, die das Übel als unabwendbar ankündigt, sondern wie die alten Propheten, die es vom Verhalten des Volkes abhängig machten, ob die Katastrophe hereinbricht. Das ist marxistischer Pessimismus, ein außerordentlich ernsthafter und realer, der sein Amt durchaus noch nicht ausgespielt hat, eben deshalb aber ein solcher, der aus sich zu handeln versteht und keine Statik macht".* (14) Mensch muß keinen statischen Begriff von Proletariat haben, um diesen Satz nach wie vor für bedenkenswert zu halten.

Anmerkungen

(6) Hans Joachim Störig: „Kleine Weltgeschichte der Philosophie", Fischer 1987;
(7) Martin Heidegger: „Die Selbstbehauptung der deutschen Universität" mit einem Nachwort von 1945: „Das Rektorat 1933/34", Vittorio Klostermann, Frankfurt 1983;
(8) „Spiegel", 23/76 vom 31.5.76;
(9) Siehe dazu auch „Dreizehn Facts für Jacques Derrida", eine Antwort von Farias auf Derridas Anwürfe, seine Enthüllungen seien nur Schnee von gestern in „taz", 13.2.88;
(10) Ein ausgezeichneter Aufsatz von Nicolas Tertulian fand sich in der „FR", 29.1.88. Tertulian ist Prof. an der „Ecoles des hautes Etudes" in Paris;
(11) Für die, die sich mit dem Thema detaillierter befassen wollen, hier eine knappe Übersicht der wichtigsten solcher Kritiken (nach „konkret",1/88):
— Paul Hühnerfeld: „In Sachen Heidegger", 1960;
— Karl Löwith: „Denker in dürftiger Zeit", 1960;
— Guido Schneeberger: Nachlese zu Heidegger, 1962;
— Theodor W. Adorno: „Jargon der Eigentlichkeit", 1964;
— Jean-Pierre Faye: „Languages Totalitaires", 1972;
— Pierre Bourdieu: „Politische Ontologie Martin Heideggers", 1975;
(12) Arthur Schopenhauer: „Welt und Mensch", Reclam, Universal;
(13) Lukàcs: „Zerstörung der Vernunft", Bd. I, S. 219;
(14) So u.a. eine Sammlung von 17 Aufsätzen in: „Der Rabe — Magazin für jede Art von Literatur — Nr. 19", 2/88. in der „taz" vom 16.3.88 feuchtfröhlich unter der Überschrift „Die Welt als Zwille und Volkszählung" angepriesen;
(15) Ernst Bloch: „Das Unrecht des Pessimismus", aus: „Schopenhauer und Marx. Philosophie des Elends — Elend der Philosophie?", herausgegeben von Hans Ebeling und Ludger Lütkehaus, EVA, 1985.

Lexikalisches zu Heidegger

Martin Heidegger wurde am 26.9.1889 in Meßkirch (Baden) als Sohn einer alten schwäbischen Bauernfamilie geboren. Nach Besuch des Gymnasiums in Konstanz und Freiburg (Breisgau) studierte er 1909 bis 1913 in Freiburg Theologie, Mathematik und Philosophie. 1916 habilitierte er sich. 1923 erhielt er eine außerordentliche Professur in Marburg. 1928 trat er in Freiburg die Nachfolge seines Lehrers Husserl an.

In seinem Durchbruchswerk „Sein und Zeit" (1927) entwickelte Heidegger in ausdrücklicher Kritik aller bisherigen Philosophie seine „Fundamentalontologie", seine Analyse des „sich auf sein Sein verstehenden Daseins" der menschlichen Existenz. Er verkündete das Ende der Metaphysik, bezeichnete Nietzsche als den letzten Metaphysiker. Die bisherige Philosophie habe letztlich immer nach dem höchsten Sein, nach Gott gefragt, aber nie danach, wodurch das Seiende erst ein Seiendes sei: nach dem Sein ... usw. Reines Sein sei reines Nichts, das Wesen des Daseins daher die „Transzendenz in das Nichts". Mit dieser Ontologie wurde Heidegger auch Stichwortgeber der Existenzphilosophie (u.a. Sartre), von der er sich allerdings später als Mißverständnis„ distanzierte.

Statt des angekündigten, aber nie erschienenen 2. Bandes von „Sein und Zeit" folgten im Lauf der Jahre nach 1927 eine Reihe kleinerer Schriften: „Was ist Metaphysik?" (erstmals 1929, 1953 Nachdruck), „Vom Wesen der Wahrheit" (Vortrag von 1930, 1943 gedruckt), „Brief über den Humanismus", „Erläuterungen zu Hölderlins Dichtung" (1944). Nach dem Krieg erschienen unter dem Titel „Holzwege" 1950) und
Nach dem Krieg erschienen unter dem Titel „Holzwege" 1950) und
„Vorträge und Aufsätze" (1954), 1961 dann eine umfangreiche Arbeit über Nietzsche. In den späteren Arbeiten versucht Heidegger über eine Kritik des traditionellen Wahrheits- und Geschichtsbegriffs das „Sein selbst" zur Sprache zu bringen, wobei er eine von aller bisherigen Metaphysik, auch der Nietzsches, unterschiedene Dimension des Denkens für sich in Anspruch nimmt. Eine Auseinandersetzung mit dem historisch dialektischen Materialismus, muß dazu angemerkt werden, findet bei Heidegger wie schon bei Nietzsche bezeichnenderweise nicht direkt, sondern durch Auslassung statt.

Für Heidegger ist die Sprache das Medium, „in dem das Sein, sich lichtend, zur Sprache kommt". Die Metaphysik des sich selbst verstehenden Seins findet sich folgerichtig in sich selbst erklärenden Begriffen: mit Seins-Be-Deutung aufgeblasenen All-Tags-Worten, vergewaltigenden Ein-Deutschungen von Fremd- und Lehnworten uam. Dichten und Denken, d.h. für Heidegger: „nahe wohnen auf getrenntesten Bergen". Hölderlin gilt ihm als der „Dichter der Dichter".

Im Alter wandelt sich Heideggers Interpretation des Menschen als „Platzhalter des Nichts" zum „Hüter und Hirten des Seins", neigt sich seine Sorge um das Sein wieder der Sorge um Gott zu, in dessen Erwartung allein die Rettung vor dem Untergang gefunden werden könne.

Heideggers Eintreten für die Nazis bei Ernennung zum Rektor der Freiburger Universität im Jahr 1933 war kein Ausrutscher. Zwar legte er das Rektorat bereits 1934 nieder. Doch schon die Suche nach den „wahren" Werten für eine neue Selbstbestätigung des deutschen Gei-
„wahren" Werten für eine neue Selbstbestätigung des deutschen Gei-
stes gegen den Kosmopolitismus der modernen Welt in „Sein und Zeit" deutet auf spätere Berührungen mit dem Nationalsozialismus hin. Seine Betonung des Verwurzeltsein, der Freiheit im Tod, der Blut- und Bodenmystik, sein Leugnen von Entscheidungsfreiheit und geschichtlichem Fortschritt, seine abfällige Beurteilung urbanen Intellektualismus und der „akademischen Freiheit" fügen sich in die Denkmuster der NS-Ideologie. Dies findet seinen Ausdruck im übrigen nicht nur 1933 und 1944, sondern noch 1935 in Vorlesungen (1953 in der Nachauflage der „Einführung in die Metaphysik" abgedruckt), in denen Heidegger von der inhärenten Wahrheit der NS-Bewegung in ihrem Verhältnis des Menschen zur Technik spricht etc.

1947 wurde Heidegger von den Alliierten wegen seiner Tätigkeit als NS-Rektor die Arbeitserlaubnis entzogen. Das Verbot wurde 195o aufgehoben. Ab 1951 konnte er seine Lehrtätigkeit in Freiburg wieder aufnehmen. Bis 1967 hielt er dort Seminare ab und war auch sonst publizistisch tätig. Über die historische Rolle des Faschismus und über seine eigene während der NS-Zeit bewahrte er, abgesehen von dem Rechtfertigungsschreiben zur Freiburger Rektoratsrede von 1945, bis zu seinem Tod Schweigen. Für das nach seinem Tod veröffentlichte „Spiegel"-Interview stilisierte er sich als getäuschten Mitläufer, der versucht habe, das Schlimmste zu verhüten. Heidegger starb am 26.6.76 in der bäuerlichen Provinzialität von Meßkirch, wohin er sich aus Überzeugung und „Sorge um Heimat" zurückgezogen hatte.
er sich aus Überzeugung und „Sorge um Heimat" zurückgezogen hatte.

Lexikalisches zu Schopenhauer

Schopenhauer wurde am 22.2. 1788 als Sohn einer Danziger Großkaufmannsfamilie geboren. Er wuchs nach Übersiedlung der Familie in Hamburg auf, verbrachte als Kind zwei Jahre (9 — 11) in Le Havre bei einem Geschäftsfreund seines Vaters, später ein halbes Jahr in England. Als 16jähriger begann er auf Wunsch seines Vaters eine kaufmännische Lehre in Hamburg.

Nach dem Tod seines Vater siedelte die 20 Jahre jüngere, später als Romanschriftstellerin bekannte Johanna Schopenhauer nach Weimar über. Schopenhauer nahm das Studium der Philosophie und Philologie auf. 1813 promovierte er mit der Arbeit „Über die vierfache Wurzel des Satzes vom zureichenden Grunde".

Die Mutter betrieb in Weimar einen literarischen Salon, in dem u.a. auch Goethe verkehrte, der den jungen Schopenhauer entscheidend prägte. Goethe blieb für Schopenhauer bis ins späte Alter Maßstab eigener Leistung. Er führte ihn in seine Farbenlehre ein. In Goethes Umkreis wurde Schopenhauer über einen Orientialisten erstmals vertraut mit indischem Altertum.

Seit dem Todes des Vaters lebte Schopenhauer — wie seine Mutter — von seinem ererbten Vermögen. Da er ihre freie Lebensführung nicht akzeptierte, kam es zu grundlegenden Zerwürfnissen zwischen Mutter und Sohn. Schopenhauer verließ Weimar, ließ sich für vier Jahre in Dresden nieder. Hier entstanden die Schriften: „Über das Sehen und die Farben" (1816), sowie sein Hauptwerk: „Die Welt als Wille und Vorstellung" (1819). Es folgten zwei Reisen nach Italien. Nicht aus Existenzgründen, sondern um des Lehreinflusses willen versuchte Schopenhauer dann, Professor zu werden. Er habilitierte sich 1820 in Berlin, setzte dann gezielt Konkurrenzvorlesungen zu seinem philosophischen Kontrahenten Hegel an. Schon in „Die Welt..." hatte Schopenhauer sich in schroffe Gegnerschaft zu der „geistesverderblichen und verdummenden Hegelschen Afterphilosphie und ihrem Bestreben, die Weltgeschichte als ein planmäßiges Ganzes zu schaffen" gesetzt. Aber seine Hoffnung, daß ihm die Studenten zulaufen würden, wurde enttäuscht. Es geschah das Gegenteil. Nach dem ersten Semester zog Schopenhauer sich verärgert zurück. Zehn Jahre verbrachte er daraufhin wechselweise in Italien, Dresden, Berlin. Als 1831 die Cholera in Berlin ausbrach — der Hegel erlag — flüchtete Schopenhauer nach Frankfurt. Dort blieb er bis zu seinem Tode am 21.9.1860.

Schopenhauers Gesamtwerk ist quantitativ schmal: „Über den Willen in der Natur" (1836), „Die beiden Grundprobleme der Ethik" (1841), darin die beiden Abhandlungen „Über die Freiheit des Willens" und „Über das Fundament der Moral", schließlich die beiden Bände „Parerga und Paralipomena", sowie „Nebenwerke und Ergänzungen" (1851). Schopenhauer selbst war der Meinung, daß alle seine späteren Werke nichts Neues bringen, sondern den einen einmal gefaßten Grundgedanken aus „Die Welt..." wiederholen, variieren, ergänzen, wie das in aller guten Philosophie sei.

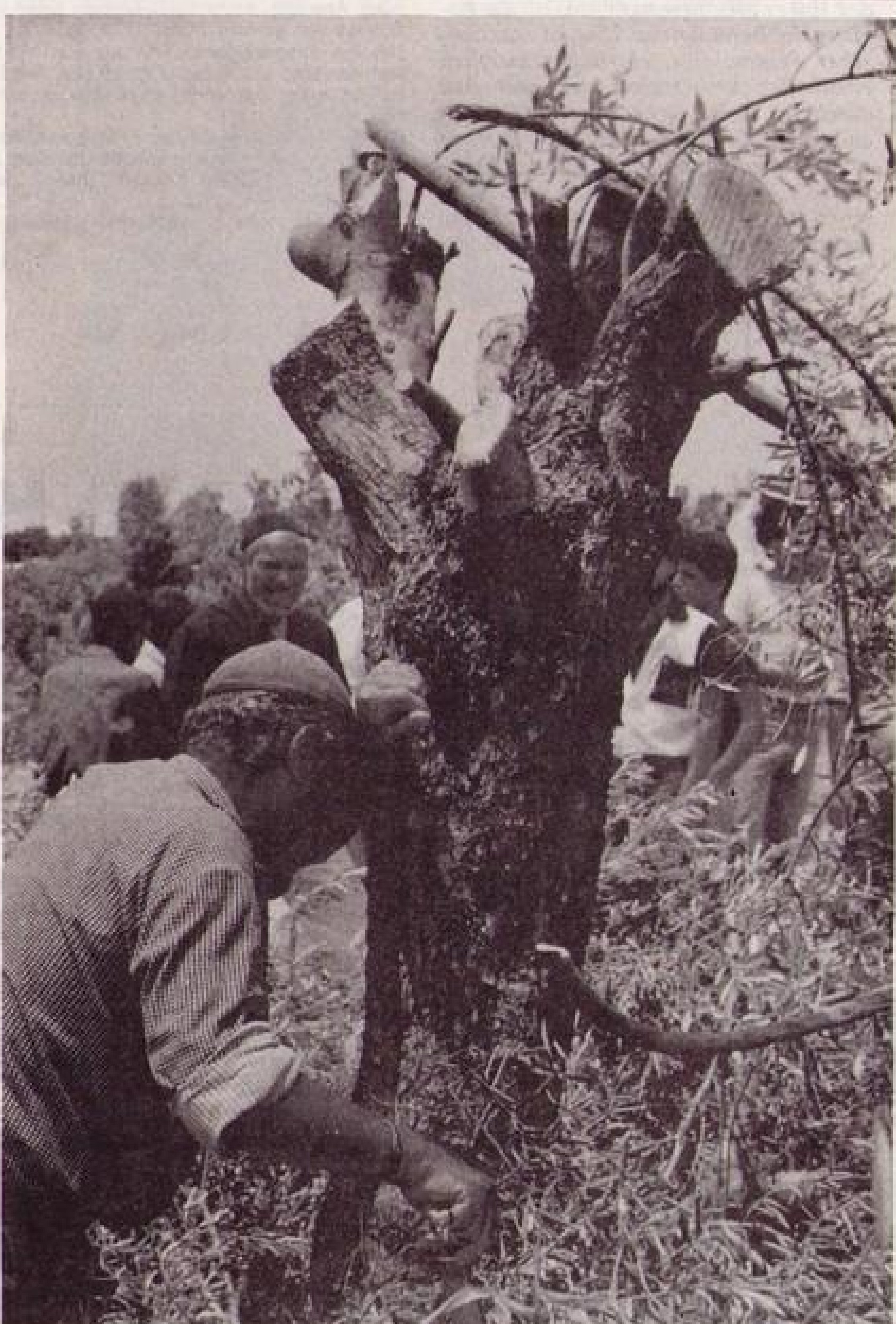
Schopenhauer verstand sich als Schüler Kants, dessen transzendentale Vernunftslehre er in seiner Willensmetaphysik als einer der ersten bürgerlichen Denker mit dem der östlichen Kosmologie vom Nirwana zu einem System zusammenzubringen versuchte. Das Christentum lehnte er als unphilosophisch ab. Als höchstes Ziel der Philosophie erschien ihm die Aufhebung des Wollens in einem „interesselosen Anschauen" der Kunst.

Schopenhauers Werk blieb lange unbeachtet. Sechzehn Jahre nach Erscheinen von „Die Welt..." teilte ihm sein Verleger mit, daß die Erstauflage nun als Altpapier verkauft würde. Trotzdem publizierte Schopenhauer eine zweite, ergänzte Neuauflage im Selbstverlag. Erst nach der gescheiterten Revolution von 1848, als Hegels Stern zu sinken begann, stieg Schopenhauers auf. Seine Schriften beeinflußten u.a. Richard Wagner und später Nietzsche. Mit seiner Willens- und Trieblehre gilt Schopenhauer als Urvater der Psychoanalyse.

Seit Wochen beschäftigt der Aufstand in den von Israel besetzten Gebieten die Medien, fast täglich werden Bilder der Auseinandersetzungen via Fernsehen frei Haus geliefert. Doch die alltäglichen Ängste und Hoffnungen der betroffenen Menschen sind eher Randerscheinungen dieser Berichterstattung — für ein tieferes Verständnis der Situation braucht man mehr Zeit zum Hinschauen und Nachdenken.

Nachbarn in einem ermüdeten Land

Zwei Fotobände aus Palästina/Israel



Mit Wirtschaftssanktionen und Häuserzerstörungen praktizert Israel völkerrechtlich geächtete Kollektivbestrafungen. Diesen palästinensischen Bauern aus Ramallah (Westbank) wurden seine Olivenbäume abgesägt. (Foto: Georg Stein)



Mit Wirtschaftssanktionen und Häuserzerstörungen praktizert Israel völkerrechtlich geächtete Kollektivbestrafungen. Diesen palästinensischen Bauern aus Ramallah (Westbank) wurden seine Olivenbäume abgesägt. (Foto: Georg Stein)

Georg Steins Fotoband über „Die Palästinenser" erlaubt es, in Ruhe hinzusehen, in den Gesichtern zu lesen, Posen von ungestellten Haltungen zu unterscheiden und unbequeme Fragen zuzulassen, die nicht einfach beantwortet werden können. Der Bauer aus Ramallah (Westbank), der wie betäubt am Stamm seines abgesägten Olivenbaumes lehnt, die Frau im Lager Ein el Hilweh (Südlibanon), aufgenommen vor den Trümmern des Hauses ihrer Familie und die Ausweiskontrolle zweier Palästinenser durch eine israelische Militärstreife im Gazastreifen sind eindrucksvolle Beispiele einer Fotografie, die ohne Sensationslust scharf beobachtet.

Fast 140 Farbaufnahmen enthält dieser Band, abgesetzt auf schwarzem Grund, viersprachig kommentiert; selten werden „Unterdrückung und Widerstand eines entrechteten Volkes" so ästhetisch anspruchsvoll präsentiert.

Der Blick auf das Geschehen wird nicht durch technische Mängel verstellt, jedoch bewußt gelenkt. Ganze Bevölkerungsteile und -schichten des palästinensischen Volkes kommen gar nicht vor: jene Palästinenser, die Haifa und Jaffa nie verlassen haben und seitdem in Israel leben, die wohlhabenden Familien auf der Westbank und im Gazastreifen (die keineswegs in Flüchtlingslagern ausharren müssen, sondern als betonierte Antworten auf die jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten zahlreiche große Häuser auf ihre Grundstücke gesetzt haben), die StudentInnen von Bir Zeit und Nablus oder die palästinensischen Abgeordneten im jordanischen und israelischen Parlament.

Muß ihre Existenz peinlich verschwiegen werden, weil ihre Lebensumstände nicht in unser Bild von den unterdrückten Massen passen? Warum ist es nötig, eine so vielschichtige Gesellschaft wie die der PalästinenserInnen so reduziert zu betrachten, daß ausschließlich die gedemütigten Opfer ins Blickfeld geraten? Haben die Geschlagenen unsere Solidarität nur dann verdient, wenn es *allen* schlecht geht?

Entsprechend gleichen einige Bildkommentare eher Rückzügen ins geschlosse-

Massen passen? Warum ist es nötig, eine so vielschichtige Gesellschaft wie die der PalästinenserInnen so reduziert zu betrachten, daß ausschließlich die gedemütigten Opfer ins Blickfeld geraten? Haben die Geschlagenen unsere Solidarität nur dann verdient, wenn es *allen* schlecht geht?

Entsprechend gleichen einige Bildkommentare eher Rückzügen ins geschlosse-

ne Weltbild als differenzierenden Ergänzungen: Es ist unredlich, den ehemaligen Bürgermeister von Nablus (Bassam Shakaa) korrekt als Opfer jüdischer Extremisten darzustellen, aber dann drei Seiten vorher das Begräbnis seines Nachfolgers al Masri als „Massendemonstration in Nablus" zu bezeichnen, ohne zu erwähnen, daß dieser Mann, als Kollaborateur denunziert, von Palästinensern ermordet wurde — solche bitteren Wahrheiten sollten der Leserschaft zuzumuten sein.



Ehemaliger Stuttgarter Landgerichtsrat als Schuster in Jerusalem, 1937

(Foto: Walter Zadek)

Verkürzt fällt auch die Darstellung der Israelis aus, die es nur in Form von Soldaten zu geben scheint. Daß nicht nur Palästinenser wie der in dem Buch erwähnte Tayssir Barakat Bilder für die Plakatserie „Down with the Occupation" zur Verfügung gestellt haben, sondern genauso jüdische Israelis wie der Bildhauer Toumarkin, wäre ebenfalls eine Erwähnung wert gewesen. Solche Informationen hätten sehr viel eher die sensible Sicht der Fotografien unterstützen können als der zwangsläufig kurze historische Abriß über Palästina und den Zionismus im Textteil. Erich Fried schreibt dazu in seinem Vorwort: „Es handelt sich hier nicht um Einzelheiten der Formulierungen im Text, der diese Bilder begleitet. In der Geschichte des Zionismus gab es natürlich auch gutgläubige Juden, die keine Verfolgung und Vertreibung der Palästinenser wollten. Man denke an Martin Buber, Beer Borochov, Arthur Ruppin und viele andere."

Bleibt zu hoffen, daß die Widmung des Bandes „Den palästinensischen und israelischen Kindern. Für eine Zukunft in Frieden" von den LeserInnen ernst genommen wird: Es hilft keinem, wenn wieder einmal Leid als billiges Argument im politischen Schlagabtausch mißbraucht wird und im Aufrechnen von Greueltaten endet. Die vielfältigen Beziehungen zwischen Israelis und PalästinenserInnen lassen sich nicht allein mit dem Opfer-Täter-Schema darstellen, gerade dann nicht, wenn man zur Überwindung der Konfrontation auf Grundlage der Menschenrechte neue Ansätze finden will. Und es gibt sie: So leben in Neve Shalom/Wahat al Salam („Oase des Friedens") seit Jahren jüdische und palästinensische Familien zusammen und sind dabei, die Widmung „Für eine Zukunft in Frieden" bereits in Realität zu verwandeln. Insgesamt ein lohnendes Buch, trotz der Kritik am Text.

Einen anderen Dialog von Bild und Text führt ein zweiter Fotoband, der vor einiger Zeit erschien und Aufnahmen aus dem Palästina der 30er und 40er Jahre enthält.

Walter Zadek, Autor des Fotobandes „Kein Utopia", geboren 1900, arbeitet nach dem 1.Weltkrieg in Berlin als Journalist; bereits im März '33 wird er von den Nazis festgenommen und flieht kurz darauf über die Niederlande nach Palästina. Dort arbeitet er als Publizist, Buchhändler und Pressefotograf; bis 1948 entstehen über 8.000 Aufnahmen. Die hier ausgewählten Fotos geben einen Einblick in das Alltagsleben und die anhaltenden Spannungen zwischen Palästinensern, Juden und Briten; Widersprüche tauchen nicht nur in den Bildern auf, sondern auch im Text. So schreibt der Herausgeber Hanno Loewy: „Bei der Wache im Steinbruch oder der chassidischen Hochzeit auf einem Dachgarten, bei Protestdemonstrationen gegen die Mandatsmacht, bei Verhaftungen, Kontrollen, militärischen Übungen oder der täglichen Arbeit auf dem Feld, Zadek fotografierte wie besessen. Der Journalist, dem man sein Medium, die deutsche Sprache, geraubt hat, findet in der internationalen Sprache des Bildjournalismus eine Zuflucht, und die Neugier, die ihn treibt, ist sicherlich nicht frei von einem Schutzbedürfnis. Hinter der Kamera und durch sie hindurch fällt ihm der Zugang zu einer, zunächst als feindlich empfundenen, orientalischen Welt sicherlich leichter." Darauf antwortet ihm Zadek in seinem Nachwort:

„(Loewy) denkt über die frühere Zeit in den Maßstäben von heute. Seiner Vorstellung vom Wesen der dreißiger Jahre sind Grenzen gesetzt. So irrt er in der Annahme, wir hätten die orientalische Welt als ‚feindselig' empfunden. Oder ein ‚Schutzbedürfnis' verspürt. Nichts hielt mich davon zurück, neben meiner Fotografie über die damaligen Streitfragen in der hebräischen Tagespresse oder den deutschsprachigen Blättern zu schreiben. Hätte er Einblick darin gehabt, würde er vielleicht auch, heutigen Ansichten zutrotz, meinen Aufnahmen von arabisch-jüdischen Gemeinsamkeiten stärker Rechnung getragen haben."

Mit-, neben- oder gegeneinander leben — die Bilder schildern an Einzelpersonen die damalige Komplexität des Konflikts, der in seinen Grundmustern bis heute nicht gelöst ist.

David Shipler, ein schreibender Kollege von Zadek und Stein von der „New York Times", schreibt in der Einleitung zu seinem fast 600seitigen Resumé von 5 Jahren Arbeit in der Region: „Was immer in Krieg und Diplomatie passiert, was immer für Territorium gewonnen oder verloren wird, was immer für Annäherungen oder Kompromisse schließlich erreicht werden, die Zukunft garantiert, daß Araber und Juden nahe Nachbarn in einem ermüdeten Land bleiben werden, verwikkelt in ihre gegenseitigen Ängste. Sie werden einander nicht entkommen. Sie werden keinen Frieden finden in Abkommen oder in Siegen. Wenn überhaupt, werden sie ihn nur finden, wenn sie sich gegenseitig in die Augen schauen können."(1)

Die hier vorgestellten Fotobände könnten durch ihre unterschiedlichen historischen und politischen Perspektiven dabei eine Hilfe sein.

Dietrich Gaede

(1) David K. Shipler: Arab and Jew — Wounded spirits in a promised Land. New York, Toronto, 1986 ISBN 0-8129-1273-X, S.15f

Walter Zadek: Kein Utopia ... Araber, Juden, Engländer in Palästina, Fotografien aus den Jahren 1935-1941
Hrsg.: Hanno Loewy, Nishen, Verlag in Kreuzberg, 1986
ISBN 3-88940-608-4
Preis: 24.— DM

Georg Stein: Die Palästinenser Unterdrückung und Widerstand eines entrechteten Volkes
Mit einem Vorwort von Erich Fried
Pahl-Rugenstein, Köln 1988,
Ein Bildband mit 140 Farbphotos
Begleittexte in Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch
ISBN 3-7609-1065-3
Preis 48,- DM

„Stranger than Paradise"

Jim Jarmush, ein Regisseur, der die USA einmal anders zeigt

„Permanent Vacation", der erste Film des New Yorker Regisseurs Jim Jarmush, ist nun mit achtjähriger Verspätung in den

das Instrument. „Was soll ich spielen?" fragt John. „Irgendwas. Etwas Verrücktes", antwortet Allie in seiner coolen Art.

„Stranger than Paradise"

Jim Jarmush, ein Regisseur, der die USA einmal anders zeigt

„Permanent Vacation", der erste Film des New Yorker Regisseurs Jim Jarmush, ist nun mit achtjähriger Verspätung in den bundesdeutschen Kinos angelaufen. Der Grund, weshalb der Film überhaupt gezeigt wird, liegt sicherlich am Erfolg der danach entstandenen „Stranger than Paradise" (1984) und „Down by Law" (1985).

„Permanent Vacation" verfolgt den 16-jährigen Allie, der ziellos durch New York streunt. Die paar Leute, die er kennenlernt, sind Außenseiter, Einzelgänger, Verrückte. Jim Jarmush zeigt New York von seiner kaputten Seite. Die Menschen sind psychisch verelendet, sie haben sich nichts zu sagen und wenn, dann ohne gegenseitigen Bezug. Es kommt nie ein wirklicher Kontakt zustande. Die Drehorte — Wohnung, Häuser, Straßen, Hinterhöfe — sind total verkommen.

Das ist eine der Ähnlichkeiten, die „Permanent Vacation" mit Jarmushs zweitem Film „Stranger than Paradise" hat. Auch dort sieht man die USA nur von der häßlichen Seite. Die beiden Freunde und die Cousine aus Ungarn sitzen die meiste Zeit im Auto und fahren an trostlosen Industrielandschaften vorbei. Die Figuren sind maulfaul, cool; sie wirken oft wie unter Narkose, es gibt mehr Pausen als Dialoge.

Überhaupt hat Jarmush eine Vorliebe für lange, starre Einstellungen. Er sagt selbst dazu: „Ich zeige einfach Dinge in ihrer Real-Zeit, in der Art, wie sie in der Realität ablaufen, im gleichen Tempo, und nicht in einer Kino-Zeit, wo in anderthalb Stunden manchmal fünfzig Jahre vergehen, oder mehr. Dadurch wirkt das Ganze auf den Zuschauer aber nicht realistischer, sondern — im Gegenteil — surrealer. Weil er dramatische Momente erwartet, einen Film eben. Wenn er das nicht kriegt, wird's ihm zu abstrakt. Oder er akzeptiert es als Poesie. Obwohl diese Art des Timings viel dichter an der Wirklichkeit liegt." (tip, 24/84)

Ein weiteres wichtiges Mittel neben den langen und oft sehr nahen Kameraeinstellungen ist die Musik in Jarmushs Filmen. John Lurie, zugleich einer der Hauptdarsteller in „Stranger than Paradise" und „Down by Law", hat alle Soundtracks gemacht. Er ist eigentlich Musiker und spielt bei einer inzwischen bekanntgewordenen New Yorker Jazzgruppe, den „Lounge Lizards", mit.

Auch in „Permanent Vacation" hat er eine Rolle. Er steht in einer verfallenen Nebenstraße und packt sein Saxophon aus. Allie kommt dazu und bewundert das Instrument. „Was soll ich spielen?" fragt John. „Irgendwas. Etwas Verrücktes", antwortet Allie in seiner coolen Art. John bläst dann ein verrücktes Solo, zwischen all dem Schutt und Müll, während Allie nach kurzer Zeit einfach weitergeht.

Im dritten Film „Down by Law" spielt noch ein anderer bekannter Musiker mit: Tom Waits. Von ihm sind einige Songs in diesem Road Movie, in dem wieder ein Trio unterwegs ins Nichts ist. Neben Waits und Lurie spielt der Italiener Roberto Benigni die Rolle des unfreiwilligen Komikers. Auch in diesem Film gibt es keinen konventionellen Aufbau, keine dramatischen Steigerungen, keine Konflikte. Nichts, was die stilisierte Melancholie stören könnte.

Mit „Down by Law" ist Jarmush auf dem Weg zum großen Publikum. Es ist der bislang unterhaltsamste Streifen. Eine besondere Art von Humor macht die Personen trotz ihrer Kaputtheit sympathisch. Das ist auch in „Stranger than Paradise" so.

Darin unterscheiden sie sich stark vom ersten. „Permanent Vacation" wirkt ziemlich depressiv. Auf der anderen Seite zeigt er mit dem herumziehenden Allie eine Person, die nicht im Elend versinkt, sondern eine trotzige Selbstbehauptung aufweist. Allie ist offen für das, was um ihn herum geschieht. Er ergreift jedoch nie die Initiative. Bei Jarmush entscheiden die Dinge für die Personen und nicht umgekehrt. Chris Parker, der Allie spielt, stellt eigentlich sich selbst dar. Chris hat keine Schauspielerausbildung und wirkt im normalen Leben genauso wie im Film. Das trifft auch auf alle anderen Darsteller in Jarmushs Filmen zu und macht sie so überzeugend. Jarmush sagt selbst, daß er erst die Personen hat und danach die Handlung entwirft, oft gemeinsam mit den Spielern.

Alle drei Filme laufen im Originalton mit deutschen Untertiteln. Dadurch bleibt die Atmosphäre erhalten. Und der Humor, der oft nicht übersetzbar ist. Da ja eh nicht viel geredet wird, geht von den Bildern nichts verloren, wenn man mitliest.

Was mir am meisten an Jarmushs Filmen imponiert, ist das ganz andere Amerikabild, das sie uns zeigen. Sie sind ein überzeugender Gegensatz zum Wunderland Amerika, wie es in den sonstigen Produktionen dargestellt wird.

hk

Katholiken

Betr.: AK-outfit (AK 293)

Ich kann weder Verständnis geschweige denn Sympathien für die Titeländerung des Arbeiterkampfes empfinden. Es ist doch wohl das wenigste, daß eine kommunistische Organisation im Titel ihrer Zeitung benennt, auf welcher Seite sie steht. Der Satz über die „schwielige Faust" ist ja wohl echt Gedöhnse — eine Faust bedeutet Widerstand — das Zeichen ist somit voll korrekt. Ich mache seit zwei Jahren den Handverkauf in Kreuzberg. Es ist mir peinlich, mit einer Zeitung rumzulaufen, deren Kürzel auch für „Autonome Katholiken" stehen könnte.

Macht die Änderung rückgängig!

Ulli, Westberlin

Post-moderne Zeiten

Da habe ich mich nun gerade, besonders wegen des B&G-Teils im ARBEITERKAMPF, entschlossen, ihn zu abonnieren. Da dachte ich gerade, naja, statt aller Um-, Neu- und Weg-Definitionen der Klassen und Begriffe, da gibt es noch eine Zeitung, die nennt sich nicht schamhaft SOZ, und auch nicht Willy Brandt-sozialistisch, sondern kommunistisch, da macht auch Ihr in post-modern!

Natürlich fängt's mit Form und Namen an, und schlägt nicht *sofort* auf der ganzen Linie durch, wie man glücklicherweise an der deutlichen Kritik an Bernsteins und Eberts Enkel, Oskar, merkt. Aber wie in den Leserbriefen vom 5.4. hervorgehoben, könnt Ihr doch niemandem erzählen, daß hinter dem Abschied vom Kommunismus und ARBEITERkampf nach nunmehr 18 Jahren etwas anderes als TAZ-Opportunismus steckt!!!

Bitte schickt mir den AK 292 oder wenigstens den Artikel „Abschied vom Symbol", bevor auch ich Abschied nehme von einer Zeitung auf dem Weg zur „neuen Zeit".

Mit rückständig kommunistischem Gruß!
Ein neuer Abonnent des ARBEITERKAMPF aus der ex-GIM
Gerhold, Berlin

Hundertprozentig

Ich gehöre zu denjenigen, die das neue outfit des AK 100%ig begrüßen. Das platte Pathos des „Realen Sozialismus" (aufgehende Sonne, schwielige Faust,...) habt ihr ja nie vertreten, was Euch aber andererseits nicht gehindert hat, inhaltlich klar Stellung zu beziehen und präzise Infos zu liefern. Man kann natürlich Sprüche klopfend über Euer neues Outfit herziehen, was mir allerdings angesichts Eures Bemühens, gerade auch in die Rheinhausen-Debatte einzusteigen, mehr als pseudorevolutionäre Selbstdarstellung denn als inhaltliche Kritik vorkommt!
ziehen, was mir allerdings angesichts Eures Bemühens, gerade auch in die Rheinhausen-Debatte einzusteigen, mehr als pseudorevolutionäre Selbstdarstellung denn als inhaltliche Kritik vorkommt!

Andreas, Würzburg

Flucht

Betr.: „Abschied vom Symbol"

Es war ein Schock für mich, den neuen ak aus dem Briefkasten zu nehmen!! — So etwas absolut Häßliches und Abweisendes habe ich bisher nur bei „Zirkel-Blättchen" gesehen. Die neue Titelzeile ist unauffällig, reizt zum Übersehen, wirkt provisorisch und geht hart an die Grenze des Erträglichen!!

Meine Bitte an Euch: auch wenn die Sonne mit der Faust Euch nicht mehr gefällt, — sie war ein bekanntes MARKENZEICHEN und hatte WIEDERERKENNUNGSWERT, schade, daß Ihr ins Unbekannte flüchtet.

Frank, Hamburg

Falsche Leser verdient

Wenn Ihr euch die Leserbriefseite von AK 293 anschaut, wißt Ihr endlich, was Ihr seid. Renegaten, Zionisten, Kollaborateure, stets mit der Nase im Wind, nie Kommunist gewesen!

Da beklagt der BWK in Bezug auf den Abschied vom Symbol den Abschied vom Proletariat, kann er doch stolz auf den proletarischen Namen der eigenen Zeitung — „Politische Berichte" — verweisen. Der Kollege Ludwig aus Restberlin, der der schwieligen Faust lieber 'ne Knarre reinstecken will, strapaziert Lenins „Mut zum Träumen" ähnlich wie Krawcyk Luxemburgs „Freiheit der Andersdenkenden", um im gleichen Atemzug allen Renegaten zur Schärfung des politischen Bewußtseins zu empfehlen, einen Joint zu rauchen und die alten Scherben zu hören.

Barbara kann man/frau zu ihrer Abo-Kündigung, die eigentlich seit 10 Jahren fällig ist, nur gratulieren. Und um sämtliche Zweifel zu beseitigen: Wir können die Frontlinie ausmachen! Es ist kein Zufall, daß wir uns im gegnerischen Lager wiederfinden! Natürlich machen wir planmäßig bei den Zionisten und Imperialisten mit!

Liebe AK-Redaktion! Würde es stimmen, daß jede Zeitung die Leser hat, die sie verdient, müßtet Ihr Euch fragen, ob ihr nicht irgendetwas falsch gemacht habt.

Ernst Bloch schrieb einmal, als habe er einige spezielle AK-Leser gekannt: „Der Dumme merkt nie, daß alles zwei Seiten hat. Er arbeitet mit hölzernen Vorstellungen, mit einfachen, einförmigen, bei denen er verschnaufen kann, und in denen nichts geschieht. Dächte er aber einen Gedanken zu Ende, so würde er merken, daß in dem Denken ein Streit angeht, daß sich Einwände erheben, die es bereichern und inhaltlich verschieben."

Dem möchte ich eigentlich nichts hinzufügen.

dim, Freiburg

Waffenexperte

Betr.: Eine, zwei, viele Knarren (AK 293)

Ich habe soeben obigen Artikel gelesen und einen sehr *wichtigen Fehler* gefunden:

In den beiden Zitaten aus der „Frankfurter Rundschau" vom 9.2.88 und 12.2.88 ist jedes Mal von einer *„Walther-Pistole vom Kaliber 9mm"* (Zitat) die Rede. de. schließt daraus auf eine „Walther PPK". Das ist falsch: die PPK gab's nur im Kaliber 7,65 mm. Die einzige Walther-Pistole vom Kaliber 9 mm war die P38, die bis zur Ablösung durch die SIG-SAUER Standardwaffe der Bereitschaftsbullen war.

Damit wird die ganze Geschichte noch viel interessanter. Denn die P 38 ist eine Waffe mit feststehendem *und* freiem Lauf. Sie ist damit eine Waffe, die sich hervorragend für den Gebrauch eines *Schalldämpfers* bzw. eines *Schallabsorbers* eignet (dabei wird der Schußknall bei Verwendung einer Patrone unter Schallgeschwindigkeit — ca. 330 m/s — vollständig absorbiert; zu „hören" ist nur das Klicken des Schlagbolzens und der Aufschlag der Patrone beim Treffer). Hinzu kommt, daß durch das „Design" der P 38 für die Anbringung eines entsprechend konstruierten Schalldämpfers keine Veränderungen an der Waffe selbst vorgenommen werden müssen. Was z.B. auch bedeutet, daß nach der Entfernung des Schalldämpfers dessen Gebrauch an der Waffe nicht nachzuweisen ist. Sollte
ne Veränderungen an der Waffe selbst vorgenommen werden müssen. Was z.B. auch bedeutet, daß nach der Entfernung des Schalldämpfers dessen Gebrauch an der Waffe nicht nachzuweisen ist. Sollte
die „Tatwaffe" also tatsächlich eine Walther und damit eine P 38 gewesen sein, ergeben sich ganz andere Aspekte bezüglich des „Tatablaufs": es könnte dann bei Benutzung eines Schalldämpfers/-absorbers aus ganz kurzer Distanz (z.B. Gebüsch) geschossen worden sein, ohne daß die Bullen das gemerkt hätten. Dafür würden nicht nur die präzisen Treffer sprechen, sondern auch die Angaben des Bullen, der neben dem erschossenen Hundertschaftsführer Eichdörfer stand. Der gab doch der Presse gegenüber an, nur ein Zischen (das heranfliegende Geschoß), ein Klatschen (den Treffer) und ein Aufstöhnen von Eichdörfer gehört zu haben.

Die Patronenhülsen können auch erst später am „Fundort" abgelegt worden sein; merkwürdig genug, daß sie trotz großangelegter Suchaktion erst Tage später gefunden wurden. Außerdem besagt die von der BAW behauptete „Echtheit" der Hülsen ja nur, daß sie *überhaupt* aus besagter Waffe verschossen wurden, *nicht* aber wann, *noch* ob sie die tödlichen Patronen enthielten.

P.S.: Siehe auch: H.J. Stammel, Mit gebremster Gewalt, 1974

N.N., Frankfurt

Entwaffnung zwingend

Betr.: Sig Sauer

Angesichts der Hetze, die mit der Konstruktion Hanau-Demo — entwendete Waffe — Startbahnmorde gegen die Hanau-Demonstration vom 8.11.86 im nachhinein entwickelt wird, ist es vielleicht mal ganz angebracht, den tatsächlichen Vorfall der Waffen-Entwendung darzustellen.

Dabei handelt es sich nicht etwa um einen offensiven Akt von Demonstranten nach außen, sondern um eine defensive Maßnahme zur Sicherung der Demonstration; nämlich der Entfernung eines Polizei-Agenten in Zivil aus dem schwarzen Block. Dieser wurde dadurch erkannt, daß seine sich leicht öffnende schwarze Lederjacke einen Blick auf eine im Hosenbund steckende Waffe freigab. Der Mann wurde daraufhin sofort entwaffnet und ohne Mißhandlungen aus der Demonstration entfernt. Und zwar auf die Weise, daß er kontrolliert am Zug entlang in Marschrichtung geführt und bei der ersten sich bietenden Gelegenheit in Richtung einer uniformierten Motorradstreife entlassen wurde. Diese wurde dann noch mit einem Hagel Bonbons eingedeckt.

Aus meiner Sicht haben hier die Akteure im wesentlichen richtig gehandelt. Im Rahmen der sogenannten „Beweissicherungskonzepte" geben die eingeschleusten Agenten Tips an die Greiftrupps und ihre Wahrnehmungen sind die Grundlage für Verurteilungen festgenommener „Störer". Daß derartige Konzepte Platz für polizeiliche Provokationen und Desinformation aller Art lassen, liegt auf der Hand. Erkannte Polizei-Agenten können also auf keinen Fall in der Demonstration geduldet werden.

Wenn diese Agenten mit Schußwaffen bewaffnet sind, ist dies aber ein durchaus heikles Problem. Denn sie führen die Schußwaffen ohne Zweifel mit sich, um sich gerade im Fall einer Enttarnung damit zu sichern. Die Gefahr, daß ein Agent in so einem Fall abdrückt, weil er sich von Demonstranten bedroht fühlt, ist nicht nur gegeben, sondern relativ groß. M.E. ist daher auch die Entwaffnung eines enttarnten Agenten zwingend.

Ich bin allerdings der Meinung, daß einkassierte Waffen unauffällig in die Hände der Demo-Leitung gelangen sollten, damit diese dann öffentlich damit arbeiten kann. Das hat zwei Vorteile:

— Nachträgliche polizeiliche Desinformationsstrategien, die auf individuellen Enteignungen von Polizeiwaffen beruhen, sind fast immer „glaubwürdig", wie man im Fall der Startbahnmorde sehen kann. Dem muß von vornherein der Boden entzogen werden.

— Im vorliegenden Fall hätte die Demoleitung, die eine Polizei-Pistole auf den Tisch legen kann, vorzüglich Aufklärungsarbeit, z.B. zu den Beweissicherungskonzepten, machen können. Das hätte in aller Interesse gelegen.

Michael

Antizionisten

„Wo sind die antizionistischen Kräfte?"

Antizionisten

„Wo sind die antizionistischen Kräfte?" fragt das „Palästina-Komitee" in seiner Stellungnahme (AK 292) und bezieht sich dabei auf meinen Artikel im AK 291. In diesem Artikel habe ich aber weder die antizionistischen Kräfte in Israel kritisiert noch überhaupt erwähnt, nicht weil sie nicht existieren, sondern weil nicht *sie* das Thema des Artikels waren. Die Kritik war vielmehr an das sog. „Links-zionistische" Spektrum gerichtet, das hier bekannter ist und in manchen Linken in Europa Illusionen weckt.

In der Tat gibt es in Israel antizionistische Kreise und Organisationen, die zwar klein sind und allein nur sehr wenige jüdische Israelis mobilisieren können, deren Einfluß innerhalb eines radikaleren Spektrums von Bündnissen — so z.B. in Solidaritätsinitiativen mit palästinensischen Unis, Protestgruppen gegen die Libanon-Invasion, Gruppen von Wehrdienstverweigerern und jetzt in Solidaritätsgruppen mit dem Aufstand — jedoch vor allem in den letzten Monaten zugenommen hat. Diese arbeiten auch mit palästinensischen Gruppen im „Inneren" — innerhalb des „Kernstaates" Israel — sowie in der Westbank und Gasa eng zusammen, geben zweisprachige Publikationen heraus und sind an Projekten wie dem Alternativen Informationszentrum in Jerusalem maßgeblich beteiligt.

In diesen Kreisen ist die historische Kritik des Zionismus sowie die Kritik an der jüdisch-zionistischen Staatsform des israelischen Staates Konsens. Sie definieren sich jedoch — ob es Karam Khella oder der Autonomen Nahostgruppe paßt oder nicht — als Juden und Israelis, propagieren die Errichtung einer säkulardemokratischen Staatsform in Palästina, in der *beide* Volksgruppen, die jüdischen Israelis und die arabischen Palästinenser, als gleichberechtigte Partner leben können.

Yaron Matras



Uneingeschränkt empfehlenswert?

Betr.: „Armenien 1915"

Etwas verblüfft war ich, daß T. im letzten AK „Armenien 1915" von Heinrich Vierbücher (Donat u. Temmen Verlag, 1987, Reprint, die Schrift datiert von 1930) ohne weitere Kommentierung als „sehr empfehlenswert" definiert.

Allein der Untertitel ist irritierend genug: „Die Abschlachtung eines Kulturvolkes": was, bitte, ist ein „Kulturvolk", und ist die Abschlachtung eines, was immer das sein mag, „Nicht-Kulturvolkes" weniger schlimm? Das erinnert fatal an die häufige Rede: wie bedauernswert der Verlust von anerkannten jüdischen Kapazitäten für die deutsche Kultur sei — und die „Dummen" oder „Häßlichen" oder schlicht nur Unbekannten? Wie zutreffend die Formel ist: „Ein Rassismus kann einen weiteren verbergen", demonstriert Vierbüchers Schrift — und in dem Nachwort von Verleger Helmut Donat findet sich dazu auch kein Kommentar:

Heinrich Vierbücher war ein deutscher Pazifist, sein Engagement gegen den Mord an dem armenischen Volk ist selbstverständlich zu würdigen. Beides ändert nichts daran, daß er selbst rassistisch argumentiert und sich auf das Jahrhunderte alte, bis zu Luther zurückgehende anti-türkische Klischee des (Krumm-) Säbel schwingenden Barbaren stützt.

„Das türkische Volk ist kein Kulturvolk im großen Sinne des Wortes. Seine Sprache steht auf der Stufe eines Negeridioms, aber es ist die unvergleichliche Sprache für den Rekrutendrill. Von einer Literatur kann kaum die Rede sein ... Die Wissenschaft hatte auf türkischem Boden keine Stätte. Der Türke kann nachahmen und auch das nur in oberflächlichster Weise, jedoch auf keinem geistigen Gebiet wahrhaft schöpferisch tätig sein" (S. 31) ... „Die kaufmännische Ausnutzung der türkischen Dummheit und Faulheit ist
se, jedoch auf keinem geistigen Gebiet wahrhaft schöpferisch tätig sein" (S. 31) ... „Die kaufmännische Ausnutzung der türkischen Dummheit und Faulheit ist
den Armeniern immer zum Vorwurf gemacht worden. Sollten die Armenier sich denn bemühen, ebenso faul und unwissend zu sein wie die Türken?" (S. 34) ... „Das türkische Volk? — Ein armer, gequälter, stumpfer Bauernschlag, des Lesens und Schreibens unkundig, ... wo konnten da für ein hochintelligentes Volk die Berührungspunkte liegen?" (S. 33) Undsoweiterundsofort ... „Gewalt, Gewalt und nochmals Gewalt, das ist das Zeichen der türkischen Geschichte" (S. 26) und: „Es ist eine Schande für Deutschland, daß es der Bundesgenosse einer Bande von europäisch frisierten Verbrechern wurde" (S. 31):

Vierbücher scheint wenig über die Geschichte des Abendlandes oder die Geschichte der islamischen Welt gewußt zu haben: Hier waren Verfolgung, Vertreibung, kurzum Gewalt gegen Minderheiten, d.h. Juden und Christen, atypisch — allen aktuellen fundamentalistischen Wünschen zutrotze — und vor allem ganz im Gegensatz zur Wiege der Zivilisation. Und wozu auch ein authentisches (also Nachkommen von Hunnen, Mongolen etc.pp.) europäisches Kulturvolk in der Lage ist, konnte Vierbücher, der 1939 starb, leider noch selbst erleben.

Das alles um einerseits zu sagen: Schluß mit dem chauvinistisch-bornierten Gequatsche Kulturvolk und Co., und andererseits: Das Wesen eines Rassismus, a fortiori eines Völkermordes, ist, daß es jeden trifft, den die Täter zur Kategorie der Opfer „rassisch" hinzuzählen: ob „hochintelligent", „faul und dumm", „reich" oder „arm". Was für die Täter unerheblich ist, sollte es auch für Freunde und Verteidiger der Opfer sein.

Und schließlich: In einer Zeitung, die u.a. den Begriff von „Kollektivschuld", was deutsche Geschichte angeht, ablehnt, sollte es auch, was andere Völker betrifft, unterlassen bleiben.

Das macht den Mord an dem armenischen Volk nicht beliebiger und seine *Täter* nicht besser.

In aller Kürze,

E., Ffm

In aller Kürze,
E., Ffm

Meingottwalter

welch' revolutionärer Elan, welch' Schwung der Zunge, Schwall der Worte! Genosse wal. vom Bund Westdeutscher Kommunisten brandmarkt die Namensänderung dieser Zeitung als Abschied vom proletarischen Klassenstandpunkt und marxistischen Grundsätzen, als Dokument der *„überhasteten Flucht"* von Leuten, die es mit dem Titel ARBEITERKAMPF nicht länger als mickrige 16 Jahre aushielten (siehe ak 293). Wal.s freundlicher Gruß — *„Macht's gut"* —, verbunden mit dem schulterklopfenden Rat, der KB möge die werktätige Intelligenz *„in eine gewisse Konfrontationsstellung zur Bourgeoisie"* bringen, erfrischt, weil er einen ungeahnten Wiedererkennungswert besitzt: Es gibt ihn also doch noch, den guten alten KBWler, dessen Pantoffelrevolution wir so schmerzlich vermissen.

Wal. sollte sich noch unschwer an die Vielfalt erinnern können, die sein jeweiliges Leib- und Magenblatt nacheinander *Kommentare* (Kritische), *Forum* (Neues Rotes), *Volkszeitung* (Kommunistische) und schließlich *Berichte* (Politische) taufte — Titel, die wir heute leicht als intellektualistisch, liberalistisch, größenwahnsinnig und fad identifizieren können. Titel also, die in ihrer zeitlichen Folge sehr schön den Kreislauf veranschaulichen, den man mit Goethe wohlwollend — „himmelhoch jauchzend, zu Tode betrübt" — und mit Lenin grob — „verrückte Kleinbürger" — charakterisieren kann. Da schmeißt einer mit Kieselsteinen und merkt nicht, wie der Vorwurf des mangelnden Klassenstandpunkts zentnerschwer auf ihn zurückfällt.

Der BWK wird es gemein finden, mit seinen und seiner Vorgänger alten Narreteien konfrontiert zu werden. Und doch hat er, trotz aller Selbstkritik an der KBW-Vergangenheit, die wichtigste und einfachste Lektion offenbar noch immer nicht gecheckt. Daß man mit Verratsvorwürfen, seien sie auch zurückhaltender formuliert als früher, gegen andere Linke Obacht geben muß, wenn man selbst einem Schmierer, einem Kretschmann, einem Koenen oder wie die Ökostreber alle heißen, die Karriereleiter gehalten hat. Es ist viel zu spät und viel zu früh, lieber wal., proletarische Noten zu verteilen. Die Ratschläge, die unsereins vom BWK anzunehmen bereit ist, werden sich generell auf weniger grundsätzliche Fragen beziehen, um es höflich auszudrücken.

Bei aller KB- und ak-typischen 'Bescheidenheit, mit der wir jeden Avantgarde- oder Führungsanspruch von Anfang an gemieden und uns traditionell mit dem stabilen Platz vier in der K-Gruppen-Hitparade des Bundesamts für Verfassungsschutz begnügt haben, sei bei dieser Gelegenheit nebenbei angemerkt: Wer ist es denn überhaupt, der es uns streitig machen wollte, *die* politische Zeitung der Kommunisten in der BRD schlechthin zu sein? Wer außer uns bringt — *für Kommunisten* — diese Qualität und Quantität an Information und Diskussion?

Das mag beschissen wenig sein, ist aber doch so viel, daß wir wal. und anderen weiterhin viel Erfolg bei der Herausgabe ihrer jeweiligen öffentlich vertriebenen Organisationsrundbriefe wünschen können.

de.

Satirische Zustände

Thomas Bernhards „Dramolette" als Taschenbuch



Lachen in Deutschland: Szenen aus „Freispruch", Aufführung Bochum 1981

1. Eine deutsche (westdeutsche) Familie hält sich am italienischen Strand auf (bringt ihren Urlaub zu). Ein biertrinkender (unerotischer) Vater, eine kreuzworträtselnde (unerotische) Mutter, ein überfressenes (unerotisches) Kind, männlich. Der italienische Espresso ist ihnen zu klein, das Radioprogramm muß aus Deutschland (West) stammen, das Familienauto muß permanent vor italienischen Langfingern bewacht werden. Dazwischen schieben sich Tagträume gleichen Kalibers. So und immer so weiter verfließt der Satirefilm **Gerhard Polts.** Die Langeweile, die er produziert, entsteht daraus, daß Realität abgebildet wird, wie sie ist; was kritisch sein soll. Naturalismus reinsten Wassers also, sozusagen Realsatire, die etwa so satirisch ist, wie Realsozialismus sozialistisch.

2. Am deutschen Mittagstisch, am westdeutschen, ist sie versammelt, die zahlreiche Familie (achtundneunzig Personen). Ganz unproblematisch geht es zu, der Tisch ist aus Eiche, es gibt Nudelsuppe. Der Vater (*„aufbrausend"*) gibt Essensanweisungen: *„Ihr müßt euch Zeit nehmen"*; die Mutter will wissen: *„Ist die Suppe nicht gut"?* Und alle nicken.

So geht's zu am deutschen Mittagstisch oder auf dem deutschen Kirchplatz: *„I moan es kommt a Regn/ moanan S net/*

So geht's zu am deutschen Mittagstisch
oder auf dem deutschen Kirchplatz: *„I moan es kommt a Regn/ moanan S net/*

daß a Regn kommt", sagt die eine oberbayrische Nachbarin zur andern und erfährt: *„Ja/ (...) Dat net schadn/ Ois vui z trockn/ Aba da Hergott macht scho alls wieda richtig".*

Soweit die Realsatire bei **Thomas Bernhard.** Doch unweigerlich kommt dann ein Punkt, wo die Atmosphäre gestört wird. Die Frau des Gerichtspräsidenten zu der des stellvertretenden: *„Ach nehmen Sie doch/ von der Torte/ meinem Mann habe ich sie sogar in Buchenwald gebacken/ Da war das doch schwierig".* Oder etwa die Polizistenfrau im Monolog (weil ihr Fußball-fernsehender Mann nicht zuhört), seine Jacke flickend: *„In Kragn hast zrissn/ ganz zrissn/ I hab n zuagnaht/ aba wia/ a so a Riß/ habts wida graft/ (...) A so a Riß da habts wida graft/ mit dö jungan Leut/ mit dö Studentn/ a so a Gsindl/ (...) a so a Gsindl/ a so eine Verkommenheit/ dö was heut herrscht/ mit dene vafahrrad i ganz anders/ aba ös seids ja feig/ da schiaßat i glei nei/ in dös Gsindl".*

Von da an geht es rasant dem Schlußpunkt zu.

3. Ein Wort wie Sexual-Ambra, das Spießer sich gern hinter's Ohr tropfen würden, wären sie nur tapfer genug; ein Wort wie freudianisches Schenkelklopfen (mann erinnert sich: Ödipus, Schnödiupus, hauptsache Dein Mutterl hat dich lieb): „Ödipussi". Der ödipale, ältere deutsche Geschäftsmann macht sich auf, gegen das Mutterl zu löcken, welches ihn bekocht, bewäscht und bekleidert, indem er sich, der leibhaftig auferstandene Slapstick-Schussel, einer Therapeutin zuwendet, um — in Italien — zu reüssieren. Wie kommt es, daß vielen ein standlaufender Hund als komischste Szene erinnerlich bleibt? **Loriot**, der die kleine Geste, die verräterische Sprache beherrscht, wie kein andrer seines Genres derzeit, macht aus knappen Szenen gehoben bürgerlicher Alltags-Absurdität einen Spielfilm. Was von Knappheit lebt, läßt sich aber nicht ohne weiteres auf Länge trimmen. Es sei denn, da wäre etwas, wofür es sich lohnt, in die Länge zu gehen. Das Unglück läßt Loriot aber ein Stück für Spießer verfilmen, die Spießer belachen. Das hat Realität, zeichnet ins Typisch-Symptomatische, hat Witz. Aber es überrascht nicht und es verletzt auch nicht. Der breite Erfolg ist garantiert: *„Der komischste Film des Jahres"* (Bild), *„Komik und wahnwitzige Zwerchfell-Erschütterung"* (Welt) *„Die Welt müßte voller Loriots sein!"* (Bild am Sonntag).

wahnwitzige Zwerchfell-Erschütterung" (Welt) *„Die Welt müßte voller Loriots sein!"* (Bild am Sonntag).



4. *„Was du für a Mo bist"*, beendet die Polizistenfrau ihren Monolog. *„i schiaßat eine/ eine schiaßat i/ nei".* Der Freispruch des NS-Massenmörders und Gerichtspräsidenten Sütterlin endet im vertrauten Kreis, indem allgemein „Die Fahne hoch" gesungen wird (zum Sekt). Der Nudelsuppen-Familie enthüllt sich, wovor sie da sitzt: *„Es ist immer das gleiche/ kaum sitzen wir bei Tisch/ an der Eiche/ findet einer einen Nazi in der/ Suppe"*, so der Vater; aber schlimmer noch, die Mutter gesteht: *„Mein lieber Mann/ hör mich an/ wir bekommen in ganz Deutschland/ keine Nudeln mehr/ nur noch Nazis/ ganz gleich wo wir Nudeln einkaufen/ es sind immer nur Nazis"*, und als sie dann keine Ruhe gibt davon — *„Schließlich habt ihr ja alle/ den Nationalsozialismus mit/ dem Löffel gegessen"* — folgt das Ende: *„Alle stürzen sich auf Frau Bernhard und erwürgen sie".*

Absurd-komisch geht es schon zu in diesen Kürzest-Stücken („Dramoletten"), nie aber gibt es Versöhnlichkeit. Bundespräsident, Bundeskanzler und Außenminister wetteifern — unterschiedslos — nach Kommando eines Moderators in der Bühnenshow „Alles oder nichts", kriechen schließlich auch durch ein Jauchefaß (eine Wahlstimme als Belohnung), bis sie, als Höhepunkt, die Schlußaufgabe bewältigen:

„Ein Trommelwirbel setzt ein und verstärkt sich/ Achtung/ Die Frage lautet/ Sind Sie im Herzen/ (...) /Nationalsozialist". Worauf *„alle drei Politiker antworten wie aus der Pistole geschossen/ Ja/ Das Publikum tobt, die Musik tobt".*

Im Umkehrschluß genauso: Die beiden Ministerpräsidenten (plus Gattinnen), Kriegserinnerungen und Lob der Härte — *„Wir müssen hart sein verstehen Sie Herr Kollege/ hart nichts als hart/ wir dürfen uns/ nichts mehr gefallen lassen/ wozu haben wir die beste Polizei der Welt/ Bis jetzt hat sie zugeschaut/ aber jetzt ist Schluß/ jetzt wird geschossen"* — wird kurzerhand beendet durch den eisverkaufenden Türken am Nordseestrand: *„Eisverkäufer geht jetzt plötzlich rasch auf die Strandkörbe zu, zieht plötzlich eine Pistole aus seinem Eiskasten und schießt nacheinander alle in den Strandkörben nieder.*

Er sieht, daß alle tot sind, dreht sich um und ruft
Eis
Eis
Eis
und läuft davon".

und läuft davon".
5. Thomas Bernhard hat seine „Dramo-

5. Thomas Bernhard hat seine „Dramolette" zwischen 1978 und 1981 aus österreichischer Distanz geschrieben, als es hierzulande schon unzeitgemäß wurde, in westdeutschen Zuständen großdeutsch Vergangenes zu erkennen. Heute, bei andauernder gesellschaftlicher Stagnation ist ihr Nachdruck im Taschenbuch vollends unzeitgemäß. Satire präsentiert sich als geballte Faust, die in der Tasche steckt, Komik als Ausdruck Neuer Unverbindlichkeit. Die Realität selbst macht Satire: Ministerpräsidenten legen sich in Badewannen. Zum Totlachen.

6. Gerhard Polts Film **„Man spricht deutsch"** läuft — in Hamburg — derzeit in der 10. Woche.
Loriots **„Ödipussi"** hält sich seit 7 Wochen.
Thomas Bernhards Dramolette sind erschienen als: **„Der deutsche Mittagstisch", edition suhrkamp, Neue Folge Bd. 480, Frankfurt (12 Mark).**

R., Hamburg

Inhalt

Militarismus
Jetzt rüsten wir die Sowjetunion ab 26